Protokoll

der 24. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Jessica Brandenburger (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Mitglied der Fraktion BastA) 4
4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA) 4
5. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA) 6
6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo 6
7. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen 7
8. Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK 11
9. Kantonaler Mindestlohn; Berichterstattung 2023, Bericht des RR 13
10. Statistischer Wirtschaftsbericht der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura 2024, Bericht des RR 19
11. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR 23
12. Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR 24
13. Finanzierung von Veloinfrastrukturen im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel, Ratschlag des RR 27
13.1. Motion der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Veloanbindung Gundeli, Ratschlag des RR 31
13.2. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs, Ratschlag des RR 31
14. ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm, Bericht der UVEK 32
15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW 34

Beginn der 24. Sitzung

Mittwoch, 10. September 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[10.09.25 09:00:06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nach der Sommerpause begrüsse ich Sie zurück hier im Rathaus und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen und bitte die Angesprochene, sich kurz von ihrem Sitz zu erheben. Franziska Stier von der BastA tritt die Nachfolge der zurückgetretenen Tonja Zürcher an. Ich wünsche Franziska Stier für die verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Sie hier herzlich willkommen.

Rücktritt

Dorrit Schleiminger Mettler hat ihren Rücktritt als Präsidentin am Strafgericht auf den 28. Februar 2026 erklärt. Sie wurde vom Regierungsrat in stiller Wahl als Präsidentin des Appellationsgerichts als gewählt erklärt. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung einer Ersatzwahl.

Neue Interpellationen

Es sind 19 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellation 80, 82, 84 bis 90, 95, 97 und 98 werden mündlich beantwortet.

Stellvertretung in der Begnadigungskommission

Die Fraktion GRÜNE teilt mit, dass Fleur Weibel von Fina Girard von September bis Ende Dezember in der Begnadigungskommission vertreten wird.

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe

Heute Abend findet der Anlass der Kulturgruppe des Grossen Rates statt. Treffpunkt ist um 18.10 Uhr am Tinguely-Brunnen. Die Organisatorinnen und Organisatoren bitten um rechtzeitiges Erscheinen, damit die Stadtführung pünktlich um 18.15 Uhr beginnen kann. Es wird empfohlen, Taschen, Mappen und Rucksäcke hier im Rathaus in den Fächern einzuschliessen. Diese können nach der Führung um 19.45 Uhr dort wieder abgeholt werden. Das Rathaus ist bis 21.30 Uhr mit dem Badge zugänglich. Im Anschluss an die Stadtführung findet ein Apéro im Bistro des Antikenmuseums, St. Alban-Graben 5, statt. Das Co-Präsidium freut sich auf Ihre Teilnahme. Kurzentschlossene können sich noch bei Joël Thüring anmelden.

Urteil des Appellationsgerichts

Das Appellationsgericht hat mit dem Urteil vom 26. August 2025 die Gemeindeinitiative für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Verkehrs als rechtlich unzulässig erklärt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, eine Kopie des Urteils finden Sie auf dem Tisch des Hauses.

Das waren meine Mitteilungen, wir kommen somit zur

Tagesordnung

Eric Weber möchte zur Tagesordnung sprechen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht, ich habe Sie alle zweieinhalb Monate vermisst und jetzt sehen wir uns wieder. Die schlechte Nachricht, ich habe meine Hausaufgaben als Grossrat nicht machen können und darum stelle ich diesen Antrag. Ich bekomme einen Tolggen im Hausaufgabenheft, ich arbeite mit Papier, den Papierversand vom Grossen Rat gibt es nicht mehr, es hat zu dieser Sache keine Benachrichtigung gegeben

und ich habe mich auf diese Session jetzt nicht vorbereiten können. Das geht nicht, ich bin am Sonntag aus den Sommerferien aus Bulgarien gekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was ist Ihr Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beantrage, die heutige Sitzung abzusagen. Ich habe die Dokumente nicht bekommen, ich habe auch keinen Brief bekommen, in dem es geheissen hat, sehr geehrter Herr Grossrat Weber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Moment, ich bin noch nicht fertig mit der Beantragung. Ich habe keinen Brief bekommen vom Parlamentsdienst, in dem steht, leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass der Papierversand eingestellt wird, wir sind aber bemüht, eine Folgelösung für Sie zu finden. Ich habe als Grossrat keine Information bekommen, ich bin erschrocken, als ich jetzt aus Bulgarien zurückgekommen bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab. Herr Weber hat den Antrag gestellt, dass die Sitzung abgesagt wird. Ein letzter Satz.

Eric Weber (Fraktionslos): Bitte, Herr Präsident, vergessen Sie nicht die alten Leute, die keinen Computer haben, und vergessen Sie nicht, ich werde Alterspräsident von diesem Parlament.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen über Herrn Webers Antrag ab.

Abstimmung

JA heisst Sitzung absagen, NEIN heisst nicht absagen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007030, 10.09.25 09:06:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung nicht abzusagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ergebnis scheint klar zu sein. Wir sagen die Sitzung nicht ab mit 94 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[10.09.25 09:06:40]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BRK beantragt einen Mitbericht zum Geschäft 250921 «Förderung des Ausbaus der Photovoltaik-Infrastruktur an Gebäuden im Kanton Basel-Stadt (die sogenannte Solaroffensive) und Teilrevision Bau- und Raumplanungsgesetz und Energiegesetz Basel-Stadt».

Gibt es hier einen Gegenantrag? Wenn das nicht der Fall ist, haben Sie dies stillschweigend so beschlossen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Mitglied der Fraktion BastA)

[10.09.25 09:07:24]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion BastA beantragt die Wahl von Oliver Bolliger als Mitglied des Ratsbüros.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Gemäss Geschäftsordnung § 17 sind nur Mitglieder der Fraktion BastA wählbar. Ich bitte Sie alle, Ihre offiziellen Sitzplätze einzunehmen. Als Wahlbüro für diese und die weiteren geheimen Wahlen der heutigen Sitzung schlage ich Ihnen vor:

Georg Mattmüller, SP, als Leiter des Wahlbüros

Brigitte Kühne, Sektor 1 und 5

Harald Friedl, Sektor 2

Michael Graber, Sektor 3

Annina von Falkenstein, Sektor 4

Sekretärin des Wahlbüros ist Sabine Canton.

Sie sind damit einverstanden. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nun am Sitzplatz ausgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel wieder einzusammeln und danach ausserhalb des Saals auszuzählen. Wir unterbrechen die Sitzung so lange.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 97, total eingegangene Wahlzettel 97.

Ungültig 5, somit gültig 92.

Das absolute Mehr liegt bei 47 Stimmen.

Gewählt ist Oliver Bolliger mit 67 Stimmen.

Ich gratuliere Oliver Bolliger und heisse ihn herzlich willkommen bei uns im Ratsbüro.

Der Grosse Rat wählt

Oliver Bolliger, BastA, als Mitglied des Ratsbüros.

4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

[10.09.25 09:25:04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 4 und 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die offene Wahl.

Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei Traktandum 4-5, NEIN heisst keine offenen Wahlen.

Ergebnis der Abstimmung

97 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007034, 10.09.25 09:26:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei Traktanden 4-5.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 97 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen ausgesprochen.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion BastA lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion BastA vorgeschlagen wurde Franziska Stier. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen.

Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Franziska Stier, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007039, 10.09.25 09:27:33]*

Der Grosse Rat wählt

Franziska Stier als Mitglied der GPK

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Franziska Stier zur Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Sie ist mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

[10.09.25 09:27:47]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der BRK von der Fraktion BastA vorgeschlagen wurde Brigitta Gerber. Auch hier sind nur Mitglieder der Fraktion BastA wählbar. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir schreiten damit auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Brigitta Gerber, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007041, 10.09.25 09:28:34]*

Der Grosse Rat wählt

Brigitta Gerber als Mitglied der BRK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Brigitta Gerber zur Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. Sie ist mit 96 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo

[10.09.25 09:28:49, 25.5095.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Jürg Schütz als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende und vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen sind gemäss § 76 Abs 2 der Geschäftsordnung keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Das Wort hätte Olivier Battaglia als Präsident der Wahlvorbereitungskommission. Er verzichtet. Ich habe auch keine weiteren Voten eingetragen.

Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen.

Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007043, 10.09.25 09:30:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Wir kommen somit zum eigentlichen Wahlgeschäft.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Jürg Schütz, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007044, 10.09.25 09:31:17]*

Der Grosse Rat wählt als nebenamtlichen Richter am Strafgericht Basel-Stadt

für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Jürg G. Schütz** (geb. 1973, whft. in 4051 Basel)

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gratuliere Jürg Schütz zur Wahl als nebenamtlichen Richter am Strafgericht. Er wurde mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen

[10.09.25 09:31:42, 25.0607.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die IGPK Rheinhäfen beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die IGPK hat das Wort Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Als Präsident der IGPK Rheinhäfen freue ich mich, Ihnen heute den Jahresbericht 2024 vorstellen zu dürfen. Dies ist nicht nur eine formelle Pflicht, sondern auch die Gelegenheit, die grosse Bedeutung der Rheinhäfen für unser Land und für unsere gesamte Region zu betonen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat am 7. Mai 2025 beschlossen, diesen Bericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2024 dem Parlament zur Kenntnis zu unterbreiten.

Die Kommission hat den vorliegenden Bericht und die Jahresrechnung in zwei Sitzungen behandelt und ich kann Ihnen mit Überzeugung mitteilen, die Schweizerischen Rheinhäfen haben ihre gesteckten Ziele im letzten Geschäftsjahr mit Bravour erreicht. Die Rheinhäfen sind weit mehr als nur ein Umschlagsplatz für Waren, sie sind das Tor der Schweiz zur Welt, unsere direkte Verbindung zu den grossen Seehäfen und damit ein unverzichtbarer Teil unserer nationalen Versorgungskette. Für unsere Region sind sie zudem ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze sichert, die lokale Industrie stärkt und im Jahr 2024 haben die Rheinhäfen ihre zentrale Rolle einmal mehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Mit einem Schiffsumschlag von 5,39 Mio. Tonnen wurde die wichtige 5 Mio.-Tonnen-Marke klar überschritten. Dies ist eine beeindruckende Steigerung von 8,3% gegenüber dem Vorjahr und zeigt, dass die Rheinhäfen auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten zuverlässig funktionieren. Insbesondere der Umschlag von Mineralölprodukten trug massgeblich zu diesem starken Ergebnis bei, aber auch die Zuwachse bei Materialien wie Stein, Erde und Recyclingmaterialien belegten die breite wirtschaftliche Basis und die Vielseitigkeit der Häfen. Es ist besonders erfreulich, dass alle drei Hafenstandorte Birsfelden, Auhafen Muttenz und Kleinhüningen zu diesem positiven Ergebnis beitragen konnten. Betreffend der detaillierten Kennzahlen aus der Jahresrechnung verweise ich gerne auf den Bericht, statt diesen hier vorzulesen.

Der Jahresbericht zeigt, dass die Rheinhäfen einen soliden Betriebsertrag von über 24,7 Mio. Franken erwirtschaftet haben. Auch wenn der Betriebsaufwand im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen ist, liegt dieses Jahresergebnis mit 1,03 Mio. Franken weiterhin im positiven Bereich und dies unterstreicht die finanzielle Stabilität und die Fähigkeit der Rheinhäfen, aus eigener Kraft erfolgreich zu wirtschaften.

Der Erfolg der Rheinhäfen beruht auf einem ambitionierten Zielbild 2030+, das auf den folgenden strategischen Säulen fusst. Hafen 4.0, Digitalisierung und Realisierung, um Effizienz und die Vernetzung zu steigern. Energieträger der Zukunft anzusiedeln, womit man den Fokus auf die Entwicklung des H2-Hubs in der Schweiz gelegt hat. Kreislaufwirtschaft fördern, insbesondere durch die Nutzung umweltfreundlicher Transportwege wie Schiff und Bahn für den Baustoffkreislauf. Container und Massengutgeschäft ausbauen, um die Rolle als führende Logistikhub zu stärken. Wasserwege zu sichern für die Gewährleistung einer zuverlässigen und zukunftsgerichteten Infrastruktur. Fachkräfte auszubilden und Mitarbeitenden zu fördern, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Expertise im nautischen Bereich zu sichern.

Die Rheinhäfen verstehen, dass der wirtschaftliche Erfolg und die ökologische Verantwortung untrennbar miteinander verbunden sind. Das strategische Ziel Green Port ist daher ein zentrales Anliegen. Die Rheinhäfen haben sich verpflichtet, ihre CO_2-Emissionen bis 2030 vollständig zu reduzieren und haben dazu erstmals eine Treibhausgasbilanz erstellt. Ein konkretes Beispiel für das Engagement für das geplante Reservekraftwerk im Auhafen, dass die Zusammenarbeit mit der Axpo realisiert wird. Dieses Kraftwerk soll zwingend mit grünen Treibstoffen betrieben werden und damit als Katalysator für die Nutzung von sauberer Energie im gesamten Hafen dienen. Zudem suchen die Rheinhäfen aktiv den Dialog mit der Naturschutzorganisation. Die laufenden Verhandlungen zur Erweiterung des Hafenbeckens 3 sind ein Beispiel für den konstruktiven Ansatz, mit dem nach gemeinsamen Lösungen gesucht wird. Ein weiteres schönes Beispiel ist die freiwillige Anpassung bei dem Bau des Zauns in Birsfelden, bei dem darauf geachtet wurde, dass die Böschung mit ihrer seltenen Vegetation weiterhin zugänglich und gut gepflegt werden kann. Dies zeigt, dass pragmatische und naturfreundliche Lösungen möglich sind.

Zusätzlich zu diesen Erfolgen haben sich die Rheinhäfen im Jahr 2024 auf ein wichtiges Projekt konzentriert, um die Infrastruktur und Dienstleistungen zu modernisieren. Das in Partnerschaft mit dem Duisburger Hafen entwickelte Multi Port Community System für die Binnenschifffahrt, das RiverPorts Planning and Information System ist dabei ein Meilenstein. Es vereinfacht die Kommunikation zwischen der Schifffahrt und dem Hafen erheblich und trägt massgeblich zur Effizienz bei.

Ebenso wichtig ist, den mit dem Branchenverband AHOI CAPTAIN ins Leben gerufene Ausbildungsverbund für die nautischen Berufe weiter voranzubringen und die Next Generation für die Binnenschifffahrt und die Häfen zu begeistern. Das neue Schulungszentrum in Birsfelden, das mit einem modernen Schifffahrtsimulator ausgestattet ist, ist hier ein Element, um sicherzustellen, dass die Fachkräfte der Zukunft optimal ausgebildet werden.

Mit dem Projekt SRH 2.0 bereiten sich die Rheinhäfen strategisch auf die Zukunft vor. Mit der angestrebten Neuorganisation in den Bereichen Behörde, Dienstleistung, Infrastruktur und Arealmanagement wird die Basis gelegt, damit der Bund Verantwortung, auch finanziell, für die Infrastruktur der Häfen nach dem neuen Gütertransportgesetz übernehmen kann. Die geplante Leistungsvereinbarung des Bundes für die Infrastruktur wird die Rheinhäfen finanziell entlasten und eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit sichern. Die Rheinhäfen sind überzeugt, dass sie mit den geplanten Anpassungen flexibler auf die sich wandelnden Anforderungen reagieren können und ihre zentrale Rolle in der Schweizer Logistiklandschaft weiter ausbauen werden.

Die Rheinhäfen sind gut aufgestellt, um ihre Herausforderungen für die Zukunft zu meistern. Ja, es gibt auch Risiken. Die angekündigte Kürzung im Angebot bei der SBB Cargo bereitet Sorgen und könnte zu substanziellen Verlusten bei der Hafenwirtschaft bei den ökologischen Verkehrsketten Schiffschiene führen. Auch die vielen Stornierungen von Fahrgastschiffen in Basel aufgrund der Herausforderung der Vergabe von Arbeitsbewilligungen von Kurmitgliedern aus Drittstaaten hat wirtschaftliche Spuren hinterlassen, notabene auch für den regionalen Tourismus.

Die Rheinhäfen, das WSU mit Regierungsrat Kaspar Sutter und unsere Kommission setzen sich jedoch dafür ein, hier eine rasche Lösung zu finden. Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Rheinhäfen weiterhin ein entscheidender Motor für unsere Region sind und die gesamte Schweizer Wirtschaft. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihre Aufmerksamkeit und im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen einstimmig, den Jahresbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Präsident der IGPK hat schon sehr gut dargelegt das Geschäftsjahr des Schweizerischen Rheinhafens, ich beschränke mich deshalb auf ein paar ausgewählte Punkte. Die Rheinhäfen sind wichtig, die sind wichtig für die Schweiz, um die Güter hierher zu bringen und auch wegzuführen, die Massengüter, insbesondere die Container und die beiden Kantone übernehmen diese Verantwortung. Sie machen das vereint und das ist gut so. Der Hafen wurde fusioniert und gemeinsam kann man diesen Hafen besser führen. Was sehr erfreulich ist, dass auch der Bund anerkannt hat, dass es sich hier um eine wichtige nationale Infrastruktur handelt und er in Zukunft auch seinen Beitrag leisten will zur Finanzierung und zum Erhalt dieser wichtigen Umschlagplattform. Das begrüssen wir sehr. Damit wir dazu fähig sind, das auch zu machen, sind die beiden Trägerkantone zurzeit dabei, Verhandlungen zum Staatsvertrag vorzubereiten, damit der Hafen so aufgestellt werden kann, damit diese Bundesbeteiligung an der Infrastruktur möglich ist. Dabei geht es auch um den Hafenperimeter, wie wir damit in der Zukunft umgehen. Diese Zusammenarbeit, die Vorbereitung, die laufen gut zwischen den beiden Kantonen, dann kommen die Verhandlungen und am Ende des Tages kommt der neue Staatsvertag selbstverständlich dann zu Ihnen und Sie können entscheiden, ob dieser Staatsvertrag gut ist. Aber die Arbeiten sind angelaufen.

Der zweite Punkt ist sicher die Ökologisierung der Schifffahrt und des Hafens. Der Hafen hat ambitionierte Ziele, auf dem Landbereich bis 2030 CO_2-neutral zu sein, hat auch hier eine Bilanzierung jetzt begonnen auf der Schiffseite. Da ist es anspruchsvoller, das 2037-Ziel zu erreichen, aber es ist wichtig, dass hier die Arbeiten laufen im Hinblick auf das Ziel 2037 auch auf der Schiffseite.

Ein Problem, das wir haben, Herr Battaglia hat es gesagt, das ist die SBB Cargo und ihre Kürzungen in ihrem Binnenbereich. Das ist nicht gut für die Zukunft des Modalsplits. Wenn wir wollen, dass die Güter vom Schiff nachher auf den Zug verladen werden und nicht auf den LKW, dann müssen diese Züge und diese Waren auch irgendwo dann in der Schweiz ankommen. Ein Ende reicht nicht am Hafen, es braucht ein zweites, wo die Güter dann abgeladen werden können. Deshalb ist es unverständlich, dass die SBB Cargo hier ihre Dienstleistungen und ihre Angebote kürzt, es schadet dem Modalsplit im Hafen und im Schweizer Güterverkehr.

Die Flusskabinenschifffahrt, ein Thema, das sehr virulent geworden ist vor der Sommerpause. Es gab keine Vollzugsänderung, aber es wurde kontrolliert und das hat dazu geführt, dass gewisse Anbieter in der Flussschifffahrt vermuten, dass sie und ihre Geschäftsmodelle nicht compliant sind im Bereich der Bewilligungen und dass deshalb ein Teil der Anbieter zurzeit nicht nach Basel fahren. Andere Anbieter, die steuern Basel weiterhin an, aber diese Situation zurzeit ist nicht befriedigend. Wir wollen, dass die Flussschifffahrt bis nach Basel kommt und hier anlegt und entsprechend sind wir zurzeit auch in intensiven Gesprächen mit dem Bund, der die Regeln setzt, der Kanton, der die Regeln vollzieht und Eigentümer der Rheinhäfen ist, und die Branche, um hier Lösungen zu finden, wie wir das wieder in Einklang bringen, dass die regulativen Bestimmungen und der Vollzug übereinstimmen mit den Geschäftsmodellen auf der anderen Seite, so dass es möglich ist, dass die Schiffe wieder nach Basel kommen und das compliant, das heisst, in Einhaltung der bestehenden Regelungen. Das ist das Ziel. Die Gespräche sind am Laufen und ich hoffe, dass hier Lösungen gefunden werden können, die dann sicherstellen, dass auch die anderen Schifffahrtsgesellschaften, die zum Teil jetzt in Huningue anlegen, dass die dann auch wieder zu uns nach Basel kommen.

So viel von meiner Seite. Ich möchte an dieser Stelle den Rheinhäfen danken, den Mitarbeiter*innen und auch dem Leitungsteam, sie leisten eine sehr wichtige Arbeit. Ich möchte mich auch bedanken beim Mitträgerkanton Baselland, dass diese gemeinsame Gesellschaft so gut und die Zusammenarbeit so gut funktioniert in diesem Bereich, und ich möchte mich bei der IGPK bedanken für ihr kritisches Nachfragen, ihr Überprüfen der Tätigkeit und ihren Bericht, den sie uns heute oder Ihnen vorgelegt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die GLP hat sich gemeldet Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Im Namen der Fraktion GLP danke ich der Direktion, dem Verwaltungsrat und allen Mitarbeitenden der Schweizerischen Rheinhäfen für die engagierte Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr sowie für den ausführlichen Jahresbericht. Ich werde wahrscheinlich einige Daten wiederholen, die die zwei Vorredner schon gesagt haben, ich werde trotzdem so weiterfahren wie geplant.

Der Bericht zeigt eindrücklich die Leistungsfähigkeit und die strategische Bedeutung der Rheinhäfen für die Versorgungssicherheit und den Wirtschaftsstandort Schweiz. Mit einem Schiffsumschlag von 5,39 Mio. Tonnen wurde, wie gesagt, die 5-Millionen-Marke deutlich überschritten, was ein grosser Erfolg ist. Besonders die Mineralölprodukte, Steine, Erde sowie Recyclingmaterialien trugen zu diesem erfreulichen Ergebnis bei. Auch im Container-Bereich war trotz temporär eingeschränkter Terminalkapazitäten insgesamt eine Zunahme von 6% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier ist auch

sehr erfreulich, dass sich die Container-Umschläge auf die Bahn verdoppelten. Alle drei Hafenareale, Birsfelden, Muttenz und Kleinhüningen, konnten ihren Umschlag steigern.

Die Jahresrechnung präsentiert sich, wie gehört, solide mit einem Jahresergebnis von 7,2 Mio. Franken. Erfreulich sind auch die Fortschritte bei den verschiedenen Projekten. Das RheinPorts Information System als künftiger Kommunikationskanal, das neue Ausbildungszentrum in Birsfelden mit Schiffssimulator, die Verlegung der Hafenbahn in Kleinhüningen sowie die Planung der neuen Revierzentrale. Dies zeigt, wie enorm vielseitig das Unternehmen ist und wie vielschichtig die zu bearbeitenden Themen sind. Sehr beeindruckend. Grosses Gewicht legt die SRH auf Nachhaltigkeit. Mit dem Programm Green Port und der erstmals publizierten Treibhausgasbilanz wird das Ziel der vollständigen Reduktion der CO_2-Emissionen verfolgt.

Von grosser Bedeutung ist auch das neue Gütertransportgesetz des Bundes, das künftig auch die Förderung der Hafeninfrastruktur vorsieht. Dies wird die Trägerkantone entlasten und der Hafen national stärker vorankommen. Damit verbunden sind Anpassungen im Staatsvertrag und in der Organisation der SRH, um die Bundesmittel passgenau einzusetzen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Projekt Hafenbecken 3, das nach wie vor blockiert ist. Hier braucht es baldige Entscheide, damit für die Zukunft zentrale Erweiterung realisiert werden kann, selbstverständlich unter Berücksichtigung ökologischer Anliegen.

Ein Problemfeld, das im Bericht klar benannt wird, betrifft die Kabinenschifffahrt. Neue und streng gehandhabte Visaregeln der Mitarbeitenden aus Drittstaaten haben zu kurzfristigen Stornierungen geführt und massiven wirtschaftlichen Schaden verursacht, nicht nur für die Schifffahrtsunternehmen, sondern auch für das nachgelagerte Tourismusgewerbe und die SRH selbst. Diese Situation ist unbefriedigend. Wir fordern deshalb die Regierung nachdrücklich auf, sich beim Bund für eine pragmatische und rasche Lösung einzusetzen, die den Bedürfnissen der Branche Rechnung trägt und den Standort nicht unnötig schwächt. Dies geschieht, wie wir gehört haben, bereits, wie Regierungsrat Kaspar Sutter ausführlich berichtet hat, wir begrüssen dies sehr.

Die Schweizerischen Rheinhäfen haben im Jahr 2024 bewiesen, dass sie wirtschaftlich erfolgreich, strategisch umsichtig und ökologisch verantwortungsvoll handeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme Jahresbericht und Jahresrechnung

2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007047, 10.09.25 09:51:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2024 der SRH werden zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

8. Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK

[10.09.25 09:51:43, 24.1746.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen von Juni 2008. Aufgrund geänderter Bundesvorgaben muss in allen Kantonen der volle Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen umgesetzt werden. Bis anhin kennt der Kanton Basel-Stadt lediglich einen Teillastenausgleich. Die Umsetzung dieses vollen Lastenausgleichs muss bis zum 1. Januar 2028 vollzogen sein. Der Regierungsrat beantragt die Umsetzung per 1. Januar 2026, um möglichst rasch Rechtssicherheit zu schaffen. Die Umsetzung des Lastenausgleichs soll durch den Ausgleich des Risikosatzes erfolgen. Dies bedeutet, dass die Differenz zwischen den unterschiedlichen Beitragssätzen der einzelnen Familienkassen und dem im jeweiligen Kanton durchschnittlich erforderlichen Satz zur Finanzierung aller im Kanton ausgerichteten Familienzulagen ausgeglichen wird. Voraussichtlich werden dadurch 16,5 Mio. Franken von den Geberkassen in den Lastenausgleich fliessen und zu den Nehmerkassen umverteilt werden.

Darüber hinaus beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die kantonalen Ansätze der Familienzulagen auf dem bisherigen Stand zu belassen, auch wenn der Bund aufgrund der Teuerung die Anhebung der schweizweit geltenden Mindestansätze um 7,1% beschlossen hat. Der Bund hat die Mindestansätze per 1. Januar 2025 entsprechend bereits angepasst. Der Grosse Rat hat mit Beschluss vom 19. September 2018 im Rahmen der Umsetzung der Steuervorlage 17 die Familienzulagen deutlich erhöht. Im Rahmen der damaligen Kommissionsberatung wurde über einen allfälligen automatischen Teuerungsausgleich diskutiert. Im Bundesgesetz ist eine Teuerungsanpassung vorgesehen, wenn die kumulierte Teuerung 5 Prozentpunkte erreicht. Im Rahmen der damaligen Kompromissfindung wurde kein Teuerungsautomatismus festgelegt, jedoch wurde im Gesetz die Pflicht definiert, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Ratschlag über die Anpassung der Familienzulagen vorzulegen hat, wenn der Bund aufgrund seiner 5-Prozentpunkte-Regelung eine Erhöhung vornimmt.

Dieser Pflicht kommt der Regierungsrat mit vorliegendem Ratschlag nun nach. Der Regierungsrat beantragt, auf eine Erhöhung der Familienzulagen zu verzichten, um die finanzielle Belastung der Arbeitgebenden, insbesondere in Branchen mit guten Versicherungsrisiken, auf die Mehrkosten aufgrund des vollen Lastenausgleichs zu begrenzen. Für weitere Details verweise ich Sie auf den Ratschlag.

Die Kommission hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und sich von Regierungsrat Kaspar Sutter sowie von Simone Leibundgut, Leiterin Stab, Amt für Sozialbeiträge, informieren lassen. An dieser Stelle herzlichen Dank für die guten Darlegungen zu diesem doch sehr technischen Geschäft.

Da die Umsetzung des vollen Lastenausgleichs vom Bund vorgegeben ist, beschloss die Kommission denn auch einstimmig, auf das Geschäft einzutreten. Nach eingehender Diskussion der Vor- und Nachteile des Teuerungsausgleichs und des Umsetzungszeitpunkts ist die Kommission zum Schluss gelangt, den Vorschlag gemäss Ratschlag vollumfänglich zu unterstützen. Weder soll die Umsetzung des vollen Risikoausgleichs bis zum 1. Januar 2028 hinausgezögert werden, noch soll der Teuerungsausgleich zu einer zusätzlichen Belastung der Prämien für die Arbeitgebenden führen. Die Kommission erachtet den Vorschlag des Regierungsrats als ausgewogen und empfiehlt dem Grossen Rat entsprechend einstimmig bei einer Enthaltung, dem Antrag gemäss Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir legen Ihnen diese Gesetzesanpassung vor, es gibt zwei Gründe. Der erste ist, dass das nationale Parlament beschlossen hat, dass ein vollerer Risikoausgleich gelten soll. Heute ist es so mit dem Teilrisikoansatz, dass Branchen mit hohen Löhnen und mit wenig Kindern, also wo die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Kinder haben, dass die tiefere Prämien anbieten können als Branchen, wo die Löhne tiefer sind und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Kinder haben. Das heisst, es ist nicht der Effizienz der Kassenführung geschuldet, sondern einfach der Risikosituation, der Population der Arbeitnehmer*innen, die man versichert bei sich.

Der Kanton Basel-Stadt hat einen ersten Schritt gemacht, das auszugleichen mit dem Teilrisikoausgleich, das war Teil der SV 17-Vorlage, Teil dieses Kompromisses damals, jetzt geht die Bundesbehörde weiter und wir müssen das übernehmen. Wir haben keine Wahl, ob wir das wollen inhaltlich oder nicht, wir haben nur noch die Wahl, zu welchem Zeitpunkt es umgesetzt wird. Inhaltlich ist es aber zu begrüssen, dass dieser Risikoausgleich in Zukunft spielt und dass dann der Wettbewerb wirklich auf der Kassenführung liegt und nicht auf dem Risikoportfolio, das man versichert.

Der zweite Punkt, wie gesagt, der Teuerungsausgleich, der Bund hat diesen vollzogen. Wir sind verpflichtet als Regierungsrat, bei einer Anpassung auf Bundesebene das Ihnen vorzulegen, damit Sie entscheiden können, ob der Kanton Basel-Stadt dem folgen soll oder nicht. Das haben wir hiermit gemacht und der Regierungsrat beantragt Ihnen und auch die WAK, dass man auf diesen Ausgleich verzichtet, wie Sie wissen, dass wir heute deutlich höhere Ansätze haben, als der Bund vorgibt und auch, dass wir diese mit der SV 17, die Kommissionspräsidentin hat es schon so formuliert, bereits deutlich erhöht haben.

Deshalb dieser Antrag und ich bin auch froh, dass die WAK zum gleichen Schluss kommt und diesen Teuerungsnachvollzug jetzt in Basel-Stadt nicht macht. Es verhindert auch, dass gewisse Arbeitgeber jetzt doppelt zusätzlich belastet werden, einerseits durch den Risikoausgleich, andererseits, wenn man eben diese Teuerungsanpassung machen würde. Und auch ohne diese Anpassung haben wir immer noch deutlich höhere Ansätze, als der Bund als Minimum vorgibt.

Einen Hinweis möchte ich noch machen, weil da ist eine Korrektur nötig, auch in unserem Bericht. Das eidgenössische Parlament hat im März 2024 den Volllastenausgleich beschlossen, alle sind davon ausgegangen, dass dieses am 1. Januar 2025 in Kraft tritt mit drei Jahren Übergangsfrist. Wir hatten ja dann den Bericht schon vor diesem Datum, also noch im 2024 Ihnen überwiesen und auch die WAK hat unter dieser Voraussetzung den Bericht so verabschiedet. Der Bund hat dann aber im Juli informiert, dass es einen neuen Start gibt, dass der ab 1. Januar 2026 ist, so rein theoretisch gäbe es noch ein Jahr länger zum Umsetzen. Einfach das noch der Vollständigkeit halber als Information. Der Bund hat die Inkraftsetzung um ein Jahr später angesetzt, als wir davon ausgegangen sind. Das ändert aber nichts daran, dass es kein Problem ist und auch die Branche ist nach meinem Wissen bereit, dass jetzt diese Umsetzung gemacht wird. Diese Kommunikation ist ja auch schon früher erfolgt und deshalb bin ich auch sehr froh, dass dieses Datum so fixiert wird.

Ich möchte der Kommission danken für ihre Arbeit und empfehle Ihnen, den Anträgen der Kommission und damit des Regierungsrates zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, wir fahren deshalb fort. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 27b Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 2bis (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007049, 10.09.25 10:01:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz; EG FamZG) vom 4. Juni 2008 [1]) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:

§ 27b Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 2bis (neu)

1 Die Familienausgleichskassen, die eine Mehrbelastung aus den Zulagenzahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder an Selbständigerwerbende aufweisen, erhalten einen jährlichen Ausgleichsbeitrag. Als Grundlage für die Berechnung dieses Beitrags dient der Lastenausgleichssatz.

1bis Zur Ermittlung des für das entsprechende Kalenderjahr massgebenden Lastenausgleichssatzes werden von allen Familienausgleichskassen einerseits die beitragspflichtige Einkommenssumme und andererseits das Total der gemäss gesetzlichem Umfang geleisteten Familienzulagen ermittelt.

2 Das Total der Familienzulagen im Verhältnis zur Einkommenssumme ergibt den in Prozenten ausgedrückten Lastenausgleichssatz. Der Risikosatz der einzelnen Kasse ergibt sich aufgrund der gleichen Berechnung auf Kassenebene.

2bis Die beitragspflichtige Einkommenssumme ist gleich der Lohnsumme der Arbeitnehmenden, inklusive derjenigen ohne beitragspflichtige Arbeitgebenden, und der beitragspflichtigen Summe der Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, beides berechnet gemäss AHV-Gesetzgebung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

9. Kantonaler Mindestlohn; Berichterstattung 2023, Bericht des RR

[10.09.25 10:01:34, 24.1504.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission und der Regierungsrat beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die Kommission hat das Wort Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wahrscheinlich war ich noch in den Sommerferien, als ich das überlesen habe. Zum Glück gibt es schon ein paar Sprecherinnen und Sprecher, die sich besser vorbereitet haben als ich. Wir haben ja den Mindestlohn eingeführt, es ist die erste Berichterstattung, die ein positives Bild zeigt und mehr werde ich jetzt nicht sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Nach dieser ausführlichen Berichterstattung der Kommission übernehme ich gerne sonst auch einen Teil der Inhalte. Die Einführung des Mindestlohnes war ja politisch heiss umstritten. Wir haben darum gerungen und gekämpft und der Gegenvorschlag des Regierungsrats und der WAK hat sich in der Volksabstimmung durchgesetzt mit

diesem Mindestlohn von 21 Franken plus auch die Anpassung an den Mischindex, dass es auch Schritt hält mit der Lohnentwicklung und der Teuerung.

Trotz der heissen Abstimmung, die Einführung des Mindestlohns ist sehr gut vollzogen worden und angelaufen in unserem Kanton. Es gab wenige Diskussionsfelder, die gab es am Anfang bei der Einführung, insbesondere die Frage, was ist ein Praktikum und was nicht, auch das war eine grosse Frage, die geklärt werden musste. Auch die Ausnahmebestimmungen, die wir hatten für den sekundären Arbeitsmarkt, die ja explizit im Gesetz drin sind, auch das gab gewisse Fragen, aber in der Zwischenzeit läuft es sehr gut. Die allermeisten Arbeitgeber halten sich an diesen Mindestlohn, viele waren ja auch vorher schon drüber, über diesen Mindestlohn, in der heutigen Zeit, denke ich, ist es auch, wenn man als Unternehmer oder Unternehmerin unterwegs ist, sinnvoll, diese Löhne auch zu zahlen, weil man ja entsprechend auch das Personal finden will und entsprechend auch bezahlen sollte. Also die Einführung, die ging sehr gut vonstatten, aber wir überprüfen das, die Inspektorinnen und Inspektoren im AWA. Die Einführung war per 1. Juli 2022, man hatte dann ja noch ein halbes Jahr Zeit, um compliant zu werden und seit 2023 ist es Pflicht und seit dann gibt es diese Kontrollen und das ist der erste Bericht, der vorliegt, der in der Kommission lag.

Die Kontrolltätigkeit, die fokussiert sich jeweils auf bestimmte Branchen. Der Start waren drei Tieflohnbranchen, das war erstens in der Kosmetik- und Nageldesignstudios, in den Fitnesszentren und auch den Textilreinigungsunternehmen. Die ersten beiden Branchen sind auch Branchen der tripartiten Kommission des Bundes, die diese festgelegt hat. Kontrolliert wurden 215 Unternehmen, jeweils die Lohnunterlagen einzureichen, bei 119 Unternehmen fanden vertiefte Kontrollen mit Lohnprüfungen statt, bei 17 Unternehmen wurden Verstösse gegen das Mindestlohngesetz festgestellt, das ist eine Verfehlungsquote von rund 15%. Drei Unternehmen wurden darauf verwarnt, weil es um kleine Unterschreitungen handelte und 14 Unternehmen bzw. die verantwortlichen Personen wurden an die Staatsanwaltschaft überwiesen wegen 12 Mindestlohnunterschreitungen und zwei Auskunftsverweigerungen. So der Bericht dieses ersten Jahres des Mindestlohnes. Zwei Unternehmen wiesen hohe Lohnunterschreitungen auf, wir reden da von 29’400 Franken und von 11’000 Franken. Diese Lohnüberschreitung von über 40’000 Franken betraf sieben Arbeitnehmende, das war vor allem im Zusammenhang mit der Praktikadefinition.

Das ist der Bericht, den Sie auch nachlesen können. Wie gesagt, die Einführung verlief gut, die allermeisten Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen halten sich an diesen Mindestlohn. Wir führen selbstverständlich diese Kontrollen weiter, auch in anderen Branchen, auch auf Hinweise, so dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter dieses Gesetz fallen, auch zu ihrem Mindestlohn kommen, den sie für ihre Arbeit verdienen. Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme und für die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Besten Dank für diese Berichterstattung, jetzt wissen wir auch die Details über den Bericht, den Sie nun ausgeführt haben. Besten Dank dafür. Ich möchte dennoch diesen ersten Bericht dazu nutzen, auch hier in Erinnerung zu rufen, dass es auch negative Folgen dieses Mindestlohnes gab, dieser Einführung. So haben wir eine Studie der Wirtschaftsprofessorin Conny Wunsch, die hier schon mehrere Befragungen gemacht hat, die gezeigt hat, dass die Hauptmassnahmen der Arbeitgeber auch die Arbeitnehmer konkret betreffen. Hauptmassnahme Nummer 1, die genannt wurde, Automatisierung, also die Prozesse werden angeschaut, werden automatisiert, Arbeitnehmer werden hier durch Maschinen ersetzt, so wurde es zum Teil auch formuliert. Zweiter Punkt, der oft genannt wurde, mehr Entlassungen und zurückhaltendere Einstellungen. Auch das betrifft wieder die Arbeitnehmer, die Einsteigerjobs fallen weg oder es wird eben schwieriger, diesen Einstieg zu finden oder man verliert die Stelle direkt ganz. Und drittens, der dritte genannte Punkt, der oft gesagt wurde, Preise wurden erhöht. Das betrifft alle, es bringt mir nichts, wenn ich mehr einnehme, wenn ich nachher auch wieder mehr zahle für die ganzen Dinge, die verkauft werden. Also man sieht, die Kosten steigen, die Einsteigerjobs werden weniger, es wird schwieriger, den Berufseinstieg zu finden, wenn man vielleicht nicht super gut ausgebildet ist, aber auch im Studium wird es schwerer, eine Stelle zu finden. Also es gibt hier auch negative Folgen dieses Mindestlohnes und es trifft zumindest teilweise genau diejenigen, denen er helfen soll.

Das hat sich auch gezeigt am Anfang in der verschiedenen Berichterstattung. Es gab einen Fall, Sie haben ihn sicherlich alle gesehen, der in den Medien war, dass eine Taxizentrale alle Taxifahrer entlassen hat und ihnen geholfen hat, selbstständig zu werden. Diese haben jetzt weniger Sicherheit, die Sozialversicherungen, etc. um die müssen sie sich jetzt selber kümmern. Ebenfalls gab es ein sehr unerfreuliches Beispiel bei dem Behindertentransport IVB, die die Preise massiv erhöhen mussten und damit genau denjenigen, denen durch die Beteiligung in der Gesellschaft geholfen werden soll, hier durch teurere Preise das wiederum erschweren. Auch Selbständige, das ist mir immer wieder zu Ohren gekommen, wurden kontrolliert, Selbständige, die sich selber angestellt haben, und hier hat man wenig Gnade walten lassen. Also wenn ich in meinem eigenen Geschäft angestellt bin, muss ich auch den Mindestlohn einhalten, das war wohl nicht die Idee dieses Mindestlohnes. Und schliesslich die ganzen Praktikumsstellen, der Herr Regierungsrat hat es angesprochen, diese fallen

einfach weg, diese werden einfach nicht mehr angeboten und das ist, was mir sehr stark zu Ohren kommt und was mir doch auch Sorgen bereitet, weil es ist eine Möglichkeit, schon Berufserfahrungen zu sammeln, den Einstieg zu finden.

Zudem ist auch in der Statistik vieles dann auch nicht sichtbar. Die Stellen, die wegfallen, Studenten, die gehen sich nicht arbeitslos melden, die sind nicht in der Statistik. Grenzgänger, die werden nicht in der Schweizer Statistik erfasst werden, also auch hier muss man berücksichtigen, dass nicht alle Folgen direkt sichtbar sind, zumal die negativen Effekte dieses Mindestlohnes auch erst in den wirtschaftlich schwierigeren Zeiten sichtbar werden. Das werden wir vielleicht dann noch sehen, weil jetzt haben wir sehr gute Zeiten hinter uns. Man muss schon berücksichtigen bei dieser Mindestlohnthematik, wer Vollzeit arbeitet, ist nach Statistik kaum von Armut betroffen, es sind andere Gründe, die dazu führen. Und hier haben wir mit der Mindestlohnthematik etwas, wo eben genau dieser Einstieg in die Berufswelt, diese Arbeit, diese einfacheren Jobs, wo man später auch aufsteigen kann, verschwinden und das eben erschwert, dass man nachher diesen Einstieg hat und arbeiten kann und sich das Leben finanzieren kann. Das darf einfach nicht vergessen werden.

Ein kleiner Blick nach vorne, Sie haben es vielleicht gesehen in der Vorbereitung, der Bericht fürs 2024 ist auch schon da. Hier etwas Erfreuliches, man sieht, die Quote der Verstösse geht bereits runter von 15 auf 12,9, das obwohl doppelt so viele Kontrollen durchgeführt wurden. Also wir sehen hier auch, der Betrag auch dieser Verstösse ist von knapp 50’000 ist auf 20’000 runtergegangen, also man sieht viel mehr Kontrollen, die Verstösse in einem wesentlich kleineren Bereich, ich denke, das ist sehr erfreulich und das zeigt auch, Arbeitgeber möchten die Sache richtig machen, möchten sich an die Gesetze halten und die Fehler, die gefunden werden, die werden auch sehr schnell korrigiert, was sich auch darin zeigt, dass diese Fehlbeträge sehr schnell nachbezahlt wurden, beinahe vollständig. Ich denke, das ist auch sehr erfreulich und das kann man auch mal hervorheben, dass die Arbeitgeber hier sich auch Mühe geben. Und es ist ja auch nicht ganz einfach, jedes Jahr bisher wurde der Mindestlohn angepasst, das heisst, man muss hier auch stetig schauen, wenn man hier bei diesen tiefen Löhnen ist, dass man die ständig wieder anpassen muss, wir sind ja jetzt von 21 bereits schon wieder auf 22 Franken inzwischen. Es ist ja jedes Jahr eine Anpassung, die man als Unternehmer auch berücksichtigen muss und es ist ja nicht so, als würde ich mich als Unternehmer nur mit dem ständig befassen.

Wir werden den Bericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, aber es war mir einfach wichtig, auch diese Punkte noch anzubringen, weil es tatsächlich auch negative Folgen gab und hier doch ein bisschen zu positiv dargestellt wurde, wie das aufgenommen wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kabakci. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Laetitia Block, Sie haben ja oft von den negativen Folgen geredet, deshalb möchte ich wissen, was ist aus Ihrer Sicht oder aus Sicht der SVP ein würdiger Stundenlohn?

Laetitia Block (SVP): Ein würdiger Stundenlohn ist dort, wo man auch tatsächlich die Jobs nachher schaffen und finanzieren kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Der Mindestlohn ist kein Luxus. Er schützt Menschen vor Armut trotz Arbeit und er entlastet unsere Sozialwerke. Darum möchte ich zuerst Danke sagen an die Kontrolleurinnen und Kontrolleure, die diese wichtige Aufgabe ernsthaft angehen und ihr Engagement stärkt alle Arbeitnehmenden in unserem Kanton. Der Bericht trotz seiner Kürze zeigt deutlich, es besteht Handlungsbedarf. 2023, wir haben es gehört, haben 15% der kontrollierten Unternehmen die Mindestlohngrenze unterschritten oder die Auskunft verweigert. Löhne in Höhe von fast 50’000 Franken wurden schlichtweg unterschlagen. Das ist kein Kavaliersdelikt. Den Unternehmen muss klar sein, wer betrügt, zahlt drauf. Das Gesetz ist kein Goodwill, es ist eine sozialpolitische Massnahme, die uns allen dient.

Ich möchte aber auch einen Blick nach vorne werfen, Stichwort Plattformökonomie. Was in den Berichtsjahren nicht ins Gewicht fiel, sind die wachsenden Arbeitnehmendenzahlen in der Plattformökonomie und in digitaler Scheinselbstständigkeit. Hier entsteht, oder besser gesagt, hier existiert ein neues Prekariat, ohne Mindestlohn, ohne soziale Sicherheit und ohne soziale Verantwortung. Ob Kurierfahrer, Clickworker, Essenslieferantin, hier arbeiten Menschen oft ohne Mindestlohn, ohne Sozialversicherung und ohne Rechte. Auch wenn wir die Auswahl der Fokusbranchen nachvollziehbar und richtig finden, braucht es einen Fokus auf diesen Bereich. Das heisst, 200 Stellenprozente reichen bei weitem nicht aus, um den formulierten gesetzlichen Anspruch, ich zitiere dazu § 4 Abs. 1 zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen: der Regierungsrat

sorgt für die Einhaltung der Bestimmungen in diesem Gesetz und beauftragt ein Kontrollorgan, welchem er die Mittel für wirksame, flächendeckende Kontrollen zur Verfügung stellt, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Ich möchte auch auf die Ausnahmen vom Mindestlohn eingehen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die Ausnahmeregelungen in der bestehenden Form dem Ziel armutsfester Löhne verfehlen. Im März dieses Jahres veröffentlichte der VPOD, dass das millionenschwer subventionierte Theater, unser Theater, die Mindestlöhne bei den Billettkontrolleur*innen unterschreitet, weil diese weniger als 70 Stunden pro Jahr eingesetzt werden. Es geht hier immerhin um mehr als 100 Beschäftigte. Diese Regelung war ein Zugeständnis an kleine Unternehmen, wird aber im grossen Stil missbraucht. Es ist schlichtweg beschämend, dass gerade öffentliche Institutionen diese Schlupflöcher ausnutzen.

Der dritte Punkt, den ich aufgreifen möchte, ist die Höhe des Mindestlohns. Um die Debatte von eben wieder aufzugreifen, wie viel ist Ihnen die Arbeit einer OP-Putzfrau, die Ihren OP reinigt, wert. Das Jahreseinkommen bei einem 100%-Pensum mit dem aktuellen Mindestlohn beträgt gerade mal 48’000 Franken. Und jetzt bitte ich Sie alle, einen Moment zu überlegen, wie Ihr Leben aussehen würde, wenn Sie ein Einkommen von 48’000 Franken hätten. Wie würde Ihre Wohnung aussehen, welche Freizeitangebote würden Ihre Kinder nutzen, welche Sozialleistungen würden Sie ohne Scham beantragen, damit das Geld bis Monatsende reicht. Es geht mir hier nicht um Mitleid, es geht mir um den Realitätscheck. Viele Menschen in diesem Saal hätten ziemlich sicher Mühe, mit diesem Einkommen über die Runden zu kommen.

Wir hatten im Berichtsjahr 2023 eine Erhöhung von 45 Rappen, im letzten Jahr eine Erhöhung um 25 Rappen. Diese Anpassungen entsprechen im Tieflohnsegment nicht den realen Teuerungskosten. Die regressive Belastung der Teuerung muss bei der Anpassung des Mindestlohns berücksichtigt werden, damit der Mindestlohn seinen sozialpolitischen Zweck erfüllen kann. Der Mischindex verschleiert die Realität im Tieflohnbereich. Wer wenig verdient, spürt die steigenden Krankenkassenprämien, Lebensmittel und Mieten viel stärker als Elektroartikel und Fernreisen.

Unser Fazit zum Bericht lautet also, erstens, wir brauchen mehr Ressourcen in der Prävention und Kontrolle des Mindestlohns, nicht nur im Bereich der Gig Economy, auch im Bereich der Praktika. Zweitens, wir müssen die Plattformökonomie ganz besonders in den Blick nehmen, drittens, wir müssen Ausnahmen schliessen, die missbraucht werden können, und viertens, um dem Mindestlohngesetz als sozialpolitische Massnahme langfristig Rechnung zu tragen, braucht es einen anderen Mechanismus als den Mischindex, der die realen Teuerungskosten im Tieflohnsegment wirklich abbildet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen, werden diese entgegengenommen? Herr Weber, Ihre Zwischenfrage wird nicht entgegengenommen, setzen Sie sich wieder hin. Herr Weber, erster Ordnungsruf, setzen Sie sich hin. Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben gesagt, wir sollen uns vorstellen, wie sich jemand fühlt, der mit 48’000 Franken im Jahr lebt. Frage an Sie, wie fühlt sich jemand, der die Kündigung erhält, weil das Unternehmen nicht mehr allen Mitarbeitern den Lohn zahlen kann?

Franziska Stier (BastA): Wenn wir über die Höhe von Mindestlöhnen sprechen, dann müssen wir uns überlegen, was will unsere Gesellschaft und welchen Wert hat eine bestimmte Arbeit. Das ist für mich zentral.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beda Baumgartner für die SP.

Beda Baumgartner (SP): Der Mindestlohn ist eine Errungenschaft. Er ist eine Errungenschaft, wo wir in der Deutschschweiz der erste Kanton waren, der einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt hat. Er ist eine Errungenschaft, die wir pflegen, die wir kontrollieren, aber die wir gegebenenfalls auch anpassen und ergänzen müssen.

Lassen Sie mich zwei Dinge am Anfang sagen zu den angeblich verbesserten Zahlen, die Frau Block gesagt hat. Ja, in Prozent ist das so, in Absolutzahlen ist es nicht so. Es haben mehr Unternehmen dagegen verstossen und ich wäre als zweites sehr daran interessiert, wenn wir eine Diskussion anhand von Fakten machen würden. Und wenn wir von Fakten reden, dann hören Sie bitte auf, diese Umfrage, die Frau Wunsch gemacht hat, als Studie zu bezeichnen, erstens, das hat sie nämlich selber korrigieren müssen, und zwar ziemlich dezidiert, und zweitens, ich kenne diese Umfrage sehr gut, leider, weil ich mich ziemlich detailliert mit ihr auseinandersetzen musste, weil sie eben von den Wirtschaftsverbänden als Fakten präsentiert wurde. In dieser nicht repräsentativen, anonymen und freiwilligen Umfrage geht es bei den Auswirkungen um 23 betroffene Unternehmen im Kanton Basel-Stadt. Und anonym und freiwillig, damit Sie sich das mal kurz hier alle praktisch vorstellen können, machen Sie mal den Laptop auf in Theorie, wenn Sie jetzt den Link zur Umfrage hätten und noch einen

VPN auf Ihrem Laptop installiert hätten, dann könnten Sie diese Umfrage mehrfach ausfüllen. Das WWZ hat nicht gesagt, dass das nicht möglich ist, das WWZ hat mehrfach sagen müssen, dass es nicht repräsentativ sei, was Sie hier gemacht hätten, aber auf jeden Fall, ich zitiere, informativ. Da bin ich schon froh, dass der Kontrollbericht des Mindestlohns ein bisschen mehr an den Fakten orientiert ist als diese genannte Studie, und bitte hören Sie auf, es Studie zu nennen, dieses Produkt des WWZ.

Es ist übrigens auch keine Gnade, die es braucht, ob man einen Mindestlohn einhalten muss oder nicht, Frau Block. Es geht auch nicht darum, was einem zu Ohren gekommen ist, es geht darum, dass das Gesetz ist. Das wurde abgestimmt und das wird vollzogen und man muss sich daran halten. Um das geht es bei diesem Mindestlohngesetz, um das geht es bei der Kontrolltätigkeit. Es geht nicht darum, dass es zu viele Kontrollen gibt, es geht darum zu fragen, warum haben wir immer noch 13% der Unternehmen, die, nachdem so lange Fristen existiert haben, um den Mindestlohn einzuführen, immer noch nicht diesen sehr tiefen Mindestlohn zahlen können. Das ist die Frage, die sich die Arbeitgeberverbände stellen müssten und nicht die Frage, wie kann man die Kontrolltätigkeit runterfahren.

Warum wurde angepasst nach oben? Liebe Kolleginnen und Kollegen auf bürgerlicher Seite, die damals in der WAK waren, der AHV-Mischindex ist das kleine Zugeständnis, das wir bekommen haben für einen deutlich tieferen Gesamtgrundmindestlohn und es ist einfach faktisch die Anpassung an wie sich die Situation der Kaufkraft in der Schweiz entwickelt hat und es ist immer noch zu tief, es gibt immer noch nicht alles wieder. Das ist nicht eine willkürliche Feststellung des Regierungsrats oder von den linken Mehrheiten, das ist wie Fakt. Wir haben übrigens auch immer noch Unternehmen in diesem Kanton, eben im Bereich, wie Franziska Stier gesagt hat, der Plattformökonomie, die diesen Mindestlohn einfach nicht zahlen, obwohl sie bundesgerichtlich bestätigt in mehreren Kantonen Arbeitgebertätigkeit haben, wie zum Beispiel das Unternehmen Uber. Das sind die Dimensionen, wo wir die Kontrolle anpassen müssen und verschärfen müssen.

Zum Bericht des Regierungsrates würde ich mir in Zukunft wünschen, dass man bezüglich den Ausnahmen bei Arbeit auf Abruf, die mit den 70 Stunden im Gesetz vorgesehen sind, dass man das quantifizieren könnte. Ich fände es gut, wenn man hier genauer wüsste, von wie vielen Zahlen wir hier wirklich reden. Ich fände es auch gut, wenn der Regierungsrat für einen nächsten Bericht zum Mindestlohn sich auch überlegen würde, ob er sich eine wirkliche Studie oder eine wirkliche wissenschaftliche Begleitung in einer grösseren Dimension leisten könnte, weil ich finde es schon sehr schwierig. Und ich appelliere da schon nochmal an die bürgerliche Ratsseite und an die Seite der Arbeitgeberverbände, wenn Sie sich thematisch mit dem auseinandersetzen wollen, dann bitte ich Sie wirklich, legen Sie Ergebnisse vor, wo wir tatsächlich anhand der Fakten diskutieren können. Weil wir hatten eine mediale Diskussion, ich habe das in meiner Interpellation im Februar schon gesagt, die wissenschaftlichen Kriterien nicht genügt hat. Es ist kein Wunder, dass das Wirtschaftswissenschaftliche Zentrum dann so schnell sagen musste, es war nicht repräsentativ und es war halt freiwillig und man konnte das einfach als Umfrage ausfüllen. Und wir hatten eine Diskussion, die am Schluss dem sozialpolitischen Ziel des Mindestlohns massiv geschadet hat.

Ich bitte Sie natürlich im Namen der SP-Fraktion um Kenntnisnahme des Berichts und ich bin auch überzeugt, dass wir diesem Mindestlohn Sorge tragen müssen und ihn gegebenenfalls auch anpassen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich wollte nur kurz fragen, ob Sie dann dem WWZ komplett die wissenschaftliche Kompetenz absprechen, so wie Sie hier reden?

Beda Baumgartner (SP): Nein, mir würde nie einfallen, einem gesamten Institut die wissenschaftliche Kompetenz abzusprechen, aber in diesem Fall, finde ich, gibt es sehr viele sehr fragwürdige Punkte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Jetzt gibt es gar nicht mehr so viel zu sagen, vielen Dank, Beda Baumgartner, für das sehr gute Votum, auch für die Bemerkungen zur Umfrage. Trotzdem möchte ich mir das Sprechen nicht ganz nehmen lassen.

Es gibt in Basel-Stadt ungefähr 15’000 Unternehmungen gemäss kantonaler Homepage, davon wurden 250 kontrolliert, 15% davon hatten kleinere oder auch grössere Verstösse gemeldet. Nun sind 250 sicher eine grosse Arbeit für das Team, welches diese Kontrollen durchführen muss, aber ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn wir dort nochmal hingucken und das genauer anschauen, reichen die Ressourcen aus für die Kontrollen, müsste dort nicht eine seriösere Kontrolle vorgenommen

werden. Selbstverständlich gibt es das Kontrollsystem, man konzentriert sich ja auch auf einzelne Berufe, das wurde schön ausgeführt im Bericht, aber mir scheint das Verhältnis der Zahlen nicht ganz in einem guten Verhältnis.

Dann trotzdem auch noch schnell zu der Umfrage. Ich glaube, ein ganz wichtiger Satz, der in der Umfrage steht, ist, dass es eigentlich im Verhältnis zu anderen Kantonen, welche keinen Mindestlohn kennen, keine grossen Unterschiede gibt. Also dieselben Veränderungen, die die Umfrage aufführt, gibt es überall, das sind einfach die Entwicklungen, das Umfeld ist sehr schwierig und das ist sehr unabhängig vom Mindestlohn.

Und dann möchte ich auf einen sehr positiven Aspekt des Mindestlohnes hinweisen, gerade mit der neuen Kita-Gesetzgebung. Ich arbeite im Kanton Baselland und bei uns sind sehr viele Mitarbeiter*innen der Kitas nach Basel abgewandert, weil es hier einfach bessere Umstände gibt für diese Menschen. Ich glaube, das ist etwas Positives, weil so kommen die guten Arbeitskräfte zu uns in den Kanton und das ist doch das, was wir wollen.

Ich denke, der Kontrollbericht war sehr interessant und gut zu lesen, vielen Dank dafür. Auch von mir, finde ich, braucht es Anpassungen im Bereich der Kontrolle, wir müssen vielleicht auch noch einmal über die Definition der Ausnahmen diskutieren, hier scheint es trotz allem noch Unklarheiten zu geben, auch wenn diese offenbar dann im Einzelfall doch geklärt werden können, aber summa summarum empfiehlt meine Fraktion, also die Fraktion GRÜNE/jgb die Kenntnisnahme, wobei eine Nichtkenntnisnahme etwas schwierig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen nimmt diesen Bericht zur Kenntnis und anerkennt, dass da die Regierung aus unserer Sicht ihrer Pflicht, den Mindestlohn zu kontrollieren, anständig nachgekommen ist und insofern nehmen wir das gerne zur Kenntnis. Inwiefern man aus diesem Bericht jetzt ableiten kann, dass dieses Instrument Mindestlohn seine sozialpolitischen Ziele erfüllt oder nicht erfüllt oder was jetzt hier Not tun würde, das sehen wir nicht, aber da die Debatte jetzt mal angefangen hat, wollen wir trotzdem hier auch nochmal Stellung nehmen als Grünliberale. Wir sehen das Instrument sehr kritisch. Auch wenn wir die sozialpolitischen Ziele, die sich dahinter verbergen, natürlich ein Stück weit teilen, sind wir sehr kritisch, ob der Mindestlohn das erfüllen kann und erfüllen wird, sowohl allgemein als auch hier in unserer speziellen Situation oder noch mehr in dieser speziellen Situation im Kanton Basel-Stadt.

Ein Aspekt, damit will ich jetzt nicht fordern, dass wir als Grünliberale finden, es sind weitere Untersuchungen, insbesondere von Seiten des Kantons nötig, das haben wir auch nicht abgesprochen, einfach noch ein Aspekt, den ich noch hier mitgeben will, ist, ich denke, ein grosses Problem ist, dass sich das ein Stück weit der Untersuchung auch entzieht. Es ist sehr schwierig, das gut zu untersuchen, weil ein Problem, das, glaube ich, nicht angesprochen worden ist, insbesondere von meiner Vorrednerin Laetitia Block, die sonst sehr viele Aspekte sehr gut erwähnt hat, ist, dass es tendenziell eine Verdrängung in den Schwarzmarkt gibt oder in die Schattenwirtschaft. Das heisst, es könnte sein und es ist plausibel, dass gewisse Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer in Zukunft komplett schwarz anstellen werden, und das macht es einfach viel schwieriger, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass wir das nicht wollen. Und das macht es einfach schwierig, das Ganze zu untersuchen, auch wenn man vielleicht sagen könnte, das klingt vielleicht ein bisschen zynisch, dass es erfreulich ist, dass die Jobs so nicht ganz verloren gehen, klar, aber wir sind uns einig, das wollen wir natürlich nicht. Das einfach noch als Gedanke.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP hat Franz-Xaver Leonhardt das Wort.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Weil die Diskussion so angeregt ist, habe ich mir erlaubt, jetzt noch das Wort zu ergreifen, weil es gibt zwei, drei Sachen, die ich mir erlaube, auch als Unternehmer hier zu sagen. Die Forderung nach mehr Kontrollen beim ersten Einführen, ich finde, das ist übertrieben. Ich kann Ihnen sagen, ich als Unternehmer werde so viel kontrolliert, Mehrwertsteuerkontrolle, die Arbeitssicherheitskontrolle, die Arbeitszeitkontrolle. Also ich glaube, man darf den Arbeitgebenden Verantwortung auch geben und es gibt ganz viele, die sich hier wirklich gut an die Gesetze halten.

Der Mindestlohn, den wir eingeführt haben vor drei Jahren, ist ein guter Kompromiss. Ich erinnere nochmal, die Forderung von, glaube ich, 24 Franken war das, und dann hat Regierungsrat Brutschin in der WAK diese 21 Franken gefordert, die jetzt mit der Teuerung erhöht sind. Ich glaube, das ist ein guter Kompromiss. Es gibt einige Branchen, die auch kämpfen müssen, hier in Basel einen Mehrwert zu generieren, dass sie 21 Franken offiziell bezahlen können. Der Arbeitgeber bezahlt ja auch noch die AHV, die Pensionskasse, die zweite Säule dazu, also es wird für uns teurer.

Von dem her, wir nehmen den Bericht gut zur Kenntnis, es sind mit 15% einige, die sich nicht daran halten, aber ich glaube, für die erste Einführung ist das eine gute Quote. Ich bin überzeugt, bei der nächsten Berichterstattung wird diese Quote

reduziert. Wo ich auch froh bin in dieser Diskussion, dass nicht von der, Sie haben bürgerlichen Seite eben gesagt, jetzt sage ich von der linken Seite nicht noch die Forderung ist, dass die allgemein verbindlichen Arbeitsverträge, wie in unserer Branche mit dem L-GAV, dass der hier ausgenommen ist, weil ich finde, das wäre dann sehr kompliziert. Also ich bin sehr froh, dass wir diese Art in Basel jetzt eingeführt haben und freue mich auf die nächste Berichterstattung und danke für die erste Berichterstattung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir gehen in die zweite Runde, Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese angeregte Diskussion. Hier ist der Kontrollbericht, das heisst, wir haben den Auftrag, den kantonalen Mindestlohn zu kontrollieren. Das ist der Kontrollbericht 23, das ist schon ein Weilchen her, das war noch am Anfang, auch die Kontrollbehörde war noch im Aufbau, dennoch wurden die Kontrollen gut durchgeführt. Der Bericht fürs 2024, der liegt ja schon vor, den haben wir im August verabschiedet, den finden Sie bereits auf dem Netz, da gab es mehr Kontrollen bei anderen Branchen und die Verfehlungsquote ist leicht gesunken auf 13%. Das sind alles Entwicklungen, die gut sind. Der Regierungsrat ist zurzeit der Meinung, es braucht diese Kontrolle, die hat sich jetzt etabliert, aber wir planen zurzeit nicht, da Ressourcen auf- oder abzubauen, sondern wir finden die Ressourcierung zurzeit zielgerichtet, um sicherzustellen, dass Kontrollen stattfinden, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ihrem Recht kommen und ihren Mindestlohn von 22 Franken erhalten, so wie das die Bevölkerung gewollt hat.

Die Diskussion drehte sich ja hier jetzt nicht so stark um die Kontrollen, sondern stärker um die Auswirkungen des Mindestlohnes. Es gibt keine wissenschaftlichen Studien zu den Auswirkungen hier im Kanton Basel-Stadt. Meine Wahrnehmung ist oder auch die Rückmeldung, die ich bekomme, ich kriege eigentlich keine Rückmeldung von negativen Auswirkungen. Ich würde davon ausgehen, wenn es die im grossen Masse gäbe, dass die zu uns kommen würde als Amt und auch als Vorsteher des Wirtschaftsdepartements und daraus schliesse ich, dass die Einführung gut verlief, dass sie tragbar ist für die Wirtschaft und sie bringt ja auch den Leuten, die durch den Mindestlohn einen besseren Lohn erhalten, ganz konkret eine bessere Situation in ihrer Ressourcierung und entlastet uns auf der anderen Seite auch auf der Sozialtransferseite.

Eine Bemerkung noch zu den Ausnahmen. Der sekundäre Arbeitsmarkt und auch die IV-Beziehenden sind vom Mindestlohn ausgenommen, das haben Sie explizit so im Gesetz festgelegt. Es gab aber Unternehmen, die diese Ausnahme nicht gezogen haben und den Mindestlohn allen bezahlt haben, auch den Sekundären und IV-Beziehenden. Das ist begrüssenswert, ist aber nicht Folge des Gesetzes, sondern ein freier unternehmerischer Entscheid. Das ist so festzustellen, kann aber dann nicht dem kantonalen Mindestlohn zu Last gelegt werden, weil diese Ausnahme explizit in diesem Gesetz da ist. Sie kennen die Ausnahmen, Praktika sind auch ausgenommen, aber es muss eben ein Praktikum sein, der den Ausbildungszwecken dient und nicht einfach ein Titel ist, damit man eine Billiglohnanstellung vollziehen kann. Ich glaube, das ist Sinn und Zweck dieses Paragraphen und der ist auch richtig. Ja, wir wollen Praktika-Stellen haben in diesem Kanton, die aber dem Ausbildungszweck dienen und dann auch ein tieferes Entgelt enthalten dürfen, weil dann die Menschen, die das tun, dann auch Bildung bekommen und nicht nur Lohn. Dort ist es richtig, aber nicht als Titel, um einfach jemand unter dem Mindestlohn anzustellen. Das ist die Absicht des Gesetzes, das wird entsprechend auch so vollzogen von den Behörden.

Vielen Dank für die Diskussion und vielen Dank auch für die Kenntnisnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der WAK verzichtet in einer zweiten Runde. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist erledigt.

10. Statistischer Wirtschaftsbericht der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura 2024, Bericht des RR

[10.09.25 10:39:42, 24.0863.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK und der Regierungsrat beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die Kommission hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Wir haben in der Kommission diesen Bericht zur Kenntnis genommen. Es zeigt sich, dass die Wirtschaft in diesen Jahren sich sehr gut entwickelt, was wir natürlich mit Freude zur Kenntnis genommen haben. Dazu haben natürlich verschiedene Erfolgsfaktoren beigetragen. Basel-Stadt ist ein attraktiver Standort, der Wirtschaftsraum umfasst natürlich auch unsere Nachbarkantone, insbesondere Baselland und Jura, mit denen wir zusammen diesen Bericht machen.

Es ist klar, die Haupt- oder die Leitbranche in unserem Kanton, in unserer Region ist die Life Science und wir haben in der Vergangenheit viel unternommen, um dort auch attraktive Bedingungen zu schaffen. Selbstverständlich gehört da auch dazu, dass man attraktive Bedingungen für die internationalen Mitarbeitenden hat, weil wir wissen alle, dass das ein sehr internationalisierter Wirtschaftszweig ist, wo auch sehr viele Menschen von ausserhalb hier arbeiten und da geht manchmal vergessen, dass auch Massnahmen wie zum Beispiel ein gutes Kita-Angebot, usw. auch Erfolgsfaktoren für unsere Wirtschaft sind. Als zweites ist sicher zu nennen auch der Tourismus. Das fällt jetzt nicht ins Berichtsjahr, aber ich glaube, die Anstrengungen, die in diesem Bereich unternommen wurden, mit zwei Grossereignissen wurden die gekrönt und zeigen, dass wir hier in diesem Bereich unterwegs sind.

Aber es ist klar, der Bericht betrifft die Vergangenheit. Also wir stehen jetzt natürlich vor grossen Herausforderungen, ein schwieriges Umfeld, die internationale Lage hat sich verändert seither, umso wichtiger ist, erlauben Sie mir trotzdem als Kommissionssprecher hier den Hinweis, heute Morgen haben wir gerade von der HKBB auch ein Newsletter bekommen, das Verhältnis zur EU. Von daher ist dieser Bericht schön zur Kenntnis zu nehmen, aber die Herausforderungen sind da noch nicht abgebildet, wie sie sich uns heute stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Dieser Bericht, Sie sehen es, ist ein gemeinsamer Bericht der Kantone Basel-Landschaft, Kanton Jura und Basel-Stadt, also die Kantone, die auch Basel Area gemeinsam tragen, auch die Standortpromotion gemeinsam vorführen, ich bin sehr froh, dass dies auch gemeinsam geschieht. Aus einer globalen Perspektive sind wir ein Wirtschaftsraum, der sich sehr stark auszeichnet durch unser Life Sciences-Cluster. Der Bericht beleuchtet tiefere Punkte und der Zeitpunkt, den er beleuchtet, ist vielleicht noch entscheidend. Die Regierungsräte der drei Kantone haben diesen Bericht ja verabschiedet im Juni 2024, das ist schon ein Weilchen her, und die Zahlen, auf die er sich stützt, sind die Zahlen 2022. Also Sie sehen, die wirtschaftliche Realität ist heute eine andere und wird morgen eine noch andere sein. Von dem her, Pascal Pfister hat es gesagt, ist es wirklich ein Rückblick auf die Situation oder ein Standbericht zumindest von 2022, der aber wichtige Indikation auch gibt.

Der Bericht beleuchtet diverse Bereiche, das BIP, die Unternehmensbewegung, der Arbeitsmarkt, die Bildung der Bevölkerung, der Aussenhandel und die zeigen, dass die Region eine sehr dynamische Region ist und der Bevölkerung ein hohes Wohlstandsniveau bietet. Was man auch sieht, ist, dass die Region sich gut und schnell erholt hat vom ökonomischen Schock der Covid-Krise. Ich glaube, das ist eine wichtige Kenntnis, das ist wirklich geglückt, dieses Covid-Tal rasch hinter uns zu lassen, auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Branchen- und Firmenlandschaft der Region ist unterschiedlich und klar, der Wachstumstreiber ist der Life Sciences-Cluster, die Schlüsselbranche Pharma und auch noch die Versicherung, wo wir auch ein klares Wachstum feststellen in den letzten Jahren hier bei uns in Basel-Stadt. Die Beschäftigungsentwicklung ist unterdurchschnittlich verglichen mit anderen Regionen, also das führt natürlich am Ende des Tages zu einem höheren BIP pro Kopf, aber auf der Beschäftigungsseite, da ist sicher der Punkt, wo es gilt, ein Augenmerk darauf zu werfen.

Als stark vernetzter Wirtschaftsraum ist die Region auf gute internationale Beziehungen angewiesen. Die bilateralen Drei sind entscheidend, unser Wirtschaftsraum, auch wenn das die drei Schweizer Kantone sind, ist natürlich die Wirtschaftsregion trinational und umso wichtiger ist es, dass wir unsere Beziehungen regeln zu unseren Nachbarländern mit den bilateralen Drei.

Was der Bericht auch macht, ist, er legt auch die unbezahlte Care-Arbeit dar, die geleistet wird, die enorm wichtig ist für unsere Gesellschaft und die ja sonst in Betrachtungen, da dafür kein Lohn bezahlt wird, in diesen Betrachtungen fehlt. Wir alle wissen aber, dass unsere Gesellschaft ohne diese unbezahlte Care-Arbeit nicht funktionieren würde und deshalb ist auch diese Arbeit Teil unserer wirtschaftlichen Tätigkeit und entsprechend hat es in diesem Bericht auch eingefunden, so wie das der Anzug Amacher und Gölgeli gefordert hat. Was nicht drin ist, es ist keine Quantifizierung da. Da kein Lohn bezahlt wird, ist es auch schwierig festzulegen, was jetzt der Preis dieser Stunden ist. Das statistische Amt hat das mal experimentell gemacht und ist dabei auf den Daten 2020 auf einen Wert von 9,8 Mia. Franken gekommen. Also wir sprechen da wirklich von einem sehr hohen und wichtigen Beitrag, auch wenn man das monetarisiert.

Das ist der Bericht, den die drei Regierungen vorlegen und ich bedanke mich für die Kenntnisnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wir danken der Regierung oder den Regierungen für den aus unserer Sicht interessanten, konzisen Bericht. Wir halten es für einen zweckmässigen Snapshot über die wirtschaftliche Situation in unserer Region. Auf den ersten Blick sieht das ja alles auch wunderbar aus. Die Pharmabranche ist in den letzten neun Jahren bis 2022 um 200% gewachsen, wir wissen alle, dass das im Wesentlichen zwei Unternehmungen zu verdanken ist. Auch die Chemie, dank Corona, ist von 2020 bis 2022 um 100% gewachsen, das wiederum ist im Wesentlichen einem Unternehmen zu verdanken, einem Unternehmen, von dem man in letzter Zeit nicht nur immer positive Nachrichten bekommen hat. Der Rest der Wirtschaft in unserer Region, geschätzte Damen und Herren, dümpelt. Ohne zwei bis drei Unternehmen aus den Bereichen Pharma und Chemie ginge es dem Kanton Basel-Stadt ähnlich wie dem Kanton Basel-Landschaft. Basel-Landschaft hat ein unterdurchschnittliches Wachstum in der Schweiz und hat ein unterdurchschnittliches Pro-Kopf-BIP in der Schweiz. Wir würden in Basel ohne diese drei Firmen an einem ähnlichen Ort stehen.

Wenn Sie diese Grafiken und Zahlen anschauen, dann bitte ich Sie, die Bereiche staatliches Gesundheitswesen, Sozialwesen und vor allem die öffentliche Verwaltung herauszudenken. Wachstum in diesen Branchen ist kein Wirtschaftswachstum. Die Erkenntnis, dass Basel ein Klumpenrisiko hat, ist nicht neu. Das Klumpenrisiko hat sich in letzter Zeit schlicht und einfach erheblich verschärft, wie diese Zahlen deutlich zeigen. Ja, wir haben in den letzten Jahren von diesem Klumpenrisiko enorm profitiert. Dafür dürfen wir dankbar sein, wir haben die Chance auch genutzt, wir haben zu diesen Branchen, zur Branche Pharma insbesondere, auch Sorge getragen, dafür sei der Regierung auch gedankt.

Aber es wurde bereits angetönt, es muss nicht immer so weitergehen. Die Diskussion um Tariffs aus den Staaten, Medikamentenpreisdiskussionen, usw. zeigen deutlich, wie wenig es braucht, um das System unseres Kantons aus den Fugen zu bringen. Auch der Sprecher der Kommission hat es angedeutet. Ich habe mir erlaubt, mal kurz anzuschauen, welches die grössten Pharmafirmen der Welt im Jahr 1980 waren. Platz 1, die Firma Hoechst, gibt es heute nicht mehr, ist in Sanofi aufgegangen, gehört nicht mehr zu den Top 10 der Welt. Platz 2, Ciba Geigy, immerhin in der Form von Novartis noch bei uns. Platz 3, American Company, wurde fusioniert. Platz 4, American Home Products, gibt es nicht mehr und erst auf Platz 5 findet man eine Firma, die es heute in der gleichen Form noch gibt, nämlich die Hoffmann-La Roche.

Wo sich das Risiko für unseren Kanton heute schon zeigt, und auch das wurde bereits erwähnt, ist bei den Arbeitsplätzen. In diesen neun Jahren hat die Anzahl der Arbeitsplätze in unserem Kanton um 1% zugenommen. Die Hälfte davon wurde von Grenzgängerinnen und Grenzgängern absorbiert. Gleichzeitig ist die Bevölkerung um 4% gewachsen und die arbeitsfähige Bevölkerung und die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, das kann man dem Bericht entnehmen, um 2,7%. Wir tun also gut daran, jetzt zu diversifizieren, dort, wo wir das können, und die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch andere Branchen, ich denke hier zum Beispiel an IT, ich denke an Dienstleistungsbereich, aber ich denke insbesondere beim Thema Arbeitsplätze auch ans Gewerbe, dass diese Bereiche in unserem Kanton wieder wachsen können.

Zuversichtlich stimmt mich diesbezüglich die Tatsache, dass im Legislaturplan vor ein paar Tagen angekündigt wurde, dass der Wirtschaftsstandort Basel-Stadt für die Regierung an Bedeutung ganz klar gewonnen hat. Das Erhalten unserer Standortqualität, das Fördern von Innovation, das Fördern der Wirtschaft ist für die Regierung gemäss diesem Plan höchste Priorität. Das muss es auch so sein, wenn wir das Risiko nicht haben wollen, dass man dann in zehn, 20 Jahren auch unsere grossen Konzerne, die für unseren Wohlstand im Kanton sorgen, unter der Liste findet der Firmen, die es so nicht mehr gibt oder die so zumindest nicht mehr in Basel-Stadt tätig sind.

In diesem Sinne nimmt die SVP mit warnender Stimme Kenntnis vom Bericht und hofft, dass diese Stimme auch gehört wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich vermisse mal wieder die Diskussion. Ich kann jetzt, wie ich heute Morgen mitgeteilt habe, nicht mehr so viel diskutieren hier vorne, weil ich keine Unterlagen mehr auf Papier habe, darum kann ich mich jetzt nur noch hier äussern, was die Leute hier vorne sagen und ich habe genau zugehört, was Lorenz Amiet erzählt hat und ich habe die Rede super toll gefunden. Ich denke an die lange parlamentarische Sommerpause und jeden Tag habe ich in den Zeitungen genau das gelesen, was Lorenz Amiet angesprochen hat. Lorenz Amiet hat das Hauptthema angesprochen, was Basel betrifft, dass unser System Basel aus den Fugen fallen kann. Er hat Novartis und Roche genannt und ich habe jeden Tag in dieser parlamentarischen Sommerpause von diesen Zöllen von Herrn Trump gelesen. Ich habe gelesen, wir sprechen zu Wirtschaft, Regierung und Zukunft, dass ganz viele Flugzeuge von unserem Flughafen Basel wegfliegen, noch ganz schnell vollgepackt mit Medikamenten, die dann ohne Zoll nach Amerika gehen. Also der Flughafen hatte Rekordzahlen wegen diesen Zöllen, damit man noch schnell Sachen nach Amerika bringt, die man nicht verzollen muss. Und ich sage jetzt auch zu meinem Vorredner Lorenz Amiet, ordnen wir einmal ein, wie es immer heisst in der Schweizer Tagesschau um halb acht Uhr, was passiert. Novartis und Roche werden nach meiner Meinung in 20 Jahren nicht mehr in Basel anwesend sein, weil sie sagen, wir müssen die Produktionen in Amerika machen. Meine Damen und Herren, lesen Sie die 20 Minuten von heute, dort steht, Novartis hat wieder eine Firma in den USA aufgekauft. Man muss die Wahrheit anschauen, die Firmen werden

uns in 20 Jahren zu einem Grossteil verlassen und ich sage Ihnen dann ehrlich, auch an Kaspar Sutter, Basel wird dann zu einem armen Haus. Das wollte ich einfach mal sagen und hier fehlt mir die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Bericht schaut zurück und Sie schauen schon vorwärts, das ist selbstverständlich auch richtig und gut so. Vielleicht zur momentanen Lage auch noch. Ja, die beiden grossen Firmen sind Basler Firmen seit langem und sie sind wichtig für unseren Standort, sie sind die beiden starken Beine unseres Life Sciences-Standortes. Was aber auch zu beobachten ist, dass dieser Life Sciences-Standort in den letzten Jahren auch breiter geworden ist und das ist eine sehr positive Entwicklung und die möchten wir auch weiter unterstützen. Ich nenne Lonza, ich nenne Moderna, ich nenne Johnson & Johnson, ich nenne auch Boehringer Ingelheim, die jetzt hier sind, BeOne, die neuste grosse, schon sehr grosse Biotech-Firma, die ihren Hauptsitz nach Basel verlegt hat. Der Life Sciences-Cluster wird breiter und das ist gut so und wir werden das auch weiter unterstützen. Das Basler Standortpaket leistet hier einen wichtigen Beitrag, insbesondere auch was die Innovationskraft der Zukunft anbelangt, indem auch Startups da berücksichtigt werden und wir doch essenzielle Förderbeiträge sprechen für Firmen, die forschen und entwickeln, um diese Life Sciences-Branche und den Sektor breiter zu machen.

Wir haben aber auch andere Firmen, die darf man trotzdem auch nicht ganz vergessen. Ich weiss, neben den beiden Grossen geschieht das vielleicht allzu schnell, viele andere Städte von Grösse von 200’000 Einwohnenden wären froh, sie hätten auch nur einen so grossen Konzern, wir haben zwei, aber wir haben auch andere Firmen hier bei uns. Avolta, Coop, um zwei zu nennen, und auch die Versicherungsbranche, ich habe es im Eingang erwähnt, die hat sich gut entwickelt in den letzten Jahren, da haben wir jetzt die Fusion, wenn die dann bewilligt wird durch die Behörden, aber auch dort werden wir den zweitgrössten Versicherungsanbieter der Schweiz hier bei uns in Basel haben, auch nicht zu unterschätzen. Das ist ein sehr wichtiger Entscheid für unseren Standort, der nicht im Life Sciences-Bereich liegt, sondern im wichtigen Versicherungsbereich.

Die momentanen Diskussionen laufen auf weltpolitischer Lage. Wir haben es zu tun mit einer nicht vorhersehbaren, auch nicht sehr rationalen Politik von Seiten der USA. Ich glaube, in dieser Zeit ist es wichtig, auf unsere Stärken zu schauen und in einer unsicheren Welt gewinnen wir mit unserer Verlässlichkeit, mit unserer Rechtsstaatlichkeit, mit unserer Vorhersehbarkeit auch an der Politik, auch an Standortvorteilen, insbesondere für Tätigkeiten, die langfristig investieren, die angewiesen sind, dass ihre Patentrechte geschützt sind, dass ihre Forschende hierherkommen. Auch die offenen Arbeitsmärkte sind da ein sehr wichtiger Beitrag. Wir müssen diese stärken, beibehalten und noch weiter stärken, dann haben wir hier auch einen Vorteil.

Auf der Produktionsseite dieser Bewegung sehen wir schon seit Covid, dass Medikamente näher bei den Patientinnen und Patienten produziert werden. Da ist es wichtig, dass wir als Schweiz unseren Vorteil für den europäischen Markt wirklich wahren und weiterhin der grösste Produzent an Medikamenten pro Kopf sowieso für Europa sind und bleiben, weil Produktion und Forschung doch auch Verbindungen hat und es wichtig ist, wenn wir hier Forschung und Entwicklung haben und das auch in unserem Land noch produziert wird. Deshalb ist es gut, wenn die Schweiz auch weiterhin über Produktionsstätten verfügt.

Vieles ist im Wandel, schauen wir auf unsere stabile Politik, auf unsere Stärken, dass wir dort stark bleiben und auch diese Risikofähigkeit haben. Wir haben eine sehr gute Resilienz, das haben auch die letzten vier Jahre gezeigt, aber ja, die Standortvorteile sind nicht einfach so gegeben, die müssen wir jeden Tag neu erarbeiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Pascal Pfister für die WAK.

Pascal Pfister (SP): Vielen Dank für die Ausführungen. Als Kommissionssprecher werde ich mich nicht in die Debatte über mögliche Massnahmen in die Zukunft einmischen. Ich möchte einfach nochmal einen Punkt aus dem Bericht aufnehmen, wie gesagt, ist es ein Bericht, der über drei Kantone geht. Im Kanton Jura, dort haben wir vor allem auch die Uhrenindustrie und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Punkt richten, nämlich dass wir dort ein Beschäftigungswachstum haben, das notwendig gemacht hat, dass die Zahlen der Grenzgänger in dieser Berichtszeit sehr stark gestiegen sind. Ich möchte damit nochmal darauf hinweisen, wie wichtig auch freundschaftliche, gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern sind, weil vielleicht der Bericht nicht alle unsere Nachbarn umfasst, aber unser Wirtschaftsstandort auch davon abhängt, wie unsere Nachbarn sich entwickeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen, das Geschäft ist erledigt.

11. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR

[10.09.25 11:00:41, 24.1761.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Auf der Tribüne begrüssen wir eine Gruppe von Gästen aus der Umgebung der Städte Mannheim und Heidelberg. Es handelt sich dabei um die sozialdemokratische Fraktion im Verband Metropolregion Rhein-Neckar. Sie sind hier in Basel auf einer mehrtägigen Bildungsreise zum Thema Regionalplan, Bundentwicklung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Herzlich willkommen bei uns im Rathaus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Mit dem vorliegenden Ratschlag beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung der Ausgabenbewilligung für den Ersatzneubau des Instituts für Rechtsmedizin an der Socinstrasse. Bereits 2022 hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit von rund 43 Mio. Franken für das Projekt gesprochen. Nun soll dieser Kredit um 1,078 Mio. Franken auf neu 44’125’000 Franken erhöht werden. Der Zusatzkredit ist notwendig, damit nicht nur die ursprünglich geplante Photovoltaikanlage auf dem Gebäude Socinstrasse 55A, sondern auch die Dächer des Neubaus an der Socinstrasse 59 sowie des Bestandgebäudes an der Socinstrasse 57A mit Solarmodulen ausgerüstet werden können. Grundlage ist einerseits das kantonale Energiegesetz, andererseits die beschlossene Solarpflicht bei Neubauten bzw. auch die anstehende Pflicht bei Umbauten. Damit wird das gesamte Dachpotenzial genutzt und ein zusätzlicher Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet.

Die Bau- und Raumplanungskommission hatte das Hauptgeschäft zum Ersatzneubau des IRM bereits beraten. In der jetzigen Beratung stand deshalb ausschliesslich die Erweiterung der Photovoltaikanlage im Zentrum. Die Diskussion drehte sich vor allem um die im Ratschlag erwähnte Amortisationsdauer. Dort war von 35 bis 40 Jahren die Rede, eine Zahl, die auf den ersten Blick sehr hoch erschien. In der Kommission wurde nachgefragt, ob dies den Break-Even oder die volle Abschreibung meint und ob die Wartungskosten berücksichtigt seien. Die schriftlichen Antworten der Verwaltung stellten klar, im Ratschlag war ein Fehler enthalten, gemeint ist die vollständige Rückzahlung der Investition über die gesamte Lebensdauer hinweg.

Die Betriebskosten einschliesslich Wartung sind mit drei Rappen pro Kilowattstunde einberechnet. Die lange Amortisationsdauer hängt mit der Bauweise der Anlage zusammen, die zwar teurer, aber städtebaulich verträglicher ist. Bei Anwendung des Solarstromtarifs sinkt die Amortisationsdauer sogar auf rund 15 Jahre. In der Diskussion wurde betont, dass die Anlage zwar keinen eigentlichen Gewinn abwerfen wird, sie aber langfristig rentabel ist und anders als ein Dach ohne Solaranlage immerhin ihre Kosten wieder einspielt. Zudem erfüllt sie eine gesetzliche Pflicht. Einzelne Mitglieder stellten die Frage nach der effektiven Lebensdauer der Module, wie schon eben erwähnt.

Abschliessend beurteilte die Kommission das Projekt als ökologisch sinnvoll, wirtschaftlich vertretbar und gesetzlich geboten. Die Bau- und Raumplanungskommission ist daher einstimmig zum Schluss gekommen, dem Grossen Rat die Annahme des Ratschlags zu beantragen mit 11 Stimmen ohne Gegenstimme oder Enthaltung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007054, 10.09.25 11:06:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin, IRM) wird die Erhöhung der am 11. Mai 2022 für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» bewilligten Ausgaben von Fr. 43‘047‘000 um Fr. 1'078’000 auf Fr. 44'125'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen» bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

12. Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:06:17, 25.0315.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat beantragt mit diesem Ratschlag eine Ausgabenbewilligung von insgesamt 3,787 Mio. Franken für die Erweiterung des Kindergartens an der Schönenbergstrasse 24 zu einem Doppelkindergarten. Das bestehende Gebäude stammt aus dem Jahr 1970. Es ist baulich und betrieblich am Ende seines Lebenszyklus, entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen und ist seit Jahren überbelegt. Seit 2016 ist die Zahl der Kinder im Einzugsgebiet um rund 150% gestiegen. Temporär musste deshalb an der Schönenbergstrasse 16 ein Ersatzstandort angemietet werden, der aber nur eine Übergangslösung darstellt. Mit der Erweiterung entsteht ein eingeschossiger Pavillonbau, der in die denkmalgeschützte Siedlung Sesselacker eingebettet ist. Der Neubau bietet Platz für 48 Kinder und wird durch ein sogenanntes Vierjahreszeiten-Zimmer ergänzt, das als verbindendes und vielseitig nutzbares Element dient.

Besonders hervorzuheben ist die nachhaltige Bauweise. Die beiden Kindergärten werden in Massivholz aus Schweizer Produktion erstellt, ohne Leim, Nägel und zusätzliche Dämmung. Bestehende Bauteile wie Fundamente, Bodenplatten oder Betonelemente werden wiederverwendet. Wo Beton nötig ist, kommt Recyclingbeton zum Einsatz. Zudem wird ein seit Jahren eingelagertes Kunstwerk von Otto Abt in die Fassade integriert.

Die Kosten gliedern sich in rund 3 Mio. Franken für den Bau und eine halbe Million Franken für die Ausstattung sowie kleinere Beiträge für den Ersatzstandort, den Umzug und den Betrieb. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2027 vorgesehen. Mit dem Projekt erfüllt der Kanton nicht nur den dringend notwendigen Raumbedarf, sondern setzt auch ein Zeichen für ökologisches Bauen mit Vorbildcharakter.

In der Kommission stellte das Bau- und Verkehrsdepartement das Projekt umfassend vor. Dabei wurde daran erinnert, dass sich bereits vor rund zwei Jahren mehrere Mitglieder der BRK im Rahmen eines Werkstattgesprächs vertieft über die Situation und die Planungen informieren liessen. Dass die Kommission frühzeitig eingebunden wurde, erwies sich im Rückblick als sehr sinnvoll, da die heutigen Entscheide auf einer breiten Basis abgestützt werden konnten.

Die Kommission beschäftigte sich auch mit der langen Vorgeschichte des Projekts. Schon 2017 wurde eine erste Machbarkeitsstudie durchgeführt. Ein erster Entwurf musste nach Intervention der Baumschutzkommission verworfen werden, da eine geschützte Linde nicht gefällt werden durfte. Erst die nun vorliegende Lösung, eingeschossig, effizient organisiert und unter Berücksichtigung von Denkmal- und Baumschutz, fand den nötigen Konsens.

In der Diskussion wurden insbesondere Fragen des Bedarfs und des Standorts, der Nachhaltigkeit der Bauweise, der Kostenentwicklung und der Prognosen für die Kinderzahlen thematisiert. Es wurde bestätigt, dass im Einzugsgebiet keine geeigneten Alternativen bestehen und der Standort ideal ist, weil die Kinder den Kindergarten selbständig erreichen können. Mehrere Mitglieder erhoben die Pionierrolle des Projekts hervor, insbesondere das Bauen mit Massivholz und die konsequente Wiederverwendung von Bauteilen. Bei den Kosten interessierte die Kommission, ob die ökologischen Bauweisen wesentlich teurer seien. Nach Angaben des Bau- und Verkehrsdepartements bewegen sich die Mehrkosten im Rahmen von etwa 10 bis 15%, gleichzeitig wird jedoch eine deutlich bessere CO_2-Bilanz erzielt. Auch die Entwicklung der Kinderzahlen auf dem Bruderholz war ein Thema. Laut statistischen Berechnungen sind die Plätze langfristig notwendig.

Insgesamt zeigte sich die Kommission überzeugt. Es handelt sich um ein gut durchdachtes und innovatives Projekt, das nach einer langen Planungsphase nun bereit ist für die Umsetzung. Mehrere Voten betonten, dass die Verwaltung sehr sorgfältig gearbeitet hat und kaum eine bessere Lösung möglich wäre.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat den Ratschlag zur Ausgabenbewilligung über 3,787 Mio. Franken für die Erweiterung des Kindergartens Schönenbergstrasse 24 zu einem Doppelkindergarten einstimmig mit 10 Stimmen gutgeheissen und beantragt dem Grossen Rat, dies ebenfalls zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gelesen oder auch gehört, bei diesem Projekt gab es eine Art Zusatzschlaufe in der Planung aufgrund eines geschützten Baums, aufgrund einer Linde. Aus meiner Sicht war das rückblickend gesehen wirklich eine Chance. Man hat sich nochmals mit dem Bestand auseinandergesetzt und gute Lösungen gefunden. Es gibt jetzt wirklich helle freundliche Räume für die Kinder.

Das Gebäude an sich hat wirklich Pioniercharakter bezüglich Nachhaltigkeit. Einerseits das erwähnte Massivholz, mit dem man baut, aber auch die wiederverwendeten Bauteile bis hin zu einem Kunstwerk, das jetzt eben nicht irgendwo in einem Keller verschwindet, in einem Lager, sondern die Glasscheiben wieder eingesetzt werden. Und ich denke, dieses Ensemble, dieses Zusammenspiel dieser Materialien setzt auch architektonisch ein Zeichen. Übrigens merken wir auch immer wieder, dass solche Bauprojekte für andere Kantone interessant sind, gerade gestern war eine Genfer Delegation in Basel, die sich für die Schulbauten hier interessiert hat, unter anderem im Lysbüchel, das ja auch ein Pionierprojekt ist für nachhaltiges Bauen, also ich glaube, auch hier können wir Zeichen setzen über Basel hinaus und im Austausch mit anderen Kantonen auch lernen.

Ich freue mich, dass die Kommission diese Ansicht teilt und die Ausgabenbewilligung einstimmig zur Zustimmung empfiehlt und vielen Dank auch für die konstruktiven Gespräche in der Kommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecher für die Mitte-EVP hat sich Christoph Hochuli gemeldet.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Schüler- und Schülerinnenzahlen im Kindergarten Schönenbergstrasse 24 sind seit 2016 bis heute um ca. 150% angestiegen und deshalb ist der Kindergarten seit acht Jahren konstant überbelegt. Das bestehende Kindergartengebäude an der Schönenbergstrasse ist schon 55 Jahre alt und deshalb ist die Bausubstanz am Ende seines Lebenszyklus angelangt. Mit dem vorliegenden Ratschlag bewilligen wir einen Neubau des Kindergartens. Dieser Bau wird ein Doppelkindergarten sein, womit er den gestiegenen Kinderzahlen im Quartier gerecht wird.

Beim ersten Projekt hätte eine Linde gefällt werden müssen, wogegen sich die Baumschutzkommission erfolgreich gewehrt hatte. Das überarbeitete Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs hat uns als BRK und auch mich persönlich sehr überzeugt, in architektonischer und ökologischer Hinsicht. Auch die kantonale Denkmalpflege und die Stadtgärtnerei haben das überarbeitete Projekt gutgeheissen.

Als Baumaterial für Fassade, Fenster und Innenausbau wird hauptsächlich einheimisches klimafreundliches Holz verwendet. Es wurde auf die Integration des bestehenden Pavillons, eine klimafreundliche Materialisierung und eine maximale Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie geachtet. Zudem kommen ReUse-Bauteile von Betonelementplatten, Aussenbelägen und Mobiliar des alten Kindergartens und auch Bauteile aus rückgebauter eingelagerter Glaskunst aus dem ehemaligen Frauenspital zum Einsatz. Diese Bauteile werden für einen weiteren Lebenszyklus im neuen Kindergarten

integriert und helfen somit, den CO_2-Fussabdruck des Gebäudes weiter zu senken. Wo zusätzlicher Beton notwendig ist, wird Recyclingbeton verwendet. Der Kindergarten ist auch im Betrieb CO_2-arm. Er wird als Wärmeenergiequelle die von der Baurechtsgeberin Christoph-Merian-Stiftung letztes Jahr neu erstellte Holzpelletheizung mit Solarthermie-Unterstützung nutzen. Zudem wird der neue Doppelkindergarten ebenerdig und barrierefrei gebaut.

Sie sehen, dieses Projekt ist in jeder Hinsicht vorbildlich. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, diesem Ratschlag und dem mündlichen Bericht der BRK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin habe ich Andrea Strahm eingetragen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich werde natürlich diesem Ausgabenkredit zustimmen, ich finde ihn auch gut. Ich habe gelesen, dass das nachhaltig ist, dass es ökologisch ist, dass die Kunst berücksichtigt wird und auch architektonisch ist das ein guter Wurf. Was ich nicht gelesen und nicht gehört habe und vermisse, das ist die Frage, wie man kühlen wird im Sommer. Wir haben die Vorstösse von Sandra Bothe, wir haben einige Probleme diesen Sommer diskutiert, es ist zu heiss in den Schulen. Ich sehe nirgendwo Massnahmen. Das ED hat in der BaZ gesagt, es hätte nun ein Plakat aufgestellt mit Verhaltensmassnahmen, wie in den Schulen gekühlt werden kann. Kindergärten sind ja auch betroffen, also bitte in Zukunft diese Projekte immer auch auf die Kühlmöglichkeiten hin überprüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Esther Keller möchte antworten.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht kann ich ganz kurz auf diesen Aspekt eingehen. Generell ist die Holzbauweise nicht sehr temperaturausgleichend, also Holzbauten halten länger kühl als andere Gebäude, insofern ist es da schon mal über diese Bauweise sicher eine gute Voraussetzung. Am Thema Kühlung in den Schulen sind wir aber intensiv dran und der Ratschlag geht natürlich auch schon etwas länger zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der BRK verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

- Baukosten

- Kosten Betriebseinrichtung

- Umnutzung, Miete Ersatzstandort

- Umzüge

- Instandhaltung des Doppelkindergartens

- Betriebskosten Doppelkindergarten

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007056, 10.09.25 11:18:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt Erweiterung Kindergarten Schönenbergstrasse 24 zum Doppelkindergarten werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 3'787’000 bewilligt. Diese Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

· Fr. 3'009’000 für den Erweiterungsbau durch ReUse zum Doppelkindergarten mit Umgestaltung der Umgebung, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung»

· Fr. 489’000 für Betriebseinrichtungen und Ausstattung des Doppelkindergartens zu Lasten der Investitionsrechnung, «Investitionsbereich 6, Bildung»

· Fr. 189’000 für die Umnutzung und Miete des Ersatzstandorts Schönenbergstrasse 16, als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements

· Fr. 10’000 für Umzüge als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements

· Fr. 10’000 für die Instandhaltung des Doppelkindergartens als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt, Unterhaltspauschale Verwaltungsvermögen ab 2027

· Fr. 80’000 für den Betrieb des Doppelkindergartens als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements ab 2026

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

13. Finanzierung von Veloinfrastrukturen im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:18:59, 24.1497.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich erstatte Ihnen hier den mündlichen Bericht der UVEK zu diesen Veloinfrastrukturen und Verkehrsmassnahmen. Konkret geht es um Massnahmen auf der Peter Merian-Brücke und Veloabstellanlagen im Süden des Bahnhofs. Der Regierungsrat beantragt 3,37 Mio. Franken für Massnahmen auf der Peter Merian-Brücke, 0,55 Mio. Franken für Veloabstellplätze mit einem Leitsystem und 0,56 Mio. Franken für die Erhaltung der Strasse als gebundene Ausgabe.

Die UVEK hat sich insgesamt an vier Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt, am 26. Februar, 7. Mai, 13. August sowie am 20. August dieses Jahres. Eintreten war nicht bestritten, auch das Geschäft war grundsätzlich unumstritten und für den genauen Projektbeschrieb und Details verweise ich auch auf den Ratschlag der Regierung, der in der Traktandenliste verschickt wurde. Mündlich führe ich unsere Abklärungen, die darüber hinaus liefen, auch noch aus.

Die UVEK hat Folgendes abgeklärt: Zuerst zu den Velomassnahmen auf der Peter Merian-Brücke. Auslöser für diese ist die von der SBB in Angriff genommene Sanierung ihrer Brücke. Den Kommissionsmitgliedern war es ein Anliegen, dass, wenn wir mündlich berichten, ich auch die aktuellen Pläne kurz einblenden lasse. Diesen ist genauer zu entnehmen, was gemacht werden soll. Auf der Ostseite ist ein Veloweg vorgesehen, auf der Westseite der Brücke ein breiter Velostreifen auf der Strasse. Das Trottoir verläuft künftig auf der Westseite mit weiterhin drei Metern Breite. Die Anschlussbereiche bei der Veloquerung auf der Höhe der Postpassage erhalten bessere Sichtweiten und sind breiter. Abgeklärt hat die UVEK zu dieser Veloüberfahrt, ob diese nicht vortrittsberechtigt geführt werden könne. Dies ginge gemäss Auskunft jedoch nur mittels eines Pilots, müsste mit dem Bund abgesprochen werden und dazu gäbe es zudem auch weitere besser geeignete Orte, die weniger eng sind.

Die Kommission hat sich auch mit der Breite der Veloroute durch die Postpassage auseinandergesetzt. Man sieht das hier oben, dort, wo es in das Postgebäude unten reingeht, dort verläuft die Veloroute ja weiter. Die Kommission empfindet diese Veloroute dort durch die Postpassage und das Peter Merian-Gebäude ebenfalls auf der anderen Seite allgemein als zu schmal, vor allem aber in der Postpassage und sie wünscht sich besonders dort Verbesserungen. Es ist keine Verbreiterung des Velowegs in der Postpassage geplant, weil das Gebäude eigentlich bald abgerissen werden soll. Eine Verbreiterung des Velowegs ginge zudem zu Lasten des Fusswegs. Verbesserungen in Sache Breite können erst durch das Nauentor geschaffen werden und die UVEK hat die Auskunft erhalten, dass die Velomassnahmen, die jetzt hier beantragt werden mit den Geldern, mit dem zukünftigen Nauentor aufwärts kompatibel seien. Diskutiert hat die UVEK in der Postpassage aufgrund der dortigen Engstelle eine durchgezogene Mittellinie, um trotz den Platzverhältnissen mehr Sicherheit zu schaffen. Eine solche würde das Überholen von Velofahrenden erschweren, letztlich hat sie diese jedoch verworfen, da es sich zwar um eine schmale, aber dennoch gerade und übersichtliche Strecke handelt.

Hier befinden wir uns auf der Brücke. Auch die Breite der Brücke und nicht nur die Querung und die Velopassage im Postgebäude gab in der Kommission zu reden. Aufgrund eines an die Kommission gerichteten Schreibens der Planungsgruppe Gundeli hat sich die Kommission diese angehört. Die Planungsgruppe ist vor allem auf die Wichtigkeit der Peter Merian-Brücke für den Veloverkehr eingegangen. Hervorgehoben wurde das grosse Verbesserungspotenzial, welches erst mit dem Abriss des Postreitergebäudes und dem Neubau Nauentor angedacht und umsetzbar ist, da dann die Brücke erst verbreitert werden könne. Die SBB sahen leider keine Verbreiterung der Brücke vor im Zuge dieser Sanierung.

Auch hierzu hat die UVEK eine Haltung. Sie bedauert, dass die SBB nicht bereit war, die Brücke statt nur zu sanieren auch bereits schon zu verbreitern. Die UVEK sieht eine Verbreiterung als wünschenswert an. Wegen mangelnder Breite gibt es nun ein Trottoir weniger, weiterhin enge Kurvenradien für Velofahrende, die abbiegen bei der Passage, und mangelhafte Sicherheitsmassnahmen für links abbiegende Velofahrende in die Hochstrasse. Dass weiterführende Verbesserungen nur mit dem Nauentor dann letztlich gemacht und möglich werden, kann die UVEK nachvollziehen.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragen wir Ihnen daher einstimmig, diese 3,37 Millionen sowie die gebundenen Ausgaben von 560’000 Franken zu sprechen. Zudem beantragen wir Ihnen auch einstimmig, die Motion der BRK abzuschreiben, da auch die UVEK zum Schluss kommt, dass die Möglichkeiten, so gut es ging, ausgeschöpft wurden.

Nun zu den Veloabstellanlagen Süd mit Leitsystem. Die geplanten Veloabstellanlagen sind, genau wie die Peter Merian-Brücke-Massnahmen, auch Massnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden können. Durch den Ausbau des Gleisfelds ist die SBB dort ohnehin am Bauen, weshalb die Chance für mehr Veloabstellanlagen bestand, und dies führte nun zu diesem Ratschlag. Es geht hier um eine Mitfinanzierung von Veloabstellanlagen, die Baustelle der SBB ist bereits im Gang.

Die UVEK hat dazu folgende Abklärungen getroffen: Die UVEK hat sich die Pläne angeschaut, die hier eingeblendet sind, da im Ratschlag keine Pläne, sondern nur ein kurzer Beschrieb bestand. Auch hier wurde ich gebeten, diese einzublenden. Die Veloabstellanlagen liegen entlang der Strasse neben dem Gleisfeld, auf der zweiten Folie sieht man die Weiterführung dieser ab der grossen Passerelle bis zum IWB-Vorplatz. Abgeklärt hat die UVEK, ob diese Linie entlang der Meret Oppenheim-Strasse auch tatsächlich der richtige Ort ist, um ein Leitsystem für Veloabstellanlagen zu testen. Sie erhielt die Auskunft, dass aufgrund der sehr baldigen Umsetzung des Projekts, wie gesagt, es ist schon im Bau, auch rasch für weitere, sich noch in Planung befindende Velostationen Learnings von einem Leitsystem für Veloabstellplätze gewonnen werden können. Die UVEK erhielt zudem die Auskunft, dass diese hier eingeblendeten Veloabstellplätze doppelgeschossige Veloständer seien und sie sind grösstenteils gedeckt, wie auch dem Ratschlag zu entnehmen ist. Angehört hat sich die UVEK auch hier die Planungsgruppe Gundeli, welcher es ein Anliegen ist, die Anzahl der Veloabstellplätze zu erhöhen, auch über das bisher geplante hinaus. Zu Diskussionen in der UVEK geführt haben die Anzahl der Carplätze, die unverändert bleibt, sowie die weiterhin kleine Buswartehalle für die Fernbuspassagiere. Sie liess sich die Zahlen zu den Passagieren der Fernbusse zeigen. Zumal dies jedoch ein Projekt der SBB ist und hier mit dem Ratschlag nur eine Mitfinanzierung der Abstellanlagen sowie ein zusätzliches Leitsystem beantragt werden, hat sie das Thema nicht weiterverfolgt.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragt die UVEK auch hier, der Ausgabe von 550’000 Franken für diese Veloabstellanlage mit Leitsystem zuzustimmen.

Zum Anzug Cuénod beantragt sie jedoch mit 8 zu 5 Stimmen entgegen dem Antrag der Regierung, den Anzug stehen zu lassen. Es sollen hier mit den vorliegenden Veloabstellplätzen nur 300 zusätzliche Veloabstellplätze geschaffen werden, der Anzug Cuénod forderte jedoch 1’000. Bereits in ihrem mündlichen Bericht zur Margarethenbrücke hat die UVEK ihrem Wunsch nach deutlich mehr Veloabstellplätzen rund um den Bahnhof Ausdruck verliehen. Mit dem beantragten Stehenlassen tut sie dies erneut. Der Bahnhof entwickelt sich an allen Ecken und Enden weiter, es sind auch noch zwei weitere Geschäfte rund um diese Weiterentwicklungen aktuell in der UVEK in Beratung. Sie sieht weiterhin Potenzial, noch mehr Abstellplätze auf der Gundeli-Seite und rund um die Meret Oppenheim-Strasse zu planen, wohlgemerkt entlang der Strasse, an beiden Strassenenden und vielleicht auch im Untergrund. Die Mehrheit sieht das Stehenlassen zudem auch im Kontext des Anzugs Beatrice Isler und Konsorten betreffend Veloabstellplätze rund um den Bahnhof SBB, zu welchem die nächste Beantwortung noch aussteht. Das Thema ist also noch nicht erledigt.

Abschliessend möchte ich mich bei den Mitarbeitenden des BVD sowie der zuständigen Regierungsrätin für ihre der Kommission gegebenen Auskünfte danken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dieser Ratschlag ist Teil eines ganzen Pakets von Ratschlägen rund um den Bahnausbau in Basel. Hier geht es ganz konkret um eine Investition in die Veloinfrastrukturen rund um den Bahnhof. Ich denke, das ist auch ein ganz wichtiges Zeichen nach Bern, dass wir hier eben unsere Hausaufgaben machen, dass wir unseren Teil zum Bahnausbau, und natürlich ist die Erreichbarkeit ein Teil dieses Themas, dass wir unseren Teil beitragen und von Bern eben auch erwarten, dass es weiter vorangeht. Sei es mit der neuen Margarethenbrücke, die wirklich einen Quantensprung in der Verbindung zwischen dem Gundeli und der Innenstadt darstellt, aber auch natürlich mit dem Gesamtausbau des S-Bahn-Netzes in Basel.

Am Thema Veloabstellplätze auf beiden Seiten des Bahnhofs sind wir intensiv dran. Es ist uns klar, dass die 300 Plätze, die jetzt entstehen, ein erster Schritt sind, also zusätzliche Plätze, aber eben noch nicht genug. Sie wissen auch, dass als Teil der neuen Margarethenbrücke deutlich mehr Abstellplätze geplant sind in unterirdischen Parkings, das ist Teil des Wettbewerbsprogramms, und Sie werden über diese Investition dann auch befinden können.

Danken möchte ich vor allem für die speditive Behandlung in der Kommission, das war für uns sehr wichtig, um auch mit den Zeitplänen der SBB und des BAV mithalten zu können und mit diesen Massnahmen vorwärts machen zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Für die GRÜNE/jgb hat sich Béla Bartha gemeldet.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt hier einen Ratschlag vor uns, der wirklich der GRÜNEN Fraktion doch recht Freude macht. Man kann wirklich feststellen, dass so langsam da gewisse Lichter am Fahrradhimmel von Basel-Stadt aufgehen und sich etwas bewegt und man da wirklich auch vorwärts gemacht hat. Da muss man auch wirklich ein Kränzchen winden an die Regierung, dass da wirklich auch gute Vorschläge kommen. Mit diesem Ratschlag werden die Erwartungen der Vorstosse weitgehend erfüllt und rund um den Bahnhof eine verbesserte Situation für den Veloverkehr geschaffen. An vielen Standorten, sei es bei der neuen Zollibrücke, bei der Margarethenbrücke oder an der Peter Merian-Brücke, können wir also verbesserte Situationen für den Fahrradverkehr erwarten.

Natürlich gibt es auch einige Wermutstropfen. Wir haben das gehört jetzt gerade, dass die Peter Merian-Brücke natürlich noch lange nicht dort ist, wo sie sein könnte. Die Dimensionen dieser Brücke sind sehr knapp, aber das natürlich ist sehr weit auch der Zusammenarbeit mit der SBB geschuldet, die halt für sich eigentlich deklariert, wie diese Ausmasse einer solchen Brücke aussehen können. Wenn wir da Sonderwünsche aus Basel-Stadt haben, dann kann man natürlich damit rechnen, dass das auch gewisse Kostenfolgen haben wird für die Stadt. Deshalb ist man hier sicher bei einem Kompromiss, aber doch ist auch dieser Kompromiss für den Fahrradverkehr sicher ein grosser Schritt nach vorne. Man muss auch da sagen, dass das ja auch im Prinzip der ganzen Tendenz, wie der Veloverkehr auch in Basel-Stadt immer mehr zunimmt, auch wirklich eine ganz logische Folge ist, dass man hier auch für das Velo vorwärts macht in Basel-Stadt und auch die Kapazitäten erhöht.

Warum möchten wir den Ratschlag von Tim Cuénod stehen lassen. Das liegt daran, dass wir gerade bei den Veloabstellplätzen noch nicht dort sind, wo wir gerne wären. Es sind 1’000 weitere gefordert und wir können halt jetzt hier in diesen Planungen nur 300 wirklich sehen, auch wenn wir in Zukunft sicher bessere Situationen antreffen würden. Vor allem natürlich mit dem Neubau der Margarethenbrücke, da kann man wirklich hoffen, dass da an den Brückenköpfen etwas gemacht wird und weitere 1’000 Veloplätze geschaffen werden. Und das führt uns eben dann dazu, dass wir trotz diesen Ankündigungen, das sind eben nur Ankündigungen, halt gerne diesen Ratschlag stehen lassen würden. Ansonsten folgen wir zu 100% der Regierung und harren sehr gespannt der Dinge, die da am Verkehrshimmel und eben vor allem am Velo-Himmel kommen werden, und hoffen, dass es so weitergeht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich spreche im Namen der BastA und der SP. Die Peter Merian-Brücke wird künftig ein erhöhtes Verkehrsaufkommen haben, umso wichtiger ist es, dass die Querung für die Velos sicher in beide Richtungen möglich ist.

Das Gundeli wünscht sich zudem schon seit langem eine bessere Anbindung an die Innenstadt. Die beiden nun geplanten Velostreifen bzw. Weg auf der Peter Merian-Brücke und die besseren Sichtverhältnisse bei der Querung bei der Postpassage begrüsst die SP und die BastA daher sehr. Damit ist gleichzeitig auch die Motion der BRK erfüllt. Wir bedauern hingegen, dass im Vorfeld mit der SBB nicht eine breitere Brücke verhandelt werden konnte, denn nun geht der zusätzliche Veloweg auf Kosten eines Gehwegs. Eine Erhöhung der Veloparkplätze im Gundeli um 300 Plätze inklusive Leitsystem erachten wir als längst überfällig und betonen, dass dies nicht ausreicht, um den Bedarf an Veloparkplätzen rund um den Bahnhof zu decken. Wie Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, ist dies ein erster Schritt, weitere sollen, müssen und werden hoffentlich auch folgen. Daher ist die SP und die BastA wie die UVEK für Stehenlassen des Anzugs von Tim Cuénod. Bei der Kreuztabelle ist da ein Fehler aufgetreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Ein weiterer Schritt in Richtung Verbesserung der Veloinfrastruktur rund um den Bahnhof Basel SBB. Ja, es sind zugegebenermassen verhältnismässig kleine Schritte, aber immerhin. Wir Grünliberalen begrüssen und bewilligen diese Ausgaben gerne zur Verbesserung der Velomassnahmen auf der Peter Merian-Brücke, wenn sie sowieso instandgesetzt werden muss, denn sie sind dringend nötig. Ebenfalls dringend, wir wissen es alle, sind die zusätzlichen 300 Veloabstellplätze. Wir bedauern, dass die Realisierung einer kompakten Veloparkierungsanlage auf der Südseite des Bahnhofs aufgrund der Erweiterung des Gleisfelds nicht möglich ist. Wir wissen nun jedoch, dass sehr viele Veloabstellplätze in den beiden Brückenköpfen der Margarethenbrücke gemäss dem soeben präsentierten Siegerprojekt dereinst entstehen werden. Die Motion der BRK als auch der Anzug Tim Cuénod und Konsorten können aus unserer Sicht abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Pascal Messerli das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion, und ich darf auch für die LDP-Fraktion sprechen, unterstützt diesen Ratschlag. Wir möchten hier das Ganze nicht künstlich verlängern, einfach noch den Hinweis darauf machen, wir haben jetzt bei diesem Ratschlag und bei diesem Geschäft einen breiten Konsens von allen Fraktionen, was insbesondere daraus geschuldet ist, weil die bürgerlichen Fraktionen hier auch eingelenkt haben und hier auch sich dafür einsetzen, dass wir sinnvolle Massnahmen haben für die Verbesserung im Bereich des Veloverkehrs. Da sind wir offen, da bieten wir auch die Hand, wir möchten aber hier auch gleichzeitig sowohl die Verwaltung wie auch die Parlamentsmehrheit dazu ermutigen, dass man derartigen Pragmatismus auch an den Tag legt, wenn es um den motorisierten Autoverkehr geht, beispielsweise wenn es um Quartierparkings geht. Hier haben wir häufig Stillstand, hier haben wir häufig Widerstand dagegen und dementsprechend wäre es wichtig, dass wir auch in Zukunft Projekte wie solche lancieren können, wo die einzelnen Verkehrsträger nicht gegenseitig ausgespielt werden und ein Mehrwert für alle Beteiligten entsteht. Dementsprechend bieten wir hier auch bei diesem Ratschlag Hand. Wir sind der Meinung auch, dass die Motion der BRK als erledigt abgeschrieben werden kann und dass wir den Anzug von Tim Cuénod abschreiben können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet. Raffaela Hanauer verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtkosten für Finanzierung, Umsetzung Infrastrukturen.

1. Umsetzung Velomassnahmen

2. Umsetzung Veloabstellplätze

3. Erhaltung Strasse

Gebundene Ausgaben

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007058, 10.09.25 11:41:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der Umsetzung der mit den Bahninfrastrukturen Bahnknoten Basel zusammenhängenden kantonalen Infrastrukturen werden Gesamtausgaben in der Höhe von Fr. 4‘480‘000 bewilligt (Preisbasis Nordwestschweizerischer Baupreisindex Tiefbau vom 1. April 2024 = 125.2 / Basis Oktober 2010 = 100 Punkte). Diese teilen sich wie folgt auf:

1. Fr. 3‘370‘000 für die Umsetzung von Velomassnahmen auf der Peter Merian-Brücke inklusive nördlichen und südlichen Zufahrten zur Verbesserung der Querung des östlichen Gleisfeldes beim Bahnhof Basel SBB zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“

2. Fr. 550‘000 für die Umsetzung von Veloabstellplätzen mit Leitsystem auf der Südseite des Bahnhofs Basel SBB zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“

3. Fr. 560‘000 für die Erhaltung der Strasse gemäss dem heutigen Strassenstandard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartementes, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur“, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strassen (Tiefbauamt, gebunden).

Die gebundenen Ausgaben können auch dann realisiert werden, wenn der Grosse Rat oder die Stimmbevölkerung das Gesamtprojekt ablehnen würde.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen.

13.1. Motion der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Veloanbindung Gundeli, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:41:15, 21.5233.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion der BRK als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben.

13.2. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs, Ratschlag des RR

[10.09.25 11:41:30, 20.5338.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die UVEK beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Die Kommissionspräsidentin verzichtet, Esther Keller verzichtet ebenfalls. Tim Cuénod hat sich als Einzelsprecher gemeldet. Er hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Zuerst einmal möchte ich dem Regierungsrat danken für die Vorlage und der Grossratskommission, die heute zur Abstimmung kommt. Auch diesen Dank aussprechen zu können im Namen der Quartierbevölkerung des Gundeldinger-Quartiers, weil die Veloparkplatzsituation rund um den Bahnhof, gerade auch auf der Gundeldinger Seite, aber nicht nur, ist wirklich nicht tragbar und es ist wichtig, dass man da Schritte vorwärts macht. Mit dem heutigen Beschluss soll das ermöglicht werden, ich denke nur, dass es weitere Schritte bedarf.

Bekanntlich haben wir eine starke Zunahme des Veloverkehrs in der Stadt im letzten Jahr verzeichnen können, gerade auch im Zusammenhang mit der kombinierten Mobilität. Am Bahnhof bräuchte es manchmal auch etwas mehr Kontrolltätigkeit, wie lange stehen denn diese Velos schon hier, manchmal hat man doch etwas den Eindruck, es könnte eine Velofriedhofssituation geben, wenn ich das so sagen darf, aber es ist auch wichtig, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.

Daher bedanke ich mich insbesondere bei der Kommission und doch einigen Fraktionen hier im Saal für die Bereitschaft, meinen Anzug hier aufrechtzuerhalten. Ich denke, man sollte diese Möglichkeit vertieft prüfen und dann schauen, wie sieht es mit den Kosten aus, lohnt es sich wirklich. Ich denke, die konkret formulierte Idee wäre äusserst attraktiv. Autofahrende haben heute, wenn sie das wollen, über ihren Parking einen Direktzugang mit dem Lift auf die Passerelle, es wäre schön, wenn dies auch für Velofahrer ermöglicht werden könnte und man soll das wirklich technisch vertieft prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet auch in der zweiten Runde, Raffaela Hanauer ebenfalls. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007062, 10.09.25 11:44:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden. Das Geschäft ist erledigt.

14. ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm, Bericht der UVEK

[10.09.25 11:44:34, 24.0895.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das ÖV-Programm wurde am 19. März der UVEK überwiesen und gleichzeitig wurde der Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis vorgelegt. Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat alle vier Jahre das ÖV-Programm zur Genehmigung. Dieses bildet die Grundlage für das ÖV-Globalbudget und die Leistungsvereinbarungen mit

den Transportunternehmen. Das aktuelle Programm umfasst drei Jahre statt wie üblich vier Jahre, damit wir uns an den Bundesrhythmus anpassen. Künftig werden es wieder vier Jahre sein.

Die UVEK hat dieses Geschäft an zwei Sitzungen beraten. Ein schriftlicher Bericht liegt bei diesem Geschäft vor, weshalb mein Votum deutlich kürzer ausfällt. Die UVEK beantragt dem Grossen Rat einstimmig, das ÖV-Programm zu genehmigen und den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

In der Beratung hat die UVEK sich vor allem auf die Angebotsänderungen konzentriert. Zum Thema des Tramnetzes, von welchem letztlich jeweils die ÖV-Programme abhängig sind, verweist die Kommission auf den Kommissionsbericht zur Tramnetzentwicklung. Beim Thema des Budgets verweist die Kommission auch auf die Kommissionsstellungnahmen jeweils zum ÖV-Globalbudget. Vereinzelte Angebotsänderungen haben in der UVEK zu Rückfragen geführt, teilweise hat die UVEK auch eine Haltung eingenommen, Sie entnehmen dies alles dem schriftlichen Bericht. Auch hat sie der Verwaltung vereinzelt Anregungen zur weiteren Planung und Absprachen mit Baselland mit auf den Weg gegeben, so zum Beispiel in Bezug auf die Buslinie 61 und bessere Umsteigemöglichkeiten dort auf die Linie 8. Die UVEK hat sich auch mit den Verdichtungskosten und Angebotsreduktionen befasst und mit der Einstellung des On-Demand-Angebots MOBILISK. Fundiert diskutiert hat die UVEK auch die Angebotsausdünnung auf der Linie 32 nach Bettingen in den Abendstunden. Über diese war insbesondere der Gemeinderat Bettingen nicht erfreut. Die UVEK empfindet dies als ebenfalls unverhältnismässig und liess sich versichern, dass auf diese Angebotsausdünnung auch verzichtet werden wird. Für alle detaillierten Abklärungen und Ausführungen der UVEK verweise ich auf den schriftlichen Bericht.

Alles in allem und gestützt auf diese Abklärungen sprach in der UVEK nichts gegen die Genehmigung des ÖV-Programms und eine Kenntnisnahme des Vernehmlassungsberichts. Die UVEK beantragt daher einstimmig, das ÖV-Programm zu genehmigen und den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich bedanke mich im Namen der UVEK bei den zuständigen Mitarbeitenden des BVD sowie bei der Regierungsrätin für die kompetente Auskünfte in der Kommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich bin sehr dankbar um die Diskussion hier, also einerseits in der Kommission, aber auch die Inputs aus dem Parlament zusätzlich zur breiten Vernehmlassung, die stattgefunden hat. Das gibt uns immer ein Stimmungsbild auch aus den Quartieren, welche Linien als attraktiv empfunden werden, welche Linien möglicherweise noch zu verstärken sind oder anzupassen sind und das wiederum ist natürlich sehr wichtig, um den ÖV attraktiv zu gestalten und der wiederum ist ein wesentlicher Teil für die Erreichung unserer Klimaziele. Konkret bewilligt werden die Gelder dann erst mit dem Globalbudget ÖV, das heisst heute gibt es noch keine konkreten Beschlüsse über die Realisierung, aber es ist doch eine wichtige Stossrichtung. Vielen herzlichen Dank der Präsidentin und der Kommission für die detaillierte Auseinandersetzung und wir bitten Sie, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Jean-Luc Perret für die SP hat sich eingetragen.

Jean-Luc Perret (SP): Es geht zwar hier um ein nüchternes Planungsdokument, aber es hat trotzdem eine gewisse Bedeutung, wie wir den öffentlichen Verkehr in unserer Stadt und der Region in den nächsten Jahren entwickeln und deshalb möchte ich auch kurz noch auf drei zentrale Bausteine eingehen, die wir als SP besonders hervorheben möchten.

Das erste ist, wir freuen uns, dass der Ausbau der trinationalen S-Bahn ein zentraler Bestandteil des Programms ist. Gerade der 15-Minutentakt nach Liestal ist eine spürbare Verbesserung und jede Stärkung der S-Bahn bedeutet ja weniger Autopendler und weniger Stau und auch weniger Luftverschmutzung. An dieser Stelle möchte ich noch betonen, dass wir auch alle Bemühungen für einen 15-Minuten-Takt auf der S-Bahn-Linie ins Birstal unterstützen und die Regierung auffordern möchten, gemeinsam mit Baselland den Druck gegenüber der SBB da hochzuhalten.

Dann der zweite Punkt, wir warten fast schon sehnsüchtig auf die Margarethenverbindung und das Express-Tram 17, denn diese Verbindung wird hoffentlich die Strassen aus dem Leimental entlasten und Raum schaffen für die Umgestaltung der Heuwaage. Das ist leider während der Beratung passiert, dass die Margarethenverbindung ins nächste ÖV-Programm verschoben werden musste, und das fanden wir doch eher enttäuschend, weil wir hoffen, dass dieses Projekt nun wirklich bald kommt und dann auch realisiert wird.

Dann das letzte noch, unspektakulär, aber für viele Betroffene in den Quartieren entscheidend sind die vielen kleinen Verbesserungen im Busnetz. Einige Details dazu haben wir bereits in der Vernehmlassung eingebracht, zum Beispiel die

Schaffung einer Busspur im Lehenmattquartier, die Sicherstellung der Erschliessung der Schulhäuser im Gellert oder auch die Verlängerung der Buslinie 61 bis nach Allschwil an die Gartenstrasse.

Doch bei all diesen Fortschritten müssen wir auch ehrlich sein, die grossen Projekte verzögern sich immer wieder und Tramlinien, die wir dringend bräuchten, sind noch Jahre entfernt. Wichtige Bahnausbauten kommen später als geplant und im Alltag bleibt der Bus noch zu oft im Stau stecken. Darum meine Bitte, gehen wir mutig vorwärts, auch wenn gewisse Schritte vielleicht unpopulär sind, wenden wir die Projekte nicht zum 20-mal hin und her, sondern packen wir ihre Umsetzung an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in einer zweiten Runde, Raffaela Hanauer verzichtet ebenfalls. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung ÖV-Programm

2. Kenntnisnahme Vernehmlassungsbericht

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007064, 10.09.25 11:52:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das ÖV-Programm 2026–2028 wird als Planungsgrundlage für die Entwicklung des Angebots und der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Zeitraum 2026 bis 2028 genehmigt.

2. Der Vernehmlassungsbericht zum ÖV-Programm 2026–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW

[10.09.25 11:52:24, 25.0716.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die IPK FHNW beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Gemäss Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn und Basel-Stadt über die Fachhochschule Nordwestschweiz führen die Trägerkantone die FHNW mit einem Leistungsauftrag. Dieser wird von den Regierungen erteilt und von den Parlamenten genehmigt. Die FHNW erstattet den Vertragskantonen jährlich Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrages, die Verwendung der Finanzbeiträge und den Rechnungsabschluss. Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag ist von den Parlamenten zu genehmigen.

Kommissionsberatung:

Die IPK FHNW hat den Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für die Jahre 2021 bis 2024 an der Kommissionssitzung vom 16. Juni dieses Jahres beraten. Anwesende waren zudem die vier Mitglieder des Regierungsratsausschusses, die kantonalen Hochschulverantwortlichen der vier Kantone, der Präsident des Fachhochschulrates sowie die Direktion der FHNW.

Zur Detailberatung:

Bei einem Gesamtaufwand in der Höhe von 526,4 Mio. schliesst die FHNW per Ende Jahr mit einem Aufwandüberschuss von 11,5 Mio. ab. Der Verlust liegt leicht unter dem Budget. Das Eigenkapital reduzierte sich per Ende 2024 von 19,8 Mio. auf 8,2 Mio. Kumuliert reduzierte sich das Eigenkapital gegenüber der Leistungsauftragsperiode 2018 bis 2020 von 22,2 auf 8,2 Mio. um insgesamt aufgerundet 14 Mio. Die IPK FHNW reagierte besorgt auf diese Entwicklung und sieht im schmelzenden Eigenkapital ein grosses Risiko. Ein Teil der Kommission sieht die Lösung dieses Trends in einer strikteren Ausgabenkontrolle unter Rückbesinnung der FHNW auf ihren Kernauftrag. Weitere Kommissionsmitglieder weisen auf eine wichtige Neuerung in der aktuellen Leistungsperiode hin. In dieser beteiligen sich die Trägerkantone zu 50% am teuerungsbedingten Lohnaufwand, was entsprechend den für das Schrumpfen des Eigenkapitals hauptsächlichen Grund, die Teuerung zwischen 2020 und 2024, entschärfe.

Am 15. Oktober 2024 waren 13’984 Studierende an der FHNW in 34 Bachelor- und 23 Masterstudiengängen immatrikuliert. Im Vergleich zum Jahr 2020, dem letzten Jahr der Leistungsauftragsperiode, entspricht dies einem Anstieg von 6,3% nach Personen. Bei den Neueintritten konnte die positive Trendwende plus 4,3% gegenüber 2023 vom Vorjahr fortgesetzt werden. Auch insgesamt nahmen die Neueintritte in der abgelaufenen Leistungsauftragsperiode im Vergleich zur letzten Periode zu, 6,5% gegenüber 2020. Die FHNW führt diese positive Entwicklung auf die Aktualisierung ihres Portfolios sowie gezielte Marketing-Kampagnen zurück.

In den letztjährigen Berichterstattungen der IPK FHNW an die Parlamente der Trägerkantone wurde oft der Standort Brugg-Windisch als Sorgenkind genannt, der mit rückläufigen Studierendenzahlen zu kämpfen hat. Es freut die Kommission, dass sich der generelle Anstieg an Neueintritten besonders auch an diesem Standort manifestierte.

Bei der Ausbildung liegen die Durchschnittskosten mit 29’100 pro FTE 2% über den Vorgaben des Leistungsauftrages und 5,8% über dem Wert per Ende 2020. Gemäss FHNW sind teuerungsbedingte Lohnentwicklungen für das Nichterreichen der Zielvorgabe verantwortlich. Für die IPK FHNW ist diese Begründung für die formelle Nichterreichung des Ziels nachvollziehbar. Die IPK FHNW zeigt sich zufrieden mit der Entwicklung der Hochschule im Rahmen der Vorgaben des Leistungsauftrages.

Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes:

Gemäss § 16 Abs. 5 lit. b des Staatsvertrages obliegt die IPK FHNW die Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes. Die IPK FHNW hat den Geschäftsbericht mit 17 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Antrag an die Parlamente der Trägerkantone:

Die IPK FHNW beantragt den Parlamenten einstimmig mit 16 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrages 2021 bis 2024 wird genehmigt. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Baselland und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici nehme ich vor dem Mittag noch an die Reihe.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, ein Wort zur Fachhochschule Nordwestschweiz generell zu sagen. Mit der Berichterstattung zum Jahr 2024 ist auch ein Blick auf die gesamte vierjährige Leistungsauftragsperiode 2021 bis 2024 möglich. Es war eine herausfordernde Zeit für die FHNW. Die inzwischen fast schon wieder vergessene Pandemie machte eine fundamentale Umstellung des Unterrichts erforderlich. In der Folge bereiteten auch die Studierendenzahlen Sorge und im Anschluss wurde die allgemeine Teuerung zur finanziellen Belastung. Dass die FHNW unter diesen schwierigen Umständen die Vorgaben im vierfachen Leistungsauftrag, also in der Ausbildung, in der Forschung, in der Weiterbildung und bei den Dienstleistungen erfüllen konnte, ist beachtlich und verdient höchstes Lob. Die

angestossene Portfolioentwicklung im Studienangebot zeigt bereits Wirkung und zieht Studierende an, in der Forschung, in der Weiterbildung, und wurde in Kennzahlen sogar deutlich übertroffen. Auch die IPK zeigt sich grundsätzlich zufrieden mit der Entwicklung der FHNW. Das freut mich sehr.

Dass die IPK dabei nicht vergisst, kritisch auf die Entwicklung des Eigenkapitals hinzuweisen, ist sehr richtig. Die unerwartete Teuerungsentwicklung hat die Lohnkosten der FHNW belastet. In der Folge hat sie in drei von vier Jahren der Leistungsauftragsperiode Verluste schreiben müssen. Die Zahlen, die der Kommissionspräsident erwähnt hat, möchte ich nicht nochmals repetieren. In der neuen Leistungsauftragsperiode 2025 bis 2028 lassen wir die FHNW nicht mehr alleine mit dem Problem Teuerung. Mit dem neuen Leistungsauftrag werden 50% der Teuerung auf den Lohnkosten von den Trägerkantonen finanziert. Das entschärft die Belastung etwas. Dennoch bleiben die kommenden Jahre für die FHNW in finanzieller Hinsicht eine Herausforderung. Dass die Verantwortlichen der FHNW diese Herausforderung annehmen, verdient höchst Respekt.

Der Regierungsrat bittet Sie, die Jahresrechnung 2024 zur Kenntnis zu nehmen und die Berichterstattung zum Leistungsauftrag zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich breche die Sitzung hier ab, wir machen um 15 Uhr weiter mit diesem Geschäft, bevor wir uns in die Interpellation stürzen.

Schluss der 24. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 25. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. September 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Leonie Bolz (SP), Jessica Brandenburger (SP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne).*

Verhandlungsgegenstände:

15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW 3
24.1. Interpellation Nr. 80 Jenny Schweizer betreffend Einbruchserie in Riehen 4
24.2. Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt 2032 oder 2033 6
24.3. Interpellation Nr. 82 Julia Baumgartner betreffend Auftritt der Patrouille Suisse am Tattoo 2025 7
24.4. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal 8
24.5. Interpellation Nr. 84 Heidi Mück betreffend Verwendung von Tränengas und Pfefferspray durch die Basler Polizei 8
24.6. Interpellation Nr. 85 Edibe Gölgeli betreffend flexible und niederschwellige Kinderbetreuung im Kanton Basel-Stadt 9
24.7. Dringliche Interpellation Nr. 86 Gabriel Nigon betreffend Sistierung oder Aufhebung geforderter und geplanter Mehrausgaben im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und mögliche Rückgänge der Steuereinnahmen 11
24.8. Interpellation Nr. 87 Daniel Seiler betreffend Blitzer und Bodenmarkierung auf der A2 12
24.9. Interpellation Nr. 88 Beda Baumgartner betreffend Medikamentenpreise allein für den Profit oder mit Nutzen für die Allgemeinheit? 13
24.10. Interpellation Nr. 89 Beat K. Schaller betreffend Schliessung des Therapiebads der Universitären Altersmedizin Felix Platter 15
24.11. Interpellation Nr. 90 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Massnahmen gegen Velo- und E-Bike- Diebstähle 16
24.12. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt. 18
24.13. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere? 18
24.14. Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug 19
24.15. Interpellation Nr. 94 Raffaela Hanauer betreffend Superblock-Tests – Folgepublikation für permanente Überführung bei Testerfolg 19
24.16. Interpellation Nr. 95 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Zukunft und Chancen der Standortförderung Basel Area im Umfeld globaler Abschottung und im Vergleich zu anderen Schweizer Regionen 20
24.17. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt 21
24.18. Interpellation Nr. 97 Luca Urgese betreffend verordnungswidriger Förderschwerpunkt Klimaschutz für den Swisslos-Fonds 21
24.19. Interpellation Nr. 98 Jean-Luc Perret betreffend neue Sterilisationsauflagen: Wundversorgung in der Hausarztpraxis nur noch mit Einwegmaterial? 23
16. Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht der BKK 25

17. Ausgabenbewilligung für eine jährliche «Sportmillion» für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR 27
18. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK 29
19. Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 und Schwerpunkte 2025–2029, Bericht der GSK 34

Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 10. September 2025, 15:00 Uhr

15. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW

[10.09.25 15:00:12, 25.0716.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Ich habe keine Mitteilungen zu machen. Wir fahren fort mit der Bearbeitung des Traktandums 15 mit der FHNW. Da hat sich Jo Vergeat vor dem Mittag als Sprecherin eingetragen und sie hat das Wort.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche auch für die SP. Ich möchte das nicht sehr lange ausführen, wir sind natürlich sehr erfreut über die Steigerung der Studierendenzahlen an der FHNW. Es zeigt, dass dieses Angebot der Fachhochschulen wichtig und zentral ist für die Ausbildung der Personen in unserer Region und darüber hinaus. Wir müssen diesen Studierenden eine bestmögliche Ausbildung ermöglichen und danken daher den Dozierenden und Mitarbeitenden der FHNW, die sich täglich genau dafür einsetzen.

Gerade an der FHNW bilden wir auch das wichtige Personal für unser Bildungssystem aus, das ein zentraler Pfeiler unseres Kantons ist und eines erfolgreichen Kantons, nämlich Lehrpersonen und Fachpersonen im Primarschul- und Sekundarschulbereich und weiter. Wir müssen die Rückmeldungen dieser Lehrpersonen auch in Zukunft sehr ernst nehmen und danken da auch der IPK natürlich dafür, dass sie da immer ein gutes Auge auch auf die PH werfen.

Und zum Schluss möchte ich noch ganz dezidiert ausführen, dass wir zum Teil der quasi Minderheit gehören, die überzeugt ist, dass Diversity und Nachhaltigkeit genau ein Teil des Erfolges einer modernen Fachhochschule, einer progressiven Fachhochschule sind und wir nicht der Meinung sind, dass man das wegsparen kann oder sollte, da es genau auch ein allumfassendes Thema ist. Sowie die Nachhaltigkeit sind auch die Vielfalt, die Diversity-Aspekte wichtig für die Studierenden. Die Nachhaltigkeit ist wichtig, um unsere Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen und wir sollten da eher einen Weg suchen, das integrieren zu können in ein Budget, anstatt das jetzt da herauszunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die FHNW konnte gegenüber der letzten Leistungsperiode die Studienzahl um 6,3% erhöhen, was sehr erfreulich ist. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass das Eigenkapital drastisch sinkt. Ende 2020 war das Kapital noch 22,2 Mio., heute noch 8,3 Mio. Vor allem zeigt hier der Teuerungsausgleich seine Wirkung. Einige Mitglieder in der IPK FHNW können sich vorstellen, dass die Kantone 50% des Teuerungsausgleichs übernehmen, um so die FHNW zu entlasten. Wie dies dann mit den unterschiedlichen finanzstarken und -schwachen Kantonen ausgearbeitet werden soll, erschliesst sich uns nicht. Wir sehen hier eine Lösung darin, dass sich die FHNW wieder auf ihre Kernaufgaben konzentriert, sprich auf die Lehre und Forschung und auf gesellschaftspolitische Themen verzichtet, auch vor dem Hintergrund, dass die FHNW politisch neutral zu sein hat.

Wichtig erscheint uns auch, und da sprechen wir die Verwaltung an, dass sie rechtzeitig die nötigen Zahlen liefert, damit im Leistungsbericht auch die nötigen Zahlen vorhanden sind. Es kann nicht sein, dass ein Bericht herausgegeben wird und die Zahlen für die gesamte Leistungsperiode nicht vorgelegt wurden und daher keine abschliessenden Aussagen darüber gemacht werden können. Als Beispiel ist hier der Akquisitionserfolg zu nennen, hier wurden die Zahlen bis 2023 genannt, für das Jahr 2024 sind die Zahlen von den Kantonen nicht geliefert worden, was auch von der FHNW sehr bemängelt wurde.

Was den Standort Basel betrifft, so stellen wir erstaunt fest, dass weniger Neueintritte generiert werden. Als Begründung wird die strikte Zulassungsbeschränkung bei der ansässigen Kunsthochschule genannt, was für uns einen Widerspruch darstellt. Auch wenn die Zulassungsbeschränkungen hoch sind, sollten sie erreicht werden können, ansonsten sollen die Beschränkungen angepasst werden. Wir stellen nicht eine Schule zur Verfügung, die nicht besucht werden kann, weil sie zu hohe Anforderungen stellt. Beim Angebot Musik zum Beispiel nehmen wir viel mehr ausländische Studentinnen und

Studenten auf mit der Begründung, dass nur die Besten der Besten ausgebildet werden sollen. Somit fallen die eigenen Studierenden durch die Maschen der Zulassungsanforderungen.

Die PH ist medial immer wieder unter Beschuss, organisatorisch scheint es auch einige Herausforderungen zu geben. Viele Studierende geben bereits Unterricht von Anfang an. Durch den Lehrpersonenmangel gibt es für sie auch sehr attraktive Stellenangebote, die gerne angenommen werden. Dies soll hier nicht gewertet werden, aber die FHNW ist nicht eine Anstellungsbehörde. Es ist für die PH deshalb schwierig, allen Ansprüchen der Studierenden gerecht zu werden, da die Zeitmodelle Studienbeginn und Beginn der Schulen als Arbeitgeber asynchron sind. Die PH hat mit den Trägerkantonen eine Vereinbarung abgeschlossen, dass Studierende im ersten Jahr keine Anstellung erhalten sollen, aber auch dies wird nicht eingehalten.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Leistungsbericht zu genehmigen und bitte die Verantwortlichen, unsere Kritikpunkte einzubeziehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, Erich Bucher von der IPK ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

Titel und Ingress

1. Genehmigung Bericht

2. Zustimmung Partnerkantone

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007067, 10.09.25 15:07:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2021–2024 wird genehmigt.

2. Der Beschluss unter Ziffer 1 steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

24.1. Interpellation Nr. 80 Jenny Schweizer betreffend Einbruchserie in Riehen

[10.09.25 15:07:12, 25.5304.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4. Der Regierungsrat nimmt die Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit Einbrüchen sehr ernst. Einbrüche und ähnliche Delikte verunsichern die Betroffenen stark und schwächen das allgemeine Sicherheitsgefühl, besonders wenn in kurzer Zeit mehrere Taten in derselben Gegend begangen werden. Aus diesem Grund setzt sich der Regierungsrat weiterhin mit Nachdruck für die Bekämpfung der Einbruchsdiebstähle ein. Für den Zeitraum zwischen 1. März 2025 und Ende Juli 2025 wurden der Kantonspolizei Basel-Stadt rund 50 Einbruchsdiebstähle gemeldet. Mehr als die Hälfte davon ereigneten sich in Wohnungen, während Firmen, Geschäftslokale oder Gartenhäuser seltener betroffen waren. Hauptsächlich erfolgten die Einbrüche über Fenster und Balkone, vorwiegend nachts und an Wochenenden. Im Jahresvergleich liegt die Zahl der Einbrüche damit unter dem Durchschnitt und fällt auch im Vergleich mit anderen Stadtteilen nicht besonders auf. Da Strafanzeigen fortlaufend und teilweise zeitversetzt erfasst werden, sind Auswertungen unter dem Jahr aber schwierig. Einen verlässlichen Mehrjahresvergleich wird erst die einmal jährlich erhobene polizeiliche Kriminalstatistik erlauben.

Zu Frage 2. Da die Verfahren noch hängig sind, macht die Staatsanwaltschaft aus Gründen des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses sowie zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen keine näheren Angaben.

Zu Frage 3. Auch in den umliegenden Gemeinden konnte soweit ersichtlich keine Häufung festgestellt werden. Für Einzelheiten wird an die Partnerbehörden im Kanton Basel-Landschaft und in Baden-Württemberg verwiesen.

Zu Frage 5. Die Kantonspolizei hat die Lage zeitnah beurteilt und entsprechende Massnahmen eingeleitet. Dazu gehören eine verstärkte sichtbare Polizeipräsenz sowie gezielte präventive Kontrolltätigkeiten. Trotz dieser Massnahmen lassen sich Einbrüche jedoch nie vollständig verhindern. Die Kantonspolizei beobachtet die Entwicklung weiterhin aufmerksam und passt ihre Einsatz- und Präventionsmassnahmen laufend an.

Zu den Fragen 6 und 7. Auch unter den aktuellen personellen Rahmenbedingungen ist die Kantonspolizei in der Lage, auf akute Lagen flexibel zu reagieren und die Präsenz bei Bedarf zu erhöhen. Der Einsatz privater Sicherheitsdienste wird nicht in Betracht gezogen.

Zu den Fragen 8 und 9. Mit den Polizeiposten Riehen und einer eigenen Patrouille, die unter der Koordination der Polizeiwache Clara ausschliesslich in Riehen und Bettingen unterwegs ist, wird eine konstante polizeiliche Präsenz gewährleistet. Die Leitung des Polizeipostens Riehen kann seit längerer Zeit eigenständig Fahrzeugpatrouillen planen und durchführen. Ergänzend sind täglich zwei Sicherheitsassistentinnen oder Assistenten zu Fuss oder mit dem Auto in Riehen und Bettingen im Einsatz. Diese Kombination aus Polizeipräsenz und Sicherheitsassistenz trägt dazu bei, das Vertrauen in die öffentliche Sicherheit zu stärken und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen.

Zu Frage 10. Zwischen Januar und Juli 2025 war der Polizeiposten Riehen lediglich an einem einzigen Tag geschlossen, konkret am Samstag, den 24. Mai 2025. Im Zusammenhang mit dem letzten Meisterschaftsspiel des FC Basel gegen den FC Luzern und der anschliessenden Meisterfeier musste der Personaleinsatz priorisiert werden.

Zu Frage 11. Nein, denn ein geöffneter Polizeiposten allein hat keinen nachweisbaren Einfluss auf die Deliktszahlen. Entscheidend für die Sicherheit sind vielmehr die sichtbare präventive Patrouillentätigkeit, die laufende Lagebeurteilung, die sofortige Entgegennahme der Notrufe sowie gezielte Disposition der Einsatzkräfte und schliesslich vor allem auch die Reaktionsfähigkeit unserer Polizistinnen und Polizisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Interpellation. Diese zielt natürlich auf die Einbruchserien und die Diebstähle und die Gewaltdelikte in Riehen ab, die in der Vergangenheit wieder stark zugenommen haben. Sie sind so zahlreich, dass aus der Bevölkerung das Zeichen kommt, dass sie sich einfach grösstenteils nicht mehr sicher fühlt. Dass natürlich ein Polizeiposten, der nachts nicht besetzt ist, zu vermehrten Delikten führt, ist für mich logischer anscheinend als für die Regierung. Eine Polizeipräsenz mit einem bewachten Posten ist einfach abschreckender als ein unbeleuchteter Posten im Dornröschenschlaf. Schliesslich ist Riehen einwohnermässig so gross wie eine Stadt, Solothurn hat 4’000 weniger Einwohner und kommt sicher nicht auf die Idee, keinen Polizeiposten zu haben. Zudem hat Riehen vier offizielle Grenzübergänge und zehn inoffizielle. Auch dies kann in die Deliktsumme spielen.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch die Delikte ist also verständlicherweise angeschlagen. Umso mehr muss die Polizeipräsenz in Riehen trotzdem erhöht werden und die SVP fordert immer wieder einen besetzten Posten, das ganze

Jahr, 24 Stunden. Dass dies im Moment auch andere Parteien tun, ist natürlich wahltaktisch zu werten, da wir in Riehen im Oktober Neuwahlen haben. Aber ich freue mich jederzeit über die Unterstützung der anderen Parteien zu diesem Thema. Ich erwarte schon die nötigen Schritte und das Verständnis dafür, mit der Gemeinde zu prüfen, was unternommen werden kann, dass sich die Riehener Bevölkerung nicht nur sicher fühlt, sondern endlich auch wieder sicher ist. Und dies ist am besten meines Erachtens mit einem Posten, der auch nachts wieder besetzt ist. Aber ich erkläre mich mit der Beantwortung zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.2. Interpellation Nr. 81 Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt 2032 oder 2033

[10.09.25 15:13:53, 25.5312.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Grossanlässe sind vorbei, ESC, Art, Frauenfussball EM und jetzt ist in Basel, wie man so schön sagt, tote Hose. Nichts geht mehr, alles ist vorbei, Basel steht vor dem Winterschlaf. Und so ist es, keiner nimmt mehr Notiz von Basel und das ist selbstverschuldet. Ich bekam kein Ticket beim ESC, also machte ich keine Werbung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das Thema haben wir jetzt abgehandelt.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber es geht weiter, Herr Präsident. Wir sind alles Grossräte und ich darf Sie daran erinnern, ich bin seit 42 Jahren Grossrat und ich habe immer Tickets erhalten, alle Grossräte, und wir können keine Werbung machen für die Stadt, wenn die Messe Schweiz auch vergessen hat, uns für die Art Basel, den Weltanlass, einzuladen. Das muss man hier sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dem Inhalt Ihrer Interpellation rein gar nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber es ist einfach keine Werbung für Basel, wenn man diese Grossanlässe in Basel hat und man die Grossräte nicht einlädt. In meiner Interpellation möchte ich wissen, wie es jetzt in Basel weitergeht, was die Regierung konkret geplant hat. Ich muss festhalten, und das darf ich sagen, das Verhalten der Regierung ist höchst unprofessionell und ich stelle einmal mehr fest, dass die Regierung immer nur an sich denkt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Ordnungsruf Nummer zwei, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss aber sagen, wenn Sie ins Aufgabenheft eines Grossrats schauen, dann wissen Sie, unser Parlament ist hier, weil wir die Regierung kontrollieren müssen. Und das ist ganz wichtig, das ist unsere erste Aufgabe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, was hat das genau mit Ihrer Kulturhauptstadt zu tun?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte von der Regierung wissen, wie es weitergeht, dass Basel nicht in der Versenkung verschwindet. Und ich stelle einfach fest, wir hatten jetzt die parlamentarische Sommerpause, es tut sich nichts in Basel und darum frage ich jetzt, hat Basel wieder eine Bewerbung für die Kulturhauptstadt Europas gemacht? Chemnitz ist jetzt die Kulturhauptstadt Europas und Sie wissen ganz genau, dass das eine wichtige Sache ist. Ich soll ja nicht vorlesen, was in

meiner Interpellation steht, aber es steht auf Seite 44, wie viele Millionen Euro Chemnitz erhalten hat als Unterstützung, weil sie Kulturhauptstadt Europas ist.

Ich komme zum Schluss, da sind wir uns einig, ich möchte auch keinen Ordnungsruf mehr haben, dann geht das ins Geld und das ist dann schwierig, wenn das Geld fehlt. Mehrere Grossräte, und das bezieht sich jetzt auf meine Interpellation, ich möchte konkrete Antworten von der Regierung auf meine vier Fragen haben, mehrere Grossräte haben schon oft gesagt, dass sie nicht einverstanden sind mit den Antworten der Regierung, weil die Antworten nicht ausführlich sind. Ich bitte die Regierung, diese Fragen genau zu beantworten und nicht mit einem Satz abzuhandeln. Die Fragen werden einfach oft nicht beantwortet und das geht nicht. Ich danke Ihnen und bin gespannt, ob Basel doch auch einmal Kulturhauptstadt Europas wird.

24.3. Interpellation Nr. 82 Julia Baumgartner betreffend Auftritt der Patrouille Suisse am Tattoo 2025

[10.09.25 15:18:34, 25.5339.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2. Das eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport stützt sich auf Bundesrecht. Demgemäss ist der Bund, konkret das VBS, für die Patrouille Suisse in allen Belangen die Bewilligungsinstanz und nicht der Kanton. Das VBS hat dies im Vorfeld des diesjährigen Überflugs am Basel Tattoo nochmals bestätigt und sich dabei auf die Artikel 1 und 2 des Luftfahrtgesetzes bezogen.

Zu den Fragen 3, 4 und 5. 2023 lag laut VBS eine spezielle Situation vor. Damals habe die Luftwaffe selbst entschieden, mit dem Regierungsrat Kontakt aufzunehmen, um dessen Einwilligung zum Überflug beim Basel Tattoo einzuholen. Dies nachdem sich zwei Flugzeuge der Patrouille Suisse während eines Trainings über dem Zugersee touchiert haben. Der Regierungsrat war sich damals des Ausnahmecharakters dieses Vorgehens nicht bewusst.

Zu Frage 6. Der Regierungsrat hat im Jahr 2023 in Abwägung der Umstände seine Zustimmung zum Überflug am Basel Tattoo gegeben. Die Schweizer Armee ist im zivilen Umfeld traditionell sichtbar. Diese Sichtbarkeit pflegt die Armee auf verschiedene Arten, sie präsentiert dabei jeweils ihre Aufgaben, Leistungen und Mittel der Bevölkerung.

Zu den Fragen 7 und 9. Schon 2023 hat der Regierungsrat die Erwartung geäussert, dass der Veranstalter, also das Basel Tattoo, die Bevölkerung insbesondere über den zu erwartenden Lärm informiert. Dies ermöglicht es der Bevölkerung, den Überflug einzuordnen. Aufgrund der Informationen des Veranstalters haben verschiedene Medien bereits im Vorfeld über den Überflug berichtet.

Zu Frage 8. Beim Überflug werden zweifellos verhältnismässig viel fossiler Treibstoff verbraucht und CO_2-Emissionen verursacht. Aus Sicht des Tierschutzes ist ein kurzfristiger Überflug der Jets mit gedrosselter Geschwindigkeit und entsprechend tieferen Lärmpegeln für Tiere als unbedenklich einzustufen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Julia Baumgartner (SP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Diese lässt aus meiner Sicht doch einige Fragen betreffend Prozessen und Verantwortlichkeiten offen und ich hätte mir grundsätzlich eine kritischere Haltung des Regierungsrats gewünscht. Gerade in einer Zeit, in der weltweit Konflikte, militärische Aufrüstung und Machtdemonstrationen zunehmen, ist eine solche Flugshow höchst fragwürdig. Vor allem in Basel, einer Stadt, die sich sonst so gerne weltoffen und friedensorientiert präsentiert, gerade zwei Monate vor dem Tattoo-Festival mit dem ESC hat man also ganz andere Slogans verbreitet.

Zur Beantwortung der Fragen 1 und 2, die Zustimmung durch den Kanton wäre gemäss Weisungen eigentlich erforderlich und wurde vor zwei Jahren auch eingeholt. Dort handelt es sich anscheinend um eine bisschen willkürliche Praxis auch von Seiten VBS. Ich möchte doch auch noch festhalten, dass die Kommunikation vom Regierungsrat aber auch ziemlich unklar

war, man hat zuerst kommuniziert, man sei um Zustimmung gefragt worden, nachher war das plötzlich nicht mehr der Fall. Dann haben Sie angesprochen, dass die Schweizer Armee in verschiedenen Formen oder auf verschiedene Arten sichtbar ist. Ich finde es doch eine merkwürdige Art, mit lauten Kampfjets sichtbar sein zu müssen, es gibt sicher auch andere klimaverträglichere Arten, um die Armee irgendwie zu präsentieren.

Dann noch zur Information der Anwohner*innen, ja, es ist sicher medial ein bisschen darüber berichtet worden und es haben viele Menschen mitbekommen, dass diese Show der Patrouille Suisse stattfindet, eine offizielle Info der Anwohner*innen durch den Veranstalter fehlte trotzdem. Da haben wir vielleicht mit unserer Kritik auch dazu beigetragen, dass die Menschen das überhaupt mitbekommen haben.

Alles in allem hoffe ich, dass sich diese Thematik von alleine löst, bin jedoch nur teilweise zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats. Wie gesagt, eine klarere Haltung angesichts der globalen Lage wäre angebracht gewesen.

24.4. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal

[10.09.25 15:24:03, 25.5340.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

24.5. Interpellation Nr. 84 Heidi Mück betreffend Verwendung von Tränengas und Pfefferspray durch die Basler Polizei

[10.09.25 15:24:16, 25.5348.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Für die Kontrollen der Reizstoffwurfkörper ist die Abteilung Polizeitechnik der Kantonspolizei zuständig. Diese kontrolliert die Haltbarkeit im Rahmen festgelegter Prüfintervalle. Die letzte komplette Überprüfung fand im März 2025 statt. Zudem wird nach jedem Einsatz bei der Wiedereinlagerung eine Sichtprüfung durchgeführt, um mechanische Schäden zu erkennen.

Zu Frage 2. Pfeffersprays gehören zur persönlichen Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten. Da die Herstellergarantie für den Gasdruck der Sprays vor Ablauf des Haltbarkeitsdatums endet, werden die Sprühgeräte bereits vor diesem Datum von der Abteilung Polizeitechnik jeweils flächendeckend ersetzt. Die derzeit eingesetzten Geräte sind bis Ende 2026 haltbar. Die Prüfung auf mechanische Schäden erfolgt durch die Mitarbeitenden selbst.

Zu Frage 3. Polizeikräfte müssen ihre Einsatzmittel sicher und korrekt handhaben können. Da sich das Einsatzmaterial von Korps zu Korps unterscheiden kann, bringen die unterstützenden Korps in der Regel ihr eigenes Material mit.

Zu Frage 4. In den letzten vier Jahren hat die Kantonspolizei anlässlich von Ordnungsdiensteinsätzen insgesamt vier Handwurfkörper und zwei Wurfkörper mittels Werfersystem eingesetzt.

Zu Frage 5. Der Einsatz von Pfefferspray wird im Geschäftsjournal der Kantonspolizei dokumentiert. Eine gesonderte Statistik über diese Einsätze wird nicht geführt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Zuerst bedanke ich mich bei Regierungsrätin Stephanie Eymann für die Antwort, die sie trotz schwindender Stimme gegeben hat. Vielleicht kurz dazu, wie ich auf die Idee kam, diese Interpellation einzureichen. Zuerst las ich den gut recherchierten und sehr gut geschriebenen Artikel in der Republik über die abgelaufenen Tränengasvorräte der Berner Polizei. Uiuiui, das Haltbarkeitsdatum einer Tränengaspetarde, die er nach einer Demo in Bern gefunden und fotografiert hatte, war um 17 Jahre abgelaufen. Darauf habe ich den Journalisten mal kontaktiert und ihn gefragt, ob er zufälligerweise Informationen zu den Verhältnissen in anderen Kantonen hat, die hatte er nicht.

Deshalb schrieb ich eine erste Version der Interpellation. Einige Fragen wurden dann durch Aussagen eines Sprechers der Kantonspolizei Basel-Stadt im Regionaljournal beantwortet. So wurde ja explizit gesagt, dass in Basel-Stadt die Reizmittel nach jedem Einsatz kontrolliert würden, was an sich ja schon mal löblich ist. Andere Fragen blieben jedoch offen und diese habe ich gestellt. Eine wichtige Frage habe ich aber vergessen, nämlich eine allgemeine Frage zu den gesundheitlichen Risiken und den Folgeschäden, auch von Tränengas und Pfeffersprays, die nicht abgelaufen sind. Denn wir sind uns hier alle hoffentlich einig, dass bei jedem Mitteleinsatz der Polizei das Prinzip der Verhältnismässigkeit immer im Zentrum der Überlegungen stehen soll. Da wäre es schon wichtig zu wissen, was für Informationen bezüglich der gesundheitlichen Risiken von Reizmitteln vorliegen und wie der Regierungsrat diese Risiken in Bezug auf Verhältnismässigkeit einschätzt. Aber diese Frage habe ich nicht gestellt, selber schuld.

Konkret zu den einzelnen Antworten. Aufgefallen ist mir bei der Antwort, dass die ausserkantonalen Einsatzkräfte ihr eigenes Material mitbringen. Wer garantiert denn, dass dieses nicht abgelaufen ist? Hier wäre meiner Ansicht nach eine stärkere Kontrolle angebracht, insbesondere wenn wir daran denken, was in Bern los war. Und dann noch etwas zur fehlenden Statistik. Bei der Diskussion mit dem Journalisten der Republik fragte dieser mich, ob es in Basel oft Tränengaseinsätze gäbe. Ich antwortete, nach meinen Einschätzungen eher nicht so oft, die Basler Polizei würde eher Einkesseln, mit Gummischrot schiessen und Pfefferspray aus der Nähe einsetzen. Vielleicht tue ich der Polizei ja unrecht und das stimmt ja gar nicht, was ich hier sage, ich bin ja bei weitem nicht an jeder Demo dabei, aber es gibt offenbar keine gesonderte Statistik über Pfefferspray-Einsätze. Gerade deshalb wäre eine Statistik ja schon angebracht. Das würde vielleicht auch helfen, die Demo-Statistik, die ich ja sehr schwierig zu analysieren finde, da wurde uns gesagt, es finden über 300 Demos in einem Jahr statt und das finde ich wirklich sehr schwierig nachzuvollziehen, wenn wir eine Statistik zusätzlich hätten zu den Pfefferspray-Einsätzen, dann könnten wir das vielleicht besser einordnen.

Und zum Ende einfach nur, wir dürfen nicht vergessen, die Chemiewaffenkonvention von 1993, die fast alle Länder der Welt unterschrieben haben, verbietet den Einsatz von chemischen Waffen, und dazu zählt auch Tränengas. In Kriegen, im zivilen Leben, also bei Demonstrationen im Inland und deshalb im Einsatz gegen die eigene Bevölkerung, wird Tränengas jedoch angewendet. Das muss doch zu denken geben und rechtfertigt meiner Ansicht nach jeden Einsatz von Reizmitteln, auch wenn sie nicht abgelaufen sind, kritisch zu hinterfragen. Das möchte ich Ihnen einfach noch mitgeben.

Vor diesem Hintergrund erkläre ich mich von der Beantwortung teilweise befriedigt, teilweise, weil ich auch teilweise selbst schuld daran bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.6. Interpellation Nr. 85 Edibe Gölgeli betreffend flexible und niederschwellige Kinderbetreuung im Kanton Basel-Stadt

[10.09.25 15:31:08, 25.5351.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zuerst ein paar einleitende Bemerkungen. Der Kanton Basel-Stadt investiert viel in eine gute und bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung. Er setzt dabei auf die regelmässige Betreuung in Kitas und Tagesfamilien gemäss Tagesbetreuungsgesetz. Diese Angebote unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern die Kinder in ihrer Entwicklung.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Es gibt mit Ausnahme des Basler Kindernäscht keine fixen Kinderbetreuungsplätze für flexiblen, kurzfristigen oder spontanen Betreuungsbedarf. Bei kurzfristigem oder notfallmässigem Betreuungsbedarf stehen

die älteren Angebote wie Nannys, Babysitterdienste oder der Hütedienst für kranke Kinder des Roten Kreuzes des Kantons Basel-Stadt zur Verfügung. Für kurzfristige Betreuungseinsätze ziehen Eltern in der Regel die Betreuung zu Hause vor, da für Kinder die Betreuung an unbekannten Orten mit nicht vertrauten Betreuungspersonen und Kindern eine Herausforderung darstellen kann. Teilweise buchen Eltern kurzfristig zusätzliche Betreuungszeiten in der Kita oder Tagesfamilie, in welcher das Kind bereits betreut wird.

Zu Frage 2. Ergänzende Betreuungsangebote wie Nannys, Babysitterdienste und der Hütedienst des Roten Kreuzes sind wichtig für Eltern, die keine Unterstützung durch Familie, Nachbarschaft oder den Freundeskreis organisieren können. Davon zu unterscheiden sind Angebote für Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten oder Schichtarbeit. Für sie steht das Angebot der Tagesfamilien zur Verfügung. Tagesfamilien bieten bei Bedarf ein flexibles Angebot und betreuen Kinder auch frühmorgens, abends, über Nacht oder am Wochenende. Das Universitätsspital Basel führt für seine Mitarbeitende eine Kita mit speziell langen Öffnungszeiten und bietet eine flexible Kinderbetreuung zu Hause an.

Zu Frage 3. Das Basler Kindernäscht gibt es seit 2002 unter der Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins IG Basler Kindernäscht. Sein Angebot umfasst die kurzfristige Betreuung von Kindern von 18 Monaten bis 12 Jahren ohne Voranmeldung und ohne feste zeitliche Verpflichtung. Im Jahr 2024 wurden 353 Kinder betreut und 6’723 Betreuungsstunden geleistet. Das Basler Kindernäscht wurde vom Kanton Basel-Stadt seit 2009 finanziell unterstützt, seit 2010 mit einem Staatsbeitrag von zuletzt 72’000 Franken pro Jahr. Dieser Betrag diente als Sockelbeitrag, weil das Basler Kindernäscht sein Angebot während der Öffnungszeiten an sechs Wochentagen bereithält, unabhängig von der Zahl betreuter Kinder. Die Unterstützung erfolgte vom WSU, weil das Basler Kindernäscht früher von Unternehmen mitfinanziert wurde. Ein Fokus des Angebots ist, Vätern und Müttern die Möglichkeit zu geben, kurzfristig Besorgungen und Termine wahrnehmen zu können, wie Einkäufe, Bewerbungsgespräche oder Arbeitssuche. Die Unterstützung in der bisherigen Form kann nicht weitergeführt werden, weil sich der Bezug zur Wirtschafts- und Standortpolitik im engeren Sinne nicht mehr begründen lässt.

Zu Frage 4. Artikel 4 Abs. 2 erlaubt Kanton und Gemeinden subsidiär einzelne Betreuungsleistungen bei Privaten in Auftrag zu geben oder einige Kindertagesstätten zu führen. Es geht dabei immer um bedarfsgerechte Betreuungsangebote gemäss Tagesbetreuungsgesetz, also um Kitas und Tagesfamilien, die gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern bewilligungspflichtig sind. Das Basler Kindernäscht erfüllt die Anforderungen an Kitas gemäss Tagesbetreuungsgesetz nicht.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat möchte das Angebot nicht ausweiten auf Einrichtungen, die den geltenden Voraussetzungen des Tagesbetreuungsgesetzes nicht entsprechen. Kitas müssen hohe Anforderungen an die Qualität der Betreuung, das Personal sowie die Räumlichkeiten erfüllen. Ein wichtiges Qualitätsmerkmal der Kitas ist die regelmässige Betreuung von Kindern an mindestens zwei Tagen pro Woche. Die Kinder verbringen ganze oder halbe Tage in der Kita mit geregelten Bring- und Abholzeiten. Kinder, die neu eintreten, durchlaufen eine Eingewöhnungszeit in der Regel von mindestens zwei Wochen. Damit wird sichergestellt, dass die Kindergruppen stabil sind und dass ein ruhiger Tagesablauf möglich ist. Dies ist für alle betreuten Kinder wichtig, insbesondere für Säuglinge und jüngere Kinder, für Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf sowie für Kinder, die mit einem hohen Betreuungsumfang in der Kita betreut werden. Ein Angebot wie das Basler Kindernäscht erfüllt diese Anforderungen gemäss Tagesbetreuungsgesetz nicht.

Zu Frage 6. Wie erläutert stehen bei kurzfristigem oder notfallmässigem Betreuungsbedarf Nannys, Babysitterdienste oder der Hütedienst für kranke Kinder zur Verfügung, sofern kein familiäres Netzwerk vorhanden ist.

Zu Frage 7. Wie ausgeführt hatten in früheren Jahren einige Unternehmen mit Standorten in der Basler Innenstadt das Basler Kindernäscht finanziell unterstützt. Diese Engagements wurden nicht weitergeführt. Neue regelmässige Geldgeber konnten nicht akquiriert werden, auch nicht mit Unterstützung von Wirtschaftsverbänden. Ein niederschwelliges flexibles Betreuungsangebot war nie angedacht im Rahmen der Standortentwicklung für die Innenstadt.

Zu Frage 8. Gegen die weitere finanzielle Unterstützung des WSU spricht der fehlende Bezug zur Wirtschafts- und Standortpolitik im engeren Sinn. Das Angebot des Basler Kindernäscht kann, wie oben ausgeführt, auch nicht auf Grundlage des Tagesbetreuungsgesetzes bewilligt und finanziert werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Edibe Gölgeli (SP): Die Antworten des Regierungsrates zeigen auf, welche regulären Angebote Basel-Stadt kennt. Kitas, Tagesfamilien, Babysitterdienste, Nannys, etc. Aber genau das Kernanliegen bleibt unbeantwortet. Was tun wir für Eltern, die kurzfristig, flexibel und niederschwellig Betreuung brauchen, ohne familiäres Netzwerk, ohne lange Anmeldefristen. Das Kindernäscht war über 20 Jahre lang ein solches Angebot, bewährt, niederschwellig, vertrauenswürdig. Dass es nun ohne Ersatz gestrichen wird, ist ein Rückschritt für Basel-Stadt als familienfreundlicher Kanton, aber auch für Eltern, die in Schichtarbeit, in der Pflege, in der Gastronomie, in Kultur oder in der Reinigung tätig sind. Der Regierungsrat argumentiert

formaljuristisch, das Kindernäscht falle nicht unter das Tagesbetreuungsgesetz. Wenn das Gesetz keine Lösung zulässt, dann müssen wir allenfalls das Gesetz prüfen. Wir sollten das Anliegen und die Bedürfnisse der Familien nicht ignorieren und ernst nehmen.

Familienfreundlichkeit ist nicht nur Sozialpolitik, sie ist auch Standortpolitik. Eine Stadt, die flexible Arbeitsmodelle fordert, muss auch flexible Betreuungsmodelle bieten. Hier braucht es Innovation, Offenheit und den Willen, Lücken zu schliessen. Und ja, es geht um gerade mal knapp 80'000 Franken im Jahr. Im Vergleich zum Staatshaushalt ist das minimal, der Mehrwert hingegen ist gross. Sozialpolitisch, weil Familien entlastet werden, wirtschaftlich, weil Berufstätigkeit gerade in systemrelevanten Branchen erst möglich wird, und nicht zuletzt standortpolitisch, weil Basel-Stadt damit zeigt, dass Kinder und Familien hier willkommen sind. Die Dringlichkeit zeigt auch, da bin ich erstaunt, ich habe es auch heute festgestellt, weil ich schon längst keine Interpellation mehr geschrieben habe, noch nie habe ich auf dieses Thema so viele unmittelbare Reaktionen gekriegt von Eltern quer durch alle politischen Couleurs und sozialen Hintergründe. Die Betroffenheit ist unübersehbar, das heisst, das Bedürfnis ist gross.

Darum bleibe ich bei meinem Anliegen, Basel-Stadt, ja, wenn es darum geht, um die reguläre familienergänzende Kinderbetreuung, da haben wir vorwärts gemacht, das stimmt, aber wenn es genau um dieses Anliegen geht, wenn es nicht um das reguläre niederschwellige Angebot geht, sollten wir sicherstellen, dass es auch künftig einen Ort in unserem Kanton gibt, wo es niederschwellige flexible Betreuungsangebote gibt. Alles weitere wäre ein Rückfall ins letzte Jahrhundert. Daher bin ich mit der Antwort nicht befriedigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.7. Dringliche Interpellation Nr. 86 Gabriel Nigon betreffend Sistierung oder Aufhebung geforderter und geplanter Mehrausgaben im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und mögliche Rückgänge der Steuereinnahmen

[10.09.25 15:41:42, 25.5354.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Die aktuellen US-Zölle umfassen derzeit nur zu einem geringen Teil die Hauptexportgüter von Basel-Stadt. Dennoch kann je nach Branche, Produkt und Ausmass des US-Exportanteils der Geschäftsverlauf einzelner Unternehmen stark beeinträchtigt werden. Der Regierungsrat befindet sich mit den Unternehmen in einem regelmässigen Austausch. Offen bleiben zudem die Bedingungen für die Produkte der Life Sciences-Branche. Der Regierungsrat verfolgt mit Sorge, wie den Unternehmen und insbesondere der Life Sciences-Branche durch die Androhung von willkürlichen Zöllen unternehmerische Entscheide abgerungen werden sollen. Je nach Entwicklung der US-Aussenwirtschaftspolitik bestehen für die Region Basel mögliche Gefahren wie Produktionsverlagerungen in andere Gebiete, eine Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzverluste oder ein eingeschränktes Investitionsklima. Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es momentan nicht möglich, die konkreten Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft oder die Steuereinnahmen abzuschätzen. Trotz der gegenwärtigen Turbulenzen im internationalen Handel und potenziellen Gefahren für die lokale Wirtschaft ist der Regierungsrat davon überzeugt, dass Basel als Wirtschaftsstandort gut positioniert ist. Innovative Unternehmen benötigen stabile Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit, gut ausgebildete Arbeitskräfte, starke Forschungsinstitute und Wissenschaftsfreiheit. Basel-Stadt bietet diese Voraussetzungen.

Zu den Fragen 2 bis 5. Der Regierungsrat verfolgt eine nachhaltige, langfristig ausgerichtete Ausgabenpolitik, die sich nicht an der kurzfristigen konjunkturellen Lage orientiert. Für die Standortattraktivität der Schweiz und von Basel-Stadt sind stabile und gute Rahmenbedingungen zentral. In der jetzigen unsicheren Lage erachtet der Regierungsrat es als falsch, mit kurzfristigen Ausgabenkürzungen die momentan grosse Unsicherheit zusätzlich zu erhöhen. Vielmehr gilt es gerade jetzt, die nötige Planungssicherheit zu gewährleisten und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Generell werden Ausgaben sorgfältig geplant und auf das notwendige beschränkt. Die finanzielle Lage des Kantons ist grundsätzlich gut. Sollten sich im kantonalen Finanzhaushalt Verschlechterungen und Handlungsbedarf abzeichnen, wird der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen aufgleisen und dem Grossen Rat vorlegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Gabriel Nigon (LDP): Entscheidend ist eigentlich der letzte Abschnitt der mündlichen Beantwortung, für die ich mich bedanke, und dort heisst es, die finanzielle Lage des Kantons ist grundsätzlich gut, sollten sich im kantonalen Finanzhaushalt Verschlechterungen und Handlungsbedarf abzeichnen, wird der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen aufgleisen und dem Grossen Rat vorlegen. Dann stellt sich für mich die Frage, wie das zu interpretieren ist. Heisst es, we will come, we will cross the bridge when we come to it, also jetzt noch keine Panik, oder wird einfach dadurch das Kopfweh verschoben, das heisst, es werden die Augen verschlossen. Nach meinem Dafürhalten braucht es einen Mittelweg im Sinne von «gouverner c'est prévoir» und ich denke, schon heute könnte man unnötige Ausgaben versuchen zu lokalisieren und zumindest in Frage zu stellen, wie zum Beispiel die Subventionierung der Vier-Tage-Woche für Gewerbebetriebe. Fazit aus meiner Sicht so oder anders, ich vertraue dem Regierungsrat und bin in diesem Sinne zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.8. Interpellation Nr. 87 Daniel Seiler betreffend Blitzer und Bodenmarkierung auf der A2

[10.09.25 15:46:55, 25.5355.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Nein, Signalisationen wie Überkopfsignale gehen den allgemeinen Verkehrsregeln vor. Dieser Grundsatz kommt im Verkehr an vielen Stellen zur Anwendung und darf daher als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Ein vorzeitiger Spurabbau mittels Überkopfsignalen wird zum Beispiel auch im Bereich der Verzweigung Hagenau zeitweise angewandt. Die entsprechende Signalisation erfolgt in zwei Schritten. Zunächst signalisieren gelb blinkende Pfeile den Verkehrsteilnehmenden, die Einspurstrecke baldmöglichst zu verlassen, anschliessend verdeutlichen rote Kreuze, dass die Spur gesperrt ist.

Zu Frage 2. Die Kantonspolizei Basel-Stadt steht in regelmässigem Austausch mit dem Bundesamt für Strassen, dem ASTRA, das für die Nationalstrassen und somit die Markierung und Signalisation auf dem entsprechenden Strassenabschnitt zuständig ist. Da es im Bereich der Einspurstrecke von der Einfahrt Basel City auf die Autobahn A2 in Richtung Deutschland in der Vergangenheit wiederholt zu Auffahrunfällen kam, haben das ASTRA und die Kantonspolizei die Situation gemeinsam analysiert. Dabei wurden verschiedene Signalisationen getestet. Auf dieser Grundlage hat das ASTRA 2018 entschieden, die Einspurstrecke jeweils von Montag bis Samstag tagsüber mittels Überkopfsignalen zu verkürzen. Nachts und sonntags sind die Überkopfsignale deaktiviert. Die Zahl der Unfälle konnte so von jährlich durchschnittlich 19 auf 7 reduziert werden. Vor diesem Hintergrund sieht der Regierungsrat gegenwärtig keinen Anlass, beim Bund auf eine permanente Lösung zu bestehen. Die Kantonspolizei beobachtet das Unfallgeschehen im betroffenen Streckenabschnitt weiterhin.

Zu Frage 3. Die seit 2018 umgesetzte Verkürzung der Einspurstrecke hat sich in der Praxis bewährt. Die Anpassung wird auch von den Verkehrsteilnehmenden überwiegend gut angenommen und die Verkehrsunfälle konnten, wie dargelegt, signifikant reduziert werden. In den Zeiträumen 2020 bis 2022 und 2021 bis 2023 galt die Stelle nicht mehr als Unfallschwerpunkt. In diesem stark befahrenen Strassenabschnitt führen aber wenige zusätzliche Unfälle dazu, dass die Grenzwerte zur Einstufung als Unfallschwerpunkt wieder erreicht werden. Ein Teil der Unfälle ereignet sich, weil die Spuraufhebung nicht konsequent befolgt wird. Kontrollen an dieser Stelle dienen dazu, die Einhaltung der Verkehrsführung sicherzustellen und eine erneute Zunahme der Auffahrunfälle zu verhindern.

Zu Frage 4. Die Überkopfsignale sind sowohl für die Lenkenden auf der Einspurstrecke wie auch für die Lenkenden auf der Stammstrecke klar ersichtlich.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat ist nicht für den Erlass von Verkehrsbussen zuständig, er sehe dazu aber auch keinen Anlass.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Besten Dank für die Ausführungen. Ja, ich kann zum Teil zufrieden sein, aber ich habe jetzt nicht sehr viel Neues gelernt im Vergleich zu den Antworten, die mir vor sieben Jahren gegeben wurden zum gleichen Fall. Es geht um diese 0,5 Millionen Bussen für 2'100 Leute, die da vergeben wurden an der A2. Ich kann insofern nicht alles teilen, ich habe, glaube ich, noch selten so viele Rückmeldungen bekommen über diese verwirrende Signalisation. Viele Leute haben gesagt, es ist doch klar, andere haben gesagt, es ist gar nicht klar. Von dem her finde ich es schon ein bisschen erstaunlich, wenn man vor sieben Jahren gesagt hat, man würde eine provisorische Lösung in eine permanente überführen und jetzt sieben Jahre später sagt man, dass sich die provisorische Lösung bewährt hat, gleichzeitig sagt man aber auch, dass es zu Unfällen kommt, weil die Leute weiter nach vorne fahren und diese Einspur ignorieren. Daher wäre es doch das Sinnvollste, was man machen könnte, indem dass man permanente Bodenmarkierungen auch da anbringt, dann könnte man noch mehr Unfälle verhindern. Von dem her kann ich nicht ganz zufrieden sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.9. Interpellation Nr. 88 Beda Baumgartner betreffend Medikamentenpreise allein für den Profit oder mit Nutzen für die Allgemeinheit?

[10.09.25 15:51:52, 25.5361.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Die Preis- und Vergütungsentscheide für Medikamente liegen ausschliesslich in der Kompetenz des Bundes. Swissmedic prüft die Sicherheit, Wirksamkeit und Qualität eines Medikaments. Nach der Zulassung durch Swissmedic handelt das Bundesamt für Gesundheit mit den Herstellern den Preis aus und entscheidet über die Aufnahme in die Spezialitätenliste. Es ist Aufgabe des Bundes sicherzustellen, dass neue Medikamente der Schweizer Bevölkerung rasch zugutekommen. Mit dem Basler Standortpaket trägt der Kanton dazu bei, dass die Life Sciences-Industrie gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Basel und damit auch in der Schweiz vorfindet. Damit entstehen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, Kooperationen mit Hochschulen und nicht zuletzt Steuereinnahmen, die für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt werden können. Damit leistet das Basler Standortpaket auch einen ganz konkreten Beitrag, dass neue Medikamente erforscht und entwickelt werden.

Zu Frage 2. Eine direkte Verknüpfung von Standortförderbeiträgen mit der Preisgestaltung von Medikamenten ist nicht möglich. Die Preise werden im Rahmen eines bundesrechtlich geregelten Verfahrens festgelegt, der Kanton Basel-Stadt verfügt über keine Zuständigkeit, um Preisvorgaben zu machen oder Einfluss auf Rückzugsentscheidungen von Medikamenten zu nehmen. Das Basler Standortpaket dient dazu, die Attraktivität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts zu stärken, Förderbeiträge sind strukturpolitische Instrumente und nicht als Hebel für Medikamentenpreise konzipiert. Zudem erfolgt die Förderung durch das Standortpaket weder erfolgs-, gewinn- noch projektorientiert, sondern grundsätzlich anhand der Personalaufwendung in der Forschung und an den Abschreibungen von Produktionsanlagen.

Zu Frage 3. In den regelmässigen Dialogen mit den Basler Pharmaunternehmen stehen Standortfragen, Forschung, Ausbildung, Nachhaltigkeit, Innovation sowie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Der Regierungsrat hat keinerlei Kompetenzen in der Preisfestsetzung von Medikamenten.

Zu Frage 4. Die Festlegung von Medikamentenpreisen ist Teil eines komplexen nationalen Prozesses, in dem Forschungs- und Entwicklungskosten sowie die gesetzlichen Vorgaben eine zentrale Rolle spielen. Die Entwicklung neuer Medikamente ist mit hohen Kosten, erheblichen Risiken und langen Zulassungsverfahren verbunden. Damit ein Medikament von der Grundversicherung vergütet wird, prüft das Bundesamt für Gesundheit gemeinsam mit der eidgenössischen Arzneimittelkommission die Aufnahme in die Spezialitätenliste anhand der gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien; Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Bei der Preisfestlegung werden sowohl therapeutische Quervergleiche

als auch internationale Preisvergleiche berücksichtigt. Für innovative Wirkstoffe stehen zudem Instrumente wie Einzelfallvergütung, Indikationseinschränkungen oder vertrauliche Rabatte zur Verfügung. Die Preisbildung bewegt sich somit stets in einem Spannungsfeld zwischen den Kosten für die Krankenversicherung und der notwendigen Finanzierung und Anreizwirkung für Forschung und Entwicklung. Als wichtiger Life Sciences-Standort sollte der Bund auch die Auswirkungen auf den Forschungsstandort Schweiz entsprechend gewichten.

Zu Frage 5. Die Verhandlungen über Medikamentenpreise liegen ausschliesslich in der Kompetenz des Bundes und nicht in der Zuständigkeit des Kantons Basel-Stadt. Der Regierungsrat sieht seine Rolle darin, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Life Sciences-Industrie weiterhin einen substanziellen Beitrag zur regionalen und nationalen Wertschöpfung und zur Entwicklung neuer Medikamente leisten kann. Zudem ist für den Kanton aus Versorgungsperspektive wichtig, dass die ansässige Bevölkerung Zugang zu den modernsten und wirksamsten Medikamenten erhält. Dies setzt eine realistische und für die Beteiligten nachhaltige Preisgestaltung voraus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich vorwegnehmen, dass ich mit der Antwort nur teilweise zufrieden bin und auch noch ausführe, warum. Die grundsätzliche Diskussion oder die grundsätzliche Diskrepanz, die wir hier haben, ist, dass wir zum einen Rahmenbedingungen schaffen für die hier anwesende Life Sciences-Industrie, für die Pharmaindustrie und diese seit der Abstimmung über das Standortpaket und der Entscheidung dazu auch sehr konkret mit Steuergeldern unterstützen. Gleichzeitig haben wir die Realität, dass Medikamentenpreise eine grosse Auswirkung haben auf die Entwicklung der Krankenkassenprämien und auch ganz konkret auf die Frage, welche Patient*innen sich wie welche Behandlung leisten können. Das ist natürlich schon mal grundsätzlich in unserem Kanton ein Widerspruch. Aber ich muss schon auch sagen, dass mich die Antworten des Regierungsrates hier teilweise sehr enttäuschen, und ich möchte es Ihnen konkret an gewissen Sätzen in der Antwort des Regierungsrates darstellen.

Wenn der Regierungsrat sagt, was für ihn im regelmässigen Dialog mit den Basler Pharmafirmen im Vordergrund steht und bei einer Aufzählung von über sechs Begriffen kein einziges Mal die Preisgestaltung der Medikamente nennt, dann würde ich an den Regierungsrat appellieren, dass er in diesem Dialog mit den Pharmaunternehmen durchaus vielleicht auch die Preisgestaltung der Medikamente nennen könnte und nicht einfach nur die Frage des Standorts, der Forschung, der Ausbildung und der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Dass der Regierungsrat keinerlei Kompetenzen hat in der Preisfestsetzung von Medikamenten, das ist mir klar, aber das ist ja auch nicht die zentrale Frage, sondern die zentrale Frage ist, ob der Kanton Basel-Stadt Medikamentenforschung fördert, die dann nachher in hochpreisigen Medikamenten endet, die wiederum die Patientinnen und Patienten bezahlen. Und dann kommen wir in die Realität, dass eine Bundesbehörde mit dem BAG nachher einem Pharmakonzern sagt, nein, euer Preis für das Medikament ist schlichtweg zu hoch und gleichzeitig wurde die Entwicklung dieses Medikaments je nachdem mit Steuergeldern vom Kanton gefördert. Und warum es nicht möglich sein soll, das nachzuvollziehen und zu prüfen und gegebenenfalls einzuschränken, ist für mich nicht klar.

Auch der Satz, als wichtiger Life Sciences-Standort sollte der Bund auch die Auswirkungen auf den Forschungsstandort Schweiz entsprechend gewichten. Ja, okay, aber dann finde ich, muss man sich schon auch überlegen, ob die Gewichtung des Regierungsrates hier nicht ein bisschen sehr fest in die falsche Richtung geht. Man könnte durchaus auch gewichten, wie Medikamente zu welchem Preis der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Ich meine, um es jetzt mal konkret zu machen, wenn ich die Antwort richtig fertig denke, dann ist ja zum Beispiel im Konflikt um das eine Medikament von der Roche die Schlussfolgerung, dass der Bund die Auswirkungen auf den Forschungsstandort zu wenig gewichtet hat und halt einen zu tiefen Preis für dieses Medikament angesetzt hat. Und das finde ich dann in diesem Kontext schon ein bisschen problematisch, weil wir müssen uns einfach immer wieder vor Augen halten, erstens reden wir von enorm hohen Preisen für diese hoch entwickelten Medikamente und zweitens, und das ist ja auch die Realität dieser Industrie, reden wir von einer Industrie mit enorm hohen Gewinnmargen. Also die Konzerne sagen ja selber, sie haben den Anspruch, 40% Gewinnmarge zu machen, Sandoz wurde aus dem Grund verkauft, weil die Gewinnmarge von 40% gefährdet war. Es ist nicht naturgegeben, dass ein Pharmakonzern eine Gewinnmarge von 40% haben muss und noch weniger naturgegeben ist, dass wir dann das mit Steuergeldern entsprechend unterstützen müssen. Ich glaube, das tut uns allen in diesem Kanton trotzdem auch ein bisschen gut, wenn wir diese Realität in ein Verhältnis setzen.

Und zum Schluss noch ein Satz. Wenn wir schon darüber diskutieren, dass wir über das Standortpaket so konkret Gelder sprechen an hochprofitable Konzerne, dann finde ich, ist es schon das Minimum, dass wir auch darüber diskutieren, was wir dann in dem Kontext zurückbekommen. Und wenn die Konsequenz einfach heisst, wir müssten diese 40% Gewinnmarge entgegennehmen als Faktum und gleichzeitig 114’000 Franken als zu tiefen Preis für ein Krebsmedikament akzeptieren, dann haben wir ein gröberes Problem, denke ich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.10. Interpellation Nr. 89 Beat K. Schaller betreffend Schliessung des Therapiebads der Universitären Altersmedizin Felix Platter

[10.09.25 16:01:27, 25.5365.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort geht an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Von der Schliessung betroffen sind derzeit rund 20 bis 25 ambulante Patientinnen und Patienten. Stationäre Patientinnen und Patienten sind aktuell nicht betroffen. Die Universitäre Altersmedizin Felix Platter verfügt über fünf verschiedene Nutzungsverträge mit unterschiedlichen externen Nutzern.

Zu Frage 2a. Die Betriebs- und Unterhaltskosten belaufen sich auf rund 177’000 Franken pro Jahr. Im ersten Jahr einer Schliessung ergibt sich eine Einsparung von etwa 150’000 Franken, ab dem zweiten dann der Betrag der vollen Betriebskosten.

Zu Frage 2b. Die Nutzung durch stationäre Patientinnen und Patienten ist aus mehreren Gründen gering. Der Schweregrad der Erkrankungen der Patientinnen und Patienten in der UAFP ist gestiegen, viele Betroffene sind bezüglich Mobilität zu stark eingeschränkt. Alternativen wie Virtual Reality- und Robotik-gestützte Therapien oder Geräte für Therapien mit reduziertem Körpergewicht sind wirksamer, flexibler und weniger personalintensiv. Zudem besteht gemäss den SW!SS REHA-Kriterien seit 2025 keine Pflicht mehr für ein Therapiebad.

Zu Frage 2c. Die UAFP hat vor etwa einem Jahr ihr ambulantes Therapiezentrum mit einem erweiterten Angebot einschliesslich der Wassertherapie offiziell eröffnet und kommuniziert, leider sind die Zuweisungen für die Wassertherapie im Gegensatz zu den anderen ambulanten Therapieangeboten nicht gestiegen, sondern haben abgenommen.

Zu Frage 3. Eine Analyse der vergleichbaren Therapiebäder im Kanton liegt uns nicht vor.

Zu Frage 4. Die Versorgungssicherheit bleibt gewährleistet, da moderne Alternativmethoden die gleichen Therapieziele erreichen, besser an die Patientengruppen angepasst sind und gleichzeitig weniger Ressourcen beanspruchen.

Zu Frage 5. Mit externen Partnern fanden erste Gespräche und eine Begehung statt. Aktuell werden die Betriebskosten detailliert erhoben und ein Nutzungskonzept ausgearbeitet.

Zu den Fragen 6 und 7. Die Miete bezieht sich auf eine Gesamtfläche von rund 270 m2. Die Mietkonditionen werden durch das Felix Platter Spital basierend auf objektiven Kriterien festgelegt. Das Mietobjekt befindet sich in einem im Jahr 2019 errichteten Neubau mit modernster hochinstallierter Infrastruktur für eine Spezialnutzung, die erhöhte Anforderungen an Ausstattung und Unterhalt mit sich bringt. Trotz dieser Gegebenheiten wurde ein deutlich vergünstigter Mietpreis angeboten, der weniger als die Hälfte einer marktüblichen Büromiete beträgt und damit als klarer Vorzugspreis zu verstehen ist.

Zu Frage 8. Die Schliessung wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen beschlossen, weil die Betriebskosten hoch und die Nutzung gering sind. Externe Partner meldeten sich erst nach der Ankündigung der Schliessung. Aktuell laufen Verhandlungen, die Stilllegung bleibt bis zum Vorliegen eines tragfähigen Konzepts bestehen.

Zu Frage 9. Um den Erhalt des Bades weiterhin sicherstellen zu können, bedürfte es der Zusicherung und Ausrichtung zusätzlicher finanzieller Mittel, um die Betriebskosten und den Unterhalt des Bades zusätzlich zur Miete bzw. zur Nutzungsgebühr über das Jahr 2025 hinaus decken zu können. Aus Sicht des Regierungsrats gehört die Aufrechterhaltung des Therapiebades jedoch nicht zu den Aufgaben des Kantons.

Zu Frage 10. Sollten die Verhandlungen scheitern, wird das Bad technisch stillgelegt, damit entfallen die jährlichen Kosten von rund 177’000 Franken. Über die weitere Nutzung von freiwerdenden Flächen wird zu gegebener Zeit dann zu entscheiden sein.

Zu Frage 11. Der Regierungsrat geht nicht von negativen Auswirkungen auf den Ruf oder die medizinische Versorgungsqualität am UAFP aus. Verglichen mit dem Angebot des Therapiebades profitieren die Patientinnen und Patienten heute von modernen und wirksameren Therapiealternativen.

Zu Frage 12. Im Rahmen der Spitalplanung prüft das Gesundheitsdepartement, ob die Leistungserbringer die Anforderungen für die entsprechenden Leistungsaufträge erfüllen. Wie bereits ausgeführt, kann die UAFP die Anforderungen im Rahmen der Spitalliste mit anderen Therapieformen als mit dem Therapiebad erfüllen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen und für die Fairness, dass er mir die Antworten vorher schon zugestellt hat. Ja, Wassertherapie ist für ältere mobilitätseingeschränkte Menschen von zentraler Bedeutung. Gelenkschonendes Training, Sturzprävention und vieles andere mehr leisten insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Selbständigkeit und Lebensqualität. Dass ein einzigartiges therapeutisches Angebot, welches wohlgemerkt vor nicht allzu langer Zeit eröffnet worden ist, bereits wieder geschlossen werden soll, ist ein Widerspruch. Statt Schliessung muss der Erhalt im Vordergrund stehen, vor allem weil es ja nicht nur therapeutisch wertvoll ist, sondern auch als Quartiertreffpunkt gerade für ältere Personen dienen kann. Das UAFP hat ja auch ein Café gleich um die Ecke.

Ein Auftrag der Altersmedizin ist die Prävention, welche durch ein solches Bad ideal erfüllt wird. Dass die SW!SS REHA die Wassertherapie von ihrer Zertifizierungsliste gestrichen hat, ist unverständlich, zeigt aber deutlich, dass wir uns all wie mehr auf einem Weg befinden, in welchem nicht die Mediziner, sondern die Gesundheitsökonomen über unsere Gesundheitsversorgung bestimmen. Das ist für mich eine furchtbare Entwicklung. Es ist alles daran zu setzen, eine Lösung für den Erhalt des Bades zu finden. Es ist nicht eine Frage des Möglichen oder Unmöglichen, es ist eine Frage des Wollens und wir erwarten, dass der Regierungsrat hier ganz konkret will. Auch die Schwimmvereine und die Schwimmschulen sind eifrige Benutzer dieses Bades und es wäre bedenklich, wenn wir allen Schwimmfreunden, vor allem den Kindern, diese ganzjährige Möglichkeit Schwimmen lernen, Schwimmen üben, sich im Wasser bewegen wegnehmen würden.

Nun zu den einzelnen Antworten. Die Betriebskosten sind etwa 177’000 Franken, eine Stilllegung würde eine Einsparung von 150’000 Franken bringen und dann machen wir den Abschreiber, wir haben dieses leere Schwimmbad, dies vor dem Hintergrund, dass vor nur ganz kurzer Zeit der Steuerzahler bereits über 100 Mio. Franken ins UAFP gesteckt hat. Stellen wir uns vor, das Wasser ist nicht mehr im Schwimmbad, was haben wir dann, im wahrsten Sinn des Wortes, ein Loch im Boden, wenn nicht sogar ein Loch ohne Boden. Andere Therapieformen werden erwähnt, ja, welche, es ist gut möglich, ich kann das nicht beurteilen, modernere Therapieformen, aber ich kann mir nicht vorstellen, ich bestreite, dass auch die modernsten Therapieformen gerade einem älteren Menschen dieses Gefühl im Wasser, das Lebensgefühl, das Gefühl von Freiheit auch für kurze Zeit, Gefühl von Selbstständigkeit, von Selbstbestimmung, von Lebensqualität geben kann. Und ich garantiere Ihnen, ein 85-jähriger, über 100 Kilo schwerer Mann wird nicht auf das modernste Therapievelo sitzen, wenn er nicht in ein Wasserbad gehen könnte.

Wir nehmen die zaghaften Aussagen des Regierungsrats zu einer Zusammenarbeit mit externen Partnern zur Kenntnis, wir erwarten aber nicht einfach nur Gespräche, wir erwarten eine ganz klare Lösungsfindung zum Erhalt des Bades. Ich habe diese Interpellation nicht einfach aus Jux und Tollerei eingebracht, sie wurde an mich herangetragen aus der Mitte der Bevölkerung heraus. Leute sehr engagiert im Schwimmsport, in Schwimmschulen, Leute, welche sich Gedanken machen und Sorgen, gerade um die älteren Mitmenschen. Alles in allem, Fazit, ich kann mich mit den Antworten nicht zufrieden geben und ich behalte mir weitere politische Schritte vor.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Ich übergebe an meine Statthalterin.

24.11. Interpellation Nr. 90 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Massnahmen gegen Velo- und E-Bike- Diebstähle

[10.09.25 16:11:07, 25.5366.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3. Die Staatsanwaltschaft verfügt über keine eigenen Auswertungen, die über die polizeiliche Kriminalstatistik hinausgehen. Letztere wird einmal jährlich vom Bundesamt für Statistik schweizweit erhoben und jeweils Ende März publiziert. Es lässt sich jedoch festhalten, dass im Kanton Basel-Stadt der weitaus überwiegende Teil der angezeigten Fahrzeugdiebstähle in den Kategorien Motorfahrräder mit Elektromotor sowie Fahrräder, zu denen auch die schwächeren E-Bikes ohne Kennzeichen gezählt werden, betrifft. Bei den sogenannten Motorfahrrädern mit Elektromotor ist die Zahl der Anzeigen von 115 im Jahr 2015 auf über 2'500 im Jahr 2024 gestiegen. Bei den Fahrrädern inklusive der schwachen E-Bikes bewegten sich die Zahlen bis 2022 stabil um 2'500. In den beiden letzten Jahren waren es hingegen über 3'000. Dieser Zuwachs dürfte einerseits damit zusammenhängen, dass die Zahl der E-Bikes im Verkehr stark gewachsen ist, andererseits hat der Kanton Basel-Stadt als urbanes Zentrum grosse Anziehungskraft für Freizeit und Ausgang und ist gleichzeitig ein Grenzkanton. So stellt die Staatsanwaltschaft gerade bei den E-Bike-Diebstählen fest, dass viele der bekannten Täterschaften aus dem grenznahen Frankreich stammen. Wie viele der gestohlenen Velos tatsächlich ins Ausland geschafft werden, lässt sich jedoch nicht beziffern.

Zu Frage 4. Die Kantonspolizei Basel-Stadt setzt auf eine Kombination aus Prävention, Kontrolle und Information. Im Rahmen regelmässiger Patrouillen werden parkierte Velos überprüft und mit dem Fahndungsregister abgeglichen. Bei Verdacht auf Diebstahl erfolgt eine Sicherstellung. Ergänzend dazu führt die Kantonspolizei jährlich eine Präventionskampagne durch, in der die Bevölkerung über wirkungsvolle Sicherungsmassnahmen informiert wird. Schwerpunkte der Kampagne bilden die adäquate Diebstahlsicherung, die Registrierung des Velos bei einem der diversen Anbieter, die Anzeigeerstattung sowie das Versichern der Velos gegen Diebstahl. Der Kanton Basel-Stadt bietet zudem eine gut ausgebaute Infrastruktur für das sichere Abstellen von Velos. Im gesamten Stadtgebiet stehen zahlreiche öffentliche Abstellflächen zur Verfügung, darunter auch grössere Anlagen für E-Bikes und Cargo-Bikes. An zentralen Orten wie dem Bahnhof SBB und dem Bahnhof St. Johann gibt es überdachte und videoüberwachte Velostationen.

Zu Frage 5. Aufgrund der besonderen Beanspruchung der Kantonspolizei durch die Grossanlässe ESC und Women's EURO 2025 sowie der knappen Personalressourcen konnten die binationalen Patrouillen bislang noch nicht umgesetzt werden. Die gemeinsame Patrouillentätigkeit ist jedoch weiterhin geplant und soll in absehbarer Zeit aufgenommen werden.

Zu Frage 6. Ein automatisierter Datenaustausch mit Deutschland und Frankreich besteht nicht. Dafür bestehen keine hinreichenden gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene. Selbstverständlich stehen die Strafverfolgungsbehörden aber in engem Austausch mit den Partnerbehörden im Dreiland. Der Informationsaustausch erfolgt über die bestehenden Gefässe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere über das Centre de coopération policière et douanière sowie über die Verbindungsbeamten. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und gewährleistet, dass relevante Informationen auch ohne einen automatisierten Datenaustausch übermittelt werden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke primär Stephanie Eymann für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation und ich nehme voraus, dass ich mit der Beantwortung nicht zufriedengestellt worden bin. Es ist ein Massenphänomen, das uns hier beschäftigt und belästigt, allein im letzten Jahr sind 5'500 Fahrräder und E-Bikes in Basel gestohlen worden. Die Aufklärungsquote liegt bei 2%. So gut wie nichts wird wiedergefunden. Es ist ein Phänomen, das fast jeden von uns schon betroffen hat, ich würde davon ausgehen, dass jeder oder jede von uns sicher jemanden kennt, dem das schon passiert ist. Und warum nehmen wir das so gelassen hin? Wohl weil die Versicherungen das bis jetzt bezahlen. Aber letztlich bezahlen wir das ja auch wiederum mit erhöhten Prämien.

In Basel im Vergleich zu anderen Städten, nein, es ist nicht eine Stadt, Tessin, im Tessin werden 13-mal weniger Fahrräder gestohlen, in Genf sind es immerhin auch noch dreimal weniger als in Basel. Warum ist das so einfach hier in Basel und eine der einleuchtenden Antworten ist, es wurde auch angedeutet, dass grenznahe Frankreich, wo halt offensichtlich organisierte Banden vorhanden sind, die in diesem Ausmass ganz billig und offenbar relativ gefahr- und problemlos zu Diebesgut kommen. Der durchschnittliche Wert der gestohlenen Velos oder E-Bikes ist gemäss AXA-Versicherung 2'480 Franken, das sind in Basel also rund 12,5 Millionen, die so wegfliessen. Es ist mir ein konkreter Fall bekannt, wo mit einem Tracker klar war, wo das Velo steht. Niemand hat geholfen, der Tracker hat etwa drei Monate später noch angezeigt, dass das Velo nach Marseille verfrachtet wurde und dann nach Nordafrika, auch das hat man eigentlich alles weiterverfolgen können, niemand konnte helfen und das ist doch kein Zustand.

Und wir sagen Business as usual, ich zitiere aus der verdankenswerten Antwort: Der Informationsaustausch, und ich glaube, das wäre ein ganz zentrales Hilfsmittel, läuft bis jetzt über die bestehenden Gefässe, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Centre coopération policière und Verbindungsbeamte. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und gewährleistet, dass relevante Informationen auch ohne automatisierten Tatenausgleich übermittelt werden. Stephanie Eymann, ich glaube nicht, dass sich das bewährt hat. Es genügt nicht in diesem Zusammenhang bei diesen Bagatelldelikten. Wenn wir ernsthaft etwas dagegen machen wollen, muss hier mehr geschehen. Ich denke, ein automatisierter Datenaustausch wäre eine Möglichkeit.

Was ich sehr positiv finde, ist, dass Sie binationale Patrouillen angekündigt haben, Anfang Juli. Ich habe das gelesen in den Ferien und habe gedacht, wow, das ist ein Schritt, aber jetzt höre ich heute, es ist noch nicht aufgegleist. Da müssen wir doch weitermachen, da müssen wir etwas tun und hier könnten wir etwas tun. Es braucht auch die Aufklärung der Bevölkerung, ob das reicht einmal im Jahr, ich weiss es nicht, aber ich weiss, dass hier das Eigentum der Bevölkerung nicht mehr geschützt ist und dass das die primäre Aufgabe der Polizei halt ist, auch wenn es die Mitwirkung des Einzelnen braucht. Aber wenn wir sagen, das habe sich so, wie wir es jetzt machen, bewährt, ich bin nicht der Überzeugung, dass sich das bewährt hat, gerade im Hinblick auf das Verhalten der französischen Behörden und ich wünschte mir hier noch mehr und ich denke, wir müssen hier auch noch mehr arbeiten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.12. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt

[10.09.25 16:19:48, 25.5372.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Prostitution in der Schweiz ist leider vielerorts mit Menschenhandel verbunden. Einblick in diese kriminelle Szene gibt eine kürzliche Anklage der Staatsanwaltschaft Bern gegen drei Männer und zwei Frauen. Es handelt sich um eine Schweizerin, einen Schweizer, eine Deutsche und zwei Chinesen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen unter anderem Menschenhandel, Förderung der Prostitution sowie Förderung der rechtswidrigen Ein- und Ausreise vor. Die Ermittler stiessen dabei auf 146 Frauen, die meisten aus China, die während Jahren zur Prostitution gezwungen wurden. Wir müssen leider davon ausgehen, dass auch in Basel zahlreiche Frauen Opfer von Menschenhandel sind und faktisch zur Prostitution gezwungen werden. Die Bekämpfung des Menschenhandels ist bekanntlich sehr aufwendig, es ist sehr schwierig, die Frauen überhaupt zu Aussagen zu bewegen. Ein Hinderungsgrund ist, dass die Prostituierten häufig von gewalttätigen, lokalen Zuhälterinnen und Zuhältern engmaschig überwacht werden. Dazu kommt der Druck auf die Familien der Opfer im Heimatland. Eine Prostituierte überlegt es sich gut, ob sie bei der Polizei aussagen soll. Weil kriminalpolitische Ermittlungen aufwendig sind, braucht es über Jahre genügend Ressourcen, um Täter und Täterinnen vor Gericht zu bringen. Aus diesem Hintergrund erfolgt meine Anfrage, ob die Regierung auch für die kommenden Jahre plant, den Menschenhandel als einen der Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung zu definieren.

24.13. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere?

[10.09.25 16:21:59, 25.5373.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Lisa Mathys (SP): Gegen 1'000 oder gar 1'500 Töffs, die just for fun durch Basler Wohnquartiere fahren, das ist die alljährliche Biker-Parade im Rahmen der Biker Days, einem Festival, das die Gemeinde Münchenstein auf ihrem Grund und Boden bewilligt. Letztes Jahr dauerte der Spuk rund dreiviertel Stunden, dieses Jahr dank der einigermassen konsequent umgesetzten Beschränkung auf offiziell 800 Fahrzeuge rund 20 Minuten. Hat man das Pech, dass man entlang der bewilligten Route für diesen Korso wohnt, bedeutet das heulende Töff-Motoren im Leerlauf, an eine Unterhaltung in der Wohnung ist auch bei geschlossenen Fenstern nicht zu denken und ich zeige Ihnen hierzu gerne ein Bild, das mir von Anwohnenden übermittelt wurde. Man kann es sich auch ohne Tonaufnahme gleich besser vorstellen. Sie sehen da die Auspuffwolken hinter den Töffs, das ist eine Gruppe von Fahrern, die extra angehalten haben, um dann auszukuppeln und

möglichst geräuschvoll wieder in Fahrt zu kommen. Überlegen Sie sich gerne auch, ob Sie entspannt gewesen wären, wenn Ihre Kinder zu diesem Zeitpunkt dort beim Brunnen gebadet hätten. Abgase hängen in der Luft und ich sage Ihnen, die bleiben erstaunlich lange hängen, es gibt kein Durchkommen, wenn man von zu Hause weg müsste und auch nicht, wenn man nach Hause zurückkehren möchte.

Im Nachgang zur Durchführung in diesem Jahr am 9. August wurde ich mit so viel Entrüstung von Anwohner*innen und anderen Anwesenden konfrontiert wie noch nie. Was mögen die Gründe für diese grosse Entrüstung sein? Wer mehrmals beobachtet, dass ein Töfffahrer Gas gibt, wenn eine Passantin oder ein Passant versucht, bei einer Korso-Lücke die Quartierstrasse zu überqueren, der empfindet wahrscheinlich Angst und behält ein ungutes Gefühl einer Machtdemonstration zurück. Dass es während der ganzen Zeit nicht möglich war, sich mit anderen Betroffenen, die direkt neben einem stehen, zu unterhalten, weil viele Motoren im Leerlauf aufheulen, trägt wohl zusätzlich dazu bei, dass sich die Menschen sehr stark gestört oder beeinträchtigt fühlten. Am schönen Sommertag am Ende der Schulferien waren sehr viele Menschen draussen unterwegs, um im Rhein zu schwimmen, viele von ihnen waren demnach zu Fuss und im Badekleid unterwegs. Gerade Frauen fanden sich auch mit vulgärem Verhalten konfrontiert und das wird heute glücklicherweise auch als Einzelfall nicht mehr toleriert. Und last but not least, es leuchtet den Menschen halt nicht ein, wie eine solche Parade zu den Klima- und Umweltzielen des Kantons passen sollen.

Etwas enttäuscht nehme ich zur Kenntnis, dass die Regierung länger Zeit braucht, um sich zu überlegen, ob die Routenwahl einer lauten, emissionsintensiven Töff-Parade durch städtische Wohnquartiere, ja sogar durch Begegnungszonen jetzt wirklich der Weisheit letzter Schluss sei.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Frau Mathys, Ihre Zeit ist abgelaufen, ein letzter Satz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Da Sie nicht so registriert waren, läuft das eigentlich schon seit einem Moment. Es wurde kein Timer gestellt. Sprechen Sie noch fertig.

Lisa Mathys (SP): Ich bin entsprechend gespannt. Ich möchte an dieser Stelle noch unbedingt an jene Basler*innen erinnern, die vom Festival in Münchenstein gleich mehrere Tage lang tangiert sind. Sie konnten es in der Zeitung lesen, drei Tage lang habe ich den Eindruck, neben einer Rennpiste für Motorradfahrer zu wohnen, sagt ein Anwohner im Joggeli. Ich vermute etwas, dass hier auch der Kantönligeist-Schimmel wiehert und sich weder Münchenstein noch Basel-Stadt zuständig fühlt, deshalb würde ich die Regierung sehr einladen, in den Austausch zu gehen. Vielleicht hat ja Münchenstein eine Idee, wo die Parade durchführen könnte, vielleicht durch die Grün 80, wer weiss. Es ist rational auf alle Fälle nicht erklärbar, dass Wohnquartiere der richtige Ort dafür sind.

24.14. Interpellation Nr. 93 Barbara Heer betreffend Basler Antworten auf die globale Gesundheitsbedrohung durch den USAID-Rückzug

[10.09.25 16:27:00, 25.5374.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

24.15. Interpellation Nr. 94 Raffaela Hanauer betreffend Superblock-Tests – Folgepublikation für permanente Überführung bei Testerfolg

[10.09.25 16:27:17, 25.5375.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

24.16. Interpellation Nr. 95 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Zukunft und Chancen der Standortförderung Basel Area im Umfeld globaler Abschottung und im Vergleich zu anderen Schweizer Regionen

[10.09.25 16:27:34, 25.5376.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich beantworte im Namen des Regierungsrates die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Basel Area Business & Innovation hat einen umfassenderen Auftrag als die Greater Zurich Area und die Greater Geneva Bern area. Sie begleitet potenzielle Ansiedlungskandidaten nicht nur bis zur ersten Kontaktaufnahme und gibt sie dann an die Kantone weiter, sondern betreut Firmen bis zur erfolgreichen Ansiedlung. Dies geschieht trotz eines im Vergleich zu GZA und GGBa deutlich kleineren Budgets für die Standortvermarktung. Basel Area Business & Innovation hat in diesem Bereich rund die Hälfte des Budgets von den beiden anderen Ansiedlungsorganisationen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Geschäftsmodell von Basel Area Business & Innovation, welches Standortpromotion eng mit Innovationsförderung verknüpft. Im Zentrum steht eine gezielte Ansprache und Beratung von Unternehmen in innovativen, wertschöpfungsstarken Branchen, insbesondere in den Life Sciences, Pharma, Biotech, Agroscience, MedTech. Die Verbindung von Innovationsförderung und Standortpromotion gilt heute als Vorzeigemodell, während klassische Ansätze, die einseitig auf steuerliche Anreize setzen, an Bedeutung verlieren.

Zu Frage 2. Derzeit sind die Life Sciences die wichtigste Branche für Ansiedlungen und Startups. Die Region Basel ist hier global wettbewerbsfähig und kann sich gegenüber Konkurrenzregionen sehr gut behaupten. Der Regierungsrat sieht auch in anderen Bereichen Chancen. Derzeit geht es hier vor allem darum, neue Standortvorteile aufzubauen. Dies tut der Kanton Basel-Stadt aktiv über seine Innovationsförderprogramme. Mittelfristig bestehen grosse Chancen in Technologien und Branchen, die von der Wettbewerbsfähigkeit der Leitbranche Life Sciences profitieren, zum Beispiel die Digitalisierung im Gesundheitswesen oder neuen Verfahren in der Biotechnologie. Hier setzen die Innovationsförderprogramme BaselLaunch und DayOne an, welche von Basel Area betrieben werden. Langfristig ist es dem Regierungsrat auch wichtig, in Schlüsseltechnologien aufzuholen, in denen andere Schweizer Regionen derzeit deutlich wettbewerbsfähiger sind. Ein Beispiel sind Informations- und Kommunikationstechnologien sowie neue Technologien im Bereich Nachhaltigkeit, welche zukünftig durch die Innovationsförderprogramme Baseltech respektive BaselCircular gestärkt werden sollen.

Zu Frage 3. Die trinationale Lage ist ein wichtiger Standortvorteil der Region. Sie bietet Zugang zu den Arbeitsmärkten der beiden Nachbarländer und ermöglicht Mitarbeitenden internationaler Unternehmen, ihren Wohnsitz in Südbaden oder im Elsass zu wählen. Die kulturelle Vielfalt der Region steigert zudem die Lebensqualität und wird von internationalen Firmen wie deren Mitarbeitenden geschätzt. Diese Stärken vermarktet Basel Area gezielt.

Zu Frage 4. Die Standortpromotion erfolgt für die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura gemeinsam und umfasst alle Flächen dieser drei Kantone. Die sich ansiedelnden Unternehmen verteilen sich auf viele dieser Standorte. Der Grossteil der von Basel Area bei der Ansiedlung unterstützten Firmen lässt sich jedoch im Kanton Basel-Stadt nieder.

Zu Frage 5. Basel-Stadt bezahlt derzeit einen Grundbetrag von 968’000 Franken, davon werden rund 530’000 Franken für die internationale Standortpromotion verwendet. Dazu kommen 240’000 Franken pro Jahr für das Programm BaselLaunch sowie 915’000 Franken für das Programm DayOne. Die gesamte Summe beträgt damit gut 2,1 Mio. Franken pro Jahr. Zudem ist der Kanton durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit im Vorstand der Basel Area vertreten und verantwortet dort die Strategie der Organisation mit.

Zu Frage 6. Das zunehmend protektionistische Umfeld und die wachsende Rivalität zwischen China und den USA sorgen für erhebliche Unsicherheiten. Diese zeigen sich aktuell in einer spürbaren Zurückhaltung bei Investitionen in Europa und auch in der Schweiz. Bislang konnte sich die Region Basel dieser Entwicklung noch entziehen und hohe Ansiedlungszahlen vermelden. Für die nahe Zukunft gehen wir aber auch von einer stärkeren Zurückhaltung bei Ansiedlungsentscheiden aus. Zugleich führen diese Entwicklungen zu neuen Chancen. Innovative Unternehmen aus den USA leiden unter den Unsicherheiten in der Forschung und Gesundheitspolitik ihres Landes und prüfen deshalb neue oder zusätzliche Standorte, die verlässliche Rahmenbedingungen bieten. Die Schweiz als innovatives und stabiles Land hat hier grosse Chancen und während innovative chinesische Unternehmen in ihren ersten Internationalisierungsschritte bislang fast immer in die USA machten, rückt heute die Schweiz zunehmend als attraktiver Standort in den Fokus. Kurzfristig betrifft dies vor allem die Life

Sciences und angrenzende Branchen, mittelfristig können jedoch auch andere Bereiche wie die Informations- und Kommunikationstechnologie profitieren. Basel Area bearbeitet diese Opportunitäten bereits aktiv. Unterstützend wirkt das Basler Standortpaket, welches den Innovationsstandort stärkt.

Aus diesen Gründen erachten wir die Arbeit von Basel Area als wichtig und erfolgsversprechend. Der Grosse Rat hatte im Jahr 2023 auf Antrag des Regierungsrats beschlossen, die Mittel für die Standortpromotion, insbesondere für die Marktbearbeitung in den USA in den Jahren 2024 bis 2027 jährlich um 158’000 Franken zu erhöhen. Zudem sollte die seit 2016 aufgelaufene sowie die bis 2027 prognostizierte Inflation ausgeglichen werden. Da diese Aufstockung jedoch an einen gleichlautenden Beschluss des Kantons Basel-Landschaft geknüpft war, der dort nicht gefasst wurde, konnten diese zusätzlichen Mittel nicht an Basel Area ausbezahlt werden. Der Regierungsrat plant in der laufenden Beitragsperiode keine einseitige Aufstockung der Mittel zugunsten der Basel Area.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Besten Dank an Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung der Fragen zu einem für unsere Region sehr wichtigen Thema. In der aktuellen fragilen geopolitischen Situation des zunehmenden Protektionismus und den Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung von Erschwernissen für unsere ansässige Wirtschaft ist es wichtig, dass die Strukturen der Standortförderung eine gewisse Resilienz aufweisen. Wie ist die Positionierung Basels im nationalen und internationalen Vergleich einzustufen, das war die Frage. Die einzelnen Antworten zu den gestellten Fragen zeigen auf, wie der Stand der Dinge ist und welche Massnahmen der Kanton schon umsetzt oder auch noch vorsieht. Wie wir von Regierungsrat Kaspar Sutter gehört haben, ist einiges in Arbeit und auch in Planung. Die Antworten zu den einzelnen Fragen sind aus meiner Sicht plausibel, ich habe nichts anzufügen und bin mit der Beantwortung zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.17. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt

[10.09.25 16:35:06, 25.5377.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

24.18. Interpellation Nr. 97 Luca Urgese betreffend verordnungswidriger Förderschwerpunkt Klimaschutz für den Swisslos-Fonds

[10.09.25 16:35:19, 25.5378.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zunächst allgemeine Bemerkungen. Der Regierungsrat hat am 1. Juli 2025 den neuen Swisslos-Fonds Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität beschlossen. Gefördert werden mit diesem gemeinnützige, nicht kommerzielle Vorhaben, die den Klimaschutz, den Erhalt der Biodiversität oder den sorgfältigen Umgang mit Ressourcen im Alltag der Menschen stärken. Dabei sollen Dialog, Impulse und aktives Mitmachen im Mittelpunkt stehen. Der Swisslos-Fonds kennt verschiedene Fördergefässe. Dazu gehören Förderschwerpunkte wie der Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität oder auch Schwerpunktprojekte. Förderschwerpunkte sind im Gegensatz zu sogenannten Schwerpunktprojekten keine konkreten

Einzelprojekte, sondern eine zweckgebundene und befristete Reservation von Mitteln und erleichterten Vorgaben, letzteres analog der Praxis bei den Schwerpunktprojekten. Die Förderschwerpunkte ermöglichen eine proaktive Ausschreibung zur Anregung entsprechender Projekte und eine engere Begleitung der Projekte durch kantonale Fachstellen, vorliegend der Fachstelle Klima.

Zu den konkreten Fragen, Frage 1. Der Regierungsrat hat eine Ausnahme von der Swisslos-Verordnung beschlossen, indem innerhalb des auf vier Jahre befristeten Förderschwerpunkts auch Tagungen, Kongresse, Konferenzen, Seminare, Workshops und ähnliche Anlässe gefördert werden können. Der Regierungsrat könnte die Verordnung über die Verwendung von Geldern aus dem Swisslos-Fonds zwar anpassen und dabei explizit Förderschwerpunkte vorsehen. Er gab einer transparent kommunizierten Aufhebung der Einschränkungen gemäss Artikel 4 Abs. 1 für den Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität den Vorzug, weil dieser befristet ist. Die Öffnung für Tagungen, Workshops, Seminare, etc. empfiehlt sich, weil sich in der ausserschulischen Bildung Tagungen und Workshops für ein breites Publikum besonders bewährt haben. Weiterhin werden jedoch auch im Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität Fachtagungen und kommerzielle Kongresse abgelehnt, wo diese nicht der gemeinnützigen Zielsetzung des Swisslos-Fonds entsprechen. Der Regierungsrat wird auch in Zukunft nur zurückhaltend Förderschwerpunkte beschliessen.

Zu Frage 2. Nein, der Regierungsrat sieht aus vorgenannten Gründen keine Notwendigkeit für eine Revision seines Beschlusses.

Zu Frage 3. Die Beschlüsse des Regierungsrates zu den Swisslos-Fonds-Vergaben werden vorgängig nicht in einem formellen Verfahren überprüft. Der Aspekt der Rechtskonformität der Beschlüsse hat im Regierungsrat jedoch einen hohen Stellenwert. Die kantonale Finanzkontrolle und die interkantonale Geldspielaufsicht überprüfen zudem regelmässig die kantonalen Vergaben.

Zu Frage 4. Es wird keine parallele Förderung vorgenommen. Bei BaselCircular handelt es sich um ein neues Innovationsförderprogramm für die Kreislaufwirtschaft und damit um die Förderung von gewinnorientierten Unternehmen. Hierzu hat der Regierungsrat am 19. März 2024 die Finanzierung durch Entnahme aus dem Standortförderungsfonds beschlossen. Der Swisslos-Fonds fördert hingegen ausschliesslich gemeinnützige, nicht gewinnorientierte Projekte. Bestehende Beispiele für solche nicht gewinnorientierten Projekte sind etwa das Leihlager oder die OFFCUT Materialmärkte, welche von gemeinnützigen Vereinen gegründet wurden, Emissionen vermeiden und deren Betrieb nach einer Anschubfinanzierung des Swisslos-Fonds für Anschaffungen über Mitgliederbeiträge bzw. Verkäufe finanziert werden müssen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Es ist nicht das erste Mal, dass der Regierungsrat wegen der Verwendung der Swisslos-Gelder in der Kritik steht. Ein kurzer Rückblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit. 2014 beanstandete die interkantonale Lotterie- und Wettbewerbskommission Comlot die Basler Verordnung, weil neu auch gewinnbringende und kommerzielle Organisationen gefördert werden sollten. Auch das Bundesamt für Justiz schaltete sich ein. 2015 wurde eine Open-Air-Cinema-Academy finanziert, obwohl die Verordnung Beiträge für Ausbildungsprojekte ausdrücklich ausschliesst. 2022 folgte der nächste Fall, als die Serie «Die Beschatter» unterstützt wurde, obwohl Fernsehfilmproduktionen ausgeschlossen waren. Die Kritik ging damals so weit, dass ein Professor forderte, die Regierung zu entmachten und die Vergabe einer unabhängigen Stelle zu überlassen. Und jetzt stehen wir wieder hier und stellen fest, dass der Regierungsrat seine eigene Verordnung nicht einhält, ein weiteres Mal.

Es geht mir dabei nicht darum, ob man es gut findet, dass es jetzt neu einen Förderschwerpunkt für Klimaschutz, Biodiversität und Zirkularität gibt. Man mag es gut oder schlecht finden, dass es noch eine Kasse mehr geben soll, die auch noch dem Klimaschutz zudienen soll und dass damit künftig weniger Geld zur Verfügung stehen soll für soziale, kulturelle und sportliche Projekte. Das soll jeder für sich selber entscheiden. Das Thema ist ein anderes, nämlich, soll sich der Regierungsrat an die eigenen Gesetze und Verordnungen halten. Verordnungen notabene, die er selbst erlassen hat und die er selbst im gleichen Regierungsratsbeschluss hätte ändern können. Und da hoffe ich schon, dass wir hier drin alle dieser Meinung sind, dass wir den Rechtsstaat hochhalten müssen, heute mehr denn je, denn die schleichende Erosion beginnt im Kleinen.

Und deshalb habe ich kein Verständnis dafür, dass der Regierungsrat sich herausredet, es handle sich ja nicht um Schwerpunktprojekte, sondern um einen Förderschwerpunkt. Ich habe die Verordnung inzwischen mindestens dreimal gelesen und ich sehe keine rechtliche Grundlage für Förderschwerpunkte ausserhalb von Sozialem, Kulturellem oder Sport. Das sind die Leitplanken, die die Verordnung setzt und die durch diesen Beschluss nicht eingehalten werden. Wenn der Regierungsrat beliebig Ausnahmen von Verordnungen beschliessen kann, ja, dann brauchen wir keine Verordnung mehr, dann macht der Regierungsrat einfach das, was er will und was er gerade richtig findet. Und das ist leider der Eindruck, den man hier beim Swisslos-Fonds bekommen muss. Und wenn der Regierungsrat dann sagt, die Rechtskonformität der

Beschlüsse hat im Regierungsrat einen hohen Stellenwert, dann wirkt das vor diesem Hintergrund, es tut mir leid, das zu sagen, wie eine Phrase.

Es ist nicht das erste Mal, dass wichtige rechtliche Bestimmungen übersehen werden. Ich erinnere beispielhaft an die Volksinitiative Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche, da hat der Regierungsrat in der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit der Initiative schlicht übersehen, dass Gratis ÖV gegen Artikel 81a der Bundesverfassung verstösst, also gar nicht zulässig ist. Er hat den entsprechenden Artikel in seinem Bericht an den Grossen Rat nicht einmal erwähnt, die Kosten dieses Fehlers für den Kanton belaufen sich auf über 24 Mio. Franken. So viel kostet uns der Gegenvorschlag, den wir nicht beschlossen hätten, hätten wir um die Verfassungswidrigkeit gewusst. Nun ist klar, wir alle machen hin und wieder mal Fehler oder wir übersehen etwas. Wichtig wäre aber, aus Fehlern zu lernen und diese zu korrigieren. Dem Regierungsrat fehlt es aber nur schon an der Einsicht, einen Fehler gemacht zu haben und das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist auf das Schärfste zu kritisieren.

Bei einem Thema wie dem Swisslos-Fonds, wo in der Vergangenheit schon öfter Fehler passiert sind und wo es schon mehrmals öffentliche Kritik und gar Interventionen von Aufsichtsbehörden gab, erwarte ich besondere Sorgfalt. Ich habe die klare Erwartung an den Regierungsrat, dass er hier, gerade weil der Grosse Rat im Gegensatz zu anderen Fonds überhaupt nicht involviert ist, die Aufsichtsprozesse verbessert und sich an die Vorgaben von Gesetz und Verordnung hält. Sonst müssen wir uns überlegen, ob wir die Vergabe nicht lieber an eine unabhängige Stelle übergeben.

Ich danke dem Regierungsrat für die Antwort, aber ich bin klar nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24.19. Interpellation Nr. 98 Jean-Luc Perret betreffend neue Sterilisationsauflagen: Wundversorgung in der Hausarztpraxis nur noch mit Einwegmaterial?

[10.09.25 16:43:43, 25.5379.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2. Als zuständige Behörde für die Überwachung von Heilmitteln in der Schweiz hat Swissmedic Vorgaben zu Aufbereitungsmassnahmen in der Schweizerischen Guten Praxis zur Aufbereitung von Medizinprodukten für Gesundheitseinrichtungen, die Medizinprodukte aufbereiten, festgehalten. Für den ambulanten Sektor wurde im Jahr 2010 von Swissmedic in Zusammenarbeit mit den Fachgesellschaften die sogenannte KIGAP herausgegeben, die in der Interpellation erwähnt ist. Diese bildet die Grundlage für Inspektionen in ambulanten Arzt- und Zahnarztpraxen. Die Leitlinie KIGAP stützt sich auf das Heilmittelgesetz sowie auf die Medizinprodukteverordnung. Gemäss Heilmittelgesetz müssen im Umgang mit Heilmitteln alle Massnahmen getroffen werden, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlich sind, um die Gesundheit von Mensch und Tier nicht zu gefährden. Die Medizinprodukteverordnung hält zudem fest, dass eine Fachperson bei der Wiederverwendung eines Produkts dieses vor jeder Anwendung auf Funktionsfähigkeit und die vorschriftsgemässe Aufbereitung prüfen muss. Des Weiteren müssen der Stand von Wissenschaft und Technik, die Anweisung des Herstellers sowie die Anforderungen an die Hygiene berücksichtigt werden. Gemäss Medizinprodukteverordnung sind die Kantone zuständig für die Überwachung der Instandhaltung sowie der Aufbereitung von Produkten bei der anwendenden Fachperson und in den Gesundheitseinrichtungen. Ausgenommen hiervon sind die Spitäler. Die Aufsicht über den Umgang mit Heilmitteln im Kanton Basel-Stadt liegt bei der Kantonsapothekerin und ihrem Team. Mithilfe eines öffentlich auf der Webseite der Medizinischen Dienste einsehbaren Inspektionsprotokolls wird die Einhaltung der aktuell geltenden Normen und Richtlinien überprüft.

Zu Frage 3. Die Gebühren für Inspektionen und Kontrollen sind in der Verordnung über die Gebühren im Gesundheitswesen festgelegt und richten sich nach dem zeitlichen Aufwand. Der Stundenansatz beträgt 200 Franken.

Zu Frage 4. Arztpraxen können sich jederzeit mit Fragen zur sachgerechten Umsetzung der massgeblichen Richtlinien an die Medizinischen Dienste wenden. Bei Bedarf erhalten sie auch Hinweise zu weiterführenden Informationen. Beispielsweise

steht allen eine Liste von Drittanbietern zur Verfügung, welche zertifiziert sind und professionell die Aufbereitung für andere durchführen können.

Zu Frage 5. Seitens Kanton Basel-Stadt ist unter anderem der Pharmazeutische Dienst des Gesundheitsdepartements an der Überarbeitung der KIGAP und deren Anpassung an die Verhältnisse in den ambulanten Praxen beteiligt. In den Aufbereitungsrichtlinien wird dabei ein risikobasierter Ansatz verwendet.

Zu Frage 6. Bei schwerwiegenden Hygienemängeln kann die Aufbereitung von Medizinprodukten mittels Verfügung untersagt werden. Je nach Schwere der festgestellten Beobachtungen gelten unterschiedliche Fristen. Kritische Punkte, die zu einer akuten Patientengefährdung führen könnten, müssen umgehend behoben werden. Bei anderen Punkten müssen die Praxen in der Regel innert Monatsfrist einen Massnahmenplan zum weiteren Vorgehen einreichen.

Zu Frage 7. Der Regierungsrat anerkennt ausdrücklich die Rolle der Hausarztpraxen in der medizinischen Grundversorgung und dazu gehören auch einfachere medizinische Eingriffe, welche zur Entlastung der Notfallstationen beitragen.

Zu Frage 8. Neben der sachgerechten Aufbereitung in den Praxen selber besteht die Möglichkeit der Aufbereitung durch befugte Drittanbieter. Die Aufbereitung der Medizinprodukte durch qualifizierte Dritte stellt eine bewährte und auch eine ökologische Alternative zum Einsatz von Einwegprodukten dar.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Jean-Luc Perret (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Hausärztinnen und Hausärzte lösen mit 20% der Mittel 80% der Probleme. Das ist zwar stark vereinfacht, aber angesichts der steigenden Gesundheitskosten muss es uns ein wichtiges Anliegen sein, die Grundversorgung zu stärken. Die Realität sieht leider oft anders aus. Mehr Administration, strengere Bedingungen für dieses und jenes, kompliziertere und detailliertere Abrechnungen, Diskussionen mit Krankenkassen, all das kostet sehr viel Zeit, die eigentlich im direkten Patientenkontakt besser investiert wäre. Vor diesem Hintergrund möchte ich mit meiner Interpellation ein konkretes Beispiel dafür zeigen. Es geht um die Richtlinien, ob und wie Instrumente in der Praxis sterilisiert werden dürfen, also zum Beispiel Scheren, Pinzetten oder Klemmen, die für die schnelle Wundversorgung benutzt werden. Solche sterilen Instrumente werden üblicherweise gereinigt, in ein Desinfektionsbad gelegt und dann in einem Autoklav-Dampf sterilisiert. Gewisse Praxen machen das selbst, andere gaben ihre Instrumente ans Labor Rothen, das für mehrere Praxen zusammen kostenlos Instrumente aufbereitet hat. Die Sicherheit der Patientinnen steht dabei selbstverständlich ausser Frage. Im konkreten Fall würde das bedeuten, die Instrumente müssen einfach absolut sauber sein. Aber genau dies war ja auch bis heute schon gewährleistet. Die Praxen haben seit Jahren zuverlässig sterilisiert und es gab meines Wissens keine Häufung von Infektionen.

Trotzdem verlangen nun die neuen Vorgaben unter anderem separate Räume für Sterilisatoren und eine minutiöse Dokumentation jedes Instruments, wann und bei wem es eingesetzt und danach wieder aufbereitet wurde. Für Hausarztpraxen und kleinere Labore sind solche Vorgaben nicht praxisgerecht. Ich möchte auch nicht die Kantonsapothekerin für ihre gewissenhaft durchgeführten Kontrollen kritisieren, kritisieren möchte ich jedoch die buchstabengetreue Umsetzung der Bundesvorgaben. Es stimmt, man kann das Inspektionsprotokoll herunterladen und sich vorbereiten. Ich kenne dieses Dokument, es umfasst 22 Seiten und man kann sich vorstellen, dass es viel Zeit braucht, um das seriös durchzugehen und auch Zeit, um die Inspektion dann durchzuführen und das alles für 200 Franken pro Stunde, wir haben es gehört, die dann der geprüften Praxis verrechnet werden.

Die Richtlinien führen auch nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz zu Aufregung. Ein pragmatischer Kanton Basel-Stadt könnte da sogar eine Vorbildrolle einnehmen. Meiner Meinung nach gäbe es durchaus gewisse Freiheiten, die Richtlinien so anzupassen, damit bewährte Strukturen soweit möglich bewahrt werden können. Diese Bereitschaft vermisse ich jedoch und ich habe sie aus der Antwort auch nicht herausgehört. Die Grundversorgung darf nicht durch zusätzliche Bürokratie geschwächt werden. An diesem Beispiel hätte der Kanton die Chance, die Hausarztmedizin auch in Zukunft praxisnah, verhältnismässig und ökologisch sinnvoll auszugestalten. Ich bin deshalb mit den Antworten nicht zufrieden und appelliere an den Regierungsrat, sich konsequent an die Seite der Hausärztinnen und Hausärzte zu stellen.

Und da ich nun noch etwas Zeit habe, erlaube ich mir noch einen Nachtrag, denn wenn das Sterilisieren tatsächlich zu aufwendig wird, dann bleibt am Ende tatsächlich wie im Titel der Interpellation nur der Wechsel auf Einweginstrumente. Ich wollte das Ihnen kurz zeigen, ich habe das mitgebracht aus dem Spital, da haben wir das schon länger. Wir packen also diese Schere aus, wir schneiden damit ein paar Fäden durch, zum Beispiel bei einem Fäden ziehen, und dann werfen wir sie weg. Also das ist eine einwandfreie Schere und die kommt auch nicht in den Müll, sondern die kommt in den kontaminierten medizinischen Sonderabfall. Und das geht jeden Tag so mit unzähligen Instrumenten. Die sind ökologisch gesehen eine Katastrophe, gerade weil sie so günstig sind. Wir machen uns auch abhängig von globalen Lieferketten, die stammen aus Indien oder Pakistan, man weiss nicht aus was für Metallgruben und man kann sich sehr gut vorstellen, dass ein Wechsel auf solche Instrumente in vielen Hausarztpraxen nicht erwünscht ist. Ironischerweise kann man diese Instrumente dann auch

den Patienten noch verrechnen, während die Mehrweginstrumente nicht abrechenbar sind. Das wollte ich einfach kurz zeigen der Vollständigkeit halber.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16. Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht der BKK

[10.09.25 16:52:38, 25.0511.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Nachdem die BKK mehrfach die Form und die Aussagen des Lehrstellenberichts kritisiert hat, ist der Lehrstellenbericht 2024 nun ganz anders aufgemacht erschienen. Die BKK zeigt sich erfreut, dass ihre Kritik aufgenommen und umgesetzt wurde. Die Berichterstattung ist nun sehr umfangreich und weist nebst vielen Details und Kennzahlen auch bereits getroffene und geplante Massnahmen aus. So ist der Bericht sehr informativ und zeigt Perspektiven auf, was aus Sicht der BKK wichtig ist.

Nach wie vor verfehlt der Kanton Basel-Stadt das bildungspolitische Ziel von Bund und Kantonen, dass 95% der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren einen Erstabschluss auf Sekundarstufe II erreichen. Der Kanton Basel-Stadt liegt bei 85,4%. Von den im Lehrstellenbericht 2024 beschriebenen Massnahmen erhofft sich die BKK Impulse für eine Verbesserung der Situation, insbesondere begrüsst die Kommission die neue Strategie «Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell», das Pilotprojekt «Vernetzung Schule-Wirtschaft», die geplante Zufriedenheitsanalyse der Lehrbetriebe des Kantons und das Konzept BAE+, welches Massnahmen und deren Wirkung zum Berufsabschluss für Erwachsene aufzeigt. Aber auch der Masterplan Berufsbildung, der zu Beginn der Sommerferien vom ED vorgestellt worden ist, ist zu begrüssen.

Die BKK hat den Eindruck gewonnen, dass das Thema Berufsbildung für Jugendliche und Erwachsene im ED einen gewichtigen Stellenwert erhalten hat und hofft, dass die nun geplanten Massnahmen eine Wirkung erzielen. Für die Kommission ist es allerdings auch klar, dass bis messbare Resultate vorhanden sein werden, es noch viel Geduld braucht. Sie erwartet aber, dass die Fortschritte und Ergebnisse der Bemühungen in der jährlichen Berichterstattung dokumentiert werden. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im Erziehungsdepartement und für die Arbeit, die zugunsten der Berufsbildung in unserem Kanton geleistet wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich bedanke mich bei der Bildungs- und Kulturkommission für ihren Bericht zum Lehrstellenbericht für das Jahr 2024. Die Präsidentin hat erwähnt, die von der BKK eingebrachten Anregungen und Korrekturwünsche wurden im Lehrstellenbericht 2024 aufgenommen. Unterdessen präsentiert sich der Bericht in einem überarbeiteten, zeitgemässen Design, das die Lesefreundlichkeit stärkt und die inhaltliche Struktur klarer hervorhebt. Besonderes Augenmerk wurde einerseits auf die bereits umgesetzten und geplanten Massnahmen gelegt, andererseits auch auf die strategische Ausrichtung des Berichts Mittelschulen und Berufsbildung. Im Folgenden möchte ich Ihnen einige wesentliche Eckdaten zur aktuellen Lehrstellensituation und zur Situation beim Lehrabschluss für Erwachsene darlegen.

Weiterhin ist ein leichter Anstieg bei den Direktübertritten in eine Lehre zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2017 ist dies eine Zunahme um 8%, wobei der Anteil im Jahr 2024 insgesamt 24% beträgt. Wie auch im Vorjahr nutzte knapp ein Fünftel der Jugendlichen im Anschluss an die obligatorische Schulzeit ein kantonales Brückenangebot. Im Anschluss daran trat die Mehrheit von ihnen in eine Lehre ein. Der Gesamtbestand an Lehrverträgen sowie das Angebot an Lehrstellen im Kanton ist stabil. Mit der erstmaligen Durchführung der Woche der Berufsbildung im Jahr 2024 konnten Schülerinnen und Schüler aus der Primar- und der Sekundarschule, Lehrpersonen und Eltern an rund 20 Veranstaltungen Berufe gemeinsam erkunden und Schülerinnen und Schülern standen rund 2’000 Schnupper-Halbtage zur Verfügung. Die Anzahl Prüfungskandidatinnen und -kandidaten für den Berufsabschluss für Erwachsene bleibt in den vergangenen Jahren insgesamt stabil. Die Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie ist für diese Personen die grösste Herausforderung. Um die Quote für den Berufsabschluss für

Erwachsene zu erhöhen, konzipiert das ED das Konzept BAE+, welches die Absolvierenden noch zielgerichteter in der Ausbildung unterstützt.

Das Erziehungsdepartement verfolgt das bildungspolitische Ziel, nämlich dass 95% aller Jugendlichen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen, konsequent. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet der im Sommer veröffentlichten Masterplan Berufsbildung, welcher eine Reihe konkreter Massnahmen dazu beschreibt. Vertiefte Informationen dazu werden wir im Lehrstellenbericht 2025 ausweisen. Daher beantragt der Regierungsrat, den Lehrstellenbericht für das Jahr 2024 zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Ich kann es ganz kurz machen. Ich möchte den Bericht, der wirklich sehr informativ ist, loben. Wenn man ihn dann gefunden hat, ist er wirklich sehr informativ, das ist der einzige Wermutstropfen am Ganzen, aber ich möchte den Bericht wirklich loben. Und dann möchte ich mich im Namen der gesamten Fraktion bei Mustafa Atici bedanken, dass er im Bereich Berufsbildung endlich vorwärts macht. Nachdem dieser Bereich im ED so lange Zeit vernachlässigt wurde, ist das bitter nötig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Diesem Dank oder diesem Lob von Heidi Mück kann ich mich grundsätzlich anschliessen. Man sieht tatsächlich, dass mit Mustafa Atici jemand jetzt im Erziehungsdepartement zuständig ist, der tatsächlich etwas mehr Herzblut auch für die Berufsbildung hat. Das war, glaube ich, in den letzten 20 Jahren nicht immer so der Fall und das hat diesem Bereich ganz bestimmt gut getan. Man kann auch die Berichtsform loben, wobei mir ehrlicherweise die Berichtsform nicht sonderlich wichtig ist. Das, was im Bericht drinsteht, ist leider weiterhin nicht sonderlich gut, das muss man einfach trotz dem Lob zu Beginn auch festhalten.

Der Lehrstellenbericht 2024 zeigt einmal mehr ein Bild, das uns zu denken geben muss. Seit über 20 Jahren verfolgen Bund und Kantone nun bereits das gemeinsame Ziel, dass 95% der jungen Erwachsenen bis 25 Jahren einen Abschluss auf Sekundarstufe II erreichen. Der schweizerische Durchschnitt liegt immerhin bei gut 90% und Basel-Stadt bleibt deutlich mit nur 85,4% hinter dieser Quote, hinter diesen Erwartungen. Wir erkennen auch in den letzten Jahren hier keine grossartige Trendwende, die Zahlen bleiben, man muss es so deutlich sagen, in diesem Bereich weiterhin sehr miserabel.

Und das ist eben leider nicht nur eine statistische Zahl, es ist auch leider Ausdruck dafür, dass in unserem Kanton zu viele junge Menschen ohne ausreichende Ausbildung ins Erwerbsleben starten, mit allen bekannten Folgen, weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt, grössere Gefahr von Sozialhilfeabhängigkeit, fehlende Perspektiven. Das Grundproblem ist bekannt, in Basel-Stadt wählen überdurchschnittlich viele Jugendliche den Weg in eine allgemeinbildende Ausbildung, während die Berufslehre weiterhin nicht den Stellenwert in der Gesellschaft hat, den sie eigentlich haben sollte, und genau dieser Befund führt eben dazu, dass diese Abschlussquote bei uns so tief liegt. Das ist eine Erkenntnis daraus.

Die zweite liegt sicherlich an der Struktur unseres Kantons, hier haben wir auch aufgrund der Zuwanderung, auch aufgrund der Zuwanderung von teilweise sehr schlecht gebildeten Migrantinnen und Migranten das Problem, dass diese Eltern oftmals, weil sie aus fremden Kulturen kommen, mit unserer Sprache nicht vertraut sind, eben auch nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder auf unser Schulniveau heranzuführen. Und das wird etwas sein, was uns in den kommenden Jahren weiter stark beschäftigen wird und hier sehen wir noch nicht genau, welche weiteren Massnahmen dann tatsächlich auch dazu führen können, dass es sich verbessert. Auch wenn wir die Lehrvertragsauflösung uns anschauen, stellen wir fest, dass diese weiterhin bei etwa 10 bis 13% fahren, das erachten wir als immer noch sehr hohe Quote und auch hier sehen wir noch keine wirkliche Verbesserung.

Nun ist es, wie die Kommissionspräsidentin und auch der Bericht des Regierungsrates ja ausführt, so, dass der Kanton auf diese Misere mit vielen Projekten, Programmen und Pilotversuchen reagiert hat, diese wurden auch aufgezählt. Das klingt alles schön und gut, ich finde das auch wichtig, dass wir dort den Finger darauf halten und tatsächlich etwas unternehmen und auch etwas investieren, aber Hand aufs Herz, diese Papiere sind letztlich eben nur vor allem viel Papier und es wird Jahre dauern, bis wir sehen, ob diese Massnahmen dann auch tatsächlich Wirkung entfalten.

Deshalb sagen wir als SVP-Fraktion klar, wir brauchen weniger Konzepte, sondern mehr konkrete Resultate, wir brauchen mehr junge Leute in der Lehre statt in endlosen Zwischenlösungen, wir brauchen eine echte Stärkung des dualen Berufsbildungssystems und keine weitere Akademisierung. Wenn wir heute Morgen über den Bericht der Fachhochschule Nordwestschweiz gesprochen haben, dann ist das zwar einerseits toll, dass wir dieses duale Bildungssystem auch haben,

dass wir diese Weiterbildungsmöglichkeiten an einer Fachhochschule haben, aber auch das ist letztlich ein Teil der Akademisierung unserer Gesellschaft und vielleicht sollten wir auch einmal wieder den Mut haben zu sagen, dass es nicht für alles einen Bachelor oder einen Master benötigt, es gibt auch einfach Leute, die im praktischen Alltag, wenn sie beim Schreiner arbeiten, wenn sie beim Coiffeur arbeiten oder in einem Malerbetrieb arbeiten, es schaffen, ohne Titel gute Arbeit Tag für Tag zu leisten.

Wenn wir das wieder etwas mehr wertschätzen würden, dann bin ich überzeugt, wäre auch das Interesse an der Berufsbildung grösser, am Absolvieren einer Berufslehre, nicht nur bei den jungen Menschen, sondern auch bei denjenigen, die diese jungen Menschen beeinflussen. Das ist die Gesellschaft im Allgemeinen und Generellen und im ganz spezifischen auch natürlich das Elternhaus, das auch ein Interesse daran hat, dass ihr Sohn, ihre Tochter den gymnasialen Weg einschlägt. Und dort müssen wir es schaffen, dass wieder vermehrt auch diese Berufsbildung eben den Stellenwert hat, welche sie eigentlich in unserer Gesellschaft auch verdient hat. Und dass das gelingt, müssen wir auch weiter daran arbeiten, dass wir die Betriebe nicht vergessen. Diese Betriebe, auch die KMU-Betriebe sind essentiell, sie stellen gerade in Basel-Stadt auch den Löwenanteil der Lehrstellen zur Verfügung und statt sie mit zusätzlichen administrativen Hürden und Auflagen zu überlasten, müssen wir ihre Bereitschaft fördern und erleichtern, dass sie in ihren Betrieben eben auch Lehrstellen anbieten.

Deshalb bleibt unsere Hoffnung, dass mit dem Vorsteher Mustafa Atici sich die Situation in diesem Bereich in der Berufsbildung weiter verbessern wird, aber wir müssen trotzdem attestieren, die Ziele in Basel-Stadt sind weiterhin nicht erreicht, wir erreichen sie deutlich nicht und wir sehen auch keine grosse Umkehr, wenn es darum geht, eben auch diese Attraktivitätssteigerung bei der Berufsbildung herzustellen. Das finden wir schade, wir wünschen, dass das sich in den kommenden Jahren deutlich verbessert durch eine konsequentere Stärkung der Lehre, bessere Unterstützung der Lehrbetriebe und eine klare Priorisierung der Berufsbildung in diesen verschiedenen Bereichen, in denen das Erziehungsdepartement tätig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Catherine Alioth für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Der bildungspolitische Anspruch von Bund und Kantonen, wonach 95% der 25-jährigen Bevölkerung einen Erstabschluss auf Sekundarstufe II erreichen sollen, ist äusserst ehrgeizig und zugleich wegweisend. Für seine Erreichung ist eine klare, durchdachte Struktur sowie eine konsequente und nachhaltige Umsetzung auf allen Ebenen des Bildungssystems erforderlich. Es geht nicht nur um die reine Erfüllung einer statistischen Vorgabe, vielmehr geht es darum, jungen Menschen Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung und damit zu besseren Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die Berufsbildung ist auch ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons, damit sie den Fachkräftebedarf deckt und Innovationen fördert.

Mit 85,4%, wir haben es bereits gehört, liegt die aktuelle Quote im Kanton Basel-Stadt jedoch deutlich unter dem angestrebten Wert. Der Handlungsbedarf ist dringend. Die in den letzten Jahren eingeleiteten Massnahmen sind eine gute und wichtige Grundlage, deren Umsetzung auch positive Auswirkungen zeigt, es braucht aber noch weitere. Die Ausbildung von Fachkräften muss noch stärker in den Fokus des ED rücken und ihr die Bedeutung einräumen, die sie als elementare Säule unseres Bildungssystems verdient. Die im Lehrstellenbericht 2024 beschriebenen Massnahmen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dennoch erachtet die LDP diese Ansätze allein nicht als ausreichend, um spürbare und messbare Verbesserungen zu erzielen. Das ED muss daher noch entschlossener handeln, um die Berufsbildung zu stärken und positive Effekte für Lernende, Betriebe und die Gesellschaft insgesamt sichtbar zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, die Kommissionspräsidentin ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen.

17. Ausgabenbewilligung für eine jährliche «Sportmillion» für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR

[10.09.25 17:08:46, 25.0676.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der JSSK bitte ich Sie, die Ausgabenbewilligung für eine jährliche Sportmillion für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029 zu beschliessen und somit Ausgaben von 4 Millionen, wie der Titel schon sagt, Sportmillion, eine Million pro Jahr zur Förderung vom Vereinssport zu bewilligen. Die Einführung dieser jährlichen Sportmillion erfolgte 2022 auf Grundlage einer Motion von Thomas Gander und Konsorten. Sie wurde zunächst für 2022 bis 2025 bewilligt und wir beraten jetzt über den Antrag der Regierung, dies auf weitere vier Jahre zu bewilligen. Das Ziel ist die Förderung des Vereinssports mit dieser zusätzlichen Unterstützung.

Die Motion wollte ursprünglich den Vereinen einen Gebührenerlass für die Nutzung von Sportanlagen ermöglichen, das wurde dann in Absprache mit den Motionär*innen in das vorliegende Finanzsystem geändert. Die gesetzliche Grundlage dafür bildet das Sportgesetz. Es geht ja immer um mitgliedergebundenen Vereinssportbeiträge an Sportvereine, die ihren Sitz im Kanton Basel-Stadt haben. Die Vereine, die die Beiträge erhalten, müssen dabei dem Dachverband Sport Basel angehören und in ihrem Vereinszweck Sport auch genannt haben. Sie erhalten dann Beiträge pro Mitglied, dabei werden nur die Mitglieder einberechnet, die den Wohnsitz in Basel haben und aktiv sind. Die Beitragshöhe ergibt sich dann aus der Anzahl der in Basel-Stadt wohnhaften Aktivmitglieder. Die Beiträge berücksichtigen dann doch noch die unterschiedlich hohen Nutzungskosten von Sportanlagen.

Das Sportamt hat gegenüber der JSSK von sehr positiven Erfahrungen berichtet, hat aufgezeigt, dass eine stabile Auszahlung an ca. 240 bis 250 Vereine erfolgt ist, die im Totalen knapp 30’000 Mitglieder haben. Zu beobachten ist, dass der Beitrag pro aktives Mitglied in Basel-Stadt leicht gesunken ist, also von knapp 60 Franken auf etwas mehr als 54 Franken von 2022 bis 2024. Das liegt daran, dass die Zahl der Mitglieder steigt, was ja eigentlich sehr begrüssenswert ist, wir aber eben ein Kostendach von einer Million haben und somit der Pro-Kopf-Beitrag sinkt. Das könnte natürlich in Zukunft dann kompensiert werden durch einen politischen Entscheid, durch eine Erhöhung der Sportmillion. Die Datenerhebung zur Eruierung der Aktivmitglieder wird regelmässig gemacht, das Sportamt hat uns auch dargelegt, dass es da auch stichprobenartige Kontrollen gibt.

Die Sportmillion ist ein Element von mehreren in der Finanzierungslandschaft. Welche weiteren finanziellen Beiträge an den Sport geleistet werden, können dann auch dem Ratschlag entnommen werden. Da einfach noch zu erwähnen ist, dass ein wichtiger Teil natürlich auch die Finanzierung durch das Jugend- und Sportprogramm auf Bundesebene ist, auch da droht aktuell eine Kürzung der Subventionen, da auch da eigentlich die Anzahl Teilnehmenden bei aktuell noch gleichbleibenden Finanzrahmen zugenommen hat. Aber das ist eine Diskussion, die dann in der Budgetdebatte auf nationaler Ebene erfolgen muss.

Wir haben das Geschäft relativ kurz beraten, es war vollständig unbestritten. Wir haben interessiert zur Kenntnis genommen, dass die Erfahrungen des Sportamts damit sehr positiv sind, dass es sehr gut funktioniert, wenn auch die Gewinnung der Mitgliederdaten durchaus etwas langwierig ist. Wir haben eben sehr positiv zur Kenntnis genommen, dass es laut Verwaltung gut etabliert ist und auch auf grosse Unterstützung bei den Vereinen stösst. Nicht zuletzt wegen dieser möglichen Senkung der J+S-Beiträge auf Bundesebene und der Zunahme der Aktivmitglieder haben wir diskutiert, ist es einem Teil der JSSK sehr wichtig, die finanziellen Aspekte wirklich im Auge zu behalten. Ein Teil der Kommission brachte in der Beratung zum Ausdruck, eine Sportmillion sei eigentlich deutlich zu wenig, Anträge wurden dann aber nicht gestellt. Andere Stimmen in der Kommission wiesen dann darauf hin, dass wir doch regelmässig umfangreiche Investitionen in Sportanlagen im Kanton machen und es auch noch viele andere Vereine gibt, die zum gesellschaftlichen Leben beitragen und keine Unterstützung vom Kanton oder Bund erhalten. Diese Diskussion, denke ich, gilt es dann spätestens in vier Jahren bei einer erneuten Bewilligung ausführlich zu führen.

Die JSSK möchte jetzt an dieser Stelle einfach nochmals die besondere gesellschaftliche Bedeutung des Sports hervorheben. Sport und Sportvereine sind weit mehr als Orte der körperlichen Betätigung, sie sind Pfeiler unserer Gesellschaft, abgesehen von Gesundheitsförderung geht es ja auch um Jugendarbeit. Sie sind Orte der sozialen Integration und Teilhabe, wo nicht zuletzt junge Menschen verschiedenster Hintergründe zusammenkommen. Daher ist die Förderung des Sports, sei es des Breitensports wie auch des Profisports, eine wichtige politische Aufgabe, die wir auch mit diesem Geschäft wahrnehmen. An dieser Stelle möchte ich mich auch beim Erziehungsdepartement und dem Sportamt bedanken für die gute Zusammenarbeit in der Kommission und insbesondere möchte ich auch im Namen der Kommission den Dank aussprechen an die vielen ehrenamtlich Engagierten, die das aktive Sportleben in dieser Stadt erst möglich machen.

In dem Sinne empfehle ich Ihnen im Namen der Kommission, die JSSK hat das einstimmig so beschlossen, dem vorliegenden Beschlussentwurf doch bitte zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, den Vereinssport in den Jahren 2026 und 2029 mit einer Million Franken pro Jahr zu fördern. Die Kommissionspräsidentin hat ausführlich über den Verteilschlüssel informiert, ich möchte nicht ins Detail gehen. Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, die im Jahr 2022 eingeführte Sportmillion für die Basler Sportvereine weiterzuführen. Der Betrag an die Sportvereine berücksichtigt die unterschiedlichen hohen Nutzungskosten von Sportanlagen. Sportvereine mit Sitz im Kanton Basel-Stadt erhalten weiter nicht zweckgebundene Beiträge für den Breitensport, die mit den Mitteln des Swisslos-Sportfonds finanziert werden. Dazu gehören unter anderem die Vereins- und Verbandspauschale sowie der Kopfquotenbeitrag. Zudem erhalten die Sportvereine Bundesbeiträge aus dem nationalen Sportförderungsprogramm Jugend+Sport. Diese Bundesbeiträge sollen jedoch ab 2026 um 20% gekürzt werden. Das Parlament entscheidet in der Wintersession dieses Jahres über das Budget, wir verfolgen diese Entwicklung auf Bundesebene. Mit der Ausgabenbewilligung für eine jährliche Sportmillion für die Jahre 2026 und 2029 kann der Kanton Basel-Stadt dem Anliegen der Sport- und Bewegungsförderung in Vereinen nachkommen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Es folgt die

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007090, 10.09.25 17:18:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für Beiträge zur Förderung des Vereinssports im Kanton Basel-Stadt werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 4'000'000 (Fr. 1'000'000 pro Jahr) für die Jahre 2026 bis 2029 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen keine Gegenstimme.

18. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK

[10.09.25 17:18:22, 24.0664.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die JSSK das Wort hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Wir kommen nun zu einem etwas abstrakteren Geschäft als die Sportmillion. Wir beraten über eine Teilrevision eines fast 50-jährigen Gesetzes, das zu einer Zeit entworfen und verabschiedet wurde, als, ich wage dies zu behaupten, noch niemand vom elektronischen Geschäftsverkehr träumte oder albträumte. Dieses Gesetz, nämlich das Gesetz betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt, kurz Organisationsgesetz, noch kürzer OG, ist zurzeit auch Teil eines Totalrevisionsprojekts, nämlich eines neuen Gesetzes über die Verfassungs- und die Verwaltungsrechtspflege. In diesen altehrwürdigen Erlass sollen wir nun einige Bestimmungen einfügen, welche Schwierigkeiten dies mit sich bringt, darüber werde ich später berichten.

Zur Vorgehensweise der Kommission. Wir berieten dieses Geschäft an sechs Sitzungen. Ein Hearing wurde durchgeführt mit dem Präses der Advokatenkammer Basel. Er legte die Sicht der hiesigen Anwaltschaft dar. Begleitet wurden die Beratungen durch die Vorsteherin des JSD, der Co-Leiterin Zentraler Rechtsdienst und einer juristischen Mitarbeiterin.

Was bezweckt diese Vorlage. Gemäss dem Ratschlag ist die vorliegende Gesetzesänderung Teil der digitalen Transformation sowie der Digitalstrategie des Kantons und trägt dem gesteigerten Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger sowie der Behörden nach einer elektronischen Geschäftsabwicklung im Verwaltungs- und Verwaltungsjustizverfahren Rechnung. Zu ändern ist nur das Organisationsgesetz, für das verwaltungsgerichtliche Verfahren besteht eine gesetzliche Grundlage schon. Verwirklicht werden soll kein Obligatorium des elektronischen Geschäftsverkehrs, weder auf Seiten der Behörden noch auf Seite der professionellen Rechtsanwendenden, hauptsächlich der Advokatur. Geschaffen werden soll ein elektronischer Briefkasten. In der Schweiz wird, und ich drücke mich bewusst etwas despektierlich aus, seit vielen Jahren auf den Ebenen von Bund und Kantonen am elektronischen Geschäftsverkehr herumgebastelt. Wir hinken diesbezüglich deutlich hinter vergleichbaren Staaten, wie zum Beispiel Österreich, hinterher. Unser föderalistisches System birgt die Gefahr in sich, dass der elektronische Rechtsverkehr mit zahlreichen verschiedenen Systemen verwirklicht werden wird, was vor allem für die professionellen Rechtsanwender und Rechtsanwenderinnen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Wie schon gesagt, mit dieser Vorlage wird kein Obligatorium geschaffen. Wir sollten aber keine Illusionen haben, ein Obligatorium wird auch in unserem Kanton früher oder später folgen. Dass für professionelle Rechtsanwender eine Verpflichtung geschaffen werden darf, den elektronischen Rechtsverkehr zu nutzen, hat kürzlich das Bundesgericht bezüglich des Zürcher Obligatoriums bejaht.

Das von der Verwaltung verfolgte Konzept, das altehrwürdige OG nur punktuell zu ändern, ist zwar verständlich, stiess in den Kommissionsberatungen aber doch auf einige Skepsis. Zu Diskussionen gab auch die Frage Anlass, was im formellen Gesetz und was vom Regierungsrat in der Verordnung zu regeln sei. Schlussendlich stand die Kommission vor der Wahl, auf das Geschäft nicht einzutreten, mit der Folge, dass das Thema elektronischer Rechtsverkehr umfassend in der bevorstehenden Totalrevision geregelt werden könnte oder müsste, oder auf Grundlage der Konzeption dieses Geschäftes durch die Verwaltung das Geschäft zu einem Abschluss zu bringen.

Die Kommission beschloss Eintreten auch darum, weil keine Pflicht zur Verwendung des elektronischen Rechtsverkehrs statuiert wird. Die Kommission schlägt Ihnen aber einige Anpassungen, meist präzisierender Natur an der Vorlage des Regierungsrates, vor. Ich will diese kurz erläutern.

In § 39 Abs. 2 wollen wir ausdrücklich festhalten, dass eine Verfügung nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis über einen qualifizierten elektronischen Zugang eröffnet werden kann. Dies wird in der Regel bedeuten, dass die Einwilligung schriftlich zu geben ist, eine lediglich konkludente Einwilligung wird nicht ausreichen.

In § 46 Abs. 4 wollte sich die Verwaltung darauf beschränken, dass nur die Einreichung der Rekursbegründung über einen qualifizierten elektronischen Zugang ausdrücklich geregelt wird. Die JSSK empfiehlt klarzustellen, dass unter den gleichen Voraussetzungen auch die Rekursanmeldung und weitere Eingaben im Verfahren eingereicht werden können. Diese Änderung hat zur Folge, dass auch in § 48 Abs. 5 eine Änderung vorzunehmen ist. Wenn nicht nur die Rekursbegründung elektronisch eingereicht werden kann, so muss auch die Nacheinreichung von allen Eingaben in Papierform möglich sein.

In § 49 Abs. 4 wollen wir klarstellen, dass die Eröffnung des Rekursentscheides oder von Zwischenverfügungen über einen qualifizierten elektronischen Zugang nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der betroffenen Partei möglich ist. Die Änderung in § 46 Abs. 4 macht auch eine Änderung in § 49a Abs. 1 lit. d notwendig. Der Regierungsrat hat in der Verordnung die Anforderungen an die einzureichenden Rekurseingaben sowie an die Zustellungen von Verfügungen und Rekursentscheiden zu regeln.

Mit der Empfehlung, dieses Geschäft im geschilderten Sinne zu verabschieden, verbinden sich auch zwei Erwartungen an die Verwaltung. Einerseits soll eine solche technische Lösung ausgewählt werden, die einerseits gebraucherfreundlich und andererseits im Schweizer Rechtssystem schon mehrfach erfolgreich eingesetzt wurde und der hoffentlich auch die Zukunft gehört. Auf einen aufwendigen Basler Finish sei zu verzichten. Zweitens sollen baldmöglichst viele Verwaltungsstellen und Rekurskommissionen von den neugeschaffenen Möglichkeiten Gebrauch machen. Zuletzt möchte ich der Verwaltung

danken, dass sie zahlreiche Aufträge der Kommission zügig und kompetent erledigt hat und immer wieder neue Formulierungsvorschläge lieferte. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die gute Beratung in der JSSK und auch die Ausführungen des Vizepräsidenten, die juristisch absolut wertvoll sind und ich denke, das ist auch das, was die Debatte in den JSSK-Sitzungen dominiert hat. Wir haben vor allem auch Diskussionen unter Juristinnen und Juristen geführt. Wir waren uns inhaltlich, denke ich, nie uneins, es ging um Präzisierungen, wir haben es gehört, das OG ist ein sehr altes Gesetz, wir wollen eine neue Möglichkeit schaffen und die Begrifflichkeiten sind die, die da gewählt wurden und da gab es ab und an Präzisierungsbedarf, den die Verwaltung ja auch dann umgesetzt hat. Deshalb kann ich sagen, dass der Regierungsrat dem Antrag inklusive der Änderungsanträge der JSSK folgt und damit sicher einverstanden ist.

Wichtig ist mir auch noch einmal zu betonen, David Jenny hat es bereits gemacht, dass wir keine Verpflichtung schaffen. Wir schaffen eine Möglichkeit, den elektronischen Rechtsverkehr, sprich Verfügungen und Rekursverfahren digital zu führen, aber eben keine Pflicht. Und das, denke ich, ist ein wichtiger Unterschied, dass wir das auch jetzt mal rechtlich legitimieren wollen.

Warum haben wir nicht gewartet auf das VRG, das wir auch noch in Revision haben, wir merken da einfach, diese Revision ist derart umfassend, das hätte nochmals mehr Zeit gebraucht. Deshalb war es dem Regierungsrat wichtig, jetzt auch im Sinne der digitalen Transformation und gestützt auf Stimmen aus der Praxis diese Möglichkeit vorzuziehen, auch wenn sie natürlich nicht idealerweise in dieses alte Gesetz passt. Aber es gibt uns auch die Möglichkeit zu schauen, wie das genutzt wird, welche technologische Lösung wir finden werden. Und das ist auch der Grund, das ist mir noch wichtig zu sagen, weshalb wir die technische Lösung nicht ins Gesetz festgeschrieben haben. Weil ich stimme der JSSK natürlich zu, dass wir nur dann eine Chance und eine richtige Alternative schaffen, wenn das auch benutzerfreundlich ist und wenn das nicht eben der Basler Finish ist, da bin ich ganz einverstanden mit den Ausführungen meines Vorredners.

Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, dass wir die konkrete technische Umsetzung dann in die Verordnung reinnehmen und das Gesetz bewusst technologieneutral formuliert ist. Allerdings muss ich auch sagen, die technische Umsetzung wird schon noch umfangreich sein, wird noch einiges an Arbeit bedeuten, ist auch nicht nur in meinem Departement angesiedelt, aber ich denke, mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlage haben wir jetzt auch den Startschuss, um die technologische Umsetzung voranzutreiben und das muss durch alle Departemente durchgehen, wir sind nicht das einzige Departement, das Verfahren führt und ich denke, das ist auch wichtig und die Verwaltung ist auch willens und parat, praktisch jetzt diese Umsetzungsarbeit zu machen.

Das ergänzend von meiner Seite, ich denke, wir sind inhaltlich einig und ich würde mich freuen, wenn Sie diese Möglichkeit des elektronischen Rechtsverkehrs heute gutheissen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die BastA hat sich Franziska Stier gemeldet.

Franziska Stier (BastA): Zuerst auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön an die Kommission für die ausführliche Arbeit. Ich möchte aus der Fraktion von BastA drei Haltelinien skizzieren, die uns im Rahmen des Gesetzes wichtig sind. Das ist erstens, wie schon betont wurde, dass es kein Obligatorium gibt. Elektronischer Rechtsverkehr ist aus unserer Sicht sehr wünschenswert, im Idealfall ist diese Lösung so attraktiv, so sicher und so einfach, dass sie freiwillig genutzt wird. Aber ein Obligatorium lehnen wir ab, denn wir sind der Meinung, dass es ein Recht auf ein Offline-Leben gibt und das sollte auch unter Berücksichtigung der Kanzleien möglich sein. Zweitens, das ausdrückliche Einverständnis, wie es die Kommission diskutiert hat, ist aus unserer Sicht sehr zu begrüssen. Drittens, wir finden, dass es eine schweizweite Lösung braucht, die dezentral organisiert ist, das heisst, eine Lösung, die anschlussfähig ist, lokal organisiert, aber kompatibel auch mit anderen Kantonen. Einen Flickenteppich mit kantonalen Eigenlösungen halten wir für nicht tragbar.

Zusammengefasst, es braucht digitale Souveränität, die Behörden müssen, wie das auch vorgesehen ist, beide Wege akzeptieren, digital und analog, eingehend wie ausgehend. Eine Basler Insellösung ergibt aus unserer Sicht nur Sinn, wenn sie Schnittstellen zu einer nationalen Lösung bietet. Deshalb plädieren wir hier für eine Open Source-Lösung, die vorausschauend entwickelt wird, damit wir nicht in wenigen Jahren vor Kompatibilitätsproblemen stehen. Wir begrüssen in diesem Zusammenhang auch sehr, dass die technische Umsetzung nicht ins Gesetz geschrieben wurde, möchten aber von Beginn an diese kritischen Anmerkungen bringen, denn auch im Bericht sind verschiedene Lösungen, zumindest temporäre Lösungen vorgeschlagen, die wir für einen denkbar falschen Weg halten.

Vorgeschlagene Anbieter im Bericht sind beispielsweise IncaMail und PrivaSphere. Insbesondere bei IncaMail besteht eine grosse Verwechslungsgefahr in Bezug auf Phishing. IncaMail verwendet Grafiken, die blinken, eine teils unklare Absenderdarstellung und HTML-Elemente, die E-Mails leicht wie Phishing-E-Mails aussehen lassen. Seriöse Sicherheitsstandards empfehlen, HTML-Anhänge grundsätzlich nicht zu öffnen. Ich persönlich tue das nicht und liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich empfehle Ihnen, das auch nicht zu tun.

Zweitens, Transparenzprobleme. Im August 2023 änderte die Post ihre AGB in der E-Post-App in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Dritten, ganz konkret Google Cloud. Das wurde unklar kommuniziert, damit droht das Swiss Made Hosting, das Swiss Post Label, ausgehöhlt zu werden, weil Daten ausserhalb der Schweiz verarbeitet werden.

Drittens, beide Anbieter, IncaMail und PrivaSphere nutzen die Safe-Technologie. Dabei werden Nachrichten als verschlüsselte Anhänge verschickt, die aber auf den Servern der Anbieter entschlüsselt werden. Das bedeutet, die Anbieter können die Inhalte einsehen und verarbeiten. Das ist nicht das, was wir unter echter Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verstehen. Darum betonen wir, Inhalte, die Bürgerinnen und Bürger mit einer Behörde klären, gehen sonst niemandem etwas an, deshalb braucht es zwingend Systeme, die echte Vertraulichkeit garantieren.

Ich komme zum Fazit: Mit Blick auf die Cybersicherheit des Kantons und die Legislaturziele der Regierung plädiere ich dringend dafür, dass wir eine gemeinsame, sichere, dezentrale und bürgerfreundliche technische Umsetzung im Verbund mit den anderen Kantonen anstreben. Im gleichen Sinn möchten wir der Regierung nahelegen, ein Austrittsszenario aus dem Office 365-Cloud-System zu prüfen. Es nutzt wenig, wenn wir den Rechtsverkehr absichern und unsere Daten dann aber weiterhin in einem semisicheren Cloud-System potenziell angreifbar bleiben. Die Schweiz braucht digitale Souveränität, Basel-Stadt auch. Wir stimmen dem Kommissionsantrag mit diesen kritischen Anmerkungen zu und werden die Umsetzung genau begleiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen, aber das sei gesagt an meine Vorrednerin Franziska Stier. Ich bin erschrocken, ich rede jetzt auf Sächsisch, als ich Ihren Eintrag gelesen habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Einen Satz. Damit man verstehen kann, was sie gesagt hat, muss man wissen, dass sie Mitglied war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, wollen Sie den dritten Ordnungsruf? Sie provozieren es. Dann halten Sie sich zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Eymann verzichtet auf ein Votum, Herr Jenny ebenfalls. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 39 Abs. 2 (neu)

§ 46 Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

§ 49 Abs. 4 (neu)

Titel nach § 49 (neu)

§ 49a (neu), Abs. 1

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007092, 10.09.25 17:38:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG) vom 22. April 1976 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 39 Abs. 2 (neu)

2 Eine Verfügung kann mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Empfängerin oder des Empfängers über einen qualifizierten elektronischen Zugang eröffnet werden. Die Verfügung muss der Behörde zuverlässig zugeordnet werden können.

§ 46 Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

4 Wenn eine Rekursinstanz über einen qualifizierten elektronischen Zugang verfügt, kann ihr die Rekursbegründung über diesen Zugang eingereicht werden. Die Rekursbegründung muss der Rekurrentin oder dem Rekurrenten zuverlässig zugeordnet werden können. Unter denselben Voraussetzungen können die Rekursanmeldung und weitere Eingaben im Verfahren eingereicht werden.

5 Die Rekursinstanz kann verlangen, dass die elektronisch eingereichten Rekurseingaben oder Teile davon in Papierform nachgereicht werden.

§ 49 Abs. 4 (neu)

4 Der Rekursentscheid kann mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Partei über einen qualifizierten elektronischen Zugang eröffnet werden. Der Rekursentscheid muss der Rekursinstanz zuverlässig zugeordnet werden können. Dieselben Voraussetzungen gelten für Zwischenverfügungen.

Titel nach § 49 (neu)

(4.)C.bis Ausführungsbestimmungen zum elektronischen Rechtsverkehr

§ 49a (neu)

1 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des elektronischen Rechtsverkehrs nach § 39 Abs. 2, § 46 Abs. 4 und 5 und § 49 Abs. 4. Dazu gehören insbesondere:

a) die zu verwendenden qualifizierten elektronischen Zugänge;

b) die Modalitäten des Einverständnisses;

c) die Anforderungen an eine zuverlässige Zuordnung;

d) die Anforderungen an die einzureichenden Rekurseingaben sowie an die Zustellungen von Verfügungen und Rekursentscheiden;

e) die Fristwahrung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

19. Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 und Schwerpunkte 2025–2029, Bericht der GSK

[10.09.25 17:39:05, 25.0282.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die GSK hat das Wort deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich namens der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht des Regierungsrats zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt über die Legislatur 2021 bis 2025.

Mit dem Behindertenrechtegesetz von 2021 wurde festgelegt, dass der Regierungsrat einmal pro Legislatur Rechenschaft darüber ablegt, wie die Rechte von Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden. Der vorliegende Bericht ist demnach der erste seiner Art. Er berücksichtigt nicht nur kantonale Schwerpunkte, sondern auch Forderungen des Basler Behindertenparlaments, das Manifest für eine inklusive Politik und Empfehlungen internationaler Gremien. Grundsätzlich versteht der Bericht Behinderungen nicht als fixe Eigenschaft, sondern als Zusammenspiel zwischen individuellen Beeinträchtigungen und Barrieren in der Umwelt. Teilhabe wird dann dort eingeschränkt, wo solche Barrieren bestehen. Ziel ist daher, Hindernisse zu beseitigen, um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Eine zentrale Rolle spielt die Fachstelle Behindertenrechte im Präsidialdepartement, die seit 2021 tätig ist. Sie überwacht die Umsetzung des Gesetzes, berät Verwaltung und Institutionen, ist Anlaufstelle für Betroffene und fördert das Bewusstsein in der Gesellschaft und Wirtschaft. Ihre Bedeutung zeigt sich auch in den steigenden Anfragen. Von 30 im Jahr 2021 auf 60 im Jahr 2024. Die Themen reichen von der Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude oder Verkehr, Wohnen und Arbeit bis hin zu Gesundheitsversorgung.

Der Regierungsrat hat für die Legislaturperiode 2021 bis 2025 vier strategische Schwerpunkte gesetzt. Erstens barrierefreie Kommunikation, zweitens politische Partizipation, als drittes die Inklusion in der Arbeitswelt und viertens die Zugänglichkeit von öffentlichem Raum und Verkehr. In diesen Bereichen wurden verschiedene Projekte umgesetzt, etwa die Einführung von Wahlinformationen in leichter Sprache, barrierefreie Abstimmungsvideos oder die Wiederaufnahme eines E-Voting-Versuchsbetriebs für Menschen mit Behinderungen. In der kommenden Legislatur 2025 bis 2029 sollen diese Schwerpunkte fortgeführt und weiterentwickelt werden. Neu stärker in den Fokus rücken dabei das selbstbestimmte Wohnen, aber auch der Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.

Zum Bericht der Kommission. Die Gesundheits- und Sozialkommission hat den Bericht des Regierungsrates anlässlich ihrer Sitzung vom 12. Juni 2025 beraten und möchte gerne und speziell darauf hinweisen, dass Basel-Stadt zu den ersten Kantonen gehört, welche ein eigenes Behindertenrechtsgesetz erarbeitet hat. Andere Kantone ziehen aber mittlerweile nach, was aus Sicht der GSK als erfreulich erachtet wird. Die GSK würdigt die Vorreiterrolle des Kantons Basel-Stadt beim Behindertenrechtegesetz, den breiten Leistungsumfang der Fachstelle Behindertenrechte und beurteilt deren Schwerpunkte als sinnvoll. Inzwischen ziehen andere Kantone nach, so dass Basel-Stadt verstärkt vom Erfahrungsaustausch profitiert, beispielsweise über die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Direktoren oder auch spezifische Netzwerke in Bern, Uster und Zürich.

Auf Verwaltungsebene besteht zudem eine interdepartementale Fachgruppe, in der auch die Gemeinden Riehen und Bettingen vertreten sind. Sie tagt dreimal jährlich, ist nicht hierarchisch aufgebaut und setzt sich aus Fachpersonen zusammen, die in ihren Departementen für Behindertenfragen zuständig sind. Ein Schwerpunkt liegt auf der Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderungen. Führungskräfte und Mitarbeitende nehmen an Weiterbildungen teil,

zudem werden Umfragen zur Inklusion und Diversität durchgeführt, um die Rekrutierungsprozesse zu optimieren. Jedes Departement benennt eine verantwortliche Person, gesammelte Informationen werden zentral ausgewertet und fliessen in künftige Massnahmen ein. Die Fachstelle informiert die GSK über unterschiedliche Formen von Behinderungen. Körperliche Einschränkungen machen Barrieren im Alltag besonders sichtbar, beispielsweise im Wohnraum, im Strassenraum oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Hinweise zu Hindernissen werden aufgenommen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Zielkonflikte, wie beispielsweise bei Bordsteinkanten, werden im Austausch mit Betroffenen gelöst. Auch Suchterkrankungen sowie unsichtbare physische Einschränkungen wie Autismus oder ADHS stellen Behinderungen dar. Diese Barrieren sind gesellschaftlich schwer zu erfassen und erfordern besondere Aufmerksamkeit.

Um die Kommunikation zu verbessern, wurde der Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation ins Leben gerufen. Er soll sicherstellen, dass Information, Formulare und Verfügungen auch für Menschen mit kognitiven oder Sinneseinschränkungen verständlich sind. Die Schwerpunkte liegen auf den Themen politische Rechte, Sicherheit und Gesundheit. Eine gut funktionierende Gesundheitsversorgung bleibt dabei von zentraler Bedeutung. Auch die Situation von Angehörigen findet Beachtung. Die dauerhafte Betreuung, insbesondere von Kindern, ist mit einer hohen Belastung und finanziellen Risiken verbunden und hat insbesondere einen Genderaspekt, da sie grösstenteils durch die Mütter geschieht.

Der GSK ist aber auch aufgefallen, dass der Bericht eher auf die qualitative Analyse als quantitativ ausgerichtet ist. Dieser Umstand erklärt sich gemäss der Fachstelle dadurch, dass es vergleichsweise schwierig ist, klare, abgegrenzte Daten zu erhalten. Menschen können in unterschiedlicher Weise eingeschränkt sein und dies je nachdem gegenüber anderen gar nicht deutlich machen. Ebenso schränkt der Datenschutz die Erhebung von quantitativen Daten ein. Die Fachstelle konzentriert sich deshalb auf strukturelle Verbesserungen und arbeitet strategisch anstatt anwaltschaftlich im Einzelfall. Zwar ist die Zahl der Anfragen gestiegen, sie gehören jedoch nicht zum Kerngeschäft und werden an zuständige Stellen weitergeleitet.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig die Kenntnisnahme des Berichts des Regierungsrates zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt über die Legislatur 2021 bis 2025.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Regierungsrat hat in der letzten Legislatur 2021 bis 2025 erstmals vier Schwerpunkte für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen festgelegt. Nach dem kantonalen Behindertenrechtegesetz berichtet er periodisch über die Umsetzung der Schwerpunkte unter Einbezug aller Departemente und der heute nun vorliegende Bericht, das ist, wie der Präsident der GSK auch schon ausgeführt hatte, der erste dieser Art. Wir feiern also eine Premiere. Der Bericht zeigt auf, wo wir im Kanton bei der Verwirklichung der Behindertenrechte stehen, wo wir Fortschritte gemacht haben und auch natürlich wo noch einiges zu tun ist. Ziel des Kantons ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt teilnehmen können und dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das setzt voraus, dass eben Leistungen, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, auch für die gesamte Bevölkerung, für alle zugänglich sind.

Die Schwerpunkte in der vergangenen Legislatur, der Präsident der GSK hat sie auch bereits genannt, die waren barrierefreie Kommunikation, politische Partizipation, Inklusion bei der Arbeit und die Nutzung des öffentlichen Raums für alle. Im Bericht berücksichtigt der Regierungsrat diese vier Bereiche. Er geht weiter ein auf die Empfehlung, die der UNO-Behindertenrechtsausschuss 2022 zuhanden der Schweiz formulierte und er nimmt Bezug auf die Resolution des Basler Behindertenparlaments, das Ende 2023 hier in diesem Saal stattgefunden hat. Wie der Bericht zeigt, haben wir in den letzten Jahren in einigen Bereichen die Verwirklichung der Behindertenrechte voranbringen können. Der Kanton stellt die notwendige Koordination in der Verwaltung dafür sicher. Als Beispiel möchte ich die barrierefreie Kommunikation herausgreifen. Die Zugänglichkeit von Informationen ist zentral für die gleichberechtigte Teilhabe und die Selbstbestimmung. Dieses Thema wurde in der letzten Legislatur gezielt vorangebracht, wir haben einen Aktionsplan erarbeitet, ein Impulsprogramm erarbeitet und bei der Planung, Steuerung und Umsetzung der Massnahmen haben wir Menschen mit Behinderungen einbezogen.

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat den vorliegenden Bericht geprüft und auch im positiven Sinne gewürdigt. Diese Beurteilung ist einstimmig erfolgt und das freut mich und es freut all diejenigen, die in der Verwaltung an der Verbesserung der Rechte für Behinderte arbeiten sehr. Die GSK benennt in ihrem Bericht auch ausdrücklich die Vorreiterrolle, die Basel-Stadt mit dem Behindertengesetz einnimmt, sie anerkennt die gute nationale und interkantonale Vernetzung. Auf inhaltlicher Ebene benennt die GSK aber natürlich dennoch und zu Recht Herausforderungen. Dazu gehört beispielsweise die Unsichtbarkeit gewisser Barrieren, die sich baulich nicht einfach beheben lassen. Den Einschätzungen der GSK kann ich mich auch in diesen Punkten anschliessen, grundsätzlich bleiben die Herausforderungen im Bereich der Behindertenrechte vielseitig und dynamisch und umso wichtiger ist es dem Regierungsrat und mir persönlich, die Kräfte hier zu bündeln und zu

fokussieren. Die GSK unterstreicht dies auch und begrüsst in ihrem Bericht die strategische Schwerpunktsetzung des Regierungsrats.

Für die Legislatur 2025 bis 2029 hat der Regierungsrat wiederum vier Schwerpunkte festgelegt. Die barrierefreie Kommunikation wird in den nächsten Jahren weitergeführt und die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen gezielt gestärkt. Uns allen ist bewusst, dass es noch viel zu tun gibt, um die tagtäglichen Barrieren für Menschen mit Behinderungen weiter abzubauen. Wir sind auf gutem Weg in Richtung Inklusion, aber den Weg gilt es weiterzugehen.

Ich schliesse mich dem Präsidenten der GSK an, danke für die wohlwollend kritische und am Ende einstimmig positive Aufnahme in der GSK und bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst möchte ich der Fachstelle Rechte von Menschen mit Behinderungen der Abteilung Gleichstellung und Diversität danken für ihren ersten Bericht, wir haben es schon gehört, und für ihre geleistete Arbeit in der vergangenen Legislatur. Die Schweiz hat vor elf Jahren die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und nun liegt also der erste Bericht vor über die Ziele, Tätigkeiten und Massnahmen des Kantons Basel-Stadt zur Verwirklichung dieser Ziele. In diesen elf Jahren sind wir zwar durchaus ein paar Schritte vorwärtsgekommen, jedoch wenn wir das Gesamtbild betrachten und auch nach der Lektüre des sehr interessanten und gut geschriebenen kantonalen Berichts, müssen wir festhalten, dass der Weg für eine inklusive Gesellschaft noch ein sehr langer ist.

Nun, das verwundert nicht wirklich, denn die herrschende kapitalistische Gesellschaft ist ja nicht gerade für gelungene Inklusion bekannt, sondern vor allem eher durch Ungleichheit und Spaltung in arm und reich. Dies führt natürlich zu wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Barrieren, die eine vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verhindern oder sehr schwer machen. Damit also Inklusion gelingt, braucht es grundlegende strukturelle Veränderungen. Die Fokussierung auf Profit und Produktivität sind, wie gesagt, hinderlich, stattdessen müssen wir uns vielmehr an der Würde und der Gleichwertigkeit aller Menschen orientieren.

Trotz dieser Tatsache gibt es aber durchaus positive Signale. Erste umfassende Aktionspläne bestehen zum Beispiel auch in Zürich und in Winterthur und in Basel besteht zumindest ein Aktionsplan zur Verwirklichung der barrierefreien Kommunikation sowie drei weitere wichtige strategische Zielsetzungen zur politischen Partizipation, Inklusion bei der Arbeit und Zugänglichkeit des öffentlichen Raums und Verkehrs. Besonders in den Bereichen selbstbestimmtes Wohnen, Bildung, soziale Teilhabe und Integration in die Arbeitswelt sind wir aber noch meilenweit entfernt von den gesteckten und auch gewünschten Zielen.

Für selbstbestimmtes Leben und Wohnen braucht es je nach Art der Behinderung entsprechenden Wohnraum, dies könnte beispielsweise eine behindertengerechte Wohnung sein oder aber auch ein niederschwelliges konsumakzeptierendes Wohnangebot, denn auch die Suchterkrankung ist eine Behinderung. Die sozialen Einrichtungen sind bestrebt, Zugang zum entsprechenden Wohnraum zu ermöglichen, stossen aber immer wieder an Grenzen. Deswegen wäre es durchaus begrüssenswert, wenn sich auch Immobilien Basel-Stadt diesbezüglich Zielsetzungen bei der Förderung des entsprechenden Wohnraums setzen würde. Die begleitende Wohnraumsuche, gerade für Personen mit Mehrfachbehinderungen, ist aktuell eine beinahe fast unmögliche Aufgabe. Es braucht also hier ein grösseres staatliches Engagement.

Ein weiteres Feld, welches wir ebenfalls viel stärker noch in den Fokus nehmen müssten und mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten müssten, ist die Unterstützung der Angehörigen von Menschen mit einer Behinderung. Auch gerade bei psychischen Beeinträchtigungen stehen die Angehörigen, seien es Kinder, Partner*innen oder Eltern, besonders unter Druck und sind auf Beratung und Unterstützung angewiesen. Ebenso ist es eine Tatsache, dass die langjährige Betreuung von Kindern mit Behinderungen überwiegend von Müttern wahrgenommen wird und deswegen ihr Risiko von Altersarmut überproportional steigt.

Aus unserer Sicht gibt es bei der beruflichen Teilhabe, dem Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten in der Verwaltung, aber auch sowie neuen Ansätzen wie Einsatz von Peers bei Unterstützungsleistungen in der Verwaltung und in sozialen Organisationen noch sehr viel Luft nach oben, freuen uns aber trotzdem über den Weg, den wir schon bereits haben. Wie auch von Regierungsrat Conradin Cramer erwähnt worden, die Unsichtbarkeit von Barrieren sowie die Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen in vielen Lebensbereichen bestehen weiterhin und es ist an uns allen, gemeinsam mit den Betroffenen, diese zu identifizieren und dann zu beseitigen. Und genau deswegen braucht es eine starke Fachstelle Rechte für Menschen mit Behinderungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich habe nicht so wahnsinnig viel aufgeschrieben, nur eine Zahl, es geht ganz kurz. Sie wissen vielleicht auch, ich bin sehr naiv und da habe ich doch vor einigen Jahren mal einen Vorstoss eingereicht und wir alle zusammen haben ihn überwiesen und ein zweites Mal überwiesen und dann gehe ich manchmal davon aus, dass dann irgendwas passiert. Einer davon geht um diesen Brief, vielleicht kennen Sie ihn, Sie haben ihn schon mal erhalten, viermal im Jahr. Wir haben vor fast vier Jahren, am 19. Januar 2022, einen Vorstoss überwiesen, der möchte, dass alle Menschen die Stimmberechtigung erhalten. Das heisst ganz einfach, alle Menschen, die Schweizer Bürgerin und Schweizer Bürger sind, bekommen diesen Brief nach Hause. Was sie dann damit machen, das ist ihnen überlassen, die meisten machen nichts damit, vielleicht legen sie ihn ins Altpapier, die anderen, die mitbestimmen wollen, die machen das auf.

Im Moment sieht unsere Verfassung vor, dass Menschen, die vollständig verbeiständet sind, dies nicht dürfen. Sie mögen sagen, die meisten würden das auch nicht können, da haben Sie recht, aber wir wissen es nicht und es könnte eine Person geben, und wenn es nur eine ist, die abstimmen möchte, die wählen möchte, dann sollte sie das auch können dürfen. Das haben wir als Grosser Rat so dem Regierungsrat übergeben und ich bin etwas überrascht gewesen, als ich den Bericht der GSK gelesen habe, dass da kein Schwerpunkt vorgesehen ist in den nächsten vier Jahren, dass da gar nichts vorgesehen ist, weil man müsste ja, es ist eine Verfassungsänderung, eine Abstimmung machen. Deswegen wäre ich dankbar, wenn der Regierungsrat vielleicht noch etwas dazu sagen könnte, wann dann diese Vorlage kommt, ob das noch in der Frist ist, das wäre der 19. Januar 2026, oder ob wir da länger warten müssen.

Ansonsten danke ich der GSK und dem Regierungsrat für den sehr interessanten Bericht und die Bemühungen auch der Fachstelle, die hier wirklich auch einiges leisten, eingedenk der Verbesserungsvorschläge von Oliver Bolliger und wünsche Ihnen einen schönen Abend, wenn es dann so weit ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Conradin Cramer möchte erwidern.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielleicht ganz kurz zuhanden von Oliver Thommen, ohne jetzt das hier in den Akten zu haben. Die Frage der Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts ist ja eine Frage einer Verfassungsänderung. Der Regierungsrat hat hier eine Kaskade mit Ihrem Einverständnis festgelegt, dass wir nämlich zuerst jetzt abgestimmt haben über die Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts auf Menschen ohne Schweizer Pass und das nächste, was folgen wird, ist Stimm- und Wahlrechtsalter 16 und dann danach die Frage einer Ausdehnung des Stimm- und Wahlrechts auf verbeiständete Personen. Das ist notwendig, weil wir nicht den Verfassungsartikel gleichzeitig in mehreren Punkten ändern können wegen Einheit der Materie. Deshalb diese Kaskade, die tatsächlich dazu führt, dass das erst mit etwas zeitlicher Verzögerung dann behandelt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der GSK verzichtet. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007094, 10.09.25 17:59:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat nimmt den Bericht des Regierungsrats zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 zur Kenntnis.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen.

Ich bedanke mich herzlich fürs Mitmachen und wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Schluss der 25. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 26. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP), Fina Girard (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

20. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo 2
21. Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo 3
22. Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo 6
23. Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo 13
25. Motion 1 Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich 16
26. Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen 16
27. Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen 21
28. Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer 22
29. Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen 29

Beginn der 26. Sitzung

Mittwoch, 17. September 2025, 09:00 Uhr

20. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:00:22, 23.5619.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Ergänzter Sitzungskalender: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir den Sitzungskalender für die Jahre 2028/2029 und 2029/2030 erstellt haben. Zusätzlich gab es eine Änderung bei der Januarsitzung im Jahr 2028. Dort war ursprünglich die erste Sitzung auf den 5. Januar 2028 festgelegt. Also dieser Kalender hat bereits existiert. Da der Regierungsrat an diesem Tag komplett abwesend sein wird, da er eine gesamtschweizerische Konferenz hat, beginnen wir erst eine Woche später mit den Januarsitzungen. Die gesamte Liste finden Sie bereits online.

Kaffeespende: Jean-Luc Perret feiert heute seinen Geburtstag und spendet uns zu diesem freudigen Anlass heute Morgen den Kaffee. Herzlichen Dank und alles Gute. *(Applaus)*

Wir fahren fort mit der Traktandenliste. Traktandum 20, Petition 474 «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen». Bericht der Petitionskommission. Diese beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen» wurde am Zukunftstag 2023 im Mädchenparlament ausgearbeitet. Um die Situation insbesondere von obdachlosen Menschen zu verbessern, wurde vom Grossen Rat konkret gefordert, Mittel für ein Begegnungszentrum und Wohnhaus bereitzustellen. Im Januar 2024 wurde die Petition an die Kommission überwiesen, die Vertreterinnen der Petentschaft wurden wie üblich zu einem Hearing eingeladen und konnten dort ihr Anliegen konkretisieren.

Im Haus für alle soll es eine Küche haben, in der sich Obdachlose eine Mahlzeit zubereiten können, das Essen soll aus einem öffentlich zugänglichen Foodsharing-Kühlschrank kommen und so weiter. Am Hearing nahm auch der Leiter der Sozialhilfe als Vertreter der Verwaltung teil und stellte sich auf den Standpunkt, dass der Grossteil der Forderungen der Petition bereits erfüllt sei. Auch der Schwarze Peter bestätigte in einer Stellungnahme die Informationen der Verwaltung und schätzte das Angebot an Schlafplätzen als ausreichend ein.

Die Petitionskommission stellte fest, dass der in der Petition geforderte Begegnungsort, also das Haus für alle, nicht existiert und dass es auch keine Analyse der Bedürfnisse von obdachlosen und armutsbetroffenen Menschen gibt. Sie anerkannte, dass Menschen ohne Wohnung sich tagsüber von einem Ort zum anderen bewegen müssen, oft mit ihren ganzen Habseligkeiten bei sich, was als entwürdigend und stressig empfunden wird. Auf der Basis der vorliegenden Informationen wurde das soziale Netz in Basel als gut ausgebaut bezeichnet, was aber nicht heisst, dass es keine Lücken aufweist. Sie beantragte deshalb, die Petition mit folgenden Fragen an den Regierungsrat zu überweisen. Ist der Regierungsrat bereit, für obdachlose Menschen ein Angebot unter einem Dach zu schaffen und eine dafür geeignete Liegenschaft zu suchen? Mit welchen anderen Ansätzen liesse sich die Hektik und der Stress der Betroffenen reduzieren? Warum gibt es keine vorübergehende fixe Bleibe für Obdachlose, die für ein paar Tage krank sind? Ist der Regierungsrat bereit, ein entsprechendes Angebot zu schaffen? Welche Lösungen zieht der Regierungsrat in Erwägung für nicht regularisierte Personen?

Mit diesen Fragen wurde die Petition dann im September 2024 an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres überwiesen, und der Regierungsrat hat im März 2025 seine Antworten an die PetKo verschickt. Darin verwies der Regierungsrat erneut auf die vielfältigen schon bestehenden Angebote für obdachlose Menschen und auf das Housing First Plus-Projekt, welches starten soll, sobald eine geeignete Liegenschaft gefunden wurde. Ausserdem wurde auf die Stellungnahme des Schwarzen Peters verwiesen, in der darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Annahme, dass Obdachlose unter sich sein wollen, ein Fehlschluss sei.

Dies war ein eigentliches Killerargument für die Forderung nach einem Haus für alle. Auch bei der Forderung nach einem Krankenzimmer für Obdachlose wurde darauf hingewiesen, dass es in einem solchen Fall schon Angebote zur angemessenen Unterbringung gebe. Bei der Frage nach Unterstützungsmöglichkeiten für nicht regularisierte Personen verwies der Regierungsrat auf die Regelung gemäss Bund, dass Menschen ohne Wohnsitz in der Schweiz von Aufenthaltskantonen nur im Rahmen der Nothilfe unterstützt werden können, und auch in diesem Fall sah der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen die Petitionskommission, die Petition als erledigt zu erklären, sie appelliert jedoch an den Regierungsrat, die Entwicklungen eng zu beobachten und weiterhin dafür zu sorgen, dass ein vielseitiges Angebot für die verschiedenen Bedürfnisse von armutsbetroffenen und obdachlosen Menschen mit und ohne Regularisierung zur Verfügung steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, ich habe keine Sprechen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Petition stillschweigend als erledigt erklärt.

Heidi Mück (BastA): Die Petition für ein Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz fordert Massnahmen, um die Sicherheit der zahlreichen Velofahrenden in diesem Streckenabschnitt und zugleich die Wohnqualität an der Wettsteinallee zu verbessern. Konkret soll die Wettsteinallee vom motorisierten Durchgangsverkehr entlastet werden.

Diese Petition wurde der PetKo im Oktober 2024 überwiesen, das Hearing mit Vertretern der Petentschaft und der Verwaltung fand im Juni dieses Jahres statt. Das Hearing ist sehr konstruktiv verlaufen, deshalb kann ich mich auch relativ kurz halten. Der Vertreter des BVD zeigte sich offen und bereit, das Anliegen der Petition zu prüfen und wenn immer auch möglich umzusetzen. Die Petentschaft zeigte sich ihrseits auch offen für andere Lösungen als in der Petition vorgeschlagen.

Die Petitionskommission war erfreut über diesen doch recht harmonischen Austausch und war auch der Meinung, dass eine stärkere Entflechtung von Auto- und Veloverkehr zwischen Riehenring und Wettsteinplatz grundsätzlich wünschenswert ist. Die Lösung, dass die Innere Wettsteinallee primär für den Veloverkehr und die Achse Riehenstrasse-Hammerstrasse primär für den MIV zur Verfügung stehen soll, wurde als prüfenswert erachtet. Es braucht aber noch eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile der auf dem Tisch liegenden Varianten.

Aus diesem Grund beantragt die Petitionskommission einstimmig, die vorliegende Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:09:07, 24.5444.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe Daniel Seiler als Fraktionssprecher für die FDP auf der Liste.

Daniel Seiler (FDP): Letzte Woche haben wir hier im Saal über eine wissenschaftliche Studie von der WWZ gesprochen. Ihre Aussagekraft wurde in Frage gestellt. Heute sprechen wir über eine Petition von 100 Leuten. Diese 100 Unterschriften sind aufgrund der Wettstein 21-Organisation zustande gekommen. Wir haben vor den Sommerferien schon darüber gesprochen. Es sind keine wirklichen Autofreunde, im Gegenteil, das sind eigentlich diese Leute, die eigentlich die Autofahrer aus dem Quartier komplett verdrängen wollen. Ich fände es in Zukunft eigentlich noch gut, wenn man dann im Bericht der Petitionskommission entsprechend aufführt, wie viele Leute effektiv unterschrieben haben, damit man nachher eine gewisse Relevanz hat. Ich erinnere an die 7777 Unterschriften gegen Tempo 30, die dann in der Schublade verschwunden sind.

Jetzt noch zum Inhalt: Wenn man jetzt in der Wettsteinallee eine Einbahnstrasse macht, dann wird die Zufahrt zu den Wohnhäusern zusätzlich extrem erschwert. Und wenn das BVD dann noch kommt und sagt, man könnte diese Zufahrten über die Thunerstrasse und über die Rheinfelderstrasse, dann muss man sagen, dass das genau diese Strassen sind, die A wie die Thunerstrasse heute schon eine Begegnungszone ist und von der Rheinfelderstrasse wird eben genau durch diese Wettstein 21-Organisation gewünscht, dass da eine Begegnungszone gemacht wird. Also Sie wollen Zufahrtsstrassen für die Quartierbewohner in Einbahnstrassen machen, die schon Begegnungszonen sind oder Begegnungszonen werden. Daher kann die FDP nicht einverstanden sein. Wir sind dafür, dass diese Petition als erledigt abgeschrieben wird,

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Votum von Daniel Seiler und der FDP absolut an. Es wäre eigentlich ganz einfach. Wir haben eine Strassennetz-Hierarchie, in der festgelegt ist, welche Strassen für den Verkehr gedacht sind und durch welche weniger Verkehr fliessen sollte, wo mehr das Quartier ist. Aber wenn man natürlich überall, wo es nur geht, den Verkehr künstlich staut, die Autos ausbremst, dann wird genau das passieren, dass man als Autofahrer alternative Routen sucht, wo man dann, obwohl man im Zickzack durch das Quartier fährt, noch schneller ist.

Die SVP-Fraktion befürwortet eine Entflechtung, das ist gut, das ist auch für die Sicherheit. Allerdings ist die Lösung viel einfacher. Lassen wir auf den Hauptverkehrsachsen diesen Verkehr wieder fliessen, der notwendige Verkehr, er wird nicht verschwinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heisst, wir müssen schauen, dass auf diesen Strassen hier der Verkehr wieder fahren können, dann werden die Autofahrer auch nicht eine Ausweichroute suchen. Und es ist auch keine Lösung, hier gewisse Strassen mit Einbahnverkehr zu sperren, wie auch immer, weil er einfach woanders sein wird. Es gibt einfach eine Verlagerung, weil der Verkehr nicht verschwinden wird. Er sucht sich alternative Wege. Und deshalb sprechen wir uns hier ebenfalls dafür aus, dass die Petition für erledigt erklärt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: BFür die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Es hat mich sehr gefreut, dass der Kanton diese Petition mit so offenen Ohren aufgenommen hat. Ich denke, es gibt einen Unterschied zwischen Petitionen und Umfragen und Studien. Es gibt doch Standards für Studien, und wenn die nicht erfüllt werden, ist es eben eine Umfrage, wie das Beda Baumgartner schön erklärt hat letzte Woche. Hier haben wir eine Petition, die aber der erste Unterschrift eingereicht werden kann und begutachtet werden muss. Die Anzahl an Unterschriften kann selbstverständlich als Dringlichkeitsfrage berücksichtigt werden, aber grundsätzlich gilt eine Petition ab der ersten Unterschrift.

Nun zum Inhalt: Ich glaube, wichtig ist, dass es ein Bedürfnis ist. Es fahren dort viele Velofahrerinnen und Velofahrer durch, ich habe das auch schon häufig erlebt und wir müssen für alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen sichere Bedingungen herstellen. Mit den Forderungen aus der Petition wird dies meines Erachtens erreicht und es würde mich freuen, wenn die Regierung hier Vorschläge bringt, die dann für alle ein gangbarer Weg sind.

Laetitia Block, ja, der Verkehr wird nicht verschwinden, aber ich glaube, gewisse Verkehrsmittel werden verschwinden. Wir erleben bereits jetzt, wie sich doch einiges wandelt in der Stadt, immer weniger Personen besitzen tatsächlich ein Auto, immer mehr Personen steigen um auf das Fahrrad oder auf die ÖV-Nutzung, die ja auch wieder höher ist als auch schon. Wir müssen auf diese Veränderungen reagieren bei unseren Strassen, auch bei unserer Strassenhierarchie. Wir dürfen auch entscheiden, wie wir leben wollen in dieser Stadt, wie wir fahren wollen in dieser Stadt. Hier hat ein Teil der Anwohnenden oder der Einwohner einen Input gegeben, schauen wir uns den an, ich denke, er ist sehr gut.

Ein sehr wichtiges Anliegen ist mir noch als ProVelo-Präsidentin: Die Solitude ist ein sehr enger Platz. Ich bekomme immer unglaublich viele Nachrichten dort auch von Personen, die sehr unglücklich sind mit der Situation dort und ich bin überzeugt, je mehr wir die Situation verbessern im Quartier Wettstein, umso mehr gibt es eine Entlastung bei der Solitude. Und ich glaube, das ist ein Vorteil für uns alle. Darum denke ich, könnte das ein grosser Gewinn sein mit dieser Einbahnführung.

Wir bitten Sie, die Petition zu überweisen an den Regierungsrat und wir sind gespannt auf die Antworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Daniel Seiler und von Jenny Schweizer. Sie werden entgegengenommen. Daniel Seiler hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Bezüglich Solitude sind wir ja grundsätzlich gleicher Meinung, aber den Zusammenhang zwischen der Wettsteinallee und der Solitude verstehe ich nicht, den müssen Sie mir erklären.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Sehr gerne. Mir ist es ein Anliegen, dass wir die Velofahrerinnen und Velofahrer in der Tendenz wegbekommen von der Solitude, weil ich denke, es muss dort für die FussgängerInnen sein. Ein sicheres Quartier führt dazu, dass die Leute vielleicht den Umweg über das Quartier in Kauf nehmen, um nach Rhiehen oder sonst wohin zu kommen

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Wie sehen Sie die Problematik für die Blaulichtorganisationen, wenn Sie in der Wettsteinallee eine Einbahnstrasse machen?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Das kann ich jetzt so nicht einschätzen, aber ich denke, wenn wir eine Verbesserung in der Verkehrsführung haben, ist das auch für die Blaulichtorganisationen kein Problem. Wenn sie blinken und schnell fahren, dann dürfen sie auch auf der Grenzacherstrasse zum Beispiel schnell fahren und es gibt Umwege.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Tim Cuénod für die SP.

Tim Cuénod (SP): Ich hatte das Glück, sechs Monate quasi im Gastspiel in der Petitionskommission sein zu können, und ich muss sagen, das war wirklich einer der interessanteren Fälle einer Petition, nur schon deswegen, weil sie etwas fordert, was eigentlich ziemlich naheliegend ist. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich durch die Wettsteinallee fahre, was gelegentlich vorkommt, ist gerade zu Stosszeiten häufig eine durchaus aggressive Stimmung spürbar, und zwar nicht nur zwischen Velofahrern und Automobilisten, sondern zum Beispiel auch zwischen Automobilisten untereinander. Die Platzverhältnisse sind doch nicht wahnsinnig grosszügig und wenn sich Autos entgegenfahren und eines davon ist besonders breit, dann kann es schon sein, dass der eine oder die andere wild gestikuliert, sein Gegenüber solle jetzt gefälligst ein paar Meter zurückfahren und so weiter. Also es ist nicht wirklich eine gute Situation und es ist schon heute eine Achse, die für den Veloverkehr wichtig ist, die es in Zukunft noch mehr sein könnte. Und wenn wir es schaffen, durch eine Einbahnstrasse zu schauen, dass wirklich die Strassennetzhierarchie eben gestärkt wird dadurch, dass man sagt, Autos sollen vom Wettsteinplatz via Hammerstrasse, Riehenstrasse, Riehenring und vice versa möglichst fahren und nicht zwingend dort durch, dann wäre das, denke ich, ein grosser Fortschritt, und ich glaube, nicht nur würde die Veloachse attraktiver, man könnte auch einiges von der manchmal gehässigen Stimmung reduzieren, die an dieser Stelle besteht.

Insofern ist diese Petition relativ naheliegend. Von Begehrlichkeiten, was die kleinen genannten Strassen anbelangt, Thunerstrasse, Rheinfelderstrasse, habe ich jetzt noch nichts gehört. Ich denke aber, die Achse, die sich anbietet, um diesen Weg zu gehen, ist wie gesagt eine andere. In diesem Sinne denke ich, es ist im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden, hier eine Änderung zu machen und bitte Sie namens der SP-Fraktion, der Überweisung dieser Petition zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es handelt sich nicht um eine Begehrlichkeit, sondern es handelt sich um einen Lösungsansatz, den Verkehr durch eine Begegnungszone zu leiten. Ist das Ihrer Meinung nach die Lösung in diesem Quartier?

Tim Cuénod (SP): Nein, nicht unbedingt. Für die Erschliessung steht ja aber, wie schon erwähnt, eine andere Achse zur Verfügung, die dafür wesentlich günstiger wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat die Kommissionssprecherin Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Besten Dank für die spannende Diskussion, die mich ein wenig überrascht, weil das Hearing und die Diskussion innerhalb der Petitionskommission wirklich sehr harmonisch waren. Wir waren uns eigentlich alle einig, dass es da eine Entflechtung braucht. Nur einen Punkt möchte ich noch sagen. Es wurden die Unterschriftenzahlen erwähnt. Für die Petitionskommission gilt wirklich der Grundsatz, dass eine Petition ein demokratisches Recht ist. Wir haben Anliegen – und das sehen Sie auch heute, wir haben vier Petitionen – wir haben Anliegen aus dem Mädchenparlament, wir haben Anliegen von Schülerinnen und Schülern, wir hatten schon Kinderpetitionen, es gibt Petitionen auch von Parteien und so weiter, also ganz viele verschiedene Menschen mit verschiedenen Ressourcen. Wir behandeln eigentlich die Petitionen, die wir entgegennehmen, sofern sie nicht einen völlig abwegigen Inhalt haben, alle gleich, unabhängig von der Unterschriftenzahl.

Wir nehmen sie alle gleich ernst. Das ist mir einfach wichtig, das noch mitzuteilen. Ich beantrage noch einmal im Namen der einstimmigen Petitionskommission, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur ersten Abstimmung. Daniel Seiler und Laetitia Block beantragen, die Petition als erledigt zu erklären.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007133, 17.09.25 09:22:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, dass die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen wird mit 62 gegen 32 Stimmen bei einer Enthaltung.

22. Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo

[17.09.25 09:23:06, 24.5450.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat die Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Diese Petition «Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden» wurde von der Schüler:innenorganisation des Gymnasiums Bäumlihof lanciert. Sie wurde im November 2024 der PetKo überwiesen. Im Juni fand ein Hearing mit zwei Vertretern der Schüler:innenorganisation und einer Vertreterin des Elternrats der Primarschule Hirzbrunnen und einem Vertreter des BVD statt. Die beiden anwesenden Schüler haben leidenschaftlich, mit guten Argumenten und auch mit grossem rhetorischen Geschick ihr Anliegen vertreten, unterstützt durch die Elternvertreterin. Hier eine kleine Zusammenfassung der Ausführungen.

Der Schulcampus Bäumlihof an der Strasse Zu den drei Linden kann mit Recht als grösster Schulstandort von Basel bezeichnet werden. Insgesamt besuchen ca. 2'500 Schüler:innen vom Kindergarten bis zum Gymnasium eine der Schulen auf dem Campus. Zudem nutzen auch viele Vereine die Räumlichkeiten. Die Strasse Zu den drei Linden ist eine kleine, schmale Strasse, die aber zu Stosszeiten völlig überlaufen ist, insbesondere die zahlreichen Elterntaxis, die ihre Kinder im Halteverbot aussteigen lassen und dann wieder Richtung Allmendstrasse weiterfahren, verstopfen die Strasse. Einzelne Velofahrende weichen dann auf das Trottoir aus und es entsteht regelmässig ein Verkehrschaos. Diese Situation überfordert insbesondere jüngere Schüler:innen und ist auch gefährlich.

Um dies zu entschärfen, schlägt die Petentschaft vor, dass die Strasse Zu den drei Linden von der Bäumlihofstrasse bis zum Olsbergerweg zu einer Schulstrasse nach dem Rahmenkonzept des VCS umgewandelt werden soll. Dies würde keine baulichen Massnahmen erfordern und die Zufahrt zum Ausbildungszentrum des Zivilschutzes für Behindertentransporte und für den Güterumschlag sei weiterhin möglich. Auf Rückfrage bestätigten die Schüler, dass die Petition von allen Schulleitungen mitgetragen wird. Das Problem mit den Elterntaxis werde von den Schulleitungen und den Elternräten immer wieder thematisiert und die Eltern werden angesprochen und auf die Bedeutung des Schulwegs als Erlebnis für die Kinder hingewiesen, allerdings leider mit wenig Resonanz.

Der Vertreter des BVD bestätigte, dass das Koordinationsgremium Schulwegsicherheit, KOGESSI, sich schon mehrmals mit der Strasse Zu den drei Linden befasst habe. In den letzten zehn Jahren wurden fünf Unfälle registriert, zwei davon mit Personenschaden, die jedoch entweder in der Nacht oder tagsüber ohne Bezug zur Schule passiert sind. Damit von Verwaltungsseite ein Fahrverbot angeordnet wird, müssen drei Kriterien erfüllt sein: Notwendigkeit, Zweckmässigkeit und Verhältnismässigkeit. Basierend auf diesen drei Kriterien sei die KOGESSI zum Schluss gekommen, hier nichts zu unternehmen.

Anerkannt wurde vom Vertreter der Verwaltung schliesslich aber doch, dass es immer wieder Rückmeldungen aus der Bevölkerung und eben diese Petition gibt. Hier wurde eine Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit und subjektivem Sicherheitsempfinden festgestellt. Viele Schüler:innen und auch deren Eltern seien der Meinung, die Sicherheit auf diesem Strassenabschnitt sei nicht ausreichend. Aus diesem Grund erklärte sich der Vertreter des BVD trotz der Vorbehalte der KOGESSI bereit, die Situation noch einmal vertieft zu prüfen und nach einer möglichst befriedigenden Lösung zu suchen. Er verwies auch auf die im April überwiesene Motion von Tonja Zürcher betreffend «Schulwegsicherheit rasch und konkret umzusetzen». Die Überweisung dieser Motion bedeute einen Auftrag, die Schulwege innerhalb von vier Jahren sicherer zu machen, und dieser Auftrag werde von der Verwaltung ernst genommen. Eine Sperrung der Strasse sei jedoch nicht einfach durchsetzbar und das im Petitionstext erwähnte Konzept der Schulstrasse sei noch nirgends umgesetzt worden. Zudem seien Schulstrassen rechtlich nicht verankert.

Das Thema Schulwegsicherheit ist gemäss PetKo ein politisches Thema mit hoher Priorität. Diese Petition ist nicht die erste, die sich um dieses Thema dreht. Die Kommission stufte die von den Schülern geschilderte und von der Elternvertretung mit Fotos belegte Situation als untragbar ein. Sie sah sich aber ausserstande zu beurteilen, welche Massnahmen sich für die Erhöhung der Schulwegsicherheit beim Campus Bäumlihof eignen. Die Kommission unterstützt das Anliegen der Petition grundsätzlich und kann sich ein temporäres Fahrverbot in der Strasse Zu den drei Linden durchaus vorstellen. Sie beantragt dem Grossen Rat wiederum einstimmig, die Petition Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Bearbeitung der Motion betreffend «Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen» von Tonja Zürcher zu überweisen. Die Kommission bittet den Regierungsrat, eine Lösung zu suchen, die nicht erst in ein paar Jahren umsetzungsreif ist, sondern auch Sofortmassnahmen in Betracht ziehe, insbesondere die Aufhebung einiger Parkplätze im Eingangsbereich zum Kindergarten und Schulhaus Hirzbrunnen wird explizit als mögliche Sofortmassnahme genannt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Redner:innenliste steigen, möchte ich unseren Besuch begrüssen. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse von Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden des Campus für Gesundheit Münchenstein, Lernende von Basel-Landschaft wie auch von Basel-Stadt, die im Gesundheitsbereich ausgebildet werden. Die Klasse ist mit Lehrperson Katharina Wolf hier und ihre Leitfrage im Unterricht lautet «Leben wir in der besten Demokratie der Welt?» Schön, dass euch dieses Thema zu uns führt. Herzlich willkommen. (Applaus).

Nun kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA hat das Wort Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Als Präsidentin der Schulkommission des Bäumlhofgymnasiums weiss ich, dass das Begehren dieser Petition intern schon seit mehreren Schülergenerationen auf dem Tisch liegt. Sie war schon auf der To-Do-Liste, bevor ich mein Amt übernommen habe. Der Wunsch des Schülerrates, endlich eine bessere Situation für alle drei Schulen sowie den Kindergarten erreichen zu können, war schon länger am Brodeln. Morgens gehen auf diesen paar 100 Metern, wir haben es gehört, mehrere Tausend Kinder und ja, der Strassenraum ist eng und die Bedürfnisse sind vielfältig. Die Petitionskommission zeigt diesen Aspekt sowie mögliche Lösungen sehr gut auf und fordert die Verwaltung auf, auch hier etwas zu tun.

Allerdings überzeugt mich die Haltung der Verwaltung im Bericht nicht, und zwar überhaupt nicht. Schulen können jedes Jahr ihre Appelle durchführen, mit immer neuen Schüler:innen kommen eben auch immer neue, nicht unbedingt einsichtige Elterngenerationen an die Schulen. Dies ist deshalb auch eine wirklich gröbere Sisyphusarbeit für die Schulen, die viel zu viel Zeit verbraucht. Ich bitte Sie deshalb wirklich, dieses Anliegen ernst zu nehmen und mit der Umsetzung eine klare technische Verbesserung wieder zurückzukommen, und zwar zeitgerecht. Schulstrassen sind okay, hier darf meiner Ansicht nach auch an einen Poller gedacht werden, dieser ist für die Sicherheit von 2000 Kindern und die Lehrkräfte sicherlich nicht verschwendet.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, die vorliegende Petition der Regierung zur Umsetzung, und zwar in zeitlich übersichtlichem Rahmen, zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: War das ein Antrag zur Stellungnahme oder zur abschliessenden Behandlung?

Brigitta Gerber (BastA): Zur abschliessenden Behandlung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank. Die nächste Fraktionssprecherin ist Silvia Schweizer für die FDP.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion teilt das Anliegen der Petition, die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen und das Problem der Elterntaxis zu entschärfen. Dennoch betrachten wir die Petition als erledigt, da die vorgeschlagene Umsetzung nicht praktikabel ist. Und glauben Sie mir, ich ging dort schon in die Primarschule und alle meine Kinder gingen auf diesen Campus.

Das Konzept der vorgeschlagenen Schulstrasse ist rechtlich nicht verankert. Die Signalisation und Durchsetzung eines Fahrverbots mit Ausnahmen wäre viel zu kompliziert und fehleranfällig. Eine Sperrung würde das Problem der Elterntaxis lediglich auf andere Strassen, namentlich auf die Bäumlihofstrasse verschieben und die Situation für Anwohner, Schüler und Verkehrsteilnehmer verschärfen. Dass sich gemäss Petitionskommission die breite Bäumlihofstrasse deutlich besser eigene zum Aussteigenlassen der Kinder als die schmale Strasse Zu den drei Linden kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bäumlihofstrasse zwischen Basel und Riehen beträgt in der Regel 50 Stundenkilometer. Da lässt man bestimmt keine Kinder ein- und aussteigen. Pollerabschrankungen und Ausnahmebewilligungen verursachen erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand, ohne die Sicherheit nachhaltig zu verbessern.

Wir von der FDP befürworten gezielte Massnahmen wie Halteverbotszonen, die Aufhebung von Parkplätzen vor Schuleingängen und die verstärkte Sensibilisierung der Eltern durch die Schulleitungen. Diese sind einfacher, wirkungsvoller und auch schneller umzusetzen. Wir betrachten die Petition als erledigt und vertrauen darauf, dass der Regierungsrat realistische und nachhaltige Massnahmen zur Schulwegsicherheit im ganzen Kanton entwickelt, wie es auch die Motion Zürcher verlangt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Auch die SVP beantragt Ihnen, diese Petition für erledigt zu erklären. Die Verkehrssicherheit, welche als wichtiges Argument hier aufgeführt wird, ist selbstverständlich auch uns ein Anliegen. Deshalb haben wir volles Verständnis, dass die Höchstgeschwindigkeit in dieser Strasse vor vielleicht 20 Jahren von 50 auf 30 heruntergeschraubt wurde und vor einigen Jahren weiter von 30 auf 20 heruntergeschraubt wurde, dass auch der Zweiwegverkehr zu einem Einbahnregime geändert wurde und somit jede Menge Massnahmen ergriffen wurden bereits, um die Verkehrssicherheit dieser Strasse zu erhöhen. Die Petentschaft fordert jedoch nicht, dass man mit Mofas, E-Bikes, E-Trotinetts und selbstverständlich mit Velos hier nicht mehr durchfahren darf. All diese Zweiradfahrzeuge dürfen auch im Gegenverkehr hier weiterhin durchfahren und Sie wissen alle, meine Damen und Herren, für diese Verkehrsteilnehmer ist die Höchstgeschwindigkeit 20 häufig eine Empfehlung, aber selten verbindlich. Das heisst, wenn wir von Verkehrssicherheit sprechen, dann müssen wir auch diese Verkehrsteilnehmer hier mit einbeziehen. In der Litanei von Ausnahmen, die von der Petition vorgeschlagen wird, wahrscheinlich im Wissen darum, wie schwierig es ist, dieses Anliegen umzusetzen, fällt zudem auch auf, dass man für die Lastwagen den Güterumschlag weiterhin zulassen will. Ja, logisch, die Mensa braucht weiterhin Nahrungsmittel und die müssen irgendwie dahingebracht werden. Ich betreibe selbst Lastwagen, ich kann Ihnen sagen, wenn Sie den Güterumschlag weiterhin zulassen, dann werden genau gleich viele Lastwagen weiterhin dahinfahren wie bisher, weil es käme keinem Lastwagenfahrenden in den Sinn, diese Strasse zu nutzen, wenn er nicht unbedingt dahin fahren muss, um etwas auszuliefern oder abzuholen. Das heisst also, auch bei den Lastwagen erreichen Sie hinsichtlich der Verkehrssicherheit mit dieser Petition rein gar nichts.

Deshalb mein Verdacht, es geht hier nicht um Verkehrssicherheit, sondern es geht ausschliesslich um das Thema Elterntaxis. Und ja, da habe ich sogar ein gewisses Verständnis dafür. Ich habe meine drei Kinder in meinem Leben nie in den Schulunterricht gebracht oder vom Schulunterricht abgeholt mit dem Auto, nie. Auch ich finde es falsch, wenn die Eltern das Gefühl haben, dass man damit den Kindern einen Gefallen tut. Es mag Situationen geben, ich denke an einen Beinbruch oder weiss ich was, wo das selbstverständlich nachvollziehbar ist, dass man jemanden abholen muss oder bringen muss, aber in der Regel sollte das nicht nötig sein.

Aber wenn wir jetzt das konsequent zu Ende denken, wollen wir dann wirklich jede Schulzufahrtsstrasse von jeder Seite in Zukunft mit einem Fahrverbot versehen? Weil dann sind wir konsequent. Dann dürfen wir aber nicht über eine Schule und

eine Strasse zu dieser Schule sprechen, sondern dann müssen wir das Thema grundsätzlicher angehen und dann, Sie sehen es, sind Verkehrsmassnahmen der falsche Weg und dann müssen wir das wirklich über die Schulung von Eltern und über Massnahmen gegenüber den Eltern, auch wenn das jedes Jahr neue Eltern sind, tun und nicht über Verkehrsleitmassnahmen.

Ich habe vorhin gesagt, ich habe meine Kinder nie zum Schulunterricht gebracht, trotzdem war ich auch Elterntaxifahrer und zwar genau zu dieser Schule und etliche Male. Meine Töchter haben Kunstturnen gemacht, die eine hat mit vier Jahren begonnen, die andere mit fünf Jahren. Der Kunstturnunterricht endet um 20 Uhr und ich glaube nicht, dass sie erwarten, dass 4- bis 5-jährige Mädchen um 20 Uhr im Winter bei Dunkelheit alleine mit dem ÖV nach Hause gehen. Vom Fahrrad wollen wir schon gar nicht sprechen. Da komme ich nicht darum herum, die abzuholen und ja, da habe ich dann auch das Auto eingesetzt. Und meine Töchter sind beileibe nicht die einzigen jungen Mädchen gewesen, die das gemacht haben und entsprechend war ich auch beileibe nicht der einzige Papa, der sie abgeholt hat. Das heisst in der Konsequenz, wenn diese Petition umgesetzt würde, dann könnte Kutu Basel den Kunstturnunterricht nicht mehr in diesem Campus durchführen. Da müssen wir einfach einen anderen Campus suchen für die. Es hat auch eine Schwimmhalle dort. Sie wissen, es gibt nicht wahnsinnig viele Schwimmhallen in Basel, also müssen Sie auch für Kleinkinderschwimmkurse eine andere Lösung suchen. Und irgendwann wird das Ganze einfach nicht mehr zu managen.

Entsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, dass wir diese Petition, die so nicht umsetzbar ist, für erledigt erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Diese wird entgegengenommen.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Mich nimmt es Wunder, wie viele Schülerinnen und Schüler oder Kunstturnerinnen und Kunstturner oder Schwimmerinnen und Schwimmer um 20 Uhr abends gleichzeitig abgeholt werden müssen. In diesen Zeiten, die prekär sind bei der Schule, sind es extrem viele Kinder in einem Moment.

Lorenz Amiet (SVP): Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele das sind, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich um 20 Uhr auch schon Probleme hatte, das Auto abzustellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Alex Ebi. Sie wird entgegengenommen.

Alex Ebi (LDP): Wäre es nicht möglich, die Zufahrtsberechtigung ab 17.30 Uhr abends wieder zu gestatten?

Lorenz Amiet (SVP): Dann möchten Sie also, dass ich die vier- bis fünf-jährigen Töchter zwar abholen, aber nie hinbringen darf?

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin für die Mitte/EVP.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich bin hier Fraktionssprecherin, aber natürlich, das wissen Sie, auch direkt betroffen als Lehrperson am Gymnasium Bäumlihof. Man muss diese Situation ein bisschen erlebt haben. Wenn man es beschönigen will, kann man sagen, es ist ein Erlebnis morgens um 10 vor 8 Uhr auf dieser Strasse, vergleichbar mit einem Weltcupslalomrennen im Umfeld des Morgenstreichs. In dieser Art fühlt sich das an, wenn man mit dem Fahrrad zur Schule kommt. Es wuselt von unzähligen Kindern, von sehr Kleinen zu Fuss über auf dem Trottinett, zu Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Lehrpersonen, die dort unterwegs sind mit verschiedenen Verkehrsmitteln, vor allem Velo, zu Fuss und Trottinett. Und vielleicht, wenn man weiss, wie Primarschulkinder unterwegs sind, dann ist man auf dem rechten Trottoir, der beste Kollege läuft links und zack, geht man schnell rüber, als Velofahrer bremst man. Das ist schon ohne Autos, zugegebenermassen, ein Erlebnis.

Früher war das Erlebnis noch toller, als nämlich frisch auch das Gymnasium um 8 Uhr begonnen hat, ist wirklich immer pünktlich um Viertel vor acht noch die Müllabfuhr durch die Strasse gefahren. Das hat sich jetzt zum Glück geändert. Nun kommen in diesen Mix hinein noch diese Autos, die erstens auf der Strasse, wenn sie fahrend unterwegs sind, zusätzlich verstopfen, aber auch im Moment des Anhaltens die Übersichtlichkeit verschlechtern.

All dies muss man vor Augen haben. Es ist also darum weniger ein Erlebnis, auch wenn ich es jetzt so geschildert habe, sondern eine Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, bis zur Schule zu kommen, ohne jemanden über den Haufen zu fahren und ohne Herzinfarkt, wenn man zehn Mal abrupt bremsen musste. Das ist der Hintergrund. Und schon seit einiger Zeit gab es immer wieder Bemühungen, erstens Sensibilisierung der Eltern. Dem stimme ich zu, leider nutzt es nicht. Die Schulleitungen versuchen wirklich sehr konsequent an Elternabenden, mit den Briefen an die Eltern von der Schulleitung her und so weiter zu sensibilisieren, dass es nicht gut und nicht sinnvoll ist, ein Elterntaxi zu betreiben. Und es scheint halt nicht bei allen anzukommen. Es ist auch so, dass auch andere Fragen, wie man es lösen konnte, bisher keine Konsequenz hat. Nun hat die Schülerorganisation des Gymnasiums Bäumlihof das an die Hand genommen und versucht, über eine Petition auf eine andere Weise eine Wirkung zu erzielen. Und mir scheint, jetzt wird der Schülerorganisation um die Ohren geschlagen, dass sie nicht einfach hingeschrieben haben, liebe Petitionskommission, lieber Grossrat, ändert doch etwas, dass es besser wird, sondern dass sie sehr differenzierte Abklärungen vorgenommen haben und einen recht differenzierten Vorschlag machen, der jetzt möglicherweise vielleicht nicht das Gelbe vom Ei ist, weil es noch andere Dinge zu bedenken gibt. Jetzt zu sagen, wir müssen das als erledigt abschreiben, weil diese Petenten eigentlich zu gut gearbeitet haben für Petenten – die haben eigentlich fast schon Verwaltungsarbeit verrichtet in ihren Abklärungen – deshalb die Petition als erledigt zu erklären, obwohl schon in der Diskussion in der Petitionskommission andere Zugänge und Möglichkeiten angesprochen wurden, scheint mir jetzt der falsche Weg. Statt zu sagen, also gut, da ist ein Problem, es wurde über Jahre versucht, das zu ändern, es ist nichts passiert, jetzt haben das sogar Schüler an die Hand genommen und sich hoch engagiert eingebracht. Jetzt muss das wirklich angegangen werden, nicht auf St. Nimmerleinstag hinausgeschoben werden. Jetzt sagen wir, die Regierung soll das bitte schön klären und eine Lösung präsentieren, die irgendwo diese Situation verbessert. Das scheint mir einfach angebracht, das jetzt nicht so abzuschmettern mit diesen vorgebrachten Argumenten.

Zur Frage der LKWs: Die LKWs kommen zum Glück nicht um 10 vor 8, weil auch die Mensa-Zulieferer erstens sowieso früher kommen müssen, weil die Mensa schon das Material braucht oder dann kommen sie tagsüber für den nächsten Tag. Das ist eigentlich nicht das Problem in dieser Zeit. Und ja, es geht auch um die Elterntaxis und diese Probleme, aber nicht ausschliesslich, wenn man eben dieses Erlebnis regelmässig hat, dann weiss man, dass es nicht nur darum geht, diesen Elterntaxis per se aus pädagogischen Gründen einen Riegel vorzuschieben, sondern weil es wirklich auf der Strasse unangenehm ist, unterwegs zu sein.

Dann ist es auch nicht so, dass jetzt für jede Schule an jedem Ort das sein muss, denn es steht ja im Text, es wurde auch gesagt vorhin von der Petitionskommissionspräsidentin, an dieser Strasse sind vier Schulen, das ist nicht eine Schule, vier Schulen, 2'500 Menschen, die da unterwegs sind. Das ist nicht wie jede Strasse, an der eine Schule ist, sondern es ist eine spezielle Situation.

Und das Problem mit dem Sport: Es steht im Text der Petitionskommission, man könnte auch eine Sperrung von 7 bis 17 Uhr machen. Das ist ja nicht in Stein gemeisselt. Vielleicht kommt man zum Schluss, dass 16.30 Uhr reicht, weil ja zum Beispiel die Primarschule doch um 16 Uhr Schulende hat und dann die Menge der Schülerinnen und Schüler, die gleichzeitig unterwegs sind, abnimmt. Und vor 16.30 Uhr sind noch keine ausserschulischen Belegungen in den Turnhallen. Und so nebenbei, man kann das Kind ja auch mit dem ÖV oder mit dem Velo mit Anhänger bringen.

Also, das sind ein paar Gründe, warum ich Sie doch sehr bitten möchte, jetzt nicht einfach hier das Kind mit dem Bad auszuschütten, sondern zu sagen, dass man dieses Problem angeht und darum der Regierung die Petition zur Weiterbehandlung überweist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Besten Dank für Ihre Idee, die Kinder mit dem Veloanhänger hinzubringen. Kennen Sie das Einzugsgebiet von Kutu Basel?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich sage ja auch, dass man es natürlich nicht primär darüber lösen soll, dass bei der Abklärung geschaut wird, was ein sinnvoller Zeitrahmen ist, falls es ein temporäres Verbot sein soll, und dann ist es vielleicht eben ab 16.30 Uhr. Der andere Vorschlag ist nur, weil Sie Schwierigkeiten haben, einen Parkplatz zu finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Jo Vergeat für die GRÜNEN/jgb..

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich weiss gar nicht, ob ich jetzt noch ein besseres Plädoyer hinbekomme, als das, das wir schon gehört haben, aber ich möchte einfach noch einmal kurz darauf hinweisen, dass wir keinen Gesetzesvorschlag diskutieren

und keine zwingende Motion, sondern eine Petition. Sie hat einen Vorschlag gemacht. Wir haben in der Petitionskommission extrem sachlich und ruhig darüber diskutiert, dass wir hier Lösungen finden müssen. Wir waren uns als Petitionskommission einig, dass diese Situation unhaltbar ist. Wir haben Bilder gesehen, wir haben Schilderungen gehört und was ich eigentlich das Eindrücklichste finde, ist, dass hier Leute erzählen von ihren Kindern – ich habe keine Kinder, ich ging auch nicht da zur Schule – und trotzdem ist das schon ein Thema seit über gefühlten 25 Jahren. Also das ist ein Riesenthema, diese Schule wurde grösser, wir haben die Zahl von 2'500 Schüler:innen gehört. Das fängt an bei ganz kleinen Kindergärtner:innen, denen wir wünschen, dass sie ihren Kindergartenweg alleine bewältigen können. Ja, diese Wege sind schwierig, sie sind auch schwierig für Primarschüler:innen in der Innenstadt, wir haben die Diskussionen ständig, aber die Bilder, die man da sieht und diese unterschiedlichen Niveaus von Schüler:innen, die da an diesen Ort gelangen müssen, sind wirklich ausserordentlich für mich.

Und was ich auch wirklich beeindruckend finde, ist, dass wir uns immer wünschen, dass Kinder und Jugendliche lernen, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen, mitzudenken. Hier haben wir jetzt Gymnasiasten, die sich einsetzen für die Kleinsten, weil sie gerade selbst festgestellt haben, dass sie als Grosse schon fast Erwachsene auf dem Velo diese Situation meistern können, aber dass eben die Kleinen das nicht können. Ich weiss nicht, ob sie mal bei der Rittergasse waren, wenn die Schule losgeht. Sobald diese Kinder das Schulhaus sehen, schauen sie nicht mehr ganz so genau hin, wo die Strasse ist. Und da handelt es sich nur um eine Begegnungszone und das ist schon gefährlich.

Hier haben wir jetzt eine Seitenstrasse, die wirkt gar nicht so gefährlich wie eine Hauptstrasse, weil man hat nicht immer das Gefühl, da kommt etwas. Darum sind die Kinder sowieso wenig aufmerksam,. Man hat keine Fussgängerstreifen, das heisst, wir wissen gar nicht genau, was wir den Kindern erklären. «Schaut links und rechts, aber geht nicht zwischen den Autos, aber schaut hinter dem Auto langsam hervor.» Aber auf der anderen Seite wartet vielleicht das Gespänli und man ist ganz aufgeregt.

Also dass wir hier reagieren müssen und dass es jetzt den Grossen Rat braucht, damit da jetzt wirklich etwas geschehen kann, das können wir nicht leugnen, und Erledigen wäre ein falsches Zeichen, auch wenn ich nachvollziehen kann, dass es Massnahmen gibt, die sich vielleicht nicht eignen und dass wir über diese diskutieren. Aber das hier einfach als erledigt abzuschreiben, das finde ich fast ein bisschen feige, weil wir dann einfach sagen, also bitte schaut, wie das weiter vor sich hintrödelt, wir haben jetzt mehrere Versuche durch unterschiedlichste Gremien, aber wir als Grosser Rat nehmen das nicht ernst. Doch, wir nehmen das ernst, wir nehmen die Schulsicherheit ernst. Und da bin ich überzeugt, das macht auch die SVP und die FDP und darum ist Erledigen einfach das falsche Zeichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn wir die Schulsicherheit ernst nehmen wollen, sind Sie dann mit mir einig, dass wir eigentlich auch E-Velos, E-Trotinetts und Mofas und so weiter dort verbieten müssten?

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich bin vielleicht nicht per se für ein Verbot, aber wenn man diesen Weg sperrt, dann können wir diskutieren, was eine solche Sperrung bedeutet. Ich bin da tatsächlich nicht ganz abgeneigt, denn ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass viele E-Fahrzeuge auf keine Temporeduzierung eingehen. Oder man überlegt sich, welche Tempo reduzierende Massnahmen es gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ismail Mahmoud für die SP.

Ismail Mahmoud (SP): Ich habe eigentlich gar nicht mehr viel hinzuzufügen, es wurde schon so viel gesagt. Die Schulwegsicherheit ist enorm wichtig, sie geniesst auch zu Recht diese hohe Priorität, das zeigt ja auch die Überweisung der Motion Zürcher Schulwegsicherheit. Wir haben gehört, die Situation ist eigentlich untragbar, es ist unsicher, es ist ein riesiges Durcheinander, man kann es als Erlebnis, als grosse Herausforderung sehen, aber eigentlich geht das so auf keinen Fall.

Ich möchte eigentlich an dieser Stelle nur daran erinnern, was die Möglichkeiten der Petitionskommission grundsätzlich sind. Die Petitionskommission kann Petitionen zur Stellungnahme an den Regierungsrat überweisen. Das heisst, wir wollen noch mehr wissen, wir stellen Rückfragen, bekommen dann eine Stellungnahme und können dann wieder weiterschauen. Wir können sie erledigen, wenn das Anliegen komplett abwegig ist oder das Anliegen sich erübrigt hat im Hearing, dann kann man zu Recht sagen, erledigen, dann muss man die Verwaltung nicht weiter beschäftigen. Oder wir überweisen zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat. In diesem Fall, bei den Drei Linden, wo es deutlich ist, dass diese Situation enorm schwierig ist, wo sich alle einig sind, dass das eigentlich so nicht geht – die Verwaltung sieht das Problem,

die Petitionskommission hat das Problem gesehen – ist es nur folgerichtig und fair auch der Petentschaft gegenüber, dass man das dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweist.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss mich als Grossrat jetzt doch auch noch einschalten zu dieser Diskussion. Ich bin der Grossrat, der am nächsten zu dieser Strasse wohnt, seit 62 Jahren. Ich kenne die Lage dort und ich weiss, wovon ich rede. Ich möchte auch jetzt einordnen, was meine Vorredner gesagt haben.

Brigitte Gysin hat richtig gesagt und das hat vorher keiner angesprochen, man müsste das Problem lösen über den Bus. Ich bin heute Morgen kaum in den Bus hineingekommen, weil er voll ist mit Schülern in beiden Richtungen. Man müsste mehr Busse einsetzen. Das ist wieder das Problem der BVB. Ich zahle das Billett oder auch nicht und ich komme nicht in den Bus oder muss stehen.

Silvia Schweizer hat gesagt, sie sei dort in der Primarschule gewesen. Ich kann mich nicht mehr an Sie erinnern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit der Verkehrssicherheit nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie hat gesagt, sie sei dort in der Primarschule gewesen und darum, Herr Präsident, darf ich auch mit Stolz sagen, dass ich auch dort in der Primarschule gewesen bin, 1970 bis 1974, und Silvia Schweizer 1969 bis 1973. Und es ist schön, wenn man dann seine Mitschüler von damals wieder sieht, auch wenn ich mich nicht mehr erinnern kann.

Ich komme aber jetzt zu meinen Argumenten. Denn vieles ist gesagt worden, aber die wichtigen Aspekte sind vergessen worden. Jo Vergeat hat richtig gesagt, sie sei dort nicht zur Schule gegangen, damit hat sie auch nicht die Erfahrungswerte wie wir. Viele reden hier, obwohl sie sich in diesem Quartier nicht auskennen und obwohl sie dort gar nicht wohnen und nicht täglich sehen, wie der Bus wegen dieser Schulen verstopft ist.

Nach mir kommt mein Nachbarn, Alex Ebi, ich freue mich schon auf seine pointierte Rede. Die Diskussionen, die wir hier führen, sind vollkommen unklar. Die Petition, die ich lesen wollte, aber von Heidi Mück nicht erhalten habe, müsste den Inhalt haben, dass man mehr Busse einsetzen müsste. Ich habe selbst viele Kinder, die auch in die Schule gegangen sind. Wir haben über die Elterntaxis gesprochen. Das Problem ist, dass das eigentlich so nicht in Ordnung ist und dass man das nicht machen sollte. Es gibt viele Städte, wo die Polizei, wenn die Schulen neu anfangen, den Eltern bei den Schulen sagen, mit den Elterntaxis aufzuhören, weil sie einfach die Strassen verstopfen. Und es werden Bussen verteilt, weil man dort, wo die Elterntaxis stehen, gar nicht halten darf. Die Polizei Basel müsste halt auch, wenn das neue Schuljahr anfängt, dort patrouillieren und Parkbussen verteilen. Sie werden sehen, wenn einer 100 Franken Strafe zahlen muss, dann kommen die nicht mehr so schnell mit dem Elterntaxis und bringen die Kinder zu Fuss in die Schule.

Noch einmal, als Anwohner bin ich gegen die Petition und ich muss sagen, das Hirzbrunnenquartier ist ein ruhiges Quartier, wo man keinen Verkehrsstau hat. und ich finde die Petition, die Sie Heidi Mück hier präsentieren, ist vollkommen an den Haaren herbeigezogen und ist einfach nicht nötig Ich bin wie die SVP und Lorenz Amiet gegen die Petition.

Lorenz Amiet hat auch richtig gesagt, man könnte das lösen mit dem Bus. Man hat das Ross falsch aufgezäunt mit dieser Petition, man hat den Bus vergessen, man hat die Polizei vergessen. Und zum Schluss muss ich noch sagen, dass ich der einzige Grossrat war, der an dem Infoanlass beim Bäumlihof war vor vier Jahren wegen des Asylheims, das man dann doch nicht gebaut hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich bin in diesem Quartier natürlich auch daheim, schon ganz viele Jahre. Ich bin dort in die Schule gegangen, meine Kinder sind dort in die Schule gegangen und haben auch etwa einen Kilometer zu Fuss gehen müssen. Es hat ganz grosse Ausnahmen gegeben, dass ich meine Kinder auch in die Schule fahren musste. Abends bin ich 20 Jahre lang dort ins Training gegangen, also auch diese Situation kenne ich, wenn es dunkel wird. Und als dann auch meine Kinder dort trainiert haben und abends um 8 Uhr im November bei Niesellregen nach Hause gehen mussten, war das ein bisschen unheimlich. Darum finde ich es super, dass die jungen Menschen, die dort in die Schule gehen, jetzt diese Petition

eingereicht haben, weil sie sich ernsthaft Gedanken machen. Und das machen wir uns alle schon seit Jahrzehnten, nur unternommen hat nie jemand etwas.

Jetzt wurde die Petition eingereicht, und wir sollten sie ganz bestimmt nicht als erledigt anschauen, sondern sicher auch der Regierung die Chance geben, ernsthaft darüber nachzudenken, denn das dort etwas geändert werden muss, ist klar. Ein Fahrverbot während 24 Stunden würde ich jetzt nicht gerade empfehlen würde, aber vielleicht eines morgens von 7 Uhr bis 9 Uhr, sodass die Elterntaxis nicht hineinfahren können, was schon sehr, sehr viel entflechten würde. Und ob man die Kinder dann am Mittag auch noch abholen muss, weiss ich also nicht.

Ja, die Autos sind grösser geworden, es fahren auch viel mehr Auto und die Kinder werden vermehrt in die Schule gebracht. Die Velos sausen herum, die Elektrotrottinetts ebenso, frisiert sind sie auch noch und das wird tatsächlich gemischt mit diesen kleinen Kindern, die dort in die Primarschule gehen. Das ist tatsächlich viel zu viel und wir müssen eine Entflechtung hinbekommen, davon bin ich ganz fest überzeugt.

Ich finde es super, dass sich die Jungen hier einmal den Stift vorgenommen haben und das Ganze in Bewegung gebracht haben. Dankeschön.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Das Wort geht an Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Vielen Dank für die emotionale und engagierte Diskussion. Nur ganz kurz: Ja, das Anliegen ist nicht so einfach umzusetzen, das haben wir als Petitionskommission erkannt und wir haben das auch zugegeben. Es sind jetzt in der Debatte schon wieder sehr viele Ideen präsentiert worden. Ich hoffe, die werden aufgenommen, wenn die Petition dann hoffentlich an den Regierungsrat überwiesen wird. Einfach noch eine kleine Information: Das neu gebildete Schülerparlament der Primarschule Hirzbrunnen hat als eines der ersten an dieser Strasse einen Fussgängerstreifen gefordert, weil auch sie als Primarschüler sich dazu äussern und sich für diese Situation einsetzen. Und ich möchte Sie wirklich bitten, diese Forderung der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen und die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Silvia Schweizer und Lorenz Amiet beantragen, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007135, 17.09.25 10:03:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen mit 74 gegen 22 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Geschäft ist erledigt.

23. Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo

[17.09.25 10:03:42, 24.5490.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort für die Petitionskommission hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Es handelt sich um eine weitere Petition aus dem Mädchenparlament, diesmal heisst sie «Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag». Sie möchte konkret, dass Freizeitangebote und Hausaufgaben fest in den Schulalltag integriert werden, sowie eine gerechte Balance zwischen Lernen und Freizeit. Die Petition ist im November 2024 im Mädchenparlament entstanden, sie wurde im Dezember der PetKo überwiesen und das Hearing mit Vertreterinnen der Petentschaft und der damaligen Leiterin Primarstufe der Volksschule und der jetzigen Ko-Leiterin Volksschulen fand im Mai dieses Jahres statt.

Erst im Hearing wurde klar, dass die Forderungen der Petition primär die Sekundarschule betreffen. Die beiden Vertreterinnen äusserten den Wunsch, dass nach Schulschluss jeweils wirklich Feierabend sein und die verbleibende Zeit für Hobbys und andere Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen soll. Um dies zu ermöglichen, sollen die Hausaufgaben und Prüfungsvorbereitungen in den Schulalltag integriert und während der Präsenzzeit erledigt werden. Die in den staatlichen Sekundarschulen angebotene Hausaufgabenhilfe sei keine Lösung, da sich die Präsenzzeit an der Schule damit erhöhe.

Für die geforderte Integration von Freizeitaktivitäten in den Stundenplan sollen gemäss den beiden Vertreterinnen der Petentschaft zum Beispiel am Donnerstagnachmittag zwei Lektionen für jene reserviert werden, die ein Hobby haben. Wer kein Hobby habe, könne seine Hausaufgaben in der Schule erledigen. Auf Nachfrage der Kommission äusserten die beiden Schülerinnen, dass es ihnen bewusst sei, dass sich mit der Integration von Freizeitaktivitäten oder Erledigung von Hausaufgaben die Präsenzzeit an der Schule verlängern würde. Sie brachten die Idee auf, dass die Schule insgesamt länger offen stehen solle, zum Beispiel schon um 7 Uhr morgens statt um 8 Uhr. Sie wünschten sich, dass mehr in der Schule, weniger zu Hause gelernt werde, was auch die Balance zwischen Lernen und Freizeit verbessern würde.

Die Vertreterin des ED bezeichnete die Integration von Freizeitaktivitäten in den Stundenplan als zumindest ansatzweise vorhanden und verwies auf den freiwilligen Schulsport, Freifächer und Bildungslandschaften. Da die Schulen diesbezüglich eine gewisse Autonomie haben, riet sie den Schülerinnen, sich über das Schulparlament direkt in die jeweilige Schule einzubringen oder auf ihre Lehrpersonen zuzugehen. Auch die Volksschule befasste sich mit dem Thema der Balance zwischen Schule und Freizeitaktivitäten und hat dazu eine Vision erarbeitet, bei der es darum geht, die Schule in 365 Tagen zu denken. Die Schulinfrastrukturen könnten demgemäss länger als bisher und auch für ausserschulische Aktivitäten genutzt werden. Allenfalls liesse sich auch die Präsenzzeit in der Schule anders auf das Jahr verteilen. Sie versicherte, dass die Gedanken der Petentschaft zur zukünftigen Gestaltung des Schulalltags in die Umsetzung dieser Vision einfliessen würden.

Zu den Hausaufgaben meinte die Vertreterin des ED, dass es schon im Namen ersichtlich sei, dass es um Aufgaben geht, die zu Hause gemacht werden. Mit Hausaufgaben sei auch das Ziel verbunden, einmal etwas ohne Unterstützung zu tun. Hausaufgaben zu geben sei im Übrigen keine Pflicht, die Lehrpersonen dürfen, aber sie müssen keine Hausaufgaben geben. Die Leitung der Volksschulen nehme darauf keinen Einfluss, wie die einzelnen Schulen dies handhaben.

Die dritte Forderung ist nach der Meinung der Vertreterin des ED unbestritten. Schülerinnen sollen nicht nur lernen, sondern auch Freizeit haben. Rückmeldungen aus der Klasse seien wichtig, die Schülerinnen sollen und dürfen sich kritisch mit den Hausaufgaben auseinandersetzen.

Die Petitionskommission beurteilte die Forderungen der Petition unterschiedlich. Die Integration von Freizeitangeboten in den Schulalltag, indem zum Beispiel die Hobbys aller Schülerinnen einer Klasse in einem fixen Zeitfenster stattfinden sollen, wurde aus organisatorischen Gründen als schlicht unrealistisch beurteilt. Die Forderung nach einer gerechten Balance zwischen Lernen und Freizeit erschien der PetKo allzu vage. Gleichzeitig ist der Petitionskommission jedoch bewusst, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit psychischen Problemen tendenziell zunimmt. Dazu bittet die PetKo den Regierungsrat um eine fachliche Einschätzung der Situation: Wie geht der Regierungsrat damit um, dass viele Schüler:innen von Stress und zu hoher Belastung reden und der Meinung sind, dass die Balance zwischen Lernen und Freizeit nicht ausgewogen sei?

Zur Forderung, dass Hausaufgaben möglichst während der Schulzeit erledigt werden können, wurde festgestellt, dass an den Tagesstrukturen der Sekundarschulen die Hausaufgaben erledigt werden können und sogar eine Hausaufgabenbetreuung angeboten wird. Die Tagesstrukturen an den Sekundarschulen seien kostenlos und freiwillig. Dieses Angebot ist nach Meinung der PetKo ein wertvolles Angebot, da nicht alle Kinder und Jugendlichen zu Hause ideale Bedingungen zur Erledigung der Hausaufgaben haben. Die PetKo möchte gerne wissen, wie viele Schüler:innen in den Tagesstrukturen die Zeit zum Erledigen der Hausaufgaben nutzen und wie viele die Hausaufgabenbetreuung in Anspruch nehmen. Ebenso möchte die PetKo wissen, wie die Erledigung der Hausaufgaben an den Sekundarschulen mit Atelierunterricht funktioniert, ob das Angebot der Nachfrage entspricht und ob es ausgebaut werden kann. An den Primarschulen ist die Hausaufgabenbetreuung in die kostenpflichtigen Tagesstrukturen integriert. Die PetKo möchte deshalb

vom Regierungsrat wissen, ob an den Primarschulen auch für jene Kinder eine Hausaufgabenbetreuung angeboten werden sollte, die die kostenpflichtigen Tagesstrukturen nicht besuchen.

Mit all diesen Fragen beantragt die PetKo Ihnen, die Petition «Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin Jenny Schweizer für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Petition als erledigt abzuschreiben. Obwohl aus der Kreuztabelle ersichtlich ist, dass Sie unserer Meinung nicht folgen werden, möchte ich doch unsere Standpunkte darlegen.

Ein Geschäft oder Vorstoss sind unter anderem abzuschreiben, wenn sie nicht erfüllt werden können und in diesem Fall ist es so, dass die Petition nicht erfüllt werden kann. Die Petentschaft wünscht, dass nach der Schule absoluter Feierabend herrscht. Dies wäre im Grunde genommen die Einführung einer Tagesschule, also kann dieser Punkt schon einmal nicht erfüllt werden. Da aber dann im nächsten Absatz auch die Präsenzzeit an den Schulen nicht erhöht werden soll, will die Petentschaft, dass die Freizeitaktivitäten in den Stundenplan integriert werden. Meine Damen und Herren, dass dieser Punkt ebenfalls nicht erfüllt werden kann, erscheint ja wohl logisch. Als Pro-Argument wird hier dann noch festgehalten, dass die Schule so einen höheren Einfluss auf die Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler habe. Bei solchen Aussagen habe ich schon meine Bedenken. Da aber die Schulfächer schliesslich auch noch einen Lehrplan 21 zu erfüllen haben und bei einer Integration der Hobbys in den Schulalltag die Schulstunden fehlen und der Schulalltag länger dauern würde, schlägt die Petenschaft vor, dass die Schule bereits um 7 Uhr offen steht, anscheinend um Hausaufgaben zu erledigen. Dies wiederum sollte eigentlich dem Gedanken der SP widersprechen, die ja durch einen Vorstoss von Franziska Roth und Alexandra Dill forderte, dass die Schule sogar später als 8 Uhr beginnen soll, weil die Jugendlichen länger schlafen müssen, da sie am Morgen um 8 Uhr nicht leistungsfähig sind. Somit nehmen wir an, dass sie auch für Hausaufgaben um 7 Uhr keine Energie und Motivation hätten.

Die Petitionskommission weiss ja selber, dass die Umsetzung der Petition nicht erfüllt werden kann und fordert dafür den Regierungsrat auf, auf eine ganz andere Problematik einzugehen, nämlich weshalb die Schülerinnen und Schüler sich überfordert fühlen und wie viele die Angebote zu Hausaufgabenhilfe, die jeder Standort an der Sek 1 anbietet, in Anspruch nehmen. Dies hat aber nichts mehr mit diesem Geschäft zu tun. Und als die Regierung mit dem Ratschlag 210064 den massiven Ausbau der Tagesstrukturräumlichkeiten auch in der Sek 1 dem Parlament vorlegte, konnte sie sehr wohl Zahlen dazu bereitstellen. Dort wurde vermerkt, dass sie viermal jährlich während einer ganzen Woche jedes Mal die Auslastungen messe.

Also eine schriftliche Anfrage, falls es Ihnen so wichtig erscheint, würde für Ihre Fragen demzufolge absolut reichen. Die Fragestellung der Kommission hat nichts mehr mit dem Wortlaut der Petition zu tun und kann deshalb abgeschrieben werden, weil sie nicht erfüllbar ist. Wir können nicht immer Vorstösse stehen lassen, nur weil sich daraus andere Fragen ergeben, aber vom eigentlichen Thema abweichen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, somit geht das Wort an die Petitionskommission und Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich muss noch einmal darauf hinweisen, dass es eine Petition ist. Sie ist ein demokratisches Grundrecht. Diese Petition stammt aus dem Mädchenparlament. Wir haben auch in der Petitionskommission darüber gesprochen, dass sie vielleicht nicht super perfekt ausformuliert ist, dass nicht alle Forderungen wirklich umgesetzt werden können, aber wir haben einen Zusammenhang gesehen zwischen der Belastung und den zunehmenden psychischen Problemen von Jugendlichen und Kindern. Ess kann nicht bestritten werden, dass diese vorhanden sind und wir möchten in diesem Zusammenhang einfach noch vertiefte Abklärungen treffen. Ich bitte Sie deshalb, diese Petition an den Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jenny Schweizer beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 77 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007137, 17.09.25 10:16:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind der Petitionskommission gefolgt und haben sich mit 77 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Somit ist die Petitionen erledigt.

25. Motion 1 Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich

[17.09.25 10:16:30, 25.5235.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innerhalb von drei Monaten überwiesen.

26. Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen

[17.09.25 10:17:04, 25.5236.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst will ich ein paar wertschätzende Worte ausdrücken, und zwar finde ich es grundsätzlich toll, dass die Mitte-Fraktion sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Es geht ja darum, dass wir in Basel-Stadt ein sozialstaatliches Problem haben. Wir wissen alle, der Nichtbezug von Prämienverbilligungen ist bei der letzten Studie bei 30% gelegen. Das ist natürlich wirklich ein sozialstaatliches Problem, das heisst, wir haben ein Vollzugsproblem. Es könnten ganz viele Menschen Prämienverbilligungen beziehen, die es leider nicht machen. Dafür gibt es verschiedene Gründe, dazu gab es auch schon Studien. Wir haben uns auch schon mehrmals mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es gibt einen Vorstoss von Nicole Amacher, die noch mehr Studien gefordert, damit wir die Gründe besser verstehen, warum diese Leute diese Prämiemverbilligungen oder andere Sozialleistungen nicht beziehen.

Dann haben wir auch einen anderen Vorstoss überwiesen von Beda Baumgartner mit dem speziellen Titel «Ein Bus für Basel». Dabei geht es darum, dass das Amt für Sozialbeiträge, also die Verwaltung, mehr zu den Leuten gehen soll, dass man diese Sozialleistungen auch erklären muss, einfacher verständlich machen muss, sodass eben dieser Bezug erhöht

wird. Es ist ein wichtiges Thema und deshalb will ich mich auch bedanken, dass die Mitte-Fraktion sich diesem Thema angenommen hat. Anscheinend sind wir uns einig, dass wir hier ein Problem haben. Das ist schon einmal viel wert ist.

Diese Lösung, die die Mitte-Partei anstrebt, ist leider aber schlussendlich eine Verschlechterung und deshalb plädiert auch die SP-Fraktion dafür, dass wir diese Motion ablehnen. Gerne würde ich das kurz erläutern. Natürlich wäre es super, wenn man einfach automatisch die Prämienverbilligungg bekommt, wenn man dann berechtigt wäre, aber wenn man das an die Steuerdaten koppelt, dann kommt es zu einer massiven Verzögerung. Das heisst, man bekommt die Prämienverbilligung nicht in dem Moment, wo man sie wirklich braucht, und das ist ein grosses Problem.

Ich mache ein fiktives Beispiel. Nehmen wir eine vierköpfige Familie. Diese vierköpfige Familie hat nicht viel Einkommen, die Mutter ist vielleicht Alleinernährerin, sie arbeitet viel, sie haben als Familie keine Rücklagen. Und übrigens, das ist mir wichtig zu betonen, es gibt ganz viele Haushalte in Basel und in der Schweiz, die einfach keine Rücklagen haben oder sogar Schulden. Es gibt eine nationale Statistik, die gezeigt hat, dass jeder fünfte Haushalt in der Schweiz bei einer überraschenden Rechnung von 2'500 Franken diese nicht bezahlen könnte. Jeder fünfte Haushalt! Das ist eine grosse Anzahl Menschen, die nicht einfach Geld auf der Seite haben, um überraschende Rechnungen zu zahlen. Jetzt gehen wir zurück zum fiktiven Beispiel. Die Frau arbeitet, in ihrer Firma gibt es eine Restrukturierung, sie verliert ihren Job. Dafür haben wir zum Glück eine Versicherung, die Arbeitslosenversicherung, aber da verdient sie plötzlich 20% weniger. Wenn man jetzt keine Rücklagen hat und sowieso eher ein tiefes Einkommen hat, dann macht das natürlich etwas aus, denn sonst bleiben die Kosten ja gleich, die Mietkosten sind hoch etc.

Bisher brauchte diese Familie keine Prämienverbilligungen und jetzt neu, wegen diesem Jobverlust, wegen diesem Einkommensverlust, braucht sie plötzlich Prämienverbilligungen. Im jetzigen System kann sie in dem Moment, wo das passiert, einen Antrag stellen und ab dem nächsten Monat wird das wahrscheinlich bewilligt und sie bekommt für ihre Familie die Prämienverbilligung. Im geforderten System wäre es so, dass diese Situation jetzt eintritt und dann würde man dies das nächste Jahr in die Steuerrechnung eingeben. Bis die Steuervoranlagen kommt, wo das ersichtlich ist, würde es mindestens nochmals ein Jahr gehen, das heisst nach eineinhalb Jahren würde sie die Prämienverbilligung bekommen für den jetzigen Moment, in dem sie diese eigentlich bräuchte. Das ist absurd, das bringt den Menschen überhaupt nichts und deshalb müssen wir diese Motion ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich verstehe nicht, warum eine Automation den manuellen Antrag ausschliesst. Das könnte ja beides eingeführt werden.

Melanie Nussbaumer (SP): Das könnte man, aber dann würde es zwei Systeme geben, die sich wahrscheinlich oft überschneiden würden und was wahrscheinlich den administrativen Aufwand massiv erhöhen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, in der Grundhaltung sieht man den Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Sichtweise auf die Dinge und vielleicht der freisinnigen Sichtweise. Wir haben im Frühling die Ausweitung der Anspruchsgruppen für die Prämienverbilligung thematisiert. Wir hatten vorher etwa 200 Millionen, wir kommen mit dem neuen System vielleicht auf zusätzliche 150 bis 170 Millionen, je nachdem, wie das ausgelegt wird. Das ist sehr viel Geld und da muss man sich schon auch die Frage stellen, ob sich der Antragsteller nicht auch sehr bewusst sein muss, was für Geld er da bekommt, wo das Geld herkommt. Es geht uns nicht darum, zu sagen, dass wir das verweigern möchten, aber ich glaube, für eine Anspruchsnahme von diesen Leistungen sollte man wirklich auch darauf schauen, dass man bewusst mit dem umgeht und sich auch damit auseinandersetzt. Ein Automatismus macht eben genau das Gegenteil, das Kostenbewusstsein nimmt ab. Daher können wir uns dem nicht anschliessen und darum ist die FDP dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich bin sehr froh, dass Melanie Nussbauer sehr wohlwollende Worte für diesen Vorstoss gefunden hat, denn es ist ein Problem. Wir haben einen hohen Nichtbezug bei den Prämienverbilligungen und hierbei handelt es sich

auch um eine Leistung, die sich an eine breite Bevölkerungsgruppe richtet und die eigentlich grundsätzlich auch mit wenig Stigma behaftet ist, anders vielleicht als es bei der Sozialhilfe heute noch leider der Fall ist.

Von diesem Effizienzgedanken, der hier vorhin genannt wurde, möchte ich mich eigentlich abgrenzen. Aus unserer Sicht ist der Grundgedanke der Motion interessant, weil wir eben diese Personen erreichen möchten, die Anspruch auf eine Leistung haben und diese nicht beziehen. Wir haben vorher die Zahl von 30% Nichtbezugsquote gehört, ich habe 20% gefunden, vielleicht liegt es irgendwo dazwischen, oder ich habe nicht die aktuellsten Zahlen gefunden und die Situation hat sich verschlechtert, was ich natürlich sehr beunruhigend fände. Es ist so, dass etwa ein Fünftel der potenziell anspruchsberechtigten Personen diese Leistung, die Prämienverbilligung, nicht in Anspruch nimmt. Bei einer Untersuchung der Berner Fachhochschule wurden zudem auch noch die quellbesteuerten Personen untersucht. Die Analyse dort hat gezeigt, dass der Nichtbezug noch einmal höher liegt, wobei auch gesagt werden muss, dass die Unsicherheiten dieser Analysen noch einmal grösser sind, da die Vermögenssituationen dieser Personen nicht korrekt abgebildet werden können.

Ob der Weg zum Erreichen der nicht beziehenden Personen über die Steuerdaten der richtige Weg ist, um Sozialleistungen automatisch auszuzahlen, darüber mag man diskutieren. Und dass Steuerdaten eben nicht notwendigerweise die aktuelle Einkommenssituation abbilden, das ist aus meiner Sicht unbestritten, da kann ich auch gut meiner Vorrednerin folgen. Aus unserer Sicht dürfte natürlich eine Automatisierung der Auszahlung der Prämiumverbilligung nicht die Antragstellung komplett ersetzen. Ich kann es sehr gut nachvollziehen, dass es hier Befürchtungen gibt. Auch bezüglich der Rückforderungen von schon bereits bezahlter Prämienverbilligung für einen Haushalt mit knappem Einkommen ist dies ein Worst Case-Szenario, da oft, wie wir auch schon gehört haben, wenig finanzielle Reserven vorhanden sind, um eine solche Forderung tilgen zu können. Aber ich finde, es sollte uns doch darum gehen, wie wir diese Person erreichen und es gibt verschiedene Bemühungen und Bestrebungen, die hier drin auch angestossen wurden, aber wir erreichen diese Person immer noch nicht. Wir haben gewisse Daten vorliegen, die natürlich nicht tagesaktuell sind, aber sie bieten trotzdem eine Einschätzung. Es wird ja auch ein Schreiben versendet aufgrund der Steuerdaten, dass jemand potenziell berechtigt wäre. Wir haben hier einen Ansatz. Ob dieser alleine reicht, das würde ich einmal zur Diskussion stellen, aber ich finde, wir sollten uns dafür einsetzen, dass diese Personen, aus welchen Gründen sie auch immer diese Prämienverbilligung nicht in Anspruch nehmen – seien es sprachliche Hürden oder eine Überforderung mit Behördengängen –, dass wir diese dazu bringen, diese Leistung zu beziehen, die ihnen zusteht.

Es gibt bereits sechs Kantone, die eine automatische Auszahlung der Prämienverbilligung vornehmen. Im Rahmen einer Erstüberweisung wäre es für uns interessant gewesen, ob man dort Erfahrungswerte einholen hätte können, die uns für eine Weiterbehandlung dieser Motion oder dann vielleicht als Anzug oder für die Weiterbearbeitung der bereits überwiesenen Anzügen hilfreich gewesen wären.

Es gibt auch Umsetzungsvarianten, über die man nach denken könnte, bei denen bezüglich der Rückförderung diese beispielsweise in Tranchen überwiesen werden könnten, um dadurch auch die Gefahr einer Rückzahlung minimieren zu können.

Aus diesen Überlegungen hätten wir von der Fraktion GRÜNE/jgb gerne eine erste Stellungnahme der Regierung gehabt, um darüber zu entscheiden, ob es hier nicht doch Handlungsansätze gäbe, wie Haushalte, die sonst einen unverhältnismässig hohen Teil ihres Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden müssen, mit einer allfälligen Direktauszahlung oder weiteren Massnahmen besser erreicht und unterstützt werden können. Daher werden wir der Überweisung zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Redner auf meiner Liste ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Anliegen des Vorstosses, die Nichtbezugsquote zu senken, die der Regierungsrat teilt, ist auch Teil des Legislaturplans des Regierungsrats für die kommende Legislatur. Die Nichtbezugsquote bei der Prämienverbilligung ist die tiefste von den unter uns untersuchten, sie liegt bei 19%, nicht bei 30%, wie vorher erwähnt wurde. Also ab 19% haben wir einen statistisch ausgewiesenen Nichtbezug. Wir werden diese Untersuchung auch in diesem Jahr aktualisieren, damit wir aktuelle Zahlen haben, wie sich der Nichtbezug entwickelt hat.

Personen mit potenziellen Ansprüchen auf Prämienverbilligung werden ja grundsätzlich vom ASB, also von der Verwaltung bereits einmal jährlich angeschrieben. Sie werden darauf hingewiesen, dass sie Anspruch haben könnten. Grundlagen sind die Steuerdaten, also da gibt es einen klaren Konnex zu den Daten, die wir haben und auf Grundlage dieser Daten werden diese potenziellen Bezüger:innen jedes Jahr angeschrieben. Diesen Prozess, der so gehandhabt wird, hat auch der Grosse Rat mit dem Anzug Christine Keller erweitert auf die Ergänzungsleistung, wo das bis anhin nicht gemacht wurde und auch der Nichtbezug höher ist als bei den Prämienverbilligungen.

Wie bereits gesagt, dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, den Nichtbezug weiter zu senken. Es wurde auch schon viel getan, sei es, dass die Information in mehreren Sprachen vorliegt, auch in verständlicher Art und Weise. Und was kommen

wird auch in den nächsten Jahren ist das Projekt E-Sozial, wir werden auch dieses ganze Antragsverfahren vollständig digitalisieren. Selbstverständlich bleibt auch die physische Antragsmöglichkeit danach bestehen. Aber auch hier investiert der Regierungsrat, dass diese Zugänglichkeit noch einfacher wird.

Wir dürfen als Kanton auch erwarten, dass die potenziell Berechtigten auch einen kleinen Beitrag leisten für diesen Bezug der Prämenverbilligung. Ich glaube, es ist doch schon auch noch ein Unterschied zum vollkommenen Automatismus, dass man eben auch diesen Antrag stellen soll, dass man diese Prämenverbilligung möchte. Ich denke, wir dürfen das als Kanton erwarten, und es gibt auch Menschen, die keine Prämenverbilligung wollen, und auch das ist ihr gutes Recht.

Hinzu kommen die Steuerdaten, sie haben Grenzen. Erstens, das haben wir schon mehrmals gehört, sie sind ein bis zwei Jahre verzögert, das heisst, sie reichen nicht aus. Zusätzlich berechnen wir im Sozialbereich bei der Prämienverbilligung die Wirtschaftssituation anders als im Steuerrecht. Und ich glaube, das ist auch entscheidend, denn diese Informationen brauchen wir auch bei einer Automatisierung, das heisst, der Bezüger müsste auch in dieser Variante einen Beitrag leisten. Die Prämienverbilligungen knüpfen an die wirtschaftliche Haushaltseinheit an und nicht an die zivilrechtliche. Die wirtschaftliche Haushaltseinheit ist entscheidend. Und das andere, wir rechnen auch ein Hypo-Einkommen hoch, auch das ist ein Konzept, das wir nicht aus der Steuererklärung oder den Steuerdaten ziehen können. Diese beiden Informationen sind bis heute ein wesentlicher Bestandteil zur Berechnung der Prämienverbilligungen, die einem Haushalt zustehen. Und entweder man verzichtet auf diese Informationen, oder es braucht, wenn man sie weiterhin haben will, Mitwirken der potenziell Beziehenden, damit wir zu diesen Informationen kommen können.

Der Timelag wurde schon einmal angesprochen, ich nehme ein erstes Beispiel. Eine Person beendet ihr Studium und beginnt eine gut bezahlte Stelle, würde aber bis zu zwei Jahren weiterhin Prämverbilligungen erhalten, weil nach wie vor die Steuerdaten zählen, die man hat, nämlich von der Zeit, als das Einkommen tief war als Studentin oder Student.

Das zweite Beispiel ist die umgekehrte Situation, jemand verliert seine Stelle oder wird ausgesteuert von der Arbeitslosenkasse, und mit alten Steuerdaten hätte diese Person keinen Anspruch, obwohl sie gerade in diesem Moment enorm wichtig wäre, damit die Person nicht in eine Verschuldungssituation gerät. Also ein Automatismus kann zu einer Überzahlung führen oder dazu, dass Menschen in Not keine Leistung erhalten.

Was wären die Folgen bei Überzahlung, wie soll der Kanton damit umgehen? Entweder er lässt es bleiben, das wäre finanzpolitisch ineffizient und teuer, oder er fordert es zurück, das wäre mit grossem administrativen Aufwand und auch sehr vielen Schwierigkeiten für die betroffene Person verbunden. Aufgrund dieser Situation ist der Regierungsrat der Meinung, dass das heutige System das zielgerichtete, das bessere System ist, das Verbesserungen braucht, zum Beispiel bei der Digitalisierung und bei der Niederschwelligkeit. An diesen Punkten arbeiten wir und aus diesem Grund bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wir haben es jetzt von verschiedenen Vorrednern und auch vom Regierungsrat gehört, dass man mit dieser Motion nicht wirklich einen Mehrwert für die Betroffenen leisten würde. Zudem sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass eine gewisse Bringschuld, wenn man einen derartigen Anspruch hat, auch erwartet werden darf, dass man sich informiert, wo man welchen Anspruch hat.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen und ich weiss offen gesagt nicht einmal, ob ich den als SVP-Sprecher einbringen soll, aber ich bin ja Einzelsprecher und ich bringe es jetzt als Funktion der Strafverteidigung ein. Wenn eine Person mit Migrationshintergrund eine Steuererklärung ausfüllt und Eigentum im Ausland verschweigt, dann hat das für seinen Aufenthaltsstatus keinerlei Konsequenzen. Wenn er das aber macht, um Prämienverbilligungen zu beantragen, dann macht er einen Sozialhilfebetrug und das führt gemäss Katalog zur Ausschaffung. Warum erzähle ich Ihnen dieses Beispiel? Ich erzähle Ihnen dieses Beispiel, weil ich in diesem Bereich sehr bei den Worten von Daniel Seiler bin. Man sollte auch hier dieses Individuum walten lassen. Jeder soll sich bewusst sein, was er ausfüllt, zu welchem Grund er es ausfüllt und welche Leistungen er konkret beantragen möchte oder nicht möchte. Es gibt Personen, die es nicht möchten, vielleicht nicht unbedingt wegen dem strafrechtlichen Grund, sondern weil sie es überhaupt nicht wollen. Aber das Individuum sollte nach wie vor im Vordergrund stehen.

Mit diesem Automatismus würden wir das abschaffen und dementsprechend sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass das keinerlei Vorteile hat. Wir sind der Meinung, es braucht eine gewisse EigeniInitiative, es bringt keinen Vorteil für die Betroffenen und das Individuum sollte nach wie vor zählen, dass jedem bewusst ist, warum er diese Leistung beantragt. Und aus diesen Gründen kommen wir zum Entschluss, dass wir diese Motion nicht überweisen wollen und das beantrage ich auch im Namen der SVP-Fraktion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir haben es gehört, die Krankenkassenprämien sind in Basel-Stadt ganz besonders ein ernstes Problem, so ernst, dass es auch Familien mit mittleren Einkommen gibt, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es handelt sich, auch das haben wir gehört, nicht nur um eine Randfrage für Akutarmutsbetroffene, sondern es ist ein breites Problem. Es ist aber auch ein Symptom eines grundsätzlichen Problems unseres profitgetriebenen Gesundheitssystems. Und unter diesem leiden nicht nur die Prämienzahlenden, Versicherte und Patient:innen, sondern eben auch Menschen, die mit Herzblut im Gesundheitssektor arbeiten.

Doch kommen wir zurück zur Motion. Als BASTA unterstützen wir grundsätzlich jeden Versuch, den Zugang zu Hilfsleistungen zu vereinfachen. Genau das ist der Sinn solcher staatlichen Sozialtransfers. Sie sollen die Menschen dort entlasten, wo es nötig ist. Leider blenden die Motionär:innen einen entscheidenden Punkt in ihrer Motion aus. Prämienverbilligungen sind kein Bonus, den man irgendwann nachträglich erhält, sie sind ein Sozialtransfer bei Menschen, die es brauchen, und zwar in dem Moment, wo die finanzielle Not akut ist, wenn das Einkommen nicht reicht, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden können, wenn man eben nicht ein paar Tausend Franken aus einem früheren Job zurücklegen konnte. Ein Automatismus, diese Leistungen zu erhalten, kann sinnvoll sein, aber er muss greifen, wenn die Not beginnt und nicht erst ein Jahr später. Darum lehnen wir die Überweisung der Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich lese seit vielen Jahren zu dem Thema, dass viele Menschen die Leistungen nicht beantragen, und es steht in der Zeitung, sie machen es aus Scham nicht. Also das können Sie in jeder Zeitung lesen in Basel, dass viele Leute solche Leistungen nicht beantragen, weil sie sich schämen. Sie kapseln sich ab oder was natürlich auch steht, es geht um zu kleine Geldbeträge. Und dann steht auch, der Aufwand sei zu gross. Wenn es nur um eine Hilfleistung von 100 Franken geht, dann überlegen sich viele, ob sie das überhaupt ausfüllen sollen, zum Amt für Sozialbeiträge gehen sollen. Viele sagen, der Aufwand sei zu gross für 100 Franken. Deshalb finde ich auch wie meine Vorredner, dass es die Motion nicht braucht.

Als ich den Text gelesen habe, dachte ich, oha, das kommt von den Grünen und von der SP, weil es ist ja ein soziales Thema und ich habe wirklich selten so gestaunt, als ich gelesen habe, dass der Text von Remo Gallacchi kommt, von einer bürgerlichen Partei.

Zum Schluss kann man sagen, der Kanton spart ja viel Geld, wenn Leute nicht automatisch hingewiesen werden. Wir sind auch nicht bei «Wünsch dir was». Und zum allerletzten Schluss zu meinem Vorredner Pascal Messerli: Das ist auch mein Thema, er hat es erwähnt, ein Haus im Ausland, Ausschaffung usw. Da ist es ganz wichtig, dass es keinen Automatismus gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt von mehreren vor allem Rednern gehört, dass es auch eine Art Holschuld gebe für diese Menschen und das hat mich etwas, ehrlich gesagt, schockiert. Wir können hier schon über fiktive Familien diskutieren, aber vielleicht einmal ein Beispiel von einer echten Familie. Natürlich kann man jeder Person sagen, sie habe eine Holschuld, aber es gibt auch noch andere Komponenten im Leben und es gibt dann durchaus noch so Sachen wie Scham zum Beispiel, Scham vor dem eigenen Leben, vor der eigenen Situation, die man vielleicht verbessern möchte. Und da hilft es nichts, wenn Sie diesen Leuten sagen, sie hätten Eigenverantwortung, sondern das sind dann vielleicht Menschen, die arbeiten jeden Tag und irgendwie kommen sie nicht zurecht, und dann schämen sie sich dafür. Und dann ist es doch absolut richtig, dass es irgendein System gibt, das es ihnen erleichtert, diese Hilfe zu beziehen. .Und vielleicht haben sie sogar noch Kinder, und diese Kinder leiden mit, die können nichts daran ändern, die können nicht zur Sozialhilfebehörde gehen und sagen, sie hätten gern, dass sie jeden Tag etwas Richtiges auf dem Tisch haben. Es nervt mich richtig, und wenn wir eine andere Lösung hier auf dem Tisch hätten, dann wäre das wunderbar, dann würde ich sagen, wir könnten diese Motion kübeln. Aber wir haben keine, und der Regierungsrat soll jetzt einmal berichten, wie man diesen Menschen konkret helfen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit ist die Liste der Redner:innen erschöpft und der Motionär hat das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich habe mir eine halbgrosse Rede vorbereitet, die ich jetzt auf die Seite schiebe und quasi auf Ihre Voten reagiere.

Ja, ein kompletter Systemwechsel wäre schlecht. Man hätte die Daten vom Vorjahr oder noch mehr, vielleicht hat sich dann die wirtschaftliche Situation geändert und die betroffene Person hätte dann eigentlich gar keinen Anspruch mehr. Das eine, es wurde schon gesagt, schliesst das andere nicht aus. Diejenigen, die einen Antrag stellen, sollen das weiterhin machen können und innerhalb von 2-3 Monaten dann ihr Geld bekommen. Zusätzlich soll die No-shots-quote vermindert werden, indem man eben anhand der Steuerdaten viel direkter auf die Leute zugeht und sagt, ja, Sie haben Anspruch, geben sie Ihre jetzige Möglichkeit oder Ihre jetzigen wirtschaftlichen Daten durch, verdienen Sie genug, dann haben Sie keinen Anspruch mehr, obwohl Sie das gehabt hätten. Weiter ist es so, dass ja nicht blind darauf losbezahlt wird. Es ist jetzt schon so, dass wenn sich wirtschaftlich vom Einkommen her etwas ändert, man das unverzüglich melden muss, und nicht irgendwie ein Jahr darauf die Meldung macht, ja, ich habe vor dreiviertel Jahren einen Job bekommen, ich habe jetzt keinen Anspruch mehr. Das ist jetzt schon explizit so vorgesehen oder vorgeschrieben.

Die Gründe für den Nichtbezug hat, sind vielfältig. Es wurde gesagt, man müsste das eigentlich ergründen. Das kann man machen, aber vom Staat herbraucht es jetzt Taten, indem man viel direkter auf diese Personen zugeht, nicht nur so ein Informationsschreiben hinlegt, das man vielleicht überliest, weil es beim Kleingedruckten ist. Anscheinend nutzt dieses Briefchen oder dieser Hinweis nicht.

Das, was Regierungsrat Kaspar Sutter angemahnt hat, dass man quasi ein Jahr lang die Prämien bekommt, obwohl man keinen Anspruch mehr hat, weil man dann bei der Veranlagung ein Jahr darauf merkt, dass er keinen Anspruch mehr hätte, wegen der Rückzahlung, das habe ich schon begründet, jegliche Einkommensänderung muss man sofort melden und Oliver Thommen hat es auch schön erwähnt, die Gründe sind vielfältig. Man kann sich nicht einfach zurücklegen als Staat und hoffen, dass möglichst wenig das in Anspruch nehmen, damit wir etwas Geld sparen.

Ich bitte Sie daher, zugunsten dieser finanziell und sozial schwachen Klientel, diese Motion zu überweisen, auch zur. Berichterstattung, wie die Handhabung in anderen Kantonen ist. Es ist ja noch nicht definitiv entschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

26 Ja, 67 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007141, 17.09.25 10:49:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, die Motion nicht zu überweisen mit 67 gegen 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen

[17.09.25 10:49:34, 25.5254.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Der Motionär hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Politik ist ein Thema, das viele Menschen abschreckt oder auch nervt. Ich höre oft, «was die da oben machen in Bern, geht völlig an mir vorbei» oder «darauf habe ich sowieso keinen Einfluss». Das höre ich ganz oft, nicht nur auf Social Media. Dabei ist Politik überall ein Thema, in der Schlange im Coop regt sich einer auf, oder die grosse Politik ist an allem Schuld oder beim Familienessen eskaliert das Gespräch. Im Büro wird betreten geschwiegen oder mit eingestimmt, wenn einer Stammtischparolen schwingt. Politik ist für viele etwas Negatives geworden oder Abstraktes, bei dem sie nicht mitreden können und wollen, aus Angst, etwas Falsches zu sagen oder anzuecken.

Viele Menschen schreiben mir und fragen, was man denn sonst noch tun kann, um sich zu engagieren. Und genau darum geht es in dieser Motion, um das Tun. Denn politisches Engagement, das wissen Sie, ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Es ist die Möglichkeit, die eigenen Interessen und Meinungen zu vertreten und darum habe ich die Motion gemacht. In Basel gibt es sicherlich viele Wege, sich politisch zu engagieren. Ich finde es einfach wichtig, dass alle mitmachen und alle sich engagieren, und die Vielfalt ist wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007143, 17.09.25 10:52:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dazu entschieden, die Motion nicht zu überweisen mit 84 gegen eine Stimme.

28. Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer

[17.09.25 10:52:34, 25.5255.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Sprecherin gemeldet hat sich Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir folgen dem Antrag des Regierungsrates. Auf den ersten Blick mag die Halbierung der Handänderungssteuer in Basel-Stadt vernünftig erscheinen, vor allem, wenn man sich die gestiegenen Einnahmen der letzten Jahre anschaut. Aber wenn man genau hinschaut, merkt man schnell, diese Steuer ist weit mehr als einfach eine Einnahmequelle für den Kanton. Sie hat eine klare Funktion, sie sorgt dafür, dass Eigentümerwechsel nicht einfach so passieren, nicht zu schnell, nicht spekulativ. Gerade hier in Basel, wo der Wohnraum knapp und sehr begehrt ist, brauchen wir genau diese Stabilität auf dem Immobilienmarkt. Ein seitens HEV und SWIT genanntes Argument ist, dass es ja schon genug andere Abgaben gibt: Grundstückgewinnsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Notariats- und Grundbuchgebühren, also brauche es die Handänderungssteuer nicht mehr oder sie sei zumindest zu hoch.

Aber ehrlich gesagt, diese Argumentation überzeugt nicht. Die Handänderungssteuer erfüllt eine ganz eigene Rolle, und keine dieser anderen Abgaben kann das ersetzen. Die Grundstückgewinnsteuer wird nur fällig, wenn ein Gewinn entsteht. Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffen Übertragungen ohne Verkauf, aber die Handänderungssteuer greift bei jedem Eigentumswechsel, unabhängig vom Gewinn, unabhängig von familiären Verhältnissen. Und ja, innerhalb der Familien gibt es heute schon Steuererleichterungen. Das zeigt, es geht uns nicht um die soziale Härte, sondern um Fairness und um eine wirksame Regulierung des Marktes.

Ein weiteres Argument der Motion ist, dass nach der Teuerungsbereinigung es nur noch rund 30 Mio. Franken Einnahmen seien, ungefähr auf dem Niveau von vor 10 Jahren. Aber auch hier, das greift zu kurz, denn die Handhänderungssteuer dient nicht nur dem Geld, sie dient vor allem der Steuerung des Immobilienmarktes. Und wenn wir über Teuerung sprechen, dann reicht es eben nicht, einfach die Konsumentenpreise zu betrachten. Die Baukosten, die Bodenpreise und die Nachfrageentwicklung haben sich ganz anders, viel stärker entwickelt als die allgemeine Inflation. Ein Vergleich mit der Teuerung allein ist deshalb wenig aussagekräftig.

Und dann, auch das hört man immer wieder, wird gesagt, andere Kantone hätten die Steuer schon halbiert oder ganz abgeschafft. Gerade vom Hauseigentümerverband und SWIT wird dieses Argument sehr aktiv beworben, nach dem Motto, wenn andere das machen, müssen wir das auch. Aber das ist kein überzeugendes Argument. Basel ist nicht Aargau und auch nicht Zug oder Thurgau. Die lokalen Gegebenheiten, die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt, die Situation bei der Bodenverfügbarkeit und -nachfrage, sind hier anders. Und genau deshalb brauchen wir hier eine andere Lösung.

Darum bitte ich Sie, lassen wir die Handänderungssteuer, wie sie ist, lassen wir uns nicht unter Druck setzen von Lobbyinteressen, die auf kurzfristige Vorteile aus sind. Diese Steuer hat eine wichtige Funktion für unsere Stadt, finanziell, sozial und städtebaulich. Ich danke Ihnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Wenn Sie Eigentümer einer Liegenschaft sind, dann dürfen Sie sich einer besonderen Behandlung erfreuen. Dann gehören Sie nämlich zur Gattung der Steuermilchkühe. Jedes Jahr dürfen Sie auf den Wert Ihrer Liegenschaft Vermögenssteuer bezahlen. Wenn Sie die Liegenschaft selbst bewohnen, wird Ihnen jedes Jahr auch noch ein fiktives Einkommen namens Eigenmietwert angerechnet. Wenn Sie dann beim Verkauf Ihrer Liegenschaft einen Mehrwert erzielen, weil der Wert Ihrer Liegenschaft in der Zwischenzeit gestiegen ist, fällt die Grundstückgewinnsteuer an. Und als wäre das nicht genug, müssen Sie auch noch die Handänderungssteuer bezahlen, hälftig aufgeteilt zwischen Käufer und Verkäufer.

Wohlverstanden, diese Steuer ist nicht dafür da, um irgendwelche Verwaltungskosten des Kantons abzudecken. Für diese bezahlen Sie bereits die Beurkundungsgebühren an den Notar und die Grundbuchgebühren für die Eintragung des neuen Eigentümernamens im Grundbuch. Nein, diese Handänderungssteuer wird einfach so erhoben, weil der Staat es kann. Der Staat hat mit dieser Steuer einen Weg gefunden, wie er zusätzlich zu den bereits genannten Steuern und Gebühren in die Tasche der Liegenschaftseigentümer greifen kann, ohne dafür einen Mehrwert zu leisten. Dafür gibt es ja noch eine andere Abgabe, die sogenannte Mehrwertabgabe.

Wenn wir also hier hören, dass der Zweck dieser Steuerung die Steuerung des Liegenschaftsmarktes sei, muss man sich die Frage stellen, was genau denn hier wie gesteuert werden soll. Soll es einfach nicht mehr zum Verkauf von Liegenschaften kommen oder will man es einfach verteuern? Sich dagegen zu wehren, ist offensichtlich schwierig. Ihre Liegenschaft mitzunehmen, wenn Ihnen die Belastung zu viel ist, ist bekanntlich eher anspruchsvoll. Gerade deshalb sind Liegenschaftseigentümer so beliebte Steuermilchkühe.

Ich bin dankbar, dass Kollege Bruno Lötscher sich die Mühe gemacht hat, die entsprechenden Zahlen herauszusuchen und aufzuzeigen, wie der Staat über die letzten Jahre hinweg massiv profitiert hat, ohne etwas dafür zu tun. Wobei man durchaus argumentieren könnte, dass er die steigenden Immobilienpreise durch seine Politik wesentlich mitverursacht hat. Diese Diskussion müssen wir uns wohl für ein anderes Mal aufsparen, aber finanziell belohnt werden sollte sie dafür eher nicht.

Letztlich ist die Handänderungssteuer auch eine unsoziale Steuer. Schon heute kämpfen junge Familien damit, sich kaum ein Eigenheim leisten zu können. Die Handänderungssteuer macht den Kauf eines solchen Eigenheims einfach nochmals teurer. Das schadet nicht denjenigen, die ohnehin genug Geld haben und sich auch diese 1,5% noch leisten können, sondern es schadet denjenigen, die nicht so viel Geld auf der Seite haben und für die der Traum vom Eigenheim mit dieser Steuer nochmals etwas weiter in die Ferne rückt. Eine moderate Senkung der Handänderungssteuer auf das Einnahmeniveau von vor 10 Jahren, wie es die Motion vorschlägt, ist für uns ein sinnvoller und guter Weg, mit dem wir uns dem Niveau der allermeisten anderen Kantone annähern. Es gibt keinen Grund, weshalb Basel-Stadt hier zu den Spitzenreitern gehören sollte. Deshalb stimmen wir dieser Motion zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann mich meinem Vorredner weitgehend anschliessen, deshalb kann ich es kurz machen. Wie Luca Urgese schon ausgeführt hat, ist es eine unsoziale Steuer. Der Grund, warum es diese Steuer gibt, ist ein pragmatischer. Der Staat holt sich das Geld dort, wo er es sich einfach holen kann. Und deshalb, ich sage das gar nicht wertend, ist es eine Steuer, die gibt es, die Frage ist, ob wir diese Steuer wollen. Ich würde sagen, die können wir gut abschaffen, denn sie entfaltet keinen Lenkungseffekt, den wir uns wünschen. Im Gegenteil, sie verteuert das Kaufen von Liegenschaften und das hat auch Luca Urgese schon ausgeführt, dies schmerzt insbesondere diejenigen, die sich ein Eigenheim kaufen wollen und für die das eher teuer ist. Und grundsätzlich hemmt das einfach den Markt.

Ich denke, dass es nicht sinnvoll ist, auch nicht ökologisch sinnvoll, den Markt zu hemmen beim Kaufen von Liegenschaften. Also wir sehen keinen guten Grund für diese Steuer. Das einzige, was man in dieser Motion kritisieren kann aus meiner Sicht, ist, dass man nicht gerade fordert, diese ganz abzuschaffen. Aber das können wir dann auch noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Es wurde schon einiges gesagt über diese Steuer. Fakt ist, ein Teil der Kantone erhebt überhaupt keine Steuer, und wir zählen zu den zwei teuersten Kantonen. Die Steigerung dieser Steuer über die Jahre ist dramatisch angesichts der Tatsache, dass überhaupt kein Mehrwert davon zu sehen ist, und der Vorschlag zur Halbierung der Handänderungssteuer stützt sich auf den Grundsatz der fiskalischen Fairness, der Steuerharmonisierung und der wirtschaftlichen Liberalisierung. Er zielt darauf ab, einen Einnahmenanstieg zu korrigieren, der ohne eine entsprechende Steigerung der staatlichen Leistungen stattfand, die Steuersätze des Kantons an die restliche Schweiz anzugleichen und einen dynamischen Immobilienmarkt zu fördern.

Es wurde vieles schon gesagt, wichtig scheint mir vor allem, dass wir hier ohne einen erkennbaren Mehrwert einen Steueranstieg hatten, den es so nicht braucht. Es wurde auch schon bereits erwähnt, theoretisch könnte man sich den vielen Kantonen anschliessen, die die Handänderungssteuer auf 0 abgeschrieben haben.

In diesem Sinne wird die LDP sich für die Halbierung der Handänderungssteuer aussprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Lassen Sie mich in ein paar Worten auf das Votum der BastA eintreten. Zunächst zur Selbstdeklaration: Ich unterliege keinen Lobbyinteressen und ich bin im Immobilienmarkt in keinster Art und Weise tätig. Patrizia Bernasconi hat gesagt, dass diese Steuer hilft, den Immobilienmarkt zu steuern. Das sehe ich komplett anders, denn dazu haben wir die Grundstückgewinnsteuer. Die Grundstückgewinnsteuer besteuert den Gewinn, den Sie machen, in Abhängigkeit davon, ob Sie etwas selbst nutzen, nicht selbst nutzen, in Abhängigkeit davon, ob Sie etwas über längere Zeit nutzen oder sofort wieder verkaufen. Damit bekämpfen Sie, um Ihr Schlagwort zu nutzen, die Spekulation. Mit der Handänderungssteuer machen Sie das gar nicht, Sie besteuern unabhängig von der Situation und nur, wenn Sie ein Eigenheim selbst nutzen, gibt es einen Rabatt, sonst ist es immer der gleiche Steuersatz, egal, wie lange sie etwas halten.

Diese Steuer hat den Charakter einer Gebühr. Aber es wurde mit Recht von Luca Urgese darauf hingewiesen, die Gebühren, welche die Kosten des Staatswesens decken, die im Zusammenhang mit so einer Transaktion stehen, werden separat verrechnet. Die sind schon abgegolten. Deshalb ist das eine Art Gebühr ohne Gegenleistung. Und ich bin bei Tobias Christ, eine solche Gebühr müsste man eigentlich komplett abschaffen.

Nun gut, man will jetzt nur einmal halbieren als wichtiger erster Schritt, dafür sind wir selbstverständlich zu haben, auch durchaus im Interesse übrigens der Mieterinnen und Mieter. Alle jene hier, die sich immer wieder für die Kostenmiete stark machen: Handänderungssteuern sind Kosten, das heisst, Handänderungssteuern treiben die Kosten und damit die Mieten nach oben. Also bitte beachten Sie auch das, wenn Sie diese Motion hier bekämpfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Haben Sie wirklich das Gefühl, dass die Verkaufspreise sinken, wenn wir die Handänderungssteuer abschaffen? Also so viel zur Preisbildung.

Lorenz Amiet (SVP): Die Preise werden weder sinken noch steigen, aber man schlägt nicht noch zusätzlich 3% drauf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ein wenig möchte ich schon widersprechen, auch wirtschaftshistorisch. Die Gründe für die Einführung der Handänderungssteuer waren primär fiskalischer Natur, aber nicht nur. Sinn und Zweck der Handänderungssteuer war auch bei ihrer Einführung, das häufige Kaufen und Verkaufen etwas einzudämmen, also eine gewisse Transaktionsbremse, die Vermeidung von Überhitzung und kurzfristiger Spekulation. Ich denke, dass es im Gesamtkontext, wo wir uns wohnpolitisch hier bewegen, viele Anliegen auch von der bürgerlichen Seite gibt, die man gut verstehen kann, aber dieses historisch gewachsene Instrument zu schwächen und damit Spekulationen und kurzfristige Änderungen zu begünstigen, halte ich jetzt wirklich nicht für der Weisheit letzter Schluss.

Es spricht ja heute schon sehr vieles für Wohneigentum, nicht nur die Eigentümerprämie, sondern natürlich auch die Tatsache, die sich daraus ergibt, dass die Hypotekarzinsen in den letzten Jahren deutlich niedriger waren, sondern auch die stille Wertvermehrung im Laufe der Jahre. Wer vor drei Generationen Land erworben hat und jetzt sind es Enkel, die es wieder verkaufen, hat häufig eine Verachtzigfachung oder Verhundertfachung des Bodenpreises in dieser Zeit erlebt. Das wird teilweise natürlich abgeschöpft durch die Grundstückgewinnsteuer, aber eben nicht nur, die Handwendungssteuer spielt da nun auch eine gewisse Rolle. Aber wie gesagt, primär ist es ein kurzfristiges Instrument, das verhindert, dass der Wohnungsmarkt überhitzt.

Und wir wissen ja alle, wenn man sich die Statistiken anschaut, dass in den letzten Jahren immer mehr institutionelle Anleger auf dem Markt in Basel unterwegs sind, weniger kleine Eigentümer. Und um diese kleinen Eigentümer geht es uns als SP auch nicht. Diese Motion schert alles über einen Kamm. Wenn es darum geht, dass man sagt, wir würden die Handänderungssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum senken, gerade auch wenn es längerfristig bewohnt würde, dann könnten wir uns das durchaus vorstellen und dafür sind wir auch offen für eine Diskussion. Aber mit dieser Motion, in dieser Pauschalität, wie sie nun vorliegt, öffnen wir nun wirklich die Büchse der Pandora und ich bitte Sie wirklich auch noch einmal auf die bürgerliche Seite innezuhalten. Wir wissen, dass hier die Mehrheiten in der Bevölkerung in solchen Fragen etwas anders sind als hier im Rat. Bitte bedenken Sie, ob das nun sinnvoll ist, ob Sie wirklich nicht nur den Wohnschutz wieder lockern wollen, was viele Leute verstehen, sondern hier noch diese Liberalisierung herbeiführen wollen. Ich denke, es spricht im vorliegenden Fall einiges dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Luca Urgese, Lorenz Amiet und Oliver Battaglia. Sie werden entgegengenommen. Die erste Frage stellt Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): AnerkennenSie, dass die Grundstückgewinnsteuer genau dafür geschaffen wurde, kurzfristige Veräusserungen und Spekulationen unattraktiv zu machen, so dass es nach Ihrer Lesart damit zwei Steuern gibt, die genau denselben Zweck erfüllen sollen?

Tim Cuénod (SP): Ihre Mechanismen sind ein wenig andere. Die Grundstückgewinnsteuer ist wichtig, vor allem unter Long one. Die Handänderungssteuer in der Art und Weise, wie sie funktioniert, ist eben gerade, was kurzfristigen Kauf und Verkauf anbelangt, durchaus nicht ganz unwichtig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Frage wird von Lorenz Amiet gestellt.

Lorenz Amiet (SVP): Eine Frage an den Wirtschaftshistoriker: Gehen Sie mit mir einig, dass die Handänderungssteuer viele, viele Jahrzehnte vor der Grundstückgewinnsteuer eingeführt wurde und dass deshalb vielleicht ganz andere Gesichtspunkte galten damals?

Tim Cuénod (SP): Ich meine, ja, dem ist es so, ich habe es jetzt nicht überprüft. Und trotzdem waren es primär fiskalische Motive, das habe ich gesagt, als Abgeltung für den Aufwand, der dem Staat durch die Entstehung der Eigentümerwechsel usw. entstand. Aber auch schon damals hat eine gewisse Rolle gespielt, dass man kurzfristigen Verkauf und Kauf ein wenig eindämmen wollte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Sie haben in Ihrem Beispiel den Bodenpreis als wertsteigerndes Teil aufgenommen. Wir haben in Basel sehr wenig Platz, der noch verfügbar ist. Wenn man das auf Immobilien bezieht, wie ist dann das Verhältnis dort?

Tim Cuénod (SP): Ich bin nicht ganz sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die Handänderungssteuer ist eine Rechtsverkehrssteuer, genauso wie die Stempelsteuer. Sie hat reinen fiskalischen Zweck entgegen dem, was vielleicht gewisse Nebenwirkungen sind, die aber nicht die Begründung waren. Wenn nun Tim Cuénod sagt, dass das eine Abgeltung der Kosten sei, die dem Staat entstehen mit dem Eigentumsübergang, muss man bedenken, dass wir durchaus Gebühren der Grundbuchämter haben, die das zu decken haben. Es gibt nichts darüber hinaus zu decken. Es gibt auch sonstige Rechtsverkehrssteuern, die Stempelsteuer etwa. Die knüpft auch an einen Eigentumsübergang an. Die staatliche Leistung dort ist null. Die Stempelsteuer hat man einmal erhöht oder nicht abgeschafft, mit dem hat man das ganze Fondsgeschäft nach Luxemburg vertrieben. Das ist genauso, wie wenn man ein Gebäude unter Denkmalschutz stellt, dann ist nicht der Hauptzweck die Vertreibung einer Gesellschaft, aber das kann trotzdem eintreten.

Also, lassen Sie die Kirche im Hause, das ist eine Rechtsverkehrssteuer. Und wenn es wirklich um die Spekulationsbekämpfung ginge, dann hätte ja die Haltedauer eine Auswirkung auf die Höhe dieser Steuer, das hat es aber nicht. Wir haben wirklich dafür die Grundstückgewinnsteuer, die ist wesentlich höher, wenn ich relativ bald wieder eine Transaktion machen. Als der Bund gedacht hat, man müsse Ende der 1980er-Jahre den überhitzten Grundstückmarkt bremsen, hat man extra Steuern eingeführt mit diesem Zweck als Lenkungssteuer. Die Folge war dann auch der Crash einiger Regionalbanken, ob das wirklich beabsichtigt war, ist eine andere Frage. Aber bitte, das ist eine Restverkehrssteuer, die ist relativ einfach zu erheben. Die profitiert davon wesentlich ohne Gegenleistung des Staates, dass die Grundstückpreise gestiegen sind. Die werden alles auch anders abgeschöpft. Es sind Kosten, und ich bitte, bei der Steuersystematik zu bleiben und nicht einfach Behauptungen in den Raum zu setzen, wie das hier von linker Seite geschehen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich bin bei David Jenny, es ist eine Steuer, ja, es ist eine Steuer, sie ist nicht eingeführt worden, um zu lenken, das ist nicht ihr Zweck. Ja, der Staat zieht Steuern ein. Ja, wir erbringen nicht für alles eine direkte Leistung, es ist eine Steuer und keine Gebühr, vollkommen richtig, aber es geht nicht bei mir in den Tresor, sondern wir geben es aus für Leistungen in diesem Kanton. Wovon reden wir hier? Was möchte Bruno Lötscher von mir? Er möchte, dass wir diese 50 Millionen in etwa, die wir einnehmen jedes Jahr, halbieren. Er sagt, 25 Millionen reicht. Das kann man so sehen, dann diskutieren wir das beim Budget im Dezember. Wo verzichten wir auf 25 Millionen? Das ist die Diskussion auf den Punkt gebracht.

Womit ich einfach etwas Mühe habe, ist erstens, wenn Sie sagen, der böse Staat nimmt das Geld. Nein, wir machen etwas damit. Wenn Sie finden, wir brauchen weniger, dann ist das in Ordnung, das können wir diskutieren. Und dann die unsoziale Steuer. Da habe ich schon etwas Mühe. Gut, ich gebe zu, ich bin nur Mieterin, aber die Liegenschaftsbesitzenden sind nicht die Armen in unserem Kanton. Liegenschaften zu besitzen im Kanton Basel-Stadt ist ein Privileg. Es ist ein Privileg, es ist sehr teuer bei uns, das wissen wir alle, und es lohnt sich wirklich. Und wir haben eher das Problem, das stimmt, dass es schwierig ist, sich das zu leisten. Ich weiss nicht, ob ich mir es heute leisten könnte und ich verdiene über 300’000 Franken im Jahr, aber ich habe das Vermögen, um eine Eigentumswohnung zu kaufen, heute auch nicht. Ja, die Banken, das ist so und das ist kein Witz, sind skeptisch, ob sie mir das finanzieren würden. Es ist wirklich für Familien, da gebe ich Ihnen recht, schwierig.

Aber Sie werden das auch nicht mit der der Abschaffung der Handänderungssteuer verändern. Und wir haben ja bereits Vergünstigungen, etwa beim Erwerb einer Liegenschaft für eine Genossenschaft, selbst bewohnt, und befreit sind Erben, Nachkommen, Stiftungen und die öffentliche Hand. Das gibt es ja heute schon. Wenn Sie den sozialen Aspekt hineinbringen wollen, so gibt es den auch heute schon. Ich finde nicht, dass es eine unsoziale Steuer ist. Es ist eine Steuer, die der Staat einnimmt und mit dessen Geld er dann Leistungen erbringt.

Und auch das Argument Steuerharmonisierung bringt mich zum Stauen. Auf der einen Seite wollen die Bürgerlichen immer Steuerwettbewerbe in der Schweiz, aber bei diesen Themen wollen sie dann Harmonisierung. Ja, es ist in anderen Kantonen einfacher, Liegenschaften zu kaufen. Andere Kantone haben andere Situationen, daher ist es auch unterschiedlich.

Daher möchte der Regierungsrat es nicht entgegennehmen, weil wir im Moment nicht sehen, wo wir diese 25 Millionen einsparen sollen. Das ist der Hauptgrund. Wir können das selbstverständlich auch noch einmal diskutieren, wenn wir die Stellungnahme machen, um das etwas genauer aufzuzeigen, aber am Ende geht es genau darum: Wo sparen wir das Geld ein, auf welche Leistungen verzichten wir im Dezember oder im nächsten Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Ich bin immerhin froh, dass ein paar der Befürworter:innen ehrlich sind und sagen, dass es ihnen um die Abschaffung dieser Steuer und nicht um die Halbierung geht. Luca Urgese, Sie haben Recht, Immobilieneigentümer:innen werden besteuert. Es ist immerhin auch die Idee, dass wir nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit besteuern, da ist es nicht besonders überraschend, dass die besser situierten Teile der Bevölkerung mehrfach besteuert werden für den gleichen Franken, das ist Ihnen ja auch bekannt oder das ist ja auch normal. Handänderung von Vermögen wird sehr oft besteuert, es wird anschliessend noch als Vermögen besteuert, es wird beim Kauf von Dingen nochmals über die Mehrwertsteuer besteuert. Das sind alles Mechanismen, die Ihnen bekannt sein dürften.

Lorenz Amiet, nein, es ist keine Gebühr, es ist eine Steuer, das bestreitet auch niemand. Deswegen ist auch nicht eine Gebühr abzuschaffen, für die keine Gegenleistung kommt, sondern es ist einfach eine Steuer, einfach Einnahmen, es sind fiskalische Gründe für den Staat. Ich finde diese Vermischung doch mindestens bewusst verwirrend gestaltet.

Nun haben Sie die Kostenmiete irgendwie gegen die Handänderungssteuer aufzuwiegen versucht. Da möchte ich einfach darauf hinweisen: Wenn Sie eine Liegenschaft in Kostenmiete abgeben wollen, wenn Sie die Liegenschaft selbst bewohnen wollen, was Sie auch noch als Argument aufgebracht haben, dann ist die Steuer heute schon halbiert. Das einzige, was wir machen, wenn wir die Handänderungssteuer pauschal halbieren, ist, dass wir den absoluten Betrag kleiner machen, in welchem die Selbstnutzung und die Kostenmieteabgabe der Liegenschaft bevorzugt wird gegenüber der reinen Spekulation oder einfach der reinen Renditeorientierung. Das heisst, wenn es eine Lenkungswirkung gibt, die Sie ja bestreiten, aber wenn es diese Lenkungswirkung gibt, dann verringern Sie diese damit.

Ganz einfach, wenn wir die Lenkungswirkung noch allgemeiner nehmen: Sinkt die Handänderungssteuer, erhöht sich einfach das verfügbare Kapital für den Kaufpreis. Das heisst, der Bodenpreis wird getrieben durch die Verringerung der Handänderungssteuer. Das ist eine rein intuitiv klare Angelegenheit.

Nun möchte ich abschliessend noch auf David Jenny reagieren. Sie sagen es richtig, lassen wir die Kirche im Dorf. Es ist nichts anderes als eine Steuersenkung, die wir hier diskutieren, für den wohlhabenden Teil der Bevölkerung. Das hat nichts mit Bankencrashes oder sonstigem zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich auch noch als Sprecher gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Ich gestatte mir zwei Bemerkungen. Verzeihung, wenn ich mich juristisch nicht 100-prozentig korrekt ausgedrückt habe. Mir ging es um die effektive Wirkung der Handänderungssteuer. Mir ging es darum zu sagen, dass die Existenz dieser Steuer heute eben kurzfristigen Kauf und Verkauf hemmt. Und dass wir, da Immobilieneigentum sehr attraktiv war in den letzten Jahren bis Jahrzehnten und es eine stille Wertvermehrung und anderes gab, eine Tendenz heute schon haben zu Mehrkäufen und -verkäufen, deswegen auch teilweise ein Anstieg bei den Einnahmen, und auch eben zur Verbreitung von institutionellen Anlegern.

Und was die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit anbelangt, ist einfach auch zu sagen, es gibt Einkommen, die haben etwas zu tun mit erbrachter Leistung, mit Einkommen, aber gerade wenn wir davon ausgehen, dass Wohneigentum ein Privileg ist, nicht verachtenswert, in keiner Art und Weise, dann muss man doch sagen, dass die stille Wertvermehrung, die man im Laufe der Jahre realisiert, eine Art leistungsloses Einkommen ist. Man profitiert davon und hat das Glück, das dann später veräussern zu können. Dafür gibt es verschiedene Steuereinstrumente. Ich möchte jetzt nicht in

die Details der Systematik von Grundstückgewinnsteuer und Handänderungssteuer eingehen, aber ich würde ja nicht vermuten, dass Sie eine Senkung oder Abschaffung der Handänderungssteuer dadurch kompensieren wollen, dass Sie die Grundstückgewinnsteuer erhöhen möchten. Das ist wohl nicht Ihre Absicht. Sondern es geht Ihnen darum, diese Steuern insgesamt tief zu halten und sie möglichst abzuschaffen. Über das andere könnte man selbstverständlich auch diskutieren. Wie gesagt, bei der Handänderungssteuer, und das ist mir wirklich wichtig, wären wir bereit, genauer hinzuschauen bei selbstgenutztem Wohneigentum, ob man da nicht eine Absenkung realisieren könnte. Aber was uns stört an der Motion ist ihre Pauschalität.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zum Schlusswort des Motionären Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Was für eine spannende Debatte! Vielen Dank allen Vorrednerinnen und Vorrednern für alle die ausgetauschten Argumente. Ein bisschen bin ich erschlagen, wenn ich höre, was es hier offenbar zu debattieren gibt zu diesem Thema. Worum geht es denn wirklich? Es geht bei der Handänderungssteuer nicht mehr darum, irgendwelche Lenkungen vorzunehmen und schnelle Handänderungen zu besteuern, das hat längstens die Grundstückgewinnsteuer übernommen. Bei der ursprünglichen Einführung, da gebe ich Ihnen recht, war das der Grund, aber das ist vorbei, da wird in hohem Masse die Abschöpfung vorgenommen über die Grundstückgewinnsteuer und die Lenkung geschieht dort. Eine wirkliche Aufgabe hat diese Steuer nicht mehr.

Warum hat mich das gestört, warum habe ich das gebracht? Steuern sollen eigentlich vom Volk nur dann erhoben werden, wenn das Volk sie so beschlossen hat. Und ich sage Ihnen aus meiner Sicht, ich glaube nicht, dass das Volk diese Steuer so beschlossen hat. Natürlich haben wir einen Prozentsatz in dem Steuergesetz, aber hat irgendjemand vorhersehen können, wie sich die Preise hier entwickelt haben auf dem Immobilienmarkt? Und was hat das zur Folge, was hat das zur Konsequenz, dieser Steuer? Wenn Ihre Kinder ein Haus kaufen wollen heute, dann kostet das sicher 1,5 Mio. Franken. Daniel Gmür, ich gehe mit Ihnen einig, dass der Preis als Gesamtes angesehen wird, aber beim Kaufpreis kann man nicht von Anfang an das dazu rechnen. Aber was passiert, es kostet 45’000 mehr, wenn Sie die Handänderungssteuer noch dazu nehmen, 45’000 mehr in die Staatskasse. Jetzt sagt Regierungsrätin Tanja Soland, wo man das denn einsparen soll Ich frage umgekehrt. Soll der Staat wirklich Geld einnehmen, was das Volk so nie gedacht und beschlossen hat? War das die Idee, dass hier der Staat als Grossspekulant quasi Geld abschöpft von seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern? Das glaube ich nicht, das glaube ich wirklich nicht.

Es ist kein Zufall, dass in der Schweiz acht Kantone diese Steuer aufgehoben haben. Denn die Lenkung geschieht überall über die Grundstückgewinnsteuer. Sämtliche Aufgaben des Staates werden durch die Grundbuchämter abgegolten mit den Gebühren oder durch die Notariatsgebühren. Und der Gewinn wird abgeschöpft über die Grundstückgewinnsteuer. Acht weitere Kantone, die es nicht abgeschafft haben, verlangen 1% bis 1,5%. Und da, denke ich, müssten wir wieder hingehen, wenn wir nur schon zehn Jahre zurückschauen. Wir haben innerhalb von zehn Jahren die Einnahmen verdoppelt, ohne irgend ein Dazutun. Das finde ich nicht gerecht.

Es geht mir nicht um eine Steuersenkung, sondern um die Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit, sonst hätte man tatsächlich einfach die Abschaffung beantragen können. Das wollte ich bewusst nicht, denn ich finde auch, wie gesagt wird, als Eigentümer einer Liegenschaft kann man Solidarität zeigen und auch einen Beitrag leisten. Aber nicht viel mehr, als angedacht war. Da ufert es eben aus, und hier hätte ich natürlich schon gedacht, dass auch die linke Ratsseite mitzieht, weil genau diese Überlegung eben im Vordergrund stand, dass es nicht darum geht, einfach abzuschaffen, sondern die Steuergerechtigkeit wiederherzustellen. Das ist das Bestreben dieser Motion, und ich freue mich, dass ein grosser Teil der Vorrednerinnen und Vorredner das so gesehen haben und ich bitte Sie um Unterstützung dieses Anliegens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Sie sprechen darüber, dass das zugrunde liegende Problem die gestiegenen Bodenpreise sind. Wären Sie bereit, mit mir eine Arbeitsgruppe gegen die weitere Explosion der Bodenpreise zu gründen, anstatt Steuergeschenke zu beschliessen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich muss die Frage so beantworten: Es geht hier nicht um Steuergeschenke, sondern um die Wiederherstellung von Steuergerechtigkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben mir einen Stichentscheid beschert. Ich stimme für die Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

50 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007145, 17.09.25 11:29:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

29. Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen

[17.09.25 11:29:53, 25.5256.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Harald Friedl hat das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Ankündigung des Regierungsrates in diesem April, die Informatik der Kantonsverwaltung vollständig auf Microsoft 365 umzustellen, hat einige Diskussionen hier im Rat, aber auch im Kanton ausgelöst. Ich selber arbeite auch in der Kantonsverwaltung, ich kann Ihnen sagen, dass es dort auch heiss diskutiert wird. Eigentlich, so sollte man meinen, geht es da nur darum, dass die IT, also die Infrastruktur der Kantonsangestellten, auf die aktuellste Software und die aktuellsten Anwendungen von Microsoft umgestellt werden, um einen Prozess, den wir alle schon mehrmals in unserem Leben oder in unserem Berufsalltag mitmachen mussten, manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Begeisterung. In diesem Fall liegt die Sache aber in unseren Augen anders und es steckt doch einige Brisanz in diesem Entscheid drin.

Mit der Nutzung von Cloud-Technologien ist zwangsläufig auch eine Auslagerung von Informatik-Dienstleistungen verbunden. Die Speicherung der Daten erfolgt ausserhalb der kantonalen Rechenzentren und bringt neue Herausforderungen für die Informationssicherheit, den Datenschutz und die Archivierung mit sich. Damit werden sämtliche Daten des Kantons irgendwo in einem Rechenzentrum auf diesem Planeten gespeichert, und darüber, wo sie gespeichert werden, haben wir schlussendlich wenig bis keine Einflussmöglichkeiten. Damit wird aber auch eine Vulnerabilität geschaffen, dass der Zugriff auch für andere möglich wird. Anina Ineichen hat ja in den Erläuterungen zu dieser Motion schon viele Problematiken aufgezeigt, offene Fragen, die mit diesem Entscheid einhergehen, und diese möchten wir schlussendlich auch breit diskutieren, darum auch dieser Vorstoss, diese Motion.

Und seien wir uns im Klaren: Seit der zweiten Übernahme der Präsidentschaft in den USA durch Trump ist die Verlässlichkeit gegenüber amerikanischen Firmen und Unternehmen nicht mehr dieselbe. Auch die Datenschutzbeauftragte unseres Kantons sah sich gezwungen, öffentlich Stellung gegen diesen Entscheid zu nehmen, und wir sehen es da in diesem Fall wie sie, dieser Entscheid geht weit über die verwaltungssächlichen Kompetenzen hinaus, weil es eben um die Sicherheit und die Souveränität der kantonalen Daten, also um unsere Daten geht. Es braucht hier dringend eine breite und umfassende Diskussion auf kantonaler Ebene, und wie und ob wir diesen Prozess der Auslagerung der Daten überhaupt in eine Cloud wollen. Ich bin ehrlich gesagt auch ein wenig ratlos, wieso die Einwände der Datenschutzbeauftragten bisher so wenig berücksichtigt wurden. Die Frage ist, wer denn eigentlich schlussendlich die Verantwortung trägt, wenn die Daten abgesogen werden, wer die Verantwortung übernimmt, wenn die Steuerdaten irgendwo landen bei Organisationen, die damit machen

können, was sie wollen. Die Daten, die sind dann weg, die kommen nicht mehr zurück, die sind dann irgendwo im Darknet oder was weiss ich wo.

Wir sind uns selber auch bewusst, dass die Umstellung auf M365 nicht mehr so einfach gestoppt werden kann. Hierfür ist der Prozess leider schon viel zu weit fortgeschritten. Wir fordern aber mit dieser Motion zumindest die Schaffung einer strengeren Regelung, wie vertrauliche Daten bei der Auslagerung besser geschützt werden können, wer das kontrolliert und wie die verschiedenen Daten zu verschlüsseln sind, um gegen fremden Zugriff geschützt werden zu können.

Und das ist jetzt meine persönliche Meinung, in einem weiteren Schritt geht es dann auch darum, dass der Kanton Alternativen sucht, Alternativen zu Microsoft. Andere Körperschaften zeigen, dass das auch möglich ist, im In- und Ausland. Das wird ein grosser Aufwand sein und das wird vielleicht auch nicht jedes Mal erfolgreich geschehen, aber wenn wir diesen Schritt nicht machen, werden wir uns immer in der Abhängigkeit eines einzelnen Unternehmens befinden und sind schlussendlich auch erpressbar. Alternativen zu suchen, bietet uns eben auch die Möglichkeit, in eine bessere Verhandlungsposition zu kommen und auch die Wertschöpfung lokalen oder näheren Körperschaften zu überlassen, und aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Speicher ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich wiederhole zum grossen Teil das, was ich im Juni schon gesagt habe. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es keine zusätzlichen gesetzlichen Grundlagen für die Cloud-Lösung braucht. Der Umgang mit Daten des Kantons ist im IDG oder auch in anderen Gesetzen bereits umfassend geregelt. Die geplante Einführung der Microsoft Cloud-Lösung, nebenbei nicht die einzige Cloud-Lösung produziert und betrieben von ausländischen Unternehmen, sind beim Kanton im Einsatz. Die GPK hat in ihrem Jahresbericht zur Einführung der Cloud einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie hat aber nicht erklärt, dass die Software nicht eingeführt werden darf. Sie hat auch keinen Projektabbruch gefordert. oder alternative Lösungen vorgeschlagen.

Der Regierungsrat hat die beiden Risiken von Cyberangriffen und Datenzugriffen der USA gegenübergestellt und dann das kleinere Übel gewählt. Auf der einen Seite verbessert sich mit Microsoft M365 aber auch SAP der Schutz wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Nachvollziehbarkeit, Viren, Hackerangriffe oder Daten-Lecks. Auf der anderen Seite ist die Frage eines möglichen Zugriffs der US- oder der EU-Administration auf die Daten, die in der Schweiz gespeichert sind. Der Regierungsrat ist so weit gegangen, dass er betreffend mögliche Zugriffe aus den USA eine externe Studie in Auftrag gegeben hat. Ob er dies auch für die EU gemacht hat, ist mir nicht bekannt. Der Regierungsrat hat meiner Meinung nach seine Hausaufgaben gemacht und dann in seiner alleinigen Kompetenz entschieden.

Im Kontrast zu diesem Sturm im Wasserglas ist es erstaunlich, dass sich der Grosse Rat und auch die Datenschutzbeauftragte nie zu den Hardware-Risiken aus China geäussert haben. Alle PCs, die Netzwerk-, Mobil- und WLAN-Komponenten des Kantons und vieles andere mehr stammen von dort. Sind wir wirklich davon überzeugt, dass China in diese Bausteine keine trojanischen Pferde eingebaut hat? Seit Neuestem verschenkt des grösste chinesische Versandhaus den Neukunden gratis ein Tablet. Es ist doch völlig klar, was die Absicht ist. Jeder Klick, jedes Interagieren auf diesem Tablet wird transparent nach China übermittelt, Schweizer oder EU-Datenschutz hin oder her. Ich hoffe doch, dass kein einziger Mitarbeiter der Verwaltung solche Tablets zum Lesen und Schreiben von E-Mails, für Videokonferenzen oder für das Homeoffice verwenden. Meine Damen und Herren, dies sind die wirklichen Fragen zum Schutz der Daten.

Sollte der Vorstoss überwiesen werden, prophezeie ich bereits jetzt, dass der Regierungsrat den Vorstoss als rechtlich nicht zulässig erklären wird. Hier greifen wir klar in die Kompetenz des Regierungsrates ein. Diese gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, wo aber sind die Compliance, Überwachung und Kontrolle? Statt mit neuen Paragraphen in den Gesetzen sollten wir uns eher mit diesen Themen auseinandersetzen. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab, wie das auch der Regierungsrat tut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja, der Betrieb von IT-Lösungen und die Speicherung der Daten in der Cloud ist heute eigentlich Standard und sogenannte On-Premises-Lösungen, also Betreiben von Anwendungen und deren Speicherungen hier On-Site mit den vielen Arbeiten, die darum herum nötig sind, das wird eben nicht mehr so gemacht, sondern werden zum grossen Teil an spezialisierte Unternehmen ausgelagert. Und dabei bezieht sich diese Spezialisierung ja nicht nur auf die Anwendung selbst, sondern sehr oft nur auf das Betreiben, Aktualisieren, Sicherstellen der Daten, der Backups etc.

Und so wie wir wissen, geschieht das auch in unserem Kanton immer mehr. Wie schon erwähnt, das jüngste Beispiel ist das Outsourcing der Office- und Mail-Infrastruktur an die Firma Microsoft, wo eben nicht nur die Anwendungen, sondern auch die

Daten nicht mehr auf Servern im Kantonsgebiet, sondern irgendwo auf Servern von Microsoft gespeichert sind, und dass sich dabei gewisse rechtliche Fragen stellen, das liegt natürlich in der Natur der Sache.

Die Motion verlangt eigentlich etwas Einfaches, nämlich die rechtlichen Grundlagen für das Outsourcing von Anwendungen und deren Datenspeicherung sicherzustellen. Das Verlagern von IT-Dienstleistungen in die Cloud ist ein dynamischer Vorgang, weshalb sich diese Rahmenbedingungen auch ständig weiterentwickeln müssen. Ergo ist es sinnvoll, ein Rahmenwerk für die rechtlichen Aspekte zu schaffen, welches dieser Dynamik gerecht wird. Es besteht ohne Zweifel eine grosse Anzahl von Anwendungen in unserer Verwaltung. Ob diese Anwendungen und Daten on-premise gehalten sind, ob sie auf dem Weg in die Cloud sind, ob sie bereits in der Cloud sind, ja, das weiss im Detail nur die Verwaltung. Deshalb ist es an ihr respektive dem Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass tatsächlich alle jetzigen oder zukünftigen Cloud-Anwendungen in ein geordnetes rechtliches Rahmenwerk eingepasst werden oder eingepasst sind. Und ob diese rechtlichen Grundlagen tatsächlich ausreichen, ob sie erweitert oder angepasst werden müssen, das kann nur der Regierungsrat beurteilen.

Die SVP erachtet es deshalb als sinnvoll, dass der Regierungsrat dieser Frage sich detailliert widmet, eine Auslegeordnung macht und dem Grossen Rat die nötigen gesetzlichen Grundlagen vorlegt. Zusätzlich zu den in der Motion erwähnten Punkten erachtet es die SVP als wichtig, dass der Regierungsrat nicht nur diese Grundlagen vorlegt, sondern auch aufzeigt, wie er sie in dieser sich sehr dynamisch entwickelnden Umgebung weiterentwickeln wird. Wie, was und in welchen zeitlichen Abständen wird er diese rechtlichen Grundlagen anpassen, auf Erweiterungen, Änderungen überprüfen und sie vorlegen? Darauf erwarten wir in der Motionsbeantwortung Antworten.

Der Regierungsrat schreibt ja in seinem Jahresbericht, unseres Erachtens relativ leichtfüssig, er habe die Übernahme der identifizierten Restrisiken einer Einführung der M365-Cloud-Lösung beschlossen. Diese Risiken sind nicht bloss technischer, sondern auch rechtlicher Art. Und wir erwarten, dass sich der Regierungsrat dieser Tatsache bewusst ist und sie entsprechend in die Antwort auf diese Motion einfliessen lassen wird.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich kann meinem Vorredner von der SVP nur beipflichten, wie auch Harald Friedl, der schon zu Beginn die wichtigsten Argumente dargelegt hat. Ich möchte Sie auch im Namen der SP darum bitten, die vorliegende Motion an die Regierung zu überweisen, und zwar auch aus demokratiepolitischen Gründen.

Für uns ist klar, die im Frühling beschlossene Auslagerung von besonders schützenswerten Personendaten in die Cloud, stellt einen Grundsatzentscheid dar, der weitreichende Konsequenzen hat. Gleichzeitig geht es hier auch nicht nur um Microsoft 365. Das heutige IDG regelt die Auslagerung von Personendaten nicht ausdrücklich und macht auch keine Aussagen zum Umgang mit eben besonders schützenswerten Daten in der Cloud. Die Bearbeitung durch Dritte wird zwar unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, aus unserer Sicht war aber in der Formulierung des § 7 nicht eine komplette Auslagerung in einer Cloud vorgesehen. Auch die Kritik seitens der Datenschutzbeauftragten, die im Übrigen auch schon ihr Vorgänger geäussert hatte, spricht aus unserer Sicht dafür, dass es dringend angezeigt ist, dass eben wir, also dass sich die Legislative auf Gesetzesebene dazu äussert, unter welchen Rahmenbedingungen eine solche Auslagerung erfolgen soll. Dabei ist für uns selbstverständlich unbestritten, dass eine zeitgemässe und einwandfrei funktionierende digitale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für alle Staatsaufgaben ist. Das stellen wir hiermit nicht in Frage.

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen, , dass eben diese viel zitierten Gutachten, welche die Sicherheit bzw. das Risiko dieser Auslagerung abwägen, aus einer Zeit vor Donald Trump stammen, und ich glaube wirklich, dass wir alle hier ganz unabhängig von unserer individuellen politischen Haltung uns einig sind, dass mit Trump unzählige Sicherheiten bereits gefallen sind und niemand weiss, wie sich seine Willkür in Zukunft auswirken wird. Der US-Cloud-Act erlaubt den Zugriff auf alle Daten, unabhängig davon, wo diese Server stehen, und ich persönlich würde nicht viel auf die Gewissheit wetten, dass so ein Zugriff unwahrscheinlich ist. Darum sind wir der Meinung, dass diese Abwägung und diese Debatte hier in den Grossen Rat gehört und im Rahmen der Kommissionsberatung vertieft werden sollte. Ich danke Ihnen deshalb, wenn Sie die Motion an die Regierung überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Cloud basierte Datensammlung bedeutet eben nicht Cloud gleich in den Wolken, sondern es bedeutet eben auch klar, dass diese Datensammlung nachher eine nationale Identität hat. Und damit sind wir, es wurde

vorher richtig gesagt von Salome Bessenich, sind wir eben in der heutigen Zeit angelangt und wissen, dass es sehr wichtig ist, dass man genau hinschaut, wem man sich da anvertraut.

Zudem wissen wir auch aus diesem Bereich, dass diese in der Schnelligkeit wirklich auch Reaktionen verlangt. Wir haben gesehen, dass in der EU, auch natürlich in der Schweiz viel zu lange gewartet wurde, um auch rechtlich den ganzen Themen nachzukommen. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass es vor allem wichtig ist, auch diese Motion auf ein Jahr zu terminieren.

Ich möchte Ihnen in diesem Sinne für die Basta beliebt machen, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Meine Haltung und die meiner Fraktion kam am besten zum Ausdruck im Votum von Salome Bessenich. Wir sehen hier auch eher einen demokratiepolitischen Grund, warum wir diese Motion überweisen sollten. Offensichtlich gibt es hier Bedarf, und offensichtlich wird in Frage gestellt, ob die gesetzliche Grundlage aktuell zur Situation passt. Da lohnt es sich, mindestens diese Motion zu überweisen und das genau anzuschauen, um auch mehr Frieden herzustellen. Wir sind der Ansicht, insbesondere auch ich, dass praktisch gesehen sich nicht viel ändern wird. Ich bin auch der Ansicht, dass die Regierung und die Verwaltung hier durchaus einen guten Job gemacht haben, also die Überweisung der Motion ist überhaupt nicht eine Kritik an irgendjemanden, sondern wir sehen einfach Bedarf und glauben deshalb, dass es sinnvoll investierte Energie ist, dieses Thema genauer anzuschauen, für uns als Parlament. Vielen Dank.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP hat hier ein Offen und das widerspiegelt auch die Komplexität dieses Themas. Auf der einen Seite reden wir von Cloud, wir reden über Hybridlösungen, wir reden von Lösungen, die im Kanton gehostet werden und betrieben werden. Ich höre immer wieder, Microsoft 365 sei des Teufels, da könne jeder auf die Daten zugreifen. Wir haben ein ganz individuelles System bei den Steuern namens Nest. Und dieses Nest, das ist nicht im Microsoft-Universum eingeschlossen, und genau analog haben wir auch sehr, sehr viele Systeme, die irgendwo anders betrieben werden, und die Komplexität, auf alles Zugriff zu bekommen, ist eigentlich eher ein unmögliches Unterfangen.

Daher die Frage: Wir haben verschiedene gesetzliche Grundlagen, aber wir haben auch effektiv die Umsetzung dieser gesetzlichen Grundlagen im Sinne eines Information Security Management Systems, wo man dann diese verschiedenen Systeme anschaut, die Risiken bewertet und entsprechend Massnahmen implementiert, sei es nun bei Office 365 mit einer geeigneten Chiffrierung der schützenswerten Daten, dass die nicht zugänglich sind. Ich denke einfach, dass man hier den Fachspezialisten, die dieses Thema Tag ein, Tag aus bewirtschaften, auch ein gewisses Vertrauen zuteilen muss und schauen muss, dass sie ihre Arbeit machen können. Das ist eigentlich schlussendlich die Auslegung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Datenschützerin hat nicht explizit gesagt «Office 365 Nein», sondern sie hat in ihrem Bericht geschrieben, dass es mit entsprechenden Massnahmen, mit Kontrollen auch durchaus einführbar ist. Also es ist nicht ein Nein partout. In diesem Sinne wird die LDP entscheiden, wo sie in dieser Frage steht. Besten Dank.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Daten werden nicht alle irgendwo gespeichert, sie gehen nicht alle in die Cloud. Das ist anscheinend ein Missverständnis. Das ist definitiv nicht so. Olivier Battaglia hat es schon angetönt, gerade bei den Steuerdaten als Beispiel, die sind im Nest. Also da gibt es unzählig verschiedene Beispiele, wie man die lagert oder wo, welche Daten in die Cloud können, welche nicht. Das ist eigentlich ein Thema, das jetzt die Verwaltung anschaut. Das ist eine sehr exekutive Aufgabe. Ich meine, wenn Sie der Meinung sind, dass der Grossrat über alle einzelnen Daten entscheiden muss, dann gibt es also auch eine Gewaltenvermischung, und dann wird es wirklich schwierig. Sie können die Linien vorgeben und die haben wir, wir haben ein IDG, wir haben Verordnungen, das haben wir alles. Und genau dort steht selbstverständlich, dass wir den Schutz gewährleisten müssen, daher gehen auch nicht alle Daten in die Cloud. Aber das mit Ihnen zusammen hier über alle einzelnen Daten zu machen, das ist einfach unrealistisch.

Wir hören immer wieder die Rede vom demokratiepolitischen Defizit. Ich wurde übrigens auch gewählt, nicht nur Sie, auch die Regierung wurde gewählt. Der Unterschied ist in der Verantwortung. Wir können die schon abgeben, ich finde das einfach sehr billig. Wenn die Regierung sagen würde, entscheidet doch ihr, ob wir M365 einführen. Ich fände das wirklich

billig. Wer steht dann hin, wer von Ihnen? Nein, wir sind uns dessen bewusst, es wird meinen Kopf kosten, wenn es sehr schiefgeht, wenn es im ED schiefgeht, muss Mustafa Atici hinstehen, wenn es in einem anderen Departement schiefgeht, im WSU, muss Kaspar Sutter hinstehen. Ja, das ist so. Wir stehen dann klar in der Verantwortung, und ich habe das die letzten fünf, sechs Jahre auch ein paar Mal erlebt, meine Kollegen kennen das. Und dann wird es sehr heiss, dann kommt die GPK und sagt, was soll das, was habt ihr gemacht? Ah, Frau Soland hat Steuerdaten herausgegeben! Dann kommt Erich Bucher und sagt, so geht es nicht, was haben Sie da gemacht.

Wir können das doch nicht Ihnen übergeben. Sie könnten das gerne haben, aber ich fände es billig, und daher hat der Regierungsrat gesagt, nein, wir müssen das entscheiden, es gibt immer Restrisiken, das ist so. Und es ist auch jetzt nicht anders. Ich kann Ihnen sagen, die Situation aktuell, die ist viel schwieriger. Ich bin ja schon erstaunt, dass nie jemand nachgefragt hat, wo denn die Daten heute so sind. Ich muss Ihnen sagen, ich bin so froh, dass wir jetzt dahinter sind und das bereinigen, und auf einen guten Weg bringen.

Und es ist so, es wird immer eine Diskussion geben und selbstverständlich, die 100%ige Sicherheit gibt es nicht, denn sonst machen wir wieder Papier. Und den Mitarbeitenden im Kanton zu sagen,wir machen nur noch Papier, mit E-Mails ist es aus die Maus, und dann laufen wir wieder hin und her, das ist dann schon sehr schwierig, das ist eine Abwägung. Und eine Abwägung, die wir sehr gerne auch in der GPK oder in anderen Kommissionen besprechen.

Wir haben Gesetze, wir werden das selbstverständlich in der Stellungnahme beim Eintreten auch ausführen, aber wir können nicht mit Ihnen alle einzelne Daten besprechen, das wäre schwierig. Alternativen sind auch schwierig, das wissen wir in anderen Bereichen. Wir werden sicher schauen, ob es das mal gibt, aber es ist im Moment einfach sehr schwierig. Und in einem Jahr eine gesetzliche Grundlage bringen! Wenn Sie M365 verbieten wollen, dann machen Sie es. Die Datenschutzbeauftragte hat es nicht gemacht, sie hat nicht verfügt. Wenn Sie das wollen, dann reden Sie aber Klartext. Ansonsten wird es schwierig mit einer gesetzlichen Grundlage in einem Jahr, das kann ich Ihnen heute schon sagen. Ich nehme die Zwischenfragen an und ich hoffe, Sie sind nicht zu technisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die erste Zwischenfrage stellt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich stelle Ihnen nur die Frage, die Sie schon selbst gestellt haben. Wo sind die Daten heute?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: An unterschiedlichen Orten, und wir haben tatsächlich festgestellt, dass Corona zum Beispiel dazu geführt hat, dass wir Teams gemacht haben und Teams ist übrigens die Cloud, das heisst, wenn Sie dort etwas hochladen, dann ist es schon heute in der Cloud.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben die Verantwortungsübernahme durch den Regierungsrat angesprochen und die desolate Situation der IT haben Sie auch angesprochen. Wie übernimmt der Regierungsrat die Verantwortung für die jetzige Situation?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Indem wir hinstehen und Lösungen suchen. Wir sind daran, einiges zu verbessern und ich finde, es geht vorwärts. Ich fand das auch nicht lustig, als ich das Amt übernommen habe, denn IT war das letzte Thema, dem ich mich annehmen wollte und ich habe die letzten fünf Jahre ehrlich gesagt sehr, sehr viel IT gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Motionärin Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Versetzen wir uns doch kurz zurück in das Jahr 2012. Windows 8 wurde lanciert, Google Drive gab es endlich auch auf dem Handy, Snapchat haben vielleicht einige von Ihnen installiert und das DSG wurde von uns in Kraft gesetzt. Es gab sicher eine Vernehmlassung damals, vielleicht habe ich dort sogar mitgemacht, aber ich habe sicher nicht an die Situation gedacht, wie sie heute ist, als ich § 7 gelesen habe. Ich habe nicht an die KI gedacht, ich habe nicht an die Schnelligkeit der Datenverarbeitung, die heute möglich ist, gedacht und ich habe auch nicht an die Clouds in diesem Ausmass, wie wir sie heute nutzen, gedacht. Ich bezweifle, dass die Macherinnen und Macher des DSG an das gedacht haben, wie es heute ist.

Und das hat dazu geführt, dass wir heute im DSG genau einen Artikel haben, um all diesen neuen Herausforderungen in der digitalen Welt zu begegnen, einen Artikel, 80 Zeichen. Ich bezweifle, dass das ausreicht, um diesem Ausmass an Auslagerungen gerecht zu werden. Und es geht mir im Übrigen nicht darum, der Regierung reinzureden. Wir haben Gesetze und wir haben Verordnungen. Ich möchte hier lancieren, ein Gesetz zu machen, um die Grundzüge festzulegen, die Grundzüge dessen, wie wir wollen, dass unsere Daten und die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner gelagert werden, wie sie bearbeitet werden und wo, wenn sie in der Cloud sind. Es geht um die Rahmenbedingungen, wie man so schön sagt, und das Einzelne darf sehr gerne die Regierung dann festlegen oder auch die Verwaltung, da stimme ich Ihnen zu, Tanja Soland, da fehlt uns die Expertise und es ist auch nicht unsere Aufgabe.

Wichtig ist auch, dass wir festlegen, wer die Verantwortung trägt. Ja, die Regierung, aber wenn es ein Gesetz ist, dann können auch wir mitentscheiden. Und ich glaube eben, es ist nicht ein reiner Organisationsentscheid, wie man Daten und wo in einer Cloud lagert, sondern es hat eine Tragweite, die auch die Grossrätinnen und Grossräte hier im Raum mittragen dürfen. Nehmen wir doch das als Grossrätinnen und Grossräte an die Hand, nehmen wir uns dieses Problems an, machen wir uns Gedanken darüber, wer die Verantwortung trägt und welche Verantwortung die einzelnen Mitarbeiter tragen müssen. Das sind schon Grundsätze, die wir uns hier überlegen sollten, davon bin ich überzeugt.

Dann möchte ich einfach noch einmal betonen, es geht heute wirklich nicht um die Frage, ob M365 eingeführt werden soll oder nicht. Es geht aber auch nicht, Frau Regierungsrätin Tanja Soland, um die Frage, ob E-Mail oder Brieftauben. Ich bin auch davon überzeugt, wir kommen nicht um Clouds herum. Das ist die neue Welt, wir müssen die nutzen, sie erleichtern unsere Arbeit ja auch ungemein, aber wir müssen uns überlegen, wie, wo, was, wer in den Grundzügen. Das ist unsere Aufgabe, das sehe ich ganz klar. Es würde Ihnen auch helfen, Frau Regierungsrätin Tanja Soland, in Zukunft nicht mehr so ausführlich erklären zu müssen, wer jetzt was, wo, wie entschieden hat, denn dann sind die die Grundzüge bekannt und wir haben sie selber gemacht.

Ich möchte trotzdem noch schnell auf die Alternativen zurückkommen. Das ist ein Thema, das ich sehr gerne habe, weil das Bundesgericht in Lausanne arbeitet mit Alternativen, und es arbeitet meines Erachtens gut. Ich mag die Entscheide meistens, nicht immer, aber es arbeitet gut. Sie haben keinen Fachkräftemangel, es gibt schon Alternativen, dessen müssen wir uns bewusst sein. Aber das müssen wir heute auch nicht entscheiden. Hier und heute entscheiden wir ausschliesslich darüber, ob wir die Datenauslagerung in diesem Ausmass wollen, wie es halt die heutige technologischen Welt angenommen hat, oder ob wir dort noch Rahmen setzen wollen, oder wollen wir das nicht, sondern überlassen wir das der Regierung. Und ich würde die Regierung gerne von diesem Restrisiko schützen. Vielen Dank, meine Fraktion ist für Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007147, 17.09.25 10:02:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisung entschieden mit 76 gegen 21 Stimmen.

Schluss der 26. Sitzung

12:02 Uhr

Protokoll

der 27. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. September 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP), Tim Cuénod (SP), Daniel Gmür (SP), Jo Vergeat (Grüne/jgb), Brigitta Gerber (BastA!), Ivo Balmer (SP), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)*

Verhandlungsgegenstände:

30. Motion 6 Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt 2
31. Motion 7 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt 7
32. Motion 8 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Verkauf der Kantonsanteile an der MCH Group . 12
33. Motion 9 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen 19
34. Motion 10 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen 24
35. Motion 11 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger 25
36. Anzug 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza 25
37. Anzug 2 Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen 34
38. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend offene Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für die Architekturstadt Basel 34

Beginn der 27. Sitzung

Mittwoch, 17. September 2025, 15:00 Uhr

30. Motion 6 Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt

[17.09.25 15:00:25, 25.5282.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 30. Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gemeldet hat sich Edibe Gölgeli als Einzelsprecherin.

Edibe Gölgeli (SP): Im OECD-Ranking gehört unser Land zu den Schlusslichtern, was die Elternzeit anbelangt. Umso wichtiger ist es, dass wir als fortschrittlicher Kanton mit eigenen Lösungen vorangehen und zeigen, dass moderne Familienpolitik und Vereinbarkeit möglich ist.

Wie Sie wissen, haben wir uns in Basel-Stadt und auch in diesem Hohen Hause schon einige Jahre sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Die Motion Gölgeli/Wyss forderte das EKFF-Modell mit 38 Wochen Elternzeit, und der Anzug Amacher führte im Standortpaket zu ersten Schritten mit einer Fondslösung. Aber genau diese Lösung gilt eben nicht für alle. Private Arbeitgeber:innen profitieren, staatsnahe Betriebe wie Spitäler, die Polizei oder die Verwaltung bleiben ausgeschlossen. Genau dort aber haben wir mit akutem Personalmangel zu kämpfen und genau dort wären attraktive Arbeitsbedingungen besonders wichtig, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.

Diese Ungleichbehandlung führt zu Verschärfungen, die weder sozialpolitisch noch arbeitsmarktpolitisch sinnvoll sind. Für uns als SP ist es klar, Elternzeit ist mehr als ein arbeitsrechtliches Detail, sie ist eine Frage von sozialer Gerechtigkeit, Gleichstellung und Solidarität. Alle Eltern im Kanton sollen von erweiterten Möglichkeiten profitieren, unabhängig davon, wo sie angestellt sind.

Wenn der Fonds Gesellschaft und Umwelt dies nicht abdecken kann, dann muss die Finanzierung aus dem ordentlichen Budget folgen. Dies ist keine Ausgabe, die man kleinrechnen darf, sondern eine Investition in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in die Entlastung von Eltern, in einen attraktiven Arbeitsmarkt für systemrelevante Berufe und letztlich auch in eine chancengerechte Gesellschaft. Basel-Stadt kann und soll hier vorangehen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen für Fairness zwischen den Arbeitnehmenden, für unsere Familien und für eine glaubwürdige, zukunftsfähige Vereinbarkeit und Familienpolitik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP-Fraktion möchte diese Motion, das kann ich direkt vorwegnehmen, nicht überweisen. Glücklicherweise sieht das ja auch die Regierung so. Wir möchten keinen weiteren Ausbau der Elternzeit, denn die Einführung, die wir hier hatten, war ein Teil eines Kompromisses, der getroffen wurde und in der Debatte wurde ja sogar der regierungsrätliche Vorschlag noch ausgeweitet und der Kreis der Berechtigten war Teil der Debatte.

Ich könnte eigentlich jetzt sofort mit meinem Votum aufhören und sagen, das ist es eigentlich, wir haben einen Kompromiss getroffen, und nur ganz kurze Zeit später soll dieser Kompromiss wieder über den Haufen geworfen werden. Der Vorstoss sollte nicht überwiesen werden und das sollte eigentlich allen hier drin klar sein, sonst haben ja Kompromisse nichts mehr wert.

Dennoch werde ich natürlich etwas mehr dazu sagen. Wir haben diese Elternzeit hier als Kompromiss eingeführt, es wird erwähnt, allerdings wird etwas vergessen. Ich möchte es noch einmal betonen, diese Elternzeit ist freiwillig, man kann sie freiwillig einführen, es ist also nicht so, als gäbe es jetzt fix eine obligatorische Elternzeit, auch wenn das im Vorstoss etwas so suggeriert wird. Sind wir also ehrlich, es geht hier einfach um einen weiteren Schritt in der Salamitaktik hin zu der

Einführung einer Elternzeit von 36 Wochen, 38 Wochen, je nachdem, welche Quelle man konsultiert. Und das ist einfach abzulehnen.

Ich habe aber auch sonst noch Vorbehalte gegenüber der Formulierung dieses Vorstosses, also es wird beispielsweise, und das zeigt ja schon die Haltung, von überobligatorischer Elternzeit gesprochen. Ich betone es noch einmal, wir haben kantonal über das Standortpaket eine freiwillige Möglichkeit durch einen Fonds, eine Unterstützung geschaffen, Elternzeit in einem Unternehmen einzuführen. Es gibt aber keine obligatorische Elternzeit, also müssen wir hier auch noch gar nicht über überobligatorische Elternzeit sprechen. Ich habe dann überlegt, woher das kommt. Kommt es daher, dass der Vaterschaftsurlaub nun Urlaub des anderen Elternteils heisst? Das ist vielleicht etwas verwirrend, aber es gibt dennoch immer noch den Mutterschaftsurlaub, es gibt den Vaterschaftsurlaub, und wir kantonal haben diese Möglichkeit der Elternzeit.

Ich finde auch die Formulierung etwas speziell, dass nicht alle Arbeitgeber, die nicht von dieser Elternzeit, wie sie im Standortpaket beschlossen worden ist, profitieren können. Das finde ich jetzt sehr weit formuliert, alle Arbeitgeber, je nachdem, wie man das interpretiert, da können sehr, sehr viele davon profitieren. Das finde ich, ist noch sehr offen, das kann man so stehen lassen. Aber auch die Forderung, dass es im Budget aufgenommen wird, dass dann über die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die ihre eigenen Budgets haben, bestimmt werden soll, eher heikel. Und einfach auch, weil es immer wieder weggelassen wird: Es wird immer davon gesprochen, wie viel Elternzeit in anderen Ländern gegeben wird. Was immer weggelassen wird, ist, dass es hier unterschiedliche Entschädigungen gibt. Teilweise gibt es in Ländern Elternzeit, aber keine Entschädigung dafür. Und wir sprechen aber hier von Elternzeit gemäss EO, wie wir es gewähren, also 80% des versicherten Lohnes. Also hier sprechen wir von ganz anderen Dimensionen wie beispielsweise in den Ländern rundherum, die einfach Pauschalen gewähren. Das ist mir schon auch noch wichtig, dass man daran denkt, dass die Kosten bei uns bei einer solchen Einführung wesentlich höher sind. Ich bitte Sie, den Vorstoss abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Amacher. Sie wird entgegengenommen.

Nicole Amacher (SP): Ich weiss, Sie sind noch nicht so lange im Parlament, aber ist Ihnen bewusst, dass der Anzug Gölgeli/Wyss stehen gelassen wurde, ein Anzug, der weitere Massnahmen fordert für Elternzeit im Kanton Basel-Stadt?

Laetitia Block (SVP): Das ist mir durchaus bewusst, ich muss es dennoch nicht befürworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch für die LDP zu Ihnen sprechen. Die Motionärin steigt mit ziemlich starken Worten in diese Debatte ein. Sie sprechen von Ungerechtigkeit und von Ungleichbehandlung. Ich möchte dem entgegenhalten.Wir kennen die Privilegien. Hier eine Auswahl: Wir haben beim Kanton einen deutlich höheren Kündigungsschutz. Wir haben eine jährliche Lohnerhöhung in Form eines Stufenanstiegs. Wir haben einen jährlichen automatischen Teuerungsausgleich. Der Arbeitgeber zahlt zwei Drittel der Spar- und Risikobeiträge in der Pensionskasse. Es gibt Unterhaltszulagen für Familien. Es gibt einen vorgeburtlichen bezahlten Schwangerschaftsurlaub. Seit Neuestem gibt es auch das Jobticket, womit der Kanton zu einer Minderheit der Unternehmen im Kanton Basel-Stadt gehört. Und jetzt sollen auch noch drei Wochen zusätzliche Elternzeit dazu kommen, nicht freiwillig, wie bei den privaten Unternehmen, nicht als Option, sondern flächendeckend für die ganze Kantonsverwaltung und die öffentlich-rechtlichen Betriebe. Und das, bevor wir wissen, wie viele Unternehmen überhaupt die freiwillige Elternzeit, wie sie vom Basler Standortpaket unterstützt wird, in Anspruch nehmen können.

Wir können schon von Gleichbehandlung sprechen, dann schaffen wir das Personalgesetz ab und stellen die Staatsangestellten nach den Regeln des OR an. Dann haben wir Gleichbehandlung. Ich denke, wir sind uns einig, dass es in dieser Absolutheit nicht sinnvoll wäre. Es gibt begründete Unterschiede zwischen der Anstellung beim Staat und in der Privatwirtschaft, die auch Unterschiede bei den Anstellungsbedingungen rechtfertigen. Und wenn wir schon über Ungerechtigkeit sprechen, können wir auch darüber diskutieren, wie gerecht es ist, dass der Staat mit Steuergeldern private Unternehmen unter Druck setzt. Gerade weil die Anstellungsbedingungen der Staatsangestellten über Steuern finanziert werden, sollte sich der Staat zurückhalten und eine gewisse Demut an den Tag legen. Es ist einfach, sogenannter Vorreiter zu sein, wenn man das Geld hierfür nicht jeden Tag erarbeiten muss. Deshalb ist es völlig deplatziert, von einer Vorbildfunktion zu sprechen. Der Staat als Arbeitgeber sollte bei den Arbeitsbedingungen nicht Vorreiter sein, sondern Nachzügler, weil er diese Arbeitsbedingungen über die Gelder finanziert, die er den privaten Arbeitgebern weggenommen hat.

Die Motionärin argumentiert weiter mit dem akuten Personalmangel. Das hat vielleicht auch ein bisschen damit zu tun, dass der Kanton immer mehr Personal anstellen will. Würde der Staat nicht immer mehr wachsen und deshalb nicht immer mehr Stellen schaffen, würde sich der Personalmangel wohl auch entschärfen. Ich darf zudem daran erinnern, dass die WAK im Augenblick ein Lohnmassnahmenpaket berät, bei dem es gerade darum geht, dem Personalmangel mit einer Anpassung der Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken.

Was ich hier drin wahrnehme, ist eine unglaubliche Rosinenpickerei. Alles, was es irgendwo bei einem Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zu Gunsten von Arbeitnehmern gibt, wird auch für das Staatspersonal gefordert. Alles andere wird hingegen tunlichst ignoriert und ausgeblendet. Nochmals, das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun, das ist reine Klientelpolitik.

Schliesslich haben wir hart um einen Kompromiss zum Basler Standortpaket gerungen. Wir sind bei der Elternzeit teilweise entgegengekommen, Dass die Motionärinnen diesen Kompromiss, der in der Bevölkerung sehr grossen Rückhalt gefunden hat, schon nach wenigen Monaten nicht mehr akzeptieren, sondern über Bord werfen wollen, ist kein Zeichen guter Kompromisskultur. Deshalb lehnen wir, die FDP und die LDP, diese Motion entschieden ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Edibe Gölgeli. Sie wird entgegengenommen.

Edibe Gölgeli (SP): Ich bin jetzt doch etwas irritiert. Wir haben ja analog zum Standortpaket jetzt von freiwilliger Basis geschrieben in der Motion. Wie kommen Sie auf obligatorisch? Ich verstehe es nicht.

Luca Urgese (FDP): Sie können ja in der Kantonsverwaltung schwierig einzelnen Departements sagen, sie könnten freiwillig zusätzliche Elternzeit einführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Die heutige Motion kommt uns doch sehr bekannt vor, denn inhaltlich entspricht sie nichts anderem als dem Antrag, den wir von der BastA bereits im Februar im Rahmen der Debatte um das Standortfördergesetz gestellt hatten. Damals fand unser Vorschlag leider keine Mehrheit und auch die SP hat unseren Antrag nicht geschlossen unterstützt. Umso erfreulicher ist es, dass die SP nun die BastA-Forderung aufgenommen hat und sich ebenfalls für die Ausweitung der Elternzeit stark macht.

Wir wollen nicht verhehlen, ja, es ist etwas irritierend, dass ein Anliegen, das wir schon damals eingebracht haben, von Teilen der SP zunächst abgelehnt wird, nun aber fast in identischer Form wieder kommt. Es ist bedauerlich, dass die SP, wenn es darauf ankommt, dann doch die Interessen von Grosskonzernen höher gewichtet als die Gleichstellung oder soziale Gerechtigkeit.

Gleichzeitig zeigt es aber auch, dass gute Argumente überzeugen, wenn auch manchmal erst mit etwas Verzögern. Entscheidend ist, heute haben wir die Chance, eine Ungleichbehandlung zu korrigieren. Dass eine Ausweitung der Elternzeit grundsätzlich wünschenswert ist, wissen wir bereits, sonst wäre sie ja nicht Teil des Standortfördergesetzes, welches schliesslich vor allem von bürgerlichen Parteien gestützt wurde. Die aktuelle Lösung diskriminiert viele Angestellte im Kanton, darunter das Pflegepersonal, Polizist:innen oder Angestellte bei den BVB, gerade auch in Bereichen, wo wir akuten Personalmangel beklagen. Der Arbeitgeberverband und auch meine Vorredner:innen argumentieren, man dürfe das Standortpaket nicht so schnell nach der Abstimmung wieder antasten. Ein Argument, das ich durchaus nachvollziehen kann, aber die aktuelle Situation führt zu einer offensichtlichen Ungleichbehandlung, die weder sachlich begründet noch gesellschaftlich vertretbar ist.

Natürlich kann man darüber streiten, ob die Finanzierung über den Fonds oder über das ordentliche Budget erfolgen soll. Wir hätten es begrüsst, wenn die Massnahmen für alle im Kanton über den gleichen Fonds finanziert würden. Aber das Kernanliegen bleibt. Alle Beschäftigten im Kanton sollen gleichberechtigt von einer ausgeweiteten Elternzeit profitieren können, unabhängig davon, ob sie bei der Roche, im Unispital oder der Stadtreinigung angestellt sind.

Wir von BastA bleiben also konsequent, wir haben diesen Antrag bereits im Februar gestellt und unterstützen ihn auch heute. Schön, dass wir nun gemeinsam mit der SP und hoffentlich auch mit einer Ratsmehrheit dafür sorgen können, dass alle Angestellten im Kanton gleichberechtigt von einer Elternzeit profitieren können. Wir von BastA stimmen dieser Motion zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP sind hier offen, nicht so sehr, weil wir uns nicht einigen konnten, sondern weil wir oder zumindest ich nicht ganz verstehe, worum es jetzt hier genau gehen soll. Ich hoffe, Regierungsrätin Tanja Soland kann nachher zur Klärung beitragen.

Geht es, wie Luca Urgese sagt, darum, eine Elternzeit einzuführen für die Verwaltungsangestellten? Eher nicht, wie ich es verstanden habe, es steht auch nicht so in der Motion, sondern es geht eher um angebliche Betriebe, die man irgendwie bei der Lösung mit dem Standortpaket vergessen hat. Aber auch dort steht nach meinem Verständnis im Gesetz, dass es grundsätzlich um Betriebe, juristische Personen geht, die Steuern zahlen, was auch Sinn macht. Dann hat man extra eine Ausnahme gemacht bei dieser Elternzeitsache für solche, die auch steuerbefreit sind. Aus meinem Verständnis schliesst das zum Beispiel ein Unispital mit ein. Ein Unispital hat eine eigene Rechtspersönlichkeit, ist eine juristische Person, ist natürlich steuerbefreit. Aber klärt mich auf, worum es genau geht.

Wir von der GLP sind grundsätzlich für Elternzeit. Wir verweisen darauf, dass da im Moment auf nationaler Ebene sehr viel läuft, dass da auch für eine Initiative Unterschriften gesammelt werden. Aber deshalb sind wir hier nur halb begeistert, jetzt auf kantonaler Ebene noch etwas zu machen, aber wie gesagt, wir verstehen nicht genau, worum es hier eigentlich genau geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt dieses Anliegen natürlich, wir unterstützen das auch mit grosser Überzeugung. Die Grüne Partei hat sich von jeher für die Ausweitung von Mutterschaftsurlaub und Elternzeit ausgesprochen und wir sehen das als wichtige gesellschaftspolitische Massnahme. Das haben wir schon auf nationaler und kantonaler Ebene gefordert und auch immer mit unterstützt, wenn die Forderung auch von anderen Seiten kam. In diesem Sinne werden wir natürlich diese Motion mit unterstützen.

Ich glaube, uns kann man auch keine Salamitaktik vorwerfen. Nicola Goepfert hat es auch schon gesagt, es gab bei der Diskussion um das Standortförderpaket den Antrag von BastA, den wir natürlich unterstützt haben. Da sind wir konsequent, wir unterstützen das Anliegen, egal wo und wann es vorgebracht wird. Sie haben es auch gesehen, in der Erklärung zur Motion, dass eben von Seiten der SP schon diverse Forderungen noch offen sind hier im Parlament, die stehen gelassen wurden, und gerade vor diesem Hintergrund kann ich es doch auch nicht verstehen, dass es damals im Februar keine Unterstützung von Seiten der ganzen SP kam.

Wir sehen auch, diese Trennung oder die unterschiedliche Behandlung dieser zwei Angestelltenkategorien, diejenigen, die bei privaten Unternehmen arbeiten, deren Arbeitgeber die Elternzeit beantragen können aus diesem Fonds und auf der anderen Seite die Angestellten der Verwaltung und der Staatsbetriebe – ich nenne jetzt USB und BVB als Staatsbetriebe, diese Trennung stört uns massiv und das ist auch ein weiteres Argument dafür, dass wir diese Motion unterstützen werden.

In diesem Sinne kann ich es kurz machen, wir stimmen Ja und wir bitten und hoffen, dass auch Sie dem zustimmen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Auf mir lastet ein hoher Druck. Ich soll nun erklären, was genau gemeint ist. Da bin ich, glaube ich, nicht ganz zuständig. Ich kann nur sagen, wie wir es in der Regierung verstanden haben. Tatsächlich ist es so, dass wir verstanden haben, dass wir das Gleiche machen sollen, wie wir es im Standortpaket anbieten, aber nicht, dass wir das über das Standortpaket machen, denn das wäre auch schwierig. Das heisst, dass es eine Elternzeit von drei Wochen gibt, und das heisst, dass es alle Arbeitgeber betrifft, die nicht in den Fonds greifen können. Und man hat die Verwaltung Basel-Stadt ausgenommen wie auch die staatsnahen Betriebe, weil wir dort einfach einen anderen Hebel haben, da wir diese ja auch finanziell mitunterstützen und da das Standortpaket vor allem für die Firmen und Unternehmen sein soll, die jetzt dann ab nächstem Jahr auch noch mehr Steuern bezahlen oder zum Teil schon vorher über die Ergänzungssteuer. Das würde bedeuten, wir haben die Liste noch nicht, wen das alles betreffen würde, sicher die Verwaltung, aber bei uns ist es natürlich schon so, dass wir 16 Wochen Mutterschaftsurlaub haben plus dreiwöchigen Schwangerschaftsurlaub vorher, und dann haben wir bereits heute vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Wir gingen davon aus, dass gemeint ist, drei Wochen mehr als obligatorisch, das wäre dann jedes Mal eine Woche mehr.

Gut, darüber kann man sich dann bei der Stellungnahme, wenn Sie das überweisen möchte, streiten, weil es nicht ganz klar ist, da wir ja bereits heute andere Regelungen haben. Und da gehe ich einmal einig mit Luca Urgese. Ich finde, man sollte nicht von Ungleichbehandlung reden, denn wenn wir das machen, geht meine Argumentation, wenn ich das Jobticket

vertrete, völlig fehl. Wir haben eine unterschiedliche Behandlung, wir sind im öffentlichen Personalrecht. Das ist anders als das Privatrecht. Es gibt Unterschiede, die sind zum Teil auch gerechtfertigt. Das finde ich in Ordnung, sonst hätten wir kein Jobticket vorgeschlagen. Da gibt es Unterschiede, wir haben alle unterschiedliche Bedingungen, bei den Spitälern haben sie auch 16 Wochen Mutterschaftsurlaub bei vollem Lohn, das haben Sie heute bei den KMU auch nicht überall. Da gibt es Unterschiede, die gibt es einfach. Also daher Ungleichbehandlung finde ich ein schwieriges Argument, weil sonst wären wir wirklich bei der Frage vom OR. Das können wir nicht. Und der Regierungsrat hat jetzt ein Lohnmassnahmenpaket beschlossen, welches jetzt beim Grossen Rat liegt und für uns hat das jetzt Priorität. Das ist auch der Hauptgrund, warum wir nicht auf die Motion eintreten wollen. Dort schlagen wir eine bessere Entlöhnung vor, aus Gründen, die wir für sehr wichtig halten. Und ja, es hat jetzt bei uns nicht Priorität, dass wir jetzt die Elternzeit noch weiter ausweiten. Wir sind der Meinung, im Moment haben wir ein gutes Angebot und wir möchten zuerst, dass das Lohnmassnahmenpaket besprochen wird. Und eine gewisse Ungleichbehandlung ergibt sich auch aus dem unterschiedlichen Personalrecht.

Wir haben auch verstanden, dass wir das nachher finanzieren würden, also wir finanzieren nachher mit unseren Steuergeldern Elternzeit im Spital und wo auch immer. Das ist dann noch einmal anders, als es im Fonds ist. Im Fonds sollen jetzt die Steuern, die Mehrerträge, die im normalen Finanzhaushalt nicht benötigt werden, hineinfliessen. Hier wäre es dann anders, es wäre in unserem normalen Budget, es müsste im normalen Budget unterkommen und wir würden für andere Betriebe auch finanzieren. Also ganz vergleichen kann man das nicht. Wir machen, wenn Sie es überweisen, eine Stellungnahme, wie wir es verstehen, da kann man ja nachher noch einmal darüber streiten. Aber wir empfehlen Ihnen im Moment Nichteintreten und gerne eine Fokussierung auf das Lohnmassnahmenpaket.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Angeregt durch den nicht anwesenden Tobias Christ, der um gewisse Erläuterungen gebeten hat: Die Bestimmung Standortförderung verweist auf § 66 lit. f, da hat er richtig gesagt, da sind die juristischen Personen, die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke erwähnt, damit sind aber offensichtlich nicht der Kanton gemeint, denn der Kanton ist in lit. b von § 66. Und dort heisst es (ich komme zu einem meiner Lieblingsthemen), der Kanton und seine Gemeinden sowie ihre Körperschaften und Anstalten. Und wenn es wirklich so umgesetzt würde, dann würde ich mich als Kirchenrat der evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt freuen, denn das ist auch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Kantons, sie käme also auch in den Genuss dieser Staatsknete. Und wenn irgendeine Zunft einen Angestellten hat, dann ist es schlussendlich auch eine Körperschaft des öffentlichen Recht, er käme auch in den Genuss. Sie haben einfach den unbestimmten Begriff öffentlich-rechtliche Betriebe genannt. Dafür gibt es keine Definition, dann nehme ich an, Sie wollen wirklich alles, was öffentlich-rechtlich kräucht oder fleucht, auch finanzieren. Das wäre natürlich Gleichbehandlung. Aber ich glaube, man sieht, das ist wirklich ein Schnellschuss, wie es hier formuliert ist. Ich weiss nicht, ob das von der BastA abgeschrieben haben oder ob das Ihre eigene Kreation ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin hat das Wort.

Nicole Amacher (SP): Ich danke für die Diskussion bisher, ich versuche noch ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen mit meinem Votum.

Mit dem Standortförderungsgesetz steht es jetzt einem Teil der Unternehmen wie auch gemeinnützigen Organisationen offen, freiwillig drei Wochen mehr Elternzeit zu gewähren. Das ist ja einerseits ein kleiner und wichtiger Schritt zu einer besseren Vereinbarkeit, schafft aber aus unserer Sicht wirklich eine Ungleichheit, die wir nie gewollt haben. Mein Vorstoss, der eine freiwillige Elternzeit mit Fondsbeteiligung eben für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kanton forderte, wurde ja im Zuge des Standortförderungsgesetzes abgeschrieben. Das wollten wir auch nicht. Aber dem voraus ging ja quasi die Initiative. Seit 2019 versucht die SP, damals mit der Initiative mit dem Anzug von Sarah Wyss und Edibe Gölgeli, eine Elternzeit im Kanton Basel-Stadt zu verwirklichen, eine wirkliche Elternzeit. In der gleichen Debatte zum Standortförderungsgesetz wurde dieser Anzug, der noch hängig ist, von Ihnen hier im Parlament stehen gelassen. Was sagt uns das? Die Mehrheit dieses Parlamentes will, dass in Bezug auf Elternzeit weitere Massnahmen verwirklicht werden im Kanton Basel-Stadt. Und ja, David Jenny, für alle Arbeitnehmer:innen, ob jetzt die angestellt sind bei der Kirche oder sonst wo auch immer, für alle Arbeitnehmer:innen. Und was wollen wir mit dieser Motion? Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass alle Arbeitgeber:innen und alle Arbeitnehmer:innen dieselben Möglichkeiten haben. Mit der Annahme dieser Motion bleibt es dann der Verwaltung offen, ob sie das verwirklichen will, bleibt es den Spitälern offen, ob sie das verwirklichen wollen oder auch der IWB oder der BVB oder was immer sie jetzt unter öffentlich rechtlichen Unternehmen subsumieren. Das ist das, was wir wollen, und ja, wenn es angenommen wird, dann müssen wir als Kanton dieses zusätzliche Geld bereitstellen.

Aber was heisst das? Nehmen wir das Beispiel der Verwaltung. Jetzt haben die Mütter schon 16 Wochen, das Obligatorium bezieht sich auf die 14 Wochen, die im Bundesgesetz sind, heisst, sie haben zwei Wochen mehr, es käme eine Woche zusätzlich dazu, also von den Kosten her ist es überschaubar.

Beim zweiten Elternteil, das nehmen wir jetzt an im Beispiel, es ist ein Vater, der hat ja schon vier Wochen, also mehr als die drei Wochen. Da wäre es kostenneutral bei der Verwaltung. Bei den öffentlich-rechtlichen, die vielleicht eine andere Regelung haben – die meisten haben diese Regelung auch – kämen dann vielleicht Mehrkosten dazu. Aber was wir wollen mit dieser Motion ist, diese Möglichkeit zu schaffen für alle Unternehmen in diesem Kanton und für alle Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmer. Und ich wünsche mir, dass wir an dem Anliegen der Elternzeit, das Sie damals mit dem Stehenlassenden der Motion Gölgeli/Wyss deponiert haben, arbeiten. Ich meine, wir sind dann immer noch sehr weit weg von diesen 38 Wochen, die wir ursprünglich gefordert haben. Ich wünsche, dass Sie dieses Anliegen ernst nehmen und einen weiteren kleinen Schritt ermöglichen in diese Richtung. Und ich glaube, die betroffenen Familien werden es Ihnen danken, falls es denn so wäre, und ich danke Ihnen auch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007150, 17.09.25 15:32:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 48 gegen 47 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

31. Motion 7 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt

[17.09.25 15:33:06, 25.5288.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Bestritten wird dies durch Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe diese Motion gelesen. Sie bezieht sich auf meine schriftliche Anfrage auf der Seite 55. Man könnte die Sache viel günstiger lösen und billiger und eleganter. In meiner schriftlichen Anfrage auf der Seite 55 schreibe ich, «sind Qualitätsberichten für Pflegeheimbewohner und deren Angehörige zugänglich und einsehbar?» Und dann frage ich auch…

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie müssen uns keine Vorstösse vorlesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Was die Motion verlangt, schreibe ich in meiner schriftlichen Anfrage. Und ich bin natürlich gespannt, was die Regierung sagt, welche Qualitätskontrollen es gibt und wie die Pflegeheime kontrolliert werden. Ich möchte genau wissen, wie die Pflegeheime kontrolliert werden und wo man das einsehen kann.

Die Motion braucht es nicht, es ist nur eine unnötige, neue und teure Vollzeitstelle. Wenn die Motion durchkommt, haben wir einen Pflegebeauftragten im Kanton Basel-Stadt, der pro Jahr ungefähr 150'000 Franken verdient und das finde ich zu teuer. Man soll nicht so gross auftischen, es geht auch bescheidener. Ich frage mich immer, wer das zahlen soll. Seit 62 Jahren weiss ich, dass die Kantonsverwaltung aufgeblasen ist. Und wenn Sie das Ohr bei der Bevölkerung haben wie ich, dann wissen Sie, dass unsere Bevölkerung nicht eine aufgeblasene Verwaltung haben möchte. Und ich darf Sie noch einmal daran erinnern, wir sind hier, um die Regierung zu kontrollieren, wir sind hier, um diese Stelle zu schaffen oder nicht zu schaffen. Ich möchte diese Stelle nicht, denn das kostet zu viel Geld.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP bestreitet diese Motion und ist auch ein bisschen erstaunt, dass die Regierung diese annehmen will. Die Motionärinnen und Motionäre haben natürlich erkannt, es ist nur zulässig, wenn man sagt, dass das in einem Gesetz verankert werden soll, weil es sonst ein Eingriff wäre in die Organisationsautonomie der Regierung.

Sie berufen sich auf die WHO, das ist zulässig. Ich habe ganz kurz recherchiert, es gibt diesen Technical brief on strengthening the nursing and midwifery workforce und daneben den Government chief nursing and midwifery officer. Das Hebammentum ist hier weggefallen in dieser Motion. Aber ich will es nicht allzu ironisch sein und als Vizepräsident von Spitex Basel weiss ich, wie schwierig es ist, qualifizierte Personen mit Pflegeausbildung zu rekrutieren. Aber das ist auch ein Teil des Problems.

Was soll jetzt diese neue Funktion? Soll die dafür sorgen, dass der Kanton Basel-Stadt, möglichst der best platzierte ist für seine eigenen Spitäler, damit alle anderen, die genau das gleiche Personal suchen, dann zweite, dritte oder vierte machen? Dann heisst, diese Funktion soll die Interessen der Pflegeberufe auf politischer Ebene vertreten. Dafür haben wir Interessensorganisationen, das ist deren Aufgabe, von Gewerkschaften, Berufsverbänden etc. Der Staat hat die Aufgabe, generell zu sorgen, dass die Gesundheitsversorgung so sichergestellt ist, wie es Verfassung und Gesetz entspricht. Eine Chefgewerkschafterin in einer Chefbeamtenrolle zu etablieren, kommt mir ein bisschen schräg vor.

Und dann zu den Vorbildern: Es scheint so zu sein, dass die United Kingdom das geschaffen hat 1941. Dort hatten wir dann den National Health Service, ein ganz anderes Gesundheitssystem. Dort habe ich nur gesehen, dass die meisten Inhaberinnen, diese Personen nachher in den Ritterstand gehoben wurden. Das fehlt jetzt in dieser Motion noch, Aber es ist ein ganz anderes Gesundheitssystem, als wir bei uns haben und dann noch auf der Ebene eines Kantons, wo die meisten Bundesbefugnisse sind bezüglich Ausbildung. Dann haben wir die Universität.

David Jenny (FDP): Dort haben wir auch ein Institut (Pflegewissenschaften). Ferner haben eine starke Rolle des USB. Ist dieses Amt dann wirklich dem Regierungsrat unterstellt oder ist es irgendwie freischwebend? Ist es eine Art Kleeblattdienst? Da wird sehr viel gemacht. Ich glaube nicht, dass es praktisch etwas hilft, in einem System wie dem unsrigen arbeiten wir lieber an konkreten Vorschlägen, wie wir die Attraktivität des Pflegeberufes erhöhen können. Ich glaube nicht, dass ein grosser Beitrag geleistet wird. Dass es wirklich dann zum Vorteil aller Akteure in unserem Gesundheitsmarkt ist, dass bezweifle ich. Die Hauptaufgabe wird dann wahrscheinlich sein, dem Kanton Basel-Stadt und den direkt in seinem Eigentum stehenden Betrieben einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Das kann auch nicht unbedingt die Aufgabe sein.

In diesem Sinne bin ich ein bisschen erstaunt über einen Teil der Personen, die hier die Unterschrift geleistet haben.

Oliver Bolliger (BastA): Eigentlich dachte ich, ich kann mich kurz halten, aber jetzt muss ich doch ein bisschen länger sprechen aufgrund des Votums meines Vorredners. Wir von BastA unterstützen die Motion zur Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen im Kanton Basel-Stadt. Basel-Stadt kennt einen Kantonsarzt bzw. eine Kantonsärztin, eine Kantonsapothekerin bzw. einen Kantonsapotheker und aufgrund der zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen ist es aus unserer Sicht sinnvoll und zielführend, eine kantonale Pflegeverantwortliche, wie es schon die Kantone Luzern und Waadt bereits kennen, auch bei uns einzuführen. Ich bin nie auf die Idee gekommen, dass das eine Standesvertretung der Gewerkschaften wäre, die irgendwo beim Kanton angesiedelt wäre. Nein, es geht um eine fachliche Expertise der Pflege im Bereich der Gesundheitsversorgung. So habe ich das verstanden, und ich glaube, so ist es auch gemeint.

Um ein Beispiel zu machen: Ich kenne das Home Treatment der UPK sehr gut, mit sehr wenig Stellenprozenten aus meiner Sicht, viel zu wenig für das Ziel der Aufgabe, und vor allem ist es dort medizinisch geleitet, es gibt viele ärztliche

Stellenprozente, viel zu wenig Pflege, viel zu wenig Sozialarbeit für diese ambulante Aufgabe. Und da würde ich mir dann erhoffen, dass die kantonale Pflegeverantwortliche auf diesen Umstand hinweist und sagt, wenn wir das gut machen wollen, dann müssen wir da nicht nur Ärzte oder Ärztinnen haben, sondern auch Pflegende. So würde ich mir die Rollenaufgabe dieser kantonalen Pflegeverantwortlichen vorstellen.

Die Schweiz hat im November 2021 die Pfleginitiative mit aller Deutlichkeit angenommen und sich für eine starke Pflege ausgesprochen. Vor einem Jahr ungefähr haben wir hier das erste Umsetzungspaket zur Förderung der Ausbildung in den Pflegeberufen verabschiedet und so die finanzielle Grundlage für diese dringend notwendige Ausbildungsoffensive gelegt. Mit dem zweiten Paket sollen ja dann die Arbeitsbedingungen für die pflegenden Spitäler in den Pflegenheimen und im Allgemeinen endlich verbessert werden. All dies dient dem Ziel, den bereits jetzt bestehenden Fachkräftemangel in der Pflege zu bekämpfen und so die Zukunft des Gesundheitswesens nachhaltig sicherzustellen.

Also, eine tragfähige Gesundheitsversorgung braucht pflegerische Expertise, Pflegefachpersonen und auch Hebammen sind unabdingbar für eine qualitative gute Gesundheitsversorgung. Diese wird in den kommenden Jahren schon aufgrund der demographischen Entwicklung, aber auch wegen der Komplexität der medizinischen Behandlung und ebenso aufgrund der finanziellen Herausforderungen an Bedeutung zunehmen. Übrigens empfiehlt auch die Weltgesundheitsorganisation WHO, also die höchste Gesundheitsorganisation, die Schaffung von sogenannten Government Chief Nursing Officers und vor allem, diese Rolle für die Zukunft politisch zu etablieren.

Deshalb beantragen wir Ihnen auch, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Haben Kantonsarzt, -zahnärztin, -apothekerin die Aufgabe, ihren jeweiligen Berufsstand zu fördern und politisch zu vertreten?

Oliver Bolliger (BastA): Nein, ich habe gesagt, sie haben die Aufgabe, ihre medizinische, fachliche Sicht in die Verwaltung einzubringen. Das ist ihre Aufgabe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir wissen alle, dass unsere Gesellschaft beim Thema Pflege vor grossen Herausforderungen steht. Immer mehr Menschen sind auf gute Pflege angewiesen, gleichzeitig fehlen Fachkräfte und die Belastung des Personals nimmt zu. Diese Situation ist nicht das Ergebnis von Naturgesetzen, sondern von jahrelanger Politik, die vor allem Kostenbewirtschaftung gemacht hat statt auf den Menschen, der gepflegt werden muss, gesetzt hat. Es ist höchste Zeit, dass die Pflege als gleichwertige und eigenständige Profession ernst genommen wird, nicht nur im Alltag, in den Spitälern, in den Praxen, dort, wo die Pflege geleistet wird, sondern eben auch in der Politik, in der Verwaltung.

Pflegefachpersonen müssen dort mitreden können, wo über Ressourcen, über Vernetzung, über Ausbildung und die Zukunft auch im gesamten Gesundheitswesen entschieden wird. Dafür braucht es eine starke verbindliche Stimme, die mit einer solchen Stelle geschaffen werden kann.

In unseren Augen ist die Einsetzung einer kantonalen Pflegefachverantwortlichen ein Gewinn für alle. Die Pflegenden finden Gehör, die Patient:innen profitieren von einer besseren Qualität, von einer besseren Vernetzung, und wir alle können auf ein stabiles und solidarisches Gesundheitssystem zurückgreifen.

Mit der Stärkung der Pflege stärken wir auch das Fundament unserer öffentlichen Gesundheitsversorgung. Mit der Schaffung sowie der Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen Person kann eine wichtige Schnittstelle zwischen Gesundheitswesen und Politik geschaffen werden. Die Fraktion GRÜNE/jgb stimmt der Überweisung der Motion daher zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es gibt wirklich nicht mehr viel in diesem Grossen Rat, das mich staunen lässt. Die vorliegende Motion ist eine der Ausnahmen. Ich staune immer wieder, mit wie viel kreativer Fantasie die linke Politik unseren Staat aufbauen und ausbauen will. Dass sie dabei natürlich wohlfeile Worte und Formulierungen findet, das ist klar. Man kann alles

schön schreiben und so darstellen, als würde das bearbeitete Thema ohne die verlangten Massnahmen nur schlecht oder gar nicht funktionieren.

Schauen wir uns doch die Motion einmal genauer an. Es fällt auf, dass sie von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den bisherigen Pflegeakteuren geprägt ist, nicht den tatsächlich praktisch den vielen wertvollen in der Pflege Beschäftigten, sondern gegenüber denjenigen, welche in der Politik und dem Ausbildungswesen der Pflege tätig sind oder sich sonst mit der Effizienz unseres Gesundheitswesens beschäftigen. Die Motion hinterlässt den Eindruck, als würde das Pflegewesen ohne Chief Nursing Officer nur ungenügend funktionieren und die Ausbildung und die Weiterentwicklung der Pflege seien gefährdet. Das ist nicht gerade ein Vertrauensbeweis gegenüber all denen, die in unserem Kanton mit dem Thema Pflege beschäftigt sind.

Laut Motion verlangt die WHO die Stärkung des Einflusses von Pflegefachpersonen in die Gesundheitspolitik, also nichts anderes als den Aufbau einer staatlich finanzierten Lobbygruppe. Es lebe das staatliche Lobbying. Dass es gerade die World Health Organisation, die WHO ist, welche diese Forderung stellt, überrascht nicht. Seit Corona geriert sich die WHO immer mehr als ein sich weiter ausbreitender globaler Gesundheitskrake, der immer mehr und stärker in die Gesundheitspolitik der einzelnen Länder hinein dirigieren will. Zu beurteilen, ob die Pflege in unserem Kanton so suboptimal aufgestellt ist, dass es eine hohe Staatsstelle braucht, dazu ist die WHO schlicht und einfach nicht qualifiziert. Es nimmt mich schon Wunder, wieso die Herrschaften dort meinen, sie müssen das tun.

Die Motion verlangt eine aus der praktisch pflegerischen Sicht unproduktive Stelle, welche im Wesentlichen Lobbyarbeit verrichten soll, und damit das nicht so auffällig ist, werden noch Koordinations- und Qualitätsverbesserungsaufgaben hinzugeschrieben, aber es bleibt trotzdem die Absicht, eine Staatsstelle zu schaffen, welche für den Staat bei der Politik Lobbying betreibt. Wenn wir schauen, aus welcher Ecke diese Motion kommt – «honni soit qui mal y pense».

Sie fordern hier eine Lösung und haben aber das Problem gar nicht benannt. Statt dass wir als Gesellschaft alles daran setzen, die Fragen der tatsächlich pflegerisch Tätigen anzugehen, soll koordiniert und lobbyiert werden. Das ist aus Sicht der SVP der falsche Weg, auch wenn er aus Sicht des Staatsausbaus für einige hier drin richtig erscheint, wir finden das falsch. Nur ein schlanker Staat ist ein gesunder Staat.

Deshalb, namens der Fraktion der SVP, bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Eberhard. Sie wird entgegengenommen.

Melanie Eberhard (SP): Was wäre für Sie der richtige Weg, um das eigentliche Problem zu beheben?

Beat K. Schaller (SVP): Mehr Pflegende.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte vielleicht ganz kurz noch Bezug nehmen auf die Aussagen von Ihnen, Beat K. Schaller, zur WHO. Die möchte ich jetzt doch als Gesundheitsdirektor so nicht stehen lassen. Die WHO ist nicht eine Krake und sie ist nicht eine anmassende Lobbyorganisation, sondern wir halten die WHO für eine sehr wertvolle internationale Organisation im Bereich des internationalen Gesundheitsschutzes, die eine enorm wichtige Aufgabe übernimmt und erfolgreich übernimmt. Wir haben das auch. in der Pandemie, die eben hinter uns liegt, eindrücklich gesehen.

David Jenny hat die Frage aufgeworfen, weshalb sich der Regierungsrat hier sozusagen diese Übergriffigkeit gefallen lässt. Ich kann das gerne begründen. Wir teilen die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass der Pflegeberuf ein Kernelement des Gesundheitswesens ist und immer stärker auch sein wird und dass wir zur Sicherstellung unserer Versorgung die Pflege stärken müssen.

Darum geht es und wir sind da auf verschiedenen Pisten ja bereits unterwegs. Wie Sie wissen, haben wir auch grosse Anstrengungen bereits unternommen, um diesen neuen Pflegeartikel in unserer Bundesverfassung umzusetzen. Da sind wir in Arbeit und es gibt auch sonst zahlreiche Ansatzpunkte, wie wir bereits in der Stärkung und Entwicklung der Pflege engagiert sind. Oliver Bolliger hat in diesem Zusammenhang dieses Home Treatment negativ erwähnt, ich glaube zu Unrecht und ich darf Ihnen sagen, dass ein weiteres Projekt, das beim Felix-Platter-Spital läuft, das Advantage, pflegerisch geleitet ist. Also es gibt da nicht irgendeine Benachteiligung der Pflegefunktion in diesen Ansätzen zur Stärkung der integrierten Versorgung.

Wir sind also bereit, das entgegenzunehmen zu einer Resultat offenen Prüfung. Ich kann hier nicht zusagen, dass wir das dann einführen. Wir wollen prüfen und Ihnen berichten, ob die Pflege tatsächlich auf dem Weg, wie hier beschrieben,

gestärkt werden kann, ob wir das sinnvoll finden und ob wir finden, dass es auf dem Weg der Motion zu geschehen habe. Dazu haben wir ja, falls Sie uns überweisen, drei Monate Zeit, und da werden wir auch die kritischen Hinweise berücksichtigen und erörtern können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun kommen wir zur Motionärin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Diskussion und für die verschiedenen Voten. Ich habe mich eigentlich auch gefreut, dass mir kreative Fantasie zugesprochen wird. Ich fand die Motion jetzt nicht so fantasievoll, insbesondere auch in Anbetracht dessen, dass das etwas ist, was von der WHO gefordert ist, dass es kantonale Pflegeverantwortliche auch in anderen Kantonen gibt, es auch Kantone gibt, die sich aufgrund eben der Herausforderungen im Pflegesystem aktuell damit beschäftigen, namentlich im Kanton Wallis wurde die Stelle im Sommer ausgeschrieben. Es ist eine Entwicklung, es gibt sie alle noch nicht so lange, aber in den verschiedenen Kantonen, insgesamt sind es vier Kantone in der Schweiz, wurde festgestellt, dass es da effektiv ein Bedürfnis gibt und man entsprechend auch auf politischer bzw. auf Verwaltungsebene aktiv werden muss.

Was mich gefreut hat zu hören im Votum von Beat K. Schaller ist, dass er durchaus die Herausforderungen im Gesundheitssystem sieht, gerade in der Pflege. Ich möchte mich da auch Regierungsrat Lukas Engelberger anschliessen. Ich finde, es es gibt Bemühungen, es laufen Dinge, gerade was die Ausbildung angeht, es gibt Fortschritte und ich finde diese auch wichtig. Ich finde es auch gut, dass diese Entwicklung so passiert, aber es gibt eben je nachdem auch noch Stellschrauben, wo die Sicht der Pflege aktuell noch zu wenig gehört, gesehen wird. Und deshalb ist es angezeigt.

Und an dieser Stelle möchte ich auch noch einmal klar zum Ausdruck bringen, es geht da nicht um ein Misstrauen, im Gegenteil. Ich bin in der Bearbeitung oder im Erstellen dieser Motion mit verschiedenen Personen in der Ausbildung, in den Pflegeinstitutionen – und das auch nicht jetzt einfach nur beim USB und auch in vielen anderen Spitälern im Austausch gestanden – und alle haben mir zugesichert, dass sie das sehr begrüssen würden, wenn es eine entsprechende Stelle gebe. Es geht also nicht um Misstrauen, sondern es geht um eine Unterstützung, um eine Stärkung dieser Rolle.

Ich weiss nicht, ob Ihnen das bewusst ist, aber Pflegende machen mehr als die Hälfte des Gesundheitssystems aus, also sie sind ein sehr, sehr grosser Teil unserer Gesundheitsversorgung, und in Anbetracht dessen denke ich, ist es eben auch angebracht, wenn diese Stimme, wenn diese Rolle entsprechend auch in den Verwaltungen gehört wird.

Und das Wort Lobbying wurde ein paar Mal genannt. Auf der einen Seite hatte ich zuerst so eine Abwehrhaltung, es geht nämlich überhaupt nicht um gewerkschaftliche Anliegen primär, auf der anderen Seite geht es aber ein Stück weit um ein Lobbying. Es geht darum, dass diese Rolle, dass diese Herausforderung, dass diese Realität gehört wird in der Verwaltung, dass diese Stimme da Einfluss nehmen kann, wenn es um politische Prozesse geht, wenn es um strategische Entscheidungen geht. Es geht nicht darum, dass dann eine kantonale Pflegeverantwortliche zu uns kommt und uns erzählt, wie das läuft, sondern es geht darum, dass diese Stimme in den Prozessen gehört wird. In Anbetracht dessen denke ich, dass es sinnvoll ist, diese Motion ein erstes Mal überweisen, den Regierungsrat diese Auslegeordnung machen lassen, und ich gehe ganz fest davon aus, dass er dann auch zum Schluss kommen wird, dass diese Rolle durchaus sinnvoll ist, so wie das in vielen anderen Kantonen in den letzten Jahren geschehen ist und dass wir diese Stimme in Zukunft eben stärker in diesen Überlegungen haben, um diesen Herausforderungen, die ja allgemein bekannt sind und auch anerkannt sind, noch besser begegnen zu können. Also wir haben erste Schritte gemacht, aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Deshalb ist das ein kleiner Beitrag, um diese Stimme, um diese Stellung der Pflege zu stärken. Deshalb bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007153, 17.09.25 15:59:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 56 gegen 42 Stimmen bei einer Enthaltung.

32. Motion 8 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Verkauf der Kantonsanteile an der MCH Group

[17.09.25 15:59:26, 25.5296.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Damit das klar ist, wir meinen es durchaus ernst mit dieser Motion und sind überzeugt, dass ein geordneter Ausstieg aus der MCH Group durchaus ein richtiger Weg ist. Aufgrund der Beantwortung der Regierung zu meiner Interpellation vom 4. Juni bezüglich des Engagements der MCH Group für eine Art Basel in Qatar haben wir von BastA eine Woche später nun die vorliegende Motion eingereicht. Unsere Motion ist also eine direkte Reaktion auf die aus unserer Sicht sehr unbefriedigenden Antworten der Regierung zur Idee, dass der Name Basel zukünftig mit einer Kunstmesse in Qatar in Verbindung stehen soll. Es wurde offensichtlich, dass dem Regierungsrat an der notwendigen Sensibilisierung hinsichtlich der Tragweite dieses Entscheides fehlt.

Uns hier ist allen bekannt, dass es um die Menschenrechte in Qatar nicht zum Besten steht. Das Familien- und Eherecht orientiert sich an der Scharia, Homosexualität ist verboten und Tausende von Arbeitsmigranten leben und arbeiten teils unter sklavenähnlichen Bedingungen. Natürlich ist es dem Regierungsrat und auch der MCH Group wichtig, dass bei einer Durchführung der Art Basel in Qatar die Menschenrechte eingehalten werden. Nur sind beide kaum in der Lage, dies garantieren zu können. Wir hätten klar erwartet, dass der Regierungsrat als Grossaktionär der MCH Group mit seinen 37,5% Anteilscheinen sich deutlich gegen diese aus unserer Sicht unglückliche Follow-the-Money-Expansionsstrategie ausgesprochen und positioniert hätte. Dies war nicht der Fall und deshalb stellt sich durchaus die politische Frage, ob wir in Zukunft nicht aus diesem Unternehmen aussteigen wollen. Schliesslich müssen wir uns fragen, welches kantonale Engagement bzw. Beteiligung wir politisch und moralisch verantworten können. Wollen wir wirklich mit der Art Basel eine Plattform für Ortwashing durch autoritäre Regimes bieten? Wir sind klar der Meinung, dass wir dies nicht wollen. Die MCH Group ist ein internationales börsenkotiertes Unternehmen und ihr Fokus hat sich schon seit Jahren von Basel wegverschoben. Gäbe es nicht die Art Basel, hätten wir hier eine ganz andere Diskussion. Der Regierungsrat ist nicht in der Lage oder hat vielleicht auch gar kein Interesse, mehr strategischen Einfluss auf die MCH Group zu nehmen. Ich kann dies nicht beurteilen, aber klar ist, dass es nicht sein kann, dass Kunstengagements in autoritären Regimes den wirtschaftlichen Erfolg der MCH Group absichern und wir sozusagen davon noch stärker abhängig werden.

Und ich möchte Sie kurz in den Sommer 2020 mitnehmen. Es war Corona und das Parlament tagte in der Messe. Der MCH Group ging es finanziell sehr schlecht und stand kurz vor dem Aus. Es war nicht die einzige Messe, der es schlecht ging, und es stellt sich damals wie heute die Frage, inwiefern und in welcher Form Messen noch zukunftsfähig sind. Am 3. Juni hat der Regierungsrat einen Ratschlag präsentiert, dieser wurde unter Geheimhaltung in der WAK besprochen, der Bericht der WAK wurde am 17. Juni veröffentlicht und schlussendlich am 24. oder 25. Juni, ich weiss es nicht mehr ganz genau, wurde im Parlament darüber abgestimmt. Also innerhalb von drei Wochen wurde dieses Geschäft durchgeschleust. Ich glaube, das ist sicher eines der schnellsten Geschäfte, die das Parlament kennt.

Es ging darum, dass der Kanton als Mehrheitsaktionär auf das Bezugsrecht neuer Anteilscheine verzichtet, damit ein neuer Grossaktionär in die Messe Basel einsteigt und so die Messe Basel rettet. Es gab schon damals kritische Stimmen. BastA, auch einzelne SVP-Personen haben sich damals enthalten, aber diese hatten keinen Platz und so verzichteten wir damals als Parlament auf dieses Bezugsrecht und haben jetzt diese Situation, wie wir sie jetzt haben.

Nun gerade werfen uns einzelne SP-Vertretende vor, mit unserer Motion die MCH Group zu privatisieren. Also das ist sehr skurril, als ob die Messe noch eine Genossenschaft wäre! Das war sie mal. Fünf Jahre später fordert also die SP, wir müssten nun halt einfach mehr Aktien haben, damit mehr Einfluss auf ein börsenkotiertes Unternehmen genommen werden kann. Dabei kam der damalige mit Höchstgeschwindigkeit vorangetriebene Verzicht des zuständigen SP-Regierungsrats, und wie gesagt, Kritik hatte damals keinen Platz. Zu meinen, dass alleine mit mehr Aktien die Regierung dann ganz andere

Entscheide fällen würde, zweifle ich dann doch sehr an, ich lasse mich aber auch vom Gegenteil überzeugen, wenn es denn so wäre. Es blendet die Realität von internationalen Unternehmen aber schon ein wenig aus, denn die MCH Group steht in ganz anderen Situationen im Weltmarkt mit ihrem Kunstmesse-Engagement und in Städten bis jetzt in Miami, Paris, Hongkong und neu in Qatar durchführt. Irgendwie hat sie Basel auch schon ein wenig den Rücken gekehrt. Besten Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Ein Verkauf sämtlicher Staatsanteile eines Unternehmens ist also nach Ihrer Logik keine Privatisierung?

Oliver Bolliger (BastA): Es ist ein börsenkotiertes Unternehmen und wir steigen dort aus, weil wir nicht mehr hinter diesem börsenkotierten Unternehmen stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Dem Frust und der Enttäuschung der BastA können wir uns anschliessen. Wir reden hier darin so oft über Basel als unser Stolz. Wir sind stolz auf diesen Kanton, wir möchten Vorbild sein, wir möchten Vorreiter:innen sein. Wir alle arbeiten hier drin dafür, unser Basel, unseren Kanton zu optimieren, ihn noch lebenswerter zu machen, ihn noch besser zu präsentieren. Wir holen Grossevents hierher, die genau Offenheit versprechen und den Menschen zeigen sollen, dass sie hier positiv empfangen werden, dass wir ein Sommerfeeling versprühen, dass für alle Menschen Platz ist.

Wir verkaufen unsere Marke Basel immer wieder oder vergeben sie teuer und wir diskutieren Stunden darüber, ob wir den Namen Basel jetzt auf einem Tennisplatz stehen haben möchten oder ob wir vielleicht ein Kulturevent mit dem Namen Basel branden und das findet hier statt in unserer Stadt und wird damit ausgetragen. Wir haben eben jetzt diese Art Basel, die in Paris, in Miami und Hongkong den Namen Basel schon ganz klar versprüht, sich da inszeniert, und ich durfte in Paris auch schon erleben, dass da wirklich auch gute und tolle Arbeit gemacht wird, dass Basel präsent ist, zumindest in Paris ist es das, in einem guten Licht.

Und jetzt also eine Art Basel nach Qatar mitnehmen, den Namen Basel in einem Land, das Menschenrechte missachtet. Wir wissen alle um die Arbeitsrechtsverletzungen, wir haben es gehört, wir kennen auch die Todesfälle von der WM, aber um es auch noch einmal anders in Erinnerung zu rufen: Was heisst eigentlich Menschenrechtsverletzung? Homosexuelle Personen sind in Qatar nicht nur verboten, es gibt sogar immer noch die Möglichkeit, sie mit der Todesstrafe zu verurteilen, und da siedeln wir uns jetzt an. Und ich verstehe, der Kanton Basel-Stadt, ist ein Grossaktionär, aber hat nicht die Mehrheit dieser Aktien. Er ist aber auch ein Grossaktionär, der das Parlament hinter sich hat. Wir als Parlament haben uns zu dieser MCH Group bekannt, immerhin die Mehrheit, mit dieser Art Basel Marke mittendrin als grosser Pfeiler in dieser MCH Group, der für uns natürlich extrem wichtig ist für die Stadt, für die Wertschöpfung der Stadt.

Und ich sehe, welche Argumente zu diesem Verkaufsargument führen und doch sind wir als Fraktion GRÜNE/jgb nicht der Meinung, dass es richtig ist, weil wir wissen, dass diese MCH Group eben im Moment mit der Art Basel, die hier stattfindet, eine extrem grosse Bedeutung hat. Und trotzdem ist dieser Frust da, es ist auch eine Verwunderung da, dass die Regierung nicht klarer Stellung beziehen kann, dass wir das nicht wollen.

Ich kann für die Fraktion GRÜNE/jgb sprechen und sagen, wir wollen das nicht und wir müssen das klar formulieren. Am liebsten hätten wir das als Parlament gemacht, am liebsten hätten wir fast als Drohung, um das auszuformulieren, diese Motion unterstützt. Wir müssen mehr Gewicht haben und wir müssen uns überlegen, wie das geht und wenn wir das nicht erreichen können, wenn wir unsere Verantwortung als Kanton für die Werte, für die wir stehen, nicht erreichen können, dann können wir von mir aus auch darüber diskutieren, wie wir mit der MCH Group umgehen. In diesem Sinne werden wir die Motion nicht überweisen, aber wir möchten hier festhalten, wir wollen das nicht. Wir wollen nicht, dass der Name Basel in Qatar mit Menschenrechten verbunden wird oder an anderen Orten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie sehen es in der Kreuztabelle, die SVP hat hier ein Offen eingegeben und ich habe heute die ehrenhafte Aufgabe, das Offen der SVP zu erklären, mit ein paar Bemerkungen. Die eine Seite der SVP-Fraktion ist der

Meinung, dass ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt wirtschaftlich der falsche Zeitpunkt ist, weil die Aktien relativ tief sind und man deshalb auch Verlust machen würde, wenn dann in Zukunft diese Aktien steigen würden. Das ist ein Grund, warum ein Teil der SVP-Fraktion diese Motion ablehnt.

Ein anderer Teil, die andere Hälfte der SVP-Fraktion, befürwortet diese Motion, auch schon aus den gleichen Gründen wie bei der Kapitalerhöhung, dass ein Teil der Fraktion halt einfach auch nicht der Meinung ist, dass es eine Staatsaufgabe ist, hier eine Messe zu betreiben oder zumindest Mitaktionär zu sein, und dass man auch jetzt in den letzten Jahren seit der Kapitalerhöhung nicht wirklich ein grosses Bekenntnis zum Standort Basel erkennen konnten und dementsprechend das jetzt auch ein guter Zeitpunkt ist, um die Motion von Patrizia Bernasconi zu unterstützen.

Grosse Einigkeit besteht aber schon auch darin, und das muss ich jetzt auch einmal ganz klar festhalten, dass es diese Doppelmoral der Regierung gibt und die geht mir wirklich langsam auf den Keks. Sie lassen keine Gelegenheit aus, um überall zu zeigen, wie weltoffen, wie tolerant, wie regenbogenaffin, wie toll wir sind, wie wir ein Gleichstellungsgesetz haben, sie lassen es auch als einzelne Regierungsratsmitglieder nicht aus, ständig irgendwelche Posts auf den sozialen Medien zu geben mit diesen Adjektiven und mit diesen Werten und gleichzeitig immer, wenn es realpolitisch ernst wird, schweigen Sie, sei es bei der Städtepartnerschaft mit Shanghai, sei es bei Hongkong, sei es bei Qatar. Bei totalitären Regimes, bei Mörderregimes, bei Diktaturen schweigen Sie. Sie können jetzt selbstverständlich auch Altbundesrat Ueli Mauer den Vorwurf machen, dass er sich als Privatperson mit diesen Menschen getroffen hat, aber Fakt ist auch, wir hier im Kanton Basel-Stadt sind realpolitisch dabei, Städtenpartnerschaften zu haben und dass wir derartige Expansionen auch politisch unterstützen, weil ja auch heute offenbar die Motion von Patrizia Bernasconi keine Mehrheit findet. Das ist höchst problematisch, das ist auch eine gewisse Doppelmoral, und wenn Sie diese Doppelmoralstandards nicht einhalten können, dann sollten Sie vielleicht in Zukunft, und da meine ich jetzt alle Regierungsmitglieder, das eine oder andere Posting weniger machen mit einem Regenbogen, weil sonst ist es einfach komplett unglaubwürdig, wenn Sie hier auf diese Art und Weise schweigen und kein klares Bekenntnis machen. Da bin ich sehr bei Jo Vergeat, ich war ihr auch dankbar für ihre Interpellation im Juni, das ist einfach aus unserer Sicht nicht wirklich tragbar und relativ unglaubwürdig.

Und aus diesem Grund, und das ist auch meine persönliche Meinung, wird ein Teil der SVP-Fraktion, diese Motion unterstützen. Wir sind im Übrigen der Meinung, dass hier die BastA zumindest konsequent ist. Sie hat eine Motion eingereicht. Es ist ein ultraliberales Anliegen, das unterstützt ein Teil der SVP-Fraktion selbstverständlich und dementsprechend kann man ihr aus meiner Sicht nur zu dieser Motion gratulieren, auch wenn sie es vielleicht nicht gerne hört, wenn dieses Lob von mir kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich würde diese Motion gerne aus drei Perspektiven beleuchten. Die erste ist die Beteiligung des Kantons. Die Beteiligung unseres Kantons an der MCH Group hat ja einen Grund, nämlich den Schutz des Messestandortes Basel. Unser Kanton kann aufgrund seiner Sperrminorität über wichtige Fragen der Gesellschaft mitentscheiden, obwohl er keine Mehrheit hat. Als wir über die Kapitalerhöhung diskutiert und entschieden haben, waren wir uns grossmehrheitlich einig, dass wir das so haben möchten zum Schutz des Messestandortes.

Das Zweite ist die Frage der Menschenrechte. Ich denke, es gibt niemanden hier drin, der sich zur Aussage versteigen würde, dass die Menschenrechtssituation in Qatar gut ist. Die meisten von uns haben die Berichterstattung im Kontext der Fussballweltmeisterschaft 2022 verfolgt und gesehen, welche unwürdigen Bedingungen dort teilweise herrschen bis heute. Nur, was ist die Konsequenz aus dieser Kenntnis? Ist es wirklich die richtige Schlussfolgerung, sich jeglicher Zusammenarbeit zu verweigern? Wird damit die Menschenrechtssituation wirklich verbessert? Von all jenen, die das hier drin vertreten, würde mich auch interessieren, wo soll da die Grenze gezogen werden? Wir haben weltweit und in Europa sehr unterschiedliche Niveaus von Menschenrechtsstandards. Kein Land ist perfekt. Selbst die Schweiz wurde vom EGMR schon gerügt, Menschenrechte verletzt zu haben. Ab wann sind also die Menschenrechtstandards hoch genug, um zusammenarbeiten zu dürfen? Wer entscheidet das? Auf welchen Grundlagen? Was ist mit der Art Basel in Hongkong? Was ist mit Ländern, in denen der Schutz der Menschenrechte infrage gestellt oder gar abgebaut wird? Müssen wir beispielsweise irgendwann auch unser Verhältnis zu den USA infrage stellen, Stichwort Art Basel Miami? Wie sah es aus, als wir den ESC hier bei uns in Basel begrüsst haben und Ländern wie Aserbaidschan oder Armenien eine Plattform geboten haben? Würde man die Denkweise, die sich in dieser Motion widerspiegelt, konsequent verfolgen, wäre das praktisch das Ende des Welthandels. Es gibt jedoch kaum etwas, das unter Ökonomen so unumstritten ist wie die Tatsache, dass der offene Welthandel nicht nur das Wirtschaftswachstum steigert, sondern vor allem den Lebensstandard erhöht. Und ein guter Lebensstandard und ein hoher Menschenrechtsstandard korrelieren ziemlich stark miteinander.

Das führt mich zu drittens, der Frage der Moral. Ich würde davor warnen, sich selbst moralisch zu fest über andere zu erheben. Das gilt natürlich insbesondere dann, wenn man für sich sagt, sozialistische Politik zu betreiben und am 1. Mai gerne Hammer Sichel mit sich trägt oder sich einen entsprechenden Sticker auf den Laptop klebt. Sozialismus, eine

Ideologie, die Menschenrechte mit Füssen tritt und bekanntlich weltweit zum Tod von Millionen von Menschen geführt hat und auch heute noch führt. Wenn wir also schon moralisch argumentieren wollen, müssen wir uns die folgende Frage stellen. Ist es nicht moralischer, in einem kleinen Bereich, auf den man Einfluss ausüben kann, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte geachtet werden? Ist es nicht besser, einen Verhaltenskodex festzulegen und zur Anwendung zu bringen, der das Leben von betroffenen Menschen wenigstens ein bisschen verbessert?

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht so einfach, wie manche gerne behaupten. Es ist richtig, wenn wir der MCH im Februar genau auf die Finger schauen, ob sie ihren Verhaltenskodex mit der nötigen Konsequenz zur Anwendung bringt. Doch wir sollten keine Schnellschüsse produzieren, die den Interessen unseres Kantons zuwiderlaufen. Und diese Motion ist ein solcher Schnellschuss. Deshalb bitten wir Sie, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben sehr viele gute Fragen gestellt. Meine Frage ist, müssten wir nicht als Eigner von 37,9% auf diese Fragen eine Antwort haben?

Luca Urgese (FDP): Ich habe versucht, die Antwort in meinem Votum zu geben. Ich bin überzeugt davon, dass wir, wenn wir diese Zusammenarbeit pflegen und mit einem Verhaltenskodex darauf pochen, dass in diesem Bereich die Menschenrechte geachtet werden, einen kleinen Teil zur Verbesserung der Situation beitragen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Dass die Art Basel ab Februar 2026 einen Ableger in Qatar hat, hat ja zu Recht für Empörung gesorgt, weil der Standort aus mannigfachen Gründen mehr als fraglich ist. Wirtschaftlichkeit vor Menschlichkeit ist ein No Go. Die Planung dieses Art-Satelliten hat aber auch deutlich aufgezeigt, dass der Kanton zu wenig Einfluss auf die Geschäfte der MCH Group nehmen kann. Dies und die wohl eher düsteren Zukunftsvisionen für Basel als Messestandort machen klar, dass Handlungsbedarf angezeigt ist. Die MCH Group zu privatisieren, wie das erstaunlicherweise die BastA möchte, sehen wir nicht als eine gute Lösung an, im Gegenteil, vielmehr sollte der Kanton eben mehr Einfluss und mehr Rechte haben bei Entscheidungen, was die MCH und was die Art angeht.

Es war, heute wissen wir es, ein Fehler, die Messe teilweise wegzugeben, zu privatisieren. Die Finanzierung und teilweise sehr hohen Investitionen laufen jetzt zwar zu grossen Teilen immer noch über den Kanton, aber das Mitspracherecht ist anteilmässig anscheinend deutlich zu klein. Wir von der SP-Fraktion möchten deshalb keine Privatisierung erwirken, weil so die Wertschöpfung massiv gefährdet wäre und eine Mitsprache oder eben eine konstruktive Zusammenarbeit noch schwieriger werden würde, sondern wir möchten wieder mehr Kanton in der Messe. Und wir haben deshalb ja auch eine entsprechende Motion eingereicht, welche dann den Rückkauf der MCH Group und eine klare Strategie, um die kantonalen Interessen durchzusetzen, fordert. Das machen wir auch als ein klares Statement zur Art Basel und zur MCH Group. Vielen Dank, und ich nehme die Zwischenfragen an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann kommt jetzt die erste Zwischenfrage von Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Dass der Kanton zu wenig Einfluss nehmen kann, oder dass er zu wenig Einfluss nimmt?

Michela Seggiani (SP): Dass er zu wenig Einfluss hat im Moment. Uns wurden Tatsachen vorgelegt, das müssen wir ändern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage stellt Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Könnten Sie sich dann eine MCH Group, die dann vielleicht gar nicht mehr an der Börse ist, vorstellen und die sich dann vielleicht auch wieder umwandelt wieder in einen anderen wirtschaftlichen Rahmen? Wäre das etwas, das Sie bevorzugen könnten?

Michela Seggiani (SP): Ob an der Börse oder nicht, finde ich im Moment gar nicht so relevant, viel mehr interessiert mich die Frage des Mitspracherechts und dass moralische Punkte wieder viel mehr Gewicht haben. Da bin ich auch bei Ihnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber ist nächster Einzelsprecher.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist eine tolle, spannende Diskussion. Ich habe super Vorredner:innen gehört, und ich bin ihnen dankbar. Als Kleinbasler Grossrat habe ich eine Begabung, ich kann in die Zukunft schauen. In 20 Jahren wird diese Messe verkauft. Die Messehallen werden umfunktioniert in Wohnungen. Das Zeitalter der Messen ist vorbei. Früher hat man auf einer Messe eingekauft, heute kauft man im Internet ein oder lässt es durch die eignen Kinder bestellen. Aber keiner geht mehr an eine Masse und auch die Nachfolgermesse der weltberühmten Basler Frühlingsmesse Spring Basel, wurde ja auch schon wieder eingestellt.

Der erste Redner war sehr spannend, Oliver Bolliger hat von autoritären Regimes gesprochen. Er hat recht und er hat auch recht, als er gesagt hat, eigentlich sei es traurig, dass die Art Basel unserer Stadt schon vor vielen Jahren den Rücken gekehrt hat. Das stimmt. Und Art Basel ist ja jetzt in Paris und Sie wissen alle, das ist ja schon vor fünf Jahren diskutiert worden in den Zeitungen, wenn einer von den USA kommt, fliegt er natürlich nach Paris zur Art, weil er sagt, Paris ist ihm ein Begriff. Basel ist unsicher und dann fliegt er nach Paris zur Art, denn Basel ist nicht so gross. Und es ist ganz klar, dass jeder nach Paris geht und nicht nach Basel. Wäre ich in Amerika, würde ich auch nach Paris fliegen.

Jo Vergeat hat gesagt, in dem Land Qatar gäbe es die Todesstrafe für Gleichgeschlechtliche. Gut, das bin ich jetzt nicht, aber es ist wichtig, dass man festhält, eine Todesstrafe ist nicht schön. Und sehr spannend war die Rede von Pascal Messerli von der SVP. Da möchte ich jetzt noch etwas sagen zur Doppelmoral der Regierung. Er hat von der Doppelmoral der Regierung, gesprochen , auf der einen Seite die Regenbogenfahnen und auf der anderen Seite gleichzeitig das Schweigen angesichts von Mörderregimes und Diktaturen. Das sei unglaubwürdig. Weil ich jetzt ein bisschen älter bin, Pascal Messerli, kann ich sagen, Sie haben vollkommen recht, aber einen Punkt haben Sie vergessen und das wird uns Grossräten verschwiegen. Es sind halt schöne Reise, die man machen kann als Regierungsrat in diese Städte im Ausland. Die müssen nichts zahlen, und das ist halt der Grund, warum die Doppelmoral vorhanden ist nach meiner Meinung als Mensch, Journalist und Grossrat. Und Pascal Messerli, lesen Sie meine schriftlichen Anfragen, dort frage ich ja, wo die Regierung überall hinreist und warum und zu welchem Zweck. Also ich bin klar, bei Verstand und ich verfolge und sammle das alles genau.

Geld regiert die Welt, Pascal Messerli, das müssen Sie wissen. Und die Regierung reagiert dann halt so. Luca Urgese hat auch gut gesprochen, aber ich will jetzt noch nicht weiter aufhalten. Und an Michela Seggiani: Die Zeit der Messen ist vorbei wegen dem Internet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die Grünliberalen sind froh um diese Motion, weil sie uns doch die Gelegenheit gibt, unseren Unmut auszudrücken und das wurde ja jetzt auch getan. Ich möchte mich da anschliessen und nicht ins Detail gehen, aber ich möchte trotzdem einen Punkt betonen, den Jo Vergeat und Pascal Messerli schon angesprochen haben. Die Nichtposition der Regierung in dieser Sache ist sehr störend. Wenn wir sagen, der Vorteil von solchen Partnerschaften sei, dass wir Einfluss nehmen können, wenn wir finden, Shanghai, das sei eine gute Sache, da können wir auch auf unsere Werte hinweisen etc. Wenn wir das so begründen aber dann im Ernstfall das nicht tun, dann bringt das nichts, dann fällt diese Argumentation einfach in sich zusammen. Und darauf müssen wir hinweisen. Es kratzt auch ein bisschen am Vertrauen, wenn das nicht stattfindet. Wenn die Regierung diese 37,x% nicht entsprechend vertritt, dann ist das wie so ein bisschen eine verpasste Chance. Das wollte ich hier noch anfügen. Die Motion sehen wir aber nicht als zielführend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wir haben jetzt sehr viel gehört über die Wichtigkeit der Messe, welche wirtschaftliche Auswirkung sie auf uns hat. Wir haben gehört, wie wir Einfluss nehmen müssen auf die Messe. Und das Stichwort «Sperrminorität» wurde auch schon ab und zu mal erwähnt. Aber was bedeutet Sperrminorität? Heisst das, dass wir jetzt im Prinzip im Daily Business überall reinreden müssen oder nicht? Wie ich das verstanden habe, stellt die Sperrminorität sicher, dass

unerwünschte Statutenänderungen nicht über die Bühne gehen. Die Verlegung des Geschäftssitzes ist ein Thema der Sperrminorität. Der Verkauf von wesentlichen Unternehmensteilen und Vermögenswerten ist ein Teil davon und die Auflösung des Unternehmens. Da steht nicht, dass der Kanton sehr proaktiv in der Geschäftsleitung Einfluss nehme.

Und deshalb stellt sich für mich die Frage, dass man zwar darauf hinweisen kann, dass man mit einer Geschichte nicht ganz einverstanden ist. Das kann ich durchaus verstehen. Das Problem ist einfach, dass diese Sperrminorität klare Spielregeln hat. Der Verkauf von solchen Anteilen ist aus wirtschaftlicher, strategischer und politischer Sicht falsch. Er würde unsere Wirtschaft auch schwächen, denn es gibt ja diese Tatsache, dass von jedem Franken, den wir in die Messe investieren, fünf Franken zurückkommen. Momentan sind wir wieder auf gutem Weg.

Auch das Argument, das ich vorher gehört habe, dass die Art Basel einen Verlust erleiden werde durch die Art Miami, durch Paris, scheint mir fraglich. Ich habe sehr viel Kontakt mit Galerien und Ausstellern und die sagen, sie schätzen diese Nähe in Basel, sie schätzen diesen Standort, denn sie würden nicht wegweichen. Die anderen Messen sind einfach ein Supplement on top.

Von der Sicht aus müssen wir uns überlegen, ob wir nicht besser Weitsicht und Mut zeigen und unsere Anteile behalten. Lassen Sie unsere Rolle als strategischer Partner weiter wahrnehmen und die MCH Group auf ihrem wieder erfolgreichen Weg begleiten. So sichern wir uns nicht nur Dividenden, sondern vor allem auch die Zukunft und die Strahlkraft unseres Kantons Basel-Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir diskutieren heute über die Frage, ob der Kanton Minderheitsaktionär der MCH Group bleiben soll oder ob er seine Aktien verkaufen soll. Ich denke, es ist wichtig, uns vor Augen zu führen, weshalb wir beteiligt sind an dieser Gesellschaft. Ich möchte auch noch einmal auf die Geschichte, die Gesellschaftsform der Messe eingehen und beginne nun mit dem Grund. Wir sind beteiligt an der MCH, weil wir wollen, dass Kongresse und Messen in Basel stattfinden. Das ist ganz simpel der Grund, weshalb der Kanton hier investiert ist. Das machen viele Standorte auf ganz unterschiedliche Art und Weise, dass sie den Standort unterstützen, weil wir wissen, wenn hier ein Kongress stattfindet oder eine Messe, dann ist das im Interesse der MCH als Gruppe, aber es ist auch im Interesse all der anderen Dienstleisterinnen und Dienstleister, der Anbieter, der Hoteliers, der Gastronomie, der Transportunternehmen, des Detailhandels, dass diese Messen und Kongresse stattfinden hier. Wir sind seit Hunderten von Jahren eine Messestadt, wir sind eine Kongress- und Messestadt und wir möchten das bleiben. Und wenn Sie mit den Hoteliers reden oder mit den Restaurantbesitzern, dann teilen sie diese Meinung, und ich glaube, wenn diese Kongresse und Messen hier stattfinden, dann sind wir auch stolz und froh, dass sie hier sind, wenn die Leute aus aller Welt hierherkommen und sich hier begegnen.

Das ist der Grund, weshalb der Kanton investiert ist, deshalb ist die Art Basel hier, es ist eine tolle Messe, es ist die grösste Messe der Art Basel mit Abstand, dafür kämpfen wir auch, dass es so bleibt, sie bringt sehr viel Wertschöpfung und sehr wichtige Betriebstätigkeiten hierher. Wir haben die Kongresse, wir haben die Swiss-Bau, wir haben die Fantasy. Es gab den ESC, es gab jetzt am Wochenende den Young Stage, der in den Hallen stattfindet. Es geht um den Besitz der Hallen auch in der Hand der MCH. Da möchten wir beteiligt sein, und es kommen auch neue Formate wie die Healthtech, von der ich hoffe, dass sie ein wichtiges Format wird hier in Basel.

Zur Geschichte der Messe: Es war eine Genossenschaft, die hat man dann Anfang 2000 umgewandelt in eine Aktiengesellschaft, damit man es zur Messe Schweiz fusionieren konnte mit der Zürcher Gesellschaft, das ist geschehen. 2020 hat das Parlament entschieden, auf das Bezugsrecht zu verzichten bei der Kapitalerhöhung. Ohne Kapitalerhöhung wäre diese Firma Konkurs gegangen, die Kapitalerhöhung war notwendig. Der Kanton war nicht bereit, das alles selber zu finanzieren und hat man die Grundlage gesetzt, dass ein privater Investor einsteigen kann. Damit war auch klar, dass die Mitentscheidungskompetenzen der öffentlichen Hand sich reduzieren wird. Das ist so, wenn man nicht mehr die Mehrheit hat, dann hat man weniger zu sagen. Ich glaube, das war ein bewusster Entscheid. 2022 hat auch der Grosse Rat entschieden, dass man die Kapitalerhöhung mitmacht, aber dass der Kanton die Sperrminorität von 33% halten muss. Und dort sind wir nun, wir sind Minderheitsaktionär, wir haben die Sperrminorität, um unsere Rechte zu wahren, in dieser Form, die die Sperrminorität ausmacht und es ist klar definiert, was das heisst, das ist erkennbar für alle. Das heisst, dass 2 von 6 Verwaltungsrät:innen vom Kanton bestimmt werden und dort mitentscheiden, aber es sind 2 von 6. Aber diese 2 sind gesichert dank dieser Sperrminorität und den Statuten. Gesichert ist auch, dass hier in Basel Messen und Kongresse stattfinden müssen und gesichert ist auch, dass der Sitz der Firma hier in Basel ist.

Das ist der Grund. Man kann beklagen, dass man nicht mehr zu sagen hat, aber das war Teil des Entscheids des Parlaments von 2020 und deshalb sind wir jetzt in dieser Messe, die nach wie vor einen sehr wichtigen Beitrag an den Messe- und Kongressstandort Basel erbringt und das ist der Grund, weshalb wir da investiert sind.

Jetzt möchte die BastA eine Vollprivatisierung. Eine Verpflichtung zum Verkauf ist selten eine gute Idee, wenn man noch einen guten Ertrag möchte für diese Aktien. Das ist noch eine andere Sache neben den Gründen, dass wir die Sperrminorität nicht aufgeben wollen. Ich habe viel über die Art Basel in Qatar gehört. Die würde auch in Qatar stattfinden, wenn der Kanton seine Aktien verkauft. Weil das Messe- und Kongresswesen hier wichtig ist in Basel und weil wir diese Sperrminorität weiterhin halten möchten, bittet der Regierungsrat Sie, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Wie gut auf einer Skala von 1 bis 10 findet denn nun der Regierungsrat den Ausbau der Art Basel nach Qatar und wie gut fände er einen Ausbau der Art Basel nach Moskau?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Es gab schon diverse Interpellationen zu dieser Frage. Der Regierungsrat hat keinen Entscheid dazu gefällt, es ist eine Kompetenz der MCH, es liegt abschliessend in ihrer Kompetenz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat die Motionärin Patrizia Bernasconi das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir stehen heute nicht nur vor einer wirtschaftlichen Frage, sondern vor einer ethischen und politischen Weichenstellung. Es geht um die Frage, ob wir als Kanton weiterhin Miteigentümer eines Konzerns sein wollen, der sich zunehmend von unseren Grundwerten entfernt oder ob wir den Mut haben, einen geordneten, verantwortungsvollen Rückzug einzuleiten.

Die internationale Expansion der MCH Group nach Qatar ist keine neutrale Wachstumsstrategie, sie ist Teil einer bewussten Soft-Power-Politik eines autoritären Regimes. Kultur wird dort nicht als Ausdruck von Freiheit verstanden, sondern als Aushängeschild für einen Staat, der Meinungsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und LGBTQIA+ Rechte systematisch unterdrückt. Wenn sich die MCH Group daran beteiligt, dann ist das nicht einfach unternehmerisch, sondern politisch und wir als Kanton sind durch unsere Beteiligung Teil davon. An dieser Tatsache ändert sich nichts, wenn wir einen Verhaltenskodex verlangen.

Diese Expansion der Messegeschäfte nach Katar steht am Schluss einer Reihe von fragwürdigen Kollaborationen. Auch in Hongkong agiert die MCH Group in einem repressiven Umfeld. Seit den sogenannten Sicherheitsgesetzen von 2020 wird dort künstlerische Freiheit massiv eingeschränkt. Kritische Künstler:innen werden verfolgt, Ausstellungen zensiert oder abgesagt. Die Art Basel Hongkong sagt, man halte sich an geltende Gesetzen, aber genau diese Gesetze sind das Problem. Und selbst in «demokratischen» Staaten ist die Lage nicht unbedenklich. Schauen wir nach Florida. Unter Gouverneur DeSantis wird dort gezielt gegen queere Menschen, gegen antirassistische Bildung, gegen künstlerische Freiheit und gegen den Klimaschutz vorgegangen. Es wird zensiert, verboten, verdrängt, in Schulen, in Museen, im öffentlichen Raum. Unter Donald Trump droht diese Entwicklung noch radikaler weiterzugehen, mit politischem Druck auf alteingesessene Kulturinstitutionen bis hin zur direkten Zensur von Ausstellungen, die nicht in sein ideologisches Weltbild passen.

Kunst wird so zum Spielball autoritärer Interesse und wir als öffentliche Hand sollen über eine Beteiligung an der MCH Group Standorte unterstützen, die genau diese Entwicklung mittragen. Das können wir nicht und das dürfen wir nicht. Der Regierungsrat argumentiert gerne, die internationale Expansion diene letztlich der Stärkung der Art Basel und damit dem Standort Basel. Aber das funktioniert nur, wenn wir tatsächlich mitbestimmen können. Der sogenannte Drittel garantiert eine Vetoposition bei Statutenänderungen, ja, doch bei zentralen strategischen Fragen wie der Expansion nach Qatar hatte der Kanton de facto keinen Einfluss.

Die diesjährige Art Basel hat gezeigt, dass auch in Basel selbst nicht alles glänzt. So haben grosse Galerien Werke in Millionenhöhe verkauft, kleine und mittlere Galerien, das Rückgrat dieser Messe, hatten mitunter Mühe, überhaupt Gewinne zu erzielen. Die Umsätze waren zwar gut, aber die Messekosten waren hoch. Während die MCH Group auf internationale Prestigeformate setzt, geraten gerade jenen Strukturen unter Druck, die Basel überhaupt erst zur Kunstmetropole gemacht haben.

Wir als Parlament, als Grosser Rat, haben in den letzten Jahren immer wieder Gelder gesprochen, um die Kapitalbasis der MCH Group zu stärken und unser Drittel zu garantieren, in der Hoffnung, dass damit der Standort Basel gesichert und ein gewisser Einfluss bewahrt werden kann. Damit haben wir aber keine wirksame Steuerung bei strategischen Entscheidungen und bei ethisch fragwürdigen Partnerschaften erhalten.

Was wir als Grosser Rat aber haben ist Verantwortung. Wenn wir nichts bewirken können, wenn wir nur erwarten können, dann müssen wir uns ehrlich fragen, wieso wir diese Aktien überhaupt noch halten. Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen. Es geht um die Glaubwürdigkeit und für unsere Kunst, die nicht instrumentalisiert wird, es geht um demokratische Werte, um Menschenrechte, um Geschlechtergleichstellung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird nicht entgegengenommen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007156, 17.09.25 16:41:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motion ist nicht überwiesen mit 90 gegen 9 Stimmen.

33. Motion 9 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen

[17.09.25 16:41:57, 25.5297.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wieder einmal haben wir eine linke Motion vor uns, die das Falsche am falschen Ort lösen will. Der Kanton soll die Kosten für interkulturelle Dolmetscher im Gesundheitswesen übernehmen, flächendeckend, im Spital, in Hausarztpraxen, in der Psychotherapie. Die SVP-Fraktion sagt hierzu ganz klar Nein.

Erstens ist es nicht die Aufgabe des Staates, für jede Verständigungshürde im Alltag die Kosten zu übernehmen. Wer hier lebt, von dem kann erwartet werden, dass er unsere Sprache lernt und sich auch ausreichend verständigen kann. Das gilt umso mehr im sensiblen Bereich der Gesundheit. Integration bedeutet, auch wenn es für viele Linke ein Fremdwort ist, Eigenverantwortung zu übernehmen und nicht etwa die dauerhafte Finanzierung eines Dolmetscherdienstes durch die Steuerzahler zu gewährleisten.

Zweitens, und da sind wir bei den Kosten, wissen wir alle, unser Gesundheitswesen steht finanziell massiv unter Druck. Die Spitäler schreiben rote Zahlen, die Krankenkastenprämien steigen, die kantonalen Gesundheitskosten explodieren seit Jahren, und jetzt sollen wir ein neues, dauerhaftes Kostenfeld eröffnen. Das ist völlig unverantwortlich. Man kann nicht gleichzeitig über steigende Kosten im Gesundheitswesen klagen und im gleichen Atemzug dann neue Ausgaben und auch Aufgaben fordern.

Drittens, die Gerechtigkeit. Wenn wir anfangen für Dolmetscherdienste im Gesundheitswesen zu zahlen, wo ziehen wir dann die Grenze? Gibt es dann auch bald Dolmetscher beim Steueramt, in der Schule oder auf der Poststelle? Jede dieser Situationen kann letztlich prekär sein. Das ist aber ein Fass ohne Boden und es belastet jene, die bereits heute ihre Krankenkassenprämien und Steuern bezahlen.

Und viertens gibt es bereits Lösungen. Spitäler und Arztpraxen haben die Möglichkeit, Dolmetscherdienste punktuell beizuziehen, sei es telefonisch, digital oder auch durch Angehörige. Die Motion tut so, als ob ohne staatliche Finanzierung gar nichts geht. Das stimmt schlicht nicht. Die Realität ist, es funktioniert schon heute, situativ, pragmatisch ohne kantonale Organisation und Subventionierung.

Fünftens, und das ist uns besonders wichtig, was ist das Signal, das wir senden, wenn wir diese Motion nun überweisen? Wir sagen damit, du musst die Sprache nicht lernen, der Staat regelt das im Zweifel schon für dich. Das ist das Gegenteil von Integration, denn Integration heisst, dass man sich Mühe gibt, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Wer hingegen alles durch Übersetzer erledigen lässt, bleibt in seiner Parallelwelt.

Diese Motion mag gut gemeint sein, aber sie ist aus unserer Sicht teuer, ungerecht und integrationsfeindlich. Die SVP bittet Sie deshalb, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Marina Ioana Schäfer.

Maria Ioana Schäfer (SP): Sprache ist im Gesundheitswesen kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung. Wer nicht versteht, was die Ärztinnen und Ärzte erklären, kann weder informierte Entscheidungen treffen noch eine Therapie korrekt umsetzen, was sehr wichtig ist. Und doch sehen wir immer wieder, dass Patientinnen und Patienten ohne ausreichende Deutschkenntnisse, ohne professionelle Unterstützung dastehen. Dann wird improvisiert mit Angehörigen, oft sogar Kindern, die in eine Verantwortung gedrängt werden, die sie gar nicht tragen dürften. Oder mit Reinigungspersonal und medizinischem Fachpersonal, das dafür weder ausgebildet noch entschädigt wird. Das ist nicht seriös, nicht fair und es untergräbt die Aufklärungs- und Informationspflicht.

Wir wissen es längst: Professionelle Dolmetschende verbessern die Behandlung, verhindern Versorgungsfehler und verringern die Spitalaufenthalte und sparen am Ende enorme Kosten. Graubünden zeigt, dass es funktioniert, so wie auch beispielsweise das Kinderspital UKBB oder das Universitäre Spital Basel, mit einem ausgereiften System, das auch in Akutsituationen beispielsweise per Telefon zuverlässige Übersetzungen ermöglicht.

Gerade auch im ambulanten und psychotherapeutischen Bereich gibt es aber noch immer gefährliche Versorgungslücken, da es kein finanziertes System gibt. Zum Punkt der Eigenverantwortung, es tut mir leid, aber die Leute, die hierherkommen und nicht genügend Deutschkenntnisse haben, wissen sehr viel über Eigenverantwortung, die können meist mehr Sprachen als wir, und wer von Ihnen schon einmal eine Sprache gelernt hat, ich zum Beispiel in der Schule Französisch, weiss, wie lange das geht. Sollen also Menschen in dieser Zeitspanne, wo sie eine Sprache lernen, keine richtige medizinische Versorgung erhalten? Ich glaube nicht.

Aus der Pflegeausbildung und meiner Berufserfahrung weiss ich, wie problematisch das ist, das Gespräche mit Händen und Füssen, die ÜbersetzungsApp, die voller Fehler ist und zu amüsanten bis höchst gefährlichen Missverständnissen führt, das 8-jährige Kind, welches in vorauseilendem Gehorsam und mit einer erlernten Selbstverständlichkeit der Mutter erklärt, warum sie jetzt stationär aufgenommen werden wird. All das ist Alltag und all das ist unhaltbar, es kostet Zeit, schafft Unsicherheit und gefährdet letztlich die Gesundheit.

Darum braucht es jetzt eine gesicherte kantonale Finanzierung von interkulturellen Dolmetschenden im Spital, in der Hausarztpraxis, in der Psychotherapie. Denn Gesundheit darf keine Frage der Sprache sein. Ich bitte Sie somit, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich kann mich eigentlich meiner Vorrednerin voll und ganz anschliessen. Gesundheit ist ein Grundrecht, doch dieses kann nur wahrgenommen werden, wenn Menschen verstehen, was mit ihnen geschieht. Wer vielleicht schon einmal einen Unfall oder einen Krankheitsfall im Ausland hatte, wo die Sprache nicht verstanden wurde, respektive vielleicht kein Englisch oder Französisch gesprochen wurde, weiss, wie schwierig das sein kann. Ich hatte auch vor einigen Jahren so einen Moment und weiss, wie wertvoll es ist, wenn man versteht, was mit einem passiert und was die Behandlung erfordert.

Sprachliche Barrieren und Hürden führen nicht nur zu Ungerechtigkeiten, sondern eben auch zu falschen Behandlungen, zu höheren Kosten, weil es vielleicht auch länger dauert, bis man einen Behandlungserfolg erzielen kann, weil die Personen vielleicht nicht zu diesen Abklärungen auftauchen, und letztlich auch zu mehr Leiden. Gerade in einem Kanton wie Basel-Stadt, der einen grossen Bevölkerungsanteil an Personen hat, die nicht Deutsch als Muttersprache sprechen, ist es wichtig, dass Menschen mit Migrations- oder auch Fluchterfahrungen einen guten Zugang, einen sicheren Zugang zu medizinischer

Versorgung haben. Dolmetschende sind hier keine Nice-to-have-Dienstleistung, sondern ein zentrales Instrument, damit die Leistung dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Andere Kantone, das haben wir schon gehört, zeigen, dass es praktikable und funktionierende Modelle gibt und ich glaube, wir dürfen hier in Basel handeln und nachziehen.

Das Problem ist nämlich seit Jahren bekannt und es wurden noch keine entscheidenden konkreten Schritte eingeleitet. Es braucht konkrete Strukturen, auf die zurückgegriffen werden kann, pragmatisch, einfach und rasch und eine gesicherte Finanzierung, dass diese auch in Anspruch genommen werden kann. Wer will, dass das Gesundheitswesen für alle da ist, muss eigentlich diesem Schritt zustimmen. Diagnosen und Behandlungspläne sollen verstanden werden. Das ist nicht nur für die Gesundheit der Patient:innen wichtig, sondern auch für einen Ressourcen schonenden Einsatz von Pflegeleistungen zentral. Darum sagen wir von der Fraktion GRÜNE/jgb klar Ja zu der Überweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Vorab besten Dank Joël Thüring für das Intro. Er hat an sich sämtliche Argumente bereits vorweggenommen, die ich eigentlich auch noch auf der Liste hatte. Ich bzw. die Fraktion FDP ist ebenfalls gegen die Überweisung dieser Motion. Auf den ersten Blick tönt es ja schön und gut, wenn wir ein umfassendes Gesundheitssystem haben, das selbstverständlich allen zugänglich ist, allen Menschen, die hier in der Schweiz bzw. in Basel wohnen. Das ist es. Natürlich haben wir Menschen hier unter uns, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, das ist richtig. Ich bin aber auch der Meinung, dass wenn man das nicht ist, dass es in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen ist, dafür zu sorgen, dass man sich diese Fähigkeiten aneignen kann oder wenn sie nicht vorhanden sind, jemanden sucht, der einem bei einem Arztgang oder im Spital behilflich ist.

Ich selber bin relativ oft, mindestens einmal pro Jahr, in Griechenland. Ich habe auch schon in Griechenland das Gesundheitssystem kennengelernt. Wenn Sie dort ins Spital gehen, dann können Sie froh sein, wenn Sie eine Gesundheitsversorgung erhalten, wenn ein Arzt sich um Sie kümmert. Sie können sehr froh sein, wenn Sie überhaupt ein Pflegepersonal haben, wenn Sie länger dort sind, da rede ich aus eigener Erfahrung. Und wenn Sie dann dort hinkommen und gesundheitliche Unterstützung wollen und dann als erstes nach einem Dolmetscher fragen, dann sind Sie relativ schnell wieder vor der Tür.

Ich möchte schliessen mit einer Frage an die Motionärin, in wie vielen Ländern sie denkt, dass man einen Dolmetscherdienst in medizinischen Bereichen bekommt, wenn ich jetzt im Ausland bin, egal wo, sei das in Amerika, sei das in Spanien, sei das in Italien, dass ich, wenn ich dort ins Spital muss, als erstes nach einem Dolmetscherdienst frage, der mir dann eine nette Übersetzung anbietet, weil ich zum Beispiel der italienischen Sprache nicht mächtig bin, bevor ich dann mein Leiden mitteilen kann.

Ich glaube, es ist letztendlich ein Luxusproblem und wir setzen damit die Erwartungen immer tiefer an die Bevölkerung bzw. an diejenige Bevölkerung, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Wenn wir hier jetzt einfach sagen, wir haben einen flächendeckenden Dolmetscherdienst, niemand muss sich mehr darum kümmern, ob er jetzt Deutsch spricht oder nicht und ich glaube, das ist ein ganz schlechtes Signal, das wir damit aussenden werden. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Amina Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Ist Ihnen bewusst, dass die wissenschaftliche Situation eigentlich ganz klar ist, dass die Forschung belegt, zusammen mit ganz vielen Studien, dass Dolmetschen im Gesundheitswesen hilfreich und wichtig ist?

Christian C. Moesch (FDP): Ich habe diesen Hinweis gesehen, ich habe ihn auch angeschaut, es ist absolut richtig, dass es hilfreich ist, aber das heisst nicht, dass wir als Kanton dafür sorgen müssen und das auch noch bezahlen, dass jede und jeder, der die medizinische Hilfe in Anspruch nimmt, quasi gratis einen Dolmetscherdienst bekommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich bin jetzt quasi Nummer 3, die auch die gleichen Sachen noch sagen kann, die Joël Thüring und Christian Mösch schon erzählt haben. Auch wir von der LDP sind der Meinung, dass die Motion nicht der richtige Weg ist. Es

gibt schon Angebote für Dolmetschen, es gibt aber eben auch diverse Angebote, um das Deutsch zu fördern, und das erscheint uns der richtige Weg, dass man nämlich Anreize schafft, um Deutsch zu lernen und sich in Deutsch unterhalten zu können und nicht die Parallelwege fördert, indem man flächendeckend Dolmetscher einsetzt.

Was für mich aber noch viel wichtiger ist bei dieser Motion, ist die Frage nach der praktischen Umsetzung, denn es wird explizit verlangt, dass bei jedem Hausarzt flächendeckend dieser Dolmetscherdienst eingesetzt werden soll. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll. Weil planerisch ist das kaum möglich, also zum Hausarzt kommt man häufig auch, ohne dass man es jetzt lange im Voraus weiss. Dann ist auch klar, dass wir auch von ganz vielen Sprachen reden. Und wenn wir von einem Dolmetscherdienst reden, dann muss man alle Sprachen gleich behandeln, das heisst, alle Sprachen müssen angeboten werden können. Wie das jeweils so spontan möglich sein soll, ist mir absolut nicht ersichtlich.

Ich stelle mir auch die Frage, wie es ist, wenn es dann plötzlich noch auf andere Gebiete ausgeweitet werden soll. Ich stelle mir jetzt rein im Gesundheitswesen die Frage, wie es dann mit weiteren Playern ist im Gesundheitswesen. Wir Apotheken gehören auch dazu, es ist eine Herausforderung, wir haben täglich, wir haben häufig mit fremdsprachigen Patientinnen und Patienten zu tun, das ist eine Herausforderung, aber es ist möglich, oder was eben auch schon genannt worden ist, es ist häufig so, dass sie mit Angehörigen kommen, die mithelfen können. Wenn dann die Begehrlichkeiten hier auch noch kommen, frage ich mich, wie das praktisch funktionieren soll, das ist mir wirklich nicht klar.

Und was auch schon angesprochen worden ist, ist das Preisschild. Der zeitliche Aufwand, der natürlich anfällt, der ja theoretisch auch bei einem Hausarzt noch irgendwann abgegolten werden müsste, der ist gar nicht dabei. Aber es hat natürlich auch sonst ein Preisschild, wenn man quasi rundum Pikettdienst haben muss für sämtliche Sprachen. Deshalb sind wir gegen die Überweisung dieser Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir Grünliberalen sind für eine Erstüberweisung mit Betonung auf Erstüberweisung. Wir anerkennen, dass es hier ein konkretes Problem gibt in der Praxis und hätten gerne eine Stellungnahme der Regierung dazu.

Noch ein paar weitere Gedanken von meiner Seite dazu: Ich sehe einerseits wirklich, dass wir im Bereich der Grundversicherung hier eine Lücke, haben, dass diese Leistungen ein wichtiger Bestandteil einer Behandlung sind. Es muss sichergestellt sein, dass eine Kommunikation möglich ist für einem Patienten, das ist entscheidend für die moderne Medizin. Da gibt es eine Lücke, die sehen wir jetzt eher auf der Ebene KVG, aber trotzdem ist es richtig, dass der Kanton hierzu einmal Stellung nimmt.

Und wenn man es auch noch ein bisschen weiter denkt oder auch noch ein bisschen auf einer anderen Ebene anschaut, so ist folgendes zu sagen: Wir leisten uns sehr viel im Gesundheitswesen, es wurde von einem Luxusproblem gesprochen, das sehe ich grundsätzlich auch so, aber wir bewegen uns halt einfach im Gesundheitswesen auf einem Niveau, da werden Therapien gemacht, werden Diagnosemassnahmen gemacht, die sehr, sehr teuer sind und dann ist es eigentlich eine Ressourcenverschwendung, wenn es am Schluss an der Kommunikation scheitert und die Ressourcen deshalb nicht richtig eingesetzt werden.

Daher bin ich durchaus bereit und finde ich es interessant, diesen Punkt mal genauer anzuschauen. Ob wir dann die Sache weiter unterstützen und einen flächendeckenden Dolmetscherdienst vom Kanton finanziert haben wollen, bezweifle ich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt keine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Zeigt die Unterstützung dieser Motion einmal mehr das konsequente Sparen à la GLP?

Tobias Christ (GLP): Ich denke, das müssen wir dann eher diskutieren, wenn die Stellungnahme der Regierung vorliegt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Mich erstaunt diese Debatte doch sehr. Ich gehe noch einmal kurz darauf ein, wie die Motion endet. Es ist eine lange Motion, da gebe ich Ihnen recht, aber der letzte Satz lautet: «Mit der vorliegenden Motion verlangen die Unterzeichnenden vom Regierungsrat, die Finanzierung von interkulturellen Dolmetschenden in Spitälern und im

ambulanten, hausärztlichen und psychotherapeutischen Bereich sicherzustellen.» Wie auch mein Vorredner gesagt hat, es gibt eine Lücke, die gibt es schon ewig, es ist so ein altes Thema, das hatten wir ja schon x-mal hier in diesem Parlament, es wurde sicher schon zwei Mal in der Migranten-Session benannt und als Vorstoss eingereicht. Und dass die Regierung diesen Vorstoss jetzt so entgegennehmen möchte, zeigt ja auch, dass sie erkannt hat, dass diese Lücke besteht und dass man auf irgendeine Art und Weise eine Lösung findet, um das kantonal besser zu machen, als es jetzt gemacht wird.

Denn diese Lücke besteht sehr wohl. Ich kann vielleicht auch noch einmal einen kurzen Ausflug machen. In meiner Zeit, als ich Geschäftsleiter war vom Ausländerdienst Basel-Landschaft, da hatten wir auch einen interkulturellen Dolmetscherdienst. Der war sehr stark beansprucht, das war gut, in den Schulen, bei den Sozialdiensten, das war alles kein Problem, es war normal. Man hat die Dolmetschenden hingeschickt und auch abgerechnet, weil es ja auch wichtig ist, dass die Menschen sich verstehen, und dass man Informationen so übermittelt, dass sie auch dort ankommen, und dass man nicht immer die Kinder mit einbezieht, ist ja wohl hoffentlich auch allen klar.

Was war aber in den Spitälen? Stationär ging es noch, ambulant hatten wir ein Problem. Da wurde auch viel weniger bestellt als zum Beispiel bei den Schulen oder bei den Sozialdiensten, weil die Finanzierung dort nicht geklärt ist und es ist halt bis jetzt nicht geklärt, wir haben oft auf Bundesbern gewartet, es zeigt sich einfach, es geht einfach zu lange. Wir können schon noch warten, bis Bundesbern vielleicht dann trotzdem mal das entweder über das KVG regelt oder auch gar nicht.

Ich glaube, jetzt müssen wir diese Motion überweisen, damit man noch einmal prüft, welche Mittel wir jetzt zur Verfügung stellen können, um das interkulturelle Dolmetschen vor allem im Gesundheitsbereich so zu etablieren und sicherzustellen, dass es auch genutzt wird, dort, wo es Sinn macht. Es wird nicht einfach flächendeckend überall bei jeder Hausarztpraxis, bei jeder Apotheke irgendwie jemand abgestellt, der auf Vorsorge dort wartet, bis jemand kommt. Darum geht es ja gar nicht. Diesen Dienst muss man bestellen, ihn muss man beantragen. Es ist klar, in einem Notfall ist es dann eine andere Situation, aber dort, wo man es planen kann, dort müsste es finanziert werden. Ich denke wirklich, es ist angezeigt, diese Motion nochmals zu überweisen, um einen Schritt weiterzukommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft, somit hat die Motionärin Amina Trevisan das Schlusswort.

Amina Trevisan (SP): Seit meiner Kindheit begleite ich meine Italienisch sprechende Mutter zu Hausärzten oder zum Hausarzt oder ins Spital, um zu dolmetschen. Die Herausforderung dabei war, dass ich als Kind meiner Mutter Diagnosen übersetzen musste, mit denen sich Kinder nicht befassen sollten. Die Frage, was man Kindern inhaltlich zumuten darf und vor allem was nicht, wurde bei mir nicht gestellt. Das Gute daran, ich habe mein Leben lang Feldforschung gemacht und dank meines Studiums wurde ich Expertin für Migration und Gesundheit.

Aber nicht nur Angehörige, sondern auch andere Personen, die nicht dafür ausgebildet sind, werden in der Not ad hoc als Dolmetschende eingesetzt. Gerade kürzlich bekam ich im Spital wieder einmal mit, wie das Reinigungspersonal zum Dolmetschen herbeigezogen wurde, und hier ging es um eine gravierende Krankheit. Das Risiko von Missverständen ist sehr hoch, da das Personal in der Regel keine Schulung in medizinischer Fach-Terminologie hat. Fachlich, rechtlich und ethisch ist der Einsatz von Laien problematisch.

Als mich der Verein Mitstimme im Jahr 2019 anfragte, ob ich die Arbeitsgruppe Migration und Gesundheit inhaltlich beraten und begleiten könne, um sie beim Erarbeiten eines Vorstosses für die Migrant:innensession zu unterstützen, sagte ich sofort zu. Als Sozialwissenschaftlerin, die im Themenbereich Migration und Gesundheit doktoriert und zudem mit ProSalute eine Non-Profit-Organisation gegründet hat, die sich für gesundheitliche Chancengleichheit und einen chancengerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle einsetzt, riet ich sofort zum Thema Dolmetschende im Gesundheitswesen. Wir erarbeiteten einen Anzug, der bereits vor sechs Jahren dem Regierungsrat überwiesen wurde. Letztes Jahr begleitete ich nochmals zusammen mit Fleur Weibel die Arbeitsgruppe der Migrant:innen-Session. Ich schlug erneut vor, das Thema aufzunehmen, da bislang leider wenig passiert war.

Warum sind Dolmetschende im Gesundheitswesen so zentral? Wenn es um die Gesundheit geht, ist eine gute Verständigung von zentraler Bedeutung, das ist selbstverständlich. Vertrauliche und differenzierte Gespräche erleichtern den Zugang zur Ärzteschaft, Psychotherapeut:innen und Pflegefachpersonen und spielen beim Vorbeugen oder Kurieren von Krankheiten und Verletzungen eine wesentliche Rolle. Nicht alle Einwohner:innen unseres Kantons verfügen jedoch über die dazu nötigen Sprachkenntnisse oder können sie diese innert einer nützlichen Frist aneignen.

Für einen chancengerechten Zugang zu medizinischen Leistungen und die Gewährleistung der Aufklärungs- und Informationspflicht braucht es jedoch bei medizinischer Betreuung von Patient:innen mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen interkulturell Dolmetschende, um eine Über-, Unter- und Fehlversorgung und vor allem – hier an die Bürgerlichen gerichtet - um unnötige Kosten zu verhindern. Im Kanton Basel-Stadt gibt es somit eine grosse Bevölkerungsgruppe, deren diskriminierungsfreier Zugang zum Gesundheitssystem in Folge Sprachbarrieren nicht in jedem

Fall garantiert werden kann. Damit werden die in der Verfassung verankerten Grundrechte der betroffenen Personen schwerwiegend verletzt.

Dolmetschende und familienunabhängiges Dolmetschen sind sowohl im ambulanten wie im stationären Bereich stark nachgefragt. Zahlreiche Studien, internationale und nationale, belegen seit Jahren die Bedeutung und den Mehrwert von Dolmetschenden im Gesundheitsbereich und insbesondere, ich wiederhole, Kosten werden gespart durch den Einsatz von Dolmetschenden. Durch den Einsatz von Dolmetschen kann das vom WHO und auch vom Bundesamt für Gesundheit angestrebte Ziel der Chancengleichheit im Gesundheitswesen besser erreicht werden. Wichtig ist, es braucht Dolmetschende nicht nur in Spitälern, sondern auch und insbesondere im ambulanten Bereich, in hausärztlichen und psychotherapeutischen Praxen.

Gesundheit ist ein Grundrecht. Dieses Recht darf nicht an Sprachgrenzen scheitern. Die Verantwortung liegt nun bei uns im Parlament. Wir müssen die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit alle Menschen unabhängig von der Sprache eine sichere und qualitativ hochwertige Versorgung erhalten. Sprachmittlung ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit, medizinisch, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich. Wer hier spart, spart auf Kosten der Sicherheit, der Gesundheit und letztlich auch der Chancengleichheit. Vielen Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sind Sie sich bewusst, dass es in sehr vielen Sprachen schweizweit nur einzelne Dolmetscher gibt und dieses Angebot somit gar nicht flächendeckend für alle angeboten werden kann?

Amina Trevisan (SP): Ich möchte der Regierung nicht vorgeben, wie sie auf der operativen Ebene arbeiten muss, aber es gibt tatsächlich sehr viele migrierte Menschen, die gerne Dolmetschen würden und diese Ausbildung auch schon genossen haben. Ich mache mir da keine Sorgen, dass wir genügend Dolmetschende haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberwerisen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007158, 17.09.25 17:10:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 58 gegen 40 Stimmen.

34. Motion 10 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen

[17.09.25 17:10:19, 25.5298.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überwiesen.

35. Motion 11 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger

[17.09.25 17:10:42, 25.5299.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldung eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überwiesen.

36. Anzug 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza

[17.09.25 17:11:15, 25.5234.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): «Am Morgen des 7. Oktober drangen Terroristen in unser Haus in Be'eri ein. Ich sah, wie sie meine Frau Lian erschossen, meine beiden Töchter Neuja und Jael, 16 und 13 Jahre alt, hatten keine Chance. Sie wurden vor meinen Augen ermordet, meine Familie ausgelöscht in wenigen Minuten.» Das ist die Geschichte von Eli Jarabi aus dem Kibbutz Be'eri, der selbst überlebte, zusehen musste, wie seine Frau und seine beiden Töchter bestialisch ermordet wurden. Er selbst wurde als Geisel verschleppt und erst nach 491 Tagen kam er wieder frei.

Nun fordert heute, fast zwei Jahre nach dem Terroranschlag, Oliver Bolliger, Gelder und eine Partnerschaft für Gaza. Ja, die humanitäre Lage in Gaza ist schwierig, das bestreitet niemand, aber, und das ist entscheidend, dieser Anzug ist leider einseitig, politisch gefährlich und blendet die Realität aus. Die Realität ist, diesen Krieg hat nicht Israel begonnen, sondern die Hamas, ein Terrornetzwerk, das am 7. Oktober unschuldige Zivilisten abgeschlachtet, verschleppt und vergewaltigt hat, eine Organisation, die bis heute die eigene Bevölkerung als Schutzschild missbraucht, Waffen in Schulen und Spitälern versteckt und jede Aussicht auf Frieden torpediert.

Und jetzt sollen wir als Kanton Gelder sprechen, ohne überhaupt zu wissen, wohin diese fliessen? In Gaza gibt es keine funktionierenden staatlichen Strukturen, überall hat die Hamas das Sagen. Jeder Franken, der dorthin fliesst, stärkt indirekt somit auch den Terror. Wollen wir das verantworten? Besonders absurd wird es, wenn im Anzug Bolliger sogar eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza gefordert wird. Warum haben Sie nach dem schrecklichen Angriff der Hamas aus Solidarität nicht auch eine Partnerschaft mit einer Stadt in Israel, beispielsweise mit Tel Aviv, Haifa oder Beersheva, gefordert? Das wäre naheliegender gewesen, immerhin ist Basel die Wiege des Zionismus, Herzl gründete hier den Judenstaat. Wer ernsthaft für Frieden und Demokratie einstehen will, sollte diesen Bezug stärken und nicht die Nähe zu einer Hamas-Hochburg suchen.

Doch genau hier zeigt sich die grassierende europäische, leider oft linke Doppelmoral. Schauen wir aktuell nach Gent. Dort hat das Flanders Festival das Konzert der Münchner Philharmoniker abgesagt, einzig und allein, weil der israelische Stardirigent Lahav Shani am Pult gestanden hätte, ein Künstler, der sich mehrfach für Frieden und Versöhnung ausgesprochen hat und trotzdem abgesagt, ausgeladen, ausgegrenzt wurde, weil er Jude ist. und nicht laut genug gegen seine eigene Regierung Stellung bezogen hat. Das ist, wie es der jüdische Pianist Igor Levit (er ist übrigens Mitglied der Grünen in Deutschland) im deutschen Fernsehen gesagt hat, nichts anderes als klassischer, ekelhafter Antisemitismus.

Und gegen derartige Ausgrenzungen, wie sie nun in Gent passiert sind, sollten wir uns zur Wehr setzen und deshalb auch keine Positionen einnehmen oder übernehmen, die ein israelfeindliches Narrativ fördern. Und das ist leider aus diesem Vorstoss zumindest teilweise herauszuhören. Eine Städtepartnerschaft, wie soll man sich diese vorstellen? Soll dann irgendwann Regierungspräsident Conradin Cramer mit diesem besagten Regenbogen-Pin in den Gaza-Streifen gehen und dort eine Städtepartnerschaft eingehen? Ich halte das für schwierig, gerade wenn man auch sieht, welche Geisteshaltung die Hamas im Gaza-Streifen als immer noch führende Organisation eben hat, wenn es um Gleichberechtigung und Gleichstellung geht.

Und dann auch noch kurz zu seiner weiteren Forderung im Anzug nach Aufnahme von Flüchtlingen. Auch das ist nicht unsere Aufgabe, meine Damen und Herren. Diese Verantwortung liegt in erster Linie bei den Nachbarstaaten, bei Ägypten zum Beispiel, aber selbst Ägypten will diese Flüchtlinge aus dem Gazastreifen nicht aufnehmen. Warum? Weil man genau weiss, dass es hier eben nicht nur um schutzbedürftige Zivilisten geht, sondern es teilweise auch Menschen hat, die von der Terrororganisation Hamas bewusst instrumentalisiert wurden und ein Sicherheitsrisiko für Ägypten darstellen würden.

Darum ist klar, dieser Anzug ist klar abzulehnen. Basel-Stadt hat andere Prioritäten und darf sich nicht zu einer einseitigen antisraelischen Politik hinreissen lassen. Mit der Überweisung dieses Anzuges, welche eine Städtepartnerschaft mit Gaza fordert, setzen wir ein komplett falsches Signal. Das ist aus meiner Sicht absolut unhaltbar, wenn wir heute in diese Region schauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Beide werden entgegengenommen. Eric Weber stellt die erste Zwischenfrage.

Eric Weber (Fraktionslos): Habe ich das richtig verstanden, Sie sind für Israel und gegen die Palästinenser, und würden Sie Flüchtlinge bei sich aufnehmen?

Joël Thüring (SVP): Ich bin gegen die Terrororganisation Hamas und ich bin dagegen, dass wir in der jetzigen Situation einen solchen Anzug an den Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Sie sagen, der Anzug sei einseitig. Wir haben doch damals auch eine Resolution überwiesen? Damit haben wir doch beide Seiten in Betracht gezogen?

Joël Thüring (SVP): Wir haben eine Resolution überwiesen, weil ein Staat angegriffen wurde und weil bei diesem Angriff viele Hunderte Zivilisten getötet und viele Zivilisten in den Gazastreifen verschleppt wurden. Diese Situation jetzt mit diesem Anzug zu vergleichen, halte ich für etwas weit hergeholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat noch eine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Aber es werden jetzt doch auch viele Zivilisten getötet?

Joël Thüring (SVP): Dieses Töten hat unmittelbar ein Ende, wenn die Hamas sämtliche israelischen Geiseln freigibt und sich ergibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, es ist bedauerlich und wir haben leider viele Konflikte in dieser Welt, den Krieg in der Ukraine, den Krieg im Nahosten, Bürgerkriege in Äthiopien, Miramar, Sudan, auch in Syrien und weiteren mehr. Die Schweiz leistet entsprechend Hilfe direkt oder via internationale Hilfsorganisationen. Auch Basel-Stadt leistet weltweit Hilfe. Wir haben eben

im Mai die Gelder für die Entwicklungshilfe hier im Saale vervierfacht. Und wie der Motionär auch sagt, wurden schon Nothilfegelder gesprochen.

Es wird also schon einiges gemacht in diesem Bereich. Die FDP möchte eigentlich diesen Weg weitergehen und nicht mit einem Parlamentsentscheid quasi Position in einem Konflikt beziehen und ausgewählte Gruppierungen entsprechend unterstützen und eben vielleicht andere, vielleicht auch in anderen Regionen nicht. Da können wir nicht Hand bieten für dieses Anliegen. Ich bitte Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist zutiefst besorgniserregend. Internationale Organisationen, darunter die UNO, die WHO und Hilfswerke vor Ort, schlagen seit Monaten Alarm. Es fehlt an allem, was für das Überleben nötig ist. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und sauberem Wasser ist weitgehend zusammengebrochen. Besonders dramatisch ist die Lage für Kinder. Viele von ihnen sind akut unterernährt und ohne Zugang zu medizinischer Hilfe. Seit Juli, also seitdem der Anzug eingereicht wurde, hat sich die Notlage nochmals verschärft. Die israelische Armee hat eine breit angelegte Offensive in Gaza Stadt begonnen. Berichten zufolge wurden ganze Stadtviertel zerstört, grosse Teile der Stadt stehen unter militärischer Kontrolle. Für die Zivilbevölkerung gibt es kaum noch Rückzugsräume, geschweige denn sichere Zonen oder funktionierende Infrastruktur. Seit gestern hat sich die Situation für die Zivilbevölkerung nochmals zugespitzt.

Die Berichte, die uns erreichen, sind für uns alle schwer zu ertragen. Überfüllte Notunterkünfte, zerstörte Spitäler, mangelnde Hygiene und eine anhaltende Blockade, die dringend benötigte Hilfsgüter kaum durchlässt. Das sind keine abstrakten Zahlen, es geht um reale Menschen, viele von ihnen Kinder, die schlichtweg verhungern oder an behandelbaren Krankheiten sterben.

Natürlich kann unser Kanton Basel-Stadt diese Krise nicht lösen, aber das entbindet uns nicht von der Frage, was wir in unserem Rahmen tun können, als Teil eines Staates mit humanitärer Tradition und als Gesellschaft, der das Leben von Menschen nicht gleichgültig sein darf. Ich bitte Sie daher, die vorliegenden Anregungen in Form eines Anzugs zu unterstützen, nicht aus politischer Haltung, sondern aus einer grundsätzlichen Verantwortung heraus. Es geht hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern um konkrete Hilfe für eine notleidende Bevölkerung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Seit Monaten erreichen uns praktisch täglich Nachrichten von getöteten Zivilpersonen, von schwer verletzten Menschen, zerstörten Spitälern, Wohnquartieren, Berichte vom erschwerten Zugang zu Hilfsgütern, von Menschen, die um ihr Leben ringen, von Familien, die nichts mehr zu essen haben, Kindern, die am Verhungern sind. Mit Selbstverteidigung hat dies längst nichts mehr zu tun. Es ist ein klarer Bruch des Völkerrechts, es ist ein humanitäres Versagen. Im gestern veröffentlichten Bericht hat auch die Untersuchungskommission des UNO-Menschenrechtsrats festgestellt, dass es sich um einen Völkermord handelt, und auch Omer Bartov, weltweit einer der führenden Holocaust-Forscher, gelangt zu dieser Einschätzung.

Diese Situation macht wütend über diesen menschenverachtenden Krieg und gleichzeitig macht sie auch ohnmächtig. Für uns von der SP-Fraktion ist klar, wir dürfen nicht wegschauen, wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, Frauen, Männer, Kinder, ganze Familien leiden, verhungern, getötet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die internationale Gemeinschaft schweigt, während die humanitäre Katastrophe täglich schlimmer wird.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieser Anzug ist ein wichtiges Zeichen, ein Zeichen, dass wir als Kanton Basel-Stadt Menschen in Not nicht alleine lassen, dass wir unserer humanitären Tradition nachkommen und bereit sind, finanzielle Leistungen zur unmittelbaren Unterstützung der Zivilbevölkerung in Gaza zu prüfen, für Nahrung, medizinische Versorgung und Schutz, und zum Wiederaufbau von Infrastruktur, sobald es die Situation zulässt. Wir zeigen damit, auch als Kanton können wir unseren Beitrag leisten, um Überleben zu sichern und Leid zu lindern. Besten Dank für die Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Es wurden schon einige Gründe genannt, warum dieser Anzug nicht überwiesen werden sollte. Ich füge weitere drei Gründe hinzu, die gegen die Überweisung sprechen, zum Teil wurden sie auch schon genannt.

Erstens ist der Vorstoss kantonal auf der falschen Ebene angesiedelt. Aussenpolitik ist Bundesangelegenheit. Wenn dennoch solche Vorstösse eingereicht werden, dann geht es um Symbolpolitik und darum, die Empörung über diesen Konflikt in die letzten Ecken der Welt zu tragen. Ich würde mir für vergleichbare Kriegsschauplätze in dieser Welt manchmal eine ähnliche Dauerempörung wünschen. Daniel Seiler hat schon einige genannt, Bergkarabach, Darfur, Sudan und so weiter. Dort schweigen wir, wir könnten dauernd solche Anzüge einreichen und Partnerschaften mit Städten und Ländern beantragen, das führt zu nichts.

Zweiter Grund, es geht eigentlich darum, anti-israelische oder israelfeindliche Narrative zu transportieren. Sie haben das ganze Vokabular, das hier verwendet wird, in diesem Anzug wiedergegeben. Das Dumme ist nur, die Vorwürfe stimmen in dieser Absolutheit nicht. Sie stammen aus der Propagandaabteilung der Hamas und werden weltweit leider ungefiltert als angebliche Wahrheiten verbreitet. Die Situation ist viel differenzierter. Im Gegensatz zum Anzugsteller masse ich mir nicht an, die Situation vor Ort in dieser Klarheit zu kennen und zu benennen und würde auch nicht einfach das Narrativ einer Kriegspartei übernehmen. Erstaunt bin ich auch immer wieder über die Widersprüchlichkeit, welche zum Beispiel die BastA für ihre unterschiedlichen Anliegen zu ertragen bereit ist, etwa den Widerspruch zur vorherigen Vorlage, wenn die MCH-Anteile wegen des Engagements in Qatar verkauft werden sollen. Qatar wurde kritisiert, weil die Scharia dort die Hauptquelle der Gesetzgebung ist. Ich finde das auch nicht gut, nichts anderes aber als ein solches ist die Hamas in Gaza. Die Scharia gilt auch unter der Hamas und wenn ich jeweils den Slogan «Queers for Palestine» sehe, frage ich mich, wie lange genau die Überlebenszeit solcher Aktivist:innen in Gaza betragen würde. Die Hamas ist eine menschenverachtende Gruppierung, deren erklärtes Ziel die Vernichtung des Staates Israel ist. Seit Jahren nimmt die Hamas die Bevölkerung von Gaza in Geiselhaft und missbraucht sie als menschliche Schutzschilde. Der Kampf der israelischen Armee gilt dieser Gruppierung, welche mit dem Massaker vom 7. Oktober ihre hässlichste Fratze gezeigt hat. Dazu gehört auch die Geiselnahme unschuldiger israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sehen Sie, Joël Thüring hat es bereits gesagt, es wäre ganz einfach, die Hamas müsste lediglich die Geiseln freigeben und sich entwaffnen lassen und der Krieg wäre zu Ende. Und darum, auch aus diesem Grund, keine Überweisung des Anzugs.

Der dritte Punkt ist, solche Anzüge fördern den grassierenden Antisemitismus. Judenhass und die Verfolgung von jüdischen Menschen sind weltweit wieder salonfähig geworden. Die Hetze und die gewaltsamen Übergriffe auf die jüdische Gemeinschaft nehmen weltweit zu. Das Schutzbedürfnis der israelitischen Gemeinde zum Beispiel auch in dieser Stadt ist diesem Parlament hinlänglich bekannt und es wird nicht besser. Natürlich kommt nun der übliche Einwand, dass man unterscheiden müsse zwischen der Regierung des Staates Israel und der weltweiten jüdischen Gemeinschaft, aber glauben Sie mir, viele Menschen sind zu einer solchen Differenzierung nicht in der Lage und das wird bewusst ausgenutzt, wenn solche Propaganda verbreitet wird. Darum tragen Vorstösse wie dieser zum sich verschlechternden Klima gegenüber unseren jüdischen Mitmenschen nicht unwesentlich bei.

Persönlich fände ich es begrüssenswert, wenn den Anzugstellenden auch diese Art von Klimawandel ernsthafte Sorgen bereiten würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, leider. Darum bitte ich Sie um Nichtüberweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Johannes Sieber und Daniel Gmür. Sie werden entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie spielen die Symbolpolitik so ein bisschen herunter. Ist es denn nicht so, dass wir eine Resolution verabschiedet haben nach dem 7. Oktober, nach diesem tragischen Überfall auf Israel und damit auch Symbolpolitik betrieben haben, und ist es nicht auch richtig jetzt die Opfer auf der anderen Seite ins Rampenlicht zu stellen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich glaube, diese Frage wurde schon beantwortet. Der Angriff kam von der Hamas und ich bin gegen jegliche Art von Täter-Opfer-Umkehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür hat das Wort.

Daniel Gmür (SP): Daniel Seiler und Joël Thüring, wünschen sich mehr für andere Regionen, wenn ich das richtig verstanden habe. Um ehrlich zu sein, da müssen Sie in den linken Fraktionen am wenigsten lange nach Verbündeten suchen. Verstehe ich das Argument richtig? Weil wir nicht überall gleichzeitig helfen wollen, helfen wir nirgends?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, das wurde falsch verstanden. Sagen wollte ich, dass zwischen verschiedenen Konflikten eben differenziert wird und gewisse Konflikte kein Thema sind, obwohl sie genauso skandalös sind. Man sollte nicht hier überweisen, sondern entweder gar keine oder dann konsequent sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich habe kein Votum vorbereitet für diese Debatte, den ich wollte mir die Diskussion hier im Grossen Rat anschauen und darauf reagieren, je nachdem wie die Diskussion hier verläuft und ich kann Ihnen sagen, ich bin noch erschütterter als angesichts dessen, womit ich gerechnet habe.

Die Argumentation, die hier vorgebracht wird von den Kollegen Joël Thüring und Daniel Albiet finde ich wirklich schwierig und unerträglich. Ich kann Sie daran erinnern, dass wir alle Ihre Vorstösse im Zusammenhang mit dem Übergriff der Hamas auf Israel, der entsetzlich war, der schrecklich war, der in jeder Art und Weise zu verurteilen war, mitgetragen haben. Wir tragen alle Vorstösse mit, die sich der Bekämpfung von Antisemitismus hier in der Schweiz und in Europa widmen. Was Sie jetzt heute hier machen, was Sie in Ihren Voten gesagt haben, übersteigt meine Vorstellungskraft, ganz ehrlich. Und ich hätte nie gedacht, dass ich in diesem Parlament mal an diesen Punkt komme, dass Sie, Joël Thüring, sagen, die humanitäre Lage im Gazastreifen sei «schwierig». Schämen Sie sich! Schämen Sie sich! Schämen Sie sich!

Es geht hier in diesem Anzug darum, humanitäre Hilfe, Gelder für humanitäre Hilfe zu beantragen. Wir können über alle anderen Punkte in diesem Papier diskutieren, es geht darum, jetzt humanitäre Hilfe zu leisten. Heute berichtete die Zeitung vom Einmarsch der israelischen Truppen in den Gazastreifen nach einem halben Jahr, und ich kann Ihnen sagen, das hat mit Hamas-Propaganda gar nichts zu tun. Ich schaue mir diese Berichte der Hilfsorganisationen an, das sind Leute vor Ort, das sind Ärzt:innen und Schweizer Ärzt:innen, die dann wieder berichten, was im Gazastreifen läuft, und was Sie hier machen, ist diesem Parlament unwürdig.

Ich kann das so nicht stehen lassen und ich beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dass Sie gefälligst diesen Antrag jetzt auch überweisen, so wie wir alle anderen Anzüge in diesem Konflikt auch überwiesen haben und hören Sie auf, uns vorzuwerfen, dass wir hier die Partei ergreifen würden. Es ist unerträglich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür ist nächster Sprecher.

Daniel Gmür (SP): Es wird ein bisschen unsortiert, weil ich ganz ehrlich sagen muss, dass ich in ähnlicher Weise nicht ganz verstehe, wie diese Voten hier überhaupt zustande kommen können. Der Vergleich zur MCH-Gruppe, also bitte, es geht bei der MCH-Gruppe nicht um humanitäre Nothilfe, es geht dort nicht auch nur im Ansatz um das, was dieser Anzug hier verlangt. Ich wiederhole, was ich davor schon verlangt habe: Möchten Sie in Qatar Nothilfe leisten, suchen Sie bei den Anzugsunterzeichneten am wenigsten lange nach Verbündeten. Machen Sie doch diese Vorstösse zu den anderen Konfliktregionen, geschätzte Ratskolleg:innen, die hier uns vorwerfen, dass wir uns nicht um alle Konfliktregionen kümmern. Auch hier, Sie suchen bei den Anzugsunterzeichneten am wenigsten lange nach Verbündeten. Bei den Rednern werden Sie sehr lange die Zähne ausbeissen, bis sie dort eine Unterstützung bekommen.

Entgegen Ihrer Fraktionen tragen wir mit allen Mitteln gegen Antisemitismus bei. Es geht, sehr geehrter Herr Kollege, nicht um die Hamas, es geht hier um die Zivilbevölkerung in Gaza, ein unbestritten, fast komplett zerstörter Landstreifen zum jetzigen Zeitpunkt. Es geht heute nicht um diese sehr schwer zu ertragenden Voten zur Schuldzuweisung, wer hat was zuerst gemacht, welches Datum in diesen mehreren Dekaden einer Auseinandersetzung war denn der ausschlaggebende Zeitpunkt dieses Konflikts. Darum geht es hier nicht. Es geht nicht darum, ob wir Geld und Unterstützung entweder an die israelische Regierung oder an die Hamas senden. Herr Kollege, Sie wissen genau, dass ich Sie anspreche. Es geht hier einzig und allein um die Unterstützung der Zivilbevölkerung. Und wenn es die Hamas nicht mehr gibt und wenn der Konflikt weg ist, ist es immer noch ein zerstörter Landstreifen, ist es immer noch ein Landstreifen, in dem die meisten Personen in desolaten Zuständen hungern, ihr Zuhause verloren haben, mehrfach vertrieben wurden von der einen Stadt in die nächste und so weiter.

Und es geht hier einzig und allein darum, zu prüfen, wie wir dort unterstützen können. Die Regierung kann sehr gerne ihre Inputs, dass sie sagt, ja vielleicht so, vielleicht so nicht. Aber es geht darum, zu prüfen, wie wir helfen können, und ich hoffe, hier drin möchte niemand infrage stellen, wie die Situation in Gaza im Moment ausschaut. Es geht einzig und allein darum, zu prüfen, wie wir der Zivilbevölkerung helfen können. Ich werde diese Aussage noch so oft machen, bis Sie aufhören, die Augen zu verdrehen. Es geht nur um die Zivilbevölkerung, und wenn es die Hamas nicht mehr gibt, gibt es die Zivilbevölkerung immer noch und der geht es immer noch schlecht und es ist immer noch zu prüfen, wie wir helfen können. Besten Dank für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich erlaube mir, ein paar Hinweise zu geben, und zwar Daniel Albietz und Joël Thüring. Ich glaube, es gibt ein paar Punkte, die vielleicht noch richtiggestellt werden sollten. Zuerst an die Adresse von Daniel Albietz. Sie haben gesagt, der Kanton habe keine Aufgabe in diesem Bereich. Vielleicht erinnern Sie sich, wir haben im Juni ein entsprechendes Gesetz geschaffen, der Kanton hatte schon vorher eine solche Aufgabe und der Kanton hat vor allem dann auch in der humanitären Hilfe – und ich denke, wenn der Kanton etwas machen würde, wäre es im Bereich der humanitären Hilfe –, hat der Kanton schon sehr lange Aufgaben, haben auch die Gemeinden Aufgabe, die Gemeinde Riehen, vielleicht kennen Sie diese, auch die betreibt in diesem Sinne Aussenpolitik. Vielleicht überdenken Sie das noch einmal.

Dann haben Sie den Punkt der Freilassung der Geiseln genannt. Ich denke, das hätte ich vielleicht sogar noch unterschrieben vor zwei oder drei Wochen, aber wir müssen heute konstatieren, dass die Verhandlungslösung, die eigentlich auf dem Tisch lag, zerstört wurde, weil in Qatar (da schliesst sich vielleicht jetzt wieder der Kreis) die genannten Personen, die das verhandeln hätten sollen, alle ausgeschaltet wurden. Das kann man okay finden, dass das passiert, weil es sich um Terroristen handelt, aber realpolitisch hat es dazu geführt, dass es keine Verhandlungslösung mehr gibt und dass diese 20 Geiseln, diese Personen, die noch leben, jetzt nicht freikommen.

Dann zu Joël Thüring: Sie haben ja schon das Beispiel genannt aus dieser Siedlung in der Nähe von Gaza. Und vielleicht nehme ich Sie mit, ich war auch mal in einer solchen Siedlung, wahrscheinlich wie Sie, als Sie mit diesen Familien gesprochen haben, und das war sehr eindrücklich, das war gerade oberhalb von Gaza und mit Blick auf diese Stadt und Sie sind dort dauernd ausgesetzt, den Raketenangriffen oder den potenziellen Raketenangriffen, sie müssen innert Sekunden irgendwohin fliehen. Und auch dort sind Menschen gestorben. Eine sehr bekannte Person, die wir dort kennenlernen durften, die sich sehr lange schon mit diesem Konflikt auseinandersetzt, auch sie wurde Opfer des Angriffs. Sie hat überlebt. Aber sie, und das ist doch der Punkt, sie wie ganz viele andere, die jemanden verloren haben aufgrund dieser schrecklichen Attacke, fordert schon lange eine sofortige diplomatische Lösung, dass nämlich die Geiseln freikommen. Das ist das Wichtigste.

Jetzt einfach noch zum Anzug. Dazu haben Sie auch ein paar Dinge gesagt. Also vielleicht zuerst einmal die Flüchtlinge. Es stimmt einfach nicht, und das kann man hier nicht so stehen lassen, dass Ägypten keine Flüchtlinge aufnehmen will, weil es irgendwie zu viele Terroristen dort hatte, sondern die ägyptische Regierung, das sagt sie schon sehr lange, will keine Flüchtlinge aufnehmen (und das können sie in allen Verlautbarungen der ägyptischen Regierung lesen, die ich nicht die demokratischste finde), denn sie will kein Präjudiz für die Vertreibung schaffen. Das ist der Grund und nicht irgendwelche Angst vor Terroristen. Das ist der Hauptgrund, warum auch andere Länder keine Flüchtlinge mehr aufnehmen wollen.

Dann haben Sie zwei Punkte angesprochen. Wohin diese Gelder fliessen? Jeder Franken fliesst in den Terrorismus, sagen Sie. Waren Sie schon einmal in Gaza, haben Sie schon einmal mit dem Roten Kreuz gesprochen oder mit irgendjemandem? Nein, also wenn Sie schon einmal dort waren, wenn Sie sich mit den Personen dort ausgetauscht haben, die das auf den Boden bringen, die machen das. Gaza, das ist nicht wie Afghanistan, das ist ein Gefängnis für diese Menschen. Die können dort nicht raus und nicht rein, sie sind völlig abhängig. Und dann sind sie noch in einem zweiten Gefängnis, nämlich im Gefängnis der Hamas. Und deswegen ist die humanitäre Hilfe so extrem wichtig, weil die Menschen davon abhängen, dass die Welt draussen ihnen hilft über die Runden zu kommen, weil sonst funktioniert das Ganze nicht. Und deshalb ist es auch so wichtig, dass eine Stadt wie Basel, es kann auch Riehen sein von mir aus, die humanitäre Hilfe dort unterstützt. Und glauben Sie mir, das Rote Kreuz weiss, wie die Compliance geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Albietz. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Können Sie mir sagen, weshalb über die Freilassung von Geiseln überhaupt verhandelt werden muss und dafür Bedingungen gestellt werden dürfen?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Weil das die traurige Realität ist, wenn man sich mit Terroristen auseinandersetzen muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Auch mir ist es so gegangen wie einer Vorrednerin, ich habe eigentlich kein Votum vorbereitet. Ich bin sehr erstaunt über einen Punkt, und zwar, dass das Präsidium nicht unterbrochen hat bei der Aussage, dass man sich schämen müsse, die wohl vor allem an Joël Thüring und Daniel Albietz gerichtet war. Das war für mich ein klarer persönlicher Angriff. Ich habe ein gewisses Verständnis für Emotionen, es ist ein emotionales Thema, aber es gibt für mich auch Grenzen im Umgang mit anderen Ratskolleginnen und Ratskollegen. Das ist für mich mein Hauptpunkt. Ich wünsche mir, dass ein anderes Mal etwas gesagt wird vom Präsidium.

Vielleicht kurz noch zum Anzug. Ich kann das Anliegen nachvollziehen, aber auch für mich ist es eine Frage des Zeitpunktes. Solange nicht geklärt ist, wie es sich politisch weiterentwickelt im Gazastreifen, macht es für mich keinen Sinn, jetzt als Kanton humanitäre Hilfe zu leisten oder eine Städtepartnerschaft einzugehen.

So empfehle ich Ihnen, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte das Ganze jetzt doch noch etwas rational einordnen. Wir, die SVP-Fraktion, aber auch andere Fraktionen haben nach dem 7. Oktober, aber auch schon vorher, diverse Vorstösse eingereicht, weil der Hass auf den Strassen in Europa gegen Juden explodiert ist. Der grässliche Antisemitismus hat sich seit dem 7. Oktober in ganz Europa vermehrt, und deshalb habe ich auch eine Resolution eingereicht und deshalb sind auch verschiedene Vorstösse überwiesen worden von unterschiedlichen Fraktionen.

Wir, die SVP-Fraktion, haben auch eine Motion von Fleur Weibel bei der Zweitüberweisung als Anzug überwiesen, in der es darum ging, generell gegen Rassismus vorzugehen. Wir haben auch einen Vorstoss von Barbara Heer unterstützt, in dem es darum gegangen ist, dass wir den religiösen Frieden in unserem Kanton fordern. Diese Vorstösse sind direkt miteinander vergleichbar. Dieser Vorstoss, der hier vorliegt, ist nicht damit vergleichbar.

Oliver Thommen hat vorhin gesagt, dass wir im Frühjahr zur Entwicklungsinitiative einen Gegenvorschlag verabschiedet haben. Dort ging es darum, ob wir der Regierung Kompetenz zuweisen oder ob wir weitere Kompetenzen bei der Entwicklung haben. Wir haben das diskutiert, und wir sind zum Entschluss gekommen, dass die Regierung bei der Entwicklungshilfe, bei der humanitären Hilfe mehr Kompetenz haben soll. Deshalb hinkt auch hier dieser Vorstoss, wenn wir dann ein paar Monate später wieder sagen, wir als Grosser Rat wollen jetzt wieder sagen, welche Entwicklungshilfe wir wohin geben. Das ist auch der Punkt, den Daniel Albietz berechtigt angesprochen hat.

Und dann komme ich noch zum Inhalt dieser Motion. Sie drehen jetzt auf der linken Seite den Inhalt dieser Motion so, als ginge es nur um die humanitäre Hilfe. Lesen Sie noch einmal den ganzen Anzug. Sie fordern eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza, und da frage ich mich schon, wie stellen Sie sich das denn vor? Sollen wir mit einer Stadt aktuell in Gaza eine Städtepartnerschaft eingehen, in der die Hamas nach wie vor regiert? Ich kann Ihnen sagen, wenn es eines Tages die Hamas nicht mehr geben sollte und wir Aufbauarbeit in Gaza leisten sollen, dann bin ich sogar dafür, dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenz dies leistet. Ja, selbstverständlich auch im Sinne der Zivilbevölkerung, aber aktuell regiert dort die Hamas, eine Terrororganisation, mit der man keine Vereinbarung machen kann. Das ist die Realität und diese Realität verstecken sie hier. Weil sie es auch in diesem Anzug fordern und jetzt so tun, als ginge es nur um humanitäre Hilfe.

Humanitäre Hilfe kann man prüfen, der Regierungsrat hat die Kompetenz, aber mehr, eine Städtepartnerschaft, ist aktuell bei dieser Terrororganisation nicht möglich. Und deshalb sind wir gegen diesen Anzug und es hat nichts damit zu tun, dass wir irgendwelche Anzüge nicht unterstützt haben, ich habe es vorher erwähnt. Und das sollte man einfach auch noch erwähnen und das wollte ich hier einfach auch noch einbringen, damit diese Argumentation auch noch eingebracht wird. Und ja, ich nehme die Zwischenfrage an.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben mal von Motion gesprochen, dann haben haben Sie doch noch gemerkt, dass es ein Anzug ist. Darauf wollte ich Sie aufmerksam machen. Wenn Sie dafür sind, dass man das irgendwann mal angehen könnte oder sollte, dann wäre doch ein Anzug genau das richtige Instrument, das anzuregen, dass wenn es denn mal möglich wäre, man das auch tun könnte. Dann sollten Sie das doch eigentlich unterstützen?

Pascal Messerli (SVP): Noch einmal: Der Regierungsrat hat die Kompetenz für humanitäre Hilfe, aber eine Städtepartnerschaft zum aktuellen Zeitpunkt ist nicht realistisch, solange die Hamas als Terrororganisation regiert, und das kam in dieser Diskussion massiv zu kurz.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Daniel Gmür stellt die nächste Zwischenfrage.

Daniel Gmür (SP): Ich danke Ihnen für den Versuch, die Diskussion ein bisschen zu versachlichen. Aufgrund unserer beruflichen Gemeinsamkeit kann ich Ihnen sagen, es lohnt sich manchmal, beim Wortlaut zu beginnen. Sie haben gesagt, es wird eine Städtepartnerschaft in Gaza gefordert. Ich lese Ihnen gerne vor, «ob eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Gaza oder in den palästinensischen Gebieten eingegangen werden kann». Es geht darum, das zu prüfen und wir alle hoffen, dass dieser Konflikt bald vorbei ist. Glauben Sie nicht, dass jetzt der Moment wäre, die Prüfung zu beginnen?

Pascal Messerli (SVP): Nein, ich bin nicht der Meinung, dass man aktuell Verbindungen mit der Hamas prüfen soll.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Daniel Gmür möchte noch eine Zwischenfrage stellen.

Daniel Gmür (SP): Was wäre, wenn eine Prüfung ergeben würde, dass es in den anderen palästinensischen Gebieten ohne Zusammenarbeit mit der Hamas möglich wäre?

Pascal Messerli (SVP): Es steht «mit einer Stadt in Gaza» und dort regiert die Hamas. Und jetzt nehme ich keine weiteren Zwischenfragen mehr an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann hat jetzt Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich habe keine Zwischenfrage gestellt, ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wir es hier mit einem Anzug zu tun haben, und wenn wir etwas nicht erwähnen in der Debatte, dann geben wir dem Regierungsrat ja mit, dass uns das nicht wichtig ist. Und Sie haben Recht, eine Städtepartnerschaft ist illusorisch in Gaza über Jahre hinaus, vielleicht sogar Jahrzehnte. Sie müssen sich vorstellen, 800’000 Tonnen Bauschutt, die schon nur irgendwie wegkommen müssen. Wie lange wird das gehen? Also das ist komplett illusorisch. Wenn Sie den Anzug richtig gelesen haben, steht auch noch «in den palästinensischen Gebieten», das würde quasi die Westbank und noch anderes einschliessen. Ich würde das nicht erwähnen, ich finde es nicht relevant zu prüfen, weil es nicht realistisch ist, das umzusetzen. Das ist aber nur ein Punkt. Es gibt viele sehr gute Punkte, die der Regierungsrat hier prüfen kann, was kann Basel-Stadt als Kanton hier machen. Ich denke, die humanitäre Hilfe ist das Einfachste, das Direkteste und vor allem das, das bei den Menschen, die jetzt leiden, einfach direkt ankommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Sie haben mich erwischt, meine dritte Zwischenfrage wäre keine Frage gewesen, ich wollte nochmals darauf hinweisen: Es steht im Wortlaut «andere palästinensische Gebiete», da gibt es keinen Interpretationsspielraum, ich verstehe nicht, was Sie meinen.

Es ist doch geradezu der Normalfall, dass humanitäre Nothilfe in einem Gebiet geleistet wird, wo mindestens teilweise totalitäre Regimes herrschen. Man kann doch nicht ein totalitäres Regime als Grund gegen humanitäre Nothilfe einbringen. Lassen Sie uns nicht die Personen im Stich lassen, die unter einem totalitären Regime leiden. Danke für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Warum steht dann im Anzug zuerst der Wortlaut «Stadt Gaza», wenn Sie das plötzlich absolut unrealistisch finden?

Daniel Gmür (SP): Ich finde es nicht unrealistisch, ich möchte es geprüft haben.

Y>aWBalz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zum Anzugsteller Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich bedanke mich für die Debatte, muss aber auch noch etwas loswerden. Ich verwehre mich gegen den Vorwurf von Joël Thüring und Daniel Albietz, die mir indirekt und offensichtlich irgendwie eine Sympathie zur Hamas und Antisemitismus unterstellen. Ich finde das eine absolute Frechheit und ich hätte mir hier auch gewünscht, dass etwas gesagt worden wäre, aber es ist ja nicht immer so einfach in einer solchen Debatte.

Es fehlen mir auch ein bisschen die Worte, dass dieser Anzug bekämpft wird. Ich kann Ihnen vielleicht noch einmal sagen, was wirklich der Grund war, dass ich diesen Anzug geschrieben habe: Weil ich das Leid der Menschen, die in einer Kriegssituation sind und da nicht mehr herauskommen, nicht mehr ertragen kann, dass man da nichts machen kann, diese Ohnmacht zu spüren und politisch einfach wegzuschweigen, das war der Grund für diesen Anzug. Es geht um die Zivilbevölkerung und um die Reduzierung des Leidens, indem Basel-Stadt vielleicht etwas machen kann, wenn es dann möglich wäre.

Eigentlich fehlen mir die Worte und jedes Wort ist aufgrund der aktuellen katastrophalen Situation sowieso zu wenig. Auch emotional bin ich nicht mehr in der Lage, dieses grosse Leid zu erfassen, es übersteigt meine Möglichkeiten und ich gehe davon aus, dass es anderen auch so geht, ich hoffe es eigentlich, dass es anderen auch so geht.

Seit der Einreichung des Vorstosses hat sich die Lage in Gaza und in der gesamten Region – das betrifft auch die Menschen, die in Israel leben, also einfach um es einmal zu sagen, die sind auch von diesem Konflikt betroffen – leider nochmals massiv verschlimmert. Wir kommen dies täglich in den Nachrichten mit. Vor ein paar Tagen hat die israelische Armee durch eine erneut breit angelegte Offensive auf die Gaza-Stadt die Situation noch einmal verschärft. Die menschliche Tragödie und das bestehende Leid für Tausende von Menschen wird sich noch weiter verschärfen. Wohin sollen denn die Menschen mit ihrem wenigen Hab und Gut denn eigentlich noch hin? Gaza ist, wie Oliver Thommen schon gesagt, vollständig zerstört, ein menschenwürdiges Leben ist dort nicht mehr möglich.

Vieles ist jetzt gerade auch politisch in Bewegung gekommen. Wie auch schon erwähnt, eine unabhängige Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats hat den Vorwurf des Völkermords in Gaza gegenüber der israelischen Regierung zumindest benannt. Die EU-Kommission hat heute die Aussetzung des Freihandelsabkommens wegen des Krieges in Gaza in Erwägung gezogen, und heute hat Papst Leo seine tiefe Nähe zum palästinensischen Volk in Gaza bekundet und an die uneingeschränkte Achtung des humanitären Völkerrechts appelliert. Ich bin überzeugt, dass der Krieg in Gaza und das Leid der Bevölkerung vielen Menschen hier in Basel und weltweit grosse Sorgen bereitet und besonders junge Menschen ohnmächtig zurücklässt. Das Vertrauen in die Politik und die Regierung sinken auch wegen der Untätigkeit und des stillen Hinnehmens dieser menschlichen Tragödie.

Dieser Anzug, das ist mir schon klar, wird den Krieg nicht beenden, aber irgendwann endet jeder Krieg. Und dann wünsche ich mir einen Basel, welches mit seinem Reichtum einen tragenden und grosszügigen Beitrag leistet, um die humanitäre Nothilfe über die UN-Organisationen, das Rote Kreuz, das Evangelische Hilfswerk zum Beispiel der HEKS, sicherzustellen und den Wiederaufbau in Gaza mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Und falls wir dann in Zukunft, ja, das ist vielleicht sehr weit weg, mit einer Städtepartnerschaft in Gaza oder in den Palästinensischen Gebieten unsere Verbundenheit zu den Menschen vor Ort und das Zusammenleben aller Menschen dieser Region, unabhängig ihrer Religion und ihrer Nationalität, zum Ausdruck bringen können, dann wäre das ein sehr grosses menschliches Wort und dem Humanismus unserer Stadt auch würdig. Und dass das geht, habe ich schon gesehen, auch in Köln gibt es diese Städtepartnerschaft schon lange, wieso sollte es also in Zukunft nicht auch in Basel möglich sein? Ich danke für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007162, 17.09.25 17:57:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 56 gegen 34 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

37. Anzug 2 Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen

[17.09.25 17:57:24, 25.5253.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugsteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die Ehre des letzten Wortes, von Gaza nach Belarus, wir sind international. Der Anzug hat es in sich, denn ich habe vieles gelernt. Ich war am 26. Januar offizieller Vertreter der Schweiz, zusammen mit einem anderen SVP-Kantonsrat, bei der Präsidentschaftswahl in Belarus. Ich habe den Ausweis als Wahlbeobachter bekommen.

Was habe ich konkret gelernt? Bei den Wahlen kann man gegen alle Kandidaten wählen. Genau das möchte ich in der Schweiz auch einführen, denn dann sind diese Stimmen auch gültig. Sie dürfen den Medien nicht glauben. Ich bitte Sie, sich genau zu überlegen, wie Sie stimmen. Es geht nicht um Wahlfälschung, es geht um eine freie Wahl. In meinem Anzugstext steht das Grundanliegen: Wählen gegen alle. Und das möchte ich auch in Basel. Dann wären auch nicht mehr so viele Stimmen ungültig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007164, 17.09.25 18:00:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 70 gegen eine Stimme.

38. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend offene Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für die Architekturstadt Basel

[17.09.25 18:00:19, 25.5257.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 27. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 28. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 24. September 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Hanna Bay (SP), Leonie Bolz (SP), Stefan Wittlin (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lea Wirz (Grüne/jgb), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP), Jenny Schweizer (SVP), Franziska Roth (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

39. Anzug 4 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Spalen-Post muss bleiben! 2
40. Anzug 5 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend mehr ESC-Groove in der Basler Verwaltung .. 4
41. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Rekursfrist 5
42. Anzug 7 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Immersionsunterricht als Chance - Landessprachen F/I an Mittelschulen stärken 5
43. Anzug 8 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Digitalisierung des Antrags auf Stipendien und Erhebung einer umfassenden Statistik 5
44. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zwischenbericht des RR 5
45. Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR 6
46. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR 10
47. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR 11
48. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR 19
49. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR 27
50. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR 29
51. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern, Schreiben des RR 33
52. Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR 33
53. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre, Stellungnahme des RR 35

Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 24. September 2025, 09:00 Uhr

39. Anzug 4 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Spalen-Post muss bleiben!

[24.09.25 09:00:31, 25.5283.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Morgensitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Wir haben von der Polizei die Information erhalten, dass heute gegen Abend eine unbewilligte Demonstration auf dem Marktplatz stattfinden wird. Aus diesem Grund haben wir entschieden, den Rathausinnenhof und die Zuschauendentribüne ab 15 Uhr geschlossen zu halten. Für die Nachmittagssitzung ist es nicht möglich, die Fahrräder unten im Hof zu parkieren. Heute Abend nach der Sitzung werden wir das Haus via Martinsgasse verlassen müssen. Dies aus dem Grund, dass wir verhindern wollen, was wir letztes Jahr im November hatten, als es zu unliebsamen Konfrontationen zwischen Demonstrierenden und Grossratsmitgliedern kam.

Dies waren meine Mitteilungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Mir ist absolut bewusst, dass die Schliessungen von Poststellen und Postfilialen eine durchaus emotionale Komponente haben. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Behandlung der diversen Vorstösse hier in diesem Gremium, als es vor ein paar Jahren um die Schliessung notabene der Hauptpost hier gleich um die Ecke ging. Damals hatte man auch alles Schlimme und Wüste prophezeit, was passieren würde, wenn es notabene im zentralsten Zentrum von Basel keine Poststelle mehr gibt und deren Aufgabe von anderen Dienstleistern wahrgenommen werden müsse. Nun, die Hauptpost hat vor mittlerweile mehr als drei Jahren die Türen geschlossen, trotzdem, und ich gehe mal davon aus, Sie pflichten mir bei, ist das Leben in der Innenstadt nicht zum Erliegen gekommen und auch der Busverkehr hat wohl kaum darunter gelitten. Ich gehe davon aus, dass dies bei einer Schliessung der Spalen-Post kaum anders sein wird. Zudem wird, das hat die Post ja an sich auch bestätigt, an Alternativen zu der Postfiliale gearbeitet, sprich dass ein Partnerbetrieb deren Aufgabe übernehmen kann.

Dann noch zu einem wirtschaftlichen Aspekt. Ich gehe nicht davon aus, dass die Post eine Filiale aufzuheben gedenkt, wenn sowohl die Nachfrage wie auch die Wirtschaftlichkeit einigermassen gegeben ist. Das scheint jedoch bei der Spalen-Post offensichtlich nicht mehr der Fall zu sein. Und auch wenn die Post dem Service Public verpflichtet ist, so ist genauso ihre Pflicht, die Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und bei Bedarf die entsprechenden Massnahmen zu treffen, wenn diese nicht mehr gegeben ist. Zudem ist es nicht Aufgabe, meiner Meinung nach, einer Poststelle, eine vertraute Anlaufstelle oder gar ein Treffpunkt für die Quartierbevölkerung zu sein, genauso wenig wie ein Generator von Fussverkehr für das lokale Gewerbe. Die Aufgabe der Poststelle Spalen wird hier, so meine ich, doch etwas gar nostalgisch verklärt.

Aus diesem Grund erscheint mir dieser Vorstoss wenig schlüssig, weshalb wir empfehlen, ihn nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Erst einmal herzliche Gratulation an die beiden Unterzeichnenden, Sie haben ein neues Thema entdeckt. Sie setzen sich für einen starken Service Public ein und begründen auch gleich selbst, welchen positiven Effekt ein starker Service Public auf das soziale Zusammenleben und die Wirtschaft hat. Das ist natürlich sehr erfreulich. Noch mehr würde es mich freuen, wenn Sie sich auch sonst für einen starken Service Public einsetzen, wenn es nicht um Ihre Post geht, sondern zum Beispiel um ein Gratis-U-Abo oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen beim Pflegepersonal. Wir von BastA unterstützen natürlich diesen Anzug und bedanken uns bei allen, die das auch machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch die SP-Fraktion unterstützt selbstverständlich diesen Anzug. Auch für uns ist die Erreichbarkeit der Postdienststellen ein integraler Teil des Service Public in diesem Bereich und gerade in Zeiten des Päckli-Booms ist es eben auch wichtig, dass es genügend Infrastruktur hat. Die Erfahrung zeigt auch, dass es sich lohnt, hier aktiv zu werden. Die SP hat gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen vor vielen Jahren eine Petition lanciert, als es um die Schliessung der Post beim Kannenfeldpark ging und diese Poststelle ist zumindest bis heute immer noch geöffnet. Einziger Wermutstropfen für uns ist, dass es nicht nur um die Spalen-Post geht, nicht nur um die Spalen-Filiale, sondern es geht um alle Standorte, auch Volta, Horburg und der badische Bahnhof, auch diese Poststellen sollen geschlossen werden, was wir ebenso problematisch finden. Wir überlegen darum, ob wir hier noch einen weiteren Vorstoss lancieren sollten, um das Problem auf übergeordneter Ebene zu thematisieren und wir hoffen, dass dann natürlich auch die Unterstützung so breit ist wie jetzt heute. Wir danken Ihnen, wenn Sie den Vorstoss überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Zuerst vielen Dank für die rote, allerdings stachelige Blume von Herrn Goepfert. Es ist zu früh am Morgen, da zu replizieren. Was sicher ist, die LDP organisiert das nicht zum ersten Mal, wir haben schon Petitionen eingereicht in Zusammenhang mit diesen Postschliessungen, da ist die LDP durchaus dran, ich als Quartierbewohner sowieso. Wie Sie wissen, ist die Spalenvorstadt sehr belebt und hat auch ein Fahrverbot, man kann dort nicht hinfahren. Es hat dort eine Apotheke, die Institution von Herrn Humbel, alle, die dort einmal gearbeitet haben, wissen, welcher Wert diese Papetrie hat für den Zusammenhalt dieses Quartiers. Da hat es Galerien, alle diese Geschäftstreibenden, die sind auf uns zugekommen und haben gesagt, so geht das nicht, wo sollen wir unsere Pakete, unsere Post abends hinbringen. Und die Antwort ist Ahornstrasse. Ja, tragen Sie mal 30 Päckchen an die Ahornstrasse, das ist nicht lustig für einen Kleingewerbetreibenden. Das ist so etwa die Ausgangslage, die wir dort angetroffen haben.

Und es ist auch so, wir wissen schon, dass man die Post nicht zwingen kann, aber man kann immerhin einen gewissen Druck aufrechterhalten. Ein sehr netter Herr ist auf mich zugekommen von der Postleitung und hat mir auch zugesichert, dass sie diese Dinge anschauen, dass speziell auch die Spalen-Post im Fokus ist, dass sie geschlossen werden kann, aber dass man natürlich die Probleme der Gewerbetreibenden dort auch erkennt. Und natürlich ist es ein Service Public, und zwar ein ganz bedeutender. Ich meine, wenn ein Quartier und das Spalenquartier, schauen Sie mal am Spalenberg, jedes Jahr werden die Geschäfte zweimal ausgewechselt, dort eine Boutique, die schliesst, da eine neue Boutique, dann kommt wieder ein Kleidergeschäft da und dann wieder ein Kerzengeschäft und die wechseln ständig. Warum wechseln die? Weil der Durchfluss, der Passantenstrom zu klein ist und wenn dann die Post auch noch schliesst, dann ist das noch kleiner, dann laufen nämlich alle direkt entweder zum Bahnhof oder fahren zur Ahornstrasse, woraus übrigens auch wieder mehr Strassenverkehr resultieren würde.

Also ich bitte Sie, auch im Namen von Joël Thüring, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring ist als Anzugsteller an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Leider ist Christian Moesch jetzt nicht im Saal. Ich persönlich finde es schwierig, bei einer Postfiliale von Wirtschaftlichkeit zu sprechen, genauso wenig, wie ich finde, dass es sinnvoll ist, dass wir in den Quartieren Polizeiposten abbauen. Das ist eine Kernaufgabe eines Staates und die Post ist meines Wissens immer noch ein Staatsbetrieb, das dafür Sorge trägt, dass die Dienstleistungen auch tatsächlich den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Und vielleicht müsste sich die Post überlegen, keine Waldstücke mehr in Thüringen zu kaufen, wenn es um die Wirtschaftlichkeit geht, weil das ist aus meiner Sicht keine Kernaufgabe der Post. Es ist auch keine Kernaufgabe der Post, wie sie es vor einigen Jahren getan hat, Schleckzeug auf der Postfiliale zu verkaufen, sondern die Kernaufgabe der Post ist die Postdienstleistung und das ist aus meiner Sicht etwas, was gewährleistet bleiben muss.

Herr Moesch hat die Situation in der Innenstadt angesprochen mit der Hauptpost. Diese Situation ist keinesfalls gut. Gehen Sie einmal, wenn Sie in der Innenstadt wohnen, es hat auch noch Menschen, die in der Innenstadt wohnen, aber auch Gewerbebetriebe, die klein sind, gehen Sie einmal in der Innenstadt auf eine Poststellensuche, also sie finden alles andere zehnmal schneller. Handygeschäfte, gut, Coiffeurläden suche ich jetzt weniger, aber Sie finden alles, aber Poststellen in der Innenstadt finden sie keine. Und diese Lösungen, mit diesen in anderen Dienstleistungsbetrieben eine Poststelle dann in

einer Lightversion unterzubringen, das ist aus meiner Sicht nur eine Scheinlösung. Das funktioniert auch in der Innenstadt mit dieser kleinen Post im Orell Füssli nun wirklich nur bedingt und beschränkt, also ich finde diese Argumentation etwas schwierig.

Und wie es mein Vorredner Lukas Faesch und auch schon andere angesprochen haben, ist das auch ein Bedürfnis der Quartierbevölkerung jeweils, dass es eine Poststelle gibt. Es ist so, dass es immer noch viele Menschen gibt, die auch Postdienstleistungen in Anspruch nehmen. Es mag sein, dass das im Einzelfall für die Post nicht wirtschaftlich ist, aber noch einmal, hier geht es um den Service Public-Auftrag, Nicola Goepfert, und hier sind wir sehr wohl bereit, dass die Post diese Service Public-Dienstleistung auch aufrechterhält. Immerhin ist das aus meiner Sicht auch hier schon an anderer Stelle von uns unterstützt worden, wir würden es sicherlich auch unterstützen, wenn Frau Bessenich mit den anderen Postfilialen, die sie genannt hat, kommt. Nun hat man, ich habe es vor, glaube ich, zwei oder drei Tagen gelesen, nun hat man ja für die Filialen Volta und Erlenmatt auch wieder so eine Lösung mit Coop gefunden. Ob das gut oder schlecht ist, muss man dann noch sehen, zumindest bei der Spalen-Post hat sich so eine Lösung noch nicht abgezeichnet und deshalb glauben wir, macht es Sinn, dass man hier auch im Interesse der Anwohnerschaft, das hat Lukas Faesch erwähnt, die sind auf uns zugekommen, Gewerbetreibende, die dort leben oder die dort einen Betrieb haben, dass man mit der Post hier noch einmal über die Bücher geht, dass eine so wichtige Post für das Quartier tatsächlich weiterhin bestehen bleibt.

Wir wünschen uns hier, dass der Regierungsrat einen Schritt auf die Post zugeht und das soll dieser Anzug ermöglichen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde bestritten durch Christian Moesch.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007209, 24.09.25 09:13:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 77 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen.

40. Anzug 5 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend mehr ESC-Groove in der Basler Verwaltung

[24.09.25 09:13:10, 25.5284.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

41. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Rekursfrist

[24.09.25 09:13:31, 25.5285.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug 7 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Immersionsunterricht als Chance - Landessprachen F/I an Mittelschulen stärken

[24.09.25 09:13:51, 25.5289.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

43. Anzug 8 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Digitalisierung des Antrags auf Stipendien und Erhebung einer umfassenden Statistik

[24.09.25 09:14:17, 25.5295.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

44. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 09:14:41, 23.5586.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Möchte der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Anina Ineichen hat sich als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb gemeldet.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich denke, wir können das Traktandum einen Tag nach der Verkündung der Prämie nicht einfach so durchwinken. Es gab ja überall die Headline, es sei ein moderater Anstieg, aber wir müssen uns schon bewusst sein, dass in unserer Gesundheitsregion, ich zähle da beide Kantone und vielleicht noch ein bisschen mehr dazu, die Gesundheitskosten enorm hoch sind. Aus dieser Antwort auf diese Motion, ich habe meine Unterlagen nicht gefunden, es ging jetzt alles sehr schnell, auf die Antwort dieser Motion scheint mir extrem passiv, man schiebt alles auf das Baselbiet zu, kann man machen, aber ich denke, wir sollten hier zusammenarbeiten, weil diese hohen Gesundheitskosten haben wir nicht

nur, weil wir viele Ärztinnen und Ärzte haben, weil wir viele Spitäler haben, wir haben diese hohen Gesundheitskosten auch, und da bin ich davon überzeugt, weil wir unsere Synergien, die vorhanden sind, nicht nutzen aus Befindlichkeiten heraus.

Ich kann es nicht nachvollziehen, jeder Bericht, den ich lese, jeder Zeitungsartikel, den ich lese, lässt mich mit Schaudern zurück, weil wir einfach nicht zusammenarbeiten können. Wir sind Nachbarn, wir haben die exakt selben Probleme. Reissen wir uns zusammen, gehen wir aktiv auf unsere Nachbarn zu, geben wir alles, damit wir eine gemeinsame Gesundheitsregion haben, damit wir gemeinsam planen und damit wir so planen, dass wir das Optimum für unsere Einwohnerinnen und Einwohner erreichen. Planen wir es so, dass es kostengünstig ist, planen wir aber auch so, dass wir ein gutes Angebot haben und ich bin einfach überzeugt, das erreichen wir nur gemeinsam. Ich bin ein bisschen enttäuscht über diesen Bericht, ich hätte mehr Elan gewünscht. Und wenn das Baselbiet sich zurückzieht, dann gehen wir offensiver auf sie zu. Das haben wir nicht, sie haben nicht geantwortet. Bleiben wir dran, kämpfen wir für eine gemeinsame Region.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

45. Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR

[24.09.25 09:17:15, 23.5506.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Somit kommen wir zum ersten Fraktionssprecher Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Hiermit beantrage ich Ihnen im Namen der BastA, diesen Anzug stehen zu lassen und dies aus politischen, aber auch aus fachlichen Gründen. Dabei ist es mir wichtig, auch festzuhalten, dass es gar nicht darum geht, dass ich die Arbeit des Gesundheitsdepartements und der Abteilung Sucht nicht schätze. Ich kenne die sehr gut und es wurde auch sehr viel in den letzten zwei Jahren unternommen, um die Situation anzugehen und besser in den Griff zu bekommen.

Nur aber die aktuelle Situation hinsichtlich der Verbreitung des Drogenkonsums, besonders was die Menge und die Verbreitung von aktuell Kokain, Crack und Freebase betrifft, das haben Sie sicher auch in der Presse wahrnehmen können, und das betrifft auch nicht nur Basel, sondern die gesamte Schweiz, ist sehr besorgniserregend. Die negativen Auswirkungen auf die konsumierenden Menschen, insbesondere von denen mit einer langjährigen chronischen Abhängigkeit, sind offensichtlich und erinnern an die Bilder Anfang der 90er-Jahre. Sei es der Verlust der Wohnsituation oder massive gesundheitliche Nebenwirkungen, die amtlichen Behörden, die sozialen Organisationen, auch die Polizei und die Psychiatrie sind viel stärker wieder miteinander in Verbindung und mit der Verelendung, die auch jetzt wirklich sichtbar ist, konfrontiert. Gerade gestern zum Beispiel beim Drogenstammtisch wurde das offensichtlich auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Matthäusquartiers dargelegt und es ist klar, es besteht hier Handlungsbedarf.

Dieser Anzug, den ich mit Melanie Nussbaumer vor zwei Jahren im Sommer 2023 geschrieben habe, da haben wir das ja gemacht, weil sich die Lage im öffentlichen Raum derart zuspitzte, besonders rund um die K+A und beim Matthäusplatz, dass die negativen Auswirkungen eben im öffentlichen Raum nicht mehr tragbar waren. Es ging also darum, die notwendigen repressiven Massnahmen mit schadensmindernden Massnahmen zu ergänzen, so wie dies in der Suchtarbeit seit Jahrzehnten Praxis ist. Das hat man damals gemacht beim Platzspitz und beim Letten und das hat man auch in den kommenden Jahren immer so miteinander verbunden. Und wer das nicht versteht, versteht nichts von Sicherheitspolitik. Es geht also um einen möglichen Ausbau und auch Abstimmung, es gibt nicht nur den Ausbau, sondern auch die Abstimmung von schadensmindernden Massnahmen auf die aktuelle Lage und auf den Bedarf, der dann entstehen kann.

Einiges wurde unterdessen umgesetzt, das sehen Sie im Ratschlag, wie beispielsweise den Ausbau an Inhalationsplätzen in den K+A, aber das lag auch wirklich auf der Hand, weil sich der Konsum veränderte auf Inhalation anstatt auf Spritzen. Andere Massnahmen wie beispielsweise längere Öffnungszeiten in der K+A oder die Erweiterung der Vorplatzsituation im Sinne einer Toleranzzone wurden nur teilweise umgesetzt. Also die K+A wurde ein bisschen verlängert, sie hat auch eine längere Öffnungszeit im Vergleich mit der Schweiz, aber die Vorplatzsituation ist, wie sie ist, halt bei schlechtem Wetter dann

weniger schwierig als im Sommer, aber dort besteht ein Handlungsbedarf. Und auch die kontrollierte Abgabe von Pregabalin war ja angemerkt und das wurde auch in der Antwort verworfen.

Ich kann die Zurückhaltung für Anpassungen in einem gewissen Mass auch verstehen, weil es nicht immer ganz klar ist, man macht das und dann passiert dann auch wirklich das Gewünschte, das kann man nicht immer genau wissen, aber ausserordentliche Situationen, die wir jetzt so leider wieder haben, macht es zwingend, dass wir angepasste oder auch neue Massnahmen ausprobieren, diese dann auswerten und das ist in der Beantwortung des Anzugs nicht erkennbar. Dies ist aber fachlich wirklich angezeigt.

Eine der wichtigsten und sicher auch nicht einfachsten Fragestellungen ist, ob die K+A auch für Personen, die zurzeit keinen Zugang haben, wie Menschen mit einem F-Ausweis, N- oder S-Ausweis oder mit Nothilfe oder auch mit Personen, die gar nicht in der Schweiz gemeldet sind, geöffnet werden könnte. Aktuell besteht kein Zugang und dies führt unter anderem, das ist nicht der einzige Grund, aber unter anderem zur jetzigen hohen Belastung im öffentlichen Raum. Die Situation rund um dem Matthäusplatz ist, wie gesagt, gleich wie vor zwei Jahren und auch in meiner beruflichen Praxis als Geschäftsleiter der Stiftung Wohnhilfe war ich diesen Sommer noch nie, also mehr als vor zwei Jahren, so belastet von den Auswirkungen und wir mussten diverse Sicherheitsmassnahmen umsetzen. Die Menschen, die bei uns zum Teil wohnen, sind wirklich stark betroffen und haben massiv gesundheitlich abgebaut. Die Erweiterung des Zugangs zu den K+A oder alternativ ein zusätzliches Angebot nebendran oder wie auch immer müssen wir weiterhin prüfen und vielleicht auch mal probeweise ausprobieren. Wir wissen, dass es zu Schwierigkeiten kommen kann und vielleicht auch nicht immer so, dass das alles in einem Raum passieren kann, ich glaube, da müssen wir wirklich pragmatisch sein, aber es kann nicht das Ziel sein, dass immer ein grösserer Teil ausserhalb der K+A konsumiert. Das kann nicht das Ziel sein.

Hier wünsche ich mir also mehr Pragmatismus, auch ein bisschen Mut, auch einmal etwas auszuprobieren, ohne genau zu wissen, wie es dann kommt, aber es ist ja gut begleitet, die Fachlichkeit haben wir im Kanton, solche Massnahmen auch wirklich gut zu begleiten. Was auch nicht die Absicht war, ist der Vorplatz in einen rechtsfreien Raum umzuwandeln, das war nicht die Idee, sondern es ging darum, vor allem in den Sommermonaten nach der K+A-Schliessung nochmals diesen Platz weiterhin minimalst zu betreuen, um eine Verlagerung zum Beispiel auf dem Matthäuskirchplatz oder auch woanders hin zu minimieren.

Abschliessend kann ich sagen, die Situation in Basel ist weiterhin unbefriedigend und entspricht nicht aus meiner Sicht den notwendigen Standards. Eine Opiatabgabe müsste auch dort möglich sein, das kann ich mir gar nicht vorstellen, wieso das so schwierig sein sollte, und auch die kontrollierte Abgabe von Pregabalin müsste aus meiner Sicht nochmals im Sinne der Schadensminderung geprüft werden, damit man dort noch mehr Erfahrung hat. Und da sich die aktuelle Drogensituation in Basel und in der Schweiz wirklich nicht gut präsentiert und weitere Probleme wie beispielsweise, und das ist jetzt noch ganz weit weg, aber es war gestern ein grosses Thema, die Fentanyl-Frage sich in der Zukunft eventuell stellen könnte, was ich natürlich nicht hoffe, ist es aus meiner Sicht nicht angezeigt, diesen Anzug nun abzuschreiben. Lassen wir ihn stehen, sodass die Regierung in zwei Jahren nochmals uns berichtet auf der politischen Ebene. Es ist eh klar, dass diese Fragen bearbeitet werden müssen, aber ich finde es auch gut, diesen Anzug jetzt stehen zu lassen, dass wir in zwei Jahren nochmal eine Antwort haben. Wir wissen nämlich nicht, was in zwei Jahren ist, wie sich das entwickelt, kann niemand von uns voraussagen, da ist es wichtig, dass wir in zwei Jahren nochmal einen Bericht erhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher habe ich Christoph Hochuli auf der Liste.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Der ausführliche Bericht des Regierungsrats über die zahlreichen Massnahmen für Menschen mit einer Suchterkrankung ist weitgehend zufriedenstellend. Besten Dank dafür an das GD. Ich beantrage aber trotzdem, den Anzug stehen zu lassen, damit die Massnahmen in der schadensmindernden Suchtarbeit weiter beobachtet, angepasst und nur ergänzend zum vorliegenden Bericht in zwei Jahren berichtet werden kann. Denn die Situation auf der Dreirosenanlage, dem Matthäuskirchplatz und dem Claraplatz sind leider nicht besser geworden. Die Polizei muss immer noch regelmässig wegen Problemen mit Drogen und alkoholsüchtigen Personen zu diesen Plätzen ausrücken und für Ruhe sorgen und/oder weitere Massnahmen treffen. Vielleicht könnte an diesen Örtlichkeiten die aufsuchende Sozialarbeit der Mittlerinnen und Mittler im öffentlichen Raum des Gesundheitsdepartements auf die Abend- respektive Nachtstunden ausgedehnt werden. Gemäss der Stellungnahme des Regierungsrats seien diese Einsätze aber oft schwierig. Deshalb sehe ich als andere Möglichkeit, dass der Rangerdienst, der durch die diakonische Stadtarbeit Elim auf der Dreirosenanlage durchgeführt wird, auch auf dem Matthäuskirchplatz eingesetzt werden könnte.

Noch etwas zu den Kontakt- und Anlaufstellen. Da finde ich die heutige Regelung richtig, dass im Ausland wohnhafte Personen keinen Zutritt haben, denn wenn diese zu den K+A zugelassen würden, hätte dies sicher eine Sogwirkung und dann würden wir die Suchtarbeit von Frankreich und Deutschland ausführen und finanzieren.

Ich bitte Sie, auch im Namen der EVP, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Roger Stalder für die SVP.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, diesen Anzug abzuschreiben. Wir sind auch der Meinung, dass die Regierung, wie es gesagt wurde, einen sehr guten Bericht geschrieben hat und wir sehen nicht ein, was man noch machen will. Weil das Ziel ist eigentlich, dass man nicht einfach das so behaltet, dass die 1'000 Personen das jetzt einfach jahrelang so durchziehen können, für die macht man sehr viel, sondern das Ziel muss sein, dass man jeden Einzelnen von den Drogen wegbringt. Und das muss das Ziel sein und nicht ein Ausbau, schon gar nicht für die Illegalität, das ist ein anderes Problem, das anders gesetzlich gelöst werden muss und nicht noch denen die Wünsche erfüllen. Und deshalb bitten wir wirklich, den Anzug abzuschreiben, weil da genug gemacht wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Nussbaumer für die SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich halte mich kurz, weil Christoph Hochuli und Oliver Bolliger eigentlich schon sehr gut ausgeführt haben, wo es eben noch nicht reicht, warum wir wirklich trotzdem den Anzug nochmal stehen lassen müssen. Ich glaube, ich muss jetzt nicht nochmals alles wiederholen. Mir ist wichtig zu sagen, was wir sicher nicht wollen, ist, in der Drogenpolitik einen Schritt zurückzumachen, so wie Roger Stalder jetzt gerade dafür plädiert hat, sondern wir wollen wirklich in diesem Vier-Säulen-Modell natürlich weitergehen und das stärken und diese schadensmindernde Säule stärken.

Ich habe auch aus der Praxis gehört, dass die Situation nicht wirklich besser geworden ist in diesen zwei Jahren. In den Medien kommt das zwar nicht mehr so vor, deshalb vielleicht auch hier jetzt nicht so viele Voten von der Gegenseite, aber anscheinend hat sich die Situation nicht wirklich verbessert. Und das, obwohl wir ja gewisse Massnahmen, das GD, also die Abteilung Sucht gewisse Massnahmen eingeführt hat, aber anscheinend hat das noch nicht gereicht. Ich finde, hier ist es auch wichtig, wirklich auf andere Kantone, auf andere Städte zu schauen und ich kann mich noch erinnern, vor irgendwie vier Jahren schon gab es die erste Medienmitteilung oder die erste Medienberichterstattung, dass in Genf eben jetzt Crack angekommen ist und dass dort dieses eine Quartier überflutet wird mit Crack, usw. Also ich glaube, Genf zum Beispiel ist schon viel weiter bei dieser Problematik, ist auch vergleichbar mit Basel-Stadt, weil wir eben eine Grenzstadt sind sozusagen und ich glaube, dort könnte man noch einiges mehr davon lernen, wie Genf damit umgegangen ist. Zum Beispiel, dass sie auch eine Nacht-K+A kann da eingerichtet haben, anscheinend hat das auch die Situation beruhigt. In Basel-Stadt, jetzt haben wir lesen können in der Anzugsbeantwortung, ist das anscheinend noch nicht erwünscht oder scheint das nicht jetzt im Moment nötig zu sein, aber ich denke trotzdem, wenn das so weitergeht, diese Tendenz, dass das eine Möglichkeit wäre, die wir auch in Basel-Stadt früher oder später vielleicht einführen müssen.

In diesem Sinne, glaube ich, ist es wichtig, dass wir diesen Anzug stehen lassen, damit auch die Abteilung Sucht, das Gesundheitsdepartement die Möglichkeit hat, hier rasch zu reagieren, der politische Auftrag weiterhin im Hintergrund ist, dass man eben Sachen ausprobieren kann. Und vielleicht muss man es auch einfach mal ausprobieren und danach wieder verwerfen, wenn dann irgendein Angebot trotzdem nicht gebraucht wird, aber ich glaube, es ist wichtig, dass man das macht und möglichst rasch reagieren kann.

Ein Beispiel aus der Stadt Zürich, es wird auch erwähnt in der Anzugsbeantwortung, dort hat ja die Stadt selber von sich aus diesen Bus installiert, der zu den Leuten geht und kurz Schnellversorgung macht. In Basel-Stadt macht das jetzt im Moment der Schwarze Peter, ein privater Verein, der das irgendwie organisiert hat mit Fundraising-Mitteln, was super ist, was ich wirklich auch spannend finde, zu sehen, was das auch hilft und was das bringt, aber es ist schon ein bisschen typisch, dass in Basel-Stadt die Innovationen immer eher aus den privaten Vereinen herkommen und die Stadt eher zögerlich ist, vielleicht dann mal übernimmt und weiterhin unterstützt, aber trotzdem erwarte ich auch hier, gerade wenn die Situation so angespannt ist, wie sie anscheinend ist, dass man auch von Seiten der Stadt schneller mal irgendeine Massnahme, irgendeine Innovation umsetzt und ausprobiert und von mir aus dann auch wieder verwirft, aber es ist wichtig für die Menschen, für die Suchterkrankten und für die ganze Gesellschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Stalder. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Roger Stalder (SVP): Vielen Dank, das kann ich jetzt nicht so stehen lassen. Wenn ich gesagt habe, man muss anstreben, dass es weniger Drogensüchtige gibt, ist das dann ein Rückschritt?

Melanie Nussbaumer (SP): Nein, das ist eine der Vier-Säulen-Therapien und das ist ganz wichtig natürlich, das unterstützen wir auch, aber wir haben eben vier Säulen in der Drogenpolitik und eine davon ist die Schadensminderung und hier geht es darum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat Lukas Engelberger als Regierungsrat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die Voten, die allesamt bestätigen, was bekannt und anerkannt ist. Wir haben wieder einen erhöhten Druck im öffentlichen Raum durch eine in Teilen offene Szene. Das ist so, das ist nicht nur bei uns so und das ist seit mehreren Jahren jetzt so und wir reagieren darauf. Ich glaube nicht, dass man insgesamt sagen kann, die Situation ist nicht besser, sondern schlechter geworden. Sie ist sehr wohl besser geworden im Dreirosen-Gebiet, ich glaube, das ist anzuerkennen. Sie präsentiert sich anders und ist nicht besser geworden, das gebe ich auch zu, rund um den Matthäuskirchplatz.

Wir haben selbstverständlich reagiert, insbesondere durch einen Ausbau der schadensmindernden Massnahmen. Nicht nur, wir haben auch im Bereich der Repression das Dispositiv verstärkt, aber im Bereich der schadensmindernden Massnahmen sind zusätzliche Schritte gemacht worden und wir haben Ihnen diese in der Anzugsbeantwortung dargelegt. Ich glaube, ich kann sagen, wir haben die konkret vorgeschlagenen Themen und die konkret formulierten Fragen beantwortet. Wir haben einen Teil der Anregungen bereits umgesetzt und einen anderen Teil der Anregungen setzen wir aus fachlichen Überlegungen nicht um.

Und selbstverständlich, unabhängig davon, ob der Anzug stehen gelassen oder abgeschrieben wird, wird uns das Thema sehr stark auch weiter beschäftigen und werden wir an diesem Thema sehr eng weiterarbeiten. Wenn Sie stehen lassen, dann berichten wir wieder darüber, wir können allerdings nur berichten zu den Fragen, die gestellt sind. Fentanyl beispielsweise kommt nicht vor in diesem Anzug, also man darf bitte nicht meinen, wir würden dann jetzt aufgrund dieser Vorlage Ihnen umfassend berichten müssen und können, das geschieht auch auf anderen Kanälen, wie Sie ja sicher wissen.

Was ich nicht korrekt finde, ist zu sagen, die Behörden seien reaktiv oder langsam oder nicht innovativ. Ich glaube, wenn Sie eine Umfrage machen würden bei Suchtfachleuten in der Schweiz, wäre Basel-Stadt nicht der reaktive und langsame und wenig innovative Kanton, sondern im Gegenteil, die kommen hierher und schauen sich Dinge an, die wir eben schon länger haben. Aber wir müssen auch an unserem Massnahmenmix weiterarbeiten, das ist so. Man kann das auch neu lancieren, wenn Sie konkrete Ideen haben.

Den Fragen im Anzug sind wir nachgegangen und deshalb sind wir der Auffassung, wir können ihn abschreiben. Das Thema wird selbstverständlich nicht abgeschrieben, das muss ich, glaube ich, nicht extra sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007222, 24.09.25 09:36:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 53 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

46. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR

[24.09.25 09:36:19, 22.5302.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Wünscht Herr Cramer das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die vorliegende Motion aus dem Jahr 2022 möchte Vereinfachungen im Wohnschutzverfahren erreichen. Drei Anliegen stehen im Vordergrund, die Vereinfachung der Gesuchformulare, die Sicherheit darüber, dass die Wohnschutzkommission sich selbst organisiert und die Möglichkeit, Gesuche digital einzugeben. In den letzten drei Jahren hat sich vieles getan beim Wohnschutz, wir werden bei den nachfolgenden Motionen noch eingehender darüber zu sprechen kommen. Bezüglich der Gesuchformulare, das wurde vereinfacht, es wurde gekürzt, auch hat die Kommission sich selbst organisiert, sie trifft sich regelmässig und tritt auch nach aussen auf. Nachdem die Formulare gekürzt und vereinfacht wurden, können sie nun seit Ende Mai dieses Jahres auch per IncaMail elektronisch bei der Wohnschutzkommission eingegeben werden. Somit wurden alle drei Anliegen der Motion erfüllt. Die Formulare können heute digital ausgefüllt werden, sie können qualifiziert elektronisch signiert und via eine anerkannte Zustellplattform an die Wohnschutzbehörde übermittelt werden. Diese Eingabemöglichkeit ist vom Bund anerkannt, sie wird im Kanton auch von anderen Instanzen bereits genutzt.

Somit wurden alle Anliegen der Motion aufgenommen, alle Anliegen der Motion umgesetzt und es gibt aus Sicht des Regierungsrats keinen Grund, sie weiter stehen zu lassen, sondern sie ist nun als erfüllt abzuschreiben und das ist auch der Antrag des Regierungsrats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin hat sich Patrizia Bernasconi für die BastA gemeldet.

Patrizia Bernasconi (BastA): Dies ist ein klassisches Geschäft, bei dem der Regierungsrat offensichtlich keine grosse Lust hat, es seriös zu beantworten, obwohl es bereits mehrfach mit grosser Mehrheit überwiesen wurde. Was bisher geschah: Nachdem der Grosse Rat die Motion mit einer Frist von 6 Monaten überwiesen hatte, kam der Regierungsrat nach Ablauf dieser Frist mit einem Zwischenbericht. Mit diesem Zwischenbericht beantragte er eine Fristverlängerung um ganze vier Jahre. Das ist jedoch gemäss Geschäftsreglement nicht zulässig. Zulässig wären höchstens zwei Jahre, was der Regierungsrat schliesslich auch beantragte, und dennoch folgte eine grosse Mehrheit des Grossen Rates dem Antrag, die Motion bis zum 30. Juni umzusetzen. Was aber ist passiert? Nichts, zumindest nichts Substanzielles. Der vorliegende erneute unmotivierte Bericht zeigt klar, die Umsetzung ist weiterhin nicht erfolgt.

Erstens, das Präsidialdepartement definiert die Wohnschutzkommission je nach Opportunität entweder als unabhängige Kommission oder als Verwaltungseinheit, ganz wie es gerade passt. In diesem Bericht wird zunächst behauptet, die Kommission sei klar unabhängig. Im Rahmen der neuen Verordnung ist aber vorgesehen, dass die Wohnschutzkommission ihre Reglemente dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegen muss. Das bedeutet, die Kommission ist eben nicht unabhängig. Zweitens, die Formulare wurden zwar reduziert, aber sie könnten noch deutlich stärker vereinfacht werden. Drittens, die Digitalisierung des Verfahrens ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Eine elektronische Einreichung ist immer noch keine Digitalisierung, es ist lediglich ein erster Schritt zur Digitalisierung. Und schliesslich wird einmal mehr bestritten, dass Motionen einen Einfluss auf die Verwaltungsorganisation haben dürfen. Diese Auffassung widerspricht klar der Funktion von Motionen als parlamentarisches Instrument.

Jetzt stellt sich zum wiederholten Mal die Frage, sollen wir die Motion nochmals stehen lassen? Unsere Antwort ist Ja, und zwar, weil immer noch zu wenig passiert ist. Die Fragen der Unabhängigkeit der Kommission oder die Fragen nach der Digitalisierung sind immer noch nicht erledigt, auch gerade im Hinblick auf die neue Verordnung. Deshalb möchten wir dem Regierungsrat nochmal die Chance geben, das zu korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Inhaltlich kann ich mich eigentlich einigem anschliessen, was meine Vorrednerin gesagt hat, insbesondere was die Unabhängigkeit der Wohnschutzkommission angeht. Da sind wir uns eigentlich in der SP auch einig, dass hier grundsätzlich die Motion nicht im Sinne des Erfinders abschliessend erfüllt wurde. Allerdings tragen wir diese

Motion jetzt schon länger mit und wir haben ein bisschen den Glauben verloren, dass sie hier jetzt noch einen produktiven Einfluss hat und sind deshalb der Meinung, dass wir sie jetzt abschreiben können, genauso wie die zukünftigen Motionen, die wir später behandeln werden, wo ich dann noch genauer das begründen werde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich darf auch für die Fraktion der Liberaldemokraten sprechen. Wir beantragen Ihnen ebenfalls, dass diese Motion stehen gelassen bleibt. Die wesentlichen Argumente hat bereits meine Vorvorrednerin, Frau Bernasconi, ausgeführt. Wenn Sie den Ausführungen von Frau Bernasconi zugehört haben, dann hat sie das sehr richtig auf den Punkt gebracht, dass diverse Aspekte dieser Motion, wie wir sie vor längerer Zeit eingereicht haben, tatsächlich noch immer nicht erfüllt sind. Das hat auch Pascal Pfister noch einmal auch in seinem Votum bestätigt. Wir haben einen langen Prozess mit dieser Motion hinter uns und nun kann man natürlich wie Pascal Pfister und die SP-Fraktion zum Schluss kommen, dass man den Glauben verliert, dass sich daran etwas verbessert und deshalb die Motion abschreiben. Ich bin aber grundsätzlich ein sehr positiver Mensch und gehe davon aus, dass wenn der Grosse Rat diese Motion heute erneut stehen lässt, dass der Regierungsrat tatsächlich noch einmal über die Bücher geht und uns auch dann erneut berichtet, wie er nun diese Motion tatsächlich gedenkt umzusetzen.

Die Prozesse sind, da muss man dem Präsidialdepartement ein Kränzchen winden, sicher an gewisser Stelle besser geworden, aber tatsächlich, wenn Sie sich dieses Formular noch einmal genauer anschauen, ist das, was wir gefordert haben, mit einer deutlichen Verschlankung der Formulare noch immer nicht erreicht. Hier glauben wir, dass es möglich ist, dass dies noch eindeutig einfacher wird und auch auf diesem Wege noch kunden- und benutzerfreundlicher erstellt werden kann. Und auch die Frage der Digitalisierung ist aus unserer Sicht mit dieser Variante, die nun gewählt wurde oder wie sie nun implementiert wurde, noch nicht abschliessend erledigt und deshalb möchten wir den Regierungsrat auch ermuntern, sich in einer erneuten Stellungnahme zuhanden des Parlaments noch einmal äussern zu können und dieses Anliegen weiter ernst zu nehmen.

Wir bitten Sie deshalb, die Motion stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 37 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007224, 24.09.25 09:45:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

47. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR

[24.09.25 09:45:19, 25.5090.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die vorliegende Motion fordert die Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus. Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Kulturfördergesetz so zu ergänzen, dass erstens Massnahmen zur Förderung der Kulturberichterstattung und des Kulturjournalismus ermöglicht werden und dass zweitens dem Grossen Rat auf der Basis einer Ergänzung des Kulturfördergesetzes ein Förderinstrument plus die nötige finanzielle Alimentierung vorgeschlagen wird, das dann wiederum das Ziel der Steigerung der journalistischen Resonanz von Kultur unterstützt.

Nun, die Motion ist so rechtlich zulässig, es wird hier die Schaffung einer neuen Staatsaufgabe verlangt, das ist selbstverständlich auch möglich auf Gesetzesebene. Der Regierungsrat kann durchaus die Besorgnis, aus der heraus das Anliegen formuliert wurde, nachvollziehen. Er ist aber nach sorgfältiger Prüfung zur Einschätzung gelangt, dass eine solchartige kantonale Medienförderung, die explizit nur den Kulturjournalismus unterstützen soll, abzulehnen ist. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass der Kulturjournalismus relevant ist für einen kritischen gesellschaftlichen Diskurs über das Kulturangebot und auch der Rückgang dieser medialen Resonanz, insbesondere zum lokalen Kulturangebot in den letzten Jahren ist nicht bestritten. Die Kulturberichterstattung ist hier allerdings keine Ausnahme, sie unterliegt demselben Phänomen wie der Journalismus und die Medien und eben gerade die lokale Berichterstattung allgemein.

Da der Kulturjournalismus eben keine Ausnahme darstellt, lehnt der Regierungsrat ein Sonderzügli, ein Sonderweg für die Kultur ab. Eine Förderung ausschliesslich der Kulturberichterstattung via Kulturfördergesetz würde einerseits zu einer Marktverzerrung führen, es würde zudem die Unabhängigkeit der Medien gefährden, da gerade im Kulturbereich sehr viele staatlich subventionierte Kulturangebote bestehen. Dass die Medien ihre Unabhängigkeit gegenüber den Fachbehörden wahren, ist für die, die für die Umsetzung der kantonalen Kulturpolitik zuständig sind, in einem geförderten Journalismus-Umfeld sehr anspruchsvoll.

Der Regierungsrat könnte nun beantragen, die Motion abzuweisen mit diesen Argumenten, stattdessen beantragen wir Ihnen die Umwandlung in einen Anzug. Warum tun wir das? Der Regierungsrat ist klar der Überzeugung, wie geschildert, dass der Weg über die Kulturförderung grundsätzlich der falsche Weg ist, um eine kantonale Medienprüfförderung zu installieren. Der Regierungsrat hat allerdings vom Grossen Rat überwiesen und interessanterweise vom Motionär als Anzugsteller damals initiiert, bereits einen Anzug pendent, der eine kantonale Medienförderung integral zur Prüfung anregt. Diese Prüfung läuft und hier würden wir in diesem Rahmen eben gerne auch die jetzige Motion einbeziehen, sodass wir spezifisch auch die Anliegen für die Förderung des Kulturjournalismus integral mit einer kantonalen Medienförderung prüfen können.

Deshalb bitten wir Sie jetzt da nicht für eine spezifische Förderung, nämlich den Kulturjournalismus, auf ein Sonderzügli zu setzen, sondern lassen Sie uns die Frage kantonaler Medienförderung gesamthaft integral anschauen und zu diesem Zweck haben Sie ja auch bereits eben diesen Anzug überwiesen. Der Regierungsrat beantragt Ihnen also Umwandlung der Motion in einen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die GLP ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Eigentlich dachte ich, die medienpolitische Debatte wäre bei der Erstüberweisung bereits geführt worden. Vielleicht muss ich dann in einem Einzelvotum nochmals nachlegen, aber ich werde jetzt darauf verzichten, denn die GLP unterstützt die Bemühungen für eine kantonale Medienförderung. Wir denken, dass die Weiterentwicklung der Medienförderung auf kantonaler Ebene, es ist ja nicht so, dass es diese auf nationaler Ebene nicht gäbe, es ist eine Weiterentwicklung auf kantonaler Ebene, dass die sorgfältig überlegt sein muss und deshalb ist dieser Auftrag, ein Fördermodell zu entwickeln, das wir dann anschliessend hier beraten und besprechen können, der richtige Weg.

Es ist richtig, wenn wir diese Motion deshalb als Motion überweisen. Wir sehen es als Fortschritt, dass der Regierungsrat immerhin das Anliegen als Anzug übernehmen möchte oder entgegennehmen möchte, um die Motion im stehenden Anzug zu bearbeiten. Wir möchten aber den Regierungsrat einladen, den stehenden Anzug zusammen mit der Motion zu bearbeiten. Denn was will die Motion? Sie will, wie gesagt, lediglich einen Vorschlag für ein Modell, wie diese Förderung gelingen kann. Sie führt noch keine Förderung ein, wir haben dann einen Vorschlag, den wir diskutieren können. Die Motion führt nicht zu einer Verstaatlichung der regionalen Medien und sie will auch keine exklusive Förderung des Kulturjournalismus. Selbstverständlich hat der Regierungsrat im Rahmen der Motion auch die Möglichkeit, die Förderung auf den gesamten Journalismus auszudehnen. Es ist ja nicht so, dass wenn wir die Velosituation am SBB verbessern wollen mit

einer Motion und der Regierungsrat möchte den Badischen Bahnhof auch berücksichtigen, dass er dann einen Anzug bräuchte, um das zu tun, selbstverständlich kann er das mit der Motion auch erledigen.

In diesem Sinne sind wir für die Zweitüberweisung der Motion, damit wir in zwei Jahren auch einen konkreten Vorschlag für ein Fördermodell auf dem Tisch haben. Wenn wir das jetzt als Anzug überweisen, dann müssen wir damit rechnen, dass im Rahmen dieses Anzugs ein kleines Projekt realisiert wird, kein Fördermodell in diesem Sinn ausgearbeitet wird, und das wäre eine verpasste Chance. In diesem Sinne danke für die Zweitüberweisung der Motion an alle, die das unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Kultur ist Basels unverwechselbares Markenzeichen. Museen, Theater, Galerien und Festivals leben von Leidenschaft, Vielfalt und Engagement. Der Kanton Basel-Stadt braucht sie für seine Identität, das ist so. Der Beweggrund der Motion ist nachvollziehbar, der Rückgang regionaler Kulturberichterstattung trifft Kulturfreundinnen und -freunde, aber auch Kulturinstitutionen. Doch kann der Staat solche Reaktionen vermeiden, indem er den Kulturjournalismus finanziell unterstützt? Da sind wir sehr kritisch. Denn erstens gefährden Fördermittel die Unabhängigkeit der Medien. Finanzielle Abhängigkeiten untergraben Pressefreiheit und kritische Distanz zu Kulturinstitutionen und Politik. Zweitens verändert sich die Medienwelt. Klassische Kulturkritik verliert Reichweite, während neue Formate an Bedeutung gewinnen. Vielfalt muss im freien Markt entstehen durch Stiftungen, private Projekte oder Mäzenatentum ohne staatliche Lenkung. Ein vielfältiges Medienangebot ist der Hebel für eine informierte Gesellschaft. Und drittens sind Steuergelder kein Spielgeld für Wunschprojekte. Subventionierte Journalistik öffnet die Tür für weitere Bereiche wie Sport-, Investigativ- und politische Berichterstattung, eine Tür, die ein liberaler Rechtsstaat geschlossen halten sollte.

Deshalb, wir sagen Ja zur Kultur, wir sagen Ja zur Meinungsfreiheit, wir sagen aber Nein zu staatlich finanzierter Berichterstattung, auch wenn sie kulturell motiviert ist. Die LDP-Fraktion bittet Sie deshalb, die Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ja, wir hören das sehr gerne, dass die Regierung bereit ist, diesen Anzug, den der Motionär ja vor längerer Zeit schon eingereicht hat, jetzt ernst zu nehmen und auch da wirklich vorwärts zu machen. Wir müssen aber feststellen, dass es in der Antwort auf die schriftliche Anfrage des Motionärs ganz anders getönt hat, und zwar in dem Sinne auch, dass die Regierung eigentlich den Steinplatz geliefert hat für jetzt diese Motion, indem sie in der Antwort sagt, dass sie sehr wohl die Berichterstattung fördern möchte, aber das leider nicht kann, weil eben diese rechtliche Basis dazu fehlt. Und nun aber haben wir eine Motion, die diese rechtliche Basis, nicht überraschend genau diese Grundlage, die die Regierung eben nicht erfüllt sieht, nun liefern möchte und wieder hören wir, ja, wir wollen diesen Weg nicht gehen und jetzt müssen wir sehen, dass wir jetzt das nicht mehr so ganz glauben können. Wir sehen jetzt, woran wir sind, nämlich dass einfach diese Unterstützung dieser Berichterstattung scheinbar einfach nicht gewollt ist. Man muss auch sehen, dass bei diesem Gesetzestext, den man da vorschlägt, auch Kann-Formulierungen drin sind, das heisst, die Regierung hat sehr wohl genügend Spielraum, auch einen Vorschlag in einer Verordnung dann zu machen, der auch die Breite festsetzen kann und daher sehen wir auch dort genug, also kein Korsett, das man jetzt der Regierung da anlegt.

Grundsätzlich ist es sicher richtig und nachvollziehbar, wenn der Kanton, nachdem er viel für die Förderung der Kultur tut, auch dafür sorgt, dass dieses Engagement in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Wir alle wissen, dass die Medienwelt in den vergangenen Jahrzehnten zu einer besorgniserregenden Konzentration und Monopolisierung gekommen ist, die auch viele andere Geschäftsbereiche der heutigen Wirtschaft ereilt. Nicht selten gelangen Medienhäuser selbst in den Besitz von Investoren, die ihre Erwerbungen als Sprachrohre ihrer ganz persönlichen Mitteilsamkeit und Weltanschauungen missbrauchen. Daher ist es aus heutiger Sicht legitim, wenn staatliche Förderungen hier für einen Ausgleich sorgen bzw. sich die Möglichkeit offenhalten, hier ausgleichend zu wirken. Und sollte einmal der Staat da zu offensiv und selbstherrlich vorgehen, was wir leider auch natürlich sehen, so haben wir hier in diesem Parlament ja auch die Möglichkeiten, darauf hinzuwirken und das auch an die Öffentlichkeit zu tragen und hier auch wieder für Korrektur zu sorgen. Ich erinnere da nur an die Brandrede von Luca Urgese letzten Mittwoch, wo ja genau Luca Urgese das gemacht hat.

Im Sinne der Haltung einer Meinungsvielfalt und dem nachvollziehbaren Wunsch der Öffentlichkeit, über die Resultate und Wirkungen ihrer eigenen Förderungen gut informiert zu werden, möchten wir Sie alle bitten, diese Motion stehen zu lassen und die Regierung zu bitten, die von ihr selbst postulierte Gesetzeslücke zu schliessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion will das Anliegen überweisen, jedoch sind wir offen in der Frage, ob dies als Motion oder als Anzug geschehen soll. Über weite Strecken sind wir uns in der Fraktion aber sehr einig, lassen Sie mich unsere Haltung also kurz ausführen.

Die SP-Fraktion findet es nach wie vor ein sehr dringendes Anliegen im Interesse der Öffentlichkeit, dass Qualitätsjournalismus gestützt werden muss und es zumindest teilweise eine staatliche Aufgabe ist, gerade jene journalistischen Leistungen sicherzustellen, die immer mehr wegbrechen. Es ist für die funktionierende Demokratie zentral, dass auch Inhalte, die Hintergründe einordnen und skandalfrei und kein Clickbait-Ding sind, dass auch diese Artikel weiterhin produziert und publiziert werden können und da bin ich eben anderer Meinung als Catherine Alioth, das regelt nicht der freie Markt. Zu dieser Sorte Journalismus gehört auch der Kulturjournalismus dazu und eben auch andere wichtige journalistische Inhalte wie zum Beispiel die lokale Politik oder regionale grenzüberschreitende Triregio-Fragestellungen.

Wir finden auch den Vorschlag im hier besprochenen Vorstoss, die Platzierung beispielsweise im Kulturfördergesetz nach wie vor eine valable Option. Weiterhin stehen wir aber auch entschlossen hinter der noch hängigen Forderung nach einer allgemeinen Medienförderung, sie wurde mehrfach angesprochen, und die beiden Forderungen sind zumindest bisher ja in unterschiedlichen Departementen angesiedelt. Nach den Ausführungen von Regierungspräsident Conradin Cramer bin ich etwas unsicher, ob durch die Umwandlung in einen Anzug diese Zuständigkeit dann auch von beiden Geschäften ins WSU wechseln würde, ob das überhaupt geht, keine Ahnung, das ist mir jetzt noch nicht ganz klar geworden.

So oder so, die Mitglieder der SP-Fraktion sind unterschiedlicher Meinung dazu, ob wir das grössere Ziel der allgemeinen Medienförderung sinnvollerweise mit einer Kulturjournalismus-Motion oder eben der Umwandlung in einen Anzug stützen. Man kann es so und so beurteilen. Was wir aber auf keinen Fall wollen, ist, dass der Eindruck entsteht, mit Erfüllung allein der Motion sei das ganze Thema erledigt. So ist unser unterschiedliches Stimmverhalten zu deuten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Die Fraktion BastA möchte sich für die Beibehaltung als Motion stark machen und ich möchte hier unsere Beweggründe darlegen. Jede Gesellschaft muss vier zentrale Bereiche organisieren, damit sie funktioniert. Das ist zum einen die Produktion von Gütern, von Lebensmitteln, das ist zum Zweiten die Sorgearbeit, das ist zum Dritten die demokratische Teilhabe und zum Vierten Kultur. Kultur hält diese Bereiche oder die gesamte Gesellschaft zusammen. Sie ist also nicht einfach ein Nice-to-have, sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt, kollektiver Identität und damit ein Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie. Umso wichtiger ist es, dass wir den Begriff Kultur auch nicht eng führen, sondern offen und inklusiv denken. Es reicht nicht, nur auf die Institution der sogenannten Hochkultur zu schauen, so wichtig diese auch sind. Wir müssen uns auch fragen, wie entsteht Kultur im Alltag, wer schafft sie, oft unter prekären Bedingungen, wer wird gehört, wer nicht.

Gerade in Basel existiert eine lebendige, vielfältige Kulturszene. Junge Menschen prägen neue Formen der Jugendkultur, freie Kulturschaffende arbeiten an der Grenze oder auch unter dem Existenzminimum, und migrantisch geprägte Kultur bringt musikalisch, gestalterisch und performativ neue Impulse und bleibt dabei allzu oft unsichtbar im öffentlichen Diskurs. Wenn wir Kulturpolitik ernst nehmen, müssen wir auch diese Stimmen und diese Ausdrucksformen sichtbar machen und fördern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, wie setzen wir diese Anliegen politisch um, mit einer Motion, mit einem Anzug. Gerade weil es um Sichtbarkeit, Teilhabe und die strukturelle Förderung, Sichtbarmachung und Vermittlung bislang unterrepräsentierter kultureller Ausdrucksformen gehen muss, halten wir die Motion für den richtigen Weg. Die Motion gibt der Regierung einen klaren Auftrag zur Umsetzung und damit auch der vielfältigen Basler Kulturlandschaft ein starkes politisches Signal. Ihr werdet gesehen, eure Arbeit ist wichtig, wir schaffen Strukturen, die euch tragen. Wenn wir wollen, dass sich kulturelle Vielfalt nicht nur in Museums-Hochglanzbroschüren, sondern in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen widerspiegelt, dann braucht es heute diese Verbindlichkeit in der Kulturvermittlung und im Kulturjournalismus. Wir sprechen uns daher für die Beibehaltung als Motion aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP lehnt jede Form von staatlicher Einmischung in die Medien und damit auch in die journalistische Arbeit ab und ist deshalb weder für eine Überweisung als Motion noch als Anzug. Finanzielle Abhängigkeit gehört hier genauso dazu wie inhaltliche Abhängigkeit. Ich bin sicher, fast jeder und jede in diesem Saal ist mit zweiter

Aussage mit Blick auf die USA in der aktuellen Zeit einig, wichtig ist aber, dass die beiden nicht unabhängig voneinander betrachtet werden dürfen. Die Gefahr der Verbindung von finanzieller Abhängigkeit und inhaltlicher Abhängigkeit ist zu gross, egal in welcher Form von Journalismus. Verklüngelung, kritische Distanz, die verloren geht, sind die Folge und das führt dazu, dass die Medien ihren Anspruch darauf, die vierte Gewalt im Staat zu sein, verlieren.

Béla Bartha hat die Angst geäussert, dass allenfalls private Investoren Medien inhaltlich beeinflussen könnten. Ich hätte dieses Argument noch einigermassen verstanden, wenn wir hier von Wirtschaftsjournalismusförderung sprechen würden oder von innenpolitischer Journalismusförderung. Wir sprechen von Kulturjournalismus. Ich bekomme, wie die meisten wahrscheinlich hier drinnen auch, regelmässig diese Zeitschrift aus Bern zugestellt, die sich ausschliesslich mit Kulturjournalismus beschäftigt. Diese Zeitschrift ist erklärtermassen, und das wird offen kommuniziert, links. Damit habe ich überhaupt kein Problem, denn diese Zeitschrift ist privat finanziert, aber es zeigt, dass man auch privat finanziert linken Medienjournalismus betreiben kann. Wahrscheinlich könnte man auch rechten Medienjournalismus betreiben, es gibt es wahrscheinlich einfach weniger.

Ja, traditioneller Journalismus ist rückläufig, das gehört auch zum Kulturjournalismus dazu, aber es sind in den letzten 20, 30 Jahren neue Medienformen entstanden, die das kompensieren. Medienformen, die den Austausch untereinander, die Meinungsbildung vereinfachen und das Gesamtvolumen an Auseinandersetzung mit kulturpolitischen Themen nicht schrumpfen liessen. Vor einigen Jahrzehnten waren auch die Dampfloks rückläufig und der Beruf des Heizers war auch gefährdet. Aber ich glaube, es käme niemandem hier drinnen in den Sinn zu sagen, schade haben wir die Dampfloks damals nicht subventioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie bedienen jetzt hier wieder tapfer das Narrativ, das Nachdenken über Medienförderung würde die Gewaltentrennung aufheben. Ist Ihnen bekannt, dass es bereits eine Medienförderung gibt in der Schweiz?

Lorenz Amiet (SVP): Das heisst ja nicht unbedingt, dass ich diese gutheisse und im Übrigen, was noch interessant ist, auf der Grossratsreise haben sich auch Journalisten ganz klar von diesem Vorschlag hier distanziert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine zweite Zwischenfrage von Frau Mathys. Diese wird auch entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank, Lorenz Amiet, für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben das Anliegen quasi mit dem Erhalt eines Berufsstandes verglichen. Es geht aber um den Erhalt der Inhalte. Bestreiten Sie den Wert für die Demokratie von journalistischer Berichterstattung?

Lorenz Amiet (SVP): Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich betreffend Inhalte darauf hingewiesen, dass sich diese Inhalte einfach in andere Medienformen verschoben haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich glaube, Wiederholungen sind unvermeidlich. Zuerst vorab, die FDP ist gegen eine Zweitüberweisung in welcher Form auch immer. Ich wurde ja von Frau Mathys bei der Erstüberweisung gerügt, wie despektierlich ich über verschiedene Formen des Journalismus gesprochen habe, aber ich bin in mich gegangen und ich bleibe bei meiner Meinung, das willkürliche Herausgreifen einer Form des Journalismus ist nicht rechtfertigbar. Und dann habe ich von Frau Stier gehört, wir müssen da kollektive Identität schaffen, ja, also da kommt mir schon das Grausen. Und auch Herr Sieber, der Vorschlag, Einordnung als staatliche Aufgabe und speziell in der Kultur, was ich jetzt alles gehört habe, und ich glaube, Sie verstehen die Unterscheidung, die für unsere Freiheit massgeblich ist, zwischen Staat und Gesellschaft nicht.

Ich glaube, die Medien, da bin ich mit Herrn Amiet nicht ganz so richtig, die Medien, die vierte Staatengewalt, das ist aber nicht wirklich staats- oder verwaltungsrechtlich. Das ist Teil der Gesellschaft und es gibt gewisse neutrale Unterstützungsformen, wie es früher für Printmedien gab durch die Verbilligung der Zustellung, wenn gewisse

Schwellenwerte erreicht sind. Hier beim Kulturjournalismus muss man ja daran denken, dass bei uns eben der Staat doch ein grosser indirekter Kulturproduzent und Förderer ist. Wie das dann wirklich geht, ohne in die Freiheit einzugreifen, wir haben jetzt gehört, Qualitätsjournalismus, das muss dann jemand beurteilen, was ist dann Qualitätsjournalismus und was ist weniger Qualitätsjournalismus. Es geht einfach nicht auf. Und gesamthaft, dass der Journalismus wieder mal in Basel-Stadt für die ganze Welt gerettet werden kann, auch dank gütiger Unterstützung der GLP, das ist wirklich typisches Hochstaplertum in Basel-Stadt und damit sollten wir aufhören.

In diesem Sinne bitte ich Sie, nicht zu überweisen und notfalls nur als Anzug zu überweisen. Dieser Anzug kann dann irgendwo deponiert werden in einer Schublade der Regierung, ich habe da nichts dagegen. Das fördert die Kultur mehr als diese Einordnung Sieberscher Art.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Sieber und Frau Mathys. Diese werden entgegengenommen. Herr Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Danke für das lustige Votum und meine Zwischenfrage, der Regierungsrat hat ja kürzlich die Handlungsprämissen für die neue Kulturstrategie vorgestellt und Sie jetzt als engagiertes Mitglied der BKK, da steht; Teilhabe an Kunst- und Kultur bildet Gemeinschaft, Förderung von öffentlichen Debatten und vielfältigen Perspektiven. Wäre da der Kulturjournalismus nicht ein wunderbares Instrument dafür? Und wenn Sie nicht beantworten können, vielleicht kann es Conradin Cramer tun.

David Jenny (FDP): Ich wollte nicht lustig sein, sondern todernst, Herr Sieber, und ich glaube, diese Teilhabe muss entstehen ohne solche Instrumente, wie Sie vorschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Mathys.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt Qualitätsjournalismus. Wer soll das dann bitte beurteilen? Es gibt den Journalist*innenkodex und es gibt den Presserat. Denken Sie nicht auch, das wären taugliche Instrumente zum Feststellen von Qualitätsjournalismus?

David Jenny (FDP): Nein, das ist so wie im Grossen Rat, der Grossratspräsident oder die -präsidentin muss rügen, wenn gewisse Grenzen überschritten werden, er stellt aber auch nicht die Qualität der Voten oder der Zwischenfragen fest.

Balz Herter, Grossratspräsident: Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden, aber als einziger Journalist in diesem Parlament möchte ich doch einmal einordnen, was hier gesagt worden ist. Zu Ihrer Erinnerung, ich bin fest angestellter Journalist gewesen beim Oltner Tagblatt, bei der Davoser Zeitung in Graubünden, der Freien Presse Chemnitz, der Sächsischen Zeitung Dresden und bei der grössten Tageszeitung von Europa, bei Bild. Ich habe 15’000 Artikel geschrieben, 8’000 Fotos gemacht, ich habe alles gesammelt und kenne mich darum aus. Was hier diskutiert wird, muss ich einmal ohne Manuskript festhalten. Herr Sieber, ich muss einfach sagen, das ist eine Zwängerei, was hier gemacht wird. Es ist eine Rechthaberei und darum bin ich gegen alles und schliesse mich den Voten der SVP an.

Es muss einfach gesagt werden, zu diesem Thema sind ja auch viele Zeitungsartikel in Basel erschienen seit zwei Jahren, relativ grössere Artikel und da muss ich einfach feststellen, sie reden immer über den Kulturjournalismus, aber sie haben vergessen, eine Zeitung hat ja fünf Teile, Inland, Ausland, Feuilleton, wo sie wahrscheinlich Kultur meinen, lokaler Sport. Sie reden immer vom Kulturjournalismus, dann sagen Sie doch einmal genau, ist das das Feuilleton, wie es richtig heissen soll, schon einmal der Begriff ist falsch, Kulturjournalismus hat immer Feuilleton geheissen. Und Herr Sieber, dann müssen Sie sagen, dann müsste man auch die Lokaljournalisten finanzieren, die über Basel schreiben, man müsste Sportjournalisten finanzieren, die heute Abend zum FC Basel-Spiel nach Freiburg gehen und, und, und. Und das geht nicht. Herr Sieber, ich möchte Ihnen in Ihr Lehrbuch einfach schreiben, 20 Minuten stellt Ende Dezember ein. Warum stellt 20 Minuten ein? Weil sich das Geschäft nicht mehr trägt. Die Leute lesen heute keine Zeitungen mehr, die Basler Zeitung hat eine lachhafte Auflage von 15’000, die Basellandschaftliche Zeitung von 5’000 und die Leute sparen, die wollen das nicht. Die jungen Leute

lesen auf TikTok oder Instagram, die älteren Leute informieren sich in der Nachbarschaft, aber die Zeitungen sind quasi am Sterben. Und Sie wissen, die Zeitungen sind nicht mehr 100 Seiten dick wie früher, sondern nur noch 20.

Also ich bin gegen alles und ich finde einfach, man kann hier nicht den Journalismus staatlich finanzieren, dann haben Sie Verhältnisse wie in der DDR, wo man dann nur noch, das Wort darf man, glaube ich, sagen, das nennt sich Speichellecker. Es ist einfach so, wenn Sie einem Journalisten Geld geben, dann schreibt er so, wie Sie das wollen und dann haben Sie wieder Abhängigkeiten und das geht nicht. Journalismus muss Markt der freien Wirtschaft bleiben, der Stärkere setzt sich durch, der, der mehr Auflagen oder Klicks hat, wird gehört und der andere kann nicht staatlich subventioniert werden. Das geht nicht, darum bin ich einfach gegen alles und finde das eine Frechheit und eine Zwängerei, wenn man Geld abzweigen will für einen Journalismus, der einfach gestorben ist, den es nicht gibt. Und ich muss selbst feststellen, Journalismus wird einfach schlechter bezahlt, die Zeitungen haben kein Geld mehr. Das betrifft auch mich, ich bin auch ein Opfer davon geworden und es ist leider so.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Johannes Sieber gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich erlaube mir noch einmal kurz auf David Jenny einzugehen, denn in einem Punkt bin ich mit ihm sehr einig. Wenn wir nämlich jetzt aus dieser Motion einen Anzug machen, dann verschwindet er in irgendeiner Schublade. Und das ist ja auch genau der Grund dieser Motion. Es ist zugegebenermassen ein bisschen eine Zwängerei und auch ein bisschen eine Durchsetzungsmotion, denn das Ziel ist, dass wir ein Fördermodell erarbeiten, also dass der Regierungsrat sich überlegt, wie kann Medienförderung im Kanton funktionieren, genau so, dass all diese Bedenken, die hier heute geäussert wurden, eben nicht eintreffen. Das ist genau der Auftrag dieser Motion und wenn wir das nicht tun, dann wird das nicht stattfinden.

Und dann muss ich an die Adresse der SP, die zum Teil jetzt hier einen Anzug daraus machten will, einfach sagen, dass wenn Sie mir garantieren können, dass Ihr Regierungsrat Kaspar Sutter dann trotzdem mit einem Modell daherkommt, einem Fördermodell, das wir diskutieren können, dann wäre ich mit einem Anzug einverstanden. Aber da bin ich bei David Jenny, dass das eben nicht stattfinden wird. Dieser Anzug wird in der Schublade verschwinden, wir werden kein Fördermodell diskutieren und vielleicht umsetzen können und deswegen möchte ich nochmal appellieren, jetzt hier ein zweites Mal die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber, es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Herr Sieber, Sie haben gesagt, diese Motion sei eine Durchsetzungsmotion, auch bezüglich der konsequenten Sparpolitik der GLP?

Johannes Sieber (GLP): Herr Messerli, das haben Sie mich letztes Mal schon gefragt und das Ausarbeiten und das Nachdenken über ein Fördermodell kostet jetzt noch nicht wahnsinnig viel. Ob wir das dann einführen oder nicht, wie viel es kostet, wie viel wir bereit sind zu zahlen, das ist die zweite Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Redner*innen ist erschöpft, somit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die verschiedenen Meinungen liegen klar auf dem Tisch. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass es nicht sinnvoll ist, eine auf Kulturjournalismus isoliert verstandene Medienförderung voranzutreiben mit einem isolierten Artikel im Kulturfördergesetz. Darüber haben wir diskutiert. Ich möchte noch kurz auf ein paar Technizitäten zu sprechen kommen.

Johannes Sieber hat in seinem zweiten Votum jetzt das Wort Durchsetzungsmotion gebraucht. Das ist es leider nicht, also in Ihrem Sinne leider, sondern was Sie gemacht haben, ist, Sie haben den Anzug, der überwiesen wurde und stehen gelassen wurde hier entgegen dem Antrag des Regierungsrats, Sie haben dort ein Element herausgepickt, nämlich die Kulturförderung und das in eine Motion gegossen. Und das steht jetzt zur Diskussion, das, was geschrieben steht in der Motion, und das ist eine isolierte Betrachtung des Kulturjournalismus. Das ist vielleicht technisch dann einfach nicht so klug als Durchsetzungsmotion. Es ist aber auch nie zu spät, eine Durchsetzungsmotion noch zusätzlich einzureichen, das müssen

Sie selbst wissen. Aber wenn Sie uns diesen Auftrag geben, dann ist der Auftrag klar, Kulturjournalismus und nicht gesamtheitliche Betrachtung, eben nicht, auch wenn Sie jetzt vorhin gesagt haben, der Regierungsrat ist ja immer frei und kann dann auch gesamtheitlich berichten. Nein, wir nehmen ernst, was Sie aufschreiben in den Motionen und man kann da nicht beliebig in der Debatte sagen, das ist eigentlich alles ganz anders gemeint und viel umfassender gedacht. Das ist nicht ganz redlich im Vorgehen.

Dann die Frage, was passiert denn jetzt, wenn Sie das als Anzug überweisen. Dann haben wir zwei Anzüge, die sich beide mit Medienförderung befassen, die beide initiiert worden sind vom gleichen Anzugsteller bzw. Motionär. Wir sind ja weder naiv noch irgendwie jenseits der politischen Realitäten im Regierungsrat, wir haben es ja versucht, den Anzug abzuschreiben. Sie haben gesagt Nein, Sie wollen das stehen lassen, mit anderen Worten, Sie wollen, dass der Regierungsrat etwas ausarbeitet zur Medienförderung und das werden wir dann natürlich tun.

Und jetzt noch zur technischen Frage von Lisa Mathys, welches Departement denn da am ehesten zuständig sein würde, wenn zwei Anzüge überwiesen sind. Ich weiss nicht so recht, was Ihre Befürchtung ist, haben Sie Angst, dass es dann wegkommt vom sozialdemokratisch geführten WSU zum liberaldemokratisch geführten Kulturdepartement oder wollen Sie das vielleicht sogar? Was ich Ihnen einfach da versichern kann, bei diesen umfassenden Fragen wie Medienförderung, das ist ja eine Frage, die wirklich auch an das Verhältnis von Privaten und Staat sehr direkt rührt, das haben wir in der Debatte gehört, arbeiten wir natürlich inter- und überdepartemental. Und klarerweise, wenn wir jetzt diesen Kulturförderungsanzug haben, wird die Abteilung Kultur nochmals stärker involviert sein in die Beantwortung der Anzüge, weil wir ja dann die Botschaft auch von Ihnen haben, dass eben im Bereich der Medienförderung, der Kulturförderung, Kulturjournalismusförderung besonderes Gewicht gegeben werden soll. Also es wäre ein Coworking der beiden Departemente mit den anderen sicher auch interessierten Departementen zusammen.

Das alles gesagt, bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Was ich jetzt nicht verstehe, wenn eine Motion die Velosituation am SBB verbessern möchte, Sie aber auch die Velosituation am Badischen Bahnhof verbessern möchten, warum dürfen Sie denn das nicht auch tun?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, die Frage der Installation einer neuen Staatsaufgabe Kulturförderung bzw. Medienförderung umfassend oder in einem Bereich ist einfach ein bisschen komplexer als die Methoden, wie man Velos besser fördert. Das ist schon, finde ich, ein qualitativer Unterschied.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als kleine Vorwarnung, es gibt zwei Abstimmungen, Sie sollten also im Saal bleiben. Johannes Sieber und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007226, 24.09.25 10:23:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten, Weiterbehandlung als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe einen Stichentscheid und entscheide mich für den Anzug.

Catherine Alioth beantragt die Nichtüberweisung. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007228, 24.09.25 10:24:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 55 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 10:24:44, 23.5576.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir kommen nun zur Behandlung von drei Motionen, die Änderungen im Wohnschutzgesetz verlangen und seit Einreichung der Motionen, seit Überweisung, das ist ja noch nicht so lange her, es war im Juni letzten Jahres, ist einiges gegangen. Wir haben eine Auslegeordnung präsentieren können, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat zu einer ersten Analyse der bestehenden Wohnschutzgesetzgebung und diese Auslegeordnung hat eine Abnahme der Sanierungstätigkeit im Kanton Basel-Stadt festgestellt. Sie hat festgestellt, dass einiges durchaus ja funktioniert im Wohnschutz, das intendierte nämlich der stärkere Schutz vor Leerkündigungen, dass aber doch massive Nebeneffekte zu befürchten sind oder zu sehen sind, eben namentlich ein doch dramatischer Rückgang der Sanierungstätigkeit. Das zeigen die Zahlen, das gibt ja auch den subjektiven Eindruck aus der Baubranche, aus dem Gewerbe, die Aussagen von Investorinnen und Investoren deuten darauf hin.

Das ist eine Situation, mit der niemand glücklich sein kann und auch niemand glücklich war und entsprechend haben sich Änderungen in der Wohnschutzlegiferierung aufgedrängt. Nun ist es aber so, dass eine Gesetzesänderung, Gesetzesänderungen in einem derart komplexen Feld Zeit in Anspruch nehmen, austariert sein müssen und das gilt vielleicht nochmals stärker, wenn ein Gesetz direkt in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Da ist es nicht statthaft, dass man einfach auf die Schnelle gleich wieder Änderungen macht, ohne die wesentlichen Stakeholders da umfassend einzubeziehen. Entsprechend war es gar nicht möglich, in der von den Motionen gesetzten Fristen Änderungen am Wohnschutzgesetz herbeizubringen oder Ihnen zur Abstimmung vorzulegen.

Was wir im Regierungsrat aber stattdessen getan haben, ist eine doch umfassende Revision der Wohnschutzverordnung, also der Verordnung, die der Regierungsrat in Ausführung des Gesetzes erlassen hat. Wir haben bei einer Analyse gesehen, als ich neu die Verantwortung in diesem Dossier übernehmen durfte, dass in der Wohnschutzverordnung doch einiges in der Eile auch überlegiferiert wurde, teilweise sogar zusätzlich bürokratisiert wurde und dass entsprechend auch die Möglichkeit besteht, dass der Regierungsrat in eigener Kompetenz Erleichterungen treffen kann. Diese Erleichterungen haben wir präsentieren können vor der politischen Sommerpause im Juni dieses Jahres und die neue Verordnung wird am 1. November 2025 in Kraft treten.

Was bedeutet das nun. Ich habe mir diese Einleitung, sie gilt natürlich für alle diese Motionen, erlaubt, was bedeutet das nun konkret für die Motion von Michael Hug und Konsorten. Die vorliegende Motion verlangt doch tiefgreifende konzeptuelle Veränderungen im Wohnschutz. Sie fordert konkret insbesondere die vollständige Abschaffung des Meldeverfahrens gemäss § 8c des Wohnraumfördergesetzes. Instandstellungen von Wohnungen bei einem Mietwechsel sollen bewilligungsfrei möglich sein, sofern die Nettomiete nicht um mehr als 10% gegenüber der bisherigen Miete steigt. Bauliche Massnahmen bis 50'000 Franken pro Wohnung, die nicht zu einer Mietzinserhöhung von mehr als 15% führen, sollen in einer einfachen und zügigen Plausibilitätsprüfung behandelt werden. Im umfassenden Bewilligungsverfahren soll die Ermittlung des maximalen Mietzinsaufschlags grundlegend überarbeitet werden. Einfache Bewilligungsverfahren sollen ausschliesslich durch das Sekretariat und den Präsidenten der Wohnschutzkommission bearbeitet werden können.

Um eine vollständige Erfüllung dieser Motionsforderungen, die ja vom Grossen Rat überwiesen worden sind, zu gewährleisten, ist eine umfassende Revision des Wohnraumfördergesetzes notwendig. Und dann nach eben einer Gutheissung durch den Grossen Rat müsste möglicherweise auch da mit einer Volksabstimmung gerechnet werden. Der Regierungsrat hat angesichts dieser langen Zeitdauer, die eine vollständige Umsetzung wohl mit sich bringen würde, versucht im Rahmen der Wohnschutzverordnungsrevision Dinge, die unter dem Gesetz möglich sind, Anliegen der Motion, die unter dem Gesetz möglich sind, zu berücksichtigen und umzusetzen.

Was bedeutet das wiederum konkret, was wird also per 1. November im Bereich der Motion Michael Hug ändern. Erstens, der meldebefreite, einfache, ordentliche Unterhalt wird deutlich ausgeweitet. Beispielsweise muss neu der Einbau einer Geschirrwaschmaschine nicht mehr gemeldet werden, sofern er für bis zu maximal 5'000 Franken und natürlich ohne Mietzinsaufschlag erfolgt. Darüber hinaus werden jegliche Investitionen in PV-Anlagen vom Meldeverfahren befreit. Das Meldeverfahren ist dadurch wesentlich seltener anzuwenden, es wird zudem neu allein durch einen Vorsitz der WSK und die Schreiberinnen und Schreiber der WSK vollzogen. Also hier massive Erleichterungen im Meldeverfahren.

Zweitens, kleinere Sanierungen, besonders beim Mieterwechsel, für die ein Mietzinsaufschlag gefordert wird, werden neu standardmässig im Rahmen einer stark vereinfachten Plausibilitätsprüfung durch einen Vorsitz der WSK bewilligt. Die neue Plausibilitätsprüfung wird zu einer Beschleunigung des vereinfachten Bewilligungsverfahrens führen und gleichzeitig den administrativen Aufwand für die Gesuchstellenden und übrigens auch für die Wohnschutzkommission stark verringern.

Drittens, zudem haben wir in der Verordnungsrevision die Berechnung der maximalen Mietzinsaufschläge für das vereinfachte und das umfassende Bewilligungsverfahren ganz grundsätzlich überarbeitet. So können in der Vergangenheit erfolgte bauliche Massnahmen bei der Bestimmung des wertvermehrenden Anteils einzelfallgerechter berücksichtigt werden, so wie es eben die Motion fordert. Ebenfalls wird das bisherige Mietzinsniveau bei der Veränderung von Wohnungsgrössen, die im Zusammenhang beispielsweise mit einem Dachstockausbau entstehen, bei der Bewilligung von Mietzinsaufschlägen unkompliziert berücksichtigt.

Im Ergebnis bewirkt der Regierungsrat mit dieser Revision der Wohnraumschutzverordnung Anpassungen des Wohnschutzes, die doch umfassend dem Geist der Motion entsprechen und auch jetzt direkt per 1. November in Kraft treten werden. Ich bin überzeugt, dass wir damit doch wesentliche Anpassungen im Sinne der von Ihnen überwiesenen Motion in kurzer Zeit erreicht haben. Aber, und das ist auch nicht wegzudiskutieren, nicht alle Forderungen der Motion wurden vollumfänglich erfüllt, es bleiben konkrete Forderungen der Motion offen, und um die auch noch erfüllen zu können, brauchen wir, wie gesagt, eine Revision der Wohnschutzgesetzgebung. Dafür reicht die kurze Frist nicht aus, dafür brauchen wir nochmals zwei Jahre, denn das soll ein Gesetzgebungsänderungsverfahren sein, das eben nicht auf die Schnelle geschieht, sondern gestützt auf nochmals vertieftere Evaluationsergebnisse des Wohnschutzes, natürlich gestützt auf ein Vernehmlassungsverfahren und idealerweise, das ist jedenfalls die Wunschvorstellung, natürlich im möglichst breiten Kompromiss aller involvierten Partner.

Das möchten wir versuchen und darum bitten wir Sie um Verlängerung der Frist zur Beantwortung der Motion um zwei Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Beantwortung der Motion Michael Hug und Konsorten um zwei Jahre zu verlängern. Die FDP-Fraktion meint dazu, diese Frist ist für uns nicht akzeptabel. Die Motion ist klar formuliert, praxisnah und umsetzbar. Abschaffung des Meldeverfahrens, vereinfachte Bewilligungsverfahren, klare Fristen und Zuständigkeiten. Die Teilrevision hat bereits einige Punkte umgesetzt, das respektieren und verdanken wir. Trotzdem kann die Teilrevision lediglich Private bei kleinen Sanierungen befriedigen. Umfassende Sanierungen, die die Auftragslage des Gewerbes nachhaltig verbessern würden, werden damit nicht gefördert.

Substantielle Anliegen der Motion bleiben aktuell ungelöst. Das Meldeverfahren bleibt bürokratisch, die Investitionssumme von 5'000 Franken pro Jahr, für welche gemäss angepasster Wohnraumschutzverordnung keine Meldung gemacht werden muss, ist viel zu tief angesetzt. Die Bewilligungspflicht bei Investitionen während Mieterwechsel, die über den ordentlichen

Unterhalt hinausgehen, bleibt bestehen, auch wenn die Miete nicht mehr als 10% erhöht wird. Die Mietzinserhöhungsbandbreiten wurden nicht angepasst, wie in der Motion gefordert. Energetische Sanierungen unterstehen nach wie vor einer Bewilligungspflicht und werden davon nicht befreit, wie dies in einer der folgenden Motionen als Anliegen formuliert wurde.

Der Regierungsrat verweist darauf, dass die Motionen mit anderen laufenden Motionen, etwa zu energetischen Sanierungen, Stockwerkeigentum oder Definition von Wohnungsnot, koordiniert werden müssen. Die FDP-Fraktion hält dem entgegen, die Motion Michael Hug kann sofort umgesetzt werden, parallel zu den anderen Bearbeitungen. Es besteht kein Grund, zwei Jahre einfach abzuwarten. Die Dringlichkeit der Motion ist klar. Wir haben einen Sanierungsstau, Wohnungen verfallen. Dringend notwendige Instandsetzungen verzögen sich weiter. Klimafreundliche Umbauten werden blockiert, Klimaziele geraten in Gefahr. Der Bauwirtschaft gehen Aufträge verloren, Unternehmungen weichen ins Umland aus, Arbeitsplätze und Wertschöpfung leiden erheblich.

Wenn man die zweijährige Fristverlängerung akzeptiert, bedeutet das konkret, zwei Jahre warten auf eine Antwort, danach braucht es mindestens ein bis zwei Jahre für die Umsetzung. Spürbare Verbesserungen würden also frühestens ab 2028 oder 2029 eintreten. Das ist angesichts der bestehenden Probleme viel zu spät. Darum, die Teilrevision hat gezeigt, die Umsetzung ist machbar, jede weitere Verzögerung verschärft den Sanierungsstau, blockiert Investitionen und schwächt unsere lokale Wirtschaft.

Darum beantragt die FDP-Fraktion einen Kompromiss. Die Fristverlängerung soll lediglich ein Jahr betragen. Dieser Antrag gilt auch für die Motionen: Traktandum 49. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, und Traktandum 50. Motion Niggi Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Im Namen der SP beantrage ich Ihnen die Abschreibung dieser und der folgenden zwei Motionen. Das Hochparterre ist eine Zeitschrift für Architektur und Planung. Im Juni dieses Jahres titelt diese Zeitschrift: Der Wohnschutz funktioniert. Wie kommt eine renommierte Fachzeitschrift zu diesem Schluss? Ganz einfach, eine Studie der ETH hat gezeigt, dass in Städten mit Wohnschutz die Verdrängung der bestehenden Wohnbevölkerung gestoppt wurde.

Ziel des Wohnschutzes ist es auch in Basel gewesen, die Verdrängung durch Massenkündigung und Verteuerung des Wohnraums zu stoppen. Und verdankenswerterweise hat das Statistische Amt im Auftrag des Regierungsrats ein Wohnraumschutz-Monitoring gemacht und verschiedene Zahlen dazu veröffentlicht, sodass wir heute über Fakten diskutieren können. Sie sehen, das Ziel ist erreicht, das ist die Anzahl der Leerkündigungen oder wie wir sagen Massenkündigungen, und die ist sehr stark zurückgegangen seit der Einführung des Wohnschutzes. Im Gegensatz zum Hochparterre sind wir Partei. Wir ergreifen Partei für Mieterinnen und Mieter und das ist auch bitter nötig. Ich bringe jetzt einen Ausdruck, den wir in der letzten Debatte, in der letzten Sitzung gehört haben: Die Mieterinnen und Mieter sind die Milchkühe der Nation.

Ich werde im Folgenden auf drei Punkte eingehen, auf das erste, an die Anpassung der Verordnung, was ist eigentlich passiert. Conradin Cramer hat hier schon einiges gesagt, das werde ich auch von unserer Seite einordnen. Dann, warum soll man die Motionen abschreiben und drittens werde ich schon jetzt kurz etwas zu den energetischen Sanierungen sagen.

Zur Verordnungsanpassung. Sie wissen, grundsätzlich gibt es drei Verfahren, es gibt ein vereinfachtes Verfahren und ein umfassendes Verfahren. Conradin Cramer hat es gesagt, das vereinfachte Verfahren wurde angepasst, sie können jetzt wieder mehr überwälzen, immer noch im Rahmen des Ranges, aber es ist monetär mehr und das wurde gemacht im Einverständnis mit dem Mieter*innenverband, der schon früh diese Vereinfachungen, diese Anregungen gemacht hat beim vereinfachten Verfahren. Wir haben sogar versucht, das mit dem Gewerbeverband aufzugleisen, damit man das noch schneller umsetzen hätte können, das ist sicher ein Beispiel dafür, dass man gemeinsam auch Dinge verändern kann.

Beim umfassenden Verfahren geht es darum, da werden wir dann bei der Motion Rechtsteiner sicher noch ausführlich darüber reden, wie energetische Sanierungen überwälzt werden können. Und dort sind wir von der SP, aber auch vom Mieter*innenverband viel skeptischer. Wir befürchten, dass dort die Verdrängung durch die Hintertür wieder eingeführt wird, das könnte sogar ein Scheunentor sein, sodass es wieder zu massiven Überwälzungen auf die Mieter und Mieterinnen kommt.

Dann haben wir noch eine dritte Ebene, den Abbruch. Das steht heute nicht zur Debatte, dort wurde bisher die Thematik mehr auf der juristischen Ebene geführt und dort haben wir sicher eine Diskussion vor uns, die zeigen wird, weil sich aktuell mehr und mehr die Einsicht durchsetzt, dass es aus Klimaschutzgründen nicht mehr zeitgemäss ist, Häuser abzureissen und

dass es hier verschiedene Alternativen gibt. Ein Beispiel ist zum Beispiel auch, dass die Aufstockungen seit Einführung des Wohnschutzes in Basel-Stadt zugenommen haben zur Schaffung von neuem Wohnheim.

Zweitens, wieso sollen Sie die Motionen abschreiben. Ganz grundsätzlich einmal, die Bevölkerung in Basel-Stadt will einen Wohnschutz. Sie hat das mehrfach zum Ausdruck gebracht bei Abstimmungen und sie will eben auch einen wirksamen Wohnschutz. Ich möchte jetzt da aber nicht zu lange auf demokratiepolitischen Überlegungen herumreiten, sondern ich möchte auch ein Argument für das Gewerbe bringen. Wenn Sie hier die nächste Folie anschauen, man kann es leider nicht so gut lesen, das ist aus einer Studie von Ernst & Young und die hat verglichen über die letzten, ich weiss jetzt nicht mehr genau, 15, 20 Jahre, wie viel wird renoviert, wie viel wird saniert in den grossen Städten. Und wenn Sie es genau anschauen, ich kann es Ihnen dann auch zur Verfügung stellen, dann sehen Sie, dass in Genf am meisten pro Wohnung investiert wird. Das heisst, das Gewerbe dort oder auch die Hausbesitzer haben sich mit dem neuen Gesetz arrangiert, sie haben Lösungen gefunden. Und wenn wir hier jetzt einfach wieder das Gesetz anpassen, dann wird das genau den Effekt haben, dass alle warten werden, dass sie doch wieder bessere Konditionen haben werden und diese Anpassung an die Realitäten, die vom Volk, von der Stimmbevölkerung gewünscht wurden, die wird weiter verzögert. Das ist schlecht für das Gewerbe.

Drittens zum Thema energetische Sanierung. Es ist klar, dass die Immo-Lobby, das kann man ja nachvollziehen, am liebsten keine Beschränkungen hätte. Das ist ja auch ihr Job, sie müssen so viel Rendite machen wie möglich, aber es gibt natürlich auch noch andere Interessen, nämlich die Interessen, die wir vertreten, der Mieterinnen und Mieter. Auch das Gewerbe möchte natürlich so viele Aufträge wie möglich, aber es gibt eben auch die Mieterinnen und Mieter und sie haben auch ein Recht, nicht das alles bezahlen zu müssen. Weil am Ende des Tages wollen sie einfach alle diese Kosten auf die Mieterinnen und Mieter überwälzen. Zudem gibt es hier einen eklatanten Widerspruch. Wir stimmen jetzt gerade über den Eigenwert ab, dort ist es so, dass die Organisationen, die sich einsetzen für energetische Sanierungen, dagegen sind, also man kann auch ein bisschen feststellen, dass zumindest bei einem Teil diese grünen Argumente eher vorgeschoben werden und deshalb ist es wichtig, dass wir dort sehr gut hinschauen.

Was ist denn die Realität heute? Das wäre das nächste Schaubild. Das sind die Förderbeiträge in Basel-Stadt. Es ist also so, dass weiterhin Förderbeiträge sogar noch wieder in einem zunehmenden Ausmass, 2023 ist man wieder auf dem Niveau von 2020, Förderbeiträge in diesem Bereich ausgeschöpft werden. Und das ist auch das Ziel, wir haben immer gesagt, Klimaschutz und Wohnschutz gehören zusammen. Das Ziel ist eben, dass man sanfte Sanierungen macht und wir sind der Überzeugung, dass es möglich ist, im Rahmen des bestehenden Gesetzes ökologische Sanierungen zu machen, deshalb braucht es keine Gesetzesanpassung.

Fazit: Erstens, der Wohnschutz funktioniert, so wie das von der Bevölkerung in mehreren Abstimmungen gewünscht wurde. Zweitens, einvernehmliche Lösungen auch mit den Mieter*innen und Mieterverband sind möglich im Rahmen des bestehenden Gesetzes. Drittens, mit der Brechstange vorzugehen, wie das der Fall wäre, wenn Sie jetzt an den Gesetzesänderungen festhalten, ist, dort wird garantiert die Bevölkerung das letzte Wort haben und die Stimmbevölkerung hat mehrfach klargemacht, dass sie nicht bereit ist, überrissene Renditen zu bezahlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Auch ich werde gleich zu allen drei Motionen sprechen. Die SVP-Fraktion bittet Sie, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Fristverlängerung um zwei Jahre zu genehmigen. Sowohl ich wie auch die SVP-Fraktion gehören eher mal zu den Personen in diesem Parlament, welche auch einmal den Regierungsrat kritisieren, auch wenn es darum geht, dass gewisse Dinge zu lange gehen. Hier bei diesen drei Motionen muss man den Regierungsrat, aber auch die Verwaltung loben, weil dann doch bei einem sehr komplexen Thema, welches wir schon seit vielen Jahren diskutieren, innerhalb eines Jahres immerhin dann diese Verordnung angepasst wurde und wir schon mal einen gewissen Zwischenschritt haben. Dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass der Regierungsrat hier auf dem richtigen Weg ist.

Inhaltlich kann ich eigentlich alles teilen, was FDP-Fraktionssprecherin Silvia Schweizer gesagt hat, und so sympathisch mir auch das Anliegen ist mit der Einjahresfristverlängerung, so sehr fürchten wir von der SVP-Fraktion aber auch einen gewissen Schnellschuss. Wir wollen jetzt keinen Schnellschuss, dass der Regierungsrat jetzt irgendetwas durcharbeitet und wir dann keine praktikable Lösung haben und wir dann auch in der BRK wieder ewig lang diskutieren müssen oder wir auch hier im Parlament, wie wir das auch schon hatten, dann achtstündige Sitzungen haben mit 20 verschiedenen Abänderungsanträgen. Wir sind der Meinung, das Ganze soll jetzt sauber aufgegleist werden. Der Regierungsrat soll jetzt nochmals diese zwei Jahre Zeit bekommen, das sauber aufgleisen, das vielleicht dann auch in der BRK, wo dann diese Geschäfte oder diesen einen Ratschlag oder vielleicht sind es auch mehrere Ratschläge, auch diskutiert wird, und dann schaffen wir es vielleicht wie bei «Basel baut Zukunft» für einen Kompromiss, vielleicht weniger wie beim Roche-Areal, aber ich bin davon überzeugt, dass wir dann auch die Köpfe zusammenstecken können und dann das Ganze vielleicht auch im Parlament relativ schlank über die Bühne geht.

Deshalb sind wir auch der Meinung, sollten wir jetzt hier diese zwei Jahre noch einmal geben, damit wir das Ganze dann gut aufgleisen, dann ist es eben keine Brechstange, wie es Kollege Pfister gesagt hat, und dann könnten wir hier durchaus auch eine gute Lösung vorantreiben und auch diese Gesetzesänderung vorantreiben. Auch uns von der SVP-Fraktion ist es bewusst, dass wir einerseits zwar der Meinung sind, dass es Anpassungen braucht in diesem Gesetz, aber dass es auch mehrere Volksentscheide waren, die das Wohnraumgesetz nun einmal zu dem gemacht hat, wie es heute steht und wie es heute verankert ist. Dementsprechend muss das auch sauber aufgegleist werden und deshalb unterstützen wir den Antrag der Regierung, dass wir hier diese Fristverlängerung um zwei Jahre genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Warum hat die Mehrheit der Stimmbevölkerung in Basel mehrmals für den Wohnschutz gestimmt? Weil sie Verdrängung und Vertreibung durch Sanierungskündigungen oder überrissene Mietzinserhöhungen nach Investitionssanierungen stoppen wollte, weil sie diesem Treiben einen Riegel schieben wollte. Was auch geschehen ist, der Wohnschutz ist ein Erfolg. Menschen müssen nicht mehr ihre Wohnung verlassen, weil sie die Mietzinse nach Sanierungen nicht mehr bezahlen können, und Massenkündigungen gehören bei uns nun der Vergangenheit an, in scharfem Kontrast zu anderen Regionen, insbesondere Zürich oder auch Bern und Luzern. Aus Berichten aus anderen Städten zeigt sich immer deutlicher, mit dem Basler Wohnschutz leisten wir in der Deutschschweiz Pionierarbeit für faire und sichere Mietverhältnisse. Das hat Pascal Pfister vorher bereits ausgeführt.

Zu den Motionen. Es wurde immer, sowohl bei der ersten wie bei der zweiten Überweisung, beteuert, man anerkenne den Wohnschutz, aber er müsse praktikabel werden, damit sich die Investitionen wieder lohnen würden. Seit Anfang 2023 mit den massiv gestiegenen Bau-, Energie- und Finanzierungskosten erleben wir schweizweit, wie der Druck auf Regulierungen zunimmt. Immer lauter fordert die Branche Deregulierungen in der Bau- und Raumplanung, beim Lärmschutz, beim Denkmalschutz, bei Einsprachemöglichkeiten. Tatsächlich geht es aber stets um etwas ganz anderes, um Rendite auf Kosten von Lebensqualität, von Umweltschutz und von demokratischen Mitspracherechten. Dieses Paket von Motionen kann einzig unter diesem Aspekt verstanden werden. Der Wohnschutz soll so weit ausgehöhlt werden, dass deren Investitionen wieder maximale Renditen abwerfen. De facto will man die Abschaffung des Volkswillens und so muss auch die Motion von Michael Hug verstanden werden.

Der Regierungsrat hat nun die Verordnung angepasst, vieles von diesen Motionen wurde umgesetzt, vieles aus unserem Mietwohnschutz wurde aufgeweicht, zum Beispiel die Mietzinsen nach Sanierungen. Sie werden ansteigen können, weil die neue Art der Renditeberechnung den Investoren einen höheren Spielraum gewährt. Die Parität bei der Wohnschutzkommission wird durch die Neuverordnung geschwächt, das Meldeverfahren wird ebenfalls aufgeweicht. Mit diesen Änderungen werden, so befürchte ich, auch die Mietzinsen wieder stark ansteigen und den Investoren wird für Massenkündigungen wieder Tür und Tor geöffnet.

Wir von der BastA-Fraktion haben diese Motionen von Anfang an abgelehnt und wir lehnen sie heute alle ab. Deshalb bitte ich Sie, die Motion von Michael Hug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Die vom Regierungsrat vorgelegte Verordnung, die im November in Kraft treten wird, ist in grossen Teilen ein Gewinn für den Wohnschutz, für die Praktikabilität in den Prozessen und nicht zuletzt für das lokale Gewerbe. Die Bagatellgrenze ist ein wichtiger und richtiger Schritt, genauso wie die zahlreichen formellen Anpassungen der Prozesse, die Klarheit schaffen. Auch sind wir von der Fraktion GRÜNE/jgb froh darüber, werden beispielsweise neu PV-Anlagen explizit ausgenommen.

Der grosse Wurf ist die neue Verordnung aber in Bezug auf die ökologischen Sanierungen noch nicht. Das Ansetzen eines Einsparungsgrades von 15% als Richtgrösse dafür, ob das umfassende Bewilligungsverfahren greift, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Diese 15% sind aber aus grüner Perspektive noch zu tief angesetzt. Dieser energetische Mehrgewinn ist schlicht zu mager, um die entsprechenden Mietzinsüberwälzungen zu rechtfertigen, der Anreiz für ambitionierte ökologische Projekte zu gering. Das Bundesamt für Energie beziffert das Einsparpotenzial in Altbauten auf 40 bis 70% und bei Neubauten auf 70 bis 80%. Das Potenzial für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor ist massiv. Dafür braucht es dringend eine Verdoppelung der Sanierungsquote auf 2, besser noch eine Steigerung auf 4 oder 5%. Zudem fehlen noch die Antworten darauf, wie wir energetische Sanierungen einfach ermöglichen, die sinnvollerweise mit einer gesamthaften Sanierung verknüpft werden, wenn zum Beispiel das Dach nicht nur gedämmt, sondern auch ausgebaut werden soll.

Vor dieser Ausgangslage stellt sich uns weiterhin die grosse Herausforderung, wie wir die ökologische Bauwende im Bestand schaffen. Die Sanierungsquote ist rückläufig. Auch wenn dieser Trend statistisch noch nicht belastbar ist, den wir vom Statistischen Amt nachgewiesen bekommen haben, das wird er wohl erst in drei bis vier Jahren sein, aber drei bis vier Jahre, das ist ein Drittel der Zeit bis 2037. Diese möchten wir nicht untätig verstreichen lassen. Dafür ist die Erfüllung unserer gemeinsamen Klimaziele zu wichtig.

Aus diesen Gründen sind wir überzeugt, da geht noch mehr und da muss noch mehr gehen. Sie haben es auf dem «Chrüzlistich» gesehen, aus diesem Grund wollten wir bei der Motion Rechsteiner ebenfalls eine Fristverlängerung beantragen. Aber die Debatte dreht sich weiterhin darum, wie die Umwälzung auf Mietende maximiert werden kann, wie das Rad zurückgedreht werden soll und das bleibt das Ziel der vorliegenden Motionen. Die Verordnung hat einen pragmatischen Weg gefunden, aber die Motionen in ihrer ursprünglichen Form hier weiter durchzudrücken, ist nicht der richtige Weg. Wir erinnern uns, der Wohnschutz ist genauso Auftrag der Bevölkerung, wie es auch das Netto-Null-Ziel bis 2037 ist. Wir haben eine Verantwortung, Lösungen zu finden und nicht nur Volksentscheide auszuhöhlen. Die Verordnung, da sind wir überzeugt, hat den Wohnschutz gestärkt, indem sie ehrlich und pragmatisch viele Systemfehler angegangen ist. Die Stossrichtung an den Regierungsrat für die weitere Ausarbeitung, die nun propagiert wird, können wir aber so nicht mittragen.

Deshalb beantragen wir von der Fraktion GRÜNE/jgb gemeinsam mit BastA und SP, die Motion Rechsteiner wie auch die anderen beiden als erledigt abzuschreiben. Nicht aber, um uns auszuruhen, denn der klimabedingte Umbau unserer Stadt steht weiter bevor. Es wird wohl eine knappe Abstimmung und sollte die Fristverlängerung gewährt werden, so erinnern wir den Regierungsrat gerne an den Auftrag der Bevölkerung, an das Ja für den Klimaschutz und an das Ja für den Wohnschutz. Wir hoffen, dass die kommenden zwei Jahre uns mehr Einblick über die Entwicklungen der Sanierungsrate geben und wir gemeinsam Lösungen entwickeln können, ohne dabei Abstriche auf Kosten der Mietbevölkerung in Kauf nehmen zu müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich spreche ebenfalls im Namen der LDP gleich für alle drei Motionen. Wir haben es einführend gehört von Regierungspräsidenten Conradin Cramer, ersten Erkenntnissen der regierungsrätlichen Auslegung zufolge reduzieren die neuen Bestimmungen Mietzinserhöhungen, was gewollt ist, was gut ist. Gleichzeitig zeigt sich eine Abnahme der Sanierungstätigkeit und es bietet sich ein Zielkonflikt zwischen Wohn-, Raumschutz und Klimaschutz. Die Meldepflicht durch die Teilrevision der Verordnung besteht weiterhin, allerdings mit Verbesserungen bzw. Lockerungen. Die von den Motionärinnen und Motionären eingebrachten Grundanliegen, nämlich die vollständige Abschaffung des Meldeverfahrens, die Beseitigung der Bewilligungspflicht für gewisse Aufwendungen, die eine Mietzinserhöhung rechtfertigen, bleiben bestehen. Die vollständige Umsetzung der Motionsforderungen sind also nicht erfüllt. Aber auch aufgrund der Diskussion in der Fraktion wollen wir zeigen, dass wir für das Gespräch bereit sind.

Die Verordnungsänderungen, die im November 2025 in Kraft treten sollen, sind ein Weg und ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie sind halt noch nicht ganz zufriedenstellend. Es muss das Gesetz angefasst werden und dies aus verschiedenen Gründen. Es ist auch neben dem Materiellen, dem Inhaltlichen auch formell einfach nicht besonders elegant legiferiert. Da könnte man auch gerade eine Verbesserung bewirken. Materiell bietet sich hier die Chance, das Gesetz nun anzuschauen und einige Punkte gleichzeitig auch noch zu verbessern. Wir bieten also Hand für Gespräche mit allen Parteien und auch mit dem Mieter*innenverband, dass wir das anschauen. Vorhin hiess es auch, dass man in einen Vernehmlassungsprozess geht, dass man mit den Stakeholdern sprechen will, und hier wollen wir auch Hand bieten. Weil der Kerngehalt des Wohnschutzes, der ja legitimiert ist über die Bevölkerung und eine Volksabstimmung, den wollen wir nicht in Frage stellen, aber wir wollen die Fehlwirkungen reduzieren.

Es geht auch nicht darum, eine 1:1-Umsetzung dieser Motionen jetzt als einziges durchzuboxen, es soll auch kein Powerplay sein. Es gibt noch andere Vorstösse, die als Anzüge noch eine längere Frist haben, die ebenfalls noch hängig sind. Das führt dann dazu, dass man sowieso ein Gesamtpaket hat an Forderungen, die man in eine Gesetzesrevision einbringen kann. Zudem wurden ja auch oder zumindest eine Volksinitiative angekündigt, die man ebenfalls darin wiederfinden und aufnehmen könnte. Das heisst, wir sind bereit, einer zweijährigen Fristverlängerung zuzustimmen, um diese Zeit zu nutzen und zu schauen, wie die Wirkungen der Verordnungsänderungen wirken. Das ist uns ein wichtiges Anliegen.

Ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, zum Beispiel, dass der Wohnschutz funktioniert, wie im Hochparterre ausgewiesen wurde. Ja, die Leerkündigungen sind stark zurückgegangen, das wurde ja auch gewollt und das ist ja auch ein guter Effekt, aber es gibt natürlich auch viele Fehlwirkungen, dass es eben zu weniger Sanierungen kommt. Wir haben immer wieder auch viele Signale vom Gewerbe, die keine Aufträge mehr haben, und auch die Investorinnen und Investoren, und das können auch ganz Kleine sein, die dann nicht mehr bereit sind, wirklich Sanierungen zu machen, und das wiederum kontragiert den Klimaschutz und die Massnahmen, die auch Kollegin Fina Girard vorhin angesprochen hat. Gerade gestern hat mir jemand erzählt, dass sie einfach eine Sanierung machen, die hübsch aussieht von aussen, aber den Dachstock, den dämmt man nicht mehr und dieses Problem ist einfach ein faktisches.

Alle, die hier sitzen, haben öffentliche Interessen, die sie einbringen wollen und sagen, wir brauchen Klimaschutz, wir brauchen Wohnschutz und ich glaube, wir haben auch einen Konsens, dass niemand gänzlich dieses nicht möchte, aber am Schluss, am Ende muss es ja einer umsetzen. Und einfach über Zwang gehen, das funktioniert dann nicht, weil dann macht man es einfach nicht. Und wir haben schon im Bauwesen eine Kaskade, die sehr aufwendig ist, das heisst, wenn ich jetzt ein Mehrfamilienhaus habe und dort eine Wohneinheit neu einrichten möchte im Dachgeschoss, dann ist das ja auch gewollt von den meisten hier, nur führt das dann dazu, dass man Brandschutz, Erdbebenertüchtigung, PV-Anlagen in Zukunft, dann Kanalisationsänderungen, etc. machen muss. Wer soll das bezahlen? Irgendwann kommt dann der Entscheid, dass man sagt, ich kann es mir nicht leisten, ich verkaufe die Liegenschaft oder ich mache einfach nichts. Und in Genf, auch wenn jetzt der Ernst & Young-Bericht hier zitiert wurde, führt das eben auch dazu, dass viele Wohnbauten gerade beim See einfachverglast sind, eine alte Feuerung haben und einfach extrem viel Pinselsanierung gemacht werden und dennoch steigen dort die Mieten, nämlich alle 13,7 Jahre, da gibt es einen Mieterwechsel und was passiert dann? Dann ist man ausserhalb einer Sanierung, man macht einfach die Mieten teurer und das ist halt auch ein faktisches Problem und nicht eines unserer Interessen.

Wir müssen hier eingreifen und versuchen, dieses Problem zu verbessern und genau dieser Art von Diskussion bieten wir Hand, gerade auch im Hinblick auf diese 15%, die neu in der Verordnung vorgesehen sind. Hier finden wir einfach, dass wenn jemand quasi diese energetischen Sanierungen schon gemacht hat, wie kann er dann die 15% in Zukunft überhaupt noch umsetzen? Das heisst, jemand, der vorbildlich gehandelt hat, wird dann wieder abgestraft und das ist halt immer das Problem, umso mehr man in einem Gesetz alles festlegen will, umso mehr Fehlwirkungen gibt es und wir haben jetzt genau die Chance, zusammenzusitzen in diesen zwei Jahren, diese Probleme zu adressieren, einen Kompromiss zu finden, das Problem zu verbessern und ich denke, wir sind fähig, hier eine gute Lösung zu finden.

Deshalb ist die LDP auch für die zwei Jahre und deshalb bieten wir auch Hand für Gespräche.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Ivo Balmer gemeldet.

Ivo Balmer (SP): Also ich möchte noch zum Abschluss von diesen diversen Voten einfach nochmals in Erinnerung rufen, in welchem zeitlichen Kanon wir heute wieder stehen. Also das Ganze war 2018, das ist vor sieben Jahren. Ich möchte nicht über die alten Geschichten allzu tief diskutieren oder die hier nochmals ausgraben, aber ich möchte sagen, das ist eine never ending story hier drin. Vor eineinhalb Jahren, das war dann nach diesem Gesetz, und da möchte ich nochmals darauf hinweisen, dieses Gesetz, das kam ja nicht zufällig aus der Zivilgesellschaft von einem Verband, der das mit heisser Nadel geschrieben hat. Ich meine, wir wissen alle hier drin, was ein Gesetzesprozess, wenn es die Verwaltung macht, an Kosten und Personalressourcen verursacht. Sie können schon immer auf diesem Gesetz herumhacken, aber es wurde klar angenommen, das ist die Basis.

Vor eineinhalb Jahren kamen dann diese Motionen, wo wir heute schon wieder darüber sprechen, das erste Mal auf das Tapet. Ja, es waren mal fünf, ein paar sind verloren gegangen, die kommen dann nochmal später. Aber seit diesen eineinhalb Jahren ist auch etwas passiert. Der Regierungsrat und die Verwaltung haben die Verordnung angepasst. Die haben die Verordnung stark angepasst, das sind substanzielle Veränderungen. Sie wurden heute von verschiedenen Seiten ausgeführt, nur nochmals kurz. Es gibt jetzt eine Bagatellgrenze, es gibt eine Berechnung im vereinfachten Verfahren, die erleichtert, und gerade im umfassenden Verfahren, das hat China sehr schön ausgeführt, da wissen wir nicht genau, was passiert, also die Eintrittshürde da ist super tief. Aber gut, das ist auf der Verordnungsebene. Ich möchte alle hier drin, die diese Motionen mitgetragen haben, erinnern, was sie bei der Zweitüberweisung gesagt haben. Sie haben hier vorne gesagt, das kann alles auch auf Verordnungsebene passieren. Das wurde hier vorgetragen, in einigen steht es drin.

Und jetzt macht der Regierungsrat einen guten Vorschlag und ich möchte vor allen Dingen betonen, dieses Monitoring, das ist wichtig. So begleiten wir stichhaltig einen wichtigen politischen Prozess, wo es um wichtige Anliegen unserer Bevölkerung geht, nämlich die soziale Sicherheit und, das ist auch ganz wichtig, wo es darum geht, die Klimafrage ernst zu nehmen, weil im Gebäudebestand, da haben wir alle noch viel Luft nach oben. Aber jetzt quasi, wir haben dieses Monitoring, wir haben das gesehen, ich leite daraus keine Kausalitäten ab. Ich meine, machen Sie das, ich lese die Texte der Verwaltung genau. Also hier Kausalität herzustellen, ist schon eine gewagte These.

Die Zinsen, ich erinnere daran, haben einen massiven Einfluss auf die Bautätigkeit, das sehen wir in Basel, aber das sehen wir überall. Die sind genau mit der Einführung des Wohnschutzes erstmals seit einer Dekade nach oben gegangen und jetzt sinken sie wieder. Und was jetzt die Möglichkeit wäre, ist wirklich diese Verordnung anzupassen, den Volkswillen wirklich ernst zu nehmen, ein sauberes Monitoring, das jetzt aufgesetzt ist, weiterzuziehen und dann mal wirklich zu schauen, wie das wirkt, dann sitzen wir alle hier drin nicht mehr im Trüben. Und das verunsichert mich wirklich stark, dass man jetzt nicht einfach sagt, okay, wir haben die Verordnung angepasst, wie das auch gefordert wurde, und jetzt evaluieren wir sauber. Und dann bin ich bei Ihnen, bei dir, Michael Hug, dann evaluieren wir nach zwei Jahren, aber nicht mit diesen konkreten

Vorschlägen. Und da schimmert das durch, Sie möchten den Wohnschutz schleifen. Und was ich möchte, was viele hier drin möchten und was vor allem die Bevölkerung will, das ist ein Wohnfrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Balmer, die Redezeit ist um.

Ivo Balmer (SP): Ja, ich nehme das letzte Wort noch so, versenken doch wir jetzt diese Motionen und ich bin gerne bereit, wenn die Bürgerlichen mitmachen, hier eine Evaluationsmotion zu starten. Soll jemand kommen, ich unterschreibe, in zwei Jahren schauen wir das sauber an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Ich erlaube mir trotzdem noch eine Replik auf Michael Hug, weil ich finde, es ist wichtig, dass wir über Fakten diskutieren und ich möchte zwei Sachen sagen. Sie haben Genf angesprochen. Ernst & Young hat gezeigt, dass die Summe, die investiert wird in Genf, höher ist in Sanierungen. Es gibt aber ein Problem, das stimmt, was die energetischen Geschichten angeht, ist Genf viel weniger weit, als wir es sind, weil wir haben ein Energiegesetz, das eben Vorschriften macht im Bereich der Heizungen und deshalb sind wir in diesem Bereich weit vorne. Dort ist Genf jetzt am Nachholen. Übrigens gab es eine Initiative vom Mieter*innenverband in Genf, die vom gesamten Genfer Parlament, das deutlich bürgerlich ist, angenommen wurde. Und der Umkehrschluss ist, wenn der Wohnschutz in Genf so schlecht wäre, dann hätte das bürgerliche Parlament diesen wahrscheinlich schon lange geschleift.

Und das zweite Thema ist, was auch immer wieder kommt, ist diese Geschichte, wir schützen mit dem Wohnschutz den Bestand, also die Leute, die hier wohnen. Sie haben den Mieterwechsel angesprochen. Dort haben wir ein Problem, das können wir mit dem Wohnschutz nicht lösen, das ist eine mietrechtliche Frage und dazu gibt es eine Initiative, die heisst Mietpreisinitiative, die ist vom nationalen Mieterverband. Dort geht es darum, das Gesetz, das wir heute eigentlich schon haben, weil die Mieten ja viel zu hoch sind, ich erinnere an die Milchkühe der Nation, dass wir dort eingreifen. Also wenn Sie dieses Problem lösen wollen, dann können Sie uns gerne mithelfen bei dieser Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese einlässliche Debatte. Ich freue mich über die Feststellung, dass mit der Verordnungsrevision einiges bewegt werden konnte, auch aus Ihrer Sicht. Ich glaube tatsächlich, es ist gelungen, hier doch recht schnell gewisse Vereinfachungen und Verbesserungen hinzubringen. Die Frage ist natürlich, wie viel braucht es zusätzlich im Rahmen einer Gesetzesrevision und da haben wir diese drei Motionen, die Sie überwiesen haben, wo wir uns jetzt fragen müssen, sollen wir die gemäss ihrem Wortlaut umsetzen. Wenn man jetzt davon ausgeht, man hat einen gewissen Prozentsatz mit der Verordnung schon umgesetzt, vielleicht bei der Motion Michael Hug sind das, ich weiss es nicht, 70, 80%, ist die Frage, sollen wir die verbleibenden 20, 30% auch noch so umsetzen. Das werden wir tun, wenn Sie die Motion überweisen, eben dann gerne mit einer Frist von zwei Jahren.

Wenn Sie die Motion jetzt nicht überweisen bzw. abschreiben, ist es nicht so, dass dann für alle Zeiten der Regierungsrat sich keine Gedanken mehr zum Wohnschutz machen wird, im Gegenteil, wir haben immer gesagt, wir möchten Evaluationen abwarten. Was wir bis jetzt haben tun können, war ja nur eine Auslegeordnung, weil einfach für eine seriöse Evaluation mehr Zeit ins Land gehen muss, ein Gesetz sich zuerst etablieren muss, eine Praxis sich zuerst etablieren muss. Also der Wohnschutz wird uns ohnehin weiter beschäftigen, ob jetzt diese Motionen so stehen bleiben, mit einer Frist von zwei Jahren verlängert werden oder ob sie abgeschrieben werden. Hier geht es jetzt aber einfach um die Frage der konkreten Forderungen der betreffenden Motionen und jetzt stimmen wir zuerst über die erste ab, die Motion Michael Hug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Balmer. Diese wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Danke vielmals für die Annahme. Herr Regierungsrat, haben Sie nicht das Gefühl, dass wir die Möglichkeit der Evaluation massiv einschränken? Wenn wir jetzt gegen aussen zeigen, in zwei Jahren wird dieses Gesetz angepasst, also ich ziehe mir diesen Hut nicht an, dass wir dann eben wieder im Trüben fischen in zwei Jahren.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie müssen sich ja diesen Hut nicht anziehen, Sie stimmen ja dagegen. Die Frage ist, was die Mehrheit will. Es ist ja nicht so, dass das dann Gesetz wird, sondern das wäre dann halt einfach eine Vorlage, die wir hier einbringen müssen, wenn der Auftrag des Grossen Rates entsprechend lautet. Das schränkt uns aber nicht ein, jetzt im Sinne von Johannes Sieber, dann noch andere Elemente bereits zu berücksichtigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu zwei Abstimmungen. Zuerst eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung 2 Jahre, NEIN heisst Fristerstreckung 1 Jahr.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007231, 24.09.25 11:16:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung 2 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Antrag des Regierungsrats entschieden.

Jetzt kommen wir zur zweiten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung 2 Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007232, 24.09.25 11:16:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um 2 Jahre zu erstrecken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Fristerstreckung entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

49. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 11:17:01, 23.5574.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, die einleitenden Bemerkungen haben wir bereits hören können, die erübrigen sich, ich konzentriere mich direkt auf die vorliegende Motion. Sie fordert, dass die Wohnschutzkommission neu als reine Fachinstanz ausgestaltet wird. Vorgesehen ist eine Zusammensetzung aus mindestens fünf Mitgliedern, die unter anderem die Bereiche Bauen und Stadtplanung, Architektur, Immobilienwirtschaft, Gesellschaft und Soziales abdecken. Zudem sollen die Mitglieder der WSK in keiner Beziehung zu einer mietenden oder vermietenden Organisation stehen und hierfür ist eine Teilrevision des Wohnraumfördergesetzes notwendig.

Durch das vorgesehene Verbot von Beziehungen von Mitgliedern der Wohnschutzkommission zu einer Mietenden- oder Vermietendenorganisation soll verhindert werden, dass Personen, die direkt oder indirekt an Einspruchs- oder Beschwerdeverfahren beteiligt sind, gleichzeitig Mitglieder der Wohnschutzkommission sein können. Die Verhinderung einer solchen Personalunion soll rechtsstaatliche Bedenken betreffend Interessenkonflikten ausräumen.

Der Regierungsrat hat dazu bereits in seinem Schreiben vom 17. April 2024 festgehalten, dass eine solchartige Personalunion bereits nach geltendem Recht unzulässig ist. Allein aus rechtsstaatlicher Sicht besteht somit aus Sicht des Regierungsrats keine Notwendigkeit, die rechtlichen Grundlagen anzupassen. Bereits heute dürfen übrigens die Vorsitzenden der Wohnschutzkommission gemäss Wohnraumfördergesetz weder Mietenden- noch Vermietendenorganisationen angehören.

Bei der Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung wurden die Anliegen der Motion jedoch bereits wesentlich berücksichtigt. Durch die neuen Bestimmungen von § 14 Abs. 3 und 4 der Wohnraumschutzverordnung sind die unabhängigen Vorsitzenden und teilweise die unabhängigen Schreiberinnen und Schreiber der Wohnschutzkommission grundsätzlich ohne Einbezug der Vertretung der Mieter- und Vermieterschaften zuständig für das Meldeverfahren, das vereinfachte Bewilligungsverfahren, für Beschlüsse, besonders betreffend die Durchführung eines Augenscheins, die Teilnahme an solchen Augenscheinen, die Durchführung der Kontroll- und Mietzinskontrollverfahren und die Erstattung einer Anzeige bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde bei Verdacht auf Verstösse.

Diese Änderungen treten, wie gesagt, per 1. November 2025 in Kraft und der Regierungsrat ist der Meinung, dass er damit die Motionsforderungen in ganz wesentlichen Teilen umsetzt. Die vollständige Umsetzung der Motion, insbesondere für das umfassende Bewilligungsverfahren, ist eben weiterhin die WSK als paritätische, also paritätisch Vermietenden- / Mieterseite, Dreierkammer zuständig. Die vollständige Umsetzung erfordert dann weiterhin eine Revision des Wohnraumfördergesetzes und diese Arbeiten müssten dann natürlich mit den anderen hängigen Motionen, eine ist ja jetzt mindestens noch hängig, abgestimmt werden. Das heisst, wenn wir hier den Willen des Grossen Rates, den er ja mit Überweisung der Motion geäussert hat, umsetzen sollen, dann bräuchten wir auch hier nochmals mehr Zeit. Auch hier natürlich der Antrag dann zwei Jahre, dass wir das zusammennehmen können mit den anderen Motionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Pascal Pfister für die SP.

Pascal Pfister (SP): Auch hier beantrage ich Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben und ich mache mir die leise Hoffnung, dass vielleicht die Motionen unterschiedlich von Ihnen beurteilt werden, weil sie nicht alle den gleichen Inhalt haben. Hier geht es um die Wohnschutzkommission, die Zusammensetzung. Es ist eine klassische Tripartite-Kommission. Sozialpartner auf der einen Seite, also auf der einen Seite die Vermietenden, auf der anderen Seite die Mieter*innen und eine dritte Person, die vom Staat, also vom Kanton gestellt wird. Das ist ein bewährtes System. Es wurde im Mietrecht 1934 eingeführt in Basel. 1934, Sie können sehen, es geht hier um den sozialen Frieden. Es ist beim sozialen Frieden eben wichtig, dass die verschiedenen Interessen eingebunden werden und auch die Fachleute. Es ist nicht so, dass diese Menschen, die dort sind, nur Partei wären, sondern sie sind Fachleute, die von den verschiedenen Parteien gestellt werden und das gibt eine Akzeptanz der Entscheide. Wenn wir hier einfach eine Bürokratie haben, wo einfach Leute aufgrund eines fachlichen Kriteriums alleine gewählt werden, dann wird das eben der Sache nicht dienlich und insbesondere natürlich auch nicht dem sozialen Frieden. Und deshalb bitte ich Sie, sich das nochmal gut zu überlegen, ob Sie bei dieser Motion vielleicht nicht doch das Abschreiben unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Herr Pfister, geht es bei den klassischen tripartiten Kommissionen auch um Verbandsbeschwerden?

Pascal Pfister (SP): Nein, das geht es nicht, aber es gibt klare Trennungen, wer Einsitz hat in der Wohnschutzkommission. Das wurde ja vielfach diskutiert und auch so umgesetzt. Es ist nicht so, dass die Menschen, die Verbandsbeschwerde machen, Einsitz haben in der Wohnschutzkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um 2 Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007234, 24.09.25 11:23:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Fristerstreckung entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 11:24:02, 23.5573.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Damit kommen wir zur dritten Motion in diesem Kontext. Die vorliegende Motion fordert eine Revision der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen. Durch Anpassungen von Gesetz und Verordnung sollen energetische Verbesserungen einer Liegenschaft keiner Bewilligungs- oder Meldepflicht in Bezug auf die Erhöhung der Mietzinsen unterliegen. Diese Befreiung soll ausschliesslich für bauliche Massnahmen gelten, die unmittelbar mit der energetischen Verbesserung der betroffenen Liegenschaften zusammenhängen. Weitere Massnahmen sollen nicht betroffen sein, auch wenn sie in einem gemeinsamen Umbau- oder Sanierungsprojekt ergriffen werden.

Der Regierungsrat hat bereits in seinem Schreiben vom 17. April 2024 festgehalten, dass es kompliziert sein kann, eine klare Abgrenzung zwischen energetischen baulichen Massnahmen und anderen baulichen Massnahmen zu ziehen. Energetische Sanierungen erfolgen oft im Rahmen einer Gesamtsanierung. Wenn beispielsweise bei einem Dachstockausbau das Dach auch energetisch ertüchtigt wird, verschwimmen die Grenzen zwischen energetischen und nicht energetischen baulichen Massnahmen. Trotzdem muss jeweils die gesuchstellende Eigentümerschaft entscheiden, ob einzelne bauliche Massnahmen bewilligungspflichtig sind oder eben nicht. Auch bei der Aufteilung von Kosten der Projektplanung kann die Abgrenzung zu Schwierigkeiten führen.

Der Regierungsrat hat die schon mehrfach erwähnte Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung beschlossen, die am 1. November in Kraft tritt, und bei dieser Teilrevision wurden auch die Anliegen dieser Motion so weit, wie das im Rahmen der

Verordnungsänderung möglich war, berücksichtigt. Die Bewilligungserteilung für klassische energetische Sanierungsmassnahmen wird durch die Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung signifikant vereinfacht. So besteht neu die rechtliche Vermutung, dass energetische Sanierungsmassnahmen dem Wohnschutz entsprechen. Für energetische Sanierungsmassnahmen können also per 1. November 2025 mietrechtentsprechende Mietzinsaufschläge bewilligt werden. Mit der Revision konnte zudem klargestellt werden, dass anfallende Kosten im Zusammenhang mit der Installation und mit dem Erhalt von PV-Anlagen von den Melde- und Bewilligungspflichten des Wohnraumfördergesetzes vollumfänglich ausgenommen sind.

Darüber hinaus wird die gesetzlich vorgegebene Eintretensvoraussetzung einer bedeutenden Energieeinsparung für das umfassende Bewilligungsverfahren neu konkretisiert. Das umfassende Bewilligungsverfahren wird zukünftig grundsätzlich nur dann angewendet, wenn durch die zu bewilligenden baulichen Massnahmen insgesamt mindestens 15% Betriebsenergie eingespart werden. Der erforderliche Nachweis dafür wird standardisiert, um die Bewilligungserteilung absehbarer und das Bewilligungsverfahren effizienter zu gestalten. Eigentümerschaften gewinnen damit an Planungssicherheit, gleichzeitig wird bei umfassenden Gebäudeüberholungen in einem klar definierten Rahmen gefordert, dass energetische Sanierungsmassnahmen ergriffen werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, mit der Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung die in der Motion angesprochenen Hemmnisse gegen energetische Sanierungen innert kurzer Frist wirksam abzubauen und damit einen wichtigen Beitrag auch für die Erreichbarkeit der in der Kantonsverfassung festgehaltenen Netto-Null-Ziele zu leisten. Trotzdem, auch hier ist die Motion nicht vollständig umgesetzt, weil energetische Sanierungsmassnahmen melde- bzw. auch bewilligungspflichtig bleiben. Wenn man dies ändern möchte, dann ist weiterhin eine Revision des Wohnraumfördergesetzes erforderlich.

Die vollständige Melde- und Bewilligungsbefreiung energetischer Sanierungsmassnahmen ist mit recht komplexen Vollzugs- und Rechtsfragen verbunden und auch diese Arbeiten müssten dann sorgfältig mit den weiteren hängigen Motionen im Bereich der Wohnschutzbestimmungen abgestimmt werden. Deshalb auch hier der Antrag, wenn Sie die Anliegen der Motion so zu 100% weiterverfolgen wollen, dann bräuchten wir eine Fristverlängerung um zwei Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich möchte Ihnen gerne etwas zitieren: Energetische Sanierungen von Mehrfamilienhäusern bieten Dank Steuerabzügen, Subventionen und einhergehenden Mietzinserhöhungen in vielen Fällen attraktive Renditen. Bei Einsatz von Fremdkapital lässt sich durchaus eine Eigenkapitalrendite einer Sanierung im tiefen zweistelligen Bereich erzielen. Zitat Ende. Das stammt aus einem Bericht der UBS aus dem Jahr 2021 namens Nachhaltigkeit und Renditeliegenschaften optimieren beim Sanieren. Dabei geht es nicht konkret um Klimaschutzmassnahmen, sondern darum, die Rendite zu optimieren. Dieser Bericht ist gerade in Anbetracht der Diskussion um die Motion Rechsteiner von grundlegender Bedeutung, denn er zeigt auf, dass viele grün angemalte, zum Teil unnötige energetische Sanierungen in Zeiten von Wohnungsnot im urbanen Umfeld dazu missbraucht werden können, um die Mietzinsen zu erhöhen. Das bedeutet, wenn energetische und klimafreundliche Sanierungen aus dem Wohnschutz ausgenommen werden, so wie es die Motion verlangt, dann würden den Investoren hohe Renditeaussichten winken.

Ich möchte Sie jetzt nicht mit einer mietrechtlichen Lektion langweilen, daher ganz kurz die Frage, sind zweistellige Renditen nach Obligationenrecht überhaupt zulässig? Die Antwort ist Nein, sie sind missbräuchlich, aber wo kein Kläger, da kein Richter. Deshalb muss Ihnen klar werden, was das für Mieter*innen bedeuten würde, massive Mietzinserhöhungen und sogar wieder Massenkündigungen. Darum ist es wichtig, unabhängig davon, ob wir die neue Verordnung gut finden oder nicht, dass energetische und klimafreundliche Sanierungen innerhalb des Wohnschutzes bleiben und von der Wohnschutzkommission beurteilt werden können. Sie dürfen nicht als Vehikel für Renditeoptimierungen dienen, sondern müssen dem Klima- und dem Mietwohnschutz dienen. Die Investoren erzielen auch mit unserem bestehenden Wohnschutz ihre angemessene Rendite, aber sicher nicht im zweistelligen Bereich.

Deshalb wird meine Fraktion BastA diese Motion als erledigt abschreiben und das ist unser Antrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ich glaube, Patrizia Bernasconi hat sehr eindrücklich beschrieben, in welchem Kontext wir uns hier bewegen. Und ich finde, bei dieser Motion von Niggi Rechsteiner ist jetzt wirklich die Grundsatzfrage zu stellen, und das hat Conradin Cramer sehr schön eingeführt, ich bin nicht mehr sicher, er hat gesagt, diese Motion ist zu 90% erfüllt. Und ja, ich sage Ihnen, das, was jetzt in der Verordnung festgehalten ist, notabene mit dem alten Gesetz, das macht mir Bauchweh. Das macht der SP Bauchweh. Das wird auch Mieterinnen und Mieter dieser Stadt Kopfzerbrechen bereiten. Aber das wäre jetzt

genau der Punkt gewesen, wenn dieser Damm nicht gebrochen wäre, wo man durchaus hätte sagen können, gut, die Regierung und die Verwaltung haben entschieden, wir lassen diese Stadt mal zwei Jahre mit Rechtssicherheit und schauen, was passiert.

Genau diesen Punkt, wie die Regierung das versucht hat, in der Verordnung umzusetzen, den hätte ich persönlich und sicherlich auch andere hier drin kritisch begleitet. Ja, wir werden ihn auch zukünftig kritisch begleiten, weil ich glaube, hier wichtig, man kommt sehr schnell an diesen Punkt und das hat Conradin Cramer auch gesagt, wir haben die Verordnung hier entscheidend und signifikant geändert. Bei diesen sogenannten ökologischen Sanierungen operieren wir ganz schnell, nicht mehr nach der alten Systematik. Da sage ich persönlich leider, aber ich wäre bereit gewesen, das zu evaluieren. Und jetzt 90% erreicht, aber man macht einfach weiter. Man kriegt nicht genug, man bietet nicht die Hand, zu sagen, okay, reden wir. Es wird alles in die Zukunft verlagert. Pascal Messerli und Michael Hug, ja, natürlich wird sich die BRK dann über diesen Scherbenhaufen dann nochmals beugen, aber diese Motionen zielen, und das sieht man hier, auf das Gesetz. Und das ist das Problem.

Inhaltlich sind wir weit. Es ist ein Riesenzugeständnis. Es ist auch eine Riesenleistung, wie die Verwaltung Verordnungen konzipieren kann, wenn sie Gesetzestexte nimmt und die interpretiert. Und ich hoffe schon, und das wäre einfach mindestens ein Zeichen, jetzt geht es nur noch um Symbolik, dass man diese Motion wirklich fliegen lässt. 90% erfüllt, gut ist, und dass man die nicht in diesem Paket reinpackt. Und was heisst dann das? Ich habe gesagt, es waren mal fünf, drei sind jetzt da, zwei gingen verloren auf der Strecke. Ich meine, es kommt ja so oder so noch Zeugs. Gut, vielleicht inhaltlich hoffe ich dann, dass man dann auch nochmals überprüft, um was ging es bei den anderen zwei. Aber wenn man die jetzt heute nochmals überweist, ich weiss nicht, wie man die materiell wirklich noch mehr erfüllen kann.

Ich plädiere und appelliere wirklich an alle hier drin, lassen wir diese fallen. Und diese Eintrittsschwelle, das ist wirklich ein Geschenk. Und nicht ein Geschenk an die Mieter*innen, das ist ein Geschenk an die Menschen, die wieder nach dem alten, und ja, ich meine Patrizia Bernasconi hat es gesagt, aus welchen Motiven auch ökologisch saniert wird. Wir sind alle hier drin für ökologische Sanierungen, aber die SP-Fraktion steht für Klimagerechtigkeit und zur Klimagerechtigkeit gehört auch der soziale Wohnschutz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich beginne mein Votum oder ich stelle es unter den Grundsatz, dass energetische Sanierungen ja nicht per se ein Gewinn für den Vermieter, sondern ja auch für die Mieter sind und auch der Klimaschutz damit gewahrt wird. Ich danke dem Regierungsrat für die vorliegende Zwischenbilanz zu den Arbeiten im Zusammenhang mit der Forderung einer Gesetzesänderung des Wohnraumfördergesetzes in Bezug auf energetische Sanierungen. Es ist sehr positiv, dass eine umfassende Auslegeordnung zum Wohnraumschutz in Auftrag gegeben wurde und dass die daraus gewonnenen Erkenntnisse bereits zu Massnahmen auf Verordnungsstufe geführt haben. So konnte ein erster, wenn auch ein kleiner Schritt in die richtige Richtung getan werden. Die Revision soll verschiedene Vereinfachungen und etwas mehr Rechtssicherheit bringen. Besonders hervoreben möchte ich die Anpassungen im Bereich der energetischen Sanierungen, worum es jetzt hier geht.

Mit der Teilrevision der Wohnschutzverordnung erhält die Wohnschutzkommission neu die Möglichkeit, mietkonforme Mietzinsaufschläge für energetische Sanierungsmassnahmen zu bewilligen. Künftig kann auch das umfassende Bewilligungsverfahren angewendet werden, wenn die baulichen Massnahmen eine bedeutende Energieeinsparung von mindestens 15% generieren. Diese Standardisierung macht das Verfahren absehbarer und effizienter und gibt den Eigentümer*innen endlich etwas mehr Planungssicherheit. Trotzdem sei hier zu erwähnen, dass bei bereits optimierten Liegenschaften, also von den vorbildlichen Liegenschaftsbesitzer*innen, der Wert kaum erreicht werden kann. Weitere Anpassungen führen dazu, dass Mietzinsaufschläge für ökologische Sanierungen eher bewilligt werden als herkömmliche bauliche Massnahmen. Damit werden glücklicherweise zusätzliche Anreize für ökologisch sinnvolle Investitionen gesetzt. Auch die Entlastung durch den Wegfall der Melde- und Bewilligungspflicht für PV-Anlagen ist richtig und wichtig.

Doch damit sind die Probleme nicht gelöst, wir haben es schon in der vorherigen Debatte gehört. Die geltenden Wohnschutzbestimmungen bremsen Bauprojekte weiterhin aus, führen in weiten Teilen noch immer zu Rechtsunsicherheit und verursachen bei der Bau- und Immobilienwirtschaft wie auch bei zahlreichen Handwerksbetrieben Auftragsverschiebungen und Umsatzeinbussen. Für die Betriebe sind Planungssicherheit und klare Verfahren entscheidend, um Investitionen nicht weiter hinauszuschieben.

Wir stimmen diesem Aufschub von zwei Jahren etwas zähneknirschend zu, da wieder zwei Jahre vergehen. Entscheidend ist, dass die zusätzliche Zeit konsequent genutzt wird, um praxistaugliche, ausgewogene Lösungen vorzubereiten, die sowohl dem Anliegen des Wohnschutzes, und das will ich hier auch betonen, zugunsten der Mieter*innen, als auch den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht werden. Die Probleme sind akut, sie verlangen rasches Handeln, nicht zusätzliche Verzögerungen. Die energetischen Sanierungen unterstehen weiterhin einer Bewilligungspflicht, obwohl die Motion explizit

deren Befreiung gefordert hat. Das Verfahren bleibt administrativ auch weiterhin aufwendig. Ich möchte daran erinnern, dass der Regierungsrat selbst den Rückstau bei Unterhalts- und Sanierungsarbeiten beklagt hat, auch bei ökologischen und energetischen Massnahmen. Mit einer zweijährigen Fristverlängerung sind noch keinerlei Impulse für das Gewerbe gesetzt.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, wir erwarten, dass die gewonnene Zeit nicht nur verwaltet, sondern aktiv genutzt wird, um raschgriffige Vorschläge zu unterbreiten. Anpassungen der Wohnschutzbestimmungen verhindern Umsatzeinbussen und sind ein wichtiger Hebel, um die Klimaziele zu erreichen.

Erlauben Sie mir auch noch eine Anmerkung auf die vorherige Debatte an die Adresse der sehr engagierten Wohnschutzvertreter*innen. Wenn wir sachlich bleiben, so hat die Motion das Ziel, Anreize zur Erreichung der Klimaziele zu schaffen. Es ist nicht ein Trick über die Hintertür für Gewinnmaximierer*innen. Mich stört, dass Sachfremde argumentieren, mit dem das Feindbild Vermieter zementiert wird. Das ist für mich überholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum, deshalb kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um 2 Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007236, 24.09.25 11:41:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Fristerstreckung entschieden mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen.

Es gibt einen Ordnungsantrag von Raoul Furlano, die Nachmittagssitzung abzusagen und die Geschäfte zu vertagen. Er darf begründen.

Raoul I. Furlano (LDP): Machen wir es ganz kurz, ich möchte es auch nicht lange begründen. Es geht einfach darum, dass wir gesehen haben, dass die nachmittags traktandierten Geschäfte relativ unbestritten sind und die Redezeit damit vielleicht auch überdenkt werden kann, dass wir uns da ein bisschen kürzer halten, wenn man daneben noch arbeitstätig ist. Danke fürs Abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber will einen Gegenantrag stellen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für den Gegenantrag, dass wir eine Nachmittagssitzung haben, denn es ist spannend heute Nachmittag. Heute ist auch die Politik vor dem Rathaus und ich finde, man sollte die Geschäfte einmal alle bereinigen, damit wir ein frisches Hausaufgabenheft haben und im Oktober ohne all die Geschäfte starten können. Und an meinen Vorredner, ich weiss ja nicht, Sie haben schon geplant, der Tag ist frei, aber heute ist Grossrat bis um 5 Uhr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Absage der Sitzung, NEIN heisst Durchführen der Sitzung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 48 Nein, 12 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007238, 24.09.25 11:43:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Sitzung am Nachmittag durchzuführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Sitzung durchführen mit 48 Nein-Stimmen gegen 30 Ja-Stimmen bei 12 Enthaltungen.

51. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern, Schreiben des RR

[24.09.25 11:43:55, 23.5051.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

52. Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 11:44:23, 22.5392.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Wünscht Herr Atici das Wort? Er wünscht es.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dieser Motion fordern die Bau- und Raumplanungskommission und die Bildungs- und Kulturkommission die Planung von genug Schulräumen für die Schülerinnen und Schüler in Basel. Ich kann Ihnen versichern, dass der Regierungsrat dieses Anliegen vollumfänglich unterstützt. Damit der Schulraumbedarf besser prognostiziert werden kann, wurde der Prozess mit dem Statistischen Amt und der Abteilung Städtebau verbessert. Wie im Schreiben dargelegt, werden bei der Schulraumplanung die Bedingungen der Motion schon heute weitestgehend berücksichtigt. Die Vorlage einer Investitionsplanung im Sinne der Motion würde daher wenig Neues zutage fördern. Die Beantwortung des Anzugs Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive könnte zudem die Investitionsplanung stark verändern. Es ist wichtig, dass beide Geschäfte gleichzeitig beantwortet werden. Eine versetzte Bearbeitung würde überschneidende Prozesse ergeben zu sehr ähnlichen Themen. Aus Gründen der Effizienz und der Ressourcen macht die Gleichzeitigkeit also Sinn. Zudem kann so eine fundierte Aussage zur zukünftigen Planung gemacht werden und keine Schnellschüsse unter Zeitdruck.

Mit der Annahme des Ratschlags zur integrativen Schule wurde ein Prozess für eine umfassende Nutzungsplanung ausgelöst, der aktuell läuft. Auch darum ist es sinnvoll, beide Geschäfte gleichzeitig zu bearbeiten, weil es für die integrative Schule Anpassungen braucht, die bei einer kürzeren Bearbeitung nicht mitgenommen werden konnten. Zudem zeichnet sich ab, dass sich bei der Tagesstruktur jetzt schon ein höherer Bedarf ergibt als die 33%. Hinzu müssen Überlegungen für einen Ausbau des Angebots gemacht werden und der entsprechende Raumbedarf verifiziert werden. Für eine umfassende und

fundierte Beantwortung der beiden Geschäfte spielen sehr viele Komponenten mit. Es wäre nicht zielführend, zweigleisig zu fahren.

Der Regierungsrat beantragt daher, die Frist zur Erfüllung des Anliegens der Bau- und Raumplanungskommission und der Bildungs- und Kulturkommission um zwei Jahre zu erstrecken und gemeinsam mit dem Anzug Erich Bucher und Konsorten zu beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Der Regierungsrat beantragt, wir haben es gerade gehört, die Frist zur Erfüllung der Motion für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, welche die Bau- und Raumplanungskommission und die Bildungs- und Kulturkommission gemeinsam eingereicht haben, um zwei Jahre zu verlängern. Er begründet dies damit, dass die Beantwortung der Motion gleichzeitig mit der Antwort zum pendenten Anzug von Erich Bucher und Konsorten zur neuen Schulraumoffensive erfolgen kann. Die BKK hat die Antwort des Regierungsrats eingehend diskutiert und hält sie für unbefriedigend und unverbindlich. Ja, es fehle der Wille, findet die BKK, konkrete Schritte einzuleiten und Veränderungen herbeizuführen. Dadurch wird die Weiterentwicklung der integrativen Schule unnötig aufgehalten.

Als Vizepräsidentin der BKK beantrage ich Ihnen daher, die Frist zur Erfüllung der Motion nur um ein Jahr zu verlängern. Gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 19. Dezember 2024 ist die Antwort des Regierungsrats auf den Anzug von Erich Bucher und Konsorten bis Ende 2026 zu erwarten. Damit erhält der Regierungsrat ein Jahr Zeit, um beide Geschäfte gemeinsam zu beantworten. Ich danke Ihnen für die Unterstützung bei diesem Antrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion sowie der GLP-Fraktion, für die ich hier auch reden darf, möchte ich Sie bitten, die vorliegende Motion ein weiteres Mal stehen zu lassen und ebenfalls dem Antrag der BKK, den wir soeben gehört haben, zuzustimmen, die Frist auf ein Jahr zu beschränken. Ich möchte hier aber auch noch ein paar inhaltliche Sachen zu der Antwort des Regierungsrates sagen.

Grundsätzlich begrüssen wir diese Antwort sehr und wir schätzen es zu lesen, dass unser Anliegen einer langfristigen und vorausschauenden Schulraumplanung ernst genommen wird. Die Schulraumplanung ist ja insbesondere im Hinblick auf Transformations- und Entwicklungsareale bislang gescheitert. Wir sagen Eltern, die auf der Erlenmatt wohnen, dass ihre Kinder keinen Platz im Erlenmattschulhaus haben. Das ist schlicht für niemanden nachvollziehbar, wie so etwas geschehen kann. Und glauben Sie mir, für diese Eltern ist es leider auch nur ein schwacher Trost, dass die Prognosemethodik inzwischen verbessert wurde, auch wenn ich das natürlich mit etwas Abstand durchaus differenzieren kann, dass es sich da um eine ältere Planung gehandelt hat.

Für uns sind jetzt zwei Dinge zentral. Erstens, dass sich diese Planungsfehler nicht wiederholen, und zweitens, dass überall dort, wo bereits Unterversorgung herrscht, das heisst also in allen Quartieren, so schnell wie möglich Entlastung geschaffen wird. Für den ersten Punkt ist diese Anpassung der statistischen Berechnungen zu den Schüler*innenprognosen eine zentrale Voraussetzung. Wir begrüssen diese Anpassung darum sehr. Es wäre wichtig, dass zu diesem Thema aber im Rahmen einer Berichterstattung auch aufgezeigt würde, wie dieses Modell weiter verfeinert wird und dass auch regelmässig reflektiert wird, wie sich die Prognosen der letzten Jahre dann eben bewahrheitet haben oder auch nicht.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, dass ich persönlich immer noch etwas skeptisch bin, ob nun tatsächlich grosszügig genug geplant wird. Denken wir etwa an die Debatte um das Schulhaus Walkeweg zurück, dort wurde nur auf Drängen der Bau- und Raumplanungskommission die Ausschreibung mit der Option auf Erweiterung um einen zusätzlichen Klassenzug gemacht. Das war also ein krasser Widerspruch zu diesem unverrückbaren Credo, es werde kein Schulraum auf Vorrat gebaut. Nun siehe da, wenige Jahre später, noch immer in der Planungsphase, ist diese Reserve bereits aufgebraucht, der zusätzliche Klassenzug wird realisiert, was eben heisst, dass diese Planungsreserve, die eigentlich für die nächste Generation gedacht war, dass diese jetzt schon aufgebraucht wird.

Ich möchte betonen, dass wir gerade bei Beispielen, die jetzt in Planung sind, also beim Walkeweg, nicht nur darauf hoffen, sondern wirklich erwarten, dass jedes einzelne Kind, das künftig auf dem Areal Walkeweg wohnt, dort auch einen Platz im Schulhaus finden wird. Es ist nämlich kein Problem, wenn es in diesem Schulhaus dann einen Gemeinschaftsraum zu viel hat, aber es wird schnell zu einem sehr grossen Problem, wenn es wieder zu wenige Klassenzimmer hat. Ich möchte hier auch noch einmal betonen, dass es nicht primär um ein Bauen um Vorrat geht, sondern es geht um ein Planen auf Vorrat. Wenn sich über fünf Jahre hinweg ein höherer Bedarf bestätigt, dann ist es doch ökonomischer Irrsinn, bei der Realisierung

eines neuen Baus keine Reserven einzuplanen. Wenn bauen, dann bitte genug, sonst drehen wir uns ewig weiter in diesem Kreisel.

Gut, kommen wir zum zweiten Punkt, nämlich eben dem aktuellen Handlungsbedarf, der ja eben nicht nur langfristig auf den Arealentwicklungen besteht. Es sind jetzt aktuell in zahlreichen Schulhäusern alle Gruppen- und Spezialräume in Klassenzimmer umgenutzt. Jetzt aktuell platzen die Tagesstrukturen aus den Nähten, jetzt aktuell kommen noch die neuen Vorgaben zur integrativen Schule dazu. Wir haben das eben schon gehört von dem Regierungsrat, das sind weitere Anforderungen, die an den bestehenden und an den geplanten Schulraum gestellt werden.

Wir begrüssen es darum auch, wenn diese beiden Vorstösse gemeinsam beantwortet werden, sind aber auch der Meinung, dass sowohl die Frist des Anzugs Erich Bucher in etwa einem Jahr eigentlich zu beantworten wäre wie auch die Frist unserer Motion, die eigentlich zwei Jahre verlangt hatte, dann aber quasi in einem Jahr innert vier Jahren beantwortet wäre. Wir denken auch, es ist dringend angezeigt, hier vorwärts zu machen, weil wir ja, wenn die Motion beantwortet wird, noch keine Umsetzung haben, sondern erst die Planung der Umsetzung. Das heisst, die Planung nicht weiter auf die lange Bank schieben, sondern jetzt vorwärts machen und überweisen mit einem Jahr Frist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz, die Aussage, dass wir die Weiterführung der integrativen Schule unnötig verlängern, das akzeptieren wir nicht. Wir arbeiten sehr intensiv daran, dass wir diese Massnahmen zügig umsetzen. Wir wollen einfach für eine bessere Planung konkrete Zahlen zum Raumbedarf haben und dann so weiterfahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um 1 Jahr, NEIN heisst Fristerstreckung 2 Jahre.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 85 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007241, 24.09.25 11:55:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um 1 Jahr zu verlängern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich einstimmig für eine Fristerstreckung um ein Jahr entschieden.

53. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre, Stellungnahme des RR

[24.09.25 11:55:58, 25.5087.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 28. Sitzung

11:56 Uhr

Protokoll

der 29. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 24. September 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Lydia Isler-Christ (LDP), Patrizia Bernasconi (BastA!), Leonie Bolz (SP), Stefan Wittlin (SP), Laurin Hoppler (Grüne/jgb), Lea Wirz (Grüne/jgb), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP), Jenny Schweizer (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

54. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR 3
55. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende, Schreiben des RR 6
56. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest), Schreiben des RR 6
57. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf, Schreiben des RR 7
58. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR 7
58.1. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR 8
59. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend grenzüberschreitende öV-Tarife, Zwischenbericht des RR ... 8
60. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR 8
61. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Erschliessung des Bachgrabenareals, Schreiben des RR 11
62. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Veloständer in der Streitgasse, Schreiben des RR 12
63. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz, Schreiben des RR 12
64. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Veloständer auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten, Schreiben des RR 13
65. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR ... 14
66. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR 14
67. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung, Schreiben des RR 16
68. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG, Stellungnahme des RR 17
69. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen, Schreiben des RR 18
70. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport, Schreiben des RR 18

Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 24. September 2025, 15:00 Uhr

54. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR

[24.09.25 15:00:01, 25.5088.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 54.

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene spielen mit Begeisterung Fussball. Das ist sehr erfreulich. Es ist dem Regierungsrat jedoch bewusst, dass die Rasenfelder stark ausgelastet sind. Wir benötigen Massnahmen zur intensiven Nutzung und zum Kapazitätsausbau der begrenzten Sportflächen. Was wurde bereits gemacht. Zusammen mit den Sportvereinen und dem Fussballverband Nordwestschweiz sind organisatorische Massnahmen erarbeitet worden. So werden zum Beispiel die Meisterschaftsspiele auf die Wochenenden gelegt oder Juniorinnen und Junioren trainieren auf einem Viertelfeld. Diese Massnahmen lassen sich schnell umsetzen. Sie gelten ab dem Wintersemester 2025/2026. Im Stadion der Sportanlage Rankhof wird aktuell ein Kunstrasenfeld gebaut, zudem wird im kommenden Winter auf dem Rankhof eine mobile Beleuchtungsanlage getestet.

Was ist in Planung. Im Zentrum steht der Bau von Kunstrasenfeldern. Der Regierungsrat will auf den Sportanlagen Bachgraben, Bäumlihof, Pfaffenholz, Rankhof, zusätzlich zum Feld im Stadion, Schorenmatte und Schützenmatte sowie St. Jakob je ein neues Kunstrasenfeld bauen. Das BVD, ED und FD arbeiten im Drei-Rollen-Modell eng zusammen. Bis im Frühling 2026 wird ein Ratschlag zur Projektierung der Kunstrasenfelder ausgearbeitet. Die Erweiterung der Verbesserung der Fussballinfrastruktur ist somit im Gang. Der Regierungsrat weiss, dass die Kapazität aufgebaut werden muss und treibt diesen Ausbau voran.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, die Motion Eberhard als Anzug zu überweisen. Gerne berichten wir Ihnen in zwei Jahren über den Stand der Umsetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich möchte Ihnen für BastA beliebt machen, dass Sie die Motion von Melanie Eberhard als Motion stehen lassen. Inhaltlich sind wir hoffnungsvoll, dass die Anliegen, mehr Sportflächen für den Breitensport zu generieren, auch wirklich ernst gemeint sind. Hier haben wir eigentlich keine Zweifel. Die Petition zur Schützenmatte aber, die ebenfalls mehr Möglichkeiten, und zwar erfolgreich mehr Möglichkeiten für das wilde Spielen erlaubt, zeigt hier, dass der Kanton zwar willig ist, aber wie das Bild zeigt, es zwar toll ist, dass die versprochenen Goals aufgestellt wurden, aber wie Sie hier eben sehen, fast den ganzen Sommer leider nicht zu benutzen waren, weil der Rasen geschont werden musste. Und das sah mehrere Wochen lang so aus, also es ist wirklich schade.

Hier möchten wir deshalb erst sicher sein, dass die Motion wirklich sinnig erledigt wird, bevor wir sie als Anzug überweisen. Deshalb, bitte überweisen Sie weiterhin diese Motion als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Ich spreche auch für die Fraktion der GLP. Die SP-Fraktion beantragt Ihnen die Weiterbearbeitung als Motion und eigentlich kann ich mich relativ kurz halten, es gibt einen ganz einfachen Grund dafür. Wir haben es in der Stellungnahme gelesen und auch jetzt gerade von Regierungsrat Atici gehört, es wird schon sehr viel in diese Richtung unternommen. Die Forderung war, uns konkrete Schritte zu zeigen, wie man das machen könnte, und das hat der Regierungsrat getan. Die Nutzzeiten, also die Organisation der Nutzzeiten wird angegangen, die Kunstrasenfläche soll verdoppelt werden, man ist ja auch schon etwas am Tun, und diese mobile Beleuchtung. Das ist eigentlich alles das, was die Motionär*innen gefordert haben und deswegen finden wir es nur stimmig, wenn wir dies einfach umsetzen.

Wichtig ist noch, in der Motion steht drin, dass die Vereine eingebunden werden sollen. Das ist bisher auch geschehen, das soll auch weiterhin so bleiben. Gestern war ich noch auf der Webseite des Fussballverbands Nordwestschweiz und habe von Hand die baselstädtischen Vereine gezählt. Ich habe mich ab und zu verzählt, aber ich bin etwa auf 40 Vereine gekommen. 40 Vereine, die aktiv sind, die zum Teil Junior*innen-Abteilungen haben, mehrere aktive Teams, das sind viele Teams, es ist völlig klar, es werden noch mehr und mit diesen zusammen ist es wichtig zu kooperieren und dann kommt sicher etwas Gutes raus.

Ich finde es recht, also nein, es ist nicht lustig, ich finde es sehr gut, wie einig wir uns hier eigentlich sind, also die Stellungnahme ist sehr deckungsgleich mit der Motion und deswegen möchten wir einfach, dass das verpflichtend umgesetzt wird, was der Regierungsrat sowieso schon angestossen hat. Deswegen die Weiterbearbeitung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Es wurde jetzt bereits viel von meinen Vorrednern gesagt. Wir haben das Anliegen bereits mehrfach, das hat auch Regierungsrat Atici ausgeführt, hier in diesem hohen Hause besprochen. Ich glaube, es ist jetzt überall angekommen, auch im Erziehungsdepartement, dass der Ausbau der Sportflächen ein Anliegen ist, das breit abgestützt ist und das sich auch alle wünschen und dass hier dringender Handlungsbedarf vorhanden ist. Wir haben nun diese Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Eberhard. In dieser Stellungnahme geht der Regierungsrat darauf ein, Mustafa Atici hat es jetzt auch noch einmal in seinem Votum erwähnt, dass im Frühjahr 2026 ein Ratschlag zur Projektierung kommen wird. Mit dieser Aussage hat er meine Fraktion eigentlich überzeugt, dass man seinem Antrag auf Anzug folgen kann. Wir finden es grundsätzlich vom Anliegen her so, dass man sagen könnte, als Anzug weiterbehandeln kommt vielleicht auf dasselbe darauf an, wenn wir den Worten von Mustafa Atici Glauben schenken wollen. Ich habe keinen Zweifel für den Moment. Gleichzeitig kann man natürlich auch argumentieren, dass, wenn wir es als Motion überweisen, vielleicht der Druck ein wenig stärker aufrechterhalten bleibt. Ich kann persönlich mit beidem leben.

Die SVP-Fraktion unterstützt aktuell dennoch den Vorschlag des Regierungsrates, aber ich glaube, unabhängig davon, ob wir heute für Motion oder Anzug uns als Parlament aussprechen, wäre es schon unser Bestreben oder unser Anliegen, dass dieser Projektierungsratschlag etwas rascher vorliegt. Ich muss Ihnen ehrlich gestehen, ich verstehe nicht, weshalb das so lange dauern muss. Es ist keine Raketenwissenschaft, es geht darum, auf bestehenden Sportflächen ein bestehendes Rasenfeld zu Kunstrasenfeldern umzuwandeln. Das geht bei der einen oder anderen Anlage etwas schneller als vielleicht bei der anderen, einverstanden, aber dass die Projektierung nun möglichst rasch in das Parlament kommen kann, dass die Projektierung auch möglichst rasch durch das Parlament beschlossen werden kann, das scheint mir doch sehr wichtig zu sein. Weil ja nur mit der Projektierung allein ist es noch nicht getan, das löst ja danach erst das ganze Projekt letztlich aus und das Projekt, das kennen wir aus anderen Baugeschäften in diesem Parlament im Drei-Rollen-Modell, ist damit ja noch nicht beendet, dann beginnt eben erst die Feinarbeit.

Hier würden wir es uns schon wünschen, wenn vielleicht dieser Projektierungsratschlag, der in der Beantwortung der Motion Eberhardt auf Frühjahr oder Frühling 2026 angekündigt wurde, vielleicht eher im ersten Teil des Frühjahrs 2026 uns überwiesen werden könnte, also sprich vielleicht in den ersten zwei bis drei Monaten des Jahres, damit wir auch vor der Sommerpause vielleicht noch einen Entscheid des Parlamentes vorliegen haben. Und wenn das nämlich der Fall ist, dann bin ich der Meinung, das ist jetzt meine persönliche Ansicht, dass es keine Rolle spielt, ob wir diese Motion Eberhard als Motion oder als Anzug weiterbehandeln, weil, das hat auch mein Vorredner Ismail Mahmoud gesagt, der bisherige Austausch zwischen Departement oder Sportamt und den Vereinen funktioniert und ich nicht glaube, dass, wenn wir jetzt quasi den Vorstoss nur als Anzug überweisen, dass dann dieser Dialog zwischen Verwaltung und Vereinen abbrechen wird.

Deshalb glaube ich, das Anliegen ist klar formuliert, unser Wunsch ist, unabhängig ob Motion oder Anzug, dass es rasch vorwärtsgeht. Ich appelliere hier wirklich noch einmal an Regierungsrat Atici, machen Sie hier in Ihrem Departement zusammen mit dem BVD und dem FD rasch vorwärts, ich sage das auch als Direktbetroffener, der auch auf einem Kunstrasen auf der Schorenmatte wartet, damit wir wirklich möglichst rasch auf diesen verschiedenen Sportflächen die Möglichkeit haben, auch in den kalten Monaten trainieren und spielen zu können. Das fängt jetzt an, jetzt sehen Sie, die nächsten Tage können am Wochenende Spiele stattfinden. Es wird jetzt entscheidend sein, wie das Wetter in den nächsten zwei Tagen ist und das ist eben auch die Frage, die sich dann jeweils bei Spielansetzungen erst recht stellt, wenn man über

einen Rasen und nicht über ein Kunstrasenfeld verfügt. Das macht die ganze Koordination auch für das Sportamt letztlich schwieriger, weil in den Wintermonaten dann Vereine nicht auf ihren gewohnten Anlagen spielen können, sondern ausweichen müssen auf Kunstrasenflächen an anderen Stellen und dort wiederum die Belastung der Infrastruktur eben dann auch zunimmt und damit auch der Koordinationsaufwand für das Sportamt.

Deshalb, unabhängig ob Motion oder Anzug, bitte, Herr Atici, machen Sie, ich meine das positiv ausgedrückt, machen Sie vorwärts und bitte bringen Sie uns möglichst rasch diesen Projektierungsratschlag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): So viel Einigkeit war, glaube ich, selten und es wird trotzdem viel darüber gesprochen. Die Fraktion GRÜNE/jgb empfiehlt Ihnen sehr, hier für Motion zu stimmen. Ich war sehr erfreut, als ich den Bericht oder die Stellungnahme des Regierungsrats gelesen habe. Ich bin eigentlich mit allem einverstanden und habe es dann am Schluss eben nicht verstanden, warum er jetzt beantragt auf Anzug, weil er macht schon sehr viel oder eigentlich fast alles, was die Motion von Frau Eberhard verlangt, und von dem her kann man doch jetzt das überweisen als Motion zur abschliessenden Behandlung. Darum in aller Kürze, wir sind dafür, dass das als Motion gemacht wird, auch in der Hoffnung, dass es damit ein bisschen mehr Druck gibt. Es gab ja einige Vorstösse bereits und auch aus eigener Erfahrung kann ich sagen, da herrscht ein gewisser Notstand bei den Sportplätzen für Freizeitvereine, aber auch für offiziell eingetragene Vereine und da sollte man jetzt vorwärts machen und wir unterstützen da die Bestrebungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ja, es ist wieder ein Thema. Wir haben vor ein paar Monaten, vielleicht ist es jetzt sogar schon fast ein Jahr her, einmal geredet, als es um die Fussball-EM der Frauen gegangen ist, dass man hier etwas schafft, das nachhaltig wirken wird, dass wir viele junge Mädchen und natürlich dann auch anschliessend Frauen zum Fussball bringen und dass Sport toll ist, usw. Man hat dort schon einzelne Stimmen gehört, natürlich auch meine, die gesagt haben, das sei super, wenn das stattfindet, aber wo gehen wir denn mit all diesen Mädchen und mit diesen jungen Frauen hin, die Fussball spielen wollen, wir haben ja jetzt schon keinen Platz für die jungen Buben und die jungen Männer, wie soll das funktionieren? Ja, das spielt jetzt nicht so eine grosse Rolle, war dann die Antwort, jetzt freuen wir uns einmal auf die Fussball-EM, dann kommen die Mädchen und die Frauen von alleine und es ist super. Ja, das ist toll, aber wo gehen sie denn trainieren und in welche Vereine sollen sie denn gehen und wo denn? Ja, das ist jetzt nicht so wichtig, jetzt freuen wir uns einfach einmal auf die Frauen-EM.

Ich höre das wahnsinnig gerne von Herrn Atici, dass er hier eigentlich von selber jetzt schon kommt und sagt, ja, wir haben tatsächlich viel zu wenig Sportanlagen. Es geht ja nicht nur um die Fussballplätze, es geht ja auch um die anderen Sportarten, um die Hallen und um die Wasserflächen, was ich ja hier vorne auch schon ein paar Mal gesagt habe. Also ich freue mich wahnsinnig, wenn da etwas läuft. Wir werden immer wieder kommen und ich glaube, das ist tatsächlich sehr breit abgestützt und wenn die Verwaltung in erster Linie zusammen mit der Regierung hier auch vorwärts macht, so fest, wie wir das hier drinnen wollen und so fest, wie das auch die Bevölkerung will, die Sport treibt, mindestens die, dann kommt das gut. Vielleicht noch ein bisschen schneller dürfte es gehen, aber wir sind einmal sicher auf dem richtigen Weg und darum, bleiben wir bei dieser Motion, damit wir das nicht vergessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wo wir tatsächlich einig sind, dass der Bedarf da ist und dass wir auch schnell vorwärts machen müssen. Aber was auch klar ist, einerseits von umwelttechnischen Abklärungen, je nach Rasenfeldern, bis jetzt bestehende Infrastruktur, dass man auch alles so übereinander abstimmt und plant und auch im Drei-Rollen-Modell ausführt, ist es auch sicher Ihnen klar, dass es etwas Zeit braucht. Ob Sie als Motion oder Anzug überweisen, wir müssen in diesem Bereich vorwärts machen und das möchte ich unbedingt sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 60 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007246, 24.09.25 15:17:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 60 Nein-Stimmen gegen 28 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

55. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende, Schreiben des RR

[24.09.25 15:17:16, 23.5298.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

56. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest), Schreiben des RR

[24.09.25 15:17:41, 25.5242.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Sieber (GLP): Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Es ging in der Interpellation darum, herauszufinden, ob der Regierungsrat den Schub vom ESC in der St. Jakobshalle nutzen möchte, um dort ein bisschen die Popkultur weiter hochleben zu lassen. Die Antwort war soweit in Ordnung, er hat zum Ausdruck gebracht, dass er das grundsätzlich befürwortet, und die letzte Frage war dann, ob dann tatsächlich mehr Popkonzerte in der St. Jakobshalle stattfinden werden, und dann war die Antwort, das ist die Erwartung des Regierungsrates. Da habe ich mich gefreut zuerst und dann habe ich aber gedacht, aber Erwartung, wartet er jetzt darauf, bis das geschieht oder ist er auch willig, etwas zu tun und ich denke, er sollte willig sein, etwas zu tun, weil nur warten wird nichts bringen. Deswegen bin ich teilweise zufrieden und ich hoffe, dass das aufgenommen wird und auch etwas geschieht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

57. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf, Schreiben des RR

[24.09.25 15:19:18, 25.5280.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Im September 2024 haben wir hier im Grossen Rat dem Massnahmenpaket für die integrative Schule zugestimmt und damit wurden ja auch Ressourcen gesprochen. Das ED schreibt in der Antwort; zur Umsetzung des Massnahmenpakets hat die Volksschulleitung ein Rahmenkonzept erarbeitet, das den Schulen vorgibt, wie sie die Förderressourcen auch einsetzen dürfen. Ja, leider ist es nur das, es ist nur ein Rahmenkonzept, Vorgaben, wie die Ressourcen eingesetzt werden dürfen. Die Schulleitungen und Kolleg*innen sind dabei, an ihren Schulen Konzepte zu entwickeln nach Bedarf ihres Standortes. Da das ED nur ein Rahmenkonzept erarbeitet hat, ist der Aufwand für einzelne Standorte sehr hoch. In der Interpellation habe ich recht spezifisch nach Kennzahlen gefragt. Das Erziehungsdepartement gibt an, keine Zahlen zu haben, weder zu reduzierten Unterrichtspensen noch zum unfreiwilligen Homeschooling.

Seit Beginn 2025 ist das Massnahmenpaket zur Weiterentwicklung der integrativen Schule umgesetzt. Also wird es umgesetzt. Den Volksschulen stehen damit neue Fördermöglichkeiten zur Verfügung und Ziel ist es hier, die Chancengerechtigkeit weiter zu stärken und für alle Kinder adäquate Fördermöglichkeiten anzubieten. Weil ich von Fällen weiss, die unfreiwilliges Homeschooling machen müssen, respektive mussten, wurde ich etwas hellhörig, wie dies nun im gesamten Kanton so aussieht. Denn dieser Zustand ist unhaltbar. Was wird denn so gemacht im Kanton? Wie kann das ED hier eine Verbesserung erzielen, da ihnen ja die Chancengerechtigkeit auch ein Anliegen ist? Ich zitiere: Die zusätzlichen Ressourcen dienen damit dem Ziel des Regierungsrates, die Chancengerechtigkeit weiter zu erhöhen. Auf der Primarstufe und auf der Sek 1 wurde das sonderpädagogische Angebot ausgeweitet und differenziert.

Ich frage mich nur, wie, aufgrund welcher Indikatoren und welchen Kennzahlen. Ich bin ehrlich gesagt etwas sprachlos, dass das ED hier nicht über Zahlen verfügt. Warum sind die Schulleitungen bei einem solch wichtigen Thema nicht angehalten, dies zu melden? Wenn die Volksschulleitung nichts davon weiss, können sie ja auch nichts verbessern. Noch ist es zu früh, um die Wirkung des Massnahmenpakets zu beurteilen, sagen sie. Wenn man nicht systematisch die Problematik im Detail mit Kennzahlen und klaren Indikatoren angeht, wird die Wirkung zwar beurteilt werden können, aber nicht unbedingt im Sinne, warum wir eigentlich damals die Ressourcen gesprochen haben. Natürlich ist es plausibel, dass einzelne Fälle schulindividuell entschieden werden. Dennoch ist ein Hinweis auf eine geplante Datenerhebung, die nicht aufwendig sein muss, zu erwarten. Ich fordere die Volksschulleitung auf, diesbezüglich nicht im Blindflug unterwegs zu sein, sondern zu wissen, was an den Schulen im Kanton so läuft. Das ED hat keinen Überblick. Wie sollen da die richtigen und wichtigen Massnahmen ergriffen werden können? Zudem fehlt es an konkreten Beispielen, wie Chancengerechtigkeit in der Praxis eigentlich sichergestellt wird.

Die anderen Fragen wurden zum Teil vollständig beantwortet. Trotzdem bin ich, weil die erste Frage eigentlich die wichtigste war, von der Beantwortung nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

58. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:23:27, 19.5447.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist für beide Motionen um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

58.1. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:24:04, 19.5446.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

59. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend grenzüberschreitende öV-Tarife, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:24:06, 16.5502.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt**.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

60. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR

[24.09.25 15:24:34, 25.5146.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte einfach kurz erklären, weshalb wir hier um die Überweisung der Motion als Anzug bitten. Es geht nämlich weniger darum, dass wir die inhaltlichen Anliegen der Motion nicht teilen. Sie können das dem Schreiben entnehmen, dass wir auf ganz verschiedenen Ebenen an praktisch allen Bestandteilen der Motion dran sind. Um ein paar Elemente zu nennen, es geht da einerseits um den Klybeckquai, aber auch um die Grünanlagen in diesem Perimeter, um die Verlagerung der Hafenbahn oder auch die Neuanordnung der Schiffsanlegeplätze.

Sie haben sicher auch im Rahmen der Beteiligungsveranstaltung rund um den Stadtteilrichtplan Klybeck-Kleinhünigen oder auch rund um die Mitwirkung zum Thema Arealentwicklung Klybeckquai-Westquai mitbekommen, dass wir eben intensiv mit den Partnern an diesen Themen dran sind. Fast bei allen Themen sind wir aber wirklich auch auf Partner angewiesen, sei es die SBB, seien es die Schweizerischen Rheinhäfen, seien es die Grundeigentümer wie beispielsweise beim Projekt klybeckplus. Deshalb ist die Motion rechtlich auch nicht zulässig. Wir können nicht in diese Rechte der Eigentümer und der Partner eingreifen, aber wir können Ihnen versichern, dass wir intensiv dran sind. Wir denken auch, dass der Anzug der richtige Weg ist, weil wir eben über diese ganzen Beteiligungen, die im Moment laufen, sicherstellen, dass die Bevölkerung

bei diesen Themen mitsprechen kann. Eine Motion lässt da zu wenig Spielraum und ich denke, es ist auch in Ihrem Sinne, dass die Bevölkerung bei diesen Dingen mitdiskutieren kann.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat um Überweisung als Anzug, damit wir Ihnen in diesem Rahmen regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten berichten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich sehe, das Sitzungsende ist schon in greifbarer Nähe, ich verspreche Ihnen ein kurzes Votum und bitte Sie, diesen Vorstoss abzuschreiben, weder als Motion noch als Anzug zu überweisen. Ein Teil der Forderungen ist ja gar nicht im Kompetenzbereich des Regierungsrats, ein anderer Teil nicht in der Kompetenz des Grossen Rates. Ich spreche da die Verlegung der Stadtreinigung an, da würden wir in die operative Hoheit des Regierungsrats eingreifen. Die restlichen Forderungen sind Selbstverständlichkeiten, respektive, wie der Regierungsrat schreibt, zum Beispiel die Verlagerung der Hafenbahn, Schiffsrochade, die sind ja bereits aktiv im Tun. Das Einzige, was uns von der SVP wirklich erstaunt, ist, dass der Regierungsrat diesen Vorstoss nicht auch abschreiben will, sondern explizit vom Grossen Rat eine Gedankenstütze will in Form eines Anzugs, damit er das ja dann sicher auch macht. Ich will darüber nicht spekulieren, ich habe Ihnen ein kurzes Votum versprochen und ich möchte mir auch nicht einen Ordnungsruf einhandeln. Bitte schreiben Sie diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Schon bei der Debatte um die Erstüberweisung habe ich gesagt, ich mache mir keine Illusionen und ich rechne damit, dass der Regierungsrat diese Motion dann als Anzug weiterbehandeln möchte. Meine Einschätzung war richtig, der Antrag des Regierungsrats lautet auf Überweisung als Anzug, soweit also alles in Ordnung. Aber ich habe bei der letzten Diskussion auch gesagt, dass es mir eigentlich um eine moralische Frage geht. Es geht nämlich darum, wie viele Versprechungen, die im Abstimmungskampf gemacht wurden, eigentlich gelten. Und da ist für mich eben nicht alles in Ordnung.

Was wurde uns nicht alles versprochen, wenn wir nur Ja sagen zum Rheintunnel. Ersatzgrünflächen am Rheinufer. Der Regierungsrat kann nicht dazu verpflichtet werden, denn es braucht dazu die Mitwirkung der betroffenen Privaten und Baurechtsnehmer. Verbesserung des Schallschutzes rheinabwärts der Dreirosenbrücke. Der Regierungsrat kann nicht dazu verpflichtet werden, denn dafür ist der Bund zuständig. Prüfung einer Temporeduktion. Der Regierungsrat kann dazu nicht verpflichtet werden, denn dafür ist der Bund zuständig. Verbindungen für Fussgänger*innen und Velofahrer*innen beim Klybeckrain. Der Regierungsrat kann nicht dazu verpflichtet werden, denn es braucht die Mitwirkung der privaten Grundeigentümer. Ich könnte Ihnen jetzt die ganze Liste vorlesen, ich habe sie vorbereitet, aber ich kürze es jetzt ab. Ich sage Ihnen einfach, diese Forderungen habe ich ja nicht selbst erfunden, ich habe sie mir nicht aus den Fingern gesogen. Sie standen alle im Synthesebericht, der vom Kanton im Auftrag des ASTRA erstellt wurde. All diese Massnahmen wurden der Quartierbevölkerung bei den Informationsveranstaltungen zum Rheintunnel in bunten, freundlichen Visualisierungen schmackhaft gemacht, so als wären sie schon fast real.

Wir haben dabei gemerkt, dass all diese Massnahmen auch ohne die Riesenbaustelle bei der Dreirosenmatte möglich sind und dass es den Rheintunnel dafür gar nicht braucht. Deshalb habe ich diese Motion eingereicht und jetzt stellt sich also heraus, dass es doch nicht so einfach ist mit der Umsetzung dieser Versprechungen. Und das hinterlässt ein ganz schlechtes Gefühl bei mir und bei vielen anderen Aktivist*innen von «Dreirosen bleibt», bei der interessierten Quartierbevölkerung und bei den Nutzer*innen der Dreirosenmatte. Wir stellen uns die Frage, waren diese Versprechungen denn rechtlich nicht zulässig? Wie ernst gemeint waren diese Versprechungen? Wie ernst werden die Bedürfnisse der Bewohner*innen rund um die Dreirosenmatte genommen?

Immerhin ist die Regierung ja bereit, die Anliegen als Anzug weiterzuverfolgen. Jetzt kommt der versöhnliche Abschluss. Ja klar, der Druck für die Massnahmen ist aufgrund des Neins zum Rheintunnel jetzt nicht mehr so gross, aber der Druck der Bevölkerung des Kleinbasels und insbesondere auch der Druck der Kinder und Jugendlichen im Umfeld der Dreirosenmatte, dieser Druck besteht weiterhin. Es gibt einfach zu wenige Grün- und Freiflächen, es braucht dringend mehr davon und es braucht eine Aufwertung dieses Gebietes. Bitte nehmen Sie das ernst und bitte treiben Sie die erwähnten Massnahmen ernsthaft voran.

Mit diesem Appell erklären wir uns bereit, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Das Gebiet rund um die Dreirosenanlage ist ein zentraler Raum für die Quartierbevölkerung in unserer Stadt. Hier leben viele Familien, Kinder und Jugendliche. Gerade in einem dicht bebauten Gebiet mit wenig Frei- und Grünflächen ist es von besonderer Bedeutung, dass wir die Lebens- und Aufenthaltsqualität gezielt verbessern. Die Motion nimmt wichtige Anliegen auf, die bereits im Rahmen der Testplanung zum Rheintunnel entwickelt wurden. Ersatzflächen am Rhein, bessere Verbindungen für Fuss- und Veloverkehr, eine Aufwertung der Rheinpromenade, eine attraktivere Freinutzung, Lärmschutz auf der Dreirosenanlage. Diese Punkte sind nicht Luxus, sondern notwendig, damit die Quartiere nicht abgehängt werden, sondern vom städtebaulichen Wandel profitieren. Wir wissen, viele dieser Massnahmen sind komplex, weil sie mit den privaten Grundeigentümern, den Schweizer Rheinhäfen oder dem Bund abgestimmt werden müssen. Aber wo ein Wille, dort ein Weg.

Deshalb ist es wichtig, dass der Regierungsrat die Anliegen in die laufenden Planungsprozesse von klybeckplus, Klybeckquai-Westquai und dem Stadtteilrichtplan integriert. Nur so stellen wir sicher, dass die Verbesserungen realistisch umsetzbar sind, rechtlich standhalten und nachhaltig wirken. Gerade die Themen Schallschutz, Rheinzugang und Grünflächen sind dabei zentral. Ohne besseren Schutz vor Verkehrslärm wird es schwierig, die geplanten neuen Wohnquartiere überhaupt attraktiver zu machen. Ohne neue öffentliche Flächen verliert das Quartier weiter an Lebensqualität und ohne bessere Fuss- und Veloverbindungen bleibt die Zerschneidung durch Verkehrsinfrastruktur bestehen. Der Regierungsrat macht klar, die Anliegen werden aufgenommen, auch wenn sie rechtlich nicht im engen Sinn als Motion umsetzbar sind. Dass er bereit ist, sie als Anzug entgegenzunehmen, ist deshalb ein wichtiges Signal. So kann der Grosse Rat den eingeschlagenen Weg unterstützen und zugleich die regelmässige Berichterstattung sicherstellen.

Aus unserer Sicht ist entscheidend, dass die Quartierbevölkerung bei diesen Prozessen weiterhin mitreden kann und mitreden muss. Verbesserungen für die Dreirosenanlage und die angrenzenden Areale müssen so gestaltet werden, dass sie allen zugutekommen. Nicht nur den neuen Investorenprojekten, sondern vor allem auch den Menschen, die schon heute dort wohnen und auf attraktive, sichere und bezahlbare Freiräume angewiesen sind.

Darum unterstützen wir die Überweisung der Motion als Anzug. Damit geben wir dem Regierungsrat den politischen Rückhalt, die Verbesserungen konkret voranzutreiben, im Interesse des Quartiers, der Stadtentwicklung und der Bevölkerung. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP ist auch für die Überweisung als Anzug. Wir sind natürlich nicht mit allen Sachen einverstanden, die da drinstehen. Wir sind sehr zu haben für diesen Schallschutz, wir sind auch davon überzeugt, dass es den braucht auf der Brücke, die Temporeduktion wiederum braucht es nicht, dafür braucht es natürlich den Rheintunnel, aber das werden wir zu anderen Dingen noch darüber diskutieren. Und natürlich, Sie wissen es, haben wir auch Sympathien für den grosszügigen Park am Klybeck, der seinen Namen dann auch verdient, nicht so wie der, der jetzt präsentiert wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Anders als Heidi Mück hatte ich eher noch befürchtet, dass da eine ablehnende Haltung des Regierungsrats kommt und ich bin jetzt positiv überrascht, dass Sie da auf Anzug beantragen. Ich war ja auch mit dabei beim Widerstand gegen diesen Rheintunnel und da habe ich auch gedacht, jetzt kommen Sie dann mit diesen Versprechungen und es wurde ja da schon gesagt, es wird nicht einfach sein, das umzusetzen und von alleine kann das der Regierungsrat schon gar nicht machen. Von dem her nehme ich das zur Kenntnis, dass er jetzt sagt, die Motion ist hier das falsche Instrument, aber was er jetzt hier geschrieben hat in der Beantwortung oder in der ersten Stellungnahme, das hat mich jetzt gefreut. Ich glaube auch dem Regierungsrat, dass er da jetzt dranbleiben will und diese Verbesserungsmassnahmen für die Region rund um die Dreirosenmatte, dass er das angehen will. Ich finde es auch sehr wichtig für diese Region, ich bin da nicht allzu weg wohnig und ich kenne die Problematiken sehr gut und ich finde, dieses Quartier hat es verdient, dass da Aufwertungsmassnahmen erfolgen.

Von dem her beantragt auch unsere Fraktion hier, dieses Geschäft als Anzug weiterzubehandeln, dann kann und muss der Regierungsrat in zwei Jahren dazu Stellung nehmen und uns sagen, wo er weitergekommen ist und wo es vielleicht Stolpersteine gibt in den Verhandlungen oder in den Projekten mit all den Partnern, die da involviert sein werden. Aber auf jeden Fall möchte ich das nochmals betonen, wir finden es ganz toll, wenn da etwas vorwärtsgeht, so dass die Bevölkerung in diesem Stadtteil auch etwas davon hat dann schlussendlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Voten. Ich möchte zuerst einmal festhalten, dass ich mich freue, dass wir Commonsense haben, dass wir eben viele dieser Projekte weiter vorantreiben möchten und dass wir das dem Quartier auch schuldig sind. Es ist tatsächlich ein Quartier, das heute über sehr wenig Grün- und Freiräume verfügt.

Dann zu Ihrer Frage, Heidi Mück, weshalb wir das quasi im Abstimmungskampf in Aussicht gestellt haben und jetzt eben darauf hinweisen, dass es verschiedene Partner gibt, die wir ins Boot holen müssen. Ich bin sicher, dass wir darauf im Abstimmungskampf hingewiesen haben, es ist aber natürlich eine komplett neue Ausgangslage mit dem Nein der Stimmbevölkerung zum Autobahnausbaupaket. Denn der Bund hätte ein wesentlicher Teil der Ersatzmassnahmen finanzieren müssen, sie hätten diese auch belegen müssen, dass diese funktionieren und dass diese realisiert werden können. Das heisst, wir hätten den Bund als ganz starken Partner in der Umsetzung gehabt. Und das eben nicht nur finanziell, aber Finanzen sind natürlich auch wesentlich bei vielen dieser Projekte, die nicht ganz günstig sind, aber eben auch, um beispielsweise bei anderen Bundesämtern Druck zu machen. Ich denke da beispielsweise ans BAV, das beteiligt ist bei der Verlegung der Hafenbahn, usw. Und da hätte uns natürlich die Unterstützung des ASTRA, sage ich mal, geholfen, vor allem zeitlich, weil es mit dem Projekt natürlich einen zeitlichen Druck gegeben hätte. Aber nichtsdestotrotz, wir möchten dranbleiben.

Und das vielleicht auch noch zum Votum von Herrn Schaller, wir brauchen weniger eine Gedankenstütze, wir sind da intensiv dran, der Punkt ist vielmehr, es ist halt wichtig, dass das Interesse des Parlaments an diesen Einzelprojekten dokumentiert ist, dass ich auch zu diesen Partnern gehen kann und sagen kann, schaut mal, sie wünschen das. Natürlich können Sie das nicht durchsetzen, weil eben es gelten Eigentumsrechte, usw., aber dass ich natürlich mit einer guten Verhandlungsposition auf diese Partner und Grundeigentümer zugehen kann und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab, ob das Geschäft als Anzug überwiesen wird oder nicht überwiesen wird.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007254, 24.09.25 15:41:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft als Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen.

61. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Erschliessung des Bachgrabenareals, Schreiben des RR

[24.09.25 15:41:23, 23.5232.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

62. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Velosständer in der Streitgasse, Schreiben des RR

[24.09.25 15:41:47, 25.5268.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich kann es sehr kurz machen, ich bin mit der Beantwortung der IP nicht zufrieden. Ich hätte mir gewünscht, gerade bei einem Thema wie einer ausgewogenen Nutzung des öffentlichen Raums, ein bisschen eine substanziellere Auseinandersetzung. Das hätte ich erwartet. Ich bin eigentlich ein bisschen enttäuscht, ich habe eine offene, transparente und eine vollständige Beantwortung erwartet. Ich habe sehr schwache oder gar keine Antworten auf meine IP bekommen und das wäre einfach anständig und respektvoll denen gegenüber gewesen, die mit der Situation in der Streitgasse nicht ganz einverstanden sind und das mit anderen Augen sehen als das BVD. Klare Botschaften für die Nichtglücklichen hätte ich gebraucht, insbesondere für die sehbehinderten oder mobilitätseingeschränkten Personen. Die Beweggründe des BVD hätten mich schon noch Wunder genommen und ich habe einfach nichts bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

63. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz, Schreiben des RR

[24.09.25 15:43:26, 25.5277.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Die Antwort auf meine Frage, missachtet der Regierungsrat das Gesetz, kann man relativ kurz und bündig hier angeben. Ja, er missachtet das Gesetz und ich bin schon ein wenig erstaunt, dass bei der Neubesetzung dieser Gremien, die vom Regierungsrat bestimmt werden, der Regierungsrat weiterhin das Gesetz missachtet und eine Freizeitgartenkommission bestimmt, die über mehr Mitglieder verfügt, wie das Gesetz vorsieht. Das wäre, wie wenn wir im Grossen Rat 101 Mitglieder hätten und dann bei der Neuwahl würden wir weiterhin 101 Mitglieder haben, obwohl 100 die Grenze ist, und das würden alle achselzuckend hinnehmen. Also so wird offenbar in der Verwaltung, im Regierungsrat werden Gesetze angewendet, aber wehe, sie parkieren einmal zwei Sekunden auf einem Streifen irgendwo, dann möchte ich dann sehen, ob nicht irgendein Beamter aus dem Baum springt und sie gleich büsst.

Also hier würde ich mir schon wünschen, dass der Regierungsrat, man kann es jetzt lustig finden und sagen, es ist keine Tragik, dass eine Person mehr in dieser Freizeitgartenkommission sitzt, aber ich finde es schon sehr bedenklich, wenn man einen Zustand so beibehält und dann noch argumentiert, dass das halt einfach jetzt so sei und man es erst bei einer erneuten Revision des Freizeitgartengesetzes anpassen würde respektive die Präsidentin der Kommission, die von Amtes wegen auch dabei sein sollte, Regierungsrätin Esther Keller, nicht immer da sein kann, wofür ich vollstes Verständnis habe. Aber trotzdem, so ist nun mal einfach die Gesetzesbestimmung und deshalb erscheint mir das schon etwas fragwürdig zu sein. Ich bin immerhin froh, dass der Kanton in seiner Antwort uns auch sagt, dass keine weitere Kommission überbesetzt

sei, aber dann wäre es aus meiner Sicht erst recht sinnvoll, wenn er das auch hier bei dieser Freizeitgartenkommission möglichst rasch korrigiert.

Und, und das ist das, was ich jetzt doch etwas noch fast schwieriger finde, eine Frage an den Regierungsrat war auch, ob Mitglieder abgelehnt wurden, die nominiert wurden. Der Zentralverband der Basler Familiengärtnervereine hat ja das Recht, dort drei Personen zu delegieren und der Regierungsrat gibt uns nun als Antwort, dass keine Wahlvorschläge abgelehnt wurden. Frau Regierungsrätin, ich möchte Sie bitten, schaffen Sie Ordnung bei der Stadtgärtnerei. Ich habe verbriefte Informationen schriftlich, dass der Leiter der Stadtgärtnerei Wahlvorschläge verhindert hat und dem Zentralverband der Familiengärtnervereine gesagt hat, dass diese Personen nicht wählbar seien. Das ist ein Skandal, es ist keine vielleicht riesige Geschichte, aber es ist ein Skandal, dass der Leiter der Stadtgärtnerei hier offenbar Einfluss darauf nimmt, welche Mitglieder für diese Kommission in Frage kommen oder nicht. Selbstverständlich soll dies bei den Mitgliedern so sein, die die Verwaltung schickt, aber bei denjenigen, wo der Zentralverband einen Anspruch darauf hat, die Mitglieder zu delegieren, finde ich das ein doch sehr fragwürdiges Vorgehen, dass man, nicht nur ein Mitglied, sondern zwei nominierte Vorschläge abgelehnt hat.

Ich bitte Sie wirklich, Frau Keller, gehen Sie dieser Sache noch einmal nach und schaffen Sie in der Stadtgärtnerei in diesem Bereich, wenn es um die Abteilung geht, die die Freizeitgärtenanlagen respektive das Zusammenspiel mit den Freizeitgärten koordiniert, Ordnung. Dort scheint vieles, sehr vieles im Argen zu liegen. Ich bin deshalb mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

64. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Velosträder auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten, Schreiben des RR

[24.09.25 15:47:40, 25.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Zuerst besten Dank an die Regierungsrätin für die Beantwortung meiner Interpellation. Die wichtigste Erkenntnis ist, es ist erfreulich, dass es keinen doppelstöckigen Velosträder auf dem Marktplatz geben wird, das ist ja schon mal gut. Der Marktplatz, einer der wichtigsten und touristisch meistfrequentierten und potenziell auch schönsten Plätze unserer Stadt, ich denke, da sind wir uns einig, auch ein Baudenkmal von nationaler Bedeutung, und nachdem nun auch der Stadtmarkt erweitert wurde, kann man sicher sagen, auch das ist ein grosser Erfolg. Und deshalb muss man sich schon grundsätzlich die Frage stellen, ob es wirklich richtig ist, Velosträder auf einen solchen Platz hinzustellen, ob das wirklich der richtige Ort ist für Velosträder, im Bewusstsein, dass es ein grosses Bedürfnis ist, irgendwo sein Zweirad abstellen zu können, das ist mir klar, aber wir stellen auch nicht mitten auf dem Barfüsserplatz unsere Velos ab, sondern die sind auch peripher, also insofern finde ich das schwierig.

Und auch der Regierungsrat gesteht das ein, er schreibt selber, der Standort ist nicht ideal, mittelfristig soll darauf verzichtet werden und die Verwaltung sucht nach Alternativen. Nun, jetzt sind diese Velosträder ja nun schon ein Weilchen nicht mehr dort und da frage ich mich dann schon, das wäre doch jetzt der Zeitraum gewesen, wo man nach Alternativen suchen kann und suchen soll, weil eins ist ja klar, wenn man jetzt diese Veloparkplätze dort wieder montiert, ist es absehbar, dass wir ein ziemlich langes Provisorium dort haben werden, bis dann endlich irgendwo vielleicht ein anderer Platz gefunden werden kann.

Dann lesen wir weiter, dass zwei Umbauten geplant sind, der Umbau der Haltestelle im 2026 und dann der ganze Bereich Marktplatz-Schifflände ab frühestens 2023 und da muss man halt schon auch sagen, das ist überaus unbefriedigend, weil das bedeutet, für die nächsten ungefähr zehn Jahre bleibt unser Marktplatz ein Flickwerk mit einem schönen Kern, mit einem vor nicht allzu langer Zeit generalrevidierten Mosaik in der Mitte und darum herum ist dann halt der Asphalt gebastelt. Das kann man wirklich nicht anders sagen, das erinnert an die Freien Strasse vor der Sanierung, überall unterschiedliche Formen von Asphalt und da wird einfach immer wieder irgendwo herumgebastelt. Und ja, man kann jetzt sagen, das ist Wertvernichtung, aber andererseits, es findet ja eben ein ständiges Umgebauen statt. Eben erst wurde an verschiedenen Orten jetzt der Asphalt neu gelegt, da würde ich halt schon sagen, machen wir es doch lieber einmal richtig und schön und

lassen es dann so und das ist, glaube ich, die Abwägung, die man treffen muss gegenüber dann der Wertvernichtung, wie sie der Regierungsrat als Argument anführt.

Insofern nochmals danke für die Antwort, ich bin von der Antwort teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

65. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR

[24.09.25 15:51:27, 20.5485.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis zum 12. Januar 2026 zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist bis zum 12. Januar 2026 zu verlängern.

66. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR

[24.09.25 15:51:59, 23.5089.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantragen, diesen Anzug als erledigt abzuschreiben. Wir sind der Meinung, das ist ein sehr wichtiges Anliegen, das im Anzug angeführt wurde, das wir hiermit auch mit der entsprechenden Verordnungsschaffung erfüllt haben. Es ist ja so, dass es unbestritten ist, dass es Minderheiten gibt, die in den letzten Jahren auch in Europa wiederholt zum Ziel von gewaltsamen Aktionen oder entsprechenden Planungen und Vorbereitungshandlungen geworden sind. Und das ist auch der Grund, weshalb der Bundesrat legiferiert hat. Er hat die Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen erlassen und er hat gestützt auf diese Verordnung die Möglichkeit, der Bundesrat, an Organisationen, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten vor Angriffen zu schützen, Finanzhilfen auszurichten. Gleichzeitig teilte der Bund seine Erwartung mit, dass auch die Kantone inskünftig entsprechende finanzielle Unterstützungsleistungen erbringen sollen.

Der Regierungsrat teilt dieses Anliegen und hat auch entsprechend sich kundig gemacht, in welcher Form wir legiferieren. Wir haben uns für die Verordnung entschieden. Wir sind der deutlichen Ansicht, dass es wichtig ist, dass wir diese Grundlage haben, gerade auch im Nachgang an unser doch damals sehr pionierhaftes Schutzpaket für die jüdische Sicherheit, dass wir hier auch merken, es gibt weitere Schutzbedürftige, die wir auch finanziell unterstützen wollen können. Wir haben auch einen Rechtsvergleich gemacht und haben dabei gesehen, dass sowohl die Kantone Bern, Zürich, Aargau und Genf in relativ enger Anlehnung an die eidgenössische Verordnung bereits eigene Rechtsgrundlagen im kantonalen Recht geschaffen haben und sich auch komplementär praktisch zu den Sicherheitsbestrebungen des Bundes anlehnen. So ist auch der Beitragsempfängerkreis bei uns fast oder sogar gleich, also identisch.

Die neue vom Regierungsrat erlassene kantonale Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen ermöglicht nun auch bei uns die Gewährung von Finanzhilfen des Kantons zugunsten von Organisationen, um solche Massnahmen im Kanton auch durchzuführen. Während die Finanzhilfe des Bundes gemäss Artikel 7 VSMS, das ist diese Verordnung, höchstens 50% der anrechenbaren Kosten einer Massnahme

beträgt, kann der Kanton für dieselbe Massnahme komplementär zum Bund 60% des gesprochenen Bundesbeitrags entrichten und sich demnach mit bis zu 30% an den anrechenbaren Kosten einer Massnahme beteiligen. Damit soll auch sichergestellt werden, das ist eigentlich im System unserer Finanzhilfen so inhärent, dass es eine Eigenbeteiligung gibt von mindestens 20% der Gesuchstellenden.

Wir sind der Ansicht seitens des Regierungsrates, dass wir mit dem Erlass dieser Verordnung das Anliegen des Anzugs Barbara Heer und Konsorten nachgekommen sind und bitten Sie, diesen als erledigt abzuschreiben. Wir sehen aber auch aus der Kreuztabelle, dass ein Stehenlassen da ist und selbstverständlich bin ich interessiert zu wissen, was der Grund da ist und sicher denke ich auch, müssen wir noch jetzt überhaupt die Erfahrungswerte sammeln und selbstverständlich werden wir da auch wieder berichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat Barbara Heer das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich spreche hier im Namen der SP-Fraktion, der BastA, der Grünen und der GLP und stelle den Antrag, den Anzug nochmal stehen zu lassen und habe jetzt auch durch ein paar Gespräche erfahren, dass auch die anderen Fraktionen, die im »Chrüzlistich» noch eine andere Haltung hatten, jetzt mittlerweile meinen Antrag auf Stehenlassen unterstützen und somit der Grosse Rat da eine einheitliche Position hat.

Also vorneweg freue ich mich sehr, dass die Regierung diese Verordnung erlassen hat und das Anliegen des Anzugs somit grundsätzlich umgesetzt hat. Die Regierungsrätin hat es schon ausgeführt, es ist eine sehr wichtige Thematik und hängt jetzt auch eng mit dieser Bundeslegiferierung zusammen. Vielleicht als kleine Randbemerkung, in den anderen Kantonen war es dann jeweils die Regierung selber, die die Initiative ergriffen hat, hier hat es einen parlamentarischen Auftrag gebraucht. Ich denke, dem Grossen Rat sind diese Themen wichtig und es ist auch wichtig, dass die Regierung proaktiv mit diesen Themen umgeht.

Die Ausgangslage, es ist ja eigentlich bedauerlich, dass antisemitische und antimuslimische Vorfälle auch massiv zugenommen haben in den letzten Jahren. Das ist einer der wichtigen Hintergründe, wieso es eben Sicherheitsmassnahmen durch religiöse und kulturelle Organisationen braucht und die öffentliche Finanzierung dazu, um die Religionsfreiheit weiterhin zu gewährleisten. Also der Schweizerische Israelitische Gemeindebund sagte, dass wir deutlich mehr Fälle haben, also dreimal mehr Fälle im 2023 als im 2022, 2024 waren es dann schon viermal mehr antisemitische Vorfälle und auch bei dem antimuslimischen Rassismus haben wir massive Zunahmen. Das Beratungsnetz für Rassismusopfer hat 2024 auch einen sprunghaften Anstieg festgestellt. Das bildet den Hintergrund, warum da massive schlechte Sicherheitslagen und eine hohe Gefährdung dieser verschiedenen Einrichtungen da sind.

Jetzt aber kurz zur Detailbegründung, wieso wir das jetzt doch stehen lassen möchten. Der Kanton macht halt seinen Beitrag an die Sicherheitsmassnahmen direkt abhängig vom Bundesbeitrag. Das heisst konkret, wenn der Bund weniger bezahlt, dann bezahlt auch der Kanton automatisch weniger. Für die betroffenen Institutionen bedeutet das somit dann eine doppelte Kürzung, die in schlimmsten Fällen auch die Umsetzung einer Sicherheitsmassnahme gefährden kann. Also, um es kurz zu verdeutlichen, wenn der Bund genug Geld hat, bezahlt er 50% der anrechenbaren Kosten, der Kanton übernimmt 30% für eine Institution, dann sind es noch 20% Eigenleistung. Hat jetzt aber der Bund beschränkte Mittel, weil sehr viele Anträge da sind, was eben die Realität ist, dann bezahlt der Bund zum Beispiel nur noch 40% der anrechenbaren Kosten, der Kanton würde nur noch 24% übernehmen und die gefährdete Institution muss nachher zum Beispiel dann 36% der Kosten selber tragen. Und das führt dann einfach dazu mit diesem hohen Eigenanteil, dass die Massnahmen eigentlich nicht mehr finanzierbar sind.

Deshalb beantragen wir hier Stehenlassen, die Verordnung soll so präzisiert werden, dass der Kantonsbeitrag fix 30% der anrechenbaren Gesamtkosten ist, unabhängig davon, wie viel der Bund bezahlt. Das ist übrigens auch so, wenn man den Benchmark mit den anderen Kantonen anschaut, liegt Basel-Stadt mit 30% Beteiligung durchaus mitten im Benchmark, aber mit der Abhängigkeit jetzt vom Bundesbeitrag rutscht Basel-Stadt deutlich ans untere Ende des Benchmarks. Also Zürich zum Beispiel spricht bis zu 50% vom Bundesbeitrag, in Ausnahmefällen sogar 80%, aber abhängig vom Bundesbeitrag, aber deutlich höher. Genf übernimmt 30% der anrechenbaren Kosten, unabhängig vom Bundesbeitrag und das ist eigentlich das Modell, das wir hier möchten.

Dann noch kurz ein Punkt, eine Frage, zu der wir gerne auch berichtet haben möchten, ist die Frage nach den Ressourcen für präventive Bestrebungen, also zum Beispiel die Koordination des Runden Tisches der Religionen oder andere präventive Bestrebungen, um eben Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus langfristig zu bekämpfen, dass dazu auch berichtet wird. Und dann möchte ich einfach noch kurz zum Ausdruck bringen, den Unterzeichnenden war es auch wichtig, dass diese Finanzhilfen auch möglich sind bei Institutionen, die nicht Gebäude selber besitzen, sondern eingemietet sind in Mietobjekten. Das entnehmen wir der Anzugsbeantwortung, dass das so ist, in der Verordnung haben wir dazu jetzt nichts gefunden, muss vielleicht dort auch nicht erwähnt sein, aber ich wollte hier einfach das nochmal explizit erwähnen, dass das auch diese Organisationen betreffen soll.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, mit dem Auftrag an die Regierung, diese Verordnung anzupassen, gerne auch in zwei Jahren zu berichten, wie das Ganze angelaufen ist und auch nochmal zu den Fragen sonst von präventiven Bestrebungen. Die Erstüberweisung von diesem Anzug haben alle Fraktionen damals vor zwei Jahren überwiesen und es wäre sehr schön oder es freut mich, wenn jetzt auch wiederum alle Fraktionen diesen Anzug nochmals stehen lassen, auch als starkes Zeichen vom Grossen Rat, dass wir hier nicht einfach den Schutz von Minderheiten proklamieren, sondern dann auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinen weiteren Sprechenden mehr eingetragen, somit hat Stephanie Eymann das Schlusswort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die Erläuterung, die wir gerne so mitnehmen. Ich möchte nur in einem Punkt etwas, nicht widersprechen, aber vielleicht konkretisieren. Sie haben gesagt, wieso braucht es hier einen Anschub über einen Anzug für diesen Vorstoss. Dem war nicht ganz so. Ich denke, wir monitoren dieses Thema schon lange sehr eng, gerade im Nachgang oder im Zusammenhang mit der jüdischen Sicherheit, dass wir da auch gemerkt haben, dass es Organisationen gibt, die Bedürfnisse haben, wir aber doch nicht einen solchen Geldtopf zur Verfügung haben. Bei uns war mehr der Grund, weshalb wir etwas verzögert sind, respektive es jetzt so gelöst haben, weil wir uns gefragt haben, rein gesetzgebungstechnisch kann man gestützt auf eine Bundesratsverordnung im Kanton per Verordnung legiferieren. Und das ursprüngliche Ansinnen war, dass wir das in eine formell gesetzliche Grundlage giessen, ins Polizeigesetz, mit der entsprechenden Verzögerung, die wir jetzt haben im Polizeigesetz, und deshalb denke ich, die Idee ist älter und jetzt aber, denke ich, den pragmatischen Ansatz zu wählen und zu sagen, auch im Benchmark mit anderen Kantonen, die auch die Verordnungsschiene gewählt haben, ist das sicher korrekt. Aber der Gedanke war länger schon da, aber einfach so die Überlegung, wie macht man es dann richtig, gestützt auf diese Bundesgrundlage, das war der Grund und ich denke, im Inhalt sind wir aber doch ziemlich einig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007261, 24.09.25 16:04:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 84 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

67. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung, Schreiben des RR

[24.09.25 16:04:23, 25.5260.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Fall, um den es in dieser Interpellation ging, ist auch in allen Medien gekommen, aber mein Name ist dort bewusst weggelassen worden. Die Interpellation ist auch jetzt gerade aktuell, auch die Antwort, denn die Tribüne ist wieder gesperrt wie am 9. April. Das passt thematisch und darum ist auch meine Antwort jetzt richtig aktuell. Nur ganz kurz, ich kann mich kurzfassen, was ist passiert. Einer hat auf TikTok geschrieben, er mache einen Amoklauf hier im Parlament, gefolgt mit wüsten Beschimpfungen. Mehrere Kantonspolizeien der Schweiz haben den Täter verhaftet und der Täter ist zu zwei Jahren Gefängnis jetzt vor einer Woche verurteilt worden. Ich hatte natürlich als Grossrat Akteneinsicht und konnte sehen, dass der Täter schon mittags am 9. April verhaftet wurde, aber die Tribüne wurde am Nachmittag vom 9. April zugemacht, obwohl der Täter ja schon am Morgen auf 11 Uhr verhaftet wurde. Also als wir die Tribüne geschlossen hatten, war der Täter schon geschnappt.

Ich komme schon zum Schluss und möchte hier zitieren, was über Sie alle geschrieben worden ist und auch über mich. Die Äusserungen des Täters tätigte er gegenüber einem Parlamentarier, so schreibt die Staatsanwaltschaft Solothurn, von welchem bekannt ist, dass er in der Öffentlichkeit sowie insbesondere auch auf Social Media aktiv ist und dadurch eine grosse Reichweite hat. Zudem musste der Beschuldigte damit rechnen, dass Eric Weber als Empfänger der Nachricht andere Parlamentarier darüber in Kenntnis setzen wird. Entsprechend nahm der Beschuldigte zumindest billigend in Kauf, dass die Drohung weiterverbreitet wird und damit eine unbestimmte Vielzahl von Menschen, unter anderem Mitglieder des kantonalen Parlaments, in Angst und Schrecken versetzt wird, womit er zumindest eventuell vorsätzlich handelte.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, denn der Täter wurde schon am Morgen verhaftet und nicht am Nachmittag, als die Tribüne geschlossen war.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

68. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG, Stellungnahme des RR

[24.09.25 16:07:52, 25.5091.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe Salome Bessenich als Rednerin eingetragen.

Salome Bessenich (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung und die wohlwollende Aufnahme des Anliegens. Es freut mich, dass die Regierung bereit ist, in Zukunft vermehrt auf Open Source zu setzen, gerade bei Eigenentwicklungen. Darum ist es für mich auch okay, das jetzt als Anzug zu überweisen. Ich denke, ein Beharren auf Motion, das wäre als Misstrauensvotum verstanden worden und das wäre hier fehl am Platz. Dennoch möchte ich an dieser Stelle kurz doch noch mitgeben, dass es vielleicht sinnvoll wäre, dieses Anliegen doch in einem Gesetz oder in einem verbindlichen Rahmen festzulegen. Ich möchte Sie bitten, das zu prüfen. Ich teile Ihre Ansicht, dass es keine gesetzliche Grundlage braucht, um Open Source entwickeln zu können, dennoch gab es bereits 2010 eine Strategie, die sagte, dass man auf Open Source setzen will und das wurde dann nicht so umgesetzt und ich denke, wenn es eben verbindlich festgelegt wäre, dann wäre es nicht eine Frage, ob jetzt die Personen, die gerade verantwortlich sind, das eine gute Idee finden oder nicht, sondern es wäre einfach festgelegt. In dem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie das noch mitnehmen, und freue mich auf die Umsetzung des Anliegens und danke für die Zweitüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

69. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen, Schreiben des RR

[24.09.25 16:09:57, 25.5272.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, aber er mit der Antwort zufrieden ist.

David Jenny (FDP): Ich habe lange mit mir gerungen, ich bin jetzt milde gestimmt und erkläre mich knapp teilweise zufrieden. Ich will das begründen. In Amerika kennt man den sogenannten Duck-Test auf Englisch, ich erlaube mir, das auf Englisch zu zitieren: If it looks like a duck, swims like a duck, and quacks like a duck, then it's probably a duck. Und wenn wir diesen Text anwenden auf den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im 2016, dort gab es eine Medienmitteilung, da wurde jubiliert, es wurde übernommen, der Betrieb ist damit auch für die kommenden Jahre gesichert, die Eisnutzung für baselstädtische Vereine wird günstiger. Die Eishalle ist von regionaler Bedeutung, blablabla. Dies ist bei der St. Jakob-Arena auch in Zukunft möglich. Und dann hat man gesagt, der Kauf erfolgt im Finanzvermögen, der Regierungsrat wird dem Grossen Rat im zweiten Halbjahr 2016 die Umwidmung ins Verwaltungsvermögen beantragen. Das war am 22. Juni, das zweite Halbjahr hat dann am 1. Juli begonnen. Da stellt sich ja die Frage, Finanzvermögen, ja, sieht das aus wie ein Erwerb im Finanzvermögen? Nein, quakt es wie das Finanzvermögen, also freut es sich über diese Investition? Nein, es war wirklich Verwaltungsvermögen, man wollte für die Staatsaufgabe Sportförderung diese Halle sichern. Für die Auskünfte angegeben wurde nicht das IBS, sondern Peter Howald, Leiter Sportamt, Erziehungsdepartements des Kantons Basel-Stadt. Jetzt hören wir, Immobilien Basel-Stadt hat das alles vorbereitet, hat dann, ich weiss nicht, ein Gutachten bei KPMG in Auftrag gegeben, und das alles, eigentlich wollte man nur wegen der Rendite kaufen.

Es steht kein Wort in der Medienmitteilung. Vielleicht hatten Sie damals den Falschen beauftragt, die Medienmitteilung zu formulieren, aber das war eine Ente, nicht nur eine Zeitungsente, das war eine Ente. Dort wollte die Regierung wirklich mit allen Kräften verschleiern, dass der einzige Zweck war, das ins Verwaltungsvermögen zu übernehmen. Und dann wurde gesagt, nach der damaligen Praxis war das zulässig. Das wurde von einem einfachen Grossrat schon damals bestritten. Und jetzt gibt es diesen neuen Soloturner Entscheid und dort hat das Bundesgericht auch gesagt, wenn die Soloturner Regierung quakt wie eine Ente, dann ist es eine Ente, ist das Verwaltungsvermögen. Und das geht einfach nicht so. Da wurde wirklich Recht gebrochen im 2016 und ich nehme an, es wurde mehrfach seitdem gebrochen und man kann nicht einfach sagen, man sei überrascht gewesen durch diesen Bundesgerichtsentscheid. Und wir haben ja in Basel-Stadt noch die Besonderheit, die Eisarena, die steht auf Baselbieter Boden, die hätte man problemlos wieder veräussern können, weil sie nicht von unseren tollen Bestimmungen über Grundeigentum in Basel-Stadt erfasst ist. Vielleicht hätte es dann ja wirklich einen Investor gegebenen, ich bezweifle es, aber alles, was wir hier im Kanton kaufen, ist eigentlich im Finanzvermögen gefangen und kann nachher nicht mehr veräussert werden wegen unseren tollen Bestimmungen und das gibt eine ganz andere Dimension. Aber ich weiss ja, wahrscheinlich sagt die Linke, Bodenkauf, das ist ein Zweck, der heiligt alle Mittel, aber ich bitte doch die Regierung, zukünftig auch geltendes Recht zu beachten in solchen Fragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

70. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport, Schreiben des RR

[24.09.25 16:14:51, 25.5275.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich danke zuerst einmal sehr der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin teilweise befriedigt von den Antworten. Hätte ich nicht gehört in der Presse, also aus der Presse heraus, dass sehr wohl jetzt

die Stadt Basel sich doch bereit erklärt hat, auch den Mülhausen und den Elsässer Freunden unter die Arme zu greifen und zu helfen, wenn es wirklich um die Lösung ihrer Grundwasserprobleme geht, dann wäre ich hier sehr unzufrieden gewesen mit der Antwort. Auch konnte ich aus der Presse mittlerweile herausfinden, und das war nicht in der Antwort drin, dass sich der Flughafen auch an den Schadensbegrenzungen beteiligt hat in Mulhouse, also von dem her, diese beiden Dinge wurden doch angegangen und das ist wirklich ein grosser Schritt vorwärts.

Meine Frage war nachher, warum die Bevölkerung so spät überhaupt über diese PFAS-Anreicherung im Grundwasser informiert wurde und das so spät stattgefunden hat. Hier hat die Regierung keine Antwort mir gegeben, sie hat einfach wiederholt, dass man sehr wohl die Messungen hat, man wusste davon, man hat auch die Behörden informiert, aber wie es dann nachher weitergegangen ist, dann wirklich in die Bevölkerung, das entzieht sich also scheinbar der Kenntnis, also für mich ist das immer noch ein Unverständnis, warum die Leute da nicht früher informiert wurden. Klar ist, dass das natürlich auch nicht unbedingt in der Verantwortung gewesen ist von Basel-Stadt, von der Regierung, aber ein bisschen vielleicht gutes nachbarschaftliches Nachhelfen hätte vielleicht hier wirklich auch etwas genutzt.

Weiter ist in der Interpellationsantwort drin, dass man begrüsst, dass der Bundesrat nun endlich verbindliche Grenzwerte im Januar 2026 für PFAS einführen möchte. Ja, man kann so lange warten, bevor man etwas tut, es ist aber vielleicht besser, man tut sehr schnell etwas. Da konnte ich dann wieder feststellen, dass die Regierung auch etwas getan hat, nämlich es gibt flächendeckende Grundwassermessungen aus dem 2023 und 2024 und was die zu Tage führen, ist nicht wirklich beruhigend, sondern es geht hier zum Teil um Übertretungen von den PFAS-Konzentrationen im Grundwasser um das 10- bis fast 100-fache. Da ist sicher etwas zu tun, gerade im Matthäus-Quartier, also in solchen Wohnquartieren. Das ist doch besorgniserregend und das würde ich gerne beobachten oder dieses Thema weiterverfolgen und ich hoffe auch sehr, dass die Regierung dieses tut.

Also eigentlich kann man sagen aus den Antworten, diese waren so, dass man wirklich nur teilweise zufrieden sein kann, aber wenn man jetzt sieht, dass doch etwas gemacht wird um das ganze Thema PFAS, kann ich doch hoffen, dass dieses Thema wirklich an Interesse gewinnt, auch in der Regierung und hier aktiv wird. Danke noch einmal für die Beantwortung der Interpellation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und unsere Traktandenliste ebenfalls. Ich bedanke mich fürs Mitmachen und wünsche allen wunderbare Herbstferien.

Schluss der 29. Sitzung

16:18 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:06:00
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	94	29	12	12	11	10	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	12	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	12	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5369

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:25:43
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Mitglied der Fraktion BastA)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	97	30	13	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5370

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:27:11
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	30	11	12	12	8	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	30	11	12	12	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5371

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:28:12
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Tonja Zürcher, BastA)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	30	13	12	12	10	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5095

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:30:15

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	13	12	12	10	7	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	10	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5095

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:30:55

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	12	12	9	7	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	12	9	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	10	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.0607

Abstimmungsdatum 10. September 2025 09:51:11

Geschäft Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Stier Franziska (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	13	11	10	10	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	13	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1746

Abstimmungsdatum 10. September 2025 10:01:05

Geschäft Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	12	12	11	9	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	12	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	30	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.1761

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:05:49

Geschäft Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin» für die Projektierung und Ausführung von Photovoltaik-Anlagen an der Socinstrasse 57a und 59 (Neubau für das Institut für Rechtsmedizin), Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	21	13	11	11	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	21	13	11	11	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	11	8	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0315

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:18:31

Geschäft Ausgabenbewilligung Kindergarten Schönenbergstrasse 24, Erweiterung zu Doppelkindergarten, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	13	11	11	8	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	11	11	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.1497

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:40:49
Geschäft Finanzierung von Veloinfrastrukturen im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	27	11	11	11	8	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	11	11	11	8	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	9	3	2	0	0	1	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13.2**
20.5338

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:44:05

Geschäft Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	10	10	0	7	7	7	0	0	0
Nein	48	28	2	0	11	1	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	12	10	11	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.0895

Abstimmungsdatum 10. September 2025 11:51:55
Geschäft ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	27	11	9	11	7	7	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	27	11	11	11	7	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	7	1	2	0	0	1	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	13	11	11	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.0716

Abstimmungsdatum 10. September 2025 15:06:45

Geschäft Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	26	12	12	11	6	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	12	12	11	6	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	0	0	3	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	4	1	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	12	12	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.0676

Abstimmungsdatum 10. September 2025 17:17:52

Geschäft Ausgabenbewilligung für eine jährliche «Sportmillion» für die Sportvereine des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	12	11	11	9	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	28	12	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.0664

Abstimmungsdatum 10. September 2025 17:38:36

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	12	12	10	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.0282

Abstimmungsdatum 10. September 2025 17:59:10

Geschäft Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021–2025 und Schwerpunkte 2025–2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	23	11	9	11	10	5	4	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	23	11	9	11	10	5	4	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	0	1	1	0	1	1
Nicht anwesend	16	7	2	3	1	0	1	2	0	0	0
Stimmberechtigt	84	24	11	9	11	10	6	5	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5444

Abstimmungsdatum 17. September 2025 09:22:26

Geschäft Petition P486 "Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	30	3	0	11	6	6	0	6	0	0
Nein	32	0	8	12	0	4	1	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	11	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	31	13	12	11	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5450

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:03:05
Geschäft Petition P488 "Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	31	9	0	12	9	7	0	6	0	0
Nein	22	0	3	10	0	1	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	12	11	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5490

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:15:46
Geschäft Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	15	0	2	11	0	0	0	2	0	0	0
Nein	77	29	10	1	12	8	7	4	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	0	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
25.5236

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:48:59

Geschäft Motion 2 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	26	0	0	1	12	9	4	0	0	0	0
Nein	67	31	10	11	0	0	1	7	6	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	10	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	3	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5254

Abstimmungsdatum 17. September 2025 10:51:56
Geschäft Motion 3 Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	29	10	11	12	7	4	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	29	10	11	12	7	4	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	15	2	3	1	0	3	3	2	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
25.5255

Abstimmungsdatum 17. September 2025 11:29:10
Geschäft Motion 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	12	12	0	10	7	7	0	1	1
Nein	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	12	12	12	10	7	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
25.5256

Abstimmungsdatum 17. September 2025 12:02:19

Geschäft Motion 5 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	31	0	11	12	9	7	0	6	0	0
Nein	21	0	13	1	0	0	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	31	13	12	12	9	7	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5282

Abstimmungsdatum 17. September 2025 15:32:22

Geschäft Motion 6 Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	30	0	0	12	0	1	0	5	0	0
Nein	47	0	13	12	0	10	4	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	12	12	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	30	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5288

Abstimmungsdatum 17. September 2025 15:58:50

Geschäft Motion 7 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	31	0	0	12	7	0	0	6	0	0
Nein	42	0	13	12	0	2	7	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
25.5296

Abstimmungsdatum 17. September 2025 16:41:20
Geschäft Motion 8 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Verkauf der Kantonsanteile an der MCH Group

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	9	0	0	3	0	0	0	0	6	0	0
Nein	90	31	13	9	12	10	7	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
25.5297

Abstimmungsdatum 17. September 2025 17:09:41
Geschäft Motion 9 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	30	0	0	12	3	7	0	6	0	0
Nein	40	0	13	12	0	7	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
25.5234

Abstimmungsdatum 17. September 2025 17:56:49

Geschäft Anzug 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	31	0	0	12	0	7	0	6	0	0
Nein	34	0	11	11	0	6	0	5	0	1	0
Ent	5	0	0	0	0	4	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	31	11	11	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	31	12	12	12	10	7	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
25.5253

Abstimmungsdatum 17. September 2025 17:59:46
Geschäft Anzug 2 Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	70	24	11	7	8	7	4	4	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	24	11	7	8	7	4	4	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	24	6	2	5	3	2	3	3	0	0	0
Stimmberechtigt	76	25	11	7	9	8	4	4	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
25.5283

Abstimmungsdatum 24. September 2025 09:12:41
Geschäft Anzug 4 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Spalen-Post muss bleiben!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Kein Abstimmrecht	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	26	13	11	10	3	7	0	6	1	0
Nein	12	0	0	0	0	5	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	13	11	10	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	13	11	10	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
23.5506

Abstimmungsdatum 24. September 2025 09:35:48

Geschäft Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	13	10	0	5	0	7	0	0	0
Nein	53	27	0	0	9	4	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	27	13	10	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	13	11	10	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
22.5302

Abstimmungsdatum 24. September 2025 09:44:48
Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Barth Johannes (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Block Laetitia (SVP)	Nein
Mück Heidi (BastA)	Nein
Stier Franziska (BastA)	Nein
Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	25	0	0	11	6	6	0	0	0	0
Nein	37	0	13	10	0	1	0	7	6	0	0
Ent	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	25	13	11	11	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5090

Abstimmungsdatum 24. September 2025 10:23:23

Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	6	12	11	0	7	0	7	0	1	1
Nein	44	21	0	0	11	1	5	0	6	0	0
Ent	4	0	1	0	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	7	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5090

Abstimmungsdatum 24. September 2025 10:24:13

Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	27	1	0	11	3	7	0	6	0	0
Nein	36	0	12	11	0	5	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5576

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:15:56

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	28	13	11	11	9	7	0	6	0	0
Nein	7	0	0	0	0	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5576

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:16:33

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	11	0	9	7	7	0	0	0
Nein	45	28	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5574

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:23:31

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	11	0	9	7	7	0	0	0
Nein	45	28	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	11	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5573

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:41:19

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	11	0	8	7	7	0	1	0
Nein	45	28	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	11	11	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	13	11	11	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5573

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:43:28

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	30	3	9	8	1	3	1	5	0	0	0
Nein	48	19	2	3	9	3	5	1	5	1	0
Ent	12	5	2	0	1	2	1	1	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	11	11	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	0	1	1	2	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	28	13	11	11	8	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
22.5392

Abstimmungsdatum 24. September 2025 11:55:31

Geschäft Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	85	28	11	10	10	8	6	7	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	86	28	11	10	10	8	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	1	1	1	2	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	90	28	12	11	11	8	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 54**
25.5088

Abstimmungsdatum 24. September 2025 15:16:47

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	28	0	10	6	0	5	0	7	0	0	0
Nein	60	28	2	5	10	3	7	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	28	12	11	10	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	1	1	2	2	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	90	28	12	11	10	8	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
25.5146

Abstimmungsdatum 24. September 2025 15:40:52

Geschäft Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	26	0	0	9	8	7	7	5	0	0
Nein	22	0	11	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	26	11	10	9	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	2	3	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	89	28	12	10	9	9	7	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
23.5089

Abstimmungsdatum 24. September 2025 16:03:57

Geschäft Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	26	12	10	9	9	7	7	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	12	10	9	9	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	2	3	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	89	28	12	10	9	9	7	7	5	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kanton Basel-Stadt in der Legislatur 2021-2025 und Schwerpunkte 2025-2029, Bericht der GSK	GSK	PD	25.0282.02
2.	Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo	PetKo		23.5619.03
3.	Petition P490 "Für mehr Freizeit und eine bessere Balance im Schulalltag", Bericht der PetKo	PetKo		24.5490.02
4.	Petition P486 «Einbahnregime Wettsteinallee zwischen Riehenring und Wettsteinplatz (Innere Wettsteinallee)», Bericht der PetKo	PetKo		24.5444.02
5.	Petition P488 «Verkehrsberuhigung der Strasse Zu den drei Linden», Bericht der PetKo	PetKo		24.5450.02
6.	Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht der BKK	BKK	ED	25.0511.02
7.	Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 4. Juni 2008 (Familienzulagengesetz; EG FamZG) betreffend Einführung voller Lastenausgleich und Höhe der Ansätze der Familienzulagen, Bericht der WAK	WAK	WSU	24.1746.02
8.	Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 bis 2027 (Nachfolge von Désirée Stramandino), Bericht der WVKo	WVKo		25.5095.02
9.	Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Bericht der JSSK	JSSK	JSD	24.0664.02
10.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK Rheinhäfen	IGPK Rheinhäfen	WSU	25.0607.02
11.	ÖV-Programm 2026-2028 sowie Vernehmlassungsbericht ÖV-Programm 2026-2028, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	24.0895.03
12.	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2024, Bericht der IPK FHNW	IPK FHNW	ED	25.0716.02
13.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten, Schreiben des RR		JSD	23.5089.02
14.	Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR		JSD	20.5485.03
15.	Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA; Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5447.04 19.5446.04
16.	Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend grenzüberschreitende öV-Tarife, Zwischenbericht des RR		BVD	16.5502.04
17.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Erschliessung des Bachgrabenareals, Schreiben des RR		BVD	23.5232.02
18.	Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage, Stellungnahme des RR		BVD	25.5146.02
19.	Motion der Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung, Zwischenbericht des RR		ED	22.5392.03

20.	Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre, Stellungnahme des RR		ED	25.5087.02
21.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende, Schreiben des RR		ED	23.5298.02
22.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball, Stellungnahme des RR		ED	25.5088.02
23.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Bericht des RR		PD	22.5302.05
24.	Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus, Stellungnahme des RR		PD	25.5090.02
25.	Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Honoraranpassungen für Gerichtsdolmetschern, Schreiben des RR		PD	23.5051.02
26.	Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Zwischenbericht des RR		PD	23.5576.03
27.	Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Zwischenbericht des RR		PD	23.5574.03
28.	Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Zwischenbericht des RR		PD	23.5573.03
29.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zwischenbericht des RR		GD	23.5586.03
30.	Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit, Schreiben des RR		GD	23.5506.02
31.	Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG, Stellungnahme des RR		FD	25.5091.02

Überweisung an Kommissionen

32.	Realisierung eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel und Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Erdbebenübungen Basel-Stadt, Ratschlag des RR	JSSK	JSD	25.0711.01 23.5233.02
33.	Finanzierung des E-Voting-Testbetriebs in den Jahren 2027-2036, Ratschlag des RR	JSSK	PD	25.0941.01
34.	Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur sowie Finanzhilfe zur Umsetzung von «Halt Gewalt» für den Verein frau sucht gesundheit und für zehn Trägerschaften von Quartiertreffpunkten für die Jahre 2026-2027, Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	25.0742.01
35.	Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)"	JSSK	JSD	24.1437.02
36.	Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR	GSK	WSU	25.0827.01
37.	Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Ausgabenbericht des RR	GSK	GD	25.0764.01
38.	Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 – 2029, Ausgabenbericht des RR	GSK	GD	25.1218.01
39.	Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1194.01

40.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026-2029; Ratschlag des RR PARTNERSCHAFTLICHES GESCHÄFT	GSK	GD	25.1193.01
41.	Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1220.01
42.	Neues Werbe- und Wegführungskonzept im Umfeld der St. Jakobshalle, Ratschlag des RR	WAK	ED	25.0830.01
43.	Gaststaatpolitik des Bundes - Perspektiven für Basel; Teilrevision Standortförderungsgesetz sowie Rahmenausgabenbewilligung für die Jahre 2026 bis 2029, Ratschlag des RR	WAK	PD	24.1109.01
44.	Kantonaler Mindestlohn; Berichterstattung des Regierungsrates für 2024	WAK	WSU	25.1174.01
45.	Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026-2029; Partnerschaftliches Geschäft und Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Bildungsoffensive für Informatikfachleute auf Hochschulebene mittels Schaffung einer Fakultät für Informatik an der Universität Basel und an der FHNW sowie Ermöglichung der IT-Ausbildung an der FHNW statt in Brugg auch in der Region Basel und Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel, Ratschlag des RR	BKK	ED	24.0195.01 23.5222.02 24.5212.02
46.	Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Ausgabenbericht des RR	BKK	ED	25.0920.01
47.	Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.0854.01
48.	Förderung des Ausbaus der Photovoltaik-Infrastruktur an Gebäuden im Kanton Basel-Stadt ("Solaroffensive") und Teilrevisionen Bau- und Planungsgesetz (BPG) und Energiegesetz Basel-Stadt (EnG) und Bericht zu fünf Motionen und zwei Anzügen, Ratschlag des RR	UVEK / Mitbericht BRK	WSU	25.0921.01 19.5034.04 21.5236.03 23.5512.03 23.5591.03 24.5184.03 21.5833.02 20.5472.04
49.	Ausgabenbewilligung zur Sanierung des Petersplatzes sowie Bericht zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Veloweg auf dem Petersplatz, Ausgabenbericht des RR	UVEK	BVD	25.0497.01 20.5289.04
50.	Universität Basel: Leistungsbericht 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	IGPK Universität	ED	25.0919.01
51.	Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes und Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Ratschlag des RR	FKom	FD	25.1115.01 23.5657.03

<u>An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung</u>

52.	Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 betreffend das alters- und niveaudurchmischte Lernen und die Spitalschulung sowie Beitritt zur Interkantonalen Spitalschulvereinbarung (ISV), Bericht der BKK	BKK	ED	25.0082.02
53.	Anzug Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen, Schreiben des RR		BVD	23.5414.02
54.	Motionen:			
	1. Leoni Bolz und Konsorten betreffend Entlastung der Polizei und Stärkung der Verkehrssicherheit durch konsequente Umsetzung von Verkehrskontrollen			25.5305.01
	2. Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz			25.5315.01

	3.	Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten		25.5320.01
	4.	Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum		25.5321.01
	5.	Joël Thüring für den ungetrübten Badespass: Eintrittsbeschränkungen für die baselstädtischen Gartenbäder		25.5349.01
55.	Anzüge:			
	1.	Leoni Bolz und Konsorten betreffend weniger Verkehr in den Quartieren und eine erhöhte Verkehrssicherheit		25.5306.01
	2.	Jo Vergeat und Konsorten betreffend Ergänzung der Kunst im Rathaus um bedeutende Frauenfiguren des Kantons Basel-Stadt		25.5307.01
	3.	Zaira Esposito und Konsorten betreffend Deutschkurse für zugezogene Schweizerinnen und Schweizer aus anderen Sprachregionen		25.5308.01
	4.	Pascal Pfister und Konsorten betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen		25.5314.01
	5.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Einführung des Sunflower-Lanyard-Systems im Kanton		25.5323.01
	6.	Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Einführung eines «TNW-Klassenpasses» für die Schulen in Basel-Stadt		25.5322.01
	7.	Eric Weber betreffend auf der Regierungsbank müssen immer mindestens zwei Regierungsräte anwesend sein		25.5324.01
	8.	Eric Weber betreffend Kommissions-Sitzungen sollen öffentlich sein		25.5325.01
	9.	Eric Weber betreffend jeder Grossrat darf an Kommissions-Sitzungen		25.5326.01
	10.	Eric Weber betreffend jeder Grossrat erhält wieder eine Urkunde		25.5327.01
	11.	Eric Weber betreffend Gäste auf der Parlaments-Tribüne müssen zwingend sitzen		25.5328.01
	12.	Eric Weber betreffend Markthalle in Basel		25.5345.01

Kenntnisnahme

56.	Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Förderung von Shared-Mobility dank der Einrichtung zentraler Hubs (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	20.5231.03
57.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die Überarbeitung der Bildungsstrategie beim Fremdsprachenerwerb an der Volksschule und Stärkung der Grundlagefächer (stehen lassen), Schreiben des RR	ED	23.5213.02
58.	Schriftliche Anfrage Michela Seggiani betreffend Sicherstellung der Berücksichtigung der regionalen LGBTIQ-Community bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetze, Schreiben des RR	PD	25.5153.02
59.	Schriftliche Anfrage Laurin Hoppler betreffend Altlasten und Transparenz im Klybeck-Areal, Schreiben des RR	WSU	25.5141.02
60.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend technische Probleme bei der Steuerverwaltung Basel, Schreiben des RR	FD	25.5163.02
61.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend warum kommt der Lohnausweis vom Kanton immer erst gegen Ende Februar, Schreiben des RR	FD	25.5162.02
62.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend vereinfachte Steuererklärung, Schreiben des RR	FD	25.5157.02
63.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend ein Tag pro Monat gratis Tram und Bus in der Stadt fahren, Schreiben des RR	BVD	25.5160.02

64.	Petition P496 "Verbindliche und zeitnahe Vermittlung durch die KESB Basel-Stadt bei hochstrittigen Trennungen - zum Schutz der betroffenen Kinder", Bericht der PetKo	PetKo		25.5097.02
65.	Schriftliche Anfrage Anina Ineichen betreffend neue Vorschriften zum vermeidbaren Lärm im Strassenverkehr, Schreiben des RR		JSD	25.5144.02
66.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz zur Krisenbewältigung, das Etablieren einer Resilienzkultur, Schreiben des RR		JSD	25.5154.02
67.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe und im Asylbereich: Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR		WSU	25.5155.02
68.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend welche Botschafter hat die Basler Regierung 2024 empfangen, Schreiben des RR		PD	25.5156.02
69.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gäste der Basler Regierung bei der Fasnacht 2025, Schreiben des RR		PD	25.5158.02
70.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend erhält die Quartierzeitschrift Quart Gelder vom Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		PD	25.5159.02
71.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wann sind die Basler Grossrats-Wahlen im Oktober 2028, Schreiben des RR		PD	25.5161.02
72.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Zeitungs-Abo einsparen beim Kanton, Schreiben des RR		PD	25.5164.02
73.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Lohn an Regierungsräte und an alt Regierungsräte, Schreiben des RR		FD	25.5165.02
74.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend warum bekam das Basler Läggerli nichts vom Lotterie-Fonds, Schreiben des RR		JSD	25.5166.02
75.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Aufwand für die Anfragen der Parlamentarier an die Regierung, Schreiben des RR		PD	25.5167.02
76.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Freikarten für den Eurovision Song Contest für die Basler Regierung, Schreiben des RR		PD	25.5168.02
77.	Neuausrichtung gesamtkantonale IT (Information gemäss § 29 Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG), Schreiben des RR		FD	22.0936.01
78.	Schriftliche Anfrage Daniel Albietz betreffend Vermögen und Schulden des Kantons, Schreiben des RR		FD	25.5179.02
79.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend Universitäts- und Wissenschaftsstandort Basel: Chancen und Verantwortung im Kontext der Entwicklungen in den USA, Schreiben des RR		ED	25.5181.02
80.	Gebäudeversicherung Basel-Stadt; Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024, Schreiben des RR		FD	25.0896.01
81.	Basler Kantonalbank, Geschäftsbericht 2024, Schreiben des RR		FD	25.0883.01
82.	Schriftliche Anfrage Georg Mattmüller betreffend Ausbildungsoffensive Gesundheitsberufe, Schreiben des RR		GD	25.5193.02
83.	Schriftliche Anfrage Jo Vergeat betreffend Umsetzung und Berichterstattung «Trinkgeld-Initiative, Schreiben des RR		PD	25.5200.02
84.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Entlöhnung der Ärzt:innen an den Öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR		GD	25.5204.02
85.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend eine Studie zu ökonomischen, räumlichen und soziokulturellen Strukturen und Wirkungen des Nachtlebens in der Metropolregion Basel (Nachtökonomie), Schreiben des RR		PD	25.5207.02
86.	Schriftliche Anfrage Jenny Schweizer betreffend emissionsfreie Baustellen bis 2037, Schreiben des RR		BVD	25.5209.02
87.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Reportage über Mustafa Atici in der Zeitschrift Basel aktuell, Schreiben des RR		ED	25.5210.02

88.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie teuer kam der falsche Briefkopf der Staatskanzlei Basel, Schreiben des RR	PD	25.5211.02
89.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Saal-Miete durch die Staatskanzlei in der Mustermesse Basel, Schreiben des RR	PD	25.5212.02
90.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Versorgungslücken im Bereich Neurodivergenz, Schreiben des RR	GD	25.5217.02
91.	Schriftliche Anfrage Anouk Feurer betreffend Missstände in der Lehre, Schreiben des RR	ED	25.5218.02
92.	Schriftliche Anfrage Lisa Mathys zum finanziellen, partnerschaftlichen Miteinander von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Schreiben des RR	FD	25.5237.02
93.	Schriftliche Anfrage Melanie Eberhard betreffend Diagnose- und Behandlungsfehler in Spitälern, Schreiben des RR	GD	25.5238.02
94.	Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Aufschlüsselung des Energiemix' der Fernwärme der IWB nach Monaten, Schreiben des RR	WSU	25.5233.02
95.	Schriftliche Anfrage Annina von Falkenstein betreffend Kindergartenwegsicherheit an der Gempenstrasse, Schreiben des RR	ED	25.5099.02
96.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Wahlberechtigte mit Betreuung, Schreiben des RR	PD	25.5249.02
97.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend pflegebedürftige ukrainische Flüchtlinge in Basel, Schreiben des RR	PD	25.5248.02
98.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Belastung pflegender Angehöriger nimmt zu, Schreiben des RR	GD	25.5245.02
99.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend «Begeisterung statt Verkleisterung»: Zunahme von verklebten und verschmierten Verkehrsschildern und anderen Infrastrukturobjekten, Schreiben des RR	BVD	25.5261.02
100.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend namhafte Expressezüge Europas und die wichtige Bedeutung von Basel, Schreiben des RR	BVD	25.5252.02
101.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend neue BVB-Trams für die Zukunft von Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5235.05
102.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Basel wächst grün (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5018.04
103.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Beflaggung der Mittleren Brücke und anderer öffentlicher Standorte für wissenschaftliche Events, Schreiben des RR	PD	25.5262.02
104.	Schriftliche Anfrage Oliver Thommen betreffend die Evaluation von Grossanlässen, Schreiben des RR	PD	25.5258.02
105.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Berücksichtigung neuer Honorarrichtlinien im Bereich Musik (SONART), Schreiben des RR	PD	25.5243.02
106.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Franziska Stier anstelle von Tonja Zürcher)	PD	25.5281.02
107.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5322.03
108.	Geschäftsbericht 2024 der Pensionskasse Basel-Stadt, Schreiben des RR	FD	25.1205.01
109.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie wird der Rhein sauber gehalten, Schreiben des RR	WSU	25.5331.02
110.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Einflussnahme bezüglich Menschenrechte bei Städtepartnerschaften und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Schreiben des RR	WSU	25.5266.02
111.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Geschenke zum Abschied bei Kantons-Angestellten, Schreiben des RR	FD	25.5244.02

112.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Altersdiskriminierung durch Vorgesetzte		FD	25.5246.02
113.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend offene Rechnungen des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	25.5247.02
114.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Verwaltungsinterne Kontrollinstanzen, Schreiben des RR		FD	25.5250.02
115.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend darf der Kanton BS berufliche Mails der Mitarbeiter lesen, Schreiben des RR		FD	25.5251.02
116.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend digitale Lesemedien - Chance oder Risiko für die Lesekompetenz an Basler Schulen, Schreiben des RR		ED	25.5265.02
117.	Tätigkeitsbericht 2024 der Finanzkontrolle Basel-Stadt	FKom		25.5362.01
118.	Rücktritt von Dorrit Schleiminger Mettler als Strafgerichtspräsidentin per 28. Februar 2026 (an RR zur Ansetzung der Volkswahl)			25.5367.01